

Einladung

Gremium: Rat - öffentlich
Sitzungstermin: Dienstag, 02.03.2010, 17:00 Uhr
Ort, Raum: Genossenschaftsakademie Weser-Ems, Oldenburger Straße 118,
26180 Rastede

Rastede, den 18.02.2010

1. An die Mitglieder des Rates der Gemeinde Rastede

Hiermit lade ich Sie zu einer Sitzung mit öffentlichen Tagesordnungspunkten ein.

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

- | | | |
|--------------|--|---|
| TOP 1 | Eröffnung der Sitzung | |
| TOP 2 | Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung, der Beschlussfähigkeit und der Tagesordnung | |
| TOP 3 | Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung vom 15.12.2009 | |
| TOP 4 | Feststellungsbeschluss - Verzicht Ratsmandat / Feststellung der Ersatzperson | |
| | Vorlage: 2010/016 | Berichterstatter: Bürgermeister Decker |
| TOP 5 | Förmliche Verpflichtung und Pflichtenbelehrung eines Ratsmitgliedes | |
| | | Berichterstatter Bürgermeister Decker |
| TOP 6 | Umbildung der Fachausschüsse | |
| | | Berichterstatter Bürgermeister Decker |
| TOP 7 | Vertreter/in im Aufsichtsrat der Sozialstation Nordenham-Butjadingen-Stadland gGmbH | |
| | Vorlage: 2010/008 | Berichterstatter Bürgermeister Decker |
| TOP 8 | Berufung von Feuerwehrkräften in das Ehrenbeamtenverhältnis | |
| | Vorlage: 2010/014 | Berichterstatter Bürgermeister Decker |
| TOP 9 | Bebauungsplan 79C - Südlich Schlosspark | |
| | Vorlage: 2010/012A | Berichterstatter: Herr Zörgiebel |

- | | | |
|---------------|---|---|
| TOP 10 | 43. Flächennutzungsplanänderung - Gewerbegebiet Leuchtenburg III
Vorlage: 2010/010 | Berichterstatter: Herr Zörgiebel |
| TOP 11 | Bebauungsplan Nr. 59 - Gewerbegebiet Leuchtenburg III
Vorlage: 2010/011 | Berichterstatter: Herr Zörgiebel |
| TOP 12 | Straßenbenennung im Gewerbegebiet Leuchtenburg (B-Plan-Nr. 59)
Vorlage: 2010/007 | Berichterstatter: Herr Zörgiebel |
| TOP 13 | Haushalt 2009- Über- und außerplanmäßige Ausgaben
Vorlage: 2010/001 | Berichterstatter: Herr Finkeisen |
| TOP 14 | Haushalt 2009- Über- und außerplanmäßige Ausgaben (Jahresrechnung)
Vorlage: 2010/002 | Berichterstatter: Herr Finkeisen |
| TOP 15 | Haushaltssatzung und Haushaltsplan 2010
Vorlage: 2010/025 | Berichterstatter: Herr Finkeisen |
| TOP 16 | Bericht des Bürgermeisters | |
| TOP 17 | Schließung der Sitzung | |

Mit freundlichen Grüßen
gez. Decker
Bürgermeister

B e s c h l u s s v o r l a g e

Vorlage-Nr.: 2010/016

freigegeben am 21.01.2010

Stab

Sachbearbeiter/in: Kobbe, Ralf

Datum: 21.01.2010

Feststellungsbeschluss - Verzicht Ratsmandat / Feststellung der Ersatzperson

Beratungsfolge:Status

Ö

Datum

02.03.2010

Gremium

Rat

Beschlussvorschlag:

Der Rat stellt gemäß § 37 Abs. 2 der Niedersächsischen Gemeindeordnung (NGO) fest, dass Herr Matthias Decker ordnungsgemäß seinen Mandatsverzicht auf der Grundlage des § 37 Abs. 1 Nr. 1 NGO erklärt hat und somit seine Mitgliedschaft als Ratsherr endet.

Sach- und Rechtslage:

Herr Matthias Decker hat seinen Mandatsverzicht schriftlich gegenüber dem Bürgermeister zum 02.03.2010 erklärt. Die Mitgliedschaft im Rat endet für Ratsfrauen und Ratsherren u.a. durch Verzicht gemäß § 37 Abs. 1 Nr. 1 NGO; dieser ist der Bürgermeisterin oder dem Bürgermeister schriftlich zu erklären und kann nicht widerrufen werden. Die Verzichtserklärung ist somit formgerecht erfolgt.

Infolge dessen, dass eine Person aus dem Rat ausscheidet, regelt § 44 Abs. 1 des Niedersächsischen Kommunalwahlgesetzes (NKWG), dass der Ratssitz auf die nächste Ersatzperson übergeht, die nach Maßgabe des § 38 Abs. 2 NKWG gewählt worden ist. Der Niederschrift über die Sitzung des Gemeindewahlausschusses zur Feststellung des endgültigen Wahlergebnisses kann entnommen werden, dass Herr Uwe Küpker aufgrund seiner Stimmenanzahl der "Nachrücker" ist.

Mit Schreiben vom 26.01.2010 hat Herr Küpker jedoch mitgeteilt, dass er das Ratsmandat nicht annehmen wird. Somit geht der Ratssitz entsprechend der vorgenannten Gesetzeslage an die nächste Ersatzperson Frau Gerta Pfeifer.

Ihre Mitgliedschaft im Rat beginnt mit dem Feststellungsbeschluss.

Finanzielle Auswirkungen:

Keine.

Anlagen:

Keine.

B e s c h l u s s v o r l a g e

Vorlage-Nr.: 2010/008

freigegeben am 19.01.2010

Stab

Sachbearbeiter/in: Herr Bürgermeister Dieter Decker

Datum: 19.01.2010

Vertreter/in im Aufsichtsrat der Sozialstation Nordenham-Butjadingen-Stadland gGmbH

Beratungsfolge:

<u>Status</u>	<u>Datum</u>	<u>Gremium</u>
N	02.02.2010	Verwaltungsausschuss
Ö	02.03.2010	Rat

Beschlussvorschlag:

Herr Erster Gemeinderat Günther Henkel wird als Mitglied in den Aufsichtsrat der Sozialstation Nordenham-Butjadingen-Stadland gGmbH entsandt.

Sach- und Rechtslage:

Gemäß dem Gesellschaftsvertrag der Sozialstation Nordenham-Butjadingen-Stadland gGmbH vom 07.01.2010 werden die Aufsichtsratsmitglieder von der Gesellschafterversammlung jeweils für die Dauer der laufenden Kommunalwahlperiode bestellt.

Ohne Gesellschafter zu sein, ist im Zuge der Bildung des Organschaftsverhältnisses im Rahmen der Sozialstation Nordenham-Butjadingen-Stadland gGmbH festgelegt worden, dass ein Sitz des Aufsichtsrates von insgesamt 6 Sitzen durch die Gemeinde Rastede besetzt wird. Der Sitz im Aufsichtsrat ist mit einer Stimmrechtsbegrenzung versehen, die ein Stimmrecht nur in Bezug auf Angelegenheiten zulässt, die die Sozialstation Rastede betreffen; im Übrigen hat das Aufsichtsratsmitglied eine beratende Funktion.

Finanzielle Auswirkungen:

Keine.

Anlagen:

Keine.

B e s c h l u s s v o r l a g e

Vorlage-Nr.: 2010/014

freigegeben am 21.01.2010

GB 2

Sachbearbeiter/in: von Häfen, Meike

Datum: 21.01.2010

Berufung von Feuerwehrkräften in das Ehrenbeamtenverhältnis

Beratungsfolge:

<u>Status</u>	<u>Datum</u>	<u>Gremium</u>
N	02.02.2010	Verwaltungsausschuss
Ö	02.03.2010	Rat

Beschlussvorschlag:

- Herr Horst Steenken wird erneut für die Dauer von sechs Jahren in das Ehrenbeamtenverhältnis als stellv. Gemeindebrandmeister berufen.
- Herr Manfred Pätzold wird mit sofortiger Wirkung aus dem Ehrenbeamtenverhältnis als stellv. Ortsbrandmeister der Einheit Ipwege-Wahnбек entlassen.
- Herr Sven Linck wird mit sofortiger Wirkung für die Dauer von sechs Jahren in das Ehrenbeamtenverhältnis als stellv. Ortsbrandmeister der Einheit Ipwege-Wahnбек berufen.

Sach- und Rechtslage:

Gemäß § 13 Absatz 2 des Niedersächsischen Brandschutzgesetzes werden die Gemeinde- und Ortsbrandmeister sowie deren Stellvertreter für die Dauer von sechs Jahren in das Ehrenbeamtenverhältnis berufen. Über die Ernennung beschließt der Rat der Gemeinde nach Anhörung des Kreisbrandmeisters auf Vorschlag der Freiwilligen Feuerwehr.

Der Vorschlag zur Ernennung des Gemeindebrandmeisters und seiner Vertreter wird in Gemeinden mit Ortsfeuerwehren von der Mehrheit der Ortsbrandmeister und ihrer Vertreter abgegeben.

In ihrer Versammlung am 26.01.2010 hat sich die Mehrheit der Ortsbrandmeister und Stellvertreter für die Wiederwahl des Herrn Horst Steenken als stellv. Gemeindebrandmeister ausgesprochen. Einen weiteren Kandidaten für dieses Amt gab es nicht.

Herr Manfred Pätzold, bislang stellv. Ortsbrandmeister der Einheit Ipwege-Wahnbeck, hat sein Amt, dessen Amtszeit erst mit Ablauf des 29.05.2012 enden würde, mit sofortiger Wirkung aus beruflichen Gründen niedergelegt. Alle anwesenden aktiven Mitglieder der Wehr haben sich daraufhin für Herrn Sven Linck als Nachfolger ausgesprochen. Dieser erfüllt alle persönlichen und fachlichen Voraussetzungen und kann daher sofort in das Ehrenbeamtenverhältnis als stellv. Ortsbrandmeister berufen werden.

Finanzielle Auswirkungen:

keine

Anlagen:

keine

B e s c h l u s s v o r l a g e

Vorlage-Nr.: 2010/012A

freigegeben am 17.02.2010

GB 3

Sachbearbeiter/in: Kunze, Jörg-Hendrik

Datum: 17.02.2010

Bebauungsplan 79C - Südlich Schlosspark

Beratungsfolge:

<u>Status</u>	<u>Datum</u>	<u>Gremium</u>
N	02.03.2010	Verwaltungsausschuss
Ö	02.03.2010	Rat

Beschlussvorschlag:

1. Die im Rahmen der öffentlichen Auslegung gemäß § 3 Abs. 2 Baugesetzbuch (BauGB) sowie der Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gemäß § 4 Abs. 2 BauGB eingegangenen Stellungnahmen werden auf Grundlage dieser Beschlussvorlage sowie der Sitzung des Ausschusses für Bau, Planung, Umwelt und Straßen vom 16.02.2010 berücksichtigt.
2. Die bisherige Beschlussfassung und Abwägung wird bestätigt.
3. Die Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. 79 C – Südlich Schlosspark nebst Begründung und Umweltbericht wird gemäß § 1 Abs. 3 Baugesetzbuch (BauGB) als Satzung beschlossen.
4. Die Verwaltung wird beauftragt, im Rahmen der Erschließungsplanung unter Beteiligung der Anlieger Planungsalternativen zur Grünflächengestaltung – insbesondere im Bereich des geplanten Kinderspielplatzes – zu erarbeiten, die in einer der nächsten Sitzungen des Ausschusses für Bau, Planung, Umwelt und Straßen vorgestellt werden.

Sach- und Rechtslage:

Beschlussauszug

**öffentliche Sitzung des Ausschusses für Bau, Planung, Umwelt und Straßen vom
16.02.2010**

Tagesordnungspunkt 4

Bebauungsplan 79 C - Südlich Schlosspark

Vorlage: 2010/012

Sitzungsverlauf:

Herr Aufleger vom Planungsbüro Nordwestplan stellt die in der Anlage zur Vorlage erläuterten wesentlichen Anregungen aus der öffentlichen Auslegung und der Beteiligung der Behörden und sonstiger Träger öffentlicher Belange sowie die Abwägungsvorschläge vor, und erklärt, dass auf Grundlage der vorliegenden Planungsunterlagen der Satzungsbeschluss über den Bebauungsplan Nr. 79C „Südlich Schlosspark“ in der nächsten Ratssitzung erfolgen kann. Des Weiteren geht Herr Aufleger auf die im Rahmen der ersten Auslegung vorgebrachten Stellungnahmen unter anderem von Herrn Sostmann ein, der einen fünf Meter breiten Streifen als nicht überbaubare Fläche im Bebauungsplan eingefordert hatte und den geplanten Fuß- und Radweg in eine dem Verkehr gewidmete Straße geändert haben wollte. Hinsichtlich der in der Öffentlichkeit viel diskutierten Eiche am Cäcilienring führt Herr Aufleger aus, dass im Nachgang auf das im Auftrag des NABU erstellten Gutachten von Herrn Schöpe, der Gutachter Braukmann noch einmal unmissverständlich klar gemacht hat, dass die an Leberpilz erkrankte Eiche nicht standsicher ist und genügend natürliche Vorwarnungen vorliegen, sodass ein Bruch vorhersehbar ist.

Herr Kramer legt dar, dass die SPD-Fraktion die Rahmenplanung für das gesamte Baugebiet „Südlich Schlosspark“ stets mitgetragen hat, jedoch im 3. Bauabschnitt mit der von Beginn an vorgesehenen Fällung der Eiche nicht einverstanden war. Er erinnert außerdem daran, dass sich seine Fraktion bei der ersten Ausschussberatung auf die von der Verwaltung erstellte Vorlage verlassen hat, und aus diesem Grund für die Erhaltung der Eiche sowie der Verlegung des Spielplatzes votiert hat. Erst danach wurde seitens der Gemeinde ein Gutachten in Auftrag geben, mit dem Ergebnis, dass der Baum nicht mehr standsicher und nicht mehr zu retten ist. Er weist darauf hin, dass dieses Vorgehen sowohl bei der Politik als auch bei Bürgerinnen und Bürgern für viel Ärger gesorgt hat, der vermeidbar gewesen wäre, wenn gleich zu Beginn der Planung der Baum untersucht worden wäre. Im Übrigen tragen auch die jetzt zur Verfügung stehenden gegensätzlichen Gutachten von Herrn Schöpe und Herrn Braukmann nicht zur Klärung des Sachverhalts bei, da eine Bewertung durch die Ratsmitglieder nur sehr schwer möglich ist. Dennoch ist die SPD der Auffassung, dass der Empfehlung von Herrn Schöpe gefolgt werden kann. Vor diesem Hintergrund beantragt er, die in der Sitzung am 26. Oktober 2009 vorgestellte und schon damals favorisierte Variante 1 mit dem Erhalt der Eiche und der Verlegung des Kinderspielplatzes umzusetzen.

Herr von Essen erklärt, dass sich die Mehrheitsgruppe schon zu Beginn für die Überplanung der Eiche ausgesprochen hat und sich an dieser Einstellung nichts geändert hat. Hinsichtlich der Gutachten führt er aus, dass beide Gutachter zu der Erkenntnis kommen, dass die Eiche geschädigt ist, sodass der Erhalt im öffentlichen Raum mit allen damit verbundenen Haftungsfragen äußerst problematisch ist.

Herr Henkel erläutert, dass die Verwaltung in der Sitzung am 13. Dezember 2009 bereits eingeräumt hat, dass das Verfahren unglücklich gelaufen ist und intern noch aufgearbeitet werden muss. Gleichwohl hätten auch andere fachkundige Institutionen wie die Untere Naturschutzbehörde bei ihren Ortsterminen frühzeitig feststellen können, dass die Eiche erhebliche Schäden aufweist, bevor eine Stellungnahme abgegeben wird. Vor der Erkenntnis, dass beide Gutachter zu der Beurteilung kommen, dass die Eiche nicht unerhebliche Schäden aufweist, unterbreitet er den Kompromiss, die Eiche zu entfernen und an zwei bis drei Standorten im Baugebiet als Ausgleich Ersatzpflanzungen vorzunehmen.

Herr Langhorst kritisiert, dass das Gutachten von Herrn Schöpe erneut Herrn Braukmann zur Prüfung vorgelegt wurde, wodurch eine neutrale Bewertung sicherlich nicht gegeben ist.

Dessen ungeachtet teilt er die Auffassung von Herrn Schöpe, der zwar auch Schäden am Baum attestiert, jedoch zu der Auffassung kommt, die Eiche mit entsprechenden Pflegemaßnahmen erhalten zu können. Allerdings liegt mit den soeben von Herrn Henkel unterbreiteten Kompromiss auch ein überdenkenswerter Vorschlag vor, der dazu beitragen kann, das Baugebiet insgesamt mit Grün aufzuwerten. Dieser Vorschlag geht aus seiner Sicht grundsätzlich in die richtige Richtung, da es der Verwaltung nicht mehr ausschließlich darum geht, Bauflächen um jeden Preis zu vermarkten, sondern zunehmend auf die Herstellung eines hochwertigen Baugebietes zu achten. Analog zu den Ausführungen von Herrn Kramer weist er zudem auf die unglückliche Vorgehensweise im Verfahren insgesamt hin.

Herr Krause führt ergänzend zu den Ausführungen von Herrn Kramer aus, dass die Eiche am Cäcilienring als Symbol für den Umgang mit der Natur in der Gemeinde Rastede zu sehen ist. Dargelegte Gründe wie starker Laubfall oder die Beschattung eines Grundstückes dürften grundsätzlich kein Argument für die Fällung eines Baumes sein.

Herr Langhorst greift noch einmal den Vorschlag von Herrn Henkel auf und beantragt, als Ersatz für die erkrankte Eiche am Cäcilienring im Bereich des Kinderspielplatzes in Abstimmung mit den Anliegern entsprechende Nachpflanzungen vorzunehmen.

Herr von Essen nimmt ebenfalls den Kompromiss von Herrn Henkel auf und legt dar, dass die CDU-Fraktion den Vorschlag, als Ersatz für die erkrankte Eiche einige junge Bäume zur Aufwertung des Baugebiets zu pflanzen.

Herr Langhorst erkundigt sich, ob die Eiche beim Ausgleich einzeln bilanziert wird oder Bestandteil der Wallhecke ist.

Herr Aufleger erläutert, dass die Wallhecke in Abstimmung mit der Unteren Naturschutzbehörde in einem fest vorgegebenen Verhältnis als ein „Stück“ kompensiert wird.

Herr Langhorst bemerkt, dass für die Nutzung einer Fotovoltaikanlage eine Dachneigung von 28 Grad optimal ist, die Pultdächer jedoch lediglich eine maximale Neigung von 25 Grad haben dürfen.

Herr Aufleger weist darauf hin, dass auch bei einer Neigung von 25 Grad die sinnvolle Nutzung von regenerativen Energien gewährleistet ist.

Auf Nachfrage von Herrn Langhorst erklärt Herr Henkel, dass Rastede nach wie vor Luftkurort ist und die vorzunehmende Aufwertung der ca. 4.500 qm großen Kompensationsfläche im Flächenpool der Gemeinde Rastede im Ipwegermoor von der Unteren Naturschutzbehörde kontrolliert wird.

Sodann lässt der Ausschussvorsitzende Herr Zörgiebel über den Antrag von Herrn Kramer, die am 26. Oktober 2009 vorgestellte Variante 1 mit dem Erhalt der Eiche und der Verlegung des Kinderspielplatzes zum Gegenstand der Planung zu machen, abstimmen.

Bei 5 Ja-Stimmen und 6 Nein-Stimmen wird der Antrag abgelehnt.

Herr Henkel formuliert bezugnehmend auf den Antrag von Herrn Langhorst nachfolgend die ergänzende Ziffer 4 des Beschlussvorschlags wie folgt: Die Verwaltung wird beauftragt, im Rahmen der Erschließungsplanung unter Beteiligung der Anlieger Planungsalternativen zur Grünflächengestaltung – insbesondere im Bereich des geplanten Kinderspielplatzes – zu er-

arbeiten, die in einer der nächsten Sitzungen des Ausschusses für Bau, Planung, Umwelt und Straßen vorgestellt werden.

Beschlussempfehlung:

1. Die im Rahmen der öffentlichen Auslegung gemäß § 3 Abs. 2 Baugesetzbuch (BauGB) sowie der Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gemäß § 4 Abs. 2 BauGB eingegangenen Stellungnahmen werden auf Grundlage dieser Beschlussvorlage sowie der Sitzung des Ausschusses für Bau, Planung, Umwelt und Straßen vom 16.02.2010 berücksichtigt.
2. Die bisherige Beschlussfassung und Abwägung wird bestätigt.
3. Die Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. 79 C – Südlich Schlosspark nebst Begründung und Umweltbericht wird gemäß § 1 Abs. 3 Baugesetzbuch (BauGB) als Satzung beschlossen.
4. Die Verwaltung wird beauftragt, im Rahmen der Erschließungsplanung unter Beteiligung der Anlieger Planungsalternativen zur Grünflächengestaltung – insbesondere im Bereich des geplanten Kinderspielplatzes – zu erarbeiten, die in einer der nächsten Sitzungen des Ausschusses für Bau, Planung, Umwelt und Straßen vorgestellt werden.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	7
Nein-Stimmen:	
Enthaltung:	4
Ungültige Stimmen:	

Finanzielle Auswirkungen:

Haushaltsmittel stehen zur Verfügung.

Anlagen:

Auf die Anlagen zur Vorlage 2010/012 wird verwiesen.

B e s c h l u s s v o r l a g e

Vorlage-Nr.: 2010/010

freigegeben am 25.01.2010

GB 3

Sachbearbeiter/in: Herr Jörg-Hendrik Kunze

Datum: 19.01.2010

43. Flächennutzungsplanänderung - Gewerbegebiet Leuchtenburg III

Beratungsfolge:

<u>Status</u>	<u>Datum</u>	<u>Gremium</u>
Ö	16.02.2010	Ausschuss für Bau, Planung, Umwelt und Straßen
N	02.03.2010	Verwaltungsausschuss
Ö	02.03.2010	Rat

Beschlussvorschlag:

1. Die im Rahmen der Beteiligung der Öffentlichkeit gemäß § 3 Abs. 2 BauGB sowie der Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gemäß § 4 Abs. 2 BauGB eingegangenen Stellungnahmen werden auf der Grundlage dieser Beschlussvorlage sowie der Sitzung des Ausschusses für Bau, Planung, Umwelt und Straßen vom 16.02.2010 berücksichtigt.
2. Die bisherige Beschlussfassung und Abwägung wird bestätigt.
3. Die 43. Änderung des Flächennutzungsplanes – Gewerbegebiet Leuchtenburg III nebst Begründung und Umweltbericht wird gemäß § 1 Abs. 3 Baugesetzbuch (BauGB) beschlossen.

Sach- und Rechtslage:

Der Verwaltungsausschuss hatte in seiner Sitzung vom 14.12.2009 die öffentliche Auslegung und die Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange beschlossen. Diese fanden in der Zeit vom 28.12.2009 bis 27.01.2010 statt. Parallel hierzu wurde die Auslegung des Bebauungsplanes 59 – Gewerbegebiet Leuchtenburg III durchgeführt.

Die Ergebnisse der Auslegung und der dazu erarbeitete Abwägungsvorschlag können der Anlage 3 entnommen werden.

Im Rahmen der Behördenbeteiligung gab es keine wesentlichen Stellungnahmen.

Seitens der Öffentlichkeit gab es Stellungnahmen durch Herrn Cordsen und den NABU.

Nähere Erläuterungen werden in der Sitzung des Ausschusses für Bau, Planung, Umwelt und Straßen durch das Planungsbüro Diekmann und Mosebach gegeben.

Nunmehr kann der Feststellungsbeschluss gefasst werden.

Übersicht über den Verfahrensstand:

Grundsatzbeschluss/ Aufstellungsbeschluss	Frühzeitige Öffentlichkeits-/ Be- hördenbeteiligung	Öffentliche Aus- legung/ Behörden- beteiligung	Satzungsbeschluss
BauPlUmStA 31.08.09 VA 08.09.09	18.09.09-19.10.09	28.12.09-27.01.2010	Rat 02.03.2010

Finanzielle Auswirkungen:

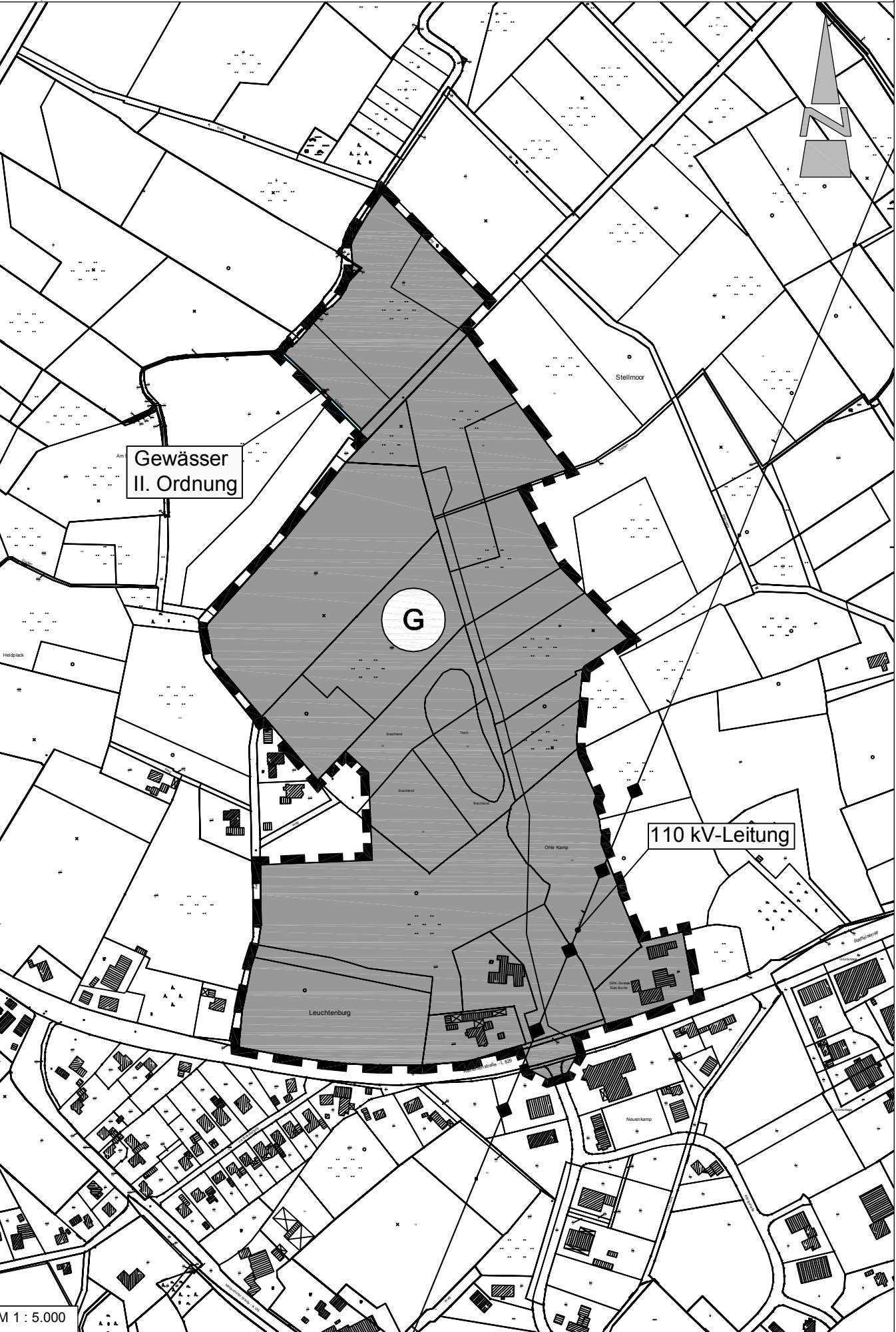
Haushaltsmittel stehen zur Verfügung.

Anlagen:

1. Planzeichnung
2. Begründung
3. Abwägungsvorschläge
4. Umweltbericht
5. Geruchsgutachten

Gemeinde Rastede
43. Flächennutzungsplanänderung
Bereich "Gewerbegebiet Leuchtenburg"

Anlage 1 zu Vorlage 2010/010



Präambel

Aufgrund des § 1 Abs. 3 des Baugesetzbuches (BauGB) i. V. m. § 40 / § 72 Abs. 1 Nr. 1 der Niedersächsischen Gemeindeordnung (NGO) hat der Rat der Gemeinde Rastede die 43. Änderung des Flächennutzungsplanes, bestehend aus der Planzeichnung und der Begründung beschlossen.

Rastede,
Bürgermeister (Siegel)

Verfahrensmerkmale

Planunterlage
Automatisierte Liegenschaftskarte (ALK), Maßstab 1:1000
Niedersächsische Vermessungs- und Katasterverwaltung
Herausgegeben von der Behörde für Geoinformation, Landentwicklung und Liegenschaften Oldenburg - Katasteramt Westerstede -

Der Entwurf der 43. Änderung des Flächennutzungsplanes wurde ausgearbeitet vom Planungsbüro Diekmann & Mosebach, Rastede.

Aufstellungsbeschluss
Der Rat der Gemeinde Rastede hat in seiner Sitzung am die Aufstellung der 43. Änderung des Flächennutzungsplanes beschlossen. Der Aufstellungsbeschluss ist gemäß § 2 Abs. 1 BauGB am ortsüblich bekannt gemacht worden.
Rastede, Bürgermeister

Öffentliche Auslegung
Der Rat der Gemeinde Rastede hat in seiner Sitzung am dem Entwurf der 43. Flächennutzungsplanänderung und der Begründung zugestimmt und seine öffentliche Auslegung gemäß § 3 Abs. 2 BauGB / § 4a Abs. 3, Satz 1 i. V. m. § 3 Abs. 2 BauGB beschlossen. Ort und Dauer der öffentlichen Auslegung wurden am ortsüblich bekanntgemacht. Der Entwurf der 43. Flächennutzungsplanänderung und der Begründung haben vom bis einschließlich gemäß § 3 Abs. 2 BauGB öffentlich ausgelegen.
Rastede, Bürgermeister

Feststellungsbeschluss
Der Rat der Gemeinde Rastede hat nach Prüfung der Stellungnahmen gemäß § 3 Abs. 2 BauGB die 43. Flächennutzungsplanänderung nebst Begründung in seiner Sitzung am beschlossen.
Rastede, Bürgermeister

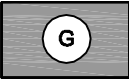
Genehmigung
Die 43. Flächennutzungsplanänderung ist mit Verfügung (Az.:) vom heutigen Tage unter Auflagen / mit Maßgaben / Ausnahme der durch kenntlich gemachte Teilen gemäß § 6 BauGB genehmigt.
Westerstede, Landkreis Ammerland (Genehmigungsbehörde)

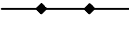
Beitrittsbeschluss
Der Rat der Gemeinde Rastede ist den in der Genehmigungsverfügung vom (Az.: s.o.) aufgeführten Maßgaben/Auflagen/Ausnahmen in seiner Sitzung am beigetreten. Der betroffenen Öffentlichkeit sowie den berührten Behörden und sonstigen Trägern öffentlicher Belange wurde mit Schreiben vom gemäß § 4a Abs. 3, Satz 4 BauGB Gelegenheit zur Stellungnahme bis zum gegeben. Ort und Dauer der öffentlichen Auslegung wurden am ortsüblich bekanntgemacht. Die 43. Änderung des Flächennutzungsplanes und die Begründung haben wegen der Maßgaben /Auflagen/Ausnahmen gemäß § 4a Abs. 3, Satz 1 i. V. m. § 3 Abs. 2 BauGB vom bis öffentlich ausgelegen.
Rastede, Bürgermeister


Bekanntmachung
Die Erteilung der Genehmigung der 43. Flächennutzungsplanänderung ist gemäß § 6 Abs. 5 BauGB am im Amtsblatt für den Landkreis Ammerland bekannt gemacht worden. Die 43. Flächennutzungsplanänderung ist damit am wirksam geworden.
Rastede, Bürgermeister


Verletzung von Vorschriften
Innerhalb von einem Jahr nach Wirksamwerden der 43. Flächennutzungsplanänderung ist die Verletzung von Vorschriften beim Zustandekommen der 42. Flächennutzungsplanänderung und der Begründung nicht geltend gemacht worden.
Rastede, Bürgermeister

Planzeichenerklärung

1. Art der baulichen Nutzung
 Gewerbliche Baufläche (G)

2. Hauptversorgungs- und Hauptabwasserleitungen
 Hauptversorgungsleitung (oberirdisch), hier: 110 kV-Leitung

3. Wasserflächen und Flächen für die Wasserwirtschaft, den Hochwasserschutz und die Regelung des Wasserabflusses
 Wasserfläche, hier: Gewässer II. Ordnung

4. Sonstige Planzeichen
 Grenze des räumlichen Geltungsbereiches der 43. Flächennutzungsplanänderung

Textliche Darstellung
Innerhalb des Geltungsbereiches kommt es im Nahbereich der Hofstelle am Stellmoorweg derzeit zu Überschreitungen der Immissionsrichtwerte gem. GIRL für Gewerbegebiete von 15 % der Jahresstunden. Im Rahmen der verbindlichen Bauleitplanung ist die dann aktuelle Geruchsimmissionssituation vor Ort nochmals zu überprüfen. Sollten sich dann weiterhin Überschreitungen ergeben, sind innerhalb dieser Bereiche Nutzungen, die mit einem dauerhaften Aufenthalt von Menschen verbunden sind (z. B. Büros, Wohnräume) auszuschließen und ausschließlich geruchsunempfindliche Anlagen (z. B. Grünflächen, Lagerflächen) anzuordnen.

Es gilt die Baunutzungsverordnung (BauNVO) 1990

Gemeinde Rastede
Landkreis Ammerland

43. Flächennutzungsplanänderung
Bereich "Gewerbegebiet Leuchtenburg"

Entwurf 18. Dezember 2009



GEMEINDE RASTEDE

Landkreis Ammerland



43. Flächennutzungsplanänderung „Gewerbegebiet Leuchtenburg III“

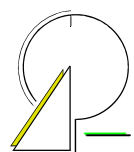
Begründung (Teil I)

+

Umweltbericht (Teil II)

Entwurf

18.12.2009



INHALTSÜBERSICHT

TEIL I: BEGRÜNDUNG

ANLAGE	2
1.0 ANLASS UND ZIEL DER PLANUNG	1
2.0 RAHMENBEDINGUNGEN	2
2.1 Kartenmaterial	2
2.2 Räumlicher Geltungsbereich	2
2.3 Nutzungsstrukturen und städtebauliche Situation	2
3.0 PLANERISCHE VORGABEN UND HINWEISE	2
3.1 Landesraumordnungsprogramm (LROP)	2
3.2 Regionales Raumordnungsprogramm (RRÖP)	3
3.3 Landschaftsrahmenplan	3
3.4 Schutzgebiete	3
3.5 Vorbereitende Bauleitplanung	4
3.6 Gemeindeentwicklungskonzept Rastede 2000 plus	4
3.7 Städtebauliches Rahmenkonzept	4
4.0 ÖFFENTLICHE BELANGE	5
4.1 Belange von Natur und Landschaft	5
4.1.1 Beschreibung der Biotoptypen	5
4.1.2 Tierökologische Bestandsaufnahme	9
4.1.3 Landschaftsbild / Ortsbild	15
4.1.4 Vorbelastungen	15
4.1.5 Bewertung der Biotoptypen	15
4.1.6 Bewertung der Fauna	17
4.1.7 Eingriffsumfang	18
4.1.8 Eingriffsbilanzierung	19
4.1.9 Flora	19
4.1.10 Fauna	21
4.1.11 Vermeidung / Minimierung von Beeinträchtigungen	21
4.1.12 Maßnahmen zur Kompensation	22
4.2 Belange des Immissionsschutzes	22
4.2.1 Gewerbelärm	23
4.2.2 Verkehrslärm	23
4.2.3 Elektromagnetische Felder (Hochspannungsleitung)	23
4.2.4 Geruchsimmissionen	24
4.3 Belange des Denkmalschutzes	25
4.4 Altablagerungen / Kampfmittel	26
5.0 INHALT DER FLÄCHENNUTZUNGSPLANÄNDERUNG	26
5.1 Art der baulichen Nutzung	26
5.2 Hauptversorgungsleitung	27
5.3 Wasserflächen	27
6.0 VERKEHRLICHE UND TECHNISCHE INFRASTRUKTUR	28

7.0	VERFAHRENSGRUNDLAGEN	29
7.1	Rechtsgrundlagen	29
8.0	VERFAHRENSÜBERSICHT	29
8.1.1	Aufstellungsbeschluss	29
8.1.2	Beteiligung der Öffentlichkeit	29
8.1.3	Öffentliche Auslegung	30
9.0	PLANVERFASSEN	30

ANLAGE

Plan 1 – Bestand: Biotoptypen / Nutzungen und gefährdete / besonders geschützte Pflanzen

1.0 ANLASS UND ZIEL DER PLANUNG

Rastede wird im Regionalen Raumordnungsprogramm des Landkreises Ammerland als Mittelzentrum mit der Schwerpunktaufgabe „Sicherung und Entwicklung von Arbeitsstätten“ belegt. Aus diesem Grund ist es Planungsziel, die leistungs- und konkurrenzfähigen gewerblichen Strukturen des Gemeindegebietes innerhalb des regionalen Kontexts zu erhalten und zu entwickeln. Konkret beabsichtigt die Gemeinde Rastede, die gewerbliche Nutzung im Hauptort auszuweiten und stellt zu diesem Zweck die 43. Flächennutzungsplanänderung „Gewerbegebiet Leuchtenburg III“ auf. Anlass der Planung ist es, ein ausreichendes und attraktives Angebot an gewerblichen Bauflächen auch hinsichtlich der aktuell anstehenden Nachfragesituation bereitzustellen.

Dementsprechend wird der bereits gewerblich vorgeprägte Siedlungsbereich im Norden Rastedes um eine ca. 22,6 ha große Fläche erweitert. Der Geltungsbereich der 43. Flächennutzungsplanänderung schließt sich hierbei unmittelbar nördlich der Raiffeisenstraße an das vorhandene Gewerbegebiet Leuchtenburg II (Bebauungsplan Nr. 58) an. Der Standort zeichnet sich sowohl durch seine verkehrsgünstige Lage an der Autobahn A 29 und die hierdurch gegebene Verknüpfung an überregionale Verkehrsnetze als auch durch die Nähe zu den Siedlungsstrukturen Rastedes aus, wodurch eine optimal Verknüpfung zwischen Wohnen und Arbeiten erreicht werden kann. Zudem können durch die bestehenden Betriebe innerhalb der vorhandenen Gewerbegebiete Leuchtenburg I + II südlich der Raiffeisenstraße wertvolle Synergieeffekte geschaffen werden. Da innerhalb des bestehenden Gewerbegebietes Leuchtenburg sowie an anderer Stelle des Gemeindegebietes keine ausreichenden Flächen gleicher Qualität zur Verfügung stehen (s. Kap. 5.1), erfolgt demnach eine Erweiterung dieses vorgeprägten Bereiches. Dementsprechend wird im Rahmen der vorliegenden Bauleitplanung eine gewerbliche Baufläche (G) gem. § 1 (1) Nr. 3 BauNVO in der vorliegenden Größe im Sinne einer Angebotsplanung dargestellt. Hierdurch können auch längerfristig ausreichende und attraktive Grundstücke für unterschiedliche Flächenansprüche angeboten werden. Hinsichtlich eines durch die Landwirtschaftskammer vorgelegten Geruchsgutachtens wird für einen Teilbereich, der derzeit durch landwirtschaftliche Geruchsimmissionen belastet ist, eine textliche Darstellung entwickelt. Hierin wird eine nochmalige Überprüfung auf Ebene der späteren, verbindlichen Bauleitplanung vorgegeben bzw. dann evtl. notwendige Einschränkungen der Nutzung formuliert, so dass Konflikte zwischen der Wohn- und Arbeitsnutzung und der Landwirtschaft aus immissionschutzrechtlicher Sicht vermieden werden (s. Kap. 4.2.4).

Zur Koordinierung der unterschiedlichen, zu berücksichtigenden Belange wurde im Vorfeld ein städtebauliches Rahmenkonzept für das gesamte Plangebiet erstellt (s. Kap. 3.7). Im Zuge einer sukzessiven, bedarfsgerechten Entwicklung erfolgt im ersten Schritt die Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. 59 im Parallelverfahren gem. § 8 (3) BauGB für den südlichen bzw. östlichen Teilbereich in einer Gesamtgröße von ca. 17,7 ha. Die hierzu erstellten Fachkonzepte (Schallimmissionen, Oberflächenentwässerung, Verkehrsanbindung) wurden im Rahmen der Bauleitplanung vervollständigt und liegen zur öffentlichen Auslegung gem. § 3 (2) BauGB komplett vor.

In der Abwägung gem. § 1 (7) BauGB sind gleichermaßen die Belange des Umweltschutzes, des Naturschutzes und der Landschaftspflege gem. § 1 (6) Nr. 7 BauGB zu berücksichtigen (vgl. § 1a BauGB). Diese werden im Landschaftsökologischen Fachbeitrag zum Bebauungsplan Nr. 59 „Gewerbegebiet Leuchtenburg III“ umfassend beschrieben bzw. bewertet. Die besonderen artenschutzrechtlichen Belange werden im Rahmen der Planung über eine spezielle artenschutzrechtliche Prüfung berücksichtigt. Die umweltbezogenen Auswirkungen des Planvorhabens werden im Umweltbericht gem. § 2a BauGB dokumentiert, der Bestandteil der Begründung zur 43. Flächennutzungsplanänderung ist. Des Weiteren werden auf Grundlage der ökolo-

gischen Bestandsaufnahme (Biotoptypenkartierung, faunistische Erfassungen von Brutvögeln, Fledermäusen, Libellen und Heuschrecken) die durch das Planvorhaben vorbereiteten Eingriffe in den Naturhaushalt und das Landschaftsbild im Sinne des BNatSchG ermittelt und bewertet. Entsprechend dieser Eingriffsbilanzierung sind für unvermeidbare erhebliche bzw. nachhaltige Beeinträchtigungen der Schutzgüter und ihrer Funktionen Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen durchzuführen. Die Kompensation wird im Rahmen der verbindlichen Bauleitplanung konkret festgesetzt.

2.0 RAHMENBEDINGUNGEN

2.1 Kartenmaterial

Die Planzeichnung der 43. Flächennutzungsplanänderung wurde auf der Grundlage der von der Behörde für Geoinformation, Landentwicklung und Liegenschaften Oldenburg, Katasteramt Westerstede zur Verfügung gestellten automatisierte Liegenschaftskarte (ALK) im Maßstab 1 : 5000 erstellt.

2.2 Räumlicher Geltungsbereich

Der räumliche Geltungsbereich der 43. Flächennutzungsplanänderung umfasst eine ca. 22,6 ha große Fläche nördlich der Raiffeisenstraße im Hauptort Rastede. Die konkrete Abgrenzung sowie die Lage im Gemeindegebiet sind der Planzeichnung zu entnehmen.

2.3 Nutzungsstrukturen und städtebauliche Situation

Das Plangebiet wird überwiegend landwirtschaftlich als Acker (Mais und Getreide) bzw. als Grünland genutzt. In zentraler Lage befindet sich ein Regenrückhaltebecken. Entlang der Raiffeisenstraße findet sich die Zentrale des Deutschen Roten Kreuzes „Rote Buche“ mit den dazugehörigen Nutzgebäuden. Westlich schließen sich weitere Gebäudestrukturen an. Die baulichen Anlagen an der Raiffeisenstraße werden derzeit gewerblich genutzt (Autohaus). Südlich der Raiffeisenstraße grenzen die städtebaulichen Strukturen des Gewerbegebietes Leuchtenburg an. Weiter westlich hiervon befindet sich Wohnbebauung. Unmittelbar westlich des Geltungsbereiches liegen mehrere Einzelhäuser bzw. ein landwirtschaftlicher Nebenerwerbsbetrieb am Stellmoorweg. Im Nordwesten, Norden und Osten grenzt das Plangebiet an die freie Landschaft. Innerhalb des Geltungsbereiches befinden sich im zentralen Bereich Wallheckenstrukturen. Der Stellmoorweg, der das Plangebiet im Westen und Norden begrenzt, wird von prägenden Alleeebäumen begleitet.

3.0 PLANERISCHE VORGABEN UND HINWEISE

3.1 Landesraumordnungsprogramm (LROP)

Nach § 1 des BauGB unterliegen Bauleitpläne, in diesem Fall die Aufstellung der 43. Flächennutzungsplanänderung, einer Anpassung an die Ziele der Raumordnung. Aus den Vorgaben der übergeordneten Planungen ist die kommunale Planung zu entwickeln bzw. hierauf abzustimmen. Im Landesraumordnungsprogramm Niedersachsen (LROP) aus dem Jahr 2008 (Novellierung) werden für das Plangebiet keine gesonderten Festsetzungen getroffen. Rastede wird allgemein die Funktion als Mittelzentrum zur Bereitstellung zentraler Einrichtungen und Angebote zur Deckung des gehobenen Bedarfs zugewiesen.

3.2 Regionales Raumordnungsprogramm (RROP)

Das regionale Raumordnungsprogramm (RROP) des Landkreises Ammerland liegt aus dem Jahr 1996 vor. Die Gültigkeit des RROP wurde nach einer Prüfung der Aktualität mit Bekanntmachung vom 07. 06. 2007 für weitere 10 Jahre verlängert. Rastede wird als Mittelzentrum mit der Schwerpunktaufgabe „Sicherung und Entwicklung von Arbeitsstätten“ dargestellt. An den zentralörtlichen Standorten, also auch innerhalb Rastedes, sind die Voraussetzungen für eine differenzierte und leistungsfähige Infrastruktur, insbesondere Einzelhandelsstruktur, zu schaffen.

Der Geltungsbereich wird als Vorsorgegebiet für die Landwirtschaft auf Grund hohen, natürlichen, standortgebundenen landwirtschaftlichen Ertragspotenzials dargestellt. Die nordöstlichen Flächen des Geltungsbereiches liegen innerhalb eines Gebietes zur Verbesserung der Landschaftsstruktur und des Naturhaushaltes. Dies bezieht sich auf das Vorhandensein eines Wallheckennetzes, das zu mehr als 1/3 in die Schadklassen II und III eingeordnet wurden. Hinsichtlich des Planungsziels der Entwicklung von gewerblichen Bauflächen an einem vorgeprägten Standort und dem Ausgleich der geschützten Wallheckenstrukturen an anderer Stelle wird dem städtebaulichen Belang hier Vorrang gegeben.

3.3 Landschaftsrahmenplan

Der Landschaftsrahmenplan des Landkreises Ammerland liegt mit Stand von 1995 vor. Das Plangebiet sowie die nähere Umgebung wird durch gemischte Acker- und Grünlandflächen geprägt (Karte 1 – Landschafts- und Siedlungsstrukturen). Gemäß Karte 6 wird der Bereich als Wallheckengebiet mit hoher Dichte und mittlerer Vernetzung der Wallhecken dargestellt. Der Anteil geschädigter Wallhecken macht weniger als 30 % aus. Es handelt sich zudem um ein Gebiet, in dem die Wallhecken gepflegt und erhalten werden sollen. Als Biotoptypen sind in Karte 5 landwirtschaftlich genutzte Areale mit einem unterschiedliche Anteil an Acker- und Baumschulflächen dargestellt.

Die Bedeutung für Arten und Lebensgemeinschaften ist im zentralen Geltungsbereich mit Wertstufe 2 (von 4 möglichen Wertstufen) als mäßig eingeschränkt dargestellt. Die Randbereiche wurden mit Wertstufe 4 als stark eingeschränkt bewertet. Als charakteristische Merkmale des Landschaftsbildes in diesem Bereich ist der sehr geringe Waldanteil sowie die Baum- und Straucharmut bei teilweise großflächig vorhandenen Parzellen aufgeführt (Karte 8 – Vielfalt, Eigenart und Schönheit – gegenwärtiger Zustand), wobei es sich zusätzlich um ein Wallheckengebiet mit gut ausgeprägten Wallheckenstrukturen handelt.

Das vorherrschende Klima wird als Stadtrandklima eingestuft (Karte 15 – Luft und Klima). Innerhalb des betrachteten Bereiches ist als Entwicklungsziel die Erhaltung der vorhandenen reliefbedingten Eigenart und der Erhalt und die Pflege von Wallhecken aufgeführt (Karte 16 – Entwicklungsziele und Maßnahmen).

3.4 Schutzgebiete

Innerhalb des Plangebietes befinden sich Wallhecken, die gemäß § 33 NNatG unter Schutz gestellt sind. Zudem ist im zentralen Plangebiet eine planungsrechtlich gesicherte Kompensationsfläche mit einer Größe von ca. 4,2095 ha vorhanden.

Es liegen keine weiteren faunistisch, vegetationskundlich oder historisch wertvollen Bereiche oder Vorkommen, die einen nationalen oder internationalen Schutzstatus bedingen, vor. Ferner bestehen keine ausgewiesenen oder geplanten Schutzgebiete nationalen/internationalen Rechts bzw. naturschutzfachlicher Programme.

Der Geltungsbereich der Flächennutzungsplanänderung liegt außerhalb der Wasserschutzgebiete des Wasserwerkes Alexandersfeld. Die Schutzzone IIIb endet bereits südlich der Leuchtenburger Straße bzw. der Straße „Am Schippstroth“.

3.5 Vorbereitende Bauleitplanung

Für das Plangebiet gelten die Darstellungen des rechtswirksamen Flächennutzungsplanes der Gemeinde Rastede aus dem Jahr 1991. Hierin wird der überwiegende Teil des Geltungsbereiches als landwirtschaftliche Nutzfläche dargestellt. Die Fläche der DRK-Zentrale „Rote Buche“ wird als Fläche für den Gemeinbedarf mit der Zweckbestimmung „Sozialen Zwecken dienende Anlagen und Einrichtungen“ dargestellt. Mit der 43. Flächennutzungsplanänderung erfolgt eine Anpassung der vorbereitenden Bauleitplanung an die städtebaulichen Entwicklungsziele im Parallelverfahren gem. § 8 (3) BauGB.

Die Flächen südlich der Raiffeisenstraße wurden in der 9. Änderung des Flächennutzungsplanes (1999) als gewerbliche Baufläche (G) dargestellt.

3.6 Gemeindeentwicklungskonzept Rastede 2000 plus

Das Gemeindeentwicklungskonzept Rastede 2000 plus aus dem Jahr 2004 wurde als informelle städtebauliche Planung zur mittel- bis langfristigen Siedlungsentwicklung des Gemeindegebietes erstellt und dient der vorbereitenden und der verbindlichen Bauleitplanung als Grundlage. In dem Konzept werden die Standortvorteile des Gewerbegebietes Leuchtenburg (direkte verkehrliche Anbindung an das überregionale Verkehrsnetz, Nähe zum Ortszentrum) beschrieben, weitere Zielsetzungen werden für das Gebiet nicht formuliert. Mit der Erweiterung des Standortes Leuchtenburg werden die angesprochenen Standortvorteile optimal genutzt. Die Ziele der Gemeindeentwicklungsplanung werden mit der aktuellen Flächennutzungsplanänderung somit weiterverfolgt.

3.7 Städtebauliches Rahmenkonzept

Um eine geordnete städtebauliche Weiterentwicklung des Gewerbebestandes Leuchtenburg sicherzustellen, wurde im Vorfeld der aufzustellenden Bauleitplanung ein Rahmenkonzept unter Berücksichtigung der abzusehenden Belange (z. B. Oberflächenentwässerung, Verkehrsanbindung, Immissionsschutz) erstellt. Zu diesem Zweck wurden unterschiedliche Konzepte zu den Fachplanungen erstellt, die in die Rahmenplanung eingeflossen sind. Die vollständigen Gutachten und Fachplanungen werden im Zuge der öffentlichen Auslegung in die Planung eingestellt. Im Zuge des Bauleitplanverfahrens hat sich ergeben, dass aus eigentumsrechtlichen Gründen eine Fläche unmittelbar angrenzend an das vorhandene Wohnbebauung am Stellmoorweg nicht in die Planung mit einbezogen wird. Dementsprechend ergibt sich hier eine geänderte Abgrenzung.



Abb.: Städtebauliches Rahmenkonzept zur Erweiterung des Gewerbegebietes Leuchtenburg (Stand: August 2009)

Im ersten Entwicklungsabschnitt wird zeitgleich zur vorliegenden Flächennutzungsplanänderung aus diesem städtebaulichen Konzept der Bebauungsplan Nr. 59 „Gewerbegebiet Leuchtenburg III“ entwickelt.

4.0 ÖFFENTLICHE BELANGE

4.1 Belange von Natur und Landschaft

In der Abwägung gemäß § 1 (6) BauGB sind in den Bauleitplänen die Belange des Umweltschutzes, des Naturschutzes und der Landschaftspflege gem. § 1 (5) Nr. 7 BauGB zu berücksichtigen (vgl. § 1a BauGB).

Sind auf Grund der Aufstellung, Änderung, Ergänzung oder Aufhebung von Bauleitplänen, Eingriffe in die Natur und Landschaft gemäß § 18 (1) BNatSchG zu erwarten, ist über die Vermeidung, den Ausgleich und den Ersatz nach den Vorschriften des Baugesetzbuches zu entscheiden (vgl. § 21 (1) BNatSchG). Der Verursacher eines Eingriffs ist zu verpflichten, vermeidbare Beeinträchtigungen von Natur und Landschaft zu unterlassen sowie unvermeidbare Beeinträchtigungen durch Maßnahmen des Naturschutzes und der Landschaftspflege vorrangig auszugleichen (Ausgleichsmaßnahmen) oder in sonstiger Weise zu kompensieren (Ersatzmaßnahmen) (§ 19 (1) und (2) BNatSchG).

4.1.1 Beschreibung der Biotoptypen

Im Plangebiet und in der unmittelbaren Umgebung wurden die Biotoptypen gemäß DRACHENFELS (2004) - Kartierschlüssel für Biotoptypen in Niedersachsen im Jahr 2008 bzw. 2009 erfasst. Das Plangebiet wird vorwiegend von landwirtschaftlichen Nutzflächen mit einigen Gehölzstrukturen eingenommen. Im zentralen Bereich liegt ein Gewässer, im Süden befinden sich Siedlungsbiotope.

Gehölze

Im Plangebiet sind einige Baumbestände und Hecken unterschiedlicher Ausprägung vorhanden. Die größte Dichte erreichen diese im zentralen Bereich sowie im Süden des Plangebietes.

Im Süden treten in erster Linie Einzelbäume bzw. Baumreihen (HB) im Bereich eines hier gelegenen Hausgartens sowie einer ehemaligen Hofstelle auf. Prägend sind insbesondere mehrere Stieleichen (*Quercus robur*), Buchen (*Fagus sylvatica*) und Linden (*Tilia spec.*) mit starkem bis sehr starkem Baumholz von ca. 0,4 bis 0,7 m im Durchmesser. Eine Stieleiche innerhalb einer hier gelegenen Ackerfläche erreicht einen Stammdurchmesser von fast 1,0 m. Des Weiteren stehen in diesem Bereich diverse Birken (*Betula pendula*), Fichten (*Picea spec.*), Kiefern (*Pinus sylvestris*), ein Ahorn (*Acer spec.*) und eine Vogelkirsche (*Prunus avium*) sowie weitere Stieleichen, Buchen und Linden mit Stammdurchmesser von 0,2 bis 0,4 m. Darüber hinaus sind einige Obstbäume vorhanden, die aufgrund der schweren Zugänglichkeit des Geländes nicht gesondert in der Bestandskarte dargestellt sind. In einem ruderalisierten Hausgarten haben sich zudem lokal Gebüsche (BR) aus Brombeeren (*Rubus fruticosus* agg.) und Holunder (*Sambucus nigra*) entwickelt.

Kennzeichnend für den im zentralen Bereich befindlichen Flächenpool „Stellmoor“ sind verschiedene Wallhecken. Innerhalb des Flächenpools wurden Wallhecken neu angelegt (HWN) und zum größten Teil mit standortheimischen Gehölzen wie z. B. Holunder, Hasel (*Corylus avellana*), Eberesche (*Sorbus aucuparia*), Schlehe (*Prunus spinosa*) und Hundsrose (*Rosa canina*) bepflanzt. Auf der Südseite und auf einer Teilstrecke im Osten wird der Bereich von Wallhecken mit altem Baumbestand (HWB) gesäumt. Die Wälle sind teils nur lückig bewachsen und (insbesondere im Osten) teils stark degradiert. Auf der Nordseite des Flächenpools verläuft eine Wallhecke mit Baum- und Strauchbestand (HWM). Diese geht im nordöstlichen Verlauf in eine lückige Strauchhecke (HFS) aus Holunder, Eberesche und Brombeere über. Den aus westlicher Richtung zum Flächenpool führenden Weg säumt eine Baumreihe aus vorwiegend alten Eichen sowie Birken und Kastanien (*Aesculus hippocastanum*) und es steht in diesem Bereich ein Einzelbaum einer Schwarzerle (*Alnus glutinosa*).

Entlang der Westgrenze des nördlich an den Flächenpool angrenzenden Flurstückes verläuft eine weitere degradierte Baumwallhecke mit Stieleichen und Birken. Im nördlichen Verlauf ist der hier den Stellmoorweg begleitende Wall gut erhalten bzw. wurde offensichtlich durch Aufschüttung erneuert und ist mit alten Stieleichen bestanden.

Entlang des nördlichen Abschnittes des Stellmoorwegs stehen beidseitig Baumhecken (HFB) aus Stieleichen und Birken, die im westlichen Abschnitt als Baumwallhecken ausgebildet sind. Prägend sind insbesondere die Stieleichen mit Stammdurchmesser von teils mehr als 0,5 m.

Im Südosten des Untersuchungsraumes befindet sich an den Grenzen von Ackerflächen ein stark degradierter Wall, der weitgehend keinen Gehölzbestand (HWO) aufweist. Auf dem nördlichen Abschnitt dieses Walles zeugen lediglich zwei Stieleichen noch von der einstigen Hecke, der südliche Abschnitt ist als Baumwallhecke ausgeprägt. An der östlichen Plangebietsgrenze stehen teilweise Wallhecken-Reste mit teils mächtigen Stieleichen. Des Weiteren sind hier einige Einzelbäume von ebenfalls Stieleichen sowie Birken und Ebereschen vorhanden.

In der unmittelbaren Umgebung befinden sich verschiedentlich weitere Gehölzbestände. So verläuft an der Raiffeisenstraße parallel zur südlichen Plangebietsgrenze eine lückige Baumreihe aus vorwiegend Stieleichen mit schwachem Baumholz. Am Stellmoorweg stehen im nordöstlichen Abschnitt teils beidseitig Baumreihen, Wallhecken oder Einzelbäume. Darüber hinaus wird der vom Stellmoorweg nach Norden abzwei-

gende Weg beidseitig von Strauch-Baumhecken (HFM) begleitet. Weiterhin grenzt im Nordwesten ein naturnahes Feldgehölz (HN) geringer Größe aus vorwiegend Stieleichen an den Stellmoorweg. Ein standortfremdes Feldgehölz aus vorwiegend Fichten (*Picea spec.*) befindet sich unmittelbar nördlich des Plangebietes. In den westlich angrenzenden Siedlungsbereichen stehen zudem eine Stieleiche und eine Buche mit sehr starkem Baumholz.

Gewässer

Einziges Stillgewässer des Plangebietes ist ein Regenrückhaltebecken (SXS) im Bereich des Flächenpools „Stellmoor“. In Teilbereichen weist dieses naturnahe Strukturen auf, der Ufersaum mit typischen Kennarten ist jedoch weitgehend nur sehr schmal ausgebildet. An den Ufern dominiert die Flatterbinse (*Juncus effusus*). Weiterhin finden sich in unterschiedlicher Dichte z. B. Blut-Weiderich (*Lythrum salicaria*), Wolfstrapp (*Lycopus europaeus*), Sumpf-Hornklee (*Lotus pedunculatus*), Sumpf-Kratzdistel (*Cirsium palustre*), Schilf (*Phragmites australis*) und Breitblättriger Rohrkolben (*Typha latifolia*). Im Südwesten hat sich ein Gehölzsaum aus Schwarzerlen ausgebildet. Kennzeichnende Wasserpflanze ist das Schwimmende Laichkraut (*Potamogeton natans*), das dichte Bestände bildet, teils ist die Zwiebelbinse (*Juncus bulbosus*) verbreitet.

Echte Fließgewässer sind im Plangebiet nicht vorhanden. Entlang einiger Flurstücksgrenzen verlaufen Entwässerungsgräben (FGZ), die regelmäßig trocken fallen. Schwimm- oder Tauchblattpflanzen fehlen, da kein Dauerwasserkörper ausgebildet wird. Teils sind Feuchtezeiger wie z. B. Flatterbinse, Zottiges Weidenröschen (*Epilobium hirsutum*), Gemeiner Gilbweiderich (*Lysimachia vulgaris*), Kriechender Arznei-Baldrian (*Valeriana procurrens*) oder Sumpf-Schafgarbe (*Achillea ptarmica*) vorhanden. Überwiegend sind Sohle und Böschungen grünlandartig bewachsen und an den Rändern sind Arten magerer Standorte verbreitet. Hierzu zählen z. B. Rotes Straußgras (*Agrostis capillaris*), Pfeifengras (*Molinia caerulea*) und Blutwurz (*Potentilla erecta*). In einem Graben südlich des Regenrückhaltebeckens steht auf einer Fläche von ca. 1-2 m² ein Bestand der besonders geschützten Sumpf-Schwertlilie (*Iris pseudacorus*).

An der nördlichen Plangebietsgrenze verläuft ein mehr als 2 m tief in das Gelände eingeschnittener Graben (FGR) mit Trapezprofil, der zum Zeitpunkt der Untersuchung nur wenig Wasser führte. Typische Wasserpflanzen konnten nicht nachgewiesen werden, teils bildet das Weiße Straußgras (*Agrostis stolonifera*) flutende Bestände. Am Ufer finden sich z. B. Flatterbinse (*Juncus effusus*), Gemeiner Gilbweiderich, die Böschungen werden teils von Arten nährstoffreicher Standorte wie Große Brennnessel (*Urtica dioica*) und Giersch (*Aegopodium podagraria*) eingenommen, teils sind Arten nährstoffärmerer Standorte verbreitet, zu denen z. B. Pfeifengras, Gemeine Schafgarbe (*Achillea millefolium*), Sumpf-Schafgarbe und Rot-Schwingel (*Festuca rubra*) zählen.

Grünland

Grünlandbiotope sind im zentralen und östlichen Bereich des Plangebietes verbreitet. Die im Osten gelegenen Grünländer sind artenarm ausgeprägt (GI). Sie werden überwiegend von Weidelgras (*Lolium perenne*), Gewöhnlichem Rispengras (*Poa trivialis*) und teils vom Wolligen Honiggras (*Helcus lanatus*) dominiert. Typisch sind auch weitere Süßgräser wie z. B. Wiesen-Lieschgras (*Phleum pratense*), Wiesen-Fuchsschwanz (*Alopecurus pratensis*) und Knäuelgras (*Dactylis glomerata*). An Kräutern finden sich Löwenzahn (*Taraxacum officinalis* agg.), Weißklee (*Trifolium repens*) und Kriechender Hahnenfuß (*Ranunculus repens*) sowie teilweise Taumel-Kälberkropf (*Chaerophyllum temulum*), Acker-Kratzdistel (*Cirsium arvense*) und Giersch als Störungszeiger. Arten mit geringeren Nährstoffansprüchen sind nur vereinzelt vorhanden. Die Nutzung der Flächen erfolgt als Mähwiese, teils werden sie mit Rindern beweidet.

Im Südwesten befindet sich am Stellmoorweg nördlich eines Maisackers eine Schafsweide. Diese wird ebenfalls von Süßgräsern dominiert und ist artenarm ausgeprägt.

Die Grünländer im zentralen Bereich des Plangebietes werden extensiv als Mähweiden genutzt. Teilweise sind die Flächen relativ artenarm, infolge der extensiven Nutzung konnten sich lokal auch Kennarten des mesophilen Grünlandes ausbreiten. Dominiert werden sie vorwiegend vom Wolligen Honiggras und lokal sind Störungszeiger wie Acker-Kratzdistel und Stumpfpflättriger Ampfer (*Rumex obtusifolius*) vorhanden. Hinzu treten in unterschiedlicher Dichte Arten mit geringeren Nährstoffansprüchen wie z. B. Rot-Schwingel, Rotes Straußgras, Großer Sauerampfer (*Rumex acetosa*), Wiesen-Schaumkraut (*Cardamine pratensis*) und Rasenschmiele (*Deschampsia cespitosa*). Nahe dem Regenrückhaltebecken finden sich vermehrt auch Feuchtezeiger wie Flatterbinse und Flutender Schwaden (*Glyceria fluitans*). Insgesamt betrachtet sind die Flächen dem artenarmen Extensivgrünland (GIE) zuzuordnen, lokal mit Ausprägungen sonstigen mesophilen Grünlandes (GMZ).

Nördlich dieses Bereiches befindet sich eine offensichtlich relativ extensiv genutzte Fläche, die vom Wolligen Honiggras dominiert wird. Daneben sind sowohl einzelne Störungszeiger als auch Arten nährstoffärmerer Standorte vorhanden.

In der unmittelbaren Umgebung grenzen diverse weitere Grünlandflächen an. Diese sind überwiegend als artenarmes Intensivgrünland ausgeprägt, im Norden grenzt auch ein extensiv genutztes Grünland mit Dominanz von Wolligem Honiggras an.

Ackerbiotope

Der Süden des Plangebietes wird vorwiegend von Ackerflächen eingenommen. Diese werden intensiv als Maisacker (Am) oder Getreideacker (Ag) genutzt. Aufgrund der intensiven Nutzung können sich nur wenige Arten der Segetalflora auf den Flächen entwickeln. Eine Teilfläche geringer Ausdehnung ist indes relativ feucht bis nass. In diesem Bereich konnte sich der Flutende Schwaden (*Glyceria fluitans*) ausbreiten.

Im Norden befinden sich beidseitig der Stellmoorstraße weitere Äcker mit Mais- oder Getreideanbau. Auf den abgeernteten Getreideäckern erfolgte teilweise eine Einsaat von Senf als Gründüngung. Im Westen wurde am Rande eines Grünlandes eine Lagerfläche für Silage (EL) eingerichtet.

In der unmittelbaren Umgebung grenzen im Norden weitere Maisäcker an, im Südosten ein Getreideacker.

Ruderalfluren

Ruderalfluren treten im Plangebiet vorwiegend als Saumstrukturen der Wege und Straßen, entlang der Gräben oder an den Grenzen der Flurstücke auf. Diese sind aufgrund ihres kleinräumigen Auftretens nicht gesondert in der Bestandskarte dargestellt.

Im Süden des Plangebietes hat sich im Bereich eines ehemaligen Hausgartens eine halbruderal Gras- und Staudenflur (UH) etabliert. Diese setzt sich z. B. aus Großer Brennessel, Knäuelgras, Rot-Schwingel und Weiches Honiggras (*Holcus mollis*) zusammen.

Siedlungsbiotope/Verkehrsflächen

Siedlungsbiotope sind im Plangebiet ausschließlich im Süden vorhanden. Hier befinden sich ein Wohnhaus mit Hausgarten (PH) und gewerblich genutzte Gebäude sowie Flächen mit Schotterdecke (TFK). Eine auf dem nördlich daran angrenzenden Gelände gelegene ehemalige Hofstelle ist stark verfallen. Beidseitig der Zuwegung zu diesem Gebäude sowie auf einer Teilstrecke entlang der südlich angrenzenden Raiffeisenstraße verläuft eine Buchenhecke (BZH), die regelmäßig geschnitten wird.

Im Südosten des Plangebietes befindet sich ein Gebäudekomplex (ONZ), der von teilversiegelten Flächen und Hausgartenbereichen sowie Siedlungsgehölzen (HS) umgeben ist. Weiterhin quert eine Hochspannungsleitung (OSZ) den Südosten des Betrachtungsraumes. Die Masten dieser Stromleitung stehen außerhalb der Plangebietsgrenzen.

Entlang der südlichen Plangebietsgrenze verläuft die Raiffeisenstraße (OVS), die auf der Nordseite von einem Radweg begleitet wird. Südlich der Straße liegen Gewerbeflächen (OG) und locker bebaute Einzelhausgebiete (OEL). Auf der Nord- und Westseite wird das Plangebiet weitgehend vom Stellmoorweg begrenzt. An diesem befinden sich im Westen einige Wohngebäude mit Hausgärten sowie ein landwirtschaftlicher Betrieb (OD). Zudem führt ein unbefestigter Weg (OVW) vom Stellmoorweg zu den im zentralen Bereich gelegenen Grünlandflächen. Ein weiterer unbefestigter Weg zweigt von der Raiffeisenstraße nach Norden ab und dient der Zuwegung zu den landwirtschaftlichen Nutzflächen. Im Norden verläuft ein Weg ohne befestigte Oberfläche am Rande des Getreideackers.

4.1.2 Tierökologische Bestandsaufnahme

Nach Prüfung der für den Landschaftsrahmenplan (LRP) (1995) des Landkreises Ammerland für den Naturraum Wiefelsteder Geestplatte getroffenen Aussagen wurde im Jahr 2008 in Abstimmung mit dem Amt für Umwelt und Wasserwirtschaft bei besonderer Berücksichtigung der im Planungsraum für Tiere vorkommenden relevanten Lebensräume (Äcker, Grünländer, Baumreihen und Hecken, Gehölze im Bereich landwirtschaftlicher Anwesen) der Untersuchungsbedarf für die Fauna - wie folgt - festgelegt:

- (1.) Bestandsaufnahme für Brutvögel (Aves),
- (2.) Bestandsaufnahme für Fledermäuse (Chiroptera),
- (3.) Bestandsaufnahme für Lurche (Amphibia) im Rahmen der Brutvogelerhebungen,
- (4.) Potenzialansprache für Libellen (Odonata) anhand der Lebensraumstrukturen zzgl. eine einmalige Bestandserfassung,
- (5.) Potenzialansprache für Heuschrecken (Saltatoria) anhand der Lebensraumstrukturen zzgl. eine einmalige Bestandserfassung.

Brutvögel

Vom 03.03. bis 24.06.2009 wurde der Brutvogelbestand des Plangebietes im Rahmen einer sog. Siedlungsdichteuntersuchung erfasst. In dem o. a. Zeitraum wurden 6 Bestandsaufnahmen in den sehr frühen Morgenstunden (= Zeit des intensivsten Vogelgesangs) durchgeführt.

Von den 238 aktuell in Deutschland vorkommenden Brutvogelarten (BARTHEL 1993) wurden im Untersuchungsraum 31 Arten nachgewiesen. Dies entspricht 15,7 % der rezenten Brutvogelfauna Niedersachsens und des Landes Bremen (N = 197; vgl. KRÜGER & OLTMANN 2007).

Im Ammerland wurden im Rahmen einer von 1986 bis 1988 kreisweit durchgeführten Brutvogelbestandserhebung 123 Vogelarten festgestellt (PLAISIER 1989). Davon traten seinerzeit 108 Arten regelmäßig und 10 Arten unregelmäßig brütend auf; für 5 Arten lagen keine gesicherten Brutnachweise vor. An der Zahl dieser ca. 118 Brutvogelarten stellen die Arten des Planungsraumes einen Anteil von 26,3 %.

Für die 31 im Untersuchungsraum nachgewiesenen Arten handelt es sich ausschließlich um Brutvögel, wie z. B. Amsel, Ringeltaube und Zilpzalp, die im Ammerland in den entsprechenden Lebensräumen verbreitet und stellenweise häufig sind. Mit dem Kie-

bitz (2 Brutpaare nördlich des Regenrückhaltebeckens) nistet im Untersuchungsraum eine für Grünlandbiotope charakteristische Spezies, deren landesweiten Bestände seit einigen Jahrzehnten eine deutlich regressive Entwicklung erkennen lassen (u. a. KRÜGER & SÜDBECK 2004).

Tabelle 1: Liste der im Jahr 2009 im Plangebiet nachgewiesenen Brutvögel, Fledermäuse, Lurche, Libellen und Heuschrecken, deren Einstufung nach regionalisierten, landes- und bundesweiten Roten Listen sowie die nach § 10 Abs. 2 Nr. 10 BNatSchG besonders geschützten Arten (b) und nach § 10 Abs. 2 Nr. 11 BNatSchG streng geschützten Arten (s).

BRUTVÖGEL	AVES	RL T-W 2007	RL Nds 2007	RL D 2007	BNatSchG 2008
Fasan	<i>Phasianus colchicus</i>	/	/	/	b
Turmfalke	<i>Falco tinnunculus</i>	V	V	/	b/s
Kiebitz	<i>Vanellus vanellus</i>	3	3	2	b/s
Ringeltaube	<i>Columba palumbus</i>	/	/	/	b
Buntspecht	<i>Dendrocopos major</i>	/	/	/	b
Elster	<i>Pica pica</i>	/	/	/	b
Rabenkrähe	<i>Corvus c. corone</i>	/	/	/	b
Blaumeise	<i>Parus caeruleus</i>	/	/	/	b
Kohlmeise	<i>Parus major</i>	/	/	/	b
Rauchschwalbe	<i>Hirundo rustica</i>	3	3	V	b
Fitislaubsänger	<i>Phylloscopus trochilus</i>	/	/	/	b
Zilpzalp	<i>Phylloscopus collybita</i>	/	/	/	b
Gelbspötter	<i>Hippolais icterina</i>	/	/	/	b
Mönchsgrasmücke	<i>Sylvia atricapilla</i>	/	/	/	b
Gartengrasmücke	<i>Sylvia borin</i>	/	/	/	b
Dorngrasmücke	<i>Sylvia communis</i>	/	/	/	b
Wintergoldhähnchen	<i>Regulus regulus</i>	/	/	/	b
Kleiber	<i>Sitta europaea</i>	/	/	/	b
Zaunkönig	<i>Troglodytes troglodytes</i>	/	/	/	b
Star	<i>Sturnus vulgaris</i>	V	V	/	b
Amsel	<i>Turdus merula</i>	/	/	/	b
Singdrossel	<i>Turdus philomelos</i>	/	/	/	b
Hausrotschwanz	<i>Phoenicurus ochruros</i>	/	/	/	b
Gartenrotschwanz	<i>Phoenicurus phoenicurus</i>	3	3	/	b
Heckenbraunelle	<i>Prunella modularis</i>	/	/	/	b
Hausperling	<i>Passer domesticus</i>	V	V	V	b
Feldperling	<i>Passer montanus</i>	V	V	V	b
Bachstelze	<i>Motacilla alba</i>	/	/	/	b
Buchfink	<i>Fringilla coelebs</i>	/	/	/	b
Grünfink	<i>Carduelis chloris</i>	/	/	/	b
Goldammer	<i>Emberiza citrinella</i>	/	/	/	b

FLEDERMÄUSE	CHIROPTERA	RL T-W	RL Nds 2005	RL D 1998	BNatSchG 2008
Abendsegler	<i>Nyctalus noctula</i>	entf.	3	3	b/s
Zwergfledermaus	<i>Pipistrellus pipistrellus</i>	entf.	/	/	b/s
Breitflügelfledermaus	<i>Eptesicus serotinus</i>	entf.	2	V	b/s
LURCHE	AMPHIBIA	RL T-W	RL Nds 1994	RL D 1998	BNatSchG 2008
Erdkröte	<i>Bufo bufo</i>	entf.	/	/	b

LIBELLEN	ODONATA	RL T-W	RL Nds 1983	RL D 1998	BNatSchG 2008
Gemeine Binsenjungfer	<i>Lestes sponsa</i>	entf.	/	/	b
Große Pechlibelle	<i>Ischnura elegans</i>	entf.	/	/	b
Hufeisen-Azurjungfer	<i>Coenagrion puella</i>	entf.	/	/	b
Blaugrüne Mosaikjungfer	<i>Aeshna cyanea</i>	entf.	/	/	b
Vierfleck	<i>Libellula quadrimaculata</i>	entf.	/	/	b
Plattbauch	<i>Libellula depressa</i>	entf.	/	/	b
Gemeine Heidelibelle	<i>Sympetrum vulgatum</i>	entf.	/	/	b
HEUSCHRECKEN	SALTATORIA	RL T-W 2005	RL Nds 2005	RL D 1998	BNatSchG 2008
Grünes Heupferd	<i>Tettigonia viridissima</i>	/	/	/	—
Gemeine Dornschröcke	<i>Tetrix undulata</i>	/	/	/	—
Bunter Grashüpfer	<i>Omocestus viridulus</i>	/	/	/	—
Brauner Grashüpfer	<i>Chorthippus brunneus</i>	/	/	/	—
Weißrandiger Grashüpfer	<i>Chorthippus albomarginatus</i>	/	/	/	—

Es bedeutet

RL T-W bzw. Nds = Rote Liste der in der Naturräumlichen Region Tiefland-West sowie in Niedersachsen / Bremen gefährdeten Brutvögel, Fledermäuse, Lurche, Libellen und Heuschrecken (Angaben nach ALT-MÜLLER 1983, PODLOUCKY & FISCHER 1994, DENSE et al. 2005, GREIN 2005, KRÜGER & OLTMANNS 2007), für Fledermäuse, Lurche u. Libellen regionalisierte Gefährdungseinstufung nicht verfügbar.

RL D = Rote Liste der gefährdeten Brutvögel, Fledermäuse, Lurche, Libellen und Heuschrecken Deutschlands (Angaben nach BEUTLER et al. 1998, BOYE et al. 1998, INGRISCH & KÖHLER 1998, OTT & PIPER 1998, SÜDBECK et al. 2007).

Gefährdungsgrade: 2 = stark gefährdet, 3 = gefährdet, V = Art der Vorwarnliste, / = nicht gefährdet, entf. = entfällt, da entsprechende Angaben nicht vorhanden sind, s. Text.

Das Singvogelartenspektrum setzt sich in erster Linie aus eurytopen Spezies zusammen; zumeist sind dies in geschlossenen Biotopen brütende Vögel mit einer großen ökologischen Amplitude im Bereich von Gehölzstandorten. Zu diesen gehören u. a. Amsel, Buchfink, Kohlmeise, Mönchsgrasmücke und Zilpzalp. Dagegen gelten der Gartenrotschwanz (ein Brutpaar am Stellmoorweg) als Bewohner von Parks und Grünanlagen mit altem Baumbestand und der bevorzugt in mehrschichtigen Laubgehölzen mit geringem Deckungsgrad nistende Gelbspötter als ausgesprochen stenotop. Hier ist auch der Kleiber einzuordnen, der Bäume mit rauer Borke bevorzugt und daher in den u. a. von Stieleichen gebildeten Baumwallhecken des Planungsraumes brütet.

Dorngrasmücke, Goldammer und Turmfalke stellen Faunenelemente der halboffenen bis offenen Agrarlandschaft dar. Alle drei Arten zeichnen sich durch eine deutliche Präferenz für spezielle Biotope aus, zu denen Einzelbüsche und Sträucher an Weg- und Grabenrändern (Dorngrasmücke), Baumreihen und Wallhecken (Goldammer) sowie Feldgehölze, Baumreihen und Hecken für den Turmfalken gehören.

Sieht man von den eurytopen Singvögeln sowie von der im Gebiet in den unterschiedlichsten Gehölzen nistenden Ringeltaube ab, die im Plangebiet allesamt hohe Siedlungsdichten erreichen, sind die stenotopen Brutvögel mit kleinen Beständen vertreten. Hier sind auch die in menschlichen Siedlungen brütenden Arten (synanthrope Spezies wie Hausrotschwanz, Rauchschwalbe) einzuordnen, für die Einzelpaare nur im Süden des Planungsraumes an den dort gelegenen Gebäuden (Wohnhaus, gewerblich genutzte Gebäude, ehemalige Hofstelle) verzeichnet wurden.

Die hier beschriebene Verteilung, wonach Gehölzbewohner im Plangebiet dominieren, zeigt sich auch an dem Verhältnis der Bodenbrüter zu den in höheren Straten nistenden Vögeln. Gegenüber den Bodenbrütern, die ihre Nester am oder in geringer Höhe über dem Erdboden anlegen und hier mit 19,3 % (N = 6) vertreten sind, entfällt auf die in höheren Straten siedelnden Arten ein Anteil von 61,4 % (N = 19). Die an / in Gebäu-

den brütenden Vögel inkl. derjenigen Arten mit unspezifischer Nistweise sind mit 6 Arten (19,3 %) vertreten.

Fledermäuse

Im Rahmen dieser Bearbeitung wurden die Ortungslaute der Fledermäuse mit einem BAT-(Fledermaus)-Detektor vom Typ D 230 der Fa. Pettersson Elektronik im Gelände aufgenommen, zeitgedehnt auf Tonbandkassetten übertragen, gespeichert und anschließend über einen Referenzaufnahmenvergleich ausgewertet.

Die Kontrolle erfolgte an 6 Terminen mit Beginn der Dämmerung in der ersten Nachthälfte (21.00-01.00 Uhr) an verschiedenen Stellen des Plangebietes. In diese Zeit fällt erfahrungsgemäß die größte Aktivität der Tiere. An den betreffenden Terminen herrschten optimale Erfassungsbedingungen vor (kein Niederschlag, geringe Luftbewegungen, Temperaturen im Allgemeinen >20 °C).

Für das Ammerland steht keine kreisweit aktuelle Übersicht zu Vorkommen und Verbreitung dieser Faunengruppe zur Verfügung. Im Vergleich zu den aus anderen nordwestdeutschen Landkreisen (Oldenburg, Vechta) und dem Bundesland Bremen bekannten Artenzahlen und Artenspektren dürften im Ammerland ca. 10 bis 12 (14?) Fledermausarten heimisch sein.

Im Rahmen dieser Bearbeitung wurden Abendsegler, Zwerg- und Breitflügelfledermaus und damit ca. 25 % der Fledermausfauna dieses Landkreises erfasst, für die zusammen 32 Detektornachweise und 11 Sichtbeobachtungen (3 Abendsegler, 6 Zwergfledermäuse und 2 Breitflügelfledermäuse) vorliegen. Danach ist die Zwergfledermaus die mit dem Detektor am häufigsten nachgewiesene Spezies, gefolgt von der Breitflügelfledermaus und dem Abendsegler.

Der Abendsegler ist eine Fledermaus, die in großen Höhen nach Beuteinsekten jagt und in relativ großer Geschwindigkeit weite Strecken zurücklegen kann. Im Plangebiet wurde der Abendsegler im zeitigen Frühjahr nur als Überflieger nördlich des Regenrückhaltebeckens nachgewiesen. Die Beobachtungsumstände, wonach in der Folgezeit keine Abendsegler mehr registriert wurden, deuten darauf hin, dass diese Art im Plangebiet nicht bodenständig ist.

Die Fundorte der Zwergfledermaus verteilen sich auf die von Gehölzen durchsetzten Bereiche des Untersuchungsgebietes, insbesondere auf die zentral gelegenen Grünländer. Hier wurden vor allen Dingen die Hecken und übrigen Gehölze von dieser Art abgeflogen. Darüber hinaus ließ sich die Zwergfledermaus an den im Süden gelegenen Gebäuden feststellen, wo die meisten Nachweise auf die dort befindlichen Baumbestände entfallen. Nördlich des Stellmoorweges fliegt die Zwergfledermaus die an der östlichen Untersuchungsgebietsgrenze vorhandenen Birkenbestände ab.

Für die Breitflügelfledermaus liegen Nachweise aus den folgenden Bereichen vor: Birkenreihe am Stellmoorweg, Wallhecken und Baumwallhecken im Einzugsbereich des Regenrückhaltebeckens und schließlich die im Süden im Bereich der Gebäude vorkommenden Baumbestände. Für die nördlich der L 826 verlaufende Gebietsgrenze, insoweit sie das Plangebiet berührt, liegen keine Nachweise für Breitflügelfledermäuse vor; hier wurde nur einmal die Zwergfledermaus registriert, die in den übrigen Bereichen oftmals gemeinsam mit der Breitflügelfledermaus vorkommt. Aufgrund der in diesen 3 Teilbereichen konstatierten weitgehend identischen Aktivitäten konnte für die Breitflügelfledermaus kein Schwerpunkttraum ausgemacht werden. Da im Bereich der Felder keine Breitflügelfledermäuse angetroffen wurden, wird hier davon ausgegangen, dass in diesen Bereichen auch keine Jagdhabitats existieren.

Lurche

Die Kartierung der Amphibienfauna erfolgte als halbquantitative Erfassung mit Reproduktionsnachweis. Daraus ergaben sich für das Frühjahr 2009 insgesamt 4 Erfassungsdurchgänge im Rahmen der Brutvogelbestandsaufnahmen.

Die flächendeckende Amphibiensuche erfolgte über Sichtbeobachtungen und durch stichprobenartiges Abkeschern der Uferzonen im Bereich des Eu- und Supralitorals des Regenrückhaltebeckens. Neben der Erfassung von Laichgewässern wurden potenzielle Sommer- und Winterlebensräume verzeichnet.

Das einzige Lurchvorkommen des Plangebietes betrifft eine sehr kleine Population der Erdkröte in dem zentral gelegenen Regenrückhaltebecken, was durch Laichschnüre vom 03.04.2009 belegt ist. Aufgrund der vorgefundenen Fortpflanzungsprodukte wurde ein ca. 12 adulte Kröten umfassender Bestand ermittelt. Da im Verlauf des Junis keine Larven (Kaulquappen) mehr im Gewässer angetroffen wurden, ist davon auszugehen, dass zu diesem Zeitpunkt die Metamorphose abgeschlossen war. In den in Gewässernähe gelegenen Grünländern wurden gegen Ende Juli einzelne diesjährige Jungkröten in ihren Sommerlebensräumen gesichtet.

Das Regenrückhaltebecken weist in Teilbereichen naturnahe Strukturen auf, der Uferaum ist mit typischen Pflanzenarten jedoch weitgehend nur sehr schmal ausgebildet. Sommerlebensräume in Form von Grünländern sind in unmittelbarer Nähe in ausreichender Zahl und Größe vorhanden und die in der Umgebung vorhandenen Baumwallhecken und übrigen Gehölze dürften für die Erdkröte geeignete Winterhabitate darstellen.

Libellen

In Absprache mit dem Landkreis Ammerland wurde an einem Termin das im Plangebiet vorhandene Regenrückhaltebecken zum Vorkommen von Libellen abgesucht. Für die Mehrzahl der im Planungsraum vorkommenden Gräben wurde vorab davon ausgegangen, dass diese für Libellen vermutlich nicht von großer Bedeutung sind. Aus diesem Grund wurde eine einmalige Bestandserhebung, in deren Verlauf zugleich eine Potenzialansprache durchgeführt werden sollte, als ausreichend angesehen.

Der Nachweis der Libellen erfolgte über Sichtbeobachtungen und Kescherfänge der Imagines. Eine Beurteilung der Bodenständigkeit wurde mit der Beobachtung von Kopulationen (sog. Paarungsrädern), Eiablagen, frisch geschlüpften Tieren oder im Einzelfall durch kontinuierliche Revierflüge der Männchen festgestellt.

Im Rahmen einer einmaligen Bestandserhebung in den für Libellen relevanten Lebensräumen konnten insgesamt 7 Arten mit zusammen 117 Individuen nachgewiesen werden. Darin eingeschlossen sind auch die Zufallsnachweise aus Bestandsaufnahmen für die übrigen Tiergruppen.

Den Angaben von PAULUS et al. (1991) zufolge wurden bis Anfang der 90er Jahre für den Kreis Ammerland 39 Spezies gemeldet. Für die Bundesrepublik Deutschland werden 80 Arten (OTT & PIPER 1998) und für Niedersachsen 60 Spezies (vgl. ALTMÜLLER 1983) verzeichnet. Das Arteninventar des Plangebietes entspricht somit 11,7 % der für Niedersachsen und 18 % der für das Ammerland verzeichneten Libellenarten.

Hauptlebensraum für Libellen ist das zentral gelegene, von Grünland eingefasste Regenrückhaltebecken, an dem sämtliche 7 Spezies registriert wurden. Dagegen sind die Gräben des Untersuchungsgebietes entweder überhaupt nicht oder nur sporadisch von dieser Tiergruppe besiedelt. Zwar wurden im Bereich der Gräben 6 Spezies nachgewiesen, es ist jedoch unsicher, ob diese dort auch bodenständig sind. So gesehen ist die Verbreitung der Libellenfauna im Plangebiet uneinheitlich.

Sämtliche erfassten Libellenarten sind als eurytop zu bezeichnen und daher an den meisten Gewässertypen des Ammerlandes verbreitet und häufig. Sie besiedeln sowohl Stillgewässer als auch langsam fließende Gewässer wie Gräben, Bächen und Tiefs. Habitatspezialisten sind nicht vorhanden.

Heuschrecken

Wie für die Libellen wurde auch für die Heuschreckenfauna aufgrund der vorherrschenden Hauptlebensräume davon ausgegangen, dass das Plangebiet eine für diese Faunengruppe begrenzte Bedeutung aufweist. Daher erfolgte die Bestandsaufnahme im Verlauf einer einmaligen flächendeckenden Erhebung bei gleichzeitiger Ansprache der Vegetationsstrukturen als potenzielle Heuschreckenlebensräume für weitere Arten.

Der Nachweis der Heuschrecken wurde anhand ihrer artspezifischen Stridulationen sowie durch Streifnetzfänge mit einem Insektenkescher erbracht. Die gefangenen Tiere wurden nach der Bestimmung an ihren Fangorten wieder freigelassen.

Da die im Rahmen einjähriger Untersuchungen ermittelten Individuenzahlen von Libellen und Heuschrecken von Jahr zu Jahr starken Schwankungen unterliegen können und daher in einem nur begrenzten Maße aussagerelevant sind, bleiben die ermittelten Individuenzahlen für die vorliegende Bewertung unberücksichtigt.

Im Rahmen dieser Bearbeitung wurden insgesamt 5 Arten erfasst. Dies entspricht 6,25 % des Artenbestandes der BRD (N = 80, vgl. INGRISCH & KÖHLER 1998) bzw. 10,6 % der in Niedersachsen und Bremen bodenständigen Heuschrecken (N = 47, exkl. synanthrope Arten, vgl. GREIN 2005).

Nach der Zahl der im Ammerland vorkommenden Spezies (N = 17, vgl. RITZAU 1989) dürfte das vorliegende Artenspektrum 29,4 % der Saltatorienfauna dieses Landkreises ausmachen.

Das Artenspektrum des Plangebietes setzt sich ausschließlich aus Graslandbewohnern mit im Norddeutschen Tiefland weiter Verbreitung zusammen (u. a. RITZAU 1989, GREIN 2005). Die meisten dieser Arten sind imstande, die unterschiedlichsten Biotope zu besiedeln. Lebensraumspezialisten wurden nicht nachgewiesen und sind hier auch nicht zu erwarten.

Die Säume entlang der Flurstücksgrenzen im Bereich der Grünländer stellen die wichtigsten Heuschreckenlebensräume dar. Weite Teile des Untersuchungsraumes, wie die im Norden und Süden gelegenen Äcker und die zentralen Teile der Grünländer, sind von Heuschrecken nicht besiedelt. Hier ist lediglich das Grüne Heupferd imstande, derartige Extrembiotop zu besiedeln; die Art kommt auch auf den Privatgrundstücken im Süden des Gebietes vor.

In den Außenbereichen konzentrieren sich die wesentlichen Heuschreckenvorkommen auf die Flächen in der näheren und weiteren Umgebung des Regenrückhaltebeckens. Hier sind alle 5 Spezies vertreten, wobei vornehmlich die Randstreifen besiedelt sind. Je nach Exposition und Mikroklima finden sich stets dieselben Artengemeinschaften wieder, die vom Braunen und vom Weißrandigen Grashüpfer dominiert werden. Dagegen ließ sich der Buntbäuchige Grashüpfer an nur 3 Standorten nachweisen und für die ebenfalls als eingeschränkt hygrophil geltende Gemeine Dornschröcke liegt ein Nachweis für den Nahbereich des Regenrückhaltebeckens vor.

4.1.3 Landschaftsbild / Ortsbild

Das Landschaftsbild wird einerseits durch die weitläufigen intensiv genutzten Acker- und Grünlandbereiche und andererseits durch die entlang der Flurstücksgrenzen verlaufenden linearen Gehölzstrukturen gekennzeichnet. Im Süden und Norden sind teilweise prägende Einzelbäume bzw. Baumreihen vorhanden, die auf das Gebiet positiv wirken. Das Regenrückhaltebecken mit den umgebenden Wallhecken und den extensiv genutzten Bereichen bildet ein für das Landschaftsbild wichtiges Zentrum des Geltungsbereiches. Negativ wirken sich die weitläufigen Ackerbereiche ohne strukturierende Elemente aus sowie die südöstlich verlaufende Hochspannungsleitung, die als technogenes Element das Landschaftsbild anthropogen beeinträchtigt.

4.1.4 Vorbelastungen

Bereits heute unterliegt das Plangebiet Beeinträchtigungen, die zu einer Vorbelastung der Leistungsfähigkeit des Naturhaushaltes führen. Eine Beeinträchtigung besteht aufgrund der landwirtschaftlich genutzten Flächen innerhalb des Plangebietes sowie direkt angrenzend. Durch die Nährstoff- und Pestizideinträge werden der Boden und das Oberflächen- und Grundwasser beeinflusst. Weiterhin geht von den angrenzenden Gewerbestrukturen eine gewisse Vorbelastung aus. Die vorhandenen Strommasten im Südosten beeinträchtigen zusätzlich visuell den Geltungsbereich.

4.1.5 Bewertung der Biotoptypen

Zur Ermittlung des Eingriffes in Natur und Landschaft wird das Bilanzierungsmodell des niedersächsischen Städtetages von 2006 (Arbeitshilfe zur Ermittlung von Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen in der Bauleitplanung) angewendet.

In diesem Modell werden Eingriffsflächenwert und Kompensationsflächenwert ermittelt und gegenübergestellt. Zur Berechnung des Eingriffsflächenwertes werden zunächst Wertfaktoren für die vorhandenen Biotoptypen vergeben und mit der Größe der Fläche multipliziert. Analog werden die Wertfaktoren der Biotoptypen der Planungsfläche mit der Flächengröße multipliziert und anschließend wird die Differenz der beiden Werte gebildet.

Es werden 6 Wertfaktoren unterschieden:

Wertfaktor	Beispiele Biotoptypen
5 = sehr hohe Bedeutung	naturnaher Wald; geschütztes Biotop (NNatG)
4 = hohe Bedeutung	Baum-Wallhecke
3 = mittlere Bedeutung	Strauch-Baumhecke
2 = geringe Bedeutung	Intensiv-Grünland
1 = sehr geringe Bedeutung	Acker
0 = weitgehend ohne Bedeutung	versiegelte Fläche

In der Liste II des Bilanzierungsmodells (Übersicht über die Biotoptypen in Niedersachsen) sind den einzelnen Biotoptypen entsprechende Wertfaktoren zugeordnet. Für die im Plangebiet vorhandenen bzw. geplanten Biotope ergeben sich folgende Wertstufen:

Biotoptyp	Wertfaktor	Anmerkungen
Naturnahes Stillgewässer mit umgebender Extensivwiese [SO, GM]	4	Hohe Bedeutung für Arten und Lebensgemeinschaften durch enge Verzahnung von aquatischen und terrestrischen Bereichen
Einzelbäume, Sträucher [HB, BE]	3	Gehölzbestände aus einheimischen Arten mit Biotop- und Vernetzungsfunktion
Baumhecke / Baum-Strauchhecke [HFM/ HFS]	3	Gehölzbestände mit Biotop- und Vernetzungsfunktion
Halbruderales Gras- und Staudenflur / Ruderalgebüsch [UH/BR]		Bestände mit Biotop- und Vernetzungsfunktion
Sonstiges (naturfernes) Staugewässer [SXS]	3	Bedeutung für Arten und Lebensgemeinschaften
Artenarmes Extensivgrünland [GIE]	2	mäßige Bedeutung für Arten und Lebensgemeinschaften
Artenarmes Intensivgrünland [GI]	2	mäßige Bedeutung für Arten und Lebensgemeinschaften
Sonstiger Graben [FG]	2	mäßige Bedeutung für Arten und Lebensgemeinschaften
Siedlungsgehölz [HS]	2	mäßige Bedeutung für Arten und Lebensgemeinschaften
Ziergebüsch /-hecke [BZ]	2	mäßige Bedeutung für Arten und Lebensgemeinschaften
Geschotterte Fläche [TFK]	1	geringe Bedeutung für Arten und Lebensgemeinschaften
Acker [A]	1	geringe Bedeutung für Arten und Lebensgemeinschaften
Planungsrechtlich freigeräumte Fläche [A*]	1	geringe Bedeutung für Arten und Lebensgemeinschaften
Grünfläche, Straßenbegleitgrün [GR]	1	geringe Bedeutung für Arten und Lebensgemeinschaften
Vollständig versiegelte Fläche (Straßen, Gebäude) [OVS, OVW, X]	0	keine Biotopfunktion

Bezüglich der Wallheckenbewertung wurde in Abstimmung mit der unteren Naturschutzbehörde die Weisung der Nds. Umweltministerium vom 03.11.2006 beachtet. So sind beeinträchtigte Werte und Funktionen geschützter Wallhecken durch Neuanlage oder wallheckenfördernde Maßnahmen auszugleichen. Weiterhin sind zu beseitigende Wallhecken bestimmten Wertstufen zuzuordnen und der Ausgleich danach zu bemessen. Ein Erfordernis, Wallhecken in der Kompensationsbilanzierung als sogenannte planungsrechtlich freigeräumte Fläche mit einem Wertfaktor nochmalig zu berücksichtigen, besteht nicht. Demzufolge sind die vorhandenen Wallhecken folgenden Wertfaktoren zuzuordnen:

Baum-Wallhecke guter Ausprägung [HWB]	4	Von besonderer bis allgemeiner Bedeutung
Strauch-Baum-Wallhecke guter Ausprägung [HWM]	4	Von besonderer bis allgemeiner Bedeutung
Degradierte Wallhecke [HWO, HWB-, HWM-]	3	Von allgemeiner Bedeutung
Neuangelegte Wallhecke [HWN]	3	Von allgemeiner Bedeutung

4.1.6 Bewertung der Fauna

Brutvögel

Das hier angewandte Verfahren zur Bewertung von Vogelbrutgebieten in Niedersachsen wurde von der Staatlichen Vogelschutzwarte / NLWKN entwickelt (WILMS et al. 1997). Es wird über den regionalen Gefährdungsgrad, die Brutpaarzahlen und die Artenzahl die avifaunistische Bedeutung einer Fläche anhand eines differenzierten Punktsystems ermittelt. Neben diesen Parametern spielt der Flächenfaktor, d. h. die Größe des Untersuchungsraumes, bei der Bewertung eine bedeutende Rolle. Nach dem für das Jahr 2009 vorliegenden Brutvogelbestand ergibt sich für den Untersuchungsraum die folgende Einstufung:

Größe: 0,177 km² = < 1 km²

Anzahl Rote Liste-Arten: 2 (exkl. Rauchschwalbe als Gebäudebrüter)

Anzahl Reviere Rote Liste-Arten: 3

Addierter Punktwert: 2,8

Flächenfaktor: 1

Errechneter Punktwert: 2,8

Bewertung: Vogelbrutgebiet mit weniger als lokaler Bedeutung

Fledermäuse

Bei dem hier angewendeten, von Bremer Fledermauskundlern entwickelten Bewertungsverfahren wird der Index aus der Summe der Kontakte durch die Summe der Beobachtungsstunden, in der Fledermauskontakte möglich gewesen wären, gebildet (L. Bach, pers. Mitt.). Der ermittelte Index von 1,6 (bis 2,5) weist den Untersuchungsraum als ein Gebiet mit geringer Bedeutung (= Wertstufe 4 von insgesamt 5 Wertstufen) für Fledermäuse aus.

Amphibien

In das aktuelle Verfahren zur Bewertung von Amphibienlebensstätten fließen die Kategorien Artenzahl, Reproduktion sowie Gefährdungskategorie nach niedersächsischer Roter Liste und Populationsgröße ein. Ganz ähnlich wie bei den Brutvögeln ergibt sich die Bedeutung eines Gebietes aus Punktwerten. Damit ist das Amphibienvorkommen im Untersuchungsraum für den Naturschutz von grundlegender Bedeutung, jedoch nicht von hoher, besonders hoher oder von herausragender Bedeutung.

Libellen

Für die Bewertung der Libellenfauna werden die Artenvielfalt und das Vorkommen gefährdeter Arten berücksichtigt. Danach stellt das Rückhaltebecken mit 7 Spezies, unter denen sich keine landesweit gefährdeten Arten befinden, für diese Faunengruppe keinen bedeutenden Lebensraum dar. Die Libellenfauna setzt sich ausschließlich aus eurypten Arten zusammen. Die meisten Gräben sind nicht von Libellen besiedelt.

Heuschrecken

Für die Beurteilung der Lebensräume von Heuschrecken wird hier ein vom NLWKN entwickeltes Verfahren zugrunde gelegt, wonach der Gefährdungsgrad (Rote Liste) der einzelnen Heuschreckenarten die Grundlage darstellt. Für das Plangebiet ergibt sich bei 5 ungefährdeten Arten ein Gesamtpunktwert von 1,25. Damit weist der Untersuchungsraum aus naturschutzfachlicher Sicht für die Heuschreckenfauna zwar eine grundlegende, jedoch keine hohe, besonders hohe oder gar herausragende Bedeutung auf.

4.1.7 Eingriffsumfang

Die 43. Flächennutzungsplanänderung „Gewerbegebiet Leuchtenburg III“ sieht die Darstellung von gewerblichen Bauflächen vor. Dadurch werden vorwiegend landwirtschaftlich genutzte Flächen und verschiedene Gehölzstrukturen überplant. Der gesamte Geltungsbereich nimmt eine Fläche von ca. 22,6 ha ein.

Da eine parallele Erstellung und Durchführung des Flächennutzungsplanverfahrens (43. Flächennutzungsplanänderung) und des Bebauungsplanverfahrens (Bebauungsplan Nr. 59 „Gewerbegebiet Leuchtenburg III“) vorliegt, entsprechend also ein Bebauungsplankonzept für nahezu das gesamte Planungsgebiet existiert, besteht die Möglichkeit der Konkretisierung der Eingriffsintensität und des Eingriffsumfanges. Gemäß dieser Ausgangslage kann somit bereits auf Flächennutzungsplanebene eine weitere Abarbeitung der Eingriffsregelung – vorbehaltlich der Tatsache, dass es auf der Ebene der verbindlichen Bauleitplanung noch zu Änderungen kommen kann – erfolgen.

Der Geltungsbereich der 43. Flächennutzungsplanänderung und des Bebauungsplanes Nr. 59 sind bis auf einen Teilbereich im Westen, der in der Flächennutzungsplanänderung zusätzlich dargestellt wird, deckungsgleich.

Die Grundflächenzahl für die ausgewiesene Gewerbegebiete ist mit GRZ 0,8 festgelegt. Eine Überschreitung ist gemäß § 19 (4) BauNVO nicht zulässig. Somit ergibt sich eine maximal mögliche Versiegelung von 80 %. Die Fläche, die für die Gewerbenutzung vorbereitet wird, umfasst eine Größe von ca. 13,4 ha, wobei davon ausgegangen wird, dass die verlassene Hofstelle aufgegeben und die beiden Gebäude, die direkt an die Raiffeisenstraße grenzen, in ihrem Bestand und Ausprägung erhalten bleiben. Es wird demzufolge eine Neuversiegelung von ca. 9,7 ha im Rahmen der Eingriffsbilanzierung zugrunde gelegt. Die unversiegelten Flächen werden als artenarme Grünflächen betrachtet.

Für den westlichen Planbereich, der zusätzlich in der 43. Flächennutzungsplanänderung dargestellt wird (Größe ca. 4,9 ha) wird für eine gewerbliche Baufläche eine Grundflächenzahl in Anlehnung an den benachbarten Bebauungsplan mit GRZ 0,8 ohne Überschreitungsmöglichkeit gem. § 19 (4) BauNVO angenommen. Zusätzlich werden dadurch ca. 3,9 ha versiegelt, sowie Wallhecken mit einer Länge von ca. 286 m zusätzlich überplant.

Für die Erschließung sind von Süden kommend Planstraßen mit Anschluss an die Raiffeisenstraße vorgesehen. Die geplanten Straßenzüge werden mit einem angenommenen Versiegelungsgrad von 90 % in die Eingriffsbilanzierung aufgenommen, was einer Fläche von ca. 1,24 ha entspricht. Die übrigen 10 % werden als artenarmes Straßenbegleitgrün betrachtet.

Die innerhalb des Geltungsbereiches gemäß Aussage des Landkreises befindlichen planungsrechtlich festgesetzten Kompensationsflächen in einer Größenordnung von 4,2095 ha (vgl. Abbildung) stellen ein Planungshemmnis dar und sind bei Überplanung flächengleich zu verlagern, d. h. andernorts in gleicher Größe wieder herzustellen und zu sichern. In der aktuellen Planung wird lediglich der zentrale Bereich mit dem naturnah angelegten Regenrückhaltebecken und den angrenzenden Strukturen auf einer Fläche von ca. 1,0971 ha durch die Festsetzung als Fläche zum Schutz, zur Pflege und zur Entwicklung von Boden, Natur und Landschaft gem. § 9 (1) Nr. 20 BauGB (MF1) festgesetzt.

Weiterhin befinden sich innerhalb des Geltungsbereiches Wallhecken, welche z. T. durch Kompensationsverpflichtungen neu angelegt worden sind. Insgesamt werden

durch die vorliegende Planung Wallhecken mit einer Länge von ca. 1.092 m überplant. Ca. 141 m Wallhecken können durch die Lage innerhalb der Fläche zum Schutz, zur Pflege und zur Entwicklung von Boden, Natur und Landschaft gem. § 9 (1) Nr. 20 BauGB (MF1) im Rahmen der verbindlichen Bauleitplanung gesichert werden. Die neuangelegten Wallhecken sowie die degradierten Wallheckenbereiche, die mit einem Wertfaktor von 3 bewertet worden sind, sind in einem Verhältnis von 1:1 zu kompensieren. Dies bedeutet, dass insgesamt 996 m Wallhecke mit dem Wertfaktor 3 längengleich zu kompensieren sind. Weiterhin werden zwei Wallheckenabschnitte mit der Wertstufe 4 (intakter Wallheckenabschnitt) überplant. Hier ist ein Kompensationserfordernis von 1:2 vorzusehen, so dass für diese Abschnitte 184 m Kompensation anzusetzen sind. Insgesamt ist bei Durchführung der Planung für Wallheckenneuanlagen bzw. wallheckenfördernden Maßnahmen auf einer Länge von 1.180 m zu sorgen.

4.1.8 Eingriffsbilanzierung

4.1.9 Flora

Entsprechend dem Niedersächsischen Naturschutzgesetz §§ 7 bis 12 (Eingriffsregelung) muss ein unvermeidbarer zulässiger Eingriff in die Leistungsfähigkeit des Naturhaushaltes und das Landschaftsbild durch geeignete Maßnahmen kompensiert werden.

Die Eingriffsbilanzierung erfolgt mit dem Bilanzierungsmodell des niedersächsischen Städtetages von 2006 (Arbeitshilfe zur Ermittlung von Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen in der Bauleitplanung). Der Eingriffsumfang wird dabei durch einen Flächenwert ausgedrückt, der sich nach folgender Formel errechnet:

- a) Flächenwert des Ist-Zustandes: Größe der Eingriffsfläche in m² x Wertfaktor des vorhandenen Biotop-typs
- b) Flächenwert des Planungszustandes: Größe der Planungsfläche in m² x Wertfaktor des geplanten Biotoptyps
- c) Flächenwert des Planungszustandes
 - Flächenwert des Ist-Zustandes
 = Flächenwert des Eingriffs (Maß für die Beeinträchtigung)

Mit Hilfe dieses Wertes wird die Bilanzierung von Eingriff und Kompensation ermöglicht.

Berechnung des Flächenwertes des Eingriffs:

Ist-Zustand				Planung			
Biotoptyp	Fläche (m ²)	Wertfaktor	Flächenwert	Biotoptyp	Fläche (m ²)	Wertfaktor	Flächenwert
HBE**	1.072	3	3.216	HBE**	400	3	1.200
HWB- * ¹	491	3	1.473	HWB- * ¹	491	3	1.473
HWN * ¹	210	3	630	HWN * ¹	210	3	630
HWB / HWN* ²	5.602	0	0	SO / GM* ⁶	20.739	4	82.956
BE	30	3	90	HFB * ⁷	851	3	2.553
HFS	487	3	1.461	HFS * ⁸	487	3	1.461

Ist-Zustand				Planung			
HFB	2.424	3	7.272	SXS	5.464	3	16.392
SXS ^{*3}	5.464	3	16.392	GIE ^{*9}	4.319	2	8.638
UH / BR	3.772	3	11.316	FG	273	2	546
GIE	21.607	2	43.214	HS	196	2	392
GI	38.917	2	77.834	TFK / PH	3.319	1	3.319
FG	273	2	546	X (GE) ^{*10}	135.861	0	0
HS	196	2	392	GR (GE) ^{*11}	33.963	1	33.963
BZH	487	2	974	X (Planstra- ße) ^{*12}	12.428	0	0
TFK / PH	3.319	1	3.319	GR ^{*13}	1.381	1	1.381
A	104.769	1	104.769	X	6.172	0	0
A ^{*4}	28.290	1	28.290				
OVS	2.788	0	0				
OVW	231	0	0				
X ^{*5}	6.797	0	0				
Flächenwert Ist-Zustand			301.188	Flächenwert Planungs-Zustand			154.904

** Gemäß dem angewendeten Bilanzierungsmodell (Arbeitshilfe zur Ermittlung von Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen in der Bauleitplanung) werden Einzelbäume zusätzlich zur Grundfläche erfasst. Weiterhin sind vorhandene Einzelbäume zusätzlich zur Grundfläche nach der vorhandenen Kronentrauf-
fläche zu bestimmen. Dieser Flächenwert ist dem Wert der Grundfläche zuzuzählen. Aus diesem Grund ist bei einem Vorhandensein von Einzelbäumen die Gesamtfläche größer als die Geltungsbe-
reichsgröße. Die Größe des Geltungsbereiches ergibt sich indem die Flächen der Einzelbäume von der Gesamtfläche abgezogen werden

- ^{*1} Die vorhandenen Walhecken innerhalb der Maßnahmenfläche MF1 bleiben in ihrer Ausprägung erhal-
ten.
- ^{*2} Die überplanten Wallhecken außerhalb der Maßnahmenfläche MF1 werden separat ausgeglichen und
dadurch in der Eingriffsbilanzierung nicht weiter betrachtet. Der Vollständigkeit halber sind sie jedoch
mit aufgeführt und mit dem Wertfaktor 0 belegt.
- ^{*3} Das vorhandene Regenrückhaltebecken weist in Teilbereichen naturnahe Strukturen auf und wird da-
her mit dem Wertfaktor 3 belegt.
- ^{*4} Die planungsrechtlich gebundene Kompensationsflächen werden in einem Verhältnis von 1:1 verlagert
und die freigeräumte Fläche mit dem Wertfaktor 1 in der Bilanzierung berücksichtigt.
- ^{*5} Vorhandene versiegelte Bereiche nördlich der Raiffeisenstraße.
- ^{*6} Das vorgesehene Regenrückhaltebecken und die geplanten Extensivwiesenbereiche in der Fläche
zum Schutz, zur Pflege und zur Entwicklung von Boden, Natur und Landschaft gem. § 9 (1) Nr. 20
BauGB (MF2) werden durch die hohe Bedeutung für Arten und Lebensgemeinschaften aufgrund der
engen Verzahnung von terrestrischen und aquatischen Bereichen mit dem Wertfaktor 4 belegt.
- ^{*7} Im Bereich der Fläche zum Schutz, zur Pflege und zur Entwicklung von Boden, Natur und Landschaft
gem. § 9 (1) Nr. 20 BauGB (MF2) bleiben die vorhandenen Gehölzbestände erhalten.
- ^{*8} Im Bereich der Fläche zum Schutz, zur Pflege und zur Entwicklung von Boden, Natur und Landschaft
gem. § 9 (1) Nr. 20 BauGB (MF1) bleiben die vorhandenen Gehölzbestände erhalten.
- ^{*9} Die Grünlandbereiche in der Fläche zum Schutz, zur Pflege und zur Entwicklung von Boden, Natur
und Landschaft gem. § 9 (1) Nr. 20 BauGB (MF1) bleiben erhalten.
- ^{*10} Vollständig versiegelte Fläche der Gewerbegebiete (GE) (GRZ 0,8).
- ^{*11} Die unversiegelten Bereiche der Gewerbegebiete werden als artenarme Grünflächen mit dem Wertfak-
tor 1 bewertet.
- ^{*12} Der Versiegelungsgrad der Planstraßen beträgt 90 %.
- ^{*13} Die unversiegelten Bereiche der Planstraßen werden als artenarmes Straßenbegleitgrün mit dem
Wertfaktor 1 bewertet.

Flächenwert Planung	=	154.904
- Flächenwert Ist-Zustand	=	301.188
= Flächenwert des Eingriffs	=	- 146.284=> < 0

Es ergibt sich somit ein Flächenwert von – 146.284 für den Eingriff in Natur und Land-
schaft, der kompensiert werden muss. Dies entspricht einer Flächengröße von ca.

14,63 ha bei Aufwertung um einen Wertfaktor bzw. ca. 7,31 ha bei Aufwertung um zwei Wertfaktoren.

Es ergibt sich zusätzlich zu dem Eingriffsflächenwert die Verlagerung der im Ursprungsplan vorhandenen Kompensationsfläche mit einer Größe von ca. 3,11 ha sowie die Kompensation von ca. 1.180 m Wallhecke.

4.1.10 Fauna

Für eine Bewertung möglicher Beeinträchtigungen ist vorab zu klären, was eine Beeinträchtigung aus ornithologischer Sicht ist. Mit der Überplanung von Landschaftsteilen sind die Vogellebensräume dann beeinträchtigt, wenn sie von den Tieren nicht mehr oder in dem bisher genutzten Maße genutzt werden können. Für Vögel ist daraus zu folgern, dass Brut- und Nahrungshabitate aufgrund deren Entwertung verloren gehen werden.

Eine erhebliche Beeinträchtigung liegt also dann vor, wenn ein Brut- oder Nahrungsgebiet von den Vögeln nicht mehr in dem Maße genutzt werden kann, wie dies ohne den Bau eines Gewerbegebietes der Fall gewesen wäre.

Für das vorliegende Planungsvorhaben wird davon ausgegangen, dass die für Brutvögel bedeutsamen Grünländer in ihrer gegenwärtigen Ausprägung nicht erhalten bleiben. Eine Verdrängung / Vergrämung der im zentralen Bereich siedelnden 2 Kiebitz-Brutpaare ist daher nicht auszuschließen. Dieser Eingriff ist mit einem Kompensationsbedarf von zusammen 2,0 ha zu kompensieren, da von einer durchschnittlichen Reviergröße von 1 ha auszugehen ist.

Eine zusätzliche Kompensation für das Schutzgut Fledermäuse ist nicht erforderlich. Dies wird damit begründet, dass das Untersuchungsgebiet für diese Faunengruppe lediglich den kleineren Teil eines größeren Lebensraumkomplexes darstellt. Aus diesem Grund werden die Tiere in der Umgebung des Planungsraumes geeignete Lebensmöglichkeiten vorfinden, zumal wichtige Elemente wie das Regenrückhaltebecken sowie die südlichen bebauten Bereiche mit den Gehölzstrukturen erhalten bleiben.

Für die Amphibien wird es keine Eingriffserheblichkeit geben, da das vorhandene Regenrückhaltebecken, das als Lebensraum der angetroffenen Population dient, erhalten bleibt. Dies sowie die angrenzenden Flächen weisen lediglich eine geringe Bedeutung für Libellen und Heuschrecken auf, so dass hier keine Erheblichkeit durch die Umsetzung der Planung für diese Tiergruppen prognostiziert werden kann, die Kompensationsmaßnahmen erforderlich macht.

4.1.11 Vermeidung / Minimierung von Beeinträchtigungen

Gemäß § 19 (1) BNatSchG sowie § 8 NNatG dürfen Eingriffe die Leistungsfähigkeit des Naturhaushaltes und des Landschaftsbildes nicht mehr als unbedingt notwendig beeinträchtigen. Zur Vermeidung bzw. Verminderung von Beeinträchtigungen des Naturhaushaltes und des Landschaftsbildes werden folgende planerische Aussagen getroffen:

- Der Eingriff betrifft relativ wertarme Biotope.
- Erhalt und Sicherung der im Plangebiet befindlichen Gehölz- und Gewässerstrukturen sowie Schonung des Standortes der Sumpf-Schwertlilie als besonders geschützte Art.
- Größtmöglicher Erhalt und Sicherung der im Plangebiet befindlichen wertvollen Wallheckenstrukturen.

- Rodung der Gehölze (potenzielle Brutstätten in der Zeit von Anfang Oktober bis Ende Februar gem. § 37 (3) NNatG sowie Abriss der Gebäude außerhalb der Brutzeit (d. h. nicht in der Zeit zwischen 01. März und 15. Juni). Baufeldfreimachung außerhalb der Brutzeit.
- Durch den Einsatz von Geräten nach dem neuesten Stand der Technik werden Störungen vermindert.
- Während der Bauarbeiten ist darauf zu achten, dass die angrenzenden und vorhandenen Gehölze und Einzelbäume nicht mehr als notwendig beeinträchtigt werden (z. B. durch Baufahrzeuge). Zur Vermeidung von Schäden sind deshalb Schutzmaßnahmen gem. RAS-LP 4 und DIN 18920 vorzusehen.
- Die überplanten Gebäude sind vor Beginn der Abrissmaßnahme aus Vorsorgegründen fledermauskundlich zu untersuchen.
- Richtige Standortwahl und flächensparender Umgang im Rahmen der Ausführungsplanung. Vorsehen von Baumschutzmaßnahmen im Bereich der zu erhaltenden Gehölze.
- Um den Eingriff in den Wasserhaushalt so gering wie möglich zu halten, sollte das Niederschlagswasser so lange wie möglich im Gebiet verbleiben. Dazu sollte das Regenwasser von Dachflächen und Flächen anderer Nutzung, von denen kein Eintrag von Schadstoffen ausgeht, nach Möglichkeit auf dem Grundstück verbleiben (versickern - sofern möglich).
- Zur Verminderung der Beeinträchtigungen, die aus der Versiegelung von Flächen resultieren, sind Stellflächen und sonstige zu befestigende Flächen möglichst mit luft- und wasserdurchlässigen Materialien (Schotterrasen, Rasengittersteine o.ä.) zu erstellen.
- Der Schutz des Oberbodens (§ 202 BauGB) sowie bei Erdarbeiten die ATV DIN 18300 bzw. 18320 und DIN 18915 sind zu beachten.
- Es sind die relevanten Richtlinien zu Stäuben, Lärm und sonstigen Immissionen einzuhalten.

4.1.12 Maßnahmen zur Kompensation

Um die mit der Realisierung des Bebauungsplanes verbundenen und durch die Flächennutzungsplanänderung vorbereiteten Beeinträchtigungen in den Naturhaushalt und das Landschaftsbild zu kompensieren, sind folgende Maßnahmen durchzuführen:

Ausgleichsmaßnahmen

Anlage von naturnah gestalteten Regenrückhaltbecken mit Entwicklung der umliegenden Flächen als Extensivwiese (MF 2) (ca. 20.739 m²)

Ersatzmaßnahmen

Die von der 43. Flächennutzungsplanänderung vorbereiteten unvermeidbaren Beeinträchtigungen können nicht vollständig über Ausgleichsmaßnahmen gem. § 19 (2) BNatSchG kompensiert werden, so dass Ersatzmaßnahmen erforderlich sind. Eine konkrete Flächenzuordnung erfolgt im Rahmen der verbindlichen Bauleitplanung.

4.2 Belange des Immissionsschutzes

Im Rahmen der verbindlichen Bauleitplanung sind die mit der Planung verbundenen, unterschiedlichen Belange untereinander und miteinander zu koordinieren, so dass Konfliktsituationen vermieden werden und die städtebauliche Ordnung sichergestellt wird. Demnach ist die Beurteilung der akustischen Situation im Planungsraum ein wesentlicher Belang der Bauleitplanung. Zur Beurteilung sowie zur Koordinierung und Minimierung möglicher Gewerbe- und Verkehrslärmimmissionen wurde durch das Inge-

nieurbüro Technologie Entwicklungen & Dienstleistungen GmbH TED, Bremerhaven ein schalltechnisches Gutachten erstellt¹.

4.2.1 Gewerbelärm

Das Plangebiet der 43. Flächennutzungsplanänderung befindet sich in einem Gebiet, dass durch die angrenzende gewerbliche Nutzung vorgeprägt ist. Unmittelbar an die Entwicklungsflächen grenzen südlich der Raiffeisenstraße Wohnstrukturen. Nördlich der Raiffeisenstraße befinden sich Einzelwohnlagen im Außenbereich. Diese sind im Rahmen der geplanten gewerblichen Entwicklung immissionsschutzrechtlich zu berücksichtigen, so dass ein konfliktfreies Nebeneinander der unterschiedlichen Nutzungen gewährleistet werden kann. Gleichzeitig sind die vorhandenen Vorbelastungen des Gewerbegebietes Leuchtenburg südlich der Raiffeisenstraße zu beachten. Die Anforderungen der TA Lärm sind zu berücksichtigen.

Im Rahmen des Gutachtens wurde eine Geräuschkontingentierung der Gewerbeflächen durchgeführt. Hierbei werden den einzelnen Gewerbeflächen Geräuschemissionen zugewiesen, deren Einhaltung im Rahmen des Baugenehmigungsverfahrens durch eine Schallprognose für eine zu errichtende Anlage nachgewiesen werden muss. Hierdurch wird das Ziel erreicht, schädliche Umwelteinwirkungen durch Lärm auf die Nachbarschaft zu vermeiden, wobei eine maximale akustische Auslastung der Gewerbeflächen gewährleistet wird. Ausgehend von den Berechnungen zeigt sich, dass unter Einhaltung der angegebenen flächenbezogenen Schallleistungspegel (FSP) eine gewerbliche Nutzung auf dieser Fläche möglich ist, ohne Konflikte mit den benachbarten Nutzungen auszulösen. Diese FSP werden im Rahmen des Bebauungsplanes Nr. 59 „Gewerbegebiet Leuchtenburg III“ über entsprechende Festsetzungen verbindlich abgesichert.

4.2.2 Verkehrslärm

Unmittelbar südlich angrenzend an das Plangebiet verläuft die Landesstraße L 826 (Raiffeisenstraße), von der Lärmimmissionen auf das Plangebiet einwirken können. Diesbezüglich sind die Schutzansprüche der zukünftigen Wohn- und Arbeitsnutzung gemäß der anzuwendenden Regelwerke zu ermitteln und zu bewerten. Im o. g. Gutachten wurde eine Berechnung der zu erwartenden Verkehrslärmimmissionen durchgeführt, wobei auch die aus dem Plangebiet zu erwartenden Verkehrsmengen berücksichtigt wurden. Hieraus hat sich ergeben, dass im Nahbereich der Verkehrsstrasse eine Überschreitung der Orientierungswerte gem. DIN 18005 Schallschutz im Städtebau während der Tag- und Nachtzeit zu erwarten ist.

Zum Schutz gesunder Wohn- und Arbeitsverhältnisse werden für diese Lärmpegelbereiche, die sich innerhalb der gewerblich zu nutzenden Fläche befinden, passive Lärmschutzmaßnahmen in Form besonderer Anforderungen an die Außenbauteile von Gebäuden gem. DIN 4109, Tab. 8 vorgeschlagen, die dem dauernden Aufenthalt von Menschen dienen. Die vorgeschlagenen Maßnahmen werden über textliche Festsetzungen im Bebauungsplan verbindlich gesichert.

4.2.3 Elektromagnetische Felder (Hochspannungsleitung)

Innerhalb des Geltungsbereiches verläuft im Süden eine Hochspannungsfreileitung 110 kV der E.ON Netz GmbH. Die am 01.01.1997 in Kraft getretene 26. Verordnung zur Durchführung des Bundes-Immissionsschutzgesetzes (Verordnung über elektromagnetische Felder – 26. BimSchV) hat Grenzwerte für die elektrische Feldstärke und

¹ TECHNOLOGIE ENTWICKLUNGEN & DIENSTLEISTUNGEN (TED): Schallimmissionsprognose im Rahmen der städtebaulichen Planung für das Gewerbegebiet Leuchtenburg, Bremerhaven, 16. Dezember 2009

magnetische Flussdichte für Niederfrequenzanlagen (Hochspannungsfreileitungen) festgelegt, bei deren Einhaltung eine gesundheitliche Beeinträchtigung des menschlichen Organismus ausgeschlossen werden Nach Angabe des Betreibers werden diese Grenzwerte beim Betrieb der Hochspannungsleitung eingehalten, so dass bei der geplanten gewerblichen Nutzung innerhalb des Plangebietes keine Konflikte zu erwarten sind.

4.2.4 Geruchsimmissionen

Unmittelbar westlich an das Plangebiet angrenzend befindet sich eine landwirtschaftliche Hofstelle, auf der in geringem Umfang Rinderhaltung (Mastbullen, Jungvieh, Mutterkühe) betrieben wird. In einem Pachtstall an der Raiffeisenstraße (ca. 120 m Entfernung) hält der gleiche Betrieb Mutterkühe. Hinsichtlich der hiervon ausgehenden, möglichen Geruchsimmissionen wurde seitens der Landwirtschaftskammer ein Immissionsschutzgutachten² zur Beurteilung der zu erwartenden Geruchsimmissionssituation vor Ort erstellt. Diese wurde entsprechend den Vorgaben der Geruchsimmissions-Richtlinie des Landes Niedersachsen (GIRL) in Form einer Ausbreitungsberechnung vorgenommen. Die emissionsrelevanten Daten der o. g. Anlagen bezüglich Viehhaltung und Stalltechnik wurden im Zuge einer Ortsbesichtigung ermittelt. Weitere, gemäß den Vorgaben der GIRL in einem Umkreis von 600 m zu beachtende Viehhaltungsanlagen, bestehen nicht.

Das entsprechend den Vorgaben der GIRL genutzte Programm (Austal2000G) berücksichtigt neben den Betriebsdaten auch weitere Faktoren (z. B. meteorologische Daten, Belästigungswirksamkeit unterschiedlicher Tierhaltungsverfahren). Die hierdurch ermittelten Geruchsstundenhäufigkeiten innerhalb des Plangebietes wurden mit den Immissionsgrenzwerten der GIRL für Gewerbegebiete von 15 % der Jahresstunden verglichen. Hieraus ergibt sich, dass die maximale Geruchsstundenhäufigkeit innerhalb des Geltungsbereiches des Flächennutzungsbereiches in einem kleinräumigen Bereich überschritten werden. Entsprechend der Anlage IV des Gutachtens ergeben sich in zwei Beurteilungsrastern (Kantenlänge jeweils 25 m) im Nahbereich des Hofes Geruchsstundenhäufigkeiten von 33,4 % sowie 19,2 % der Jahresstunden (s. Abb.).

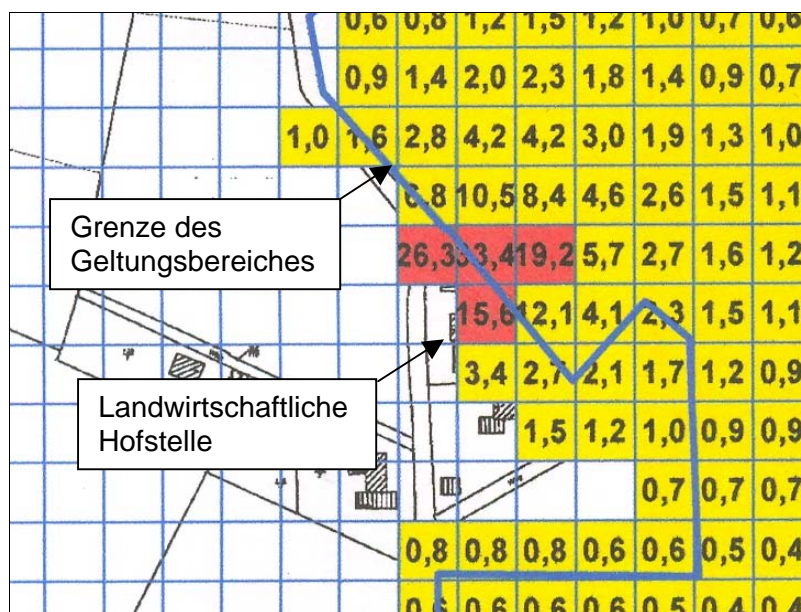


Abb.: Auszug aus Anlage IV des Immissionsschutzgutachtens² mit eigenen Erläuterungen (ohne Maßstab)

² LANDWIRTSCHAFTSKAMMER NIEDERSACHSEN: Immissionsschutzgutachten-Bauleitplanung der Gemeinde Rastede 43. Flächennutzungsplanänderung „Gewerbegebiet Leuchtenburg III“ und Bebauungsplan Nr. 59, Oldenburg, 11.12.2009

Im überwiegenden Teil des Geltungsbereiches werden diese Werte jedoch deutlich unterschritten. Dies gilt auch für den Geltungsbereich des Bebauungsplanes Nr. 59. Insofern beschreibt das Geruchsgutachten im Ergebnis, dass der Geltungsbereich der 43. Flächennutzungsplan bis auf einen kleinräumigen Teilbereich (s. o.) uneingeschränkt für die Darstellung gewerblicher Ausweisung geeignet ist. Für den Bereich, in dem die Geruchsstundenbelastung die Immissionsgrenzwerte übersteigt, ist jedoch nach Aussage des Gutachtens (Kap. 10, S. 11) eine eingeschränkte Nutzung (z. B. Parkplatzfläche) möglich, da sich die Schutzwürdigkeit entsprechend den Vorgaben der GIRL auf Bereiche bezieht, in denen sich Personen nicht nur vorübergehend aufhalten. Insofern ist eine entsprechende Nutzung als Gewerbegebiet, die einen dauerhaften Aufenthalt von Menschen ausschließt, möglich, so dass die Darstellung einer gewerblichen Baufläche (G) auch in diesem Bereich erfolgt.

Zudem ist entsprechend den Aussagen der Landwirtschaftskammer eine Aufgabe des landwirtschaftlichen Betriebes absehbar. Insofern können sich bei einer mittel- bis langfristigen Entwicklung der gewerblichen Bauflächen innerhalb dieses Bereiches nach Beendigung des ersten Bauabschnittes (B-Plan Nr. 59) geänderte Voraussetzungen hinsichtlich der Geruchsimmissionen ergeben.

Zur Berücksichtigung sowohl einer eingeschränkten gewerblichen Nutzung in dem Teilbereich sowie einer möglichen Aufgabe des Betriebes wird folgende textliche Darstellung in die Planzeichnung aufgenommen:

Innerhalb des Geltungsbereiches kommt es im Nahbereich der Hofstelle am Stellmoorweg derzeit zu Überschreitungen der Immissionsrichtwerte gem. GIRL für Gewerbegebiete von 15 % der Jahresstunden. Im Rahmen der verbindlichen Bauleitplanung ist die dann aktuelle Geruchsimmissionssituation vor Ort nochmals zu überprüfen. Sollten sich dann weiterhin Überschreitungen ergeben, sind innerhalb dieser Bereiche Nutzungen, die mit einem dauerhaften Aufenthalt von Menschen verbunden sind (z. B. Büros, Wohnräume) auszuschließen und ausschließlich geruchsunempfindliche Anlagen (z. B. Grünflächen, Lagerflächen) anzuordnen.

Über diese Regelung werden sowohl die Belange der Landwirtschaft und auch des Immissionsschutzes ausreichend berücksichtigt, zukünftige Konflikte werden so nachhaltig vermieden. Gleichzeitig wird sichergestellt, dass die zur Verfügung stehenden Flächen entsprechend der zukünftig herrschenden Immissionssituation sinnvoll genutzt werden können. Insofern ist ein sinnvoller und sparsamer Umgang mit den zur Verfügung stehenden Flächen gegeben.

4.3 Belange des Denkmalschutzes

Im Rahmen der Bauleitplanung sind gem. § 1 (6) Nr. 5 BauGB die Belange des Denkmalschutzes und der Denkmalpflege zu beachten. Unmittelbar aus dem Plangebiet sind nach derzeitigem Kenntnisstand seitens des Niedersächsischen Landesamtes für Denkmalpflege keine archäologischen Fundstellen bekannt. Im Rahmen einer im Vorfeld zur Bauleitplanung angeforderten Stellungnahme hatte das Landesamt darauf hingewiesen, dass der südliche Bereich des Plangebietes auf einem Sandrücken liegt und dementsprechend ein gewisses archäologisches Potenzial aufweist. Dementsprechend wurde im Februar 2009 eine Prospektion mittels Baggerschnitts auf diesen Flächen durchgeführt, in denen jedoch keine Hinweise auf archäologische Funde und Befunde ermittelt wurden.

Ferner wird nachrichtlich auf die Meldepflicht von ur- und frühgeschichtlichen Bodenfunden im Zuge von Bauausführungen hingewiesen: „Sollten bei den geplanten Bau- und Erdarbeiten ur- oder frühgeschichtliche Bodenfunde (das können u. a. sein: Ton-

gefäßscherben, Holzkohleansammlungen, Schlacken sowie auffällige Bodenverfärbungen u. Steinkonzentrationen, auch geringe Spuren solcher Funde) gemacht werden, sind diese gem. § 14 Abs. 1 des Nds. Denkmalschutzgesetzes (NDSchG) meldepflichtig und der zuständigen unteren Denkmalschutzbehörde oder dem niedersächsischen Landesamt für Denkmalpflege – Referat Archäologie – Stützpunkt Oldenburg, Ofener Straße 15, Tel.: 0441 / 7992120 unverzüglich zu melden. Meldepflichtig sind der Finder, der Leiter der Arbeiten oder der Unternehmer. Bodenfunde und Fundstellen sind nach § 14 Abs. 2 des NDSchG bis zum Ablauf von vier Werktagen nach der Anzeige unverändert zu lassen, bzw. für ihren Schutz ist Sorge zu tragen, wenn nicht die Denkmalschutzbehörde vorher die Fortsetzung der Arbeit gestattet.“

4.4 Altablagerungen / Kampfmittel

Im Rahmen des Altlastenprogrammes des Landes Niedersachsen haben die Landkreise gezielte Nachermittlungen über Altablagerungen innerhalb ihrer Grenzen durchgeführt und entsprechendes Datenmaterial gesammelt. Dieses wurde vom Niedersächsischen Landesamt für Wasser und Abfall (NLWA) bewertet. Hiernach liegen im Plangebiet keine Altablagerungen vor. Sollten allerdings bei den geplanten Bau- und Erdarbeiten Hinweise auf schädliche Bodenveränderungen i. S. des BBodSchG gefunden werden, so ist unverzüglich der Landkreis Ammerland - untere Bodenschutzbehörde – zu benachrichtigen.

Seitens der Zentralen Polizeidirektion – Dezernat 55 – Kampfmittelbeseitigungsdienst – wurde eine Auswertung der alliierten Luftbilder für das gesamte Plangebiet vorgenommen. Aus den Aufnahmen wird keine Bombardierung ersichtlich, so dass in Bezug auf Abwurfkampfmittel (Bomben) von dieser Seite keine Bedenken bestehen. Sollten jedoch bei Erdarbeiten andere Kampfmittel (Granaten, Panzerfäuse, Minen etc.) gefunden werden, so ist umgehend die zuständige Polizeidienststelle, das Ordnungsamt oder der Kampfmittelbeseitigungsdienst der Zentralen Polizeidirektion zu benachrichtigen.

5.0 INHALT DER FLÄCHENNUTZUNGSPLANÄNDERUNG

5.1 Art der baulichen Nutzung

Entsprechend den Inhalten der übergeordneten Planungen (Regionales Raumordnungsprogramm des Landkreises Ammerland) ist Rastede als Mittelzentrum mit der Schwerpunktaufgabe „Sicherung und Entwicklung von Arbeitsstätten“ zu entwickeln. Dementsprechend ist es Planungsziel der Gemeinde, ein leistungs- und konkurrenzfähiges Gewerbegebiet innerhalb der regionalen Strukturen zu entwickeln.

Mit der Aufstellung der 43. Flächennutzungsplanänderung werden gemäß dieser kommunalen Zielsetzung die planungsrechtlichen Voraussetzungen für die städtebauliche Ausweitung der vorhandenen Gewerbenutzung an einem vorgeprägten und verkehrsgünstig gelegenen Standort im Norden des Hauptortes Rastede geschaffen. Zu diesem Zweck wird die bisher landwirtschaftlich genutzte Fläche nördlich des vorhandenen Gewerbegebietes Leuchtenburg II (Bebauungsplan Nr. 58, 9. FNP-Änderung) als gewerbliche Baufläche gem. § 1 (1) Nr. 3 BauNVO dargestellt. Mit einbezogen werden hierbei die für die notwendigen Infrastruktureinrichtungen (Oberflächenentwässerung, Verkehrsanbindung, s. Kap. 6.0) erforderlichen Flächen.

Innerhalb des Geltungsbereiches des Bebauungsplanes Nr. 58 (Gewerbegebiet Leuchtenburg II) stehen derzeit entsprechend den Angaben der Gemeinde³ nur noch zwei Grundstücke (ca. 2 ha) zur Verfügung. Der Standort in Leuchtenburg zeichnet

³ www.rastede.de, Stand 21.10.2009

sich aus durch seine verkehrsgünstige Lage an der Autobahnauffahrt der A 29 (Rastede) und die hierdurch vorhandene Verknüpfung an die nationalen und internationalen Verkehrswege. Durch die räumliche Nähe zu den Siedlungs- und Infrastruktureinrichtungen Rastedes kann eine optimale Verknüpfung zwischen Wohnen und Arbeiten erreicht werden. Entsprechend dieser Standortvoraussetzungen hat sich in der Vergangenheit ein vielfältiger Branchenmix aus mittelständigen Betrieben innerhalb der bestehenden Gewerbegebiete (Leuchtenburg I + II) südlich der Raiffeisenstraße angesiedelt. Durch die Erweiterung des Gewerbegebietes Leuchtenburg können somit auch wertvolle Synergieeffekte erwartet werden. Eine vergleichbare Standortqualität kann innerhalb des Gemeindegebietes Rastede auch an den Gewerbestandorten im Bereich des Autobahnkreuzes Nord (Brombeerweg, Businessressort am See) nicht geboten werden. Zudem stehen hier der Gemeinde ausschließlich noch ca. 1,5 ha im Gewerbegebiet am Brombeerweg zur Verfügung. Die innerhalb der Industriegebiete (Industriepark Am Autobahnkreuz Oldenburg-Nord, Industriepark Liethe) sollen vorwiegend für die Ansiedlung größerer Betriebe vorgehalten werden, die auf ein störungsempfindliches Umfeld angewiesen sind.

Bei einer Gesamtbetrachtung steht der Gemeinde dementsprechend nur noch ein geringes Flächenkontingent (ca. 2 ha) für die geplante gewerbliche Nutzung am Standort Leuchtenburg zur Verfügung. Angesichts dieser geringen Flächenreserven sowie der beschriebenen Standortqualitäten des Gewerbegebietes Leuchtenburg ist die Weiterentwicklung dieses Gewerbegebiets im Sinne einer Angebotsplanung zur Erhaltung der Wettbewerbsfähigkeit der Gemeinde Rastede sinnvoll. Die Erweiterung um 22,6 ha bzw. von ca. 17,7 ha im ersten Planungsschritt (Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. 59 „Gewerbegebiet Leuchtenburg III“) erfolgt demnach im Sinne einer vorausschauenden und nachhaltigen Entwicklung zur Bereitstellung eines flexiblen Angebotes entsprechend den unterschiedlichen Flächenansprüchen an die Gewerbegrundstücke.

Bei der Entwicklung der Fläche über die verbindliche Bauleitplanung wird das im Jahr 2006 erstellte Einzelhandelsgutachten der CIMA⁴ über entsprechende Festsetzungen berücksichtigt. Hierbei werden die Aussagen für die Gewerbegebiete Leuchtenburg I + II als zielführend auch für das geplante Gewerbegebiet übernommen.

5.2 Hauptversorgungsleitung

Innerhalb des Geltungsbereiches verläuft im Südosten eine Hochspannungsleitung 110 kV der E.ON Netz GmbH (110-kV-Leitung Abzweig Oldenburg/Nord, Mast 29-30 (LH-14-084), deren Leitungsverlauf gem. § 5 (2) Nr. 4 BauGB in der Flächennutzungsplanänderung dargestellt wird. Innerhalb des Freileitungsschutzbereiches von 25,00 m beidseitig der Leitungsachse, sind die Schutzbestimmungen der entsprechenden Regelwerke bezüglich der Arbeits- und Bauhöhen einzuhalten. Im Weiteren sind Aufschüttungen, Dämme, Erdwälle etc. nur bis zu bestimmten Niveauhöhen zulässig, hochwüchsige Bäume dürfen hier nicht angepflanzt werden. Konkret ist im Rahmen der einzelnen Baugenehmigungsverfahren eine Beteiligung des Leitungsträgers notwendig. Hierauf wird im Rahmen der verbindlichen Bauleitplanung hingewiesen.

5.3 Wasserflächen

Im Nordosten des Geltungsbereiches befindet sich das Gewässer II. Ordnung Nr. 37 des Entwässerungsverbandes Jade. Dieses wird gem. § 5 (2) Nr. 7 BauGB in seinem Bestand festgesetzt und somit planungsrechtlich gesichert. Die gemäß der Satzung des Entwässerungsverbandes einzuhaltenden Räumuferstreifen von 10,00 m sind einzuhalten.

⁴ CIMA: Einzelhandelsgutachten für die Gemeinde Rastede, Lübeck, 20.02.2006

6.0 VERKEHRLICHE UND TECHNISCHE INFRASTRUKTUR

- **Verkehrerschließung**

Die verkehrliche Erschließung des Plangebietes erfolgt von Süden über die Raiffeisenstraße (Landesstraße L 826). Als Anbindungspunkt wird ein Verkehrsknoten im Einmündungsbereich der Königstraße gewählt. Aus der hierzu erstellten verkehrstechnischen Untersuchung⁵ wird deutlich, dass zur Durchleitung der zu erwartenden Verkehrsmengen verkehrstechnische Maßnahmen (Linksabbiegerspur, Kreisverkehrsplatz) getroffen werden müssen. Die Form des Knotenpunktes steht derzeit noch nicht fest. Um aus planungsrechtlicher Sicht eine größtmögliche Flexibilität zu erreichen, wird im Vorfeld der durch einen Kreisverkehrsplatz beanspruchte Raum bereits als gewerbliche Baufläche (G) dargestellt.

Im Weiteren sind bei der Entwicklung des Plangebietes die Belange des Straßenverkehrs zu berücksichtigen. Die notwendigen Abstände (Bauverbotszone) entlang der Landesstraße L 826 (Raiffeisenstraße) außerhalb der geschlossenen Ortschaft werden im Rahmen der verbindlichen Bauleitplanung gesichert.

- **ÖPNV**

Das Plangebiet liegt im fußläufigen Einzugsbereich der Haltestelle „Leuchtenburg, Ostendorf“, welche von den Linien 370 und 334 bedient wird. Mit der Linie 370 ist das Planungsgebiet an den Hauptort Rastede sowie an die Gemeinden Wiefelstede und Bad Zwischenahn angebunden, was sich jedoch hauptsächlich auf die Schultage beschränkt. Die Linie 334 ist ebenfalls vorwiegend auf die Bedürfnisse der Schülerbeförderung ausgerichtet. Die nächsten Haltestellen von Regionallinien liegen zwischen 2 und 3 km entfernt (Linie 330 Wiefelstede-Oldenburg und Linie 340 Rastede-Oldenburg).

- **Gas- und Stromversorgung**

Die Gas- und Stromversorgung erfolgt über den Anschluss an die Versorgungsnetze der Energieversorgung Weser-Ems (EWE).

- **Schmutz- und Abwasserentsorgung**

Die Schmutz- und Abwasserentsorgung innerhalb des Plangebietes wird zentral über den Anschluss an das kommunale Leitungsnetz zur Kläranlage geregelt.

- **Wasserversorgung**

Die Versorgung des Plangebietes mit Trinkwasser wird durch den Oldenburgisch-Ostfriesischen Wasserverband (OOWV) gesichert.

- **Abfallbeseitigung**

Die Abfallentsorgung erfolgt durch den Landkreis Ammerland.

- **Oberflächenentwässerung**

Zur Regelung der Oberflächenentwässerung im Plangebiet wurde durch das Ingenieurbüro Börjes, Westerstede ein Entwässerungskonzept für den gesamten Geltungsbereich des städtebaulichen Rahmenkonzept erstellt. Aus den Berechnungen wird deutlich, dass neben dem bestehenden Regenrückhaltebecken im zentralen Bereich ein weiteres Rückhaltebecken für die gedrosselte Ableitung des anfallenden Regenwassers in die Rehorner Bäke notwendig ist. Dies wird nach Prüfung der örtlichen Verhältnisse auf einer Fläche nördlich des Stellmoorweges angeordnet und entsprechend als gewerbliche Baufläche (G) in den Geltungsbereich mit einbezogen. Unmittelbar westlich hieran angrenzend verläuft das Gewässer II.

⁵ INGENIEURBÜRO DR. SCHWERTHELM & TJARDES (IST): Verkehrstechnische Untersuchung zur Anbindung Bebauungsplan Nr. 59 an die L 826, Schortens, Dezember 2008

Ordnung Nr. 37 des Entwässerungsverbandes Jade, zu dem ein 10,00 m breiter Räumstreifen anzuordnen ist. Dies wird im Rahmen der konkreten Entwässerungsplanung in Absprache mit dem Entwässerungsverband berücksichtigt.

- **Fernmeldetechnische Versorgung**

Die fernmeldetechnische Versorgung des Bebauungsplangebietes erfolgt über die verschiedenen Telekommunikationsanbieter.

- **Sonderabfälle**

Sonderabfälle sind vom Abfallerzeuger einer ordnungsgemäßen Entsorgung zuzuführen.

- **Brandschutz**

Die Löschwasserversorgung innerhalb des Plangebietes wird gemäß den entsprechenden Anforderungen sichergestellt.

7.0 VERFAHRENSGRUNDLAGEN

7.1 Rechtsgrundlagen

Dem Bebauungsplan liegen zugrunde (in der jeweils aktuellen Fassung):

- BauGB (Baugesetzbuch),
- BauNVO (Verordnung über die bauliche Nutzung der Grundstücke: Baunutzungsverordnung),
- PlanzV (Verordnung über die Ausarbeitung der Bauleitpläne und die Darstellung des Planinhaltes: Planzeichenverordnung),
- NBauO (Niedersächsische Bauordnung)
- NNatG (Niedersächsisches Naturschutzgesetz),
- BNatSchG (Bundesnaturschutzgesetz),
- NGO (Niedersächsische Gemeindeordnung).

8.0 VERFAHRENSÜBERSICHT

8.1.1 Aufstellungsbeschluss

Der Verwaltungsausschuss der Gemeinde Rastede hat in seiner Sitzung am gem. § 2 BauGB den Beschluss zur Aufstellung der 43. Flächennutzungsplanänderung „Gewerbegebiet Leuchtenburg III“ gefasst.

8.1.2 Beteiligung der Öffentlichkeit

Die Beteiligung der Bürger an der Bauleitplanung gem. § 3 (1) BauGB (öffentliche Darlegung der allgemeinen Ziele und Zwecke der Planung und Anhörung der Bürger) erfolgte bis zum Die Bekanntmachung hierzu erfolgte am durch die Tagespresse (Ammerländer Nachrichten, NWZ).

8.1.3 Öffentliche Auslegung

Die Begründung hat gem. § 3 (2) BauGB vom bis
..... zusammen mit der Planzeichnung öffentlich ausgelegt.

Rastede,

.....

Bürgermeister

9.0 PLANVERFASSER

Die Ausarbeitung der 43. Flächennutzungsplanänderung „Gewerbegebiet Leuchtenburg III“ erfolgte im Auftrag der Gemeinde Rastede vom Planungsbüro:

**Diekmann &
Mosebach** 
Regionalplanung
Stadt- und Landschaftsplanung
Entwicklungs- und Projektmanagement
*Oldenburger Straße 211 · 26180 Rastede
Telefon (0 44 02) 91 16-30
Telefax (0 44 02) 91 16-40*

ANLAGE:

Plan 1 – Bestand: Biotoptypen / Nutzungen und gefährdete / besonders geschützte Pflanzen

43. Flächennutzungsplanänderung "Gewerbegebiet Leuchtenburg III"

[illegible]

Gelungsbereich der Flächennutzungsplanänderung



Biotypypen (Stand 11/2008 bzw. 08/2009)
Biotypenkurzel nach « Kartenschlüssel für Biotypypen in Niedersachsen » (Drachenfels, Hannover 2004))

Genholz	
BE	Einzelstrauch
BR	Rutenagebüsch
HB	Einzelbaum, Baumnähe
HFB	Baumhecke
HFM	Strauch-Baumhecke
HFS	Strauchhecke
NN	Naturnahes Feldgehölz
HX	Standardfremdes Feldgehölz
HWB	Baum-Wallhecke
HWM	Strauch-Baum-Wallhecke
HWN	Neu angelegte Wallhecke
HWO	Gehölzfreier Wall

- = Schichtige Ausprägung, lückiger Gehölzbestand, degraderter Wall

<u>Gewässer</u>	Nährstoffreicher Graben
FGR	Sonstiger Graben
FgZ	Sonstiges Säugetierwasser
SXS	
<u>Grundland</u>	
GI	Artenarmes Grünland
GIE	Artenreiches Extensivgrünland
GMZ	Sonstiges mesophiles Grünland
<u>Ackerbaufläche</u>	
Ag	Getreideacker
Am	Maisacker
EL	Landwirtschaftliche Lagerfläche

Kueralmiller
UH Halbruderale Gras- und Staudenflur

Siedlungsbiotope/Verkehrsflächen

GRT	ritzen
HS	Siedungsstutz
OEL	locker bebautes Einzel- und Reihenmauspfeil
OD	Leinwandseitlicher Betrieb
OG	Gewebeschicht
ONZ	Sonstige Gebäudekomplex
OSZ	Sonstige Versorgungsanlage (Hochspannungseinstellung)
OVS	Sträke
OWV	Weg, Zusatz u = unbefestigt
PH	Hausgarten
TFK	Fläche nach Schindelfuge

Gefährdete und/oder besonders geschützte Pflanzenarten

Liste der nachgewiesenen Pflanzenarten der Roten Liste der Far- und Blütenpflanzen in Niedersachsen und Bremen (5. Fassung, Stand 01.03.2004) und der gemäß § 10 Abs. 2 Nr. 10 BNatSchG besonders geschützten Far- und Blütenpflanzen:

Abk.	Deutscher Name	Wissenschaftl. Name	Gefährdung	Schütz
la	Stechpalme	<i>Ilex aquifolium</i>	-	-
lp	Sumpf-Schwertlilie	<i>Iris pseudacorus</i>	-	-

Gefährdungskategorien: - = nicht gefährdet

Häufigkeitsangaben:
Anzahl Sprosse: **1** = 1, **2** = 2-5
Deckung in m²: **I** = < 1 m², **II** = 1 - 5 m²

	Akronyme für Gehölzarten	Acer spp.
An	Anom	
Ab	Buche	<i>Betula pendula</i>
Bi	Birke	<i>Fagus sylvatica</i>
Bu	Brombeere	<i>Rubus fruticosus</i>
Br	Eberesche	<i>Sorbus aucuparia</i>
Eb	Stieleiche	<i>Quercus robur</i>
El	Schwarzahorn	<i>Aulus glabra</i>
Er	Eiche	<i>Parus excubus</i>
Es	Eschen	<i>Prunus avium</i>
Eu	Europahorn	<i>Prunus avium</i>
Fi	Fichte	<i>Pinus sylvestris</i>
Hb	Hainbuche	<i>Sambucus nigra</i>
Hd	Holunder	<i>Acerulus hippoc</i>
Ho	Kastanie	<i>Pinus sylvestris</i>
Ka	Kiefer	
Ki	Linde	
Li	Robinie	<i>Tilia spec.</i>
Rb	Spätholunder	<i>Rubra pseudac</i>
Ts	Spätholunder	<i>Pinus serotina</i>
Vk	Vogelkirsche	<i>Pinus avium</i>

Hinweis:
Die Darstellung der Wallhecken wurde teilweise aus dem Kataster des Landkreises Ammerland übernommen.

43. Flächennutzungsplanänderung "Gewerbegebiet Leuchtenburg III"

Planart: Bestand: Biotypen / Nutzungen und gefährdete / besonders geschützte Pflanzenarten

Maßstab unmaßstäblich	Projekt: 09-1095 Plan-Nr. 1	Datum	Unterschrift
		Bearbeitet: 09.2009	File
		Geszeichnet: 10.2009	Beide
		Gedruckt: 10.2009	Dickmann

Diekmann & Mosebach

Regionalplanung , Stadt- und Landschaftsplanung
Entwicklungs- und Projektmanagement

GEMEINDE RASTEDE

Landkreis Ammerland

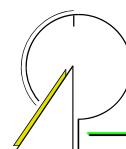
43. Flächennutzungsplanänderung Gewerbegebiet Leuchtenburg III

Öffentliche Auslegung und
Beteiligung der Behörden
(§ 3 (2) und 4 (2) BauGB)
und

Erneute Öffentliche Auslegung
und Beteiligung der Behörden
(§ 3 (2) und 4 (2) BauGB)

ABWÄGUNGSVORSCHLÄGE

01.02.2010



Träger öffentlicher Belange

von folgenden Stellen wurden keine Anregungen in der Stellungnahme während der 1. + 2. öffentlichen Auslegung vorgebracht:

	TÖB	1. öffentliche Auslegung, Stellungnahme vom	2. öffentliche Auslegung, Stellungnahme vom
1.	ExxonMobil Production Deutschland GmbH Riethorst 12 30659 Hannover	09.11.2009	28.12.2009
2.	Gasunie Deutschland Services GmbH Pelikanplatz 5 30177 Hannover	06.11.2009	06.01.2010
3.	Transpower Stromübertragungs GmbH Vor dem Nordwald 14 31275 Lehrte	10.11.2009	-
4.	E.ON Netz GmbH Betriebszentrum Lehrte – Leitungen Eisenbahnlängsweg 2a 31275 Lehrte	17.11.2009	-
5.	Oldenburgische Industrie- und Handelskammer (IHK) Moslestraße 6 26122 Oldenburg	01.12.2009	22.01.2010
6.	Staatliches Gewerbeaufsichtsamt Oldenburg Theodor-Tantzen-Platz 8 26122 Oldenburg	-	12.01.2010
7.	Deutsche Telekom Netzproduktion GmbH Technische Infrastruktur Niederlassung Nordwest PTI 11 PB 2 Ammerländer Heerstraße 140 26129 Oldenburg	-	21.01.2010

Träger öffentlicher Belange

von folgenden Stellen wurden Anregungen in der Stellungnahme zur 1. + 2. öffentlichen Auslegung vorgebracht:

	TÖB	1. öffentliche Auslegung, Stellungnahme vom	2. öffentliche Auslegung, Stellungnahme vom
1.	Landkreis Ammerland Ammerlandallee 12 26655 Westerstede	03.12.2009	27.01.2010
2.	Niedersächsische Landesbehörde für Straßenbau und Verkehr Geschäftsbereich Oldenburg Kaiserstraße 27 26122 Oldenburg	13.11.2009	07.01.2010
3.	Deutsche Telekom Netzproduktion GmbH Technische Infrastruktur Niederlassung Nordwest PTI 11 PB 2 Ammerländer Heerstraße 140 26129 Oldenburg	03.12.2009	-
4.	Kabel Deutschland Vertrieb & Service GmbH + Co. KG Bavinkstraße 23 26789 Leer	10.11.2009	21.01.2010
5.	Oldenburgisch-Ostfriesischer Wasserverband Georgstraße 4 26919 Brake	11.11.2009	13.01.2010
6.	Deutsche Telekom Netzproduktion GmbH Technische Infrastruktur Niederlassung Nordwest PTI 11 PB 2 Ammerländer Heerstraße 140 26129 Oldenburg	03.12.2009	-
7.	Landwirtschaftskammer Niedersachsen Forstamt Oldenburg Im Dreieck 12 26127 Oldenburg	25.11.2009	-
8.	Landwirtschaftskammer Niedersachsen - Bezirksstelle Oldenburg-Nord - Im Dreieck 12 26127 Oldenburg	-	18.01.2010
9.	Entwässerungsverband Jade Franz-Schubert-Straße 31 28919 Brake	27.11.2009	-

10.	Staatliches Gewerbeaufsichtsamt Oldenburg Theodor-Tantzen-Platz 8 26122 Oldenburg	03.12.2009	-
-----	---	------------	---

Anregungen	Abwägungsvorschläge
Landkreis Ammerland Ammerlandallee 12 26655 Westerstede	
<p>Stellungnahme vom 03.12.2009 (1. öffentliche Auslegung)</p> <p>Ich erinnere daran, die Planzeichnung um einen Hinweis auf die BauNVO 1990 zu ergänzen und auch die Auslegung der bereits vorliegenden umweltbezogenen Stellungnahmen zu dokumentieren (s. meine Stellungnahme vom 08.10.2009). In diesem Zusammenhang weise ich darauf hin, dass in der Bekanntmachung zur öffentlichen Auslegung des Entwurfs der 43. Änderung des Flächennutzungsplanes (NWZ v. 29.10.2009) Angaben fehlten, welche umweltbezogenen Informationen verfügbar waren (z. B. die wesentlichen, bereits vorliegenden umweltbezogenen Stellungnahmen), und dass ich gemäß Runderlass des Niedersächsischen Ministeriums für Soziales, Frauen, Familie und Gesundheit vom 18.10.2006 (Az.: 502.13-21100-1) gehalten wäre, bei Fehlen eines erforderlichen Hinweises dieses als beachtlichen Fehler mit der Folge der Versagung der Genehmigung geltend zu machen.</p> <p>Da eine Überschreitung des Immissionsgrenzwertes (Geruchsstundenbelastung von bis zu 15 % der Jahresstunden) in Teilbereichen des Plangebietes zurzeit nicht ausgeschlossen werden kann (s. Stellungnahme der Landwirtschaftskammer Niedersachsen vom 19.10.2009) und somit der Nachweis bisher nicht geführt ist, dass Konflikte zwischen Arbeitsplätzen/ Wohnungen für Aufsichts- und Bereitschaftspersonen sowie Betriebsinhaber und Betriebsleiter einerseits und der unmittelbar benachbarten landwirtschaftlichen Nutzung (Geruchsbelästigung) andererseits gelöst sind, wären diese Teilbereiche noch nicht genehmigungsfähig.</p>	<p>Dem Hinweis wurde gefolgt, das Verfahren gem. § 3 (2) und 4 (2) BauGB wurde für die Bauleitplanung erneut durchgeführt. Die Inhalte der hierzu eingegangenen Stellungnahmen werden im Folgenden mit aufgeführt.</p> <p>Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen. Seitens der Landwirtschaftskammer Niedersachsen wurde ein Gutachten zur Beurteilung der Geruchsimmissionssituation vor Ort (11.12.2009) erstellt. Hieraus ergibt sich, dass die maximale Geruchsstundenhäufigkeit innerhalb des Geltungsbereiches des Flächennutzungsplanes in einem kleinräumigen Bereich überschritten werden. Zudem ist entsprechend den Aussagen der Landwirtschaftskammer eine Aufgabe des Betriebes absehbar. Demnach wurde im Flächennutzungsplan eine textliche Darstellung übernommen, nach der eine nochmalige Überprüfung der Immissionssituation im Rahmen der späteren, verbindlichen Bauleitplanung zu erfolgen hat. Sollten sich dann weiterhin Überschreitungen ergeben, sind innerhalb dieser Bereiche Nutzungen, die mit einem dauerhaften Aufenthalt von Menschen verbunden sind (z. B. Büros, Wohnräume) auszuschließen und ausschließlich geruchsunempfindliche Anlagen (z. B. Grünflächen, Lagerflächen) anzuordnen. Insofern werden schädliche Auswirkungen auf die gewerbliche Nutzung nachhaltig vermieden. Seitens des Landkreises Ammerland wurden diesbezüglich im Rahmen der 2. öffentlichen Auslegung keine weiteren Anregungen vorgetragen.</p>

Anregungen	Abwägungsvorschläge
<p>Meine Untere Naturschutzbehörde weist darauf hin, dass beeinträchtigte Werte und Funktionen geschützter Wallhecken durch Neuanlage oder wallheckenfördernde Maßnahmen auszugleichen sowie zu beseitigende Wallhecken bestimmten Wertstufen zuzuordnen sind und danach der Ausgleich zu bemessen ist (Weisung des Nds. Umweltministeriums vom 3.11.2006; Az.: 54-E-22453). Ein Erfordernis, Wallhecken in der Kompensationsbilanzierung nochmalig zu berücksichtigen, besteht nicht. Des Weiteren hält sie es für erforderlich, besonders geschützte Sumpfschwertlilien im Bereich des geplanten Regenrückhaltebeckens, soweit sie vom Eingriff betroffen sind, fachgerecht umzusetzen und Beeinträchtigungen des Landschaftsbildes durch Eingrünung des Gewerbegebietes zur freien Landschaft hin auszugleichen.</p> <p>In der Eingriffsbilanzierung (Ziffer 4.1.7 der Begründung) ist der Flächenwert des Biotoptyps "GIE" (artenarmes Intensivgrünland) m. E. falsch berechnet (es fehlen 21.607 Werteinheiten im Ist-Zustand), so dass ein größeres Kompensationsdefizit ausgeglichen werden muss.</p> <p>Zum Ausgleich für die Kompensationsflächen und zum Nachweis der fehlenden Kompensationseinheiten im Flächenpool ist meiner Unteren Naturschutzbehörde vor Feststellungsbeschluss eine aktuelle Übersicht über das Ökokonto der Gemeinde zu übersenden.</p> <p>Stellungnahme vom 27.01.2010 (2. öffentliche Auslegung) Die Ersatzmaßnahmen sind meiner Unteren Naturschutzbehörde nach umfassender Abstimmung mit ihr vor Feststellungsbeschluss nachzuweisen.</p> <p>Ich bitte darum, in der Verfahrensleiste den Maßstab der Planunterlage</p>	<p>Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen. Die Eingriffsbilanzierung wird dahingehend angepasst, dass die Wallhecken nicht nochmalig bei der Kompensationsermittlung berücksichtigt werden. Bei der besonders geschützten Art Sumpfschwertlilie wird von einem Erhalt und einer Schonung des vorhandenen Bestandes ausgegangen. Aus Vorsorgegründen wird jedoch, sollte der Bestand bei der Umsetzung der Planung gefährdet werden, die fachgerechte Entnahme und das Einsetzen in das geplante Regenrückhaltebecken aufgeführt. Eine Eingrünung des geplanten Gewerbegebietes findet im Norden und im Westen durch den Erhalt der vorhandenen Gehölzbestände statt. Nach Osten wird von einer abschirmenden Eingrünung Abstand genommen, da zum einen keine wesentlichen Blickbeziehungen zwischen dem Gewerbegebiet und den vorhandenen Siedlungsstrukturen bestehen und zum anderen eine Anpflanzung erst in einigen Jahren den gewünschten Effekt auf das Landschaftsbild bzw. für Arten und Lebensgemeinschaften hätte. Da jedoch langfristig nach Osten Erweiterungsmöglichkeiten angedacht sind, würden dann die zu diesem Zeitpunkt voll funktionsfähigen Abpflanzungen wieder entfernt werden müssen. Aus naturschutzfachlicher Sicht ist eine Anpflanzung mit dem Wissen einer etwaigen zukünftigen Abholzung nicht zweckmäßig. Es wird daher keine Eingrünung vorgesehen.</p> <p>Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen und der Flächenwert entsprechend angepasst.</p> <p>Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen. Im Rahmen der Flächennutzungsplanänderung werden jedoch keine Ersatzflächen planungsrechtlich festgeschrieben. Hier wird auf die nachfolgende verbindliche Bauleitplanung verwiesen.</p> <p>Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen. Im Rahmen der Flächennutzungsplanänderung werden jedoch keine Ersatzflächen planungsrechtlich festgeschrieben. Hier wird auf die nachfolgende verbindliche Bauleitplanung verwiesen.</p>

Anregungen	Abwägungsvorschläge
(1:5000 anstatt 1:1000) und unter "Verletzung von Vorschriften" die Ziffer dieser Flächennutzungsplanänderung (43. anstatt 42.) zu korrigieren.	Dem Hinweis wird gefolgt.
Niedersächsische Landesbehörde für Straßenbau und Verkehr Geschäftsbereich Oldenburg Kaiserstraße 27 26122 Oldenburg	
<p>Stellungnahme vom 13.11.2009 (1. öffentliche Auslegung) Das Plangebiet o. g. Bauleitplanungen grenzt an die L 826 außerhalb einer festgesetzten Ortsdurchfahrt und soll über eine neue Gemeindestraße (Planstraße) an die L 826 angebunden werden. Die Belange der Nds. Landesbehörde für Straßenbau und Verkehr, Geschäftsbereich Oldenburg (NLStBV-OL) sind von den vorliegenden Bauleitplanungen betroffen.</p> <p>Folgendes ist zu den Entwürfen o. g. Bauleitplanungen und die nachfolgende Umsetzung des Bebauungsplanentwurfes zu beachten:</p> <p>1. Für die verkehrliche Erschließung des Bebauungsplangebietes Nr. 59 ist beabsichtigt, gegenüber der Einmündung der Königstraße, über die das Bebauungsplangebiet Nr. 58 erschlossen wird, eine Planstraße an die L 826 anzuschließen. Grundsätzliche Bedenken gegen den geplanten Knotenpunkt L 826/Königstraße/Planstraße bestehen nicht.</p> <p>Über die Knotenpunktsform hat im Januar 2009 auf Grundlage einer verkehrstechnischen Untersuchung des Büros IST, Schortens vom Dezember 2008 eine Besprechung zwischen der Gemeinde und der NLStBV-OL stattgefunden. Dabei wurde abgestimmt, dass die Erschließung des geplanten Gewerbegebietes über eine Kreuzung abzuwickeln ist, für die im Zuge der vorfahrtberechtigten L 826 auf dem westlichen Fahrbahnast ein Linksabbiegestreifen einzubauen ist (in der verkehrstechnischen Untersuchung unter Ziff. 2.4 beschrieben als Vorfahrtknoten). Für die Erschließung des Bebauungsplangebietes Nr. 58 wurde in die L 826 bereits ein Linksabbiegestreifen eingebaut.</p> <p>Sollte sich während oder nach Umsetzung der Bauleitplanung</p>	<p>Die Hinweise Nr. 1 und 2 beziehen sich auf die Festsetzungen des Bebauungsplanes Nr. 59 „Gewerbegebiete Leuchtenburg III“ und werden im Rahmen des dortigen Verfahrens abgewogen. Dies gilt ebenfalls für die Stellungnahme im Rahmen der 2. öffentlichen Auslegung.</p>

Anregungen	Abwägungsvorschläge
<p>herausstellen, dass die dann entstandene Kreuzung nicht ausreichend leistungsfähig ist, ist unter Beteiligung der zuständigen Träger öffentlicher Belange eine der in der Untersuchung genannten weiteren Knotenpunktformen (Einbau einer Lichtsignalanlage, Anlage eines Kreisverkehrsplatzes) zu realisieren.</p> <p>Vor Baubeginn ist zwischen der Gemeinde und der NLStBV-OL eine Vereinbarung gem. § 34 (1) NStrG abzuschließen. Der NLStBV-OL ist hierfür ein Ausbauplan mit Kostenanschlag zur Überprüfung vorzulegen, der dann Bestandteil der abzuschließenden Vereinbarung wird. Nach Fertigstellung der Baumaßnahme sind dem Straßenbaulastträger gem. § 35 Abs. 3 NStrG die Mehrkosten für die Unterhaltung des Abbiegestreifens und des Einmündungsbereiches der neu hinzukommenden Straße zu erstatten. Der Ablösungsbetrag für die erforderliche Mehrunterhaltung entspricht ca. den Herstellungskosten der Maßnahme.</p> <p>Sämtliche Kosten für die zu einem späteren Zeitpunkt evtl. durchzuführenden weiteren Maßnahmen (Einbau einer Lichtsignalanlage oder Anlage eines Kreisverkehrsplatzes) sind ebenfalls von der Gemeinde zu übernehmen.</p> <p>2. Vom Verkehr auf der L 826 gehen Emissionen aus, die auf das Plangebiet einwirken. In der dem Bebauungsplanentwurf anliegenden Schallimmissionsprognose werden die Schallimmissionen, die durch den Verkehr auf der L 826 hervorgerufen werden, berücksichtigt. Zu den Eingangsparametern (vgl. Ziff. 5.4 der Schallimmissionsprognose) weise ich darauf hin, dass mit einem Prognosehorizont 2020 gerechnet wurde. Allgemein üblich ist ein Prognosezeitraum von 15 Jahren, d. h. ein Prognosehorizont 2025. In die Untersuchung wurde zudem die erwartete Verkehrsentwicklung aus dem Plangebiet nicht eingestellt. Hierzu verweise ich auf die verkehrstechnische Untersuchung des Büros IST, Schortens von Dezember 2008.</p> <p>Ich bitte um schriftliche Benachrichtigung über die Abwägung meiner vorgetragenen Anregungen und Hinweise vor Veröffentlichung der Bauleitplanungen. Nach Abschluss des Verfahrens bitte ich unter Bezug auf Ziffer 38.2 der Verwaltungsvorschriften zum BauGB um Übersendung von zwei Ablichtungen der gültigen Bauleitplanungen einschließlich</p>	

Anregungen	Abwägungsvorschläge
<p>Begründung.</p> <p>Stellungnahme vom 07.01.2010 (2. öffentliche Auslegung) Das Plangebiet o. g. Bauleitplanungen grenzt an die L 826 außerhalb einer festgesetzten Ortsdurchfahrt und soll über eine neue Gemeindestraße (Planstraße) an die L 826 angebunden werden. Die Belange der Nds. Landesbehörde für Straßenbau und Verkehr, Geschäftsbereich Oldenburg (NLStBV-OL) sind von den vorliegenden Bauleitplanungen betroffen. Zur vorgesehenen verkehrlichen Erschließung des Plangebietes (Kap. 4.4.1-Straßenverkehrsflächen – der Begründung) ist Ziff. 1 meiner Stellungnahme vom 13.11.2009 im Rahmen der Beteiligung gem. § 4a Abs. 4 BauGB weiterhin gültig und zu beachten.</p> <p>Ich bitte um schriftliche Benachrichtigung über die Abwägung meiner vorgetragenen Anregungen und Hinweise vor Veröffentlichung der Bauleitplanungen. Nach Abschluss des Verfahrens bitte ich unter Bezug auf Ziffer 38.2 der Verwaltungsvorschriften zum BauGB um Übersendung von zwei Ablichtungen der gültigen Bauleitplanungen einschließlich Begründung.</p>	
<p>Kabel Deutschland Vertrieb & Service GmbH + Co. KG Bavinkstraße 23 26789 Leer</p>	
<p>Stellungnahme vom 10.11.2009 (1. öffentliche Auslegung) Wir bedanken uns für Ihr Schreiben vom 04.11.09. Im Planbereich befinden sich Telekommunikationsanlagen unseres Unternehmens. Planzeug über die vorhandenen Anlagen können Sie bei unserer Web-Auskunft (Einstieg und Anmeldung unter: https://partner.kabeldeutschland.de/webauskunft/) kostenlos ausdrucken. Bzw. bei der Planauskunft in 54292 Trier, Zurmaiener Str. 175, unter der E-Mail Adresse: planauskunft1@kabeldeutschland.de oder der Fax-Nr.: (089) 92 33 42 -11 80, anfordern.</p> <p>Wir weisen darauf hin, dass unsere Anlagen bei der Bauausführung zu schützen bzw. zu sichern sind, nicht überbaut und vorhandene Überdeckungen nicht verringert werden dürfen. Im Bereich der Anbindung der öffentlichen Verkehrsfläche könnte eine Umverlegung unserer</p>	<p>Die Hinweise zur 1. und 2. öffentlichen Auslegung werden zur Kenntnis genommen und im Zuge der Ausführungsplanungen berücksichtigt.</p>

Anregungen		Abwägungsvorschläge
<p>Telekommunikationsanlagen erforderlich werden.</p> <p>Abschließend bitten wir Sie, Ihre bzw. die in Ihrer Dienststelle gespeicherte Adresse unserer zuständigen Planungsgruppe, von Jahnstraße 5, 26789 Leer, auf Bavinkstraße 23, 26789 Leer zu ändern.</p> <p>Stellungnahme vom 21.01.2010 (2. öffentliche Auslegung) Wir bedanken uns für Ihr Schreiben vom 18.12.09. Im Planbereich befinden sich Telekommunikationsanlagen unseres Unternehmens. Planzeug über die vorhandenen Anlagen können Sie bei unserer Web-Auskunft (Einstieg und Anmeldung unter: https://partner.kabeldeutschland.de/webauskunft/) kostenlos ausdrucken. Bzw. bei der Planauskunft in 54292 Trier, Zurmaiener Str. 175, unter der E-Mail Adresse: planauskunft1@kabeldeutschland.de oder der Fax-Nr.: (089) 92 33 42 -11 80, anfordern.</p> <p>Wir weisen darauf hin, dass unsere Anlagen bei der Bauausführung zu schützen bzw. zu sichern sind, nicht überbaut und vorhandene Überdeckungen nicht verringert werden dürfen. Sollte eine Umverlegung unserer Telekommunikationsanlagen erforderlich werden, benötigen wir mindestens drei Monate vor Baubeginn Ihren Auftrag, um eine Planung und Bauvorbereitung zu veranlassen sowie die notwendigen Arbeiten durchführen zu können. Eigene Maßnahmen der Kabel Deutschland Vertrieb und Service GmbH und Co.KG zur Erweiterung des Telekommunikationsnetzes sind im genannten Planbereich nicht vorgesehen.</p>		
<p>Oldenburgisch-Ostfriesischer Wasserverband Georgstraße 4 26919 Brake</p>		
<p>Stellungnahme vom 11.11.2009 (1. öffentliche Auslegung) In unserem Schreiben vom 22.09.2009 – T Ia – 852/09/He – haben wir bereits eine Stellungnahme zum oben genannten Vorhaben abgegeben. Bedenken und Anregungen werden daher, soweit unsere damaligen Hinweise beachtet werden, nicht mehr vorgetragen.</p> <p>Stellungnahme vom 13.01.2010 (2. öffentliche Auslegung)</p>		<p>Die Hinweise des OOWV beziehen sich auf die Berücksichtigung vorhandener Hausanschlussleitungen sowie mögliche Erweiterungen des Versorgungsnetzes. Diese werden im Rahmen der Ausführungsplanungen berücksichtigt.</p>

Anregungen		Abwägungsvorschläge
→ Gleich lautend wie oben.		
Landwirtschaftskammer Niedersachsen Forstamt Oldenburg Im Dreieck 12 26127 Oldenburg		
Stellungnahme vom 25.11.2009 (1. öffentliche Auslegung) Bei der Durchsicht des Landschaftsökologischen Fachbeitrages fiel uns auf, dass die geplanten Kompensationsflächen für die o. g. Bauleitplanung in einem Gebiet liegen, in dem in den zurückliegenden Jahren bereits von unserer Seite große Flächen aufgeforstet wurden und auch aktuell beplant werden. Diese Flächen liegen nördlich des Stellmoorweges und liegen in unmittelbarer Nähe zu dem nördlichen Teil des Flächenpools. Wir regen an, auch diesen Teil mit standortgerechten heimischen Laubhölzern aufzuforsten, um mittelfristig einen größeren Laubwald zu etablieren, der nicht nur aus landschaftsökologischer Sicht vielfältige, positive Funktionen für den Natur- und Landschaftshaushalt wahrnimmt, sondern auch für die erholungssuchende Bevölkerung attraktiv sein wird. Eine solche Aufforstung wäre mit der Wertstufe 4-5 in eine Kompensationsrechnung einzubeziehen. Für die Planung und Durchführung einer solchen Maßnahme stehen wir selbstverständlich gerne zur Verfügung.		Die Hinweise werden zur Kenntnis genommen. Die Stellungnahme bezieht sich auf die Festsetzungen des Bebauungsplanes Nr. 59 und wird im dortigen Verfahren abgewogen.
Landwirtschaftskammer Niedersachsen - Bezirksstelle Oldenburg-Nord - Im Dreieck 12 26127 Oldenburg		
Stellungnahme vom 18.01.2010 (2. öffentliche Auslegung) Die Gemeinde Rastede beabsichtigt im Rahmen der 43. Flächennutzungsplanänderung in der Ortschaft Leuchtenburg Gewerbeflächen auszuweisen. Parallel hierzu soll der Bebauungsplan Nr. 59 aufgestellt werden. Westlich des Geltungsbereiches der 43. Flächennutzungsplanänderung		Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen.

Anregungen	Abwägungsvorschläge
<p>befindet sich die Hofstelle des landwirtschaftlichen Betriebes Wilfried Wemken, Stellmoorstr. 12, 26180 Rastede. In dem Stallgebäude der Hofstelle Wemken wird im geringen Umfang Rindviehhaltung betrieben. Daneben betreibt der Landwirt Wemken an dem Standort Raiffeisenstr. 260, 26180 Rastede, Mutterkuhhaltung.</p> <p>Im Auftrage der Gemeinde Rastede wurde zur Prüfung der zu erwartenden Geruchsimmissionssituation auf Grundlage der Geruchsimmissions-Richtlinie Niedersachsen (GIRL) eine Ausbreitungsrechnung mit Datum vom 11.12.2009 erstellt. Die Ausbreitungsrechnung führte zu dem Ergebnis, dass im Plangebiet der 43. Flächennutzungsplanänderung mit Ausnahme eines kleinen Teilbereiches, die gemäß GIRL für ein Gewerbegebiet zulässige Geruchsstundenbelastung von 15 % der Jahresstunden eingehalten werden kann. Der Bereich der 43. Flächennutzungsplanänderung mit einer Geruchsstundenbelastung oberhalb von 15 % der Jahresstunden ist nicht bzw. nur eingeschränkt als Gewerbegebiet nutzbar. Diesem vorgenannten Sachverhalt wird durch eine entsprechende textliche Darstellung innerhalb der Planzeichnung Rechnung getragen.</p> <p>Aus landwirtschaftlicher und immissionsschutzfachlicher Sicht bestehen gegen die 43. Flächennutzungsplanänderung keine Bedenken.</p>	
<p>Entwässerungsverband Jade Franz-Schubert-Straße 31 28919 Brake</p>	
<p>Stellungnahme vom 27.11.2009 (1. öffentliche Auslegung) Der Entwässerungsverband Jade hat gegen die o. g. Bauleitplanung aus wasserwirtschaftlicher Sicht keine Bedenken, wenn dem Verband ein prüffähiger Oberflächenentwässerungsplan vorgelegt wird. Im nord-westlichen Abschnitt des geplanten Regenrückhaltebeckens verläuft das Verbandsgewässer III. Ordnung Wasserzug Nr. 37. In diesem Bereich ist bei der Planung ein mindestens 10,00 m breiter Räum-/Unterhaltungstreifen vorzusehen.</p>	<p>Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen. Im Rahmen der Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. 59 wurde ein Oberflächenentwässerungskonzept erstellt, welches dem Landkreis bereits vorliegt. In diesem Zusammenhang erfolgte auch die planerische Sicherung der Fläche für das Regenrückhaltebecken. Eine Beteiligung des Entwässerungsverbandes erfolgt im Rahmen der Ausführungsplanungen über den wasserrechtlichen Antrag.</p>
<p>Deutsche Telekom Netzproduktion GmbH Ammerländer Heerstraße 140</p>	

Anregungen	Abwägungsvorschläge
26129 Oldenburg	
<p>Stellungnahme vom 03.12.2009 (1. öffentliche Auslegung) zur o. a. Planung haben wir bereits mit E-Mail vom 02.11.2009 Stellung genommen. Diese Stellungnahme gilt unverändert weiter.</p> <p>Stellungnahme vom 02.11.2009 Für den rechtzeitigen Ausbau des Telekommunikationsnetzes sowie die Koordinierung mit dem Straßenbau und den Baumaßnahmen der anderen Leitungsträger ist es notwendig, dass Beginn und Ablauf der Erschließungsmaßnahmen beim zuständigen Ressort Produktion Technische Infrastruktur Oldenburg, Ammerländer Heerstraße 140, 26129 Oldenburg, Tel. (0441) 234-5129 so früh wie möglich, mindestens 4 Wochen vor Baubeginn, schriftlich angezeigt werden. Diese Stellungnahme gilt sinngemäß auch für die 43. Änderung des Flächennutzungsplanes. Wir bitten unsere verspätet abgegebene Stellungnahme zu entschuldigen.</p>	<p>Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen und im Zuge der Ausführungsplanungen berücksichtigt.</p>
<p>Staatliches Gewerbeaufsichtsamt Oldenburg Theodor-Tantzen-Platz 8 26122 Oldenburg</p>	
<p>Stellungnahme vom 03.12.2009 (1. öffentliche Auslegung) Gegen den Bebauungsplan Nr. 59 „Gewerbegebiet Leuchtenburg III“ sind aus der Sicht des Staatlichen Gewerbeaufsichtsamtes Oldenburg nach wie vor die bereits in der Stellungnahme vom 08.10.2009 genannten Einwände zu erheben; hierzu weise ich auf Folgendes hin:</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. Sowohl in der Begründung des Bebauungsplanes als auch in der textlichen Festsetzung wird die Abkürzung IFSP verwendet. Diese steht allgemein für den Begriff „immissionswirksamer flächenbezogener Schallleistungspegel“. In der Festsetzung Nr. 3 wird jedoch die Abkürzung IFSP mit <u>immissionsbezogener flächenbezogener Schallleistungspegel</u> erklärt. 2. In den Abwägungsvorschlägen der Gem. Rastede zu meinen Einwänden in der Stellungnahme vom 08.10.2009 heißt es, dass im vorliegenden Fall die Kontingentierung der Gewerbeflächen nicht 	<p>Die Hinweise werden zur Kenntnis genommen. Diese beziehen sich auf die Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. 59 und werden im Rahmen des dortigen Verfahrens abgewogen.</p>

Anregungen	Abwägungsvorschläge
<p>nach der DIN 45691 sondern nach dem vom ehemaligen NLO veröffentlichten Verfahren „Flächenbezogenen Schall-Leistungspegel und Bauleitplanung“ durchgeführt wurde. Dies entspricht auch der Berücksichtigung von Luftabsorption und Bodendämpfung im vorliegenden Schallschutzgutachten der TED vom 13.10.2009, Projekt Nr.: 09.002-5. Dann handelt es sich bei den Kontingentierungen im B-Plan 59 aber auch nicht um IFSP sondern um FSP (flächenbezogene Schalleistungspegel).</p> <p>3. In den Abwägungsvorschlägen der Gem. Rastede zu meinen Einwänden heißt es weiter, dass das Verfahren „<i>Flächenbezogenen Schall-Leistungspegel und Bauleitplanung</i>“ die Ortsunabhängigkeit von Schallquellen in den einzelnen Teilflächen berücksichtige und daher dem Verfahren der DIN 45691 vorzuziehen wäre. Im o. g. Gutachten der TED vom 13.10.2009 heißt es dagegen auf Seite 13, oben: „Es ist darauf hinzuweisen, dass die dargestellten Flächeneinteilungen auf Grund der Abstände zu den Immissionsaufpunkten nicht den Bedingungen für ortsunabhängige Schallquellen gemäß dem Kontingentierungsverfahren /F1/ erfüllen.“</p> <p>4. Im o. g. Schallschutzgutachten werden aus den zunächst auf Seite 13 ermittelten „flächenbezogene Schalleistungspegel“ bei der textliche Festsetzung auf Seite 22 plötzlich „immissionswirksame flächenbezogenen Schalleistungspegel – IFSP“, obwohl das Verfahren zur Ermittlung von IFSP gar nicht angewendet wurde.</p> <p>Im Ergebnis ist festzustellen, dass der Bebauungsplan i. V. m. dem vorgelegten Gutachten und der gewählten Festsetzung die von ihm ausgelöste Lärmproblematik nicht hinreichend bewältigt.</p> <p>Aus meiner Sicht wird in der textlichen Festsetzung Nr. 3 nicht eindeutig definiert mit welcher geeigneten Methode die Bestimmung der Emissionskontingente erfolgt ist und wie die Einhaltung dieser Festsetzung vollzogen werden soll.</p> <p>Ich empfehle Ihnen daher diesbezüglich noch einmal Rücksprache mit dem Lärmgutachter zu halten.</p>	

Anregungen von Bürgern**von folgenden Bürgern wurden Anregungen in der Stellungnahme vorgebracht:**

	Bürger, Verband	1. öffentliche Auslegung, Stellungnahme vom	2. öffentliche Auslegung, Stellungnahme vom
1.	Henning Cordsen Hainbuchenstraße 15 26180 Rastede	03.12.2009	26.01.2010
2.	NABU Rastede Mühlenstraße 116 26180 Rastede	-	24.01.2010

Anregungen von Bürgern	Abwägungsvorschläge
<p>Henning Cordsen Hainbuchenstraße 15 26180 Rastede</p>	
<p>Stellungnahme vom 03.12.2009 und 26.01.2010 (1.+2. öffentliche Auslegung) In der Gemeinde Rastede ging in den vergangenen Jahrzehnten ein erheblicher Verbrauch an naturnahen Flächen für Wohnungsbaugelände und zusätzliche Gewerbegebiete unterschiedlichster Art in Randlagen des Kernorts und verschiedener Ortsteile vorstatten. Es dürften hierdurch einige Hundert Hektar wertvollen Bodens endgültig versiegelt worden sein.</p> <p>In den ausgelegten Unterlagen weisen Sie mehrfach auf den Umstand hin, Rastede hätte als sogenanntes 'Mittelzentrum' besondere Funktionen in der Region wahrzunehmen. Das wird auch bei früheren Planungen ein „schlagendes Argument“ gewesen sein. Es ist aber andererseits nicht messbar.</p> <p>Ich jedoch frage mich: Hat meine Gemeinde qualitativ und quantitativ messbare Ziele bei derartigen Grundstücksangeboten? Bei einem jährlichen Durchschnittsverkauf von 4 ha (s. S. 8 in Niederschrift vom 26.10.09) allein für die Neuansiedlung von Gewerbebetrieben frage ich mich weiter, wo hat die Verwaltung vor das nächste Stück Natur zu vernichten, wenn in 4 – 5 Jahren Leuchtenburg III verkauft ist. Von Letzterem muss ausgegangen werden. Bei einem Planungszeitraum von aktuell nicht weniger als 10 Jahren (s. ebenda) sollten die nächsten Abschnitte zur „Erschließung“ eines Leuchtenburg IV etc. längst in Bearbeitung sein. Leuchtenburg IV deshalb, weil Sie diesen Ortsteil als gewerbliche Entwicklungsfläche (s. ebenda) ansehen. Dann würden in</p>	<p>Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen. Die Siedlungsentwicklung der Gemeinde Rastede erfolgte in der Vergangenheit auf der Basis der beschlossenen, rechtswirksamen Bauleitplanungen unter Berücksichtigung der raumordnerischen und naturschutzfachlichen Belange.</p> <p>Die Funktion Rastedes als Mittelzentrum mit der Schwerpunktaufgabe „Sicherung und Entwicklung von Arbeitsstätten“ wird im Rahmen der kommunalen Entwicklungsplanung auch weiterhin berücksichtigt. Neben den bereits in der Begründung ausführlich beschriebenen positiven Standortfaktoren Rastedes und auch Leuchtenburgs spielt auch die Nähe zum Oberzentrum Oldenburg eine Rolle. So wirkt sich z. B. das dort bestehende Bildungs- und Kulturangebot als positiver Faktor für die Anwerbung hochqualifizierter Arbeitnehmer auf dem internationalen Arbeitsmarkt aus. Insofern ist es planerisches Ziel der Gemeinde, die gewerbliche Entwicklung Rastedes und somit deren Arbeitsmarkt- und Versorgungsstruktur nachhaltig durch die Bereitstellung geeigneter Flächen auch zur Erhaltung der Konkurrenzfähigkeit im regionalen Kontext zu stärken.</p> <p>Bei der Entwicklung von Gewerbeflächen innerhalb der Gemeinde wird grundsätzlich von einer Angebotsplanung ausgegangen. Um auf konkrete Anfragen von Betrieben nach erschlossenen Grundstücken zeitnah und flexibel reagieren zu können, benötigt die Gemeinde einen angemessenen Vorlauf für die planungsrechtliche Absicherung geeigneter Flächen. Insofern erfolgt die Planung unter Berücksichtigung eines großflächigen städtebaulichen Entwicklungskonzeptes. Die Realisierung ist hierbei in mehreren Bauabschnitten vorgesehen, so dass die konkrete Inanspruchnahme der Flächen an die Nachfragesituation angepasst werden kann.</p>

Anregungen von Bürgern	Abwägungsvorschläge
<p>den nächsten 15 Jahren 60 ha ammerländischer Landschaft mit typischen Wallhecken und gesunden Flora- und Faunastrukturen unter gewerblich genutzten und versiegelten Flächen verloren gehen. Zusammen mit den heute in Rastede vorhandenen 190 ha Gewerbeflächen und dem neuen Industriegebiet AK OLNord mit 20 ha werden es dann mindestens 270 ha sein, die der Natur entrissen worden sind, Wohnbauflächen nicht berücksichtigt. Da kann ich nur hoffen, dass sich vorher einige wesentliche Rahmenbedingungen ändern.</p> <p>Im Umweltbericht werden für bestimmte Schutzgüter erhebliche Auswirkungen bei einer Umsetzung der Planung erwartet. Mein Eindruck ist, dass alle diese Veränderungen und die gegenseitigen Wechselbeziehungen im Ökosystem des Plangebiets nur unzureichend gewürdigt werden.</p> <p>Durch noch nicht vollständig vorgetragene Ausgleichs- bzw. Ersatzmaßnahmen wird ein zeitliches Intervall entstehen, in dem sofort umgesetzte Zerstörungen allmählich gewachsener Strukturen anderenorts nur sukzessive nachwachsen bzw. sich neu entwickeln können. So wird es zumindest vorübergehend zu verstärkten Auswirkungen kommen. Aber auch die Tatsache, dass in der Gemeinde immer mehr Versiegelungen stattfinden, führt letztlich zu sich verstärkenden Auswirkungen, weil immer weniger Flächen für Ausgleichs- bzw. Ersatzmaßnahmen übrig bleiben.</p> <p>Offengeblieben ist m. E. die Frage, in welchen lokalen Bereichen des gemeindeeigenen Flächenpools der rechnerische Bedarf an Kompensation von 9,75 ha und 3,11 ha erfolgen soll. Hier erwarte ich eine exakte Bezeichnung.</p> <p>Unabhängig davon bitte ich weiter um eine Antwort auf die Frage, warum eine weitestgehende Überplanung (=Zerstörung) von für das Landschaftsbild wertgebenden Strukturen nur „erheblich“ und nicht „sehr</p>	<p>Der angegebene Grundstücksverkauf von ca. 4 ha / Jahr bezieht sich auf alle Gewerbestandorte der Gemeinde (z. B. Autobahnkreuz Oldenburg Nord, Brombeerweg, Lieth), so dass eine Weiterentwicklung des Standortes Leuchtenburg III über das aktuelle Konzept hinaus derzeit nicht angedacht wird. Entsprechend den in der Begründung aufgeführten, positiven Standortfaktoren sowie der Vorprägung des Gebietes wird der Standort Leuchtenburg als optimal für die gewerbliche Entwicklung gesehen. Die naturschutzfachlichen Belange werden hierin entsprechend den gesetzlichen Vorgaben ausreichend berücksichtigt.</p> <p>Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen. Im Rahmen des Umweltberichtes wurden die Schutzgüter im Plangebiet auf Basis der vorhandenen Daten dargestellt und die Auswirkungen des Vorhabens unter Berücksichtigung der Vorbelastungen gemäß den gesetzlichen Vorgaben bewertet. Der Umfang der Darstellungen wird als ausreichend erachtet.</p> <p>Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen. Der Gemeinde Rastede stehen umfangreiche Flächen im gemeindeeigenen Kompensationsflächenpool zur Verfügung. Eine Bewirtschaftung und Herrichtung der Flächen in Abstimmung mit dem Landkreis Ammerland findet bereits seit Jahren statt, so dass sich auf den Flächen bereits wertvolle Strukturen entwickelt haben. Es kommt aufgrund dessen nicht zu einer zeitlichen Differenz zwischen Umsetzung des Vorhabens und Kompensation. Ein kausaler Zusammenhang zwischen sich angeblich verstärkenden Auswirkungen und der Verringerung von potenziellen Kompensationsflächen wird nicht gesehen und ist im Rahmen der vorliegenden Bauleitplanung letztendlich gemäß den gesetzlichen Vorgaben nicht zu betrachten.</p> <p>Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen. Das allgemeine Bewirtschaftungskonzept im Ipweyer Moor sieht für den gesamten Kompensationsflächenpool eine entsprechende Summe an Wertpunkten vor. Eine direkte Zuordnung zu konkreten Flächen ist somit nicht erforderlich. Dem Landkreis Ammerland wird eine aktuelle Übersicht als Nachweis der Verfügbarkeit der Kompensationseinheiten übersendet.</p> <p>Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen. Die Einschätzung der</p>

Anregungen von Bürgern	Abwägungsvorschläge
<p>erheblich“ sein soll.</p> <p>Im Landschaftsökologischen Fachbeitrag wird dargelegt, dass ein Teil des Plangebietes bereits als Kompensationsfläche dient bzw. als Wallhecke in der Vergangenheit neu angelegt wurde. Daraus folgt: Hierfür muss wiederum Ersatz nachgewiesen werden. Der bisherige Zweck dieser zu einem früheren Zeitpunkt im Plangebiet eingerichteten Maßnahmen wird damit ad absurdum geführt, weil sie sich in der Vergangenheit noch nicht genügend entwickeln konnten und nun bereits wieder verschwinden sollen.</p> <p>Weiterhin bringen Sie als Argument für die Erweiterung in Leuchtenburg u.a. die Vorbelastung an. Ich halte es für sehr fragwürdig, eine Ausweitung des GE-Gebietes aufgrund bestehender Vorbelastungen gleich welcher Art vorzunehmen. Gerade die Lage der zuletzt erschlossenen Gebiete Leuchtenburg I und II südlich der Raiffeisenstraße sprechen eher gegen die Ausweitung auf nördlich der Straße gelegene Flächen.</p> <p>Ein Aspekt bleibt m.E. trotz der Fülle an gutachterlichen Unterlagen völlig außen vor. Das Plangebiet ragt hinein in das Niedermoorgebiet Stellmoor. Abgesehen von gründungstechnisch schwierigen Bodenverhältnissen im nördlichen Teil des Plangebiets, die entsprechende Eingriffe in den darunterliegenden moorigen Untergrund zur Folge haben werden, ist auch die Tatsache zu berücksichtigen, dass in geringer Entfernung nördlich des Moores Sand abgebaut wird. Dieser Abbau hat ebenfalls negative Auswirkungen auf das Stellmoor. So verringert sich z.B. der Zufluss von</p>	<p>Umweltauswirkungen auf das Schutzgut Landschaftsbild wurde als erheblich und nicht als sehr erheblich eingestuft, weil prägende Strukturen durchaus im Plangebiet erhalten werden. So wird das zentrale Regenrückhaltebecken mit umgebenden Wallheckenstrukturen gesichert. Weiterhin erfolgt die Festsetzung der Bäume entlang des Stellmoorweges, so wie auch der gesamte Alleebestand entlang des Stellmoorweges von der Planung unberührt bleibt und daher im funktionalen Zusammenhang weiterhin Wirkung zeigt. Die vorhandenen Gehölzstrukturen im Süden bleiben, ausgehend von der Annahme, dass beide genutzte Gebäude entlang der Raiffeisenstraße in ihrer Ausdehnung erhalten bleiben, bestehen, so dass im Umweltbericht insgesamt die Auswirkungen als erheblich eingestuft worden sind. Zu berücksichtigen ist dabei auch die vorhandene Hochspannungleitung, die das Plangebiet quert und als optische Vorbelastung eingestuft werden kann.</p> <p>Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen. Die vorhandenen, durch das Vorhaben überplanten Kompensationsflächen werden flächengleich kompensiert. Dazu werden im Flächenpool der Gemeinde 3,11 ha Fläche zur Verfügung gestellt bzw. sich in das Wallheckenschutzprogramm des Landkreises eingekauft. Dieses Vorgehen stellt eine übliche Vorgehensweise für überplante Kompensationsflächen dar.</p> <p>Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen. Bei der Wahl des Standortes werden unterschiedliche städtebauliche Kriterien (z. B. Verkehrsgunst) für die gewerbliche Nutzung zu Grunde gelegt. Ein Aspekt neben Anderen ist hierbei die vorrangige Inanspruchnahme bereits vorbelasteter Bereiche. Insofern kann eine Konzentration möglicher Auswirkungen bei gleichzeitigem Schutz bisher nicht beanspruchter Freiflächen erfolgen.</p> <p>Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen. Auf Basis der gesetzlichen Grundlagen ist jedoch eine Berücksichtigung der Auswirkungen des geplanten Vorhabens in Kombination mit bereits vorhandenen Vorhaben, die ebenfalls Auswirkungen auf das Stellmoor haben, nicht erforderlich. Die Auswirkungen des Sandabbaus sind für die vorliegende Bauleitplanung irrelevant.</p>

Anregungen von Bürgern	Abwägungsvorschläge
<p>Oberflächenwasser auf tieferliegende und durchlässigere Böden. Dem Moor droht damit Entzug von bislang zufließendem Wasser und Trockenheit mit weiteren ökologischen Folgen. Nach dem Bau der BAB 29 im Osten und dem laufenden Sandabbau im Nordwesten soll das Ökosystem Stellmoor nun im Süden und damit von einer dritten Seite durch meine Gemeinde erheblich beeinträchtigt werden. Ich wehre mich dagegen, dass das Stellmoor zu einer nicht überlebensfähigen Insel am Rande der Geest degradiert wird. Insbesondere im Norden und Süden des Kernorts Rastede ist Ihre Verwaltung dabei, unumkehrbare negative Veränderungen zu betreiben, deren Auswirkungen zum Teil noch gar nicht absehbar sind. Die Ortsteile Wahnbek/Ipwege/Loy und Leuchtenburg verlieren zunehmend an Attraktivität. Dabei stehen der Kommunalpolitik durchaus Möglichkeiten offen, durch geeignete Maßnahmen gegenzusteuern.</p> <p>So möchte ich vorschlagen, allen Grundstückseigentümern im gesamten Gemeindegebiet seitens der Gemeinde Unterstützung beim Anlegen von naturnahen Gärten und Grünflächen zu gewähren. Das muss nicht viel Geld kosten, sondern manchmal nur einen Hinweis auf entsprechende Projektangebote von Naturverbänden. So kann einem Rückzug der Artenvielfalt von Flora und Fauna wirksam entgegengewirkt werden. Eine Vernetzung dieser Art könnte also Sinn machen und letztlich nutzenstiftend sein.</p> <p>Auch zukünftig will z.B. ein Ortsverein Wahnbek noch mit seinen Radlergruppen durch eine intakte heimische Umgebung fahren können. Wenn aber wie zu befürchten bald in Leuchtenburg wie vorher schon anderswo weitere Baumreihen, Einzelbäume und Wallhecken samt Grünland verschwinden, heute noch pflanzengesäumte Gewässer durch Versiegelung eingedämmt werden oder in einem Kanal sozusagen abtauchen, wenn im Gegensatz zur Flora eine von Ihnen nur in geringem Umfang festgestellte und protokollierte Vielfalt der faunistischen Bestände „vergrämt und abgedrängt“ wird, werden touristische Gruppen bald ebenfalls einen Bogen um unseren Residenzort schlagen. Letztlich ist es das gesamte Landschaftsbild, welches die Attraktivität der Region in und um Rastede ausmacht.</p> <p>Die dem Laien willkürlich erscheinenden Bewertungen verschiedener</p>	<p>Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen. Es ist allerdings nicht Aufgabe der vorliegenden Bauleitplanung ökologisch positiv wirkende Maßnahmen im Gemeindegebiet anzusprechen bzw. vorzuschlagen.</p> <p>Durch die vorliegende Bauleitplanung wird ein geringer Teilbereich des Gemeindegebietes durch die gewerbliche Entwicklung in Anspruch genommen. Hierdurch wird eine nachhaltige Politik zur Stärkung der lokalen Gewerbestrukturen verfolgt, die zur Wahrung der Konkurrenzfähigkeit im regionalen Kontext beiträgt. Die Beeinträchtigung der touristischen Attraktivität der Ammerländer Parklandschaft werden in diesem Zusammenhang als zumutbar eingestuft.</p> <p>Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen. Auf Basis landesweit anerkannter Modelle bzw. entsprechender Fachkunde wurden die</p>

Anregungen von Bürgern	Abwägungsvorschläge
<p>Biotoptypen oder einer unvollständig erfassten Tierwelt in der gutachterlichen Begründung mögen dem Fachmann verständlich sein, den politisch Verantwortlichen zu einer gewissen Genugtuung für ihre Entscheidung verhelfen, aber für den Bürger sind sie nicht nachvollziehbar und damit kann er kein Vertrauen in Ihre Arbeit gewinnen.</p> <p>Wie soll es in Rastede weiter gehen? Das frage ich Sie, Herr Bürgermeister. Wann ist Schluss mit der Versiegelungspolitik? Immer nur zu antworten, dass eine nachfrageorientierte Planung erfolge, ist einfach viel zu kurz formuliert. Hier muss ein Punkt gesetzt werden. Was fehlt ist ein Gesamtkonzept zu jeglicher Ansiedlungspolitik in unserer Gemeinde. Setzen Sie sich und den Einwohnern Rastedes hierzu messbare Ziele! Der gesamte Ort muss für Bürger attraktiv bleiben, die an mehr als Wohnen und Arbeiten interessiert sind. Es ist zwar einerseits durchaus erfreulich, als Bürger Wohnen und Arbeiten räumlich eng aneinander binden zu können. Aber zu meinem Leben gehört noch mehr. Alle Flächenversiegelungen der vergangenen Jahrzehnte haben einerseits den heutigen Bewohnern zu lebenswertem Wohnraum und relativ sicheren Arbeitsplätzen verholfen. Andererseits muss gerade ungehemmter Flächenverbrauch verantwortungsbewusst handelnde Menschen in der Gemeindeverwaltung zum Nachdenken herausfordern.</p> <p>Ständige Einzelfallbetrachtungen der jeweiligen betroffenen Flächen, die überplant werden, tragen in ihrer Summe letztlich zu einer sukzessiven Vernichtung des Ökosystems im Rasteder Gemeindegebiet bei. Sie können nicht jeden zerstörerischen Eingriff in unsere Natur durch entsprechende Maßnahmen ausgleichen oder kompensieren.</p>	<p>Ergebnisse der faunistischen Erfassungen sowie der Biotoptypenerfassung mit guter fachlicher Praxis bewertet. Weiterhin erfolgte im Vorfeld eine Abstimmung mit der unteren Nautenschutzbehörde des Landkreises Ammerland zu dem erforderlichen Umfang von Erfassungen der auf Basis der vorhandenen Strukturen aussagekräftigsten Tiergruppen. Von einer unvollständig erfassten Tierwelt kann daher nicht ausgegangen werden.</p> <p>Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen. Dementsprechend wird auf die eingangs getroffenen Aussagen zu den kommunalen Planungszielen hinsichtlich der gewerblichen Entwicklung innerhalb des Gemeindegebietes verwiesen. Die Eingriffe von Natur und Landschaft werden entsprechend kompensiert. Insofern wird dem städtebaulichen Belang Vorrang gegeben vor den Belangen von Natur und Landschaft.</p> <p>Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen. Die Vorgaben der Bilanzierung von Eingriffen in Natur und Landschaft sowie die Möglichkeit des Ausgleichs und des Ersatz sind gesetzlich verankert. So ist es fachlich korrekt, nur die Auswirkungen des geplanten Vorhabens auf die Umwelt zu betrachten und diese nach Ermittlung der entsprechenden Wertverluste auf Basis landeseigener Bilanzierungsmodelle auszugleichen. Ein weitreichenderes Erfordernis für die Betrachtung des gesamten Gemeindegebietes besteht nicht.</p>
<p>NABU Rastede Mühlenstraße 116 26180 Rastede</p>	
<p>Stellungnahme vom 24.01.2010 (2. öffentliche Auslegung) Grundsätzliches</p>	

Anregungen von Bürgern	Abwägungsvorschläge
<p>Schien es noch bis vor wenigen Jahren, wenn auch aus unterschiedlichen Ansätzen, in der Gemeinde Konsens zu sein, Eingriffe in Mooregebiete zu verhindern (als Beispiel mag die Verhinderung der Abtorfung weiter Teile des Hankhauser Moores gelten), so soll mit den o. g. Plänen erstmalig die Basis für den Eingriff in wenn auch nur geringe Teile eines degenerierten Niedermoores geschaffen werden. Das widerspricht nicht nur den Moorschutzbestrebnungen des Landes und der Naturschutzverbände, sondern auch den erklärten Zielen des Landkreises Ammerland, vorhandene (Rest-)Moore zu schützen und sogar wie im Falle des Fintlandsmoores zu renaturieren.</p> <p>Zum anderen ist es schwer nachvollziehbar, erneut eine ländlich geprägte Fläche in ein Gewerbegebiet zu verwandeln, wenn im „Industriepark am Nordkreuz“ eine durch Kahlschlag entstandene 20 ha große Gewerbefläche bisher keinen sichtbaren gewerblichen Abnehmer gefunden hat. Auch dort wurde in den Begründungen für den Flächennutzungs- und Bebauungsplan von einem „anhaltend hohen Bedarf“ an Industrieflächen gesprochen, ähnlich wie jetzt für Leuchtenburg III in der Begründung zum Landschaftsökologischen Fachbeitrag von einer „aktuell anstehenden Nachfragesituation“ die Rede ist. Und das, obwohl die rechtliche Überprüfung über das wirksame Zustandekommen der Baupläne zum „Industriepark am Nordkreuz“ noch aussteht. Die Gemeinde täte u. E. gut daran, die diesbezügliche Entwicklung abzuwarten und nicht hektisch und offenbar ohne erkennbares Gesamtkonzept nach immer neuen, flächenfressenden, das Orts- und Landschaftsbild verunstaltenden Gewerbegebieten zu greifen. Den NABU Rastede erreichen immer wieder Anrufe von Bürgern dieser Gemeinde, die ihren Unmut wegen der fortschreitenden Urbanisierung Rastedes vortragen. Offenbar dringen diese Gedanken von Menschen mit anderem Naturverständnis und nicht auf kurzfristige Erfolge schielenden Einwohnern aber nicht bis zu den Parteien und ihren Entscheidungsträgern durch bzw. werden dort nicht gewichtet oder zur Kenntnis genommen. Sonst könnten Pläne wie diese nicht fast einmütig in den Entscheidungsgremien des Gemeinderates mitgetragen werden. Auch der Charakter Rastedes als Luftkurort gerät zunehmend unter Druck. Vergessen werden sollte nicht bei aller Gier nach neuen Gewerbebetrieben, dass ein großes Potenzial Rastedes gerade im</p>	<p>Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen. Mit der Inanspruchnahme der betreffenden Flächen erfolgt eine Erweiterung des Gewerbebestandes Leuchtenburg an einem vorgeprägten, siedlungsnahen Bereich. Die Inanspruchnahme von bisher unbelasteten, separaten Flächen im Außenbereich wird vermieden. Entsprechend den unten getroffenen Aussagen und der geringen Inanspruchnahme von Moorflächen werden demnach die kommunalen städtebaulichen Ziele dem Belang des Moorschutzes vorgezogen. Etwaige Absichtserklärungen zum Schutz vorhandener Moorflächen auf Landes- oder Gemeindeebene sind für die vorliegende Planung nicht verbindlich und stellen daher keinen zu berücksichtigenden Belang dar.</p> <p>Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen. Kommunales Planungsziel ist es, die Funktion Rastedes als Mittelzentrum mit der Schwerpunktaufgabe „Sicherung und Entwicklung von Arbeitsstätten“ im Rahmen der weiteren Entwicklungsplanungen zu berücksichtigen und zu stärken. Neben den in der Begründung beschriebenen positiven Standortfaktoren Rastedes spielt auch die Nähe zum Oberzentrum Oldenburg eine Rolle. So wirkt sich z. B. das dort bestehende Bildungs- und Kulturangebot als positiver Faktor für die Anwerbung hochqualifizierter Arbeitnehmer auf dem internationalen Arbeitsmarkt aus. Insofern ist es planerisches Ziel der Gemeinde, die gewerbliche Entwicklung Rastedes und somit deren Arbeitsmarkt- und Versorgungsstruktur nachhaltig durch die Bereitstellung geeigneter Flächen auch zur Erhaltung der Konkurrenzfähigkeit im regionalen Kontext zu stärken.</p> <p>Aus der Begründung wird bereits ersichtlich, dass der gewerbliche Standort Leuchtenburg hinsichtlich seiner Voraussetzungen (z. B. Vorprägung des Standortes durch einen vielfältigen Branchenmix aus mittelständischen Betrieben, Erweiterung mit der Möglichkeit zur Schaffung und Ausnutzung von Synergieeffekten, siedlungsnaher Standort zur Verknüpfung von Wohnen und Arbeiten, Verkehrsgunst) grundsätzlich nicht vergleichbar mit dem Industriestandort am Nordkreuz vergleichbar ist (Vorhalten von Industrieflächen für größere Betriebe, die auf ein störungsempfindliches Umfeld angewiesen sind). Weitere, gleich geeignete Gewerbebestände stehen innerhalb des Gemeindegebietes nicht als Alternative zur Verfügung. Angesichts der wenigen, derzeit noch im Gewerbegebiet Leuchtenburg II für eine gewerbliche Nutzung freie</p>

Anregungen von Bürgern	Abwägungsvorschläge
<p>Tourismusbereich liegt. Wie lange noch?</p> <p>Zum Flächennutzungsplan In den Erläuterungen zum Flächennutzungsplan werden sowohl in Pkt. 2.1.3 (Schutzgut Boden), Pkt. 2.1.6 (Schutzgut Landschaft) als auch in Pkt. 2.1.9 (Schutzgut Tiere und Pflanzen) die Auswirkungen auf die Schutzgüter als erheblich gewertet. Neben den nicht auszugleichenden Beeinträchtigungen in der zum Stellmoor offenen Landschaft sind es die irreparablen Schäden an der Tierwelt, die im folgenden</p>	<p>Fläche (ca. 2 ha) wird hier eine Erweiterung angestrebt.</p> <p>Bei der Entwicklung der Gewerbeflächen innerhalb der Gemeinde wird grundsätzlich von einer Angebotsplanung ausgegangen. Um auf konkrete Anfragen von Betrieben nach erschlossenen Grundstücken zeitnah und flexibel reagieren zu können, benötigt die Gemeinde einen angemessenen Vorlauf für die planungsrechtliche Absicherung geeigneter Flächen. Insofern erfolgt die Planung unter Berücksichtigung eines großflächigen städtebaulichen Entwicklungskonzeptes. Die Realisierung ist hierbei in mehreren Bauabschnitten vorgesehen, so dass die konkrete Inanspruchnahme der Flächen an die Nachfragesituation angepasst werden kann.</p> <p>Entsprechen den oben getroffenen Aussagen besteht seitens der Gemeinde eine umfassende städtebauliche Konzeption zur Entwicklung des Mittelzentrums Rastede als auch konkret des Standortes Leuchtenburg. Die Beschlüsse für die kommunale Planung wurden in den zuständigen politischen Gremien gefasst. Die Belange des Natur- und Landschaftsschutzes wurden, wie auch die des Tourismus, im Rahmen der Planung bei der Gewichtung der öffentlichen und privaten Belange berücksichtigt. Die Auswirkungen der Gebietsentwicklung auf den örtlichen Tourismus wurden hierbei angesichts der deutlichen Vorprägung des Gebietes durch das vorhandene Gewerbegebiet sowie die Autobahn als verträglich eingestuft.</p> <p>Unter Kap. 1.0 und 5.1 der Begründung zur 43. Flächennutzungsplanänderung wurden die oben beschriebenen, städtebaulichen Zielsetzungen für die Ausweisung der gewerblichen Bauflächen am Standort Leuchtenburg bereits ausführlich erläutert. Seitens der Planungsbehörde des Landkreises Ammerlandes wurden hinsichtlich dieser Entwicklungsabsichten der Gemeinde Rastede keine Bedenken geäußert.</p> <p>Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen. Es ist korrekt, dass die Umweltauswirkungen auf die Schutzgüter Boden, Landschaft, Tiere und Pflanzen als erheblich eingestuft werden. Es wird jedoch nicht gesehen, dass Beeinträchtigungen durch die verbindliche Bauleitplanung unter Berücksichtigung von Vermeidungs-, Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen</p>

Anregungen von Bürgern	Abwägungsvorschläge
<p>Landschaftsökologischen Fachbeitrag behandelt und dort von uns bewertet werden.</p> <p>Zum Landschaftsökologischen Fachbeitrag Wenn etwas im Zusammenhang mit der Planung lobende Erwähnung finden soll, so ist es der Landschaftsökologische Fachbeitrag des Planungsbüros Diekmann & Mosebach, der detailliert Auskunft über die vorhandenen Artengemeinschaften und Lebensräume gibt. Hier hat man offensichtlich aus Fehlern der Vergangenheit gelernt („Industriepark am Nordkreuz“). Der Beitrag kommt aber zu einem fehlerhaften Ergebnis, weil der Eingriff durch das geplante Vorhaben unzulässig ist. Wir begründen das wie folgt:</p> <p>Nach § 19 (3) BNatSchG ist die Zerstörung eines Biotops streng geschützter Arten, und zu diesen werden alle Vogelarten gezählt, nur zulässig, wenn zwingende Gründe des überwiegenden öffentlichen Interesses den Eingriff rechtfertigen. Das zwingende öffentliche Interesse kann im vorliegenden Fall aber nicht begründet werden. Es kann nicht im zwingenden öffentlichen Interesse sein, ein Gebiet mit Gebäuden und Straßen zu überplanen, wenn an anderer Stelle im Gemeindegebiet ein mit der (unzulässigen) Vernichtung von 10 ha Mischwald einhergehendes und noch mit erheblichen öffentlichen Mitteln herzurichtendes 20 ha großes Gewerbe-/Industriegebiet offenbar keine (erkennbaren) Abnehmer findet. Das kann auch nicht mit der Funktion Rastedes als Mittelzentrum und voraus schauender Gewerbepolitik erklärt und der Öffentlichkeit verkauft werden.</p> <p>Selbst wenn man diese Hürde durch den § 19 BNatSchG ignorieren oder mit viel Wohlwollen überspringen und den Eingriff damit als zulässig betrachten wollte, wird die Hürde des § 42 BNatSchG für dieses Projekt unüberwindbar. Nach § 42 (1) Nr. 3 BNatSchG ist es verboten, Fortpflanzungs- oder Ruhestätten der wild lebenden Tiere der besonders geschützten Arten, also u. a. aller Vogelarten, aus der Natur zu entnehmen, zu beschädigen oder zu zerstören. Nach § 42 (5) BNatSchG käme diese Vorschrift des § 42 (1) Nr. 3 BNatSchG nur dann nicht zur Anwendung, d. h. ein Eingriff wäre zulässig, „soweit die ökologische Funktion der von dem Eingriff oder Vorhaben betroffenen Fortpflanzungs-</p>	<p>zurück bleiben.</p> <p>Die Hinweise werden zur Kenntnis genommen. Eine Unzulässigkeit der Planung wird von der Gemeinde nicht gesehen. Neben umfangreichen Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen, die dazu führen, dass keine erheblichen Umweltauswirkungen verbleiben, werden bei Prüfung der Verbotstatbestände des Artenschutzes keine Verbote ausgelöst. Die ökologische Funktionalität im räumlichen Zusammenhang bleibt für die zu betrachtenden Arten erhalten. Es sind keine Ausnahmetatbestände zu begründen. Die durchgeführten Bestandserfassungen sind dazu geeignet, die Auswirkungen des Projektes umfassend zu beurteilen. Die genaueren Ausführungen zu dieser Stellungnahme sind der Abwägung zum Bebauungsplan Nr. 59 „Gewerbegebiet Leuchtenburg III“ zu entnehmen.</p>

Anregungen von Bürgern	Abwägungsvorschläge
<p>oder Ruhestätten im räumlichen Zusammenhang weiterhin erfüllt wird. „Diese ökologische Funktion des Umfeldes im Stellmoor ist in dem Landschaftsökologischen Fachbeitrag als gegeben bezeichnet, aber nicht begründet worden. In der SAP heißt es dazu Zitat: <i>„In der unmittelbaren Umgebung befinden sich Bereiche, die eine gleichartige Struktur und Ausprägung aufweisen, wie die überplanten Gebiete. Der Verbotstatbestand gem. § 42 (1) Nr. 3 BNatSchG wird in Verbindung mit § 42 (5) BNatSchG demzufolge nicht erfüllt.“</i> und daraus wird im Fazit der Schluss gezogen: <i>„Es konnte im Folgenden im Rahmen der saP festgestellt werden, dass die Populationen der nachgewiesenen Arten des Anhangs IV der FFH-Richtlinie bzw. die europäischen Vogelarten durch die vorgesehenen Vermeidungsmaßnahmen in ihrem natürlichen Verbreitungsgebiet in einem günstigen Erhaltungszustand verweilen bzw. deren aktuelle Erhaltungszustände sich nicht verschlechtern werden. Es werden für die Vermeidung von Verbotstatbeständen adäquate Maßnahmen getroffen.“</i> Es fehlt aber jeglicher Beleg bzw. jegliche Untersuchung, die die These untermauern könnte, ob denn tatsächlich der verbleibende Lebensraum für die auf die freie Landschaft angewiesenen Brotvogelarten Kiebitz, Fasan und Turmfalke bzw. Fitis, Goldammer und Domgrasmücke (letztere im Zusammenhang mit Einzelbäumen/Sträuchern) geeignet ist, um erfolgreich brüten zu können. Nur dann ist der gesetzliche Tatbestand des „räumlichen Zusammenhangs“ erfüllt, wenn in den angrenzenden Flächen ebenfalls die o. g. Vogelarten in den/dem letzten Jahr(en) als Brutvögel nachweislich festgestellt wurden. Dem NABU Rastede liegen von dort keine eigenen Erhebungsdaten vor. Insofern kann der Nachweis der „gleichwertigen ökologischen Funktion des räumlichen Zusammenhangs“ nicht geführt werden.</p> <p>Für eine Zulässigkeit des Vorhabens blieben somit nur die Ausnahmeregelungen gem. § 43 BNatSchG. Als Ausnahmetatbestand käme ausschließlich Abs. 8 Nr. 5 in Betracht, der Ausnahmen „aus anderen zwingenden Gründen des überwiegenden öffentlichen Interesses einschließlich solcher sozialer oder wirtschaftlicher Art“ vorsieht. Ausnahmen sind danach aber nur zulässig wenn „zumutbare Alternativen nicht gegeben sind und sich der Erhaltungszustand der Populationen einer Art nicht verschlechtert...“. Zumutbare Alternativen sind aber durch Nutzung der leerstehenden Gewerbeflächen im Gewerbe-/Industriegebiet</p>	

Anregungen von Bürgern	Abwägungsvorschläge
<p>am Nordkreuz ausreichend gegeben. Zum anderen darf als allgemein bekannt vorausgesetzt werden, dass sich die Populationen unserer heimischen Wiesenvögel und damit auch der Kiebitze (wird im folgenden nur exemplarisch genannt) in den letzten Jahren/Jahrzehnten. dramatisch verschlechtert haben. Der Kiebitz, wird inzwischen in der Roten Liste Niedersachsens der gefährdeten Brutvogelarten Niedersachsens (6. Fassung) als „stark gefährdet“ eingestuft, der zweithöchsten Gefährdungskategorie (KRÜGER, Jahresberichte der Ornithologischen Arbeitsgemeinschaft (OAO) Oldenburg, Nr. 19, 2007). Eine wie auch immer geartete Kompensationsmaßnahme (noch dazu in anderem räumlichen Zusammenhang) kann dem Kiebitz den verlorenen artspezifischen Lebensraum. nicht ersetzen. Der Versuch einer „Umsiedlung“ schlägt daher in aller Regel fehl. Aber auch die in der o. g. Roten Liste als gefährdet geltenden Vogelarten Rauchschwalbe und Gartenrotschwanz sowie die in der Vorwarnliste zur Roten Liste aufgeführten Haus- und Feldsperling, Star und Turmfalke sind neben den besonders geschützten Fledermausarten Breitflügel- und Zwergfledermaus sowie Großer Abendsegler, die das Plangebiet mindestens als Nahrungshabitat nutzen, nur die herausragenden Arten, die auf grund des Bebauungsplanes unter den nachfolgenden Baumaßnahmen ihre angestammten Brut- und Nahrungshabitate verlieren würden. Die drei im Gebiet festgestellten Fledermausarten sind zwar kartiert, die Untersuchung beschränkt sich aber nur auf den streng abgegrenzten Planbereich. Das ist i. d. R und auch hier nicht ausreichend. Insbesondere bei Fledermäusen ist der zu untersuchende Bereich deutlich auszudehnen, um die Wechselwirkungen zwischen der umliegenden freien Landschaft und dem Plangebiet zu ermitteln. Wichtig wäre z. B. festzustellen, wo sich im Umkreis zu der überplanten Fläche Weibchen-Wochenstuben befinden und wie sich die Nahrungssituation dort nach einer Bebauung entwickeln würde.</p> <p>Zusammenfassung Das Vorhaben ist unzulässig, da der Nachweis für „zwingende Gründe des überwiegenden öffentlichen Interesses“ gem. § 19 BNatSchG an der Zerstörung in erster Linie des Kiebitzbiotops nicht geführt werden kann, da an anderer Stelle ausreichend Gewerbeflächen zur Verfügung stehen. Selbst wenn man das zwingende öffentliche Interesse als gegeben ansehen wollte, ist die „Gleichwertigkeit der ökologischen Funktion des</p>	

Anregungen von Bürgern	Abwägungsvorschläge
räumlichen Zusammenhangs“ als zwingende Voraussetzung des § 42 BNatSchG nicht nachgewiesen worden. Der Ausnahmetatbestand aus „anderen zwingenden Gründen des überwiegenden öffentlichen Interesses einschließlich solcher sozialer oder wirtschaftlicher Art“ gem. § 43 (8) Nr. 5 scheitert an den vorhandenen Alternativlösungen im 20 ha großen. auf Käufer wartenden Gewerbe-/Industriegebiet am Nordkreuz.	

GEMEINDE RASTEDE

Landkreis Ammerland



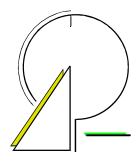
43. Flächennutzungsplanänderung „Gewerbegebiet Leuchtenburg II“

Umweltbericht (Teil II)

Entwurf

18.12.2009

Planungsbüro Diekmann & Mosebach Oldenburger Straße 211 – 26180 Rastede
Tel.: 04402/9116-30 - Fax: 04402/9116-40
e-mail: info @ diekmann – mosebach .de



INHALTSÜBERSICHT

TEIL II: UMWELTBERICHT

1.0	EINLEITUNG	1
1.1	Beschreibung des Planvorhabens	1
1.1.1	Angaben zum Standort	1
1.1.2	Art des Vorhabens und Darstellungen	1
1.1.3	Umfang des Vorhabens und Angaben zu Bedarf an Grund und Boden	1
1.2	Umweltschutzziele aus übergeordneten Fachplanungen und Fachgesetzen und ihre Berücksichtigungen	2
2.0	BESCHREIBUNG UND BEWERTUNG DER UMWELTAUSWIRKUNGEN	2
2.1	Bestandsaufnahme und Bewertung der einzelnen Umweltaspekte	2
2.1.1	Schutzgut Mensch	2
2.1.2	Schutzgüter Tiere und Pflanzen,	4
2.1.3	Schutzgut Boden	4
2.1.4	Schutzgut Wasser	5
2.1.5	Klima / Luft	5
2.1.6	Schutzgut Landschaft	6
2.1.7	Schutzgut Kultur- und Sachgüter	6
2.1.8	Wechselwirkungen	6
2.1.9	Zusammengefasste Umweltauswirkungen	6
2.2	Entwicklungsprognosen des Umweltzustandes	7
2.2.1	Entwicklung des Umweltzustandes bei Planungsdurchführung	7
2.2.2	Entwicklung des Umweltzustandes bei Nichtdurchführung – Nullvariante	7
2.3	Vermeidung / Minimierung / Ausgleich	8
2.4	Anderweitige Planungsmöglichkeiten	8
2.4.1	Standort / Planinhalt	8
3.0	ZUSÄTZLICHE ANGABEN	9
3.1	Hinweise auf Schwierigkeiten bei der Zusammenstellung der Unterlagen	9
3.2	Hinweise zur Durchführung der Umweltüberwachung	9
3.3	Zusammenfassung	9

TEIL II: UMWELTBERICHT

1.0 EINLEITUNG

Zur Beurteilung der Belange des Umweltschutzes (§ 1 (6) Nr. 7 BauGB) ist im Rahmen der Bauleitplanung eine Umweltprüfung durchzuführen, in der die voraussichtlichen erheblichen Umweltauswirkungen ermittelt werden. Entsprechend der Anlage zum Baugesetzbuch zu § 2 (4) und § 2a BauGB werden die ermittelten Umweltauswirkungen im Umweltbericht beschrieben und bewertet (§ 2 (4) Satz 1 BauGB).

1.1 Beschreibung des Planvorhabens

Die Gemeinde Rastede beabsichtigt, entsprechend den Inhalten des Regionalen Raumordnungsprogrammes (RROP) des Landkreises Ammerland sowie das vorhandene Gewerbegebiet am Standort Leuchtenburg im Sinne einer Angebotsplanung zu erweitern und zu diesem Zweck die 43. Flächennutzungsplanänderung durchzuführen. Eine konkrete Beschreibung des Planvorhabens und eine detaillierte Darlegung der planerischen Zielsetzungen erfolgt unter Kap. 1.0 „Anlass und Ziel der Planung“ der vorangegangenen Begründung.

1.1.1 Angaben zum Standort

Der Planungsraum der Bebauungsplanänderung befindet sich im nördlichen Siedlungsrandbereich des Hauptortes Rastede. Genaue Angaben zum Standort sowie eine Beschreibung des städtebaulichen Umfeldes sind in den Kap. 2.2 „Räumlicher Geltungsbereich“ und Kap. 2.3 „Städtebauliche Situation“ des Begründungstextes zur Flächennutzungsplanänderung enthalten.

1.1.2 Art des Vorhabens und Darstellungen

Mit der Aufstellung der 43. Flächennutzungsplanänderung erfolgt eine Erweiterung des Gewerbebestandes Leuchtenburg auf der Fläche nördlich der Raiffeisenstraße in einer Flächenausdehnung von ca. 22,6 ha. Dementsprechend werden in der Flächennutzungsplanänderung gewerbliche Bauflächen (G) gem. § 1 (1) Nr. 3 BauNVO dargestellt. Die Entwicklung des Plangebietes erfolgt entsprechend einem hierzu vorgelegten städtebaulichen Rahmenkonzept im ersten Planungsschritt über die Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. 59 „Gewerbegebiet Leuchtenburg III“ im Zuge des Parallelverfahrens gem. § 8 (3) BauGB in einer Flächengröße von ca. 27,7 ha. Im Weiteren wird die im Südosten verlaufende Hochspannungsfreileitung 110 kV der E.ON Netz GmbH übernommen ebenso wie das im Nordwesten verlaufende Gewässer II. Ordnung des Entwässerungsverbandes Jade. Die Inhalte und Planungsziele werden umfassend unter Kap. 1.0 (Anlass und Ziel) sowie 5.0 (Inhalt der Flächennutzungsplanänderung) beschrieben.

1.1.3 Umfang des Vorhabens und Angaben zu Bedarf an Grund und Boden

Die Gesamtgröße des Geltungsbereiches der 43. Flächennutzungsplanänderung beträgt ca. 22,6 ha. Der gesamte Geltungsbereich ist als Fläche für gewerbliche Baufläche (G) dargestellt. Eine Ausnahme stellt das Gewässer II. Ordnung im Nordwesten des Geltungsbereichs dar.

Für die Ausgestaltung des Gewerbegebietes inklusive der Erschließungswege wird eine Fläche von 10,94 ha dauerhaft versiegelt werden.

1.2 Umweltschutzziele aus übergeordneten Fachplanungen und Fachgesetzen und ihre Berücksichtigungen

Die in einschlägigen Fachplänen und Fachgesetzen formulierten Ziele des Umweltschutzes, die für den vorliegenden Planungsraum relevant sind, werden unter Kap. 3.0 „Planerische Vorgaben“ der vorangegangenen Begründung umfassend dargestellt. Diese Ziele und die einzelnen Umweltbelange werden im Rahmen der unter Kap. 4.1 „Belange von Natur und Landschaft“ erfolgten naturschutzfachlichen Eingriffsbilanzierung nach dem Bundesnaturschutzgesetz (BNatSchG) und nach § 1a (3) Baugesetzbuch (BauGB) zur 43. Flächennutzungsplanänderung umfassend berücksichtigt.

2.0 BESCHREIBUNG UND BEWERTUNG DER UMWELTAUSWIRKUNGEN

Die Bewertung der Umweltauswirkungen des vorliegenden Planvorhabens erfolgt anhand einer Bestandsaufnahme, bezogen auf die einzelnen, im Folgenden aufgeführten Schutzgüter. Durch eine umfassende Darstellung des gegenwärtigen Umweltzustandes einschließlich der besonderen Umweltmerkmale im unbeplanten Zustand sollen die umweltrelevanten Wirkungen der Flächennutzungsplanänderung herausgestellt werden. Hierbei werden die negativen sowie positiven Auswirkungen der Umsetzung der Planung auf die Schutzgüter dargestellt und hinsichtlich ihrer Erheblichkeit soweit wie möglich bewertet. Ferner erfolgt eine Prognose der Umweltauswirkungen bei Durchführung und Nichtdurchführung der Planung („Nullvariante“).

2.1 Bestandsaufnahme und Bewertung der einzelnen Umweltaspekte

2.1.1 Schutzgut Mensch

Im Zusammenhang mit der Bewertung der umweltrelevanten Auswirkungen auf das Schutzgut Mensch sind gesundheitliche Aspekte sowie solche, die im Zusammenhang mit Erholung stehen, von Bedeutung. Bei der Betrachtung des Schutzgutes Mensch sind daher Auswirkungen durch Lärm, Gerüche und andere Immissionen sowie die Aspekte Erholungsfunktion und Wohnqualität zu untersuchen.

Schallimmissionen (Gewerbe, Verkehr)

Im Zuge der Aufstellung der Bauleitplanung wurden die unterschiedlichen Aspekte des Immissionsschutzes beurteilt. Hierzu zählen die Gewerbe- und Verkehrslärmsimmissionen, die landwirtschaftlichen Gerüche sowie die Immissionen aus Niederfrequenzanlagen (Hochspannungsleitung). Diese werden in der Begründung zum Flächennutzungsplan unter Kap. 4.2 (Belange des Immissionsschutzes) ausführlich erläutert.

Zur Beurteilung der Schallimmissionssituation wurde seitens eines Gutachters (ted, Bremerhaven) eine Schallimmissionsprognose durchgeführt. Um eine geordnete und verträgliche städtebaulichen Entwicklung innerhalb des Plangebietes zu gewährleisten, wurde eine Schallkontingentierung für das Plangebiet durchgeführt. Hierin wurden die flächenbezogenen Schallleistungspegel (FSP) für die Teilflächen des Gebietes ermittelt, unter deren Einhaltung im Rahmen des Baugenehmigungsverfahrens ein konfliktfreies Nebeneinander mit den angrenzenden Strukturen (Gewerbe, Wohnen) unter Berücksichtigung der Vorbelastung stattfinden kann. Diese flächenbezogenen Schallleistungspegel werden im Bebauungsplan verbindlich gesichert.

Im Weiteren wurde eine Untersuchung der Verkehrslärmsituation, ausgehend von der Belastung der Raiffeisenstraße (L 826) durchgeführt. Diese ergab, dass die Orientierungswerte der DIN 18005 (Schallschutz im Städtebau) für Gewerbegebiete im Nahbereich überschritten werden. Dementsprechend wurden die Lärmpegelbereiche gem. DIN 4109 ermittelt und Festsetzungen für den passiven Schallschutz (Anforderungen

an Außenbauteile der Gebäude) für Gebäude, in denen ein dauerhafter Aufenthalt von Menschen vorgesehen ist (z. B. Wohnen für Büroleiter, Büroräume) vorgeschlagen. Diese Festsetzungen werden im Zuge der verbindlichen Bauleitplanung übernommen.

Elektromagnetische Felder (Hochspannungsleitung)

Innerhalb des Geltungsbereiches verläuft im Süden eine Hochspannungsfreileitung 110 kV der E.ON Netz GmbH. Die am 01.01.1997 in Kraft getretene 26. Verordnung zur Durchführung des Bundes-Immissionsschutzgesetzes (Verordnung über elektromagnetische Felder – 26. BImSchV) hat Grenzwerte für die elektrische Feldstärke und magnetische Flussdichte für Niederfrequenzanlagen (Hochspannungsfreileitungen) festgelegt, bei deren Einhaltung eine gesundheitliche Beeinträchtigung des menschlichen Organismus ausgeschlossen werden. Nach Angabe des Betreibers werden diese Grenzwerte beim Betrieb der Hochspannungsleitung eingehalten, so dass bei der geplanten gewerblichen Nutzung innerhalb des Plangebietes keine Konflikte zu erwarten sind. Weitere Abstandsregelungen bestehen nicht. Im Rahmen der städtebaulichen Rahmenplanung sowie der verbindlichen Bauleitplanung wurden im Sinne der Vorsorge Alternativen zu den Festsetzungen im Bebauungsplan geprüft (unterirdische Verlegung der Freileitung, geänderte Verkehrsführung, alternative Nutzung unterhalb der Leitungstrasse). Bei einer Verkabelung der Freileitung auf einer Trasse von ca. 800 m (inklusive potenzieller Erweiterungsflächen des Gewerbegebietes) würden sich Kosten von ca. 1.000.000 € ergeben, so dass eine Wirtschaftlichkeit hier nicht gegeben ist. Eine veränderte Verkehrsführung, ausgehend von dem Knotenpunkt gegenüber der Königstraße unterhalb der Leitungstrasse würde zu einer erschwerten Verkehrsführung für den Schwerlastverkehr und zu unattraktiven Grundstückszuschnitten führen. Angesichts des Planungsziels der Entwicklung von gewerblichen Bauflächen ist eine alternative Nutzung z. B. als Grünfläche in dieser zentralen Lage nicht vorgesehen.

Geruchsimmissionen (Landwirtschaft)

Unmittelbar westlich an das Plangebiet angrenzend befindet sich eine landwirtschaftliche Hofstelle, auf der in geringem Umfang Rinderhaltung betrieben wird. Zusätzlich wird werden in einem Pachtstall an der Raiffeisenstraße weitere Mutterkühe gehalten. Nach Maßgabe der Geruchsimmissions-Richtlinie des Landes Niedersachsen (GIRL) ist innerhalb des Plangebietes die geltende Geruchsstundenbelastung für Gewerbegebiete von bis zu 15 % der Jahresstunden einzuhalten. Im Rahmen der Bauleitplanung wurde durch die Landwirtschaftskammer Niedersachsen ein Immissionsschutzgutachten zur Ermittlung der Geruchsimmissionssituation vor Ort erstellt. Die Grundlagen und Inhalte werden in der Begründung zur Flächennutzungsplanänderung ausführlich erläutert.

Aus den Berechnungen ergibt sich, dass es auf einer geringfügigen Fläche im Nahbereich der Hofstelle zu Überschreitungen der o. g. Immissionsgrenzwerte kommt. Innerhalb dieser Flächen ist jedoch eine gewerbliche Nutzung, innerhalb derer ein dauerhafter Aufenthalt von Menschen ausgeschlossen wird (z. B. Parkplatzflächen) möglich. Zudem ist nach Aussage der Landwirtschaftskammer eine Aufgabe des Betriebes absehbar. Um im Sinne eines flächensparenden Umgangs mit Grund und Boden die zur Verfügung stehenden Flächen einer gewerblichen Nutzung zuführen zu können, werden diese Bereiche als gewerbliche Baufläche (G) dargestellt. Zur Vermeidung zukünftiger Konflikte wird jedoch folgende textliche Darstellung aufgenommen:

Innerhalb des Geltungsbereiches kommt es im Nahbereich der Hofstelle am Stellmoorweg derzeit zu Überschreitungen der Immissionsrichtwerte gem. GIRL für Gewerbegebiete von 15 % der Jahresstunden. Im Rahmen der verbindlichen Bauleitplanung ist die dann aktuelle Geruchsimmissionssituation vor Ort nochmals zu überprüfen. Sollten sich dann weiterhin Überschreitungen ergeben, sind innerhalb dieser Bereiche Nutzungen, die mit einem dauerhaften Aufenthalt von Menschen verbunden

sind (z. B. Büros, Wohnräume) auszuschließen und ausschließlich geruchsunempfindliche Anlagen (z. B. Grünflächen, Lagerflächen) anzuordnen.

Erholung

Auswirkungen auf die Erholungsnutzung sind durch die Aufstellung der Bauleitplanung bzw. die Inanspruchnahme der Flächen nördlich der Raiffeisenstraße nicht abzusehen.

Angesichts der oben getroffenen Aussagen zum Immissionsschutz und die Einhaltung der entsprechenden Orientierungs- und Grenzwerte sowie der Vermeidungsmaßnahmen (Geruch) werden durch die Bauleitplanung geringfügige Beeinträchtigungen auf das Schutzgut Mensch gesehen.

2.1.2 Schutzgüter Tiere und Pflanzen,

Als wichtige Bestandteile des Ökosystems auf der Erde sind die Tiere und Pflanzen anzusehen. Sie tragen zum Funktionieren des Naturhaushaltes, zur Erhaltung der Luft- und Wasserqualität und zur Schönheit des Landschaftsbildes bei. Daneben sind sie Nahrungsgrundlage für den Menschen. Durch den Verlust an biologischer Vielfalt bei Tier- und Pflanzengruppen werden Funktionen des Ökosystems nachhaltig beeinträchtigt.

Das vorliegende Plangebiet ist aktuell durch eine intensive landwirtschaftliche Nutzung mit Acker- und Grünlandarealen sowie durch prägende lineare Gehölze und Einzelbäume gekennzeichnet. In diesem Bereich sind hauptsächlich euryöke Arten zu finden, die eine breite Standortamplitude aufweisen und an keine besonderen Standortbedingungen gebunden sind. Von besonderen Wertigkeiten oder einer hohen biologischen Vielfalt kann im Geltungsbereich demzufolge nicht ausgegangen werden. Die faunistischen Gruppen können aufgrund der fehlenden Besonderheiten des Plangebietes auf andere, in der Umgebung befindliche Ersatzbiotope ausweichen. Die Gehölze werden teilweise in ihrem Bestand erhalten und ein Gewässer wird naturnah im Norden hergestellt.

Durch die geplanten Versiegelungen gehen jedoch insgesamt Lebensräume der mobilen Pflanzen, wie z.B. die der besonders geschützten Stechpalme verloren. Zudem werden durch die vorliegende Planung gemäß § 33 NNatG geschützte Wallhecken und andere prägende Gehölzstrukturen überbaut. Hierzu gehören auch Wallhecken, die im Rahmen durch Kompensationsverpflichtungen neu angelegt worden sind. Die Auswirkungen sind insgesamt als erheblich für das Schutzgut Pflanzen zu beurteilen.

Für das vorliegende Planungsvorhaben wird davon ausgegangen, dass die für Brutvögel bedeutsamen Grünländer in ihrer gegenwärtigen Ausprägung nicht erhalten bleiben. Eine Verdrängung / Vergrämung der im zentralen Bereich siedelnden zwei Kiebitz-Brutpaare (RL D 2, RL Nds 3) ist daher nicht auszuschließen. Diese Auswirkung ist als erheblich anzusehen.

2.1.3 Schutzgut Boden

Der Boden nimmt vielfältige Funktionen (z. B. Filter-, Puffer- und Transformationsfunktionen) im Naturhaushalt wahr. Teilweise wurde der Boden im Geltungsbereich durch die bisherige Nutzungen (Grünland, Wege) bereits in Vorfeld beeinträchtigt.

Gemäß dem Kartenserver des Landesamtes für Bergbau, Energie und Geologie sind im südlichen Plangebiet als Bodentyp Gley-Podsole vorhanden, während im Norden ein Bereich mit Erd-Niedermoorböden in den Geltungsbereich hineinragt.

Durch das geplante Gewerbegebiet wird eine Neuversiegelung von ca. 10,94 ha angenommen. Dies wird erhebliche umweltrelevante Auswirkungen auf das Schutzgut Boden mit sich bringen.

2.1.4 Schutzgut Wasser

Das Schutzgut Wasser stellt einen wichtigen Bestandteil des Naturhaushaltes dar und bildet die Lebensgrundlage für Menschen, Tiere und Pflanzen. Im Rahmen der Umweltprüfung ist das Schutzgut Wasser unter dem Aspekt der Auswirkungen auf den Grundwasserhaushalt, auf die Wasserqualität sowie auf den Zustand des Gewässersystems zu betrachten. Im Sinne des Gewässerschutzes sind Maßnahmen zu ergreifen, die zu einer Begrenzung der Flächenversiegelung und der damit einhergehenden Zunahme des Oberflächenwassers, zur Förderung der Regenwasserversickerung sowie zur Vermeidung des Eintrags wassergefährdender Stoffe führen. Im Rahmen der Bauleitplanung ist der Nachweis eines geregelten Abflusses des Oberflächenwassers zu erbringen.

Im Nordwesten verläuft ein Gewässer II. Ordnung des Entwässerungsverbandes Jade. Weitere reelle Fließgewässer sind im Plangebiet nicht vorhanden. Entlang einiger Flurstücksgrenzen verlaufen Entwässerungsgräben, die zum Teil regelmäßig trocken fallen. Einziges Stillgewässer des Plangebietes ist ein Regenrückhaltebecken im Bereich des Flächenpools „Stellmoor“.

Grundwasser hat eine wesentliche Bedeutung für die Leistungsfähigkeit des Naturhaushaltes, als Naturgut der Frischwasserversorgung und als Bestandteil grundwasser geprägter Böden. Das Schutzpotenzial des Grundwassers wird im Geltungsbereich generell als gering eingestuft.

Das Planvorhaben wird geringe umweltrelevante Auswirkungen für das Schutzgut Wasser in seiner wichtigen Funktion für den Naturhaushalt mit sich bringen. Weitere Auswirkungen sind für den lokalen Wasserhaushalt nicht zu erwarten.

2.1.5 Klima / Luft

Bei der Bewertung der umweltrelevanten Auswirkungen auf das Schutzgut Luft sind die mit der Umsetzung der Planung einhergehenden Luftverunreinigungen von Bedeutung. Hierbei sind die Nutzungen zu beachten, die durch ihren Ausstoß von Luftschadstoffen (Rauch, Stäube, Gase und Geruchsstoffe) zu nachteiligen Veränderungen der Luftzusammensetzung führen und somit eine Beeinträchtigung der übrigen Schutzgüter darstellen. Das Schutzgut Klima ist hierbei eng mit dem Schutzgut Luft verbunden.

Klimatisch ist der Untersuchungsraum vorwiegend atlantisch geprägt. Die Nähe zur Nordsee und die überwiegende Luftzufuhr aus westlichen Richtungen verursachen ein maritimes Klima, das sich durch relativ niedrige Temperaturschwankungen im Tages- und Jahresverlauf, eine hohe Luftfeuchtigkeit sowie häufige Bewölkung und Nebelbildung auszeichnet.

Das dargestellte Stadtrandklima innerhalb des Plangebietes wird durch eine lockere Bebauung und einen hohen Grünanteil mit Grünverbindungen zur freien Landschaft geprägt.

Unter Berücksichtigung der vorhandenen Vorbelastungen durch die angrenzenden Straßen und Siedlungsbereiche sind durch die Umsetzung des Planvorhabens keine erheblichen Auswirkungen auf das Schutzgut Klima sowie auf das Schutzgut Luft zu

erwarten. Es ergeben sich jedoch aufgrund der Versiegelungen im Nahbereich geringfügige negative Beeinträchtigungen auf die Luftqualität und das Kleinklima.

2.1.6 Schutzgut Landschaft

Das Schutzgut Landschaft zeichnet sich durch ein harmonisches Gefüge aus vielfältigen Elementen aus, das hinsichtlich der Aspekte Vielfalt, Eigenart oder Schönheit zu bewerten ist.

Das Landschaftsbild wird einerseits durch die weitläufigen intensiv genutzten Acker- und Grünlandbereiche und andererseits durch die entlang der Flurstücksgrenzen verlaufenden linearen Gehölzstrukturen gekennzeichnet. Im Süden und Norden sind teilweise prägende Einzelbäume bzw. Baumreihen vorhanden, die auf das Gebiet positiv wirken. Das Regenrückhaltebecken mit den umgebenden Wallhecken und den extensiver genutzten Bereichen bildet ein für das Landschaftsbild wichtiges Zentrum des Geltungsbereiches.

Negativ wirken sich die weitläufigen Ackerbereiche ohne strukturierende Strukturen aus sowie die südöstlich verlaufende Hochspannungsleitung, die als technogenes Element das Landschaftsbild anthropogen beeinträchtigt.

Durch die Darstellung eines Gewerbegebietes werden die für das Landschaftsbild wertgebenden Strukturen weitestgehend überplant, so dass erhebliche Auswirkungen auf das Schutzgut Landschaft erwartet werden.

2.1.7 Schutzgut Kultur- und Sachgüter

Innerhalb des vorliegenden Planungsraumes sowie im näheren Umfeld sind keine schutzbedürftigen Kultur- und Sachgüter anzutreffen, die eine Sensibilität gegenüber planerischen Veränderungen aufweisen. Insofern sind durch das vorliegende Planvorhaben keine erheblichen Auswirkungen auf das Schutzgut Kultur- und Sachgüter zu erwarten.

2.1.8 Wechselwirkungen

Die betrachteten Schutzgüter beeinflussen sich in einem Ökosystem gegenseitig, so dass die Wechselwirkungen an dieser Stelle zwischen den einzelnen Schutzgütern betrachtet werden. Durch die Minimierungs- und Vermeidungsmaßnahmen sowie der festgelegten Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen werden die Auswirkungen des Planvorhabens zu einem Großteil unterbunden bzw. verringert, so dass insgesamt mit keinen erheblichen sich verstärkenden Wechselwirkungen durch das Planvorhaben zu rechnen ist.

2.1.9 Zusammengefasste Umweltauswirkungen

Durch die 43. Flächennutzungsplanänderung kommt es zu einem Verlust von Boden durch Versiegelung, was als erhebliche Umweltauswirkung zu beurteilen ist. Weiterhin sind die Umweltauswirkungen der geplanten Nutzungsänderungen auf die Schutzgüter Tiere und Pflanzen sowie Landschaft insgesamt ebenfalls als erheblich zu bewerten. Weniger erhebliche negative Umweltauswirkungen werden für die Schutzgüter Mensch, Wasser, Klima und Luft erwartet. Das Schutzgut Kultur- und Sachgüter wird durch das vorliegende Planvorhaben in ihrer Ausprägung nicht erheblich negativ beeinflusst.

Die zu erwartenden Umweltauswirkungen bei der Realisierung des Vorhabens werden nachfolgend tabellarisch zusammengefasst und hinsichtlich ihrer Erheblichkeit beurteilt.

Tab. 1: Zu erwartende Umweltauswirkungen auf die Schutzgüter und ihre Bewertung

Schutzgut	Beurteilung der Umweltauswirkungen	Erheblichkeit
Mensch	• geringfügige Beeinträchtigung	•
Pflanzen	<ul style="list-style-type: none"> • Verlust von Wallhecken gemäß § 33 NNatG • Verlust von prägenden Gehölzstrukturen • Verlust von besonders geschützten Pflanzenarten (Stechpalme) • Verlust von Teillebensräumen 	••
Tiere	• Verlust von zwei Kiebitzbrutpaaren	••
Boden	<ul style="list-style-type: none"> • flächige Beeinträchtigung der Bodenfunktionen (Versickerung, Grundwasserneubildung) • Verlust von Bodenfunktionen durch Versiegelung 	••
Wasser	• geringe Veränderung des Wasserhaushaltes	•
Klima	• geringfügige Beeinträchtigung der kleinklimatischen Gegebenheiten	•
Luft	• geringfügige Beeinträchtigung der Luftqualität	•
Landschaft	• erhebliche Veränderung der Landschaftsstruktur	••
Kultur und Sachgüter	• keine Beeinträchtigung von Kultur- und Sachgütern	-
Wechselwirkungen	• keine sich verstärkenden Auswirkungen	-

•• sehr erheblich/ •• erheblich/ • weniger erheblich / - nicht erheblich

Insgesamt betrachtet werden durch die 43. Flächennutzungsplanänderung und der damit verbundenen Realisierung der künftigen Bebauung in einem gewissen Umfang erhebliche bzw. weniger erhebliche Umweltauswirkungen verursacht.

2.2 Entwicklungsprognosen des Umweltzustandes

2.2.1 Entwicklung des Umweltzustandes bei Planungsdurchführung

Bei der Umsetzung des Planvorhabens ist mit den oben genannten Umweltauswirkungen zu rechnen. Es werden großflächig Bereiche versiegelt und die Gewerbestrukturen in Rastede gestärkt. Das vorhandene bzw. das neu geplante Regenrückhaltebecken werden sich wie die Gehölzstrukturen sukzessiv weiterentwickeln und eine hohe Bedeutung für die im Geltungsbereich vorkommenden Tiergruppen einnehmen.

2.2.2 Entwicklung des Umweltzustandes bei Nichtdurchführung – Nullvariante

Bei Nichtdurchführung der Planung bleiben die bestehenden Nutzungen im Geltungsbereich unverändert erhalten. Im Planungsraum würden weiterhin die Gehölzstrukturen und Grünland- bzw. Ackerbereiche unterschiedlicher Ausprägung bestehen bleiben. Die Bedeutung des Plangebietes für Arten und Lebensgemeinschaften würde sich im Laufe der Zeit erhöhen, da sich gerade die neu angelegten Wallhecken sukzessiv weiterentwickeln und mit u. a. höherem Baumalter mehr Tiergruppen einen qualitativ hochwertigen Lebensraum bieten würden.

2.3 Vermeidung / Minimierung / Ausgleich

Der Verursacher eines Eingriffs ist zu verpflichten, vermeidbare Beeinträchtigungen von Natur und Landschaft zu unterlassen sowie unvermeidbare Beeinträchtigungen durch Maßnahmen des Naturhaushaltes und der Landschaftspflege vorrangig auszugleichen (Ausgleichsmaßnahmen) oder in sonstiger Weise zu kompensieren (Ersatzmaßnahmen). Ausgeglichen (Ausgleichsmaßnahmen) ist eine Beeinträchtigung, wenn und sobald die beeinträchtigten Funktionen des Naturhaushaltes wiederhergestellt sind und das Landschaftsbild landschaftsgerecht wiederhergestellt oder neu gestaltet ist. In sonstiger Weise kompensiert (Ersatzmaßnahmen) ist eine Beeinträchtigung, wenn und sobald die beeinträchtigten Funktionen des Naturhaushaltes in gleichwertiger Weise ersetzt sind oder das Landschaftsbild landschaftsgerecht neu gestaltet ist (§ 19 (1) und (2) BNatSchG). Für den größten Teil des Geltungsbereichs wird im Parallelverfahren der Bebauungsplan Nr. 59 „Leuchtenburg“ aufgestellt. Detaillierte Vermeidungs- und Minimierungsmaßnahmen sowie Kompensationsmaßnahmen werden in dem entsprechenden Landschaftsökologischen Fachbeitrag zu diesem Bebauungsplan aufgeführt. So ist die Kompensation der Wallhecken im Rahmen des Wallheckenschutzprogramms der unteren Naturschutzbehörde des Landkreises Ammerland vorgesehen. Weitere Ersatzmaßnahmen werden im Flächenpool der Gemeinde Rastede umgesetzt.

2.4 Anderweitige Planungsmöglichkeiten

2.4.1 Standort / Planinhalt

Angesichts des Planungsziels, das vorhandene Gewerbegebiet Leuchtenburg hinsichtlich seiner positiven Standortvoraussetzungen und entsprechend der Vorprägung zu erweitern, ergaben sich hinsichtlich des Standortes keine Planungsalternativen.

Bezüglich des Planinhaltes wurde im Zuge des Rahmenkonzeptes sowie der hierdurch vorbereiteten Entwässerungs- und Erschließungsplanung verschiedene Varianten geprüft. So wurde eine Verlagerung des vorhandenen Regenrückhaltebeckens aus dem Gebiet in Erwägung gezogen. Demnach hätte das jetzige Becken nach Auffüllung als Gewerbegrundstück dienen können. Dies hat sich jedoch angesichts der hohen Kosten und dem später nicht optimalen Baugrund als nicht sinnvoll erwiesen. Im Weiteren haben sich unterschiedliche Varianten für die Verkehrserschließung ergeben, die sich angesichts der vorgegebenen Anbindung an der Königstraße und dem Gebietszuschnitt im Wesentlichen nicht voneinander unterscheiden haben. Letztendlich waren die seitens der Gemeinde angestrebten Grundstücksflächen (Größen, Zuschnitte) ausschlaggebend.

Angesichts der im Südosten verlaufenden Hochspannungsleitung und der hiervon möglicherweise ausgehenden Emissionen wurde zudem eine Verkehrsführung unterhalb der Trasse entwickelt (s. Kap. 2.2.1 Schutzgut Mensch), die sich jedoch aus städtebaulicher Sicht nicht als sinnvoll erwiesen hat. Auch eine Verkabelung der Trasse hat sich, ebenso wie eine alternative Nutzung (z. B. Grünfläche) als nicht wirtschaftlich und nicht dem Grundsatz eines flächensparenden Umgangs mit Grund und Boden erwiesen.

3.0 ZUSÄTZLICHE ANGABEN

3.1 Hinweise auf Schwierigkeiten bei der Zusammenstellung der Unterlagen

Es war ein umfassendes und ausreichend aktuelles Datenmaterial vorhanden (Rahmenplanungen, Gutachten, eigene Erfassungen), so dass keine Schwierigkeiten bei der Zusammenstellung der Unterlagen auftraten.

3.2 Hinweise zur Durchführung der Umweltüberwachung

Gemäß § 4c BauGB müssen die Kommunen die erheblichen Umweltauswirkungen überwachen (Monitoring), die auf Grund der Durchführung der Bauleitpläne eintreten. Hierdurch sollen insbesondere unvorhergesehene nachteilige Auswirkungen frühzeitig erkannt werden, um geeignete Maßnahmen zur Abhilfe zu ermöglichen. Zur Überwachung der erheblichen Umweltauswirkungen der vorliegenden Planung wird innerhalb von zwei Jahren nach Feststellungsbeschluss eine Überprüfung durch die Gemeinde stattfinden, die feststellt, ob sich unvorhergesehene erhebliche Auswirkungen abzeichnen.

3.3 Zusammenfassung

Die im Rahmen der 43. Flächennutzungsplanänderung erfolgenden Nutzungsänderungen dienen der bauleitplanerischen Vorbereitung von anstehenden städtebaulichen Maßnahmen in der Gemeinde Rastede, Leuchtenburg. Es wird der bereits gewerblich vorgeprägte Siedlungsbereich im Norden Rastedes um eine ca. 22,6 ha große Fläche erweitert.

Die Umweltauswirkungen des Planvorhabens liegen in dem Verlust von bereits vorgeprägten Böden sowie Lebensräumen für Pflanzen durch die zulässige Versiegelung. Eine Erheblichkeit der Umweltauswirkungen ist für das Schutzgut Boden, Tiere und Pflanzen sowie Landschaft gegeben. Weiterhin sind die Umweltauswirkungen der geplanten Nutzungsänderungen auf das Schutzgut Mensch, Wasser sowie Klima/Luft insgesamt als weniger erheblich zu beurteilen. Das Schutzgut Kultur- und Sachgüter Schutzgüter wird durch die vorliegende Planung in ihrer Ausprägung nicht negativ beeinflusst. Insgesamt betrachtet werden durch die 43. Flächennutzungsplanänderung bzw. durch die Realisierung der künftigen Bebauung in einem gewissen Umfang erhebliche bzw. weniger erhebliche Umweltauswirkungen verursacht, die durch entsprechende Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen auf Ebene der verbindlichen Bauleitplanung adäquat auszugleichen sind.

Zusammenfassend ist festzustellen, dass unter Berücksichtigung der Maßnahmen zur Vermeidung und Minimierung sowie unter der Voraussetzung der Bereitstellung adäquater Kompensationsflächen auf Ebene der verbindlichen Bauleitplanung keine erheblichen negativen Umweltauswirkungen in den beiden Teilflächen zurück bleiben.

- Immissionsschutzgutachten –

Bauleitplanung der Gemeinde Rastede

43. Flächennutzungsplanänderung

„Gewerbegebiet Leuchtenburg III“ und

Bebauungsplan Nr. 59

Auftraggeber:

Gemeinde Rastede
Sophienstraße 27
26180 Rastede

Immissionsschutzgutachter:

Simone Kiehne

Telefon:

0441 801-385

Telefax:

0441 801-386

E-Mail:

simone.kiehne@lwk-niedersachsen.de

Oldenburg, den 11.12.2009

- Immissionsschutzgutachten -

Bauleitplanung der Gemeinde Rastede

43. Flächennutzungsplanänderung „Gewerbegebiet

Leuchtenburg III“ und Bebauungsplan Nr. 59

1	Veranlassung.....	2
2	Standortsituation	2
3	Datengrundlage	3
4	Beurteilung der zu erwartenden Geruchsimmissionssituation nach der Geruchsimmissions-Richtlinie des Landes Niedersachsen (GIRL).....	3
4.1	Ausbreitungsmodell	7
4.2	Datengrundlage für die Eingabeparameter in der Ausbreitungsrechnung.....	9
4.3	Darstellung und Bewertung der Ergebnisse	10
5	Zusammenfassung	11
6	Literatur.....	12

1 Veranlassung

Die Gemeinde Rastede beabsichtigt im Rahmen der 43. Flächennutzungsplanänderung in der Ortschaft Leuchtenburg Gewerbeflächen auszuweisen. Parallel hierzu soll der Bebauungsplan Nr. 59 aufgestellt werden.

Die AG Immissionsschutz der Landwirtschaftskammer Niedersachsen wird von der Gemeinde Rastede beauftragt, eine immissionsschutzfachliche Beurteilung der zu erwartenden Geruchsimmissionssituation anzufertigen.

Die Ermittlung der Geruchsbelastung erfolgte nach den Grundsätzen der Geruchsimmissions-Richtlinie Niedersachsen (GIRL) in der novellierten Fassung, die am 23.07.2009 als gem. RdErl. d. MU, d. MS, d. ML u. d. MW verabschiedet wurde (veröffentlicht im Nds. Mbl. Nr. 36/2009).

Zur Begutachtung standen zur Verfügung:

Übersichtskarte der Plangebiete im Maßstab 1 : 5.000,
Vorentwurf der 43. Flächennutzungsplanänderung und des BP Nr.59

2 Standortsituation

Die topografische Einordnung der Plangebiete sowie der in der Ausbreitungsrechnung berücksichtigten Hofstellen ist in Anlage I (Flächennutzungsplan) und in Anlage II (Bebauungsplan) dargestellt.

Die Geltungsbereiche der vorgenannten Planungen befinden sich westlich der Autobahn A 29 und nördlich der Raiffeisenstraße. Die an das vorhandene Gewerbegebiet „Leuchtenburg II“ angrenzenden Plangebiete weisen eine Größe von etwa 20 ha auf.

Westlich an den Geltungsbereich der 43. Flächennutzungsplanänderung grenzt die Hofstelle des landwirtschaftlichen Betriebes Wilfried Wemken, Stellmoorstr. 12, 26180 Rastede an. Der Abstand der Hofstelle Wemken zur westlichen Plangebietsgrenze des Bebauungsplanes Nr. 59 beträgt ca. 60 m.

Der Betrieb Wemken betreibt Mutterkuhhaltung und Bullenmast. In dem Stallgebäude der Hofstelle Wemken werden weibliches Jungvieh und Mastbullen gehalten. Die Mutterkühe des Betriebes sind in einem Pachtstall, der sich an der Raiffeisenstr. 260, 26180 Rastede befindet, untergebracht. Das vorgenannte Stallgebäude weist zu den Plangebieten der 43. Flächennutzungsplanänderung und des Bebauungsplanes Nr. 59 eine Entfernung von jeweils ca. 120 m auf.

Im Beurteilungsgebiet gemäß Ziffer 4.4.2 der GIRL (in einem Umkreis von 600 m der Plangebietsgrenzen) befinden sich keine weiteren Tierhaltungsanlagen, die eine relevante Vorbelastung darstellen.

3 Datengrundlage

Zur Beurteilung der Immissionssituation erfolgte am 9.12 auf der Hofstelle Wemken und am Standort des Pachtstalles eine Ortsbesichtigung, in deren Rahmen die emissionsrelevanten Daten zur Viehhaltung und Stalltechnik erhoben wurden.

Die Darstellung der Hof- und Stallanlagen sowie die berücksichtigten Tierbestände sind den Anhängen II bis IV enthalten und nur für den **behördeninternen Dienstgebrauch** vorgesehen.

4 Beurteilung der zu erwartenden Geruchsimmissionssituation nach der Geruchsimmissions-Richtlinie des Landes Niedersachsen (GIRL)

Da die TA Luft in der vorliegenden Fassung keine näheren Vorschriften enthält, in welcher Weise zu prüfen ist, ob von einer Anlage Geruchsimmissionen hervorgerufen werden, die im Sinne des § 3 BImSchG Abs. 1 erhebliche Belästigungen darstellen, gilt in Niedersachsen seit 2001 bis zum Erlass entsprechender bundeseinheitlicher Verwaltungsvorschriften die Verwaltungsvorschrift zur Feststellung und Beurteilung von Geruchsimmissionen (GIRL), die in novellierter Fassung am 23.07.2009 als gem. RdErl. d. MU, d. MS, d. ML u. d. MW verabschiedet wurde (veröffentlicht im Nds. Mbl. Nr. 36/2009).

Als Grundlage der Beurteilung von Geruchsimmissionen wird in der GIRL die so genannte Geruchsstunde auf der Basis von einer Geruchsstoffeinheit je Kubikmeter (1GE/m³) herangezogen. Die Geruchsstunde wird über die Immissionszeitbewertung definiert. Hierbei werden Geruchsimmissionen von mindestens 6 Minuten Dauer innerhalb einer Stunde jeweils als volle Geruchsstunde gewertet und bei der Summation über das Jahr berücksichtigt. Demgegenüber werden Immissionszeiten von weniger als 10 % je Zeitintervall (< 6 Minuten je Stunde) bei der Geruchshäufigkeitsermittlung vernachlässigt. Zur Beurteilung der immissionsschutzrechtlichen Erheblichkeit von Geruchseinwirkungen sind die relativen Häufigkeiten der Geruchsstunden heranzuziehen und in Abhängigkeit des jeweiligen Baugebietes den hierfür festgelegten Immissionswerten gegenüberzustellen.

Nach der GIRL sind Geruchsimmissionen im Sinne des § 3 (1) des BImSchG als erhebliche Belästigungen anzusehen, wenn die in der nachfolgenden Tabelle 1 angegebenen Immissionswerte (IW) überschritten werden.

Tabelle 1: Immissionsgrenzwerte für Geruchsstoffe in Abhängigkeit von der Nutzungsart

Gebietskategorie	Immissionsgrenzwert*
Wohn- und Mischgebiete,	0,10
Gewerbe-/Industriegebiete	0,15
Dorfgebiete	0,15

- ein Immissionswert von 0,10 entspricht z. B. einer Überschreitungshäufigkeit der voreingestellten Geruchskonzentration von 1GE/m³ in 10 % der Jahresstunden.

Sonstige Gebiete, in denen sich Personen nicht nur vorübergehend aufhalten, sind nach der GIRL entsprechend den Grundsätzen des Planungsrechtes den o. g. Gebietskategorien bzw. Baugebieten zuzuordnen.

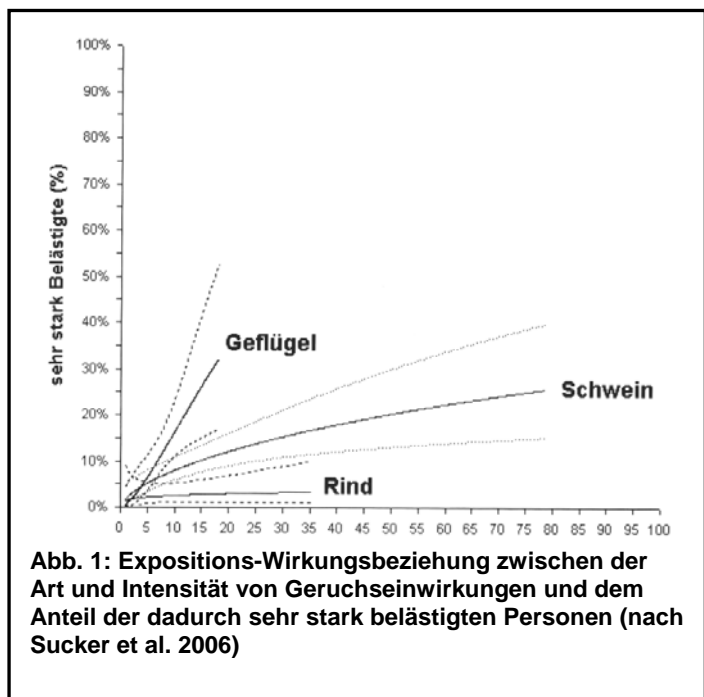
In dem Gemeinsamen Runderlass des ML, MS, MU und MW vom 27.03.2009 zur Geruchsimmissions-Richtlinie hat das Land Niedersachsen in Bezug auf die Grenzwertfestsetzung in Außenbereichslagen folgendes festgelegt:

"In Dorfgebieten und im Außenbereich ist auf die Belange der land- und forstwirtschaftlichen Betriebe einschließlich ihrer Entwicklungsmöglichkeiten Rücksicht zu nehmen. Die Hinweise zur Prüfung im Einzelfall gelten auch für die Anlagen der Landwirtschaft."

Der für Dorfgebiete genannte Immissionswert gilt nur für Geruchsimmissionen verursacht durch Tierhaltungsanlagen in Verbindung mit der belästigungsrelevanten Kenngröße IG_b (siehe unten). Für den Außenbereich sind andere Immissionswerte heranzuziehen. In der Begründung und den Auslegungshinweisen zur GIRL wird in Bezug auf den Außenbereich folgendes ausgeführt:

„Im Außenbereich sind (Bau-) Vorhaben entsprechend § 35 Abs.1 Baugesetzbuch (BauGB) nur ausnahmsweise zulässig. Ausdrücklich aufgeführt werden landwirtschaftliche Betriebe. Gleichzeitig ist das Wohnen im Außenbereich mit einem immissionsschutzrechtlichen geringeren Schutzanspruch verbunden. Vor diesem Hintergrund ist es möglich, unter Prüfung der speziellen Randbedingungen des Einzelfalles bei der Geruchsbeurteilung im Außenbereich einen Wert bis zu 0,25 für landwirtschaftliche Gerüche heranzuziehen.“

Die Grenzwertfestsetzung in der GIRL berücksichtigt auch die unterschiedliche Belästigungswirksamkeit der von den Tierhaltungsverfahren (Rind, Schwein, Geflügel) abhängigen Geruchsherkünfte. Hintergrund für diese Regelung sind die Ergebnisse eines in den Jahren 2003 bis 2006 durchgeführten, umfangreichen Forschungsvorhabens zur „Geruchsbeurteilung in der Landwirtschaft“, das als Verbundprojekt



der Bundesländer Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen und Baden-Württemberg, Mecklenburg-Vorpommern und Sachsen durchgeführt wurde.

Ziel dieses sog. „Fünf-Länder-Projektes“ war es, die Grundlagen für ein spezifisches Beurteilungssystem für Geruchsimmissionen im Umfeld von Tierhaltungsanlagen auf Basis systematischer Belastungs- und Belästigungsuntersuchungen zu entwickeln (Sucker et al. 2006).

Im Ergebnis dieser Untersuchung wurde festgestellt, dass die Geruchsqualität „Rind“ kaum belästigend wirkt, gefolgt von der Geruchsqualität „Schwein“. Eine demgegenüber deutlich stärkere Belästigungswirkung geht von der Geruchsqualität „Geflügel“ in der Form der Geflügelmast aus (s. Abb. 1).

Diese Untersuchungsergebnisse fanden auch ihren Niederschlag in der überarbeiteten Fassung der GIRL, die vom LAI am 29.02.08 vorgelegt und am 10.09.08 vom LAI ergänzt wurde. Sie sieht im Falle der Beurteilung von Geruchsimmissionen, verursacht durch Tierhaltungsanlagen, vor, dass eine belästigungsrelevante Kenngröße IG_b zu berechnen und anschließend mit den Immissions-(grenz)werten zu vergleichen ist.

Für die Berechnung der belästigungsrelevanten Kenngröße IG_b soll die Gesamtbelastung IG mit dem Faktor f_{gesamt} multipliziert werden:

$$IG_b = IG * f_{\text{gesamt}}$$

Tabelle 2: Gewichtungsfaktoren f für die einzelnen Tierarten

Tierartspezifische Geruchsqualität	Gewichtungsfaktor f
Mastgeflügel (Puten, Masthähnchen)	1,5
Mastschweine, Sauen (bis zu einer Tierplatzzahl von ca. 5.000 Mastschweinen bzw. unter Berücksichtigung der jeweiligen Umrechnungsfaktoren für eine entsprechende Anzahl von Zuchtsauen)	0,75
Milchkühe mit Jungtieren (einschl. Mastbullen und Kälbermast, sofern diese zur Geruchsimmissionsbelastung nur unwesentlich beitragen)	0,5

Für Tierarten, die nicht in Tabelle 2 enthalten sind, ist der Gewichtungsfaktor 1 einzusetzen.

Im vorliegenden Fall ist für die zu berücksichtigende Rindviehhaltung der Gewichtungsfaktor 0,5 heranzuziehen.

4.1 Ausbreitungsmodell

Für die Geruchsausbreitung wird gemäß 4.5 GIRL und den Auslegungshinweisen der GIRL das Programm Austal2000G herangezogen, bei dem es sich um eine Weiterentwicklung der im Anhang 3 der TA Luft beschriebenen Ausbreitungsrechnung Austal2000 handelt. Der Rechenkern des Ausbreitungsmodells „AUSTAL2000“ wurde von dem Ing.-Büro Janicke im Auftrag des Umweltbundesamtes (UBA) im Jahr 1998 konzipiert und wird seitdem stetig weiter entwickelt.

Der aktuelle Rechenkern (Version 2.4.7), mit dem auch die belästigungsrelevanten Geruchskenngrößen ($= IG_b$) berechnet werden können, wurde am 4.11.2008 vom UBA freigegeben und im Internet unter der Seite www.austal2000.de veröffentlicht. Die für den Rechenkern entwickelte Benutzeroberfläche mit der Bezeichnung „AUSTALView, Version 6.01“ stammt von der Firma ArguSoft GmbH & Co KG.

Grundsätzlich besteht bei diesem Modellsystem die Möglichkeit meteorologische Daten in Form einer repräsentativen Zeitreihe (akterm) oder als mehrjährige Häufigkeitsverteilung von Ausbreitungssituationen (aks) heranzuziehen. Die Verwendung von mehrjährigen Häufigkeitsverteilungen von Ausbreitungssituationen stellt in der Tierhaltung den Regelfall dar. Zeitreihen werden hingegen eingesetzt, wenn entweder entsprechende wiederkehrende Fluktuationen oder Leerzeiten bei den Emissionen zu berücksichtigen sind.

In der Ausbreitungsrechnung wird ein Lagrange-Algorithmus nach VDI 3945 Blatt 3 verwendet.

Dabei wird der Weg von Spurenstoffteilchen (z. B. Schadgas- oder Geruchsstoffteilchen) simuliert und aus der räumlichen Verteilung der Simulationsteilchen auf die Konzentration der Spurenstoffe in der Umgebung eines Emittenten geschlossen.

Das Ergebnis ist hinsichtlich seiner statistischen Sicherheit von der Anzahl der Simulationsteilchen abhängig. Durch die Erhöhung der Teilchenmenge kann der Fehler beliebig klein gemacht werden.

Anschließend kann unter Verwendung einer repräsentativen Ausbreitungsklassenstatistik oder Zeitreihe die absolute kumulative Häufigkeit der Überschreitung der voreingestellten Geruchsstoffkonzentration für im Beurteilungsgebiet gelegene Beurteilungsflächen ermittelt werden. Die Festlegung des Rechennetzes erfolgt bei der Wahl interner Gitter durch das Ausbreitungsmodell und ist beeinflusst von Höhe und Ausdehnung der Quellen. Empfohlen wird die Verwendung eines internen geschachtelten Rechennetzes.

Die Festlegung des Rechennetzes oder der Rechennetze durch Austal2000 erfolgt so, dass die Immissionskennwerte lokal ausreichend genau ermittelt werden können. Die Ergebnisse stellen Mittelwerte der Netzflächen dar. Da die Beurteilungsflächen nach GIRL von den von Austal2000 festgelegten Netzgrößen abweichen, ist für die Beurteilungsflächen nach GIRL aus den Flächenmittelwerten unter Berücksichtigung der Überlappung der Rasterflächen das gewichtete Mittel der Geruchsstundenhäufigkeit in einem gesonderten Rechenlauf zu ermitteln.

Das vorgenannte Ausbreitungsmodell prognostiziert auf dieser Grundlage unter Berücksichtigung standortrelevanter meteorologischer Daten die relative Überschreitungshäufigkeit in Jahresstunden für Beurteilungsflächen beliebiger Größe und Lage bis hin zu einzelnen Punkten im Umfeld einer geruchsemittierenden Anlage.

4.2 Datengrundlage für die Eingabeparameter in der Ausbreitungsrechnung

Für die Ausbreitungsberechnung werden i. d. R. tatsächlich mittels Messung festgestellte Geruchskonzentrationen herangezogen. Da die Ermittlung solcher Daten vor Ort einen sehr hohen Zeit- und Kostenaufwand erfordert und zudem von vielen Voraussetzungen abhängig ist, bedient man sich bereits bekannter Jahresmittelwerte der Geruchsstoffemissionen. Solche Jahresmittelwerte, die auch den Tages- und Jahresgang der Geruchsstoffemissionen enthalten, wurden u. a. von Oldenburg (1989) durch olfaktometrische Untersuchungen ermittelt und dokumentiert.

Weitere Quelldaten, auf die im Rahmen der Ausbreitungsberechnung zurückgegriffen wird, sind u. a. die Höhe der Abluftpunkte sowie produktionsbedingte Leerzeiten, in denen keine nennenswerten Emissionen freigesetzt werden.

Eine Berücksichtigung des Wärmestromes bzw. der Abgastemperatur erfolgt bei den vorliegenden Quellen nicht, da sie nach der TA Luft bzw. der VDI Richtlinie 3782 Blatt 3 als kalte Quellen aufzufassen sind. Eine mechanische oder thermische Überhöhung unterbleibt somit bei diesen Quellen.

Die Höhe der in der Ausbreitungsrechnung berücksichtigten Geruchsemissionen sowie die sonstigen emissionsrelevanten Daten sind in den Anhängen II bis IV enthalten (nur für den **behördeninternen Dienstgebrauch**).

Da bei den zu berücksichtigenden Stallanlagen und Silagen Zeiträume ohne Emissionen auftreten, ist es sinnvoll eine Zeitreihe zu verwenden. Ein entsprechender Datensatz in Form einer repräsentativen Windstatistik (akterm von 1/2001 bis 12/2001) der nächstgelegenen Wetterstation Oldenburg wurde von einem Wetterdienst bereitgestellt.

Die Gebäude der berücksichtigten Hofstellen sind als Hindernisse im Windfeld anzusehen. Der Einfluss der Gebäude wurde durch die Modulation der Quellen (Volumenquellen und vertikale Linienquellen) entsprechend berücksichtigt.

Die Parameterdateien mit den vollständigen Angaben der in der Ausbreitungsrechnung verwendeten Daten und Einstellungen sind in der Anlage V aufgeführt. Im Anhang I ist darüber hinaus das Verfahren beschrieben, mit dessen Hilfe emissionsseitig die Geruchsstoffkonzentration bestimmt wird.

4.3 Darstellung und Bewertung der Ergebnisse

Die Berechnung der Geruchsimmission soll nach der GIRL auf quadratischen Beurteilungsflächen erfolgen, deren Seitenlänge einheitlich 250 m beträgt. In Abweichung von diesem Standardmaß können geringere Rastergrößen – bis hin zu Punktbeurteilungen – gewählt werden, wenn sich die Geruchsimmissionen durch eine besonders inhomogene Verteilung innerhalb der immissionsschutzrechtlich relevanten Beurteilungsflächen auszeichnen. Dies ist häufig in landwirtschaftlich geprägten Bereichen anzutreffen.

Um vor diesem Hintergrund die Auflösungsgenauigkeit der Ausbreitungsrechnung bezüglich der zu erwartenden Geruchsstundenbelastung erhöhen zu können, wurde die Kantenlänge der Netzmasche im Beurteilungsgebiet in Abweichung von dem o. g. Standardmaß auf ein Raster der Größe 25 m x 25 m reduziert

In Tabelle 3 sind die Resultate der Ausbreitungsrechnungen für die Plan-Situation in Form der ermittelten Geruchsstundenhäufigkeiten für die betrachteten Plangebiete aufgeführt. Die Darstellungen der Ergebnisse in grafischer Form sind der Anlage Nr. III und IV zu entnehmen.

Tabelle 3: Darstellung der ermittelten Geruchsstundenhäufigkeiten

Immissionsbereich	Ermittelte belästigungsrelevante Geruchsstundenhäufigkeit (1GE m ³) in Prozent
Geltungsbereich der 43. Flächennutzungsplanänderung	0,1 bis 33,4
Geltungsbereich des Bebauungs- planes Nr. 59	0,1 bis 2,7

Die im Geltungsbereich des Bebauungsplanes Nr. 59 ermittelten Geruchsstundenhäufigkeiten liegen deutlich unterhalb der gemäß GIRL für ein Gewerbegebiet zulässigen Geruchsstundenbelastung von 15 % der Jahresstunden.

Diese Aussage gilt entsprechend für den weitaus überwiegenden Teil des Plangebietes der 43. Flächennutzungsplanänderung.

Lediglich in einem kleinräumigen, unmittelbar an die Hostelle Wemken angrenzenden Teilbereich wurde eine Geruchsstundenbelastung oberhalb von 15 % der Jahresstunden ermittelt. Dieser Bereich ist nicht bzw. nur eingeschränkt (z.B. Parkplatzflächen) als Gewerbegebiet nutzbar.

5 Zusammenfassung

Die Gemeinde Rastede beabsichtigt im Rahmen der 43. Flächennutzungsplan-änderung Gewerbeflächen auszuweisen. Parallel hierzu soll der Bebauungsplan Nr. 59 aufgestellt werden.

Die AG Immissionsschutz der Landwirtschaftskammer Niedersachsen wird von der Gemeinde Rastede beauftragt, eine immissionsschutzfachliche Beurteilung der zu erwartenden Geruchsimmissionssituation anzufertigen.

Die Ermittlung der Geruchsbelastung erfolgte nach den Grundsätzen der Geruchsimmissions-Richtlinie Niedersachsen (GIRL) in der novellierten Fassung, die am 23.07.2009 als gem. RdErl. d. MU, d. MS, d. ML u. d. MW verabschiedet wurde (veröffentlicht im Nds. Mbl. Nr. 36/2009).

Die Ausbreitungsrechnung führte zu dem Ergebnis, dass der gesamte Geltungsbereich des Bebauungsplanes Nr. 59 aus geruchsimmissionsfachlicher Sicht für die Festsetzung eines Gewerbegebietes geeignet ist.

Mit Ausnahme eines kleinräumigen, unmittelbar an die Hostelle Wemken angrenzenden Teilbereiches des Plangebietes der 43. Flächennutzungsplanänderung ist aus geruchsimmissionsfachlicher Sicht die uneingeschränkte Ausweisung von gewerblichen Bauflächen zulässig.

S. Kiehne
Fb. 3.12 – Arbeitsgebiet Immissionsschutz

Anlagen

6 Literatur

Anonym (2004): Fachgespräch zur Anwendung von Austal2000 – Geruch beim Landkreis Cloppenburg am 25.11.2004, Protokoll

Anonym (2005): Festlegung der Geruchsemissionsfaktoren im Landkreis Cloppenburg, Stand 7. März 2005. Zusammenstellung des Dezernats Umweltmeteorologie im GAA Hildesheim, schriftliche Mitteilung

Anonym (2006b): Leitfaden zur Erstellung von Immissionsprognosen mit Austal2000 in Genehmigungsverfahren nach TA Luft und der Geruchsimmissionsrichtlinie. Merkblatt 56. Landesumweltamt Nordrhein-Westfalen

Anonym (2006c): Handhabung der TA Luft bei Tierhaltungsanlagen – Ein Wegweiser für die Praxis. KTBL-Schrift 447. Kuratorium für Technik und Bauwesen in der Landwirtschaft e. V., Darmstadt

Baugesetzbuch (BauGB 2004): Baugesetzbuch in der Fassung der Bekanntmachung vom 23. September 2004 (BGBl. I S.2414), zuletzt geändert durch Artikel 4 des Gesetz vom 24. Dezember 2008 (BGBl. I S. 3018)

Bundes-Immissionsschutzgesetz (BImSchG): Gesetz zum Schutz vor schädlichen Umwelteinwirkungen durch Luftverunreinigungen, Geräusche, Erschütterungen und ähnliche Vorgänge. Bundes-Immissionsschutzgesetz in der Fassung der Bekanntmachung vom 26. September 2002 (BGBl. I S. 3830), zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 23. Oktober 2007 (BGBl. I S. 2470)

Deutsches Institut Für Normung e.V. (1992): DIN 18910 - Wärmeschutz geschlossener Ställe. Wärmedämmung und Lüftung - Planungs- und Berechnungsgrundlagen. Beuth Verlag GmbH, Berlin.

GIRL (2009): Feststellung und Beurteilung von Geruchsimmissionen (Geruchsimmissions-Richtlinie – GIRL) in der Fassung der LAI vom 29.02.2008 mit einer Ergänzung vom 10.09.2008; Gem. RdErl. d. MU, d. MFAS, d. ML und d. MW

vom 23.07.2009 veröffentlicht am 09.09.2009 (Nds. MBl. Nr. 36/2009, S. 794)
– VORIS 28500 –

Oldenburg, J. (1989): Geruchs- und Ammoniakemissionen aus der Tierhaltung. KTBL-Schrift 333, Darmstadt.

VDI-Richtlinie 3473, Blatt 1 (Entwurf, 1994): Emissionsminderung Tierhaltung - Rinder; Geruchsstoffe. VDI-Handbuch Reinhaltung der Luft, Band 3; VDI-Handbuch Landtechnik; VDI-Verlag, Düsseldorf.

VDI-Richtlinie 3782, Blatt 4 (Entwurf, 1991): Umweltmeteorologie - Ausbreitung von Geruchsstoffen in der Atmosphäre. VDI-Handbuch Reinhaltung der Luft, Band 1, VDI-Verlag, Düsseldorf.

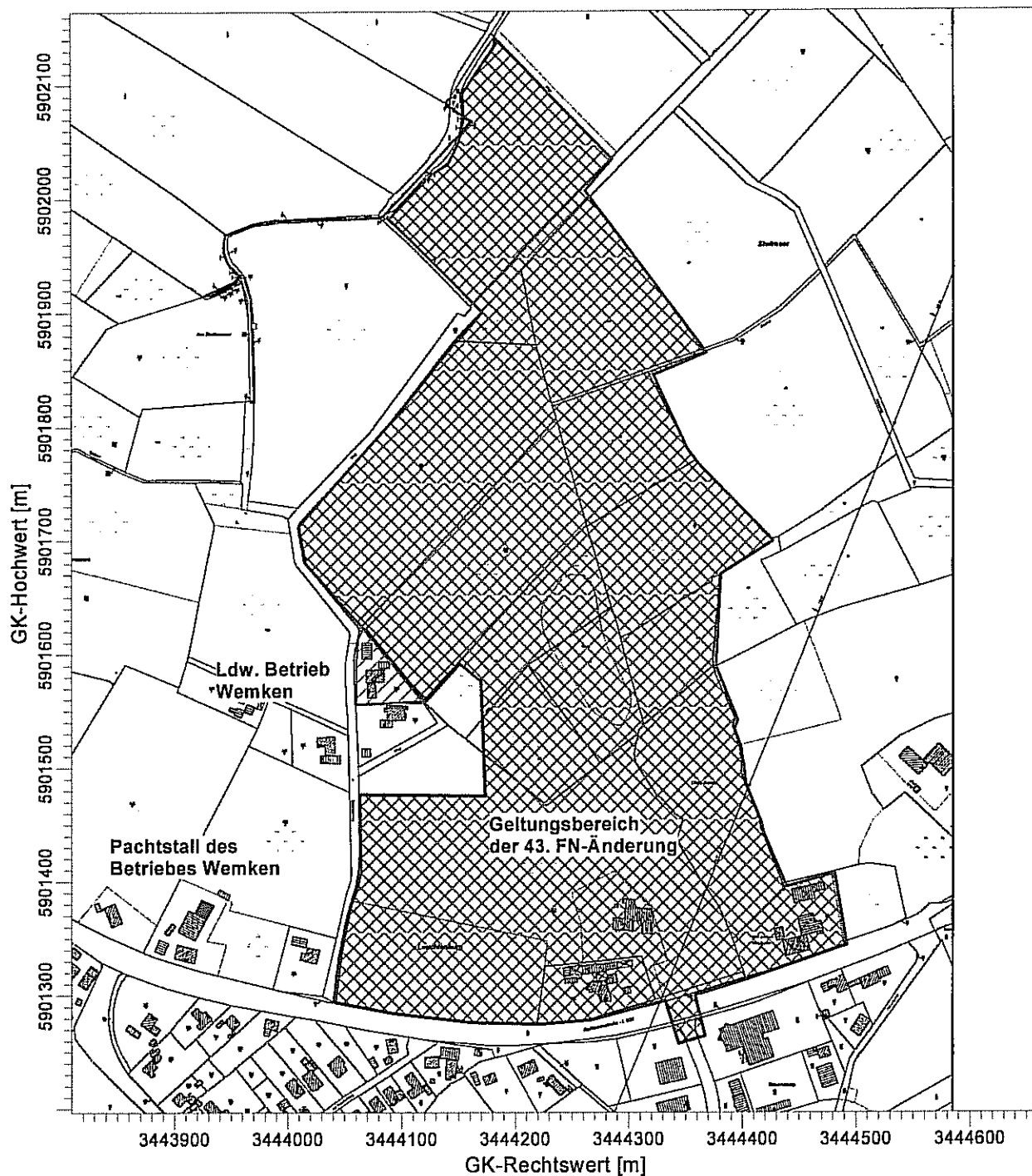
VDI-Richtlinie 3940 (1993): Bestimmung der Geruchsstoffimmission durch Begehungen. VDI-Handbuch Reinhaltung der Luft, Band 1, VDI-Verlag, Düsseldorf. Verwaltungsvorschrift zur Feststellung und Beurteilung von Geruchsimmissionen Gem. RdErl. d. MU, d. MFAS, d. ML und d. MW vom 30.05.2006 – 33-40500/201.2 – vom 30. Mai 2006 8(Nds. MBl. S. 657) – VORIS 28500 –

Vierte Verordnung zur Durchführung des Bundes-Immissionsschutzgesetzes (Verordnung über genehmigungsbedürftige Anlagen – 4. BImSchV) in der Fassung der Bekanntmachung vom 14. März 1997, zuletzt geändert durch Artikel 6 des Gesetzes vom 23. Oktober 2007 (BGBl. I Seite 2470 vom 29. Oktober 2007).

PROJEKT-TITEL:

Bauleitplanung der Gemeinde Rastede

Geltungsbereich der 43. Flächennutzungsplanänderung und Lage der berücksichtigten Tierhaltungsanlagen



BEMERKUNGEN:

Anlage I

FIRMENNAME:

Landwirtschaftskammer Niedersachsen

BEARBEITER:

Kiehne

MAßSTAB:

1:5.500

0 0,1 km

**Landwirtschaftskammer
Niedersachsen**

DATUM:

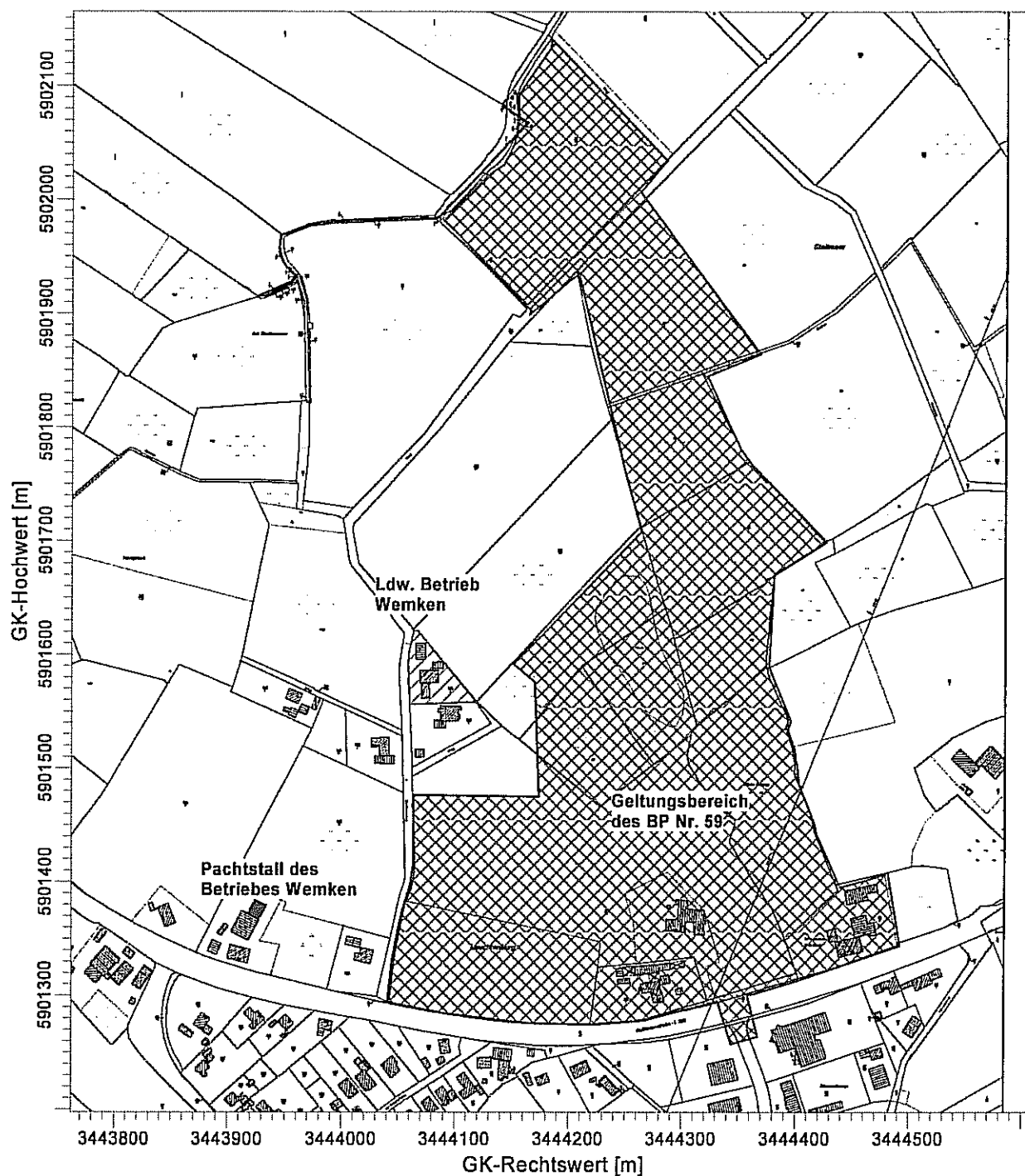
10.12.2009

PROJEKT-NR.:

PROJEKT-TITEL:

Bauleitplanung der Gemeinde Rastede

Geltungsbereich des BP Nr. 59 und Lage der berücksichtigten Tierhaltungsanlagen



BEMERKUNGEN:

Anlage II

FIRMENNAME:

Landwirtschaftskammer Niedersachsen

BEARBEITER:

Kiehne

MAßSTAB:

1:5.500

0 0,1 km

DATUM:

10.12.2009

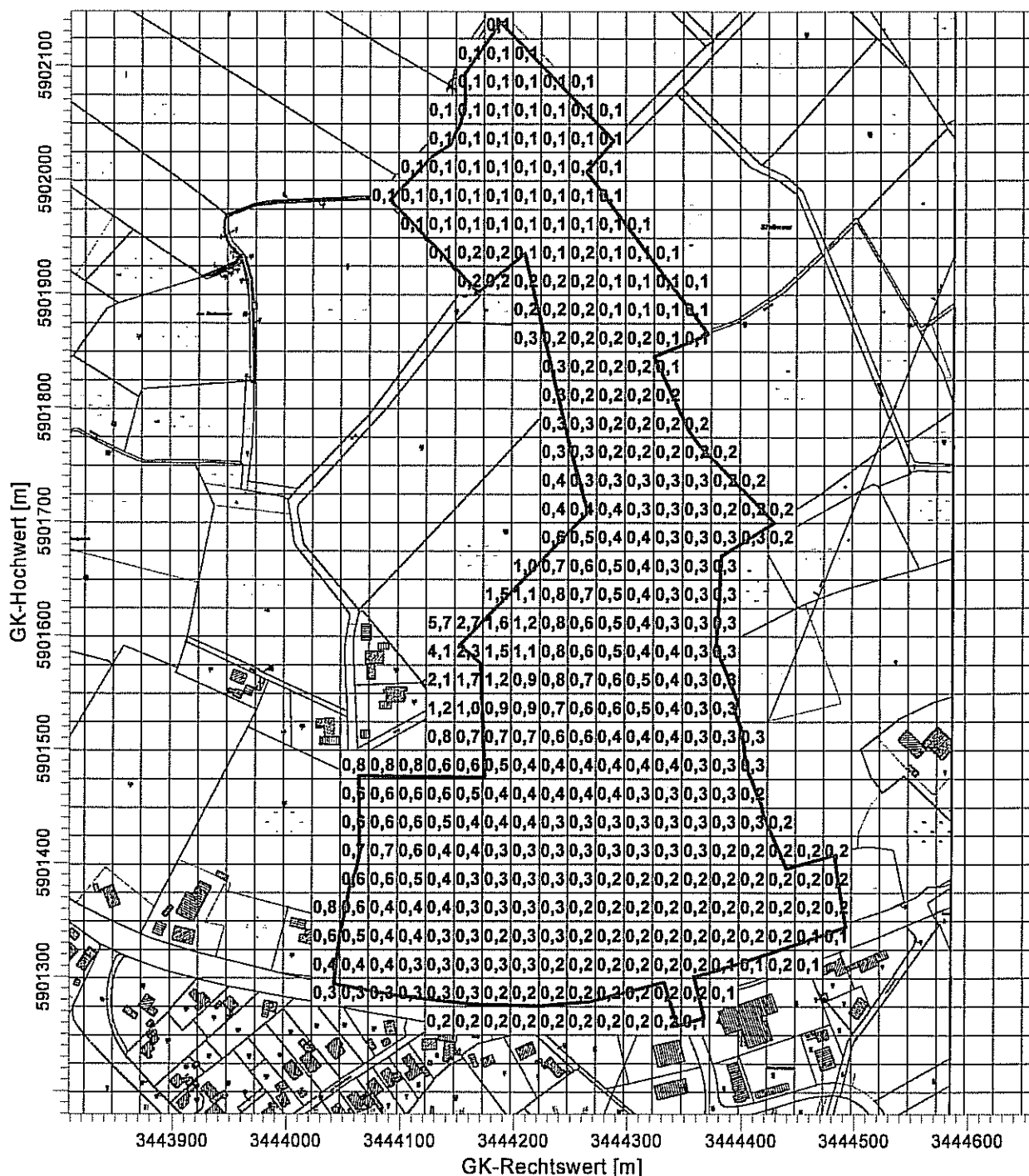
Landwirtschaftskammer
Niedersachsen

PROJEKT-NR.:

PROJEKT-TITEL:

Bauleitplanung der Gemeinde Rastede

Geruchstundenhäufigkeit im Geltungsbereich des BP Nr. 59



BEMERKUNGEN:

Anlage III

STOFF:

ODOR_MOD

FIRMENNAME:

Landwirtschaftskammer Niedersachsen

MAX:

5,7

EINHEITEN:

BEARBEITER:

Kiehne

QUELLEN:

8

MAßSTAB:

1:5.500

0 0,1 km

AUSGABE-TYP:

ODOR_MOD

DATUM:

10.12.2009

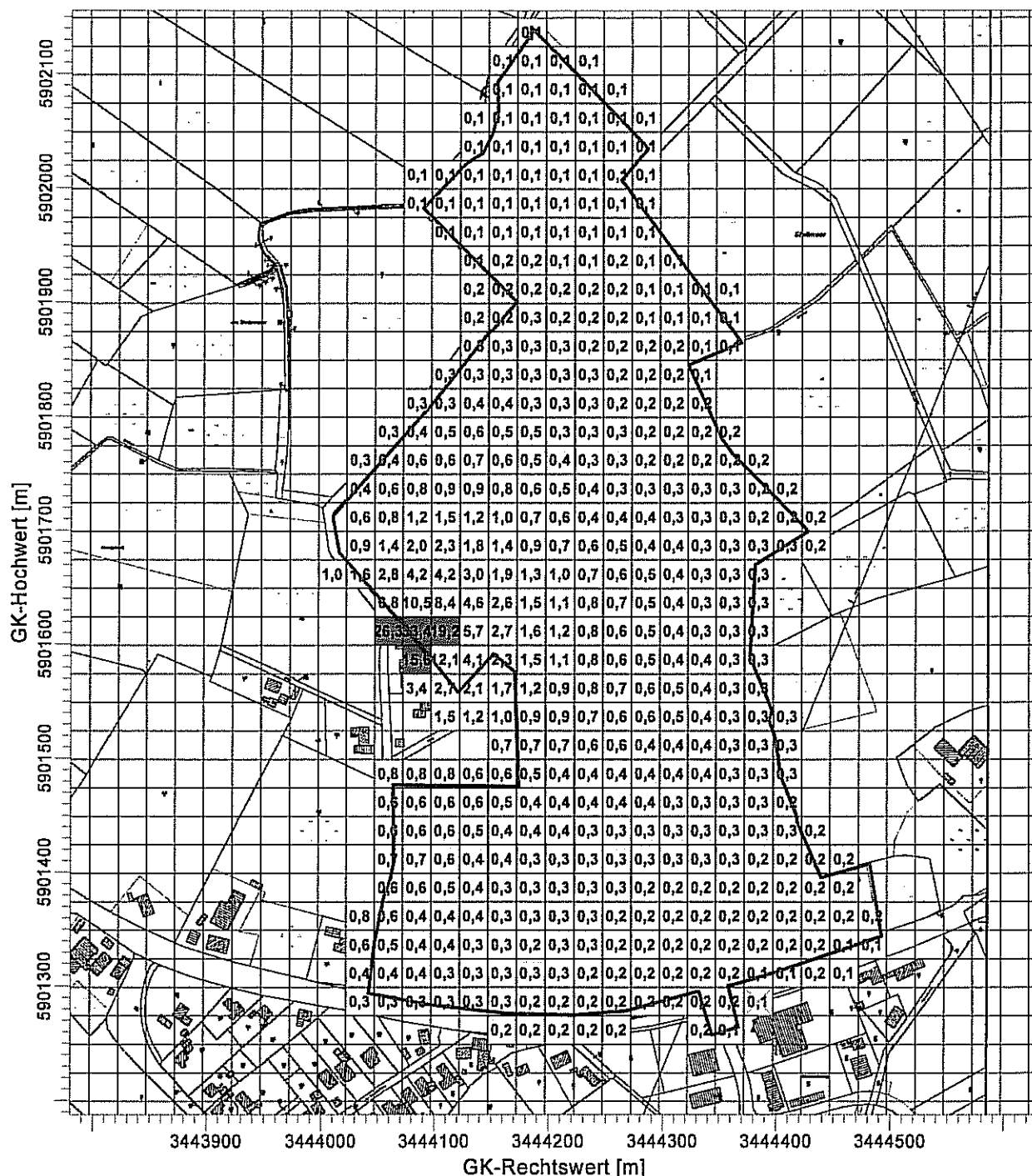
PROJEKT-NR.:

Landwirtschaftskammer
Niedersachsen

PROJEKT-TITEL:

Bauleitplanung der Gemeinde Rastede

Geruchsstundenhäufigkeit im Geltungsbereich der 43. Flächennutzungsplanänderung



BEMERKUNGEN:

Anlage IV

STOFF:

ODOR_MOD

FIRMENNAME:

Landwirtschaftskammer Niedersachsen

MAX:

33,4

EINHEITEN:

BEARBEITER:

Kiehne

QUELLEN:

8

MAßSTAB:

1:5.500

0 0,1 km

AUSGABE-TYP:

ODOR_MOD

DATUM:

10.12.2009

PROJEKT-NR.:

**Landwirtschaftskammer
Niedersachsen**

2009-12-10 08:38:58

TalServer:D:/Austalerggebnisse/BP59Rastede/

Ausbreitungsmodell AUSTAL2000, Version 2.4.4-WI-x
 Copyright (c) Umweltbundesamt, Berlin, 2002-2008
 Copyright (c) Ing.-Büro Janicke, Dunum, 1989-2008

Arbeitsverzeichnis: D:/Austalerggebnisse/BP59Rastede

Erstellungsdatum des Programms: 2008-11-03 11:42:36

Das Programm läuft auf dem Rechner "LWK107277".

===== Beginn der Eingabe

=====

```

> ti "BP59Rastede"                'Projekt-Titel
> gx 3444300.00                    'x-Koordinate des
Bezugspunktes
> gy 5901800.00                    'y-Koordinate des
Bezugspunktes
> z0 0.05                          'Rauhigkeitslänge
> qs 1                             'Qualitätsstufe
> az "D:\Austalerggebnisse\AKTermDateien\Oldenburg.akterm" 'AKT-Datei
> os +NESTING
> xq -227.96      -227.96      -227.96      -227.96      -234.46      -
212.68      -197.06      -373.34
> yq -201.32      -201.32      -201.32      -201.32      -186.49      -
180.90      -199.07      -424.67
> hq 0.00         0.00         0.00         0.00         0.00         0.00
0.00         0.00
> aq 0.00         0.00         0.00         0.00         0.00         3.00
0.00         0.00
> bq 0.00         0.00         0.00         0.00         0.00         3.00
6.00         0.00
> cq 6.00         6.00         6.00         6.00         1.00         1.50
1.50         6.00
> wq 0.00         0.00         0.00         0.00         0.00         0.00
132.36      132.36      0.00
> vq 0.00         0.00         0.00         0.00         0.00         0.00
0.00         0.00
> dq 0.00         0.00         0.00         0.00         0.00         0.00
0.00         0.00
> qq 0.000        0.000        0.000        0.000        0.000        0.000
0.000        0.000        0.000
> sq 0.00         0.00         0.00         0.00         0.00         0.00
0.00         0.00
> lq 0.00000      0.00000      0.00000      0.00000      0.00000
0.00000      0.00000      0.00000
> rq 0.00         0.00         0.00         0.00         0.00         0.00
0.00         0.00
> tq 0.00         0.00         0.00         0.00         0.00         0.00
0.00         0.00
> odor_050 ?      ?      ?      ?      ?
?      ?      ?

```

===== Ende der Eingabe

=====

Die Höhe hq der Quelle 1 beträgt weniger als 10 m.
 Die Höhe hq der Quelle 2 beträgt weniger als 10 m.
 Die Höhe hq der Quelle 3 beträgt weniger als 10 m.
 Die Höhe hq der Quelle 4 beträgt weniger als 10 m.
 Die Höhe hq der Quelle 5 beträgt weniger als 10 m.
 Die Höhe hq der Quelle 6 beträgt weniger als 10 m.
 Die Höhe hq der Quelle 7 beträgt weniger als 10 m.
 Die Höhe hq der Quelle 8 beträgt weniger als 10 m.
 Festlegung des Rechnernetzes:
 dd 16 32 64


```
x0    -736   -1088   -1408
nx      56      50      36
y0    -800   -1152   -1536
ny      62      54      38
nz      19      19      19
```

Die Zeitreihen-Datei

"D:/Austalerggebnisse/BP59Rastede/zeitreihe.dmna" wird verwendet.
Es wird die Anemometerhöhe ha=3.9 m verwendet.
Die Angabe "az D:\Austalerggebnisse\AKTermDateien\Oldenburg.akterm"
wird ignoriert.

=====

TMT: Auswertung der Ausbreitungsrechnung für "odor"
TMT: 365 Tagesmittel (davon ungültig: 0)
TMT: Datei "D:/Austalerggebnisse/BP59Rastede/odor-j00z01"
ausgeschrieben.
TMT: Datei "D:/Austalerggebnisse/BP59Rastede/odor-j00s01"
ausgeschrieben.
TMT: Datei "D:/Austalerggebnisse/BP59Rastede/odor-j00z02"
ausgeschrieben.
TMT: Datei "D:/Austalerggebnisse/BP59Rastede/odor-j00s02"
ausgeschrieben.
TMT: Datei "D:/Austalerggebnisse/BP59Rastede/odor-j00z03"
ausgeschrieben.
TMT: Datei "D:/Austalerggebnisse/BP59Rastede/odor-j00s03"
ausgeschrieben.
TMT: Auswertung der Ausbreitungsrechnung für "odor_050"
TMT: 365 Tagesmittel (davon ungültig: 0)
TMT: Datei "D:/Austalerggebnisse/BP59Rastede/odor_050-j00z01"
ausgeschrieben.
TMT: Datei "D:/Austalerggebnisse/BP59Rastede/odor_050-j00s01"
ausgeschrieben.
TMT: Datei "D:/Austalerggebnisse/BP59Rastede/odor_050-j00z02"
ausgeschrieben.
TMT: Datei "D:/Austalerggebnisse/BP59Rastede/odor_050-j00s02"
ausgeschrieben.
TMT: Datei "D:/Austalerggebnisse/BP59Rastede/odor_050-j00z03"
ausgeschrieben.
TMT: Datei "D:/Austalerggebnisse/BP59Rastede/odor_050-j00s03"
ausgeschrieben.
TMT: Dateien erstellt von TALWRK_2.4.3.

=====

Auswertung der Ergebnisse:

=====

DEP: Jahresmittel der Deposition
J00: Jahresmittel der Konzentration/Geruchsstundenhäufigkeit
Tnn: Höchstes Tagesmittel der Konzentration mit nn
Überschreitungen
Snn: Höchstes Stundenmittel der Konzentration mit nn
Überschreitungen

WARNUNG: Eine oder mehrere Quellen sind niedriger als 10 m.
Die im folgenden ausgewiesenen Maximalwerte sind daher
möglicherweise nicht relevant für eine Beurteilung!

=====

Maximalwert der Geruchsstundenhäufigkeit bei z=1.5 m

```
=====
ODOR      J00 :  89.4 %      (+/- 0.06 ) bei x= -232 m, y= -184 m (1:
32, 39)
ODOR_050 J00 :  89.4 %      (+/- 0.06 ) bei x= -232 m, y= -184 m (1:
32, 39)
ODOR_MOD J00 :  44.7 %      (+/- ?   ) bei x= -232 m, y= -184 m (1:
32, 39)
=====
=====
```

2009-12-10 11:47:07 AUSTAL2000 beendet.

Anhang I

Olfaktometrie

Messungen zur Bestimmung von Geruchsstoffkonzentrationen erfolgen gemäß der GIRL nach den Vorschriften und Maßgaben der DIN EN 13725 vom Juli 2003. Bei der Olfaktometrie handelt es sich um eine kontrollierte Darbietung von Geruchsträgern und die Erfassung der dadurch beim Menschen hervorgerufenen Sinnesempfindungen. Sie dient einerseits der Bestimmung des menschlichen Geruchsvermögens andererseits der Bestimmung unbekannter Geruchskonzentration.

Die Durchführung von Messungen zur Bestimmung von Geruchskonzentrationen beginnt mit der Probenahme und Erfassung der Randbedingung. Während der Probenahme wird die Luftfeuchte und Außentemperatur mit Hilfe eines Thermo Hygrographen (Nr. 252, Firma Lambrecht, Göttingen) aufgezeichnet. Windgeschwindigkeit und -richtung werden, sofern von Relevanz, mit einem mechanischen Windschreiber nach Wölfe (Nr. 1482, der Firma Lambrecht, Göttingen) an einem repräsentativen Ort in Nähe des untersuchten Emittenten erfasst. Die Abgas- oder Ablufttemperatur wird mit einem Thermo-Anemometer (L. Nr. 3025-700803 der Firma Thies-wallec) ermittelt oder aus anlagenseitigen Messeinrichtungen abgegriffen.

Der Betriebszustand der emittierenden Anlage/Quelle wird dokumentiert. Die Ermittlung des Abgas-/Abluftvolumenstromes wird mit Hilfe eines über die Zeit integrierend messenden Flügelradanemometers DVA 30 VT (Nr. 41338 der Firma Airflow, Rheinbach) oder aus Angaben über die anlagenseitig eingesetzte Technik durchgeführt.

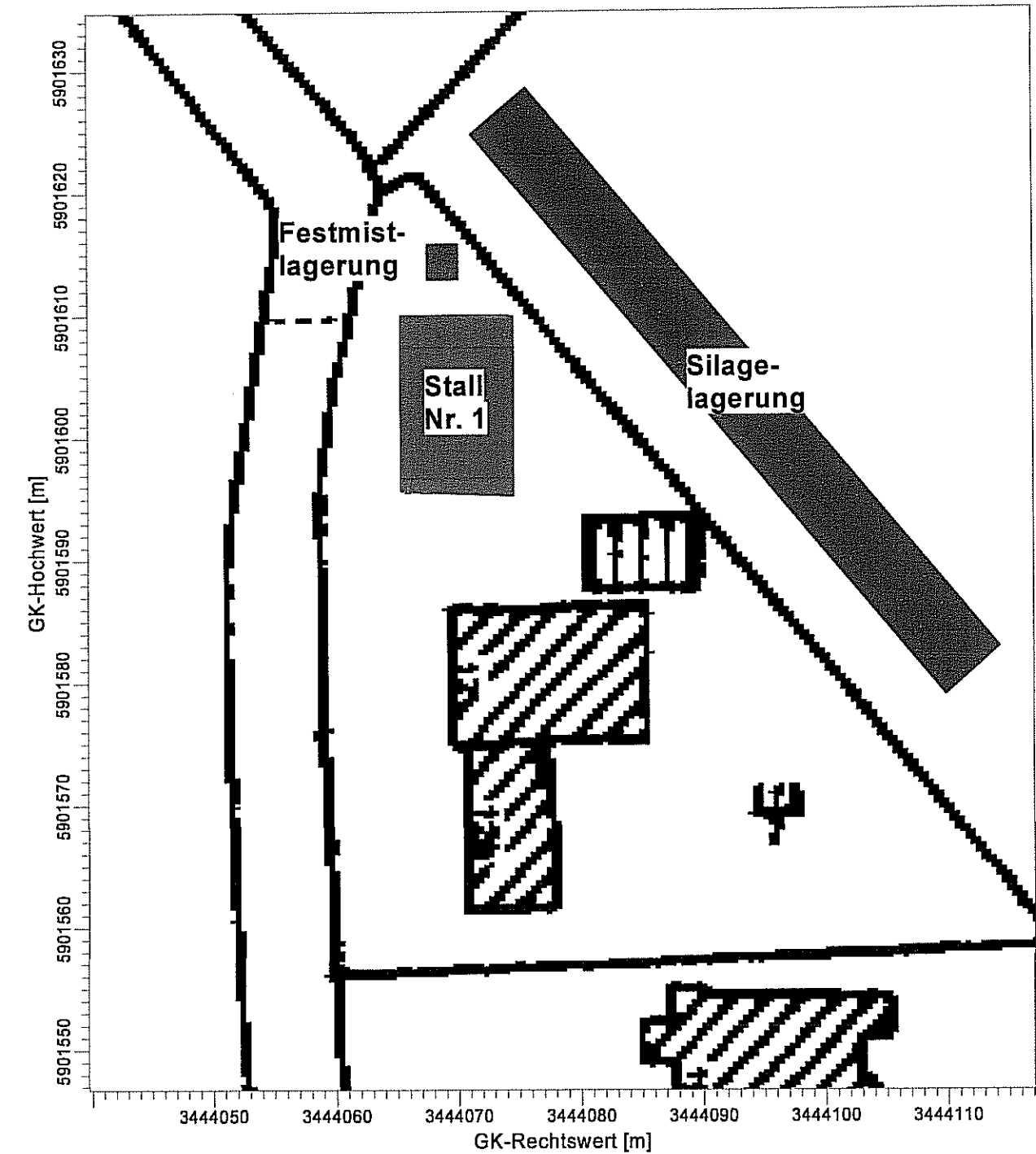
Die Geruchsprobenahme erfolgt auf statische Weise mit dem Probenahmegerät nach Mannebeck mittels Unterdruckabsaugung in PET-Beuteln (Melitta® -Bratschlauch). Hierbei handelt es sich um geruchsneutrale und annähernd diffusionsdichte Probenbeutel. Als Ansaugleitungen für das Probennahmegerät dienen Teflonschläuche. Je Betriebszustand und Emissionsquelle werden mindestens 3 Proben genommen.

Die an der Emissionsquelle gewonnenen Proben werden noch am gleichen Tag im Geruchslabor der LUFA Nord-West mit Hilfe eines Olfaktometers (Mannebeck TO6-H4P) mit Verdünnung nach dem Gasstrahlprinzip analysiert.

Der Probandenpool (ca. 15 Personen) setzt sich aus Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der LUFA zusammen, die sich regelmäßig hinsichtlich ihres Geruchsempfindens Probandeneignungstests unterziehen, um zu kontrollieren, ob ihr Geruchssinn als „normal“ einzustufen ist. Nur solche Probanden, die innerhalb der einzuhaltenden Grenzen liegen, die für n-Butanol und H_2S genannt sind, nehmen an der olfaktometrischen Analyse teil. Die Ergebnisse der Eignungstests werden in einer Karte dokumentiert.

Die Analyse erfolgt nach dem sogenannten Limitverfahren. Zunächst wird den Probanden synthetische Luft dargeboten, um dann ausgehend von einem für die Probanden unbekannten Zeitpunkt Riechproben mit sukzessiv zunehmender Konzentrationsstufe darzubieten. Der jeweilige Proband teilt per Knopfdruck dem im Olfaktometer integrierten Computer mit, wenn er eine geruchliche Veränderung gegenüber der Vergleichsluft wahrnimmt oder nicht (Ja-Nein-Methode). Nach zwei positiv aufeinander folgenden Antworten wird die Messreihe des jeweiligen Probanden abgebrochen. Für jede durchgeführte Messreihe wird der Umschlagpunkt (Z_U) aus dem geometrischen Mittel der Verdünnung der letzten negativen und der beiden ersten positiven Antworten bestimmt. Die Probanden führen von der Geruchsprobe jeweils mindestens drei Messreihen durch. Aus den Logarithmen der Umschlagpunkte wird der arithmetische Mittelwert (M) und seine Standardabweichung (S) gebildet. Der Mittelwert als Potenz von 10 ergibt den \check{Z} oder $Z_{(50)}$ – Wert, der die Geruchsstoffkonzentration angibt.

PROJEKT-TITEL:
Bauleitplanung der Gemeinde Rastede
Lageplan der Hofstelle Wemken



BEMERKUNGEN:

Anhang III

FIRMENNAME:

Landwirtschaftskammer Niedersachsen

BEARBEITER:

Kiehne

MAßSTAB:

1:500

0 0,01 km

DATUM:

10.12.2009

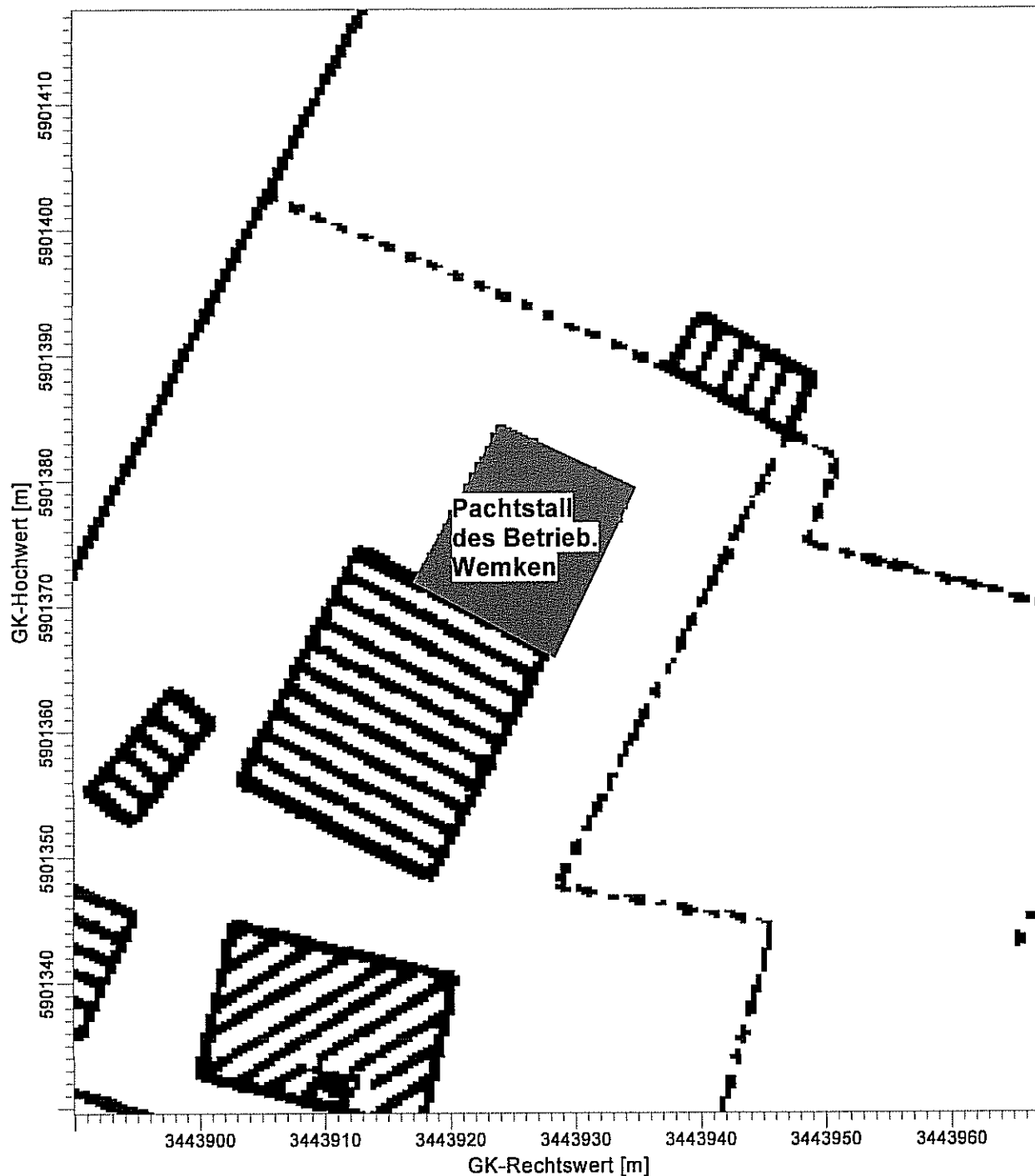
Landwirtschaftskammer
Niedersachsen

PROJEKT-NR.:

PROJEKT-TITEL:

Bauleitplanung der Gemeinde Rastede

Lageplan des vom Betrieb Wemken gepachteten Stallgebäudes



BEMERKUNGEN:

Anhang IV

FIRMENNAME:

Landwirtschaftskammer Niedersachsen

BEARBEITER:

Kiehne

MAßSTAB:

1:500

0 0,01 km

DATUM:

10.12.2009

**Landwirtschaftskammer
Niedersachsen**

PROJEKT-NR.:

B e s c h l u s s v o r l a g e

Vorlage-Nr.: 2010/011

freigegeben am 25.01.2010

GB 3

Sachbearbeiter/in: Herr Jörg-Hendrik Kunze

Datum: 19.01.2010

Bebauungsplan Nr. 59 - Gewerbegebiet Leuchtenburg III

Beratungsfolge:

<u>Status</u>	<u>Datum</u>	<u>Gremium</u>
Ö	16.02.2010	Ausschuss für Bau, Planung, Umwelt und Straßen
N	02.03.2010	Verwaltungsausschuss
Ö	02.03.2010	Rat

Beschlussvorschlag:

1. Die im Rahmen der öffentlichen Auslegung gemäß § 3 Abs. 2 Baugesetzbuch (BauGB) sowie der Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gemäß § 4 Abs. 2 BauGB eingegangenen Stellungnahmen werden auf Grundlage dieser Beschlussvorlage sowie der Sitzung des Ausschusses für Bau, Planung, Umwelt und Straßen vom 16.02.2010 berücksichtigt.
2. Die bisherige Beschlussfassung und Abwägung wird bestätigt.
3. Die Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. 59 – Gewerbegebiet Leuchtenburg nebst Begründung und Umweltbericht wird gemäß § 1 Abs. 3 Baugesetzbuch (BauGB) als Satzung beschlossen.

Sach- und Rechtslage:

Der Verwaltungsausschuss hatte in seiner Sitzung am 14.12.2009 die öffentliche Auslegung und Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange beschlossen (s. Vorlage 2009/184). Diese fand in der Zeit vom 28.12. bis 27.01.2010 statt. Parallel hierzu wurde die Auslegung der 43. Flächennutzungsplanänderung zum Gewerbegebiet Leuchtenburg durchgeführt.

Die Ergebnisse der Auslegung und der dazu erarbeitete Abwägungsvorschlag können der Anlage 3 entnommen werden.

Im Rahmen der Behördenbeteiligung gab es keine wesentlichen Stellungnahmen.

Seitens der Öffentlichkeit gab es Stellungnahmen durch Herrn Cordsen und den NABU.

Nähere Erläuterungen werden hierzu in der Sitzung des Ausschusses für Bau, Planung, Umwelt und Straßen durch das Planungsbüro Diekmann und Mosebach gegeben.

Übersicht über den Verfahrensstand:

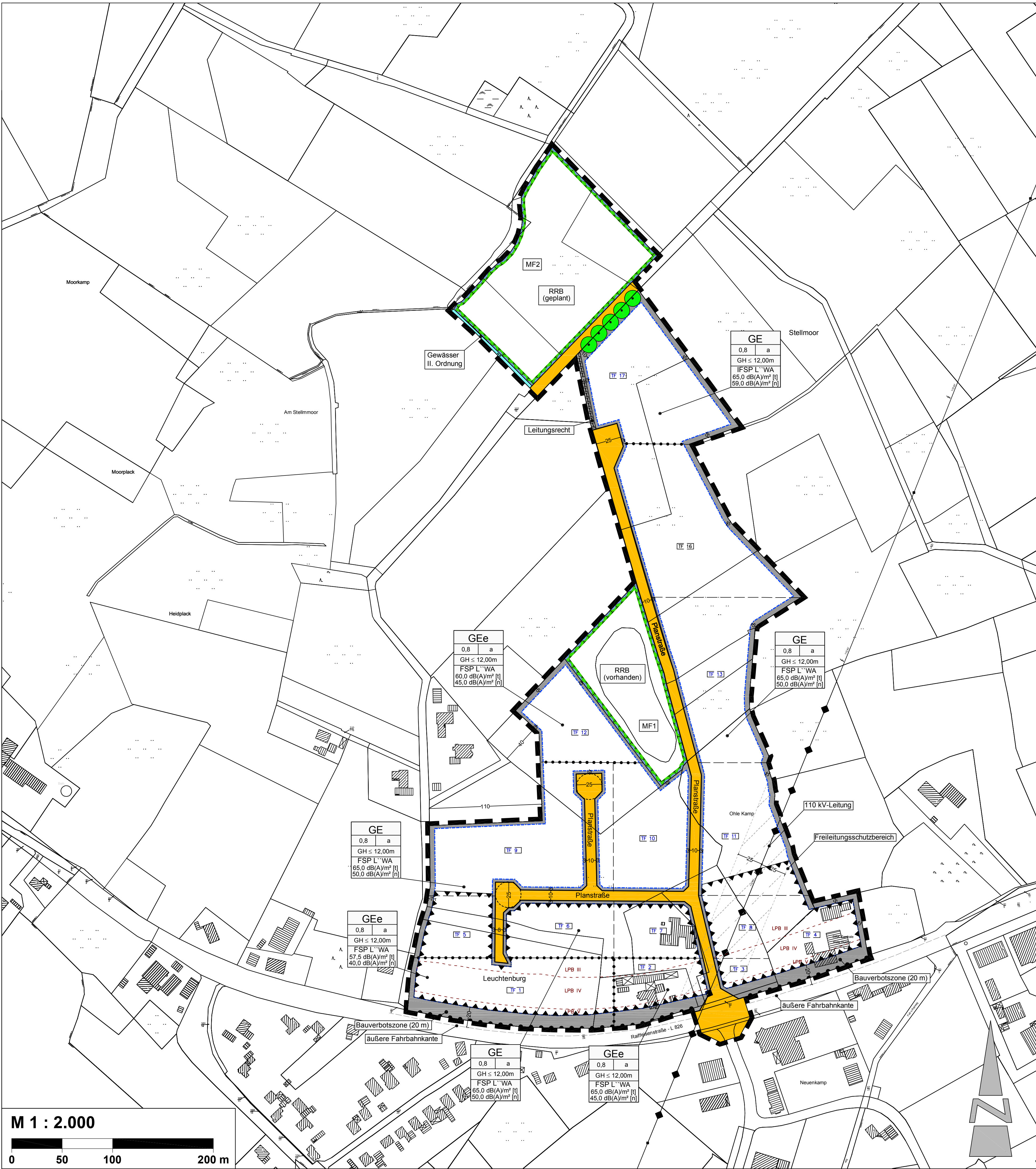
Grundsatzbeschluss/ Aufstellungsbeschluss	Frühzeitige Öffentlichkeits-/ Be- hördenbeteiligung	Öffentliche Aus- legung/ Behörden- beteiligung	Satzungsbeschluss
BauPlUmStA 31.08.09/ VA 08.09.09	18.09.09-19.10.09	28.12.09-27.01.2010	Rat 02.03.2010

Finanzielle Auswirkungen:

Haushaltsmittel stehen zur Verfügung.

Anlagen:

1. Planzeichnung
2. Begründung
3. Abwägungsvorschlag
4. Landschaftsökologischer Fachbeitrag
5. Pläne zum Landschaftsökologischen Fachbeitrag
6. Schallgutachten
7. Verkehrstechnische Untersuchung



TEXTLICHE FESTSETZUNGEN

1. Innerhalb der festgesetzten Gewerbegebiete (GE) gem. § 8 BauNVO sind Einzelhandelsbetriebe als Gewerbebetriebe aller Art gem. § 8 (2) Nr. 1 BauNVO der im Folgenden aufgeführten, zentren- und nahversorgungsrelevanten Branchen ("Rasteder Liste") gem. § 1 (5) i. V. m. § 1 (9) BauNVO nicht Bestandteil des Bebauungsplanes. Innerhalb der Einzelhandelsbetriebe ist ein zentren- und nahversorgungsrelevantes Randsortiment auf max. 10 % der Gesamtverkaufsfläche zulässig.

Zentrenrelevante Branchen

- Bekleidung,
- Schuhe,
- Lederwaren,
- Sportartikel,
- Bücher,
- Schreibwaren,
- Spielwaren,
- Musikinstrumente,
- Hausrat, Glas, Porzellan, Keramik,
- Geschenkartikel,
- Foto, Film,
- Optik,
- Uhren und Schmuck,
- Heimtextilien, Kurzwaren,
- Unterhaltungselektronik (TV, HiFi, CD)/Neue Medien.

Nahversorgungsrelevante Branchen

- Lebensmittel,
- Reformwaren,
- Drogerieartikel,
- Parfümerieartikel,
- Schnittblumen,
- Zeitschriften.

2. Innerhalb der festgesetzten Gewerbegebiete (GE) gem. § 8 BauNVO sind die ausnahmsweise zugelassenen Vergnügungsstätten gem. § 8 (3) Nr. 3 BauNVO gem. § 1 (6) Nr. 1 BauNVO nicht Bestandteil des Bebauungsplanes .

3. Innerhalb der Gewerbegebiete (GE) sowie der Gewerbegebiete mit Nutzungseinschränkungen (GEe) gem. § 8 BauNVO sind nur solche Betriebe und Anlagen zulässig, deren Schallemissionen je Quadratmeter Grundstücksfläche die in der Planzeichnung den jeweiligen Flächen zugeordneten flächenbezogenen Schallleistungspegel (FSP) in dB(A)/m² (Tag- und Nachtwert) nicht überschreiten.

Schallpegelminderungen, die bei konkreten Einzelvorhaben durch Abschirmmaßnahmen geplant werden, können in der Höhe des Schirmwertes in Bezug auf die relevanten Immissionsorte dem Wert des flächenbezogenen Schallleistungspegels zugerechnet werden. Für konkrete Gewerbeansiedlungen oder Veränderungen sind für die zu besiedelnden Teilflächen Einzelnachweise zu führen.

Die Anforderung gilt gemäß Lärmgutachten als erfüllt, wenn der Schallleistungspegel (L_{WA}) der Anlage des Betriebes den dem Anlagen-/ Betriebsgrundstück entsprechenden zulässigen Schallleistungspegel (L_{WA,zul}) nicht überschreitet. Der Nachweis über die Einhaltung des FSP ersetzt nicht die Beurteilung nach den Maßgaben der TA Lärm. Dabei ist: L_{WA,zul} = FSP + 10lg (F/F₀).

- L_{WA,zul} = zulässiger Schallleistungspegel in dB(A)
- FSP = Flächenbezogener Schallleistungspegel in dB(A)/m²
- F = Fläche des Anlagen-/Betriebsgrundstücks in m²
- F₀ = Bezugsfläche von 1 m²

4. Innerhalb der festgesetzten Flächen für Vorkehrungen zum Schutz vor schädlichen Umwelteinwirkungen i. S. des Bundes-Immissionsschutzgesetzes gem. § 9 (1) Nr. 24 BauGB sind innerhalb der gekennzeichneten Lärmpegelbereiche III, IV und V bei der Errichtung oder baugenehmigungspflichtigen Änderung von Gebäuden, die dem gem. § 8 (3) Nr. 1 BauNVO ausnahmsweise zulässigen Betriebsleiterwohnen oder dem dauernden Aufenthalt von Menschen dienen, die Mindestanforderungen an die Luftschalldämmung von den nach außen abschließenden Bauteilen von Aufenthaltsräumen der DIN 4109, Tabelle 8 einzuhalten.

5. Innerhalb des Geltungsbereiches des Bebauungsplanes gelten für bauliche Anlagen folgende Höhenbezugspunkte (§ 18 (1) BauNVO):

- Oberer Bezugspunkt: Gebäudeoberkante
- Unterer Bezugspunkt: Straßenoberkante (Fahrbahnmitte) der nächstgelegenen öffentlichen Erschließungsstraße

Die festgesetzte, maximal zulässige Gebäudehöhe gilt nicht für untergeordnete Bauteile i. S. des Landesrechts sowie für technische Anlagen des Emissionsschutzes.

6. In der gem. § 22 (4) BauNVO festgesetzten abweichenden Bauweise (a) sind Gebäude zulässig wie in der offenen Bauweise, jedoch ohne Längenbegrenzung. Die Grenzabstände regeln sich nach der Niedersächsischen Bauordnung (NBauO).

7. Innerhalb der straßenseitigen, nicht überbaubaren Grundstücksfläche gem. § 23 BauNVO entlang der Raiffeisenstraße (L 826) sind Garagen und überdachte Stellplätze gem. § 12 BauNVO sowie Nebenanlagen in Form von Gebäuden gem. § 14 BauNVO nicht zulässig.

8. Innerhalb der mit MF1 bezeichneten, gem. § 9 (1) Nr. 20 BauGb festgesetzten Flächen zum Schutz, zur Pflege und zur Entwicklung von Boden, Natur und Landschaft sind das vorhandene Regenrückhaltebecken (RRB) und die umliegenden Flächen naturnah zu entwickeln bzw. zu erhalten.

9. Innerhalb der mit MF2 bezeichneten, gem. § 9 (1) Nr. 20 BauGb festgesetzten Flächen zum Schutz, zur Pflege und zur Entwicklung von Boden, Natur und Landschaft ist das geplante Regenrückhaltebecken (RRB) naturnah herzustellen, die umliegenden Flächen sind als Extensivwiese zu entwickeln. Die vorhandenen Gehölze am Stellmoorweg sind hierbei zu erhalten.

10. Die innerhalb des Geltungsbereiches festgesetzten Einzelgehölze sind gem. § 9 (1) Nr. 25b BauGB zu schützen und auf Dauer zu erhalten. Abgänge sind adäquat zu ersetzen.

NACHRICHTLICHE HINWEISE

1. Sollten bei den geplanten Bau- und Erdarbeiten ur- oder frühgeschichtliche Bodenfunde (das können u. a. sein: Tongefäßscherben, Holzkohleansammlungen, Schlacken sowie auffällige Bodenverfärbungen u. Steinkonzentrationen, auch geringe Spuren solcher Funde) gemacht werden, sind dieses gem. § 14 (1) des Nds. Denkmalschutzgesetzes (NDSchG) meldepflichtig und müssen der unteren Denkmalschutzbehörde des Landkreises sowie dem Niedersächsischen Landesamt für Denkmalpflege-Referat Archäologie-Stützpunkt Oldenburg, Offener Straße 15 26121 Oldenburg unverzüglich gemeldet werden. Meldepflichtig sind der Finder, der Leiter der Arbeiten oder der Unternehmer. Bodenfunde und Fundstellen sind nach § 14 (2) des NDSchG bis zum Ablauf von 4 Werktagen nach der Anzeige unverändert zu lassen, bzw. für ihren Schutz ist Sorge zu tragen, wenn nicht die Denkmalschutzbehörde vorher die Fortsetzung der Arbeit gestattet.
3. Sollten bei den geplanten Bau- und Erdarbeiten Hinweise auf Altablagerungen zutage treten, so ist unverzüglich die untere Bodenschutzbehörde des Landkreises Ammerland zu benachrichtigen.
4. Innerhalb der im Bebauungsplan gekennzeichneten Freileitungsschutzbereiche der 110 kV Leitung sind alle Baumaßnahmen mit dem zuständigen Leitungsträger (E.ON Netz GmbH) abzustimmen. Innerhalb der Leitungsschutzbereiche sind die zulässigen Bauhöhen nach DIN EN 50341-1 und die zulässigen Arbeitshöhen nach DIN VDE 0105/10.97 zur Gewährleistung der VDE-gemäßen Sicherheitsabstände zu beachten. Im Zuge der einzelnen Baugenehmigungsverfahren müssen die Bauunterlagen (Lageplan und Bauzeichnung mit Angabe der Niveauhöhen) dem Leitungsträger zur Prüfung der Sicherheitsabstände vorgelegt werden. Das Gleiche gilt für die Anlagen von Straßen und Fahrwegen innerhalb der Leitungsschutzbereiche. Abgrabungen an den Maststandorten dürfen nicht vorgenommen werden. Sollten innerhalb eines Sicherheitsabstandes von 10,0 m um einen Maststandort Abgrabungsarbeiten erforderlich werden, so sind diese mit dem Leitungsträger abzustimmen.
5. Innerhalb des Plangebietes verläuft ein Gewässer II. Ordnung, Wasserzug Nr. 37 des Entwässerungsverbandes Jade.
6. Die Baugrundstücke sind entlang der Eigentumsgrenze der L 826 auf gesamter Länge mit einer lückenlosen festen Einfriedigung zu versehen und in diesem Zustand dauernd zu erhalten (§ 24 NStrG in Verbindung mit § 15 NBauO), wenn nicht durch andere Maßnahmen eine direkte Erschließung verhindert wird.
7. Entlang der L 826 dürfen gemäß § 24 (1) NStrG in einer Entfernung bis 20 m, gemessen vom äußeren Rand der befestigten Fahrbahn, Hochbauten jeder Art nicht errichtet werden. Gleiches gilt für Abgrabungen oder Aufschüttungen größeren Umfangs, sowie für Werbeanlagen. In der Baubeschränkungszone des § 24 (2) NStrG (bis 40 m, gemessen vom äußeren Rand der befestigten Fahrbahn) bedürfen Werbeanlagen der Zustimmung der Straßenbauverwaltung. Grundsätzlich sind nur blendfreie, sich nicht bewegendende Werbeanlagen an der Stätte der eigenen Leistung zulässig.

PRÄAMBEL UND AUSFERTIGUNG

Aufgrund des § 1 Abs. 3 und des § 10 des Baugesetzbuches (BauGB) und des § 40 der Niedersächsischen Gemeindeordnung hat der Rat der Gemeinde Rastede den Bebauungsplan Nr. 59 "Gewerbegebiet Leuchtenburg III", bestehend aus der Planzeichnung sowie den nebenstehenden textlichen Festsetzungen als Satzung beschlossen.

Rastede,

.....

Bürgermeister

(Siegel)

VERFAHRENSVERMERKE

PLANUNTERLAGE

Kartengrundlage: Automatisierte Liegenschaftskarte (ALK) Maßstab: 1 : 1.000

Die diesem Plan zu Grunde liegenden Angaben des amtlichen Vermessungswesens sind nach § 5 des Nds. Gesetzes über das amtliche Vermessungswesen geschützt (Nds. GVBl. 2003, Seite 5). Die Verwertung für nichteigene Zwecke und die öffentliche Wiedergabe ist nur mit Erlaubnis der Vermessungs- und Katasterbehörde zulässig. Die Planunterlage entspricht dem Inhalt des Liegenschaftskatasters und weist die städtebaulich bedeutsamen baulichen Anlagen sowie Straßen, Wege und Plätze vollständig nach (Stand vom). Sie ist hinsichtlich der Darstellung der Grenzen und der baulichen Anlagen geometrisch einwandfrei. Die Übertragbarkeit der neu zu bildenden Grenzen in die Örtlichkeit ist einwandfrei möglich.

Westerstede, (Siegel)

Katasteramt Westerstede

- Behörde für Geoinformation, Landentwicklung und Liegenschaften Oldenburg -

PLANVERFASSER

Der Entwurf des Bebauungsplanes Nr. 59 "Gewerbegebiet Leuchtenburg III" wurde ausgearbeitet vom Planungsbüro Diekmann & Mosebach.

Rastede,

Dipl. Ing. O. Mosebach

(Planverfasser)

AUFSTELLUNGSBESCHLUSS

Der Verwaltungsausschuss der Gemeinde Rastede hat in seiner Sitzung am die Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. 59 "Gewerbegebiet Leuchtenburg III" beschlossen. Der Aufstellungsbeschluss ist gem. § 2 Abs.1 BauGB am ortsüblich bekanntgemacht.

Rastede,

Bürgermeister

ÖFFENTLICHE AUSLEGUNG

Der Verwaltungsausschuss der Gemeinde Rastede hat in seiner Sitzung am dem Entwurf des Bebauungsplanes Nr. 59 und der Begründung zugestimmt und die öffentliche Auslegung gem. § 3 Abs. 2 BauGB/ § 4a Abs. 3 Satz 1 i. V. m. § 3 Abs. 2 BauGB beschlossen. Ort und Dauer der Auslegung wurden am ortsüblich durch die Tageszeitung bekannt gemacht worden. Der Entwurf des Bebauungsplanes Nr. 59 und der Begründung haben vom bis zum öffentlich gem. § 3 Abs. 2 BauGB öffentlich ausgelegen.

Rastede,

Bürgermeister

SATZUNGSBESCHLUSS

Der Rat der Gemeinde Rastede hat den Bebauungsplan Nr. 59 "Gewerbegebiet Leuchtenburg III" nach Prüfung der Stellungnahmen gem. § 3 Abs. 2 BauGB in seiner Sitzung am als Satzung (§ 10 BauGB) sowie die Begründung beschlossen.

Rastede,

Bürgermeister

BEKANNTMACHUNG

Der Satzungsbeschluss des Bebauungsplanes Nr. 59 "Gewerbegebiet Leuchtenburg III" ist gem. § 10 Abs. 3 BauGB am im bekannt gemacht worden. Der Bebauungsplan ist damit am in Kraft getreten.

Rastede,

Bürgermeister

VERLETZUNG VON VORSCHRIFTEN

Innerhalb eines Jahres nach Inkrafttreten des Bebauungsplanes Nr. 59 "Gewerbegebiet Leuchtenburg III" ist die Verletzung von Vorschriften beim Zustandekommen des Bebauungsplanes und der Begründung nicht geltend gemacht worden.

Rastede,

Bürgermeister

BEGLAUBIGUNG

Diese Ausfertigung des Bebauungsplanes Nr. 59 "Gewerbegebiet Leuchtenburg III" stimmt mit der Urschrift überein.

Rastede,

Bürgermeister

PLANZEICHENERKLÄRUNG

1. Art der baulichen Nutzung



Gewerbegebiet (GE)



Gewerbegebiet mit Nutzungseinschränkungen (GEe)

2. Maß der baulichen Nutzung

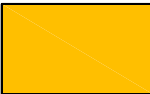
GRZ 0,8 zulässige Grundflächenzahl (GRZ), z. B. 0,8

GH ≤ 12,00 m zulässige Gebäudehöhe

3. Bauweise, Baugrenzen

- a abweichende Bauweise, s. textl. Festsetzungen
- - - - - Baugrenze

4. Verkehrsflächen



öffentliche Straßenverkehrsflächen



Straßenbegrenzungslinie



Bereich ohne Ein- und Ausfahrt

5. Hauptversorgungs- und Hauptabwasserleitungen



Versorgungsleitung (oberirdisch), 110 kV-Leitung der E.ON Netz GmbH

6. Wasserflächen und Flächen für die Wasserwirtschaft, den Hochwasserschutz und die Regelung des Wasserabflusses



Fläche zur Regelung des Wasserabflusses, hier: Regenrückhaltebecken



Wasserfläche, hier: Gewässer II. Ordnung

7. Planungen, Nutzungsregelungen, Maßnahmen und Flächen für Maßnahmen zum Schutz, zur Pflege und zur Entwicklung von Boden, Natur und Landschaft

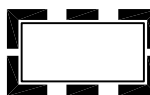


Fläche zum Schutz, zur Pflege und zur Entwicklung von Boden, Natur und Landschaft mit Bezeichnung (MF1 + MF2)

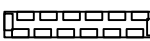


zu erhaltender Einzelbaum

8. Sonstige Planzeichen



Grenze des räumlichen Geltungsbereiches des Bebauungsplanes



Mit Leitungsrechten zu Gunsten des Leitungsträgers zu belastende Flächen



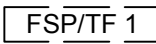
Umgrenzung von Flächen für Nutzungsbeschränkungen oder für Vorkehrungen zum Schutz gegen schädliche Umwelteinwirkungen im Sinne des Bundes-Immissionsschutzgesetzes (Lärmpegelbereiche III, IV und V)



Abgrenzung der Lärmpegelbereiche untereinander

FSP
L_{wa} 65 dB (A) tags
L_{wa} 50 dB (A) nachts

Flächenbezogener Schallleistungspegel (FSP), Tag- und Nachtwerte



FSP, Abgrenzung der Teilflächen (TF) 1-13 und 16-17 gemäß Lärmgutachten



Abgrenzung unterschiedlicher Nutzungen, z. B. Lärmemissionskontingente

Es gilt die Baunutzungsverordnung (BauNVO) 1990

Gemeinde Rastede
Landkreis Ammerland

Bebauungsplan Nr. 59
"Gewerbegebiet Leuchtenburg III"

Übersichtsplan unmaßstäblich



Entwurf

18. Dezember 2009

Diekmann & Mosebach

Regionalplanung Stadt- und Landschaftsplanung

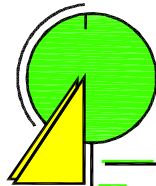
Entwicklungs- und Projektmanagement

Oldenburger Straße 211

26180 Rastede

Tel. (04402) 91 16 30

Fax 91 16 40



GEMEINDE RASTEDE

Landkreis Ammerland



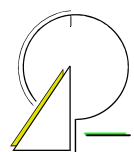
Bebauungsplan Nr. 59 „Gewerbegebiet Leuchtenburg III“

Begründung

Entwurf

18.12.2009

Planungsbüro Diekmann & Mosebach Oldenburger Straße 211 – 26180 Rastede
Tel.: 04402/9116-30 - Fax:04402/9116-40
e-mail: info @ diekmann – mosebach .de



INHALTSÜBERSICHT

TEIL I: BEGRÜNDUNG

1.0	ANLASS UND ZIEL DER PLANUNG	1
2.0	PLANERISCHE VORGABEN UND HINWEISE	2
2.1	Landesraumordnungsprogramm (LROP)	2
2.2	Regionales Raumordnungsprogramm (RROP)	2
2.3	Vorbereitende Bauleitplanung	3
2.4	Gemeindeentwicklungskonzept Rastede 2000 plus	3
2.5	Städtebauliches Rahmenkonzept	3
3.0	ÖFFENTLICHE BELANGE	5
3.1	Belange von Natur und Landschaft	5
3.2	Belange des Immissionsschutzes	5
3.2.1	Gewerbelärm	5
3.2.2	Verkehrslärm	6
3.2.3	Elektromagnetische Felder (Hochspannungsleitung)	6
3.2.4	Geruchsmissionen	7
3.3	Belange des Denkmalschutzes	8
3.4	Altablagerungen / Kampfmittel	8
4.0	INHALT DES BEBAUUNGSPLANES	8
4.1	Art der baulichen Nutzung	8
4.2	Maß der baulichen Nutzung	10
4.3	Bauweise, überbaubare und nicht überbaubare Grundstücksflächen	10
4.4	Verkehrsflächen	11
4.4.1	Straßenverkehrsflächen	11
4.4.2	Bereich ohne Ein- und Ausfahrt	11
4.5	Versorgungsleitungen (oberirdisch)	12
4.6	Wasserflächen / Flächen für die Wasserwirtschaft / Leitungsrecht	12
4.7	Maßnahmen zum Schutz, zur Pflege und zur Entwicklung von Boden, Natur und Landschaft	13
4.8	Vorkehrungen zum Schutz vor schädlichen Umwelteinwirkungen	13
4.9	Erhaltung von Einzelbäumen	14
5.0	VERKEHRLICHE UND TECHNISCHE INFRASTRUKTUR	14
6.0	VERFAHRENSGRUNDLAGEN	15
6.1	Rechtsgrundlagen	15
7.0	VERFAHRENSÜBERSICHT	15
7.1.1	Aufstellungsbeschluss	15
7.1.2	Beteiligung der Öffentlichkeit	15
7.1.3	Öffentliche Auslegung	16
7.2	Planverfasser	16

1.0 ANLASS UND ZIEL DER PLANUNG

Die Gemeinde Rastede beabsichtigt, die gewerbliche Nutzung im Hauptort auszuweiten und stellt zu diesem Zweck den Bebauungsplan Nr. 59 „Gewerbegebiet Leuchtenburg III“ auf. Anlass der Planung ist es, ein ausreichendes und attraktives Angebot an gewerblichen Bauflächen auch hinsichtlich der aktuell anstehenden Nachfragesituation bereitzustellen. Dementsprechend wird der bereits gewerblich vorgeprägte Siedlungsbereich im Norden Rastedes um eine ca. 17,7 ha große Fläche erweitert. Der Geltungsbereich des Bebauungsplanes Nr. 59 schließt sich hierbei unmittelbar nördlich der Raiffeisenstraße an den Bebauungsplan Nr. 58 „Gewerbegebiet Leuchtenburg II“ an. Zur Sicherung einer für die gewerbliche Nutzung ausreichenden Verkehrsanbindung wird im Einmündungsbereich der Königstraße in die Raiffeisenstraße ein Teilbereich des Bebauungsplanes Nr. 58 überlagert.

Zur Koordinierung der unterschiedlichen, zu berücksichtigenden Belange wurde im Vorfeld ein städtebauliches Konzept erstellt, in das auch die Flächen nordwestlich des Plangebietes mit einbezogen wurden. Zur planungsrechtliche Sicherung dieser Gesamtfläche erfolgt im Parallelverfahren die 43. Flächennutzungsplanänderung mit einer Darstellung des Bereichs als gewerbliche Baufläche (G). Im Zuge einer sukzessiven, bedarfsgerechten Entwicklung wird nun der Bebauungsplan Nr. 59 für den südlichen bzw. östlichen Teilbereich entsprechend dem o. g. städtebaulichen Entwicklungskonzept aufgestellt.

Planungsziel des Bebauungsplanes Nr. 59 ist die Entwicklung eines attraktiven Flächenangebotes für die städtebaulich verträgliche Gewerbeansiedlung im nördlichen Siedlungsraum von Rastede. Zur Schaffung der planungsrechtlichen Voraussetzungen für die Weiterentwicklung des Gewerbeareals werden im Rahmen des Bebauungsplanes Gewerbegebiete (GE) gem. § 8 BauNVO ausgewiesen. Entsprechend eines gesondert erstellten Gutachtens zur Einzelhandelsentwicklung (CIMA, 2006) werden für den Standort Leuchtenburg bestimmte Branchen mit Nahversorgungs- bzw. Zentrenrelevanz ausgeschlossen, um hierdurch eine Schwächung des Ortszentrums gezielt zu vermeiden.

Mit der Festsetzung einer Grundflächenzahl (GRZ) von 0,8 und der abweichenden (a) Bauweise wird ein bedarfsgerechtes Maß der baulichen Nutzung für eine flexible Gewerbeansiedlung gewährleistet. Um eine ortsgerechte Einbindung in die Siedlungs- und Landschaftsstrukturen zu gewährleisten, wird die Höhenentwicklung der Gebäude auf maximal 12,00 m begrenzt. Zur Koordinierung der Belange des Schallschutzes werden entsprechend einem hierzu erstellten Gutachten die flächenbezogenen Schallleistungspegel (FSP tags/nachts) für die Gewerbegebietsflächen (GE, GEe) verbindlich festgesetzt. Gleichzeitig werden im Nahbereich der Landesstraße L 826 (Raiffeisenstraße) innerhalb der Lärmpegelbereiche III, IV und V passive Schallschutzmaßnahmen zum Schutz der Wohn- und Büronutzung festgesetzt. Die gemäß dem Niedersächsischen Straßengesetz (NStrG) einzuhaltende Bauverbotszone zur Raiffeisenstraße (Landesstraße L 826) wird über entsprechende Festsetzungen (Anordnung der überbaubaren Grundstücksflächen, Ein- und Ausfahrtsverbot) gesichert.

Die Erschließung des Plangebietes erfolgt entsprechend dem städtebaulichen Konzept über die Festsetzung von Verkehrsflächen in Anbindung an die Raiffeisenstraße. Da zur Aufnahme der zu erwartenden Zu- und Abfahrtsverkehre eine Anpassung des Knotenpunkts erforderlich wird, erfolgt im Bebauungsplan die Festsetzung einer entsprechend großen Gesamtfläche zur Aufnahme der folgenden Fachplanungen. In Übereinstimmung mit einem erstellten Entwässerungskonzept wird zusätzlich zu dem vorhandenen Regenrückhaltebecken eine weiterer Bereich im Norden als Fläche für die Wasserwirtschaft planungsrechtlich gesichert. Der Ausbau ist in naturnaher Weise vorge-

sehen. Die entlang des Stellmoorweges befindlichen, prägenden Gehölze sind im Rahmen der Gebietsentwicklung zu erhalten.

Innerhalb des Geltungsbereiches verläuft eine Hochspannungsfreileitung 110 kV der E.ON Netz GmbH, die entsprechend festgesetzt wird. Bei Baumaßnahmen innerhalb des Freileitungsschutzbereiches ist im Rahmen des Genehmigungsverfahrens eine Abstimmung mit dem Leitungsbetreiber zur Einhaltung der erforderlichen Schutzabstände durchzuführen. Im Nahbereich der Leitung werden die Grenzwerte der 26. BImSchV zum Schutz der Bevölkerung vor elektromagnetischen Feldern eingehalten. Im Zuge der Vorsorge hat die Gemeinde jedoch sowohl eine unterirdische Verlegung (Verkabelung) der Leitung als auch eine alternative Verkehrsführung geprüft. Diese Varianten wurden jedoch aus wirtschaftlicher und städtebaulicher Sicht als nicht sinnvoll erachtet (s. Kap. 3.2.3).

In der Abwägung gem. § 1 (7) BauGB sind gleichermaßen die Belange des Umweltschutzes, des Naturschutzes und der Landschaftspflege gem. § 1 (6) Nr. 7 BauGB zu berücksichtigen (vgl. § 1a BauGB). Diese werden im Landschaftsökologischen Fachbeitrag zum Bebauungsplan Nr. 59 „Gewerbegebiet Leuchtenburg III“ umfassend beschrieben und bewertet. Die besonderen artenschutzrechtlichen Belange werden im Rahmen der Planung berücksichtigt. Für unvermeidbare erhebliche bzw. nachhaltige Beeinträchtigungen der Schutzgüter und ihrer Funktionen sind im Rahmen des Planvorhabens Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen zu vollziehen. Die externe Kompensation erfolgt über den Flächenpool der Gemeinde Rastede.

Die umweltbezogenen Auswirkungen des Planvorhabens werden im Umweltbericht gem. § 2a BauGB dokumentiert, der zeitgleich für den Geltungsbereich der 43. Flächennutzungsplanänderung erstellt wurde. Durch die Aufstellung des Bebauungsplanes werden keine weiteren Umweltweltauswirkungen erwartet, als die im Umweltbericht zur Flächennutzungsplanänderung abschließend aufgeführten Aspekte. Insofern wird auf Ebene der verbindlichen Bauleitplanung auf eine erneute Umweltprüfung verzichtet.

2.0 PLANERISCHE VORGABEN UND HINWEISE

2.1 Landesraumordnungsprogramm (LROP)

Nach § 1 des BauGB unterliegen Bauleitpläne, in diesem Fall die Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. 59, einer Anpassung an die Ziele der Raumordnung. Aus den Vorgaben der übergeordneten Planungen ist die kommunale Planung zu entwickeln bzw. hierauf abzustimmen. Im Landesraumordnungsprogramm Niedersachsen (LROP) aus dem Jahr 2008 (Novellierung) werden für das Plangebiet keine gesonderten Festsetzungen getroffen. Rastede wird allgemein die Funktion als Mittelzentrum zur Bereitstellung zentraler Einrichtungen und Angebote zur Deckung des gehobenen Bedarfs zugewiesen.

2.2 Regionales Raumordnungsprogramm (RROP)

Das regionale Raumordnungsprogramm (RROP) des Landkreises Ammerland liegt aus dem Jahr 1996 vor. Die Gültigkeit des RROP wurde nach einer Prüfung der Aktualität mit Bekanntmachung vom 07. 06. 2007 für weitere 10 Jahre verlängert. Rastede wird als Mittelzentrum mit der Schwerpunktaufgabe „Sicherung und Entwicklung von Arbeitsstätten“ dargestellt. An den zentralörtlichen Standorten, also auch innerhalb Rastedes, sind die Voraussetzungen für eine differenzierte und leistungsfähige Infrastruktur, insbesondere Einzelhandelsstruktur, zu schaffen.

Der Geltungsbereich wird als Vorsorgegebiet für die Landwirtschaft auf Grund hohen, natürlichen, standortgebundenen landwirtschaftlichen Ertragspotenzials dargestellt. Die nordöstlichen Flächen des Geltungsbereiches liegen innerhalb eines Gebietes zur Verbesserung der Landschaftsstruktur und des Naturhaushaltes. Dies bezieht sich auf das Vorhandensein eines Wallheckennetzes, das zu mehr als 1/3 in die Schadklassen II und III eingeordnet wurden. Hinsichtlich des Planungsziels der Entwicklung von gewerblichen Bauflächen an einem vorgeprägten Standort und dem Ausgleich der geschützten Wallheckenstrukturen an anderer Stelle wird dem städtebaulichen Belang hier Vorrang gegeben.

2.3 Vorbereitende Bauleitplanung

Für das Plangebiet gelten die Darstellungen des rechtswirksamen Flächennutzungsplanes der Gemeinde Rastede aus dem Jahr 1991. Hierin wird der überwiegende Teil des Geltungsbereiches als landwirtschaftliche Nutzfläche dargestellt. Die Fläche der DRK-Zentrale „Rote Buche“ wird als Fläche für den Gemeinbedarf mit der Zweckbestimmung „Sozialen Zwecken dienende Anlagen und Einrichtungen“ dargestellt. Mit der 43. Flächennutzungsplanänderung erfolgt eine Anpassung der vorbereitenden Bauleitplanung an die städtebaulichen Entwicklungsziele im Parallelverfahren gem. § 8 (3) BauGB.

Die Flächen südlich der Raiffeisenstraße wurden in der 9. Änderung des Flächennutzungsplanes (1999) als gewerbliche Baufläche (G) dargestellt.

2.4 Gemeindeentwicklungskonzept Rastede 2000 plus

Das Gemeindeentwicklungskonzept Rastede 2000 plus aus dem Jahr 2004 wurde als informelle städtebauliche Planung zur mittel- bis langfristigen Siedlungsentwicklung des Gemeindegebietes erstellt und dient der vorbereitenden und der verbindlichen Bauleitplanung als Grundlage. In dem Konzept werden die Standortvorteile des Gewerbegebietes Leuchtenburg (direkte verkehrliche Anbindung an das überregionale Verkehrsnetz, Nähe zum Ortszentrum) beschrieben, weitere Zielsetzungen werden für das Gebiet nicht formuliert. Mit der Erweiterung des Standortes Leuchtenburg werden die angesprochenen Standortvorteile optimal genutzt. Die Ziele der Gemeindeentwicklungsplanung werden mit der aktuellen Flächennutzungsplanänderung somit weiterverfolgt.

2.5 Städtebauliches Rahmenkonzept

Um eine geordnete städtebauliche Weiterentwicklung des Gewerbebestandes Leuchtenburg sicherzustellen, wurde im Vorfeld zur aufzustellenden vorbereitenden und verbindlichen Bauleitplanung ein Rahmenkonzept unter Berücksichtigung der abzusehenden Belange erstellt. Zu diesem Zweck wurden unterschiedliche Fachplanungen erstellt, die als Konzepte in die Rahmenplanung eingeflossen sind. Die vollständigen Gutachten werden im Zuge der öffentlichen Auslegung in die Planung eingestellt.

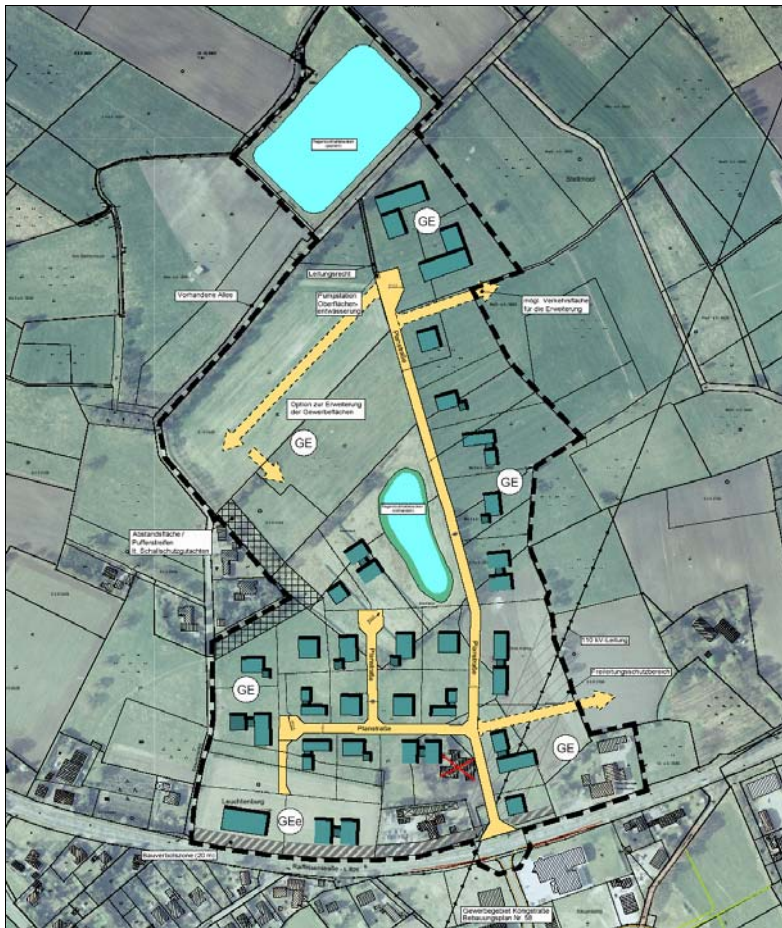


Abb.: Städtebauliches Rahmenkonzept zur Erweiterung des Gewerbegebietes Leuchtenburg (Stand: August 2009)

Das Rahmenkonzept zeigt die Anbindung des Plangebietes gegenüber der Einmündung der Königstraße. Um einen konfliktfreien und reibungslosen Verkehrsablauf sicherzustellen, wurde eine verkehrstechnische Untersuchung durch das Ingenieurbüro Dr. Schwerdthelm & Tjardes (IST), Schortens, erstellt. Hieraus ergibt sich, dass zur Anbindung des Gewerbegebietes ein Straßenausbau (Abbiegespur, Kreisverkehrsplatz) notwendig ist. Eine abschließende Entscheidung über die Anbindungsform ist im Rahmen der Bauleitplanung nicht notwendig. Weiterhin wurde über eine schalltechnische Beurteilung (technologie entwicklungen & dienstleistungen – TED, Bremerhaven) vorab eine Lärmkontingentierung vorgenommen. Hierin wurde aufgezeigt, dass die angestrebte gewerbliche Entwicklung innerhalb dieser Fläche unter Berücksichtigung entsprechender Festsetzungen im Bebauungsplan möglich ist. Des Weiteren wurde durch das Ingenieurbüro Börjes, Westerstede ermittelt, dass zur Ableitung des anfallenden Niederschlagwassers aus dem gesamten Plangebiet ein weiteres Regenwasserrückhaltebecken in einer bestimmten Größe notwendig ist. Eine Beseitigung und Verlegung des vorhandenen Staubeckens wurde als nicht praktikabel und unwirtschaftlich erachtet. Im Weiteren waren noch die Aspekte des Straßenbaus (Bauverbotszone) entlang der Landesstraße L 826 (Raiffeisenstraße) zu berücksichtigen. Unter Beachtung dieser unterschiedlichen Belange wurde das obenstehende städtebauliche Rahmenkonzept erarbeitet. Im Zuge des Bauleitplanverfahrens hat sich ergeben, dass aus eigentumsrechtlichen Gründen eine Fläche unmittelbar angrenzend an das vorhandene Wohnbebauung am Stellmoorweg nicht in den Bebauungsplan mit einbezogen wird. Dementsprechend ergibt sich hier eine geänderte Abgrenzung.

Im ersten Entwicklungsabschnitt wird nun im Parallelverfahren zur 43. Flächennutzungsplanänderung der Bebauungsplan Nr. 59 „Gewerbegebiet Leuchtenburg III“ entwickelt.

3.0 ÖFFENTLICHE BELANGE

3.1 Belange von Natur und Landschaft

Die Belange des Naturschutzes und der Landschaftspflege gem. § 1a BauGB werden im Rahmen eines landschaftsökologischen Fachbeitrages zur Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. 59 „Gewerbegebiet Leuchtenburg III“ bewertet. Aufgabe des landschaftsökologischen Fachbeitrages ist es, die Belange des Umwelt- und Naturschutzes sowie der Landschaftspflege so umfassend zu berücksichtigen, dass die Beeinträchtigungen des Naturhaushaltes, die mit der Realisierung des vorhabenbezogenen Bebauungsplanes verbunden sind, sofern möglich vermieden, minimiert oder kompensiert werden können. Über die Entwicklung entsprechender Maßnahmen auf Grundlage der angewandten Eingriffsregelung ist dies im Rahmen des landschaftsökologischen Fachbeitrages geschehen. Der Landschaftsökologische Fachbeitrag ist verbindlicher Bestandteil der Begründung zum Bebauungsplan Nr. 59 „Gewerbegebiet Leuchtenburg III“. Die mit dem Bebauungsplan verbundenen Eingriffe in Natur und Landschaft werden vollständig kompensiert.

3.2 Belange des Immissionsschutzes

Im Rahmen der verbindlichen Bauleitplanung sind die mit der Planung verbundenen, unterschiedlichen Belange untereinander und miteinander zu koordinieren, so dass Konfliktsituationen vermieden werden und die städtebauliche Ordnung sichergestellt wird. Demnach ist die Beurteilung der akustischen Situation im Planungsraum ein wesentlicher Belang der Bauleitplanung. Zur Beurteilung sowie zur Koordinierung und Minimierung möglicher Gewerbe- und Verkehrslärmimmissionen wurde durch das Ingenieurbüro Technologie Entwicklungen & Dienstleistungen GmbH TED, Bremerhaven ein schalltechnisches Gutachten erstellt¹.

3.2.1 Gewerbelärm

Das Plangebiet des Bebauungsplanes befindet sich in einem Gebiet, dass durch die angrenzende gewerbliche Nutzung vorgeprägt ist. Unmittelbar an die Entwicklungsflächen grenzen südlich der Raiffeisenstraße Wohnstrukturen. Nördlich der Raiffeisenstraße befinden sich Einzelwohnlagen im Außenbereich. Diese sind im Rahmen der geplanten gewerblichen Entwicklung immissionsschutzrechtlich zu berücksichtigen, so dass ein konfliktfreies Nebeneinander der unterschiedlichen Nutzungen gewährleistet werden kann. Gleichzeitig sind die vorhandenen Vorbelastungen des Gewerbegebietes Leuchtenburg südlich der Raiffeisenstraße zu beachten. Die Anforderungen der TA Lärm sind hierbei zu berücksichtigen.

Im Rahmen des Gutachtens wurde eine Geräuschkontingentierung der Gewerbeflächen vorgenommen. Hierbei werden den einzelnen Gewerbeflächen Geräuschemissionen zugewiesen, deren Einhaltung im Rahmen des Baugenehmigungsverfahrens durch eine Schallprognose für eine zu errichtende Anlage nachgewiesen werden muss. Hierdurch wird das Ziel erreicht, schädliche Umwelteinwirkungen durch Lärm auf die Nachbarschaft zu vermeiden, wobei eine maximale akustische Auslastung der Gewerbeflächen gewährleistet wird. Ausgehend von den Berechnungen zeigt sich, dass unter Einhaltung der angegebenen flächenbezogenen Schallleistungspegel (FSP) eine gewerbliche Nutzung auf dieser Fläche möglich ist, ohne Konflikte mit den benachbarten Nutzungen auszulösen. Diese FSP werden im Rahmen des Bebauungsplanes Nr. 59 „Gewerbegebiet Leuchtenburg III“ über entsprechende Festsetzungen verbindlich geregelt (s. Kap. 4.1).

¹ TECHNOLOGIE ENTWICKLUNGEN & DIENSTLEISTUNGEN (TED): Schallimmissionsprognose im Rahmen der städtebaulichen Planung für das Gewerbegebiet Leuchtenburg, Bremerhaven, 16. Dezember 2009

Im vorliegenden Schallgutachten wird die Kontingentierung der Gewerbeflächen nach dem durch das ehemalige NLÖ veröffentlichten Verfahren „Flächenbezogene Schall-Leistungspegel und Bauleitplanung“ durchgeführt. Das Kontingentierungsverfahren ist geeignet, durch die Beschreibung der zulässigen Emissionen im Geltungsbereich des Bebauungsplanes den Konflikt zwischen Gewerbenutzung und Wohnnutzung zu lösen. Der Nachweis über die Einhaltung der FSP ersetzt nicht die Beurteilung nach den Maßgaben der TA Lärm – Technische Anleitung zum Schutz gegen Lärm.

3.2.2 Verkehrslärm

Unmittelbar südlich angrenzend an das Plangebiet verläuft die Landesstraße L 826 (Raiffeisenstraße), von der Lärmimmissionen auf das Plangebiet einwirken können. Diesbezüglich sind die Schutzansprüche der zukünftigen Wohn- und Arbeitsnutzung gemäß der anzuwendenden Regelwerke (DIN 18005 – Schallschutz im Städtebau) zu ermitteln und zu bewerten. Im o. g. Gutachten wurde eine Berechnung der zu erwartenden Verkehrslärmimmissionen durchgeführt, wobei neben dem allgemeinen Verkehrszuwachs auf der Raiffeisenstraße (Prognosehorizont 2025) die durch das geplante Gewerbegebiet generierte Verkehrszunahme auf dem betrachteten Streckenabschnitt berücksichtigt wurde.

Hieraus hat sich ergeben, dass im Nahbereich der Verkehrsstrasse eine Überschreitung der Orientierungswerte gem. DIN 18005 für Gewerbegebiete während der Tag- und Nachtzeit zu erwarten ist. Dementsprechend wurden zur Sicherung der Schutzansprüche für die geplante Nutzung die Lärmpegelbereiche in einer Höhe von 5 m über GOK (Geländeoberkante) ermittelt. Der überwiegende Teil befindet sich hierbei innerhalb der nicht relevanten Lärmpegelbereiche I und II. Das südliche, direkt an die L 826 angrenzende Areal liegt innerhalb der Lärmpegelbereiche III, IV und V.

Zum Schutz gesunder Wohn- und Arbeitsverhältnisse werden für die Lärmpegelbereiche III, IV und V, die sich innerhalb der gewerblich zu nutzenden Fläche befinden, passive Lärmschutzmaßnahmen in Form besonderer Anforderungen an die Außenbauteile von Gebäuden gem. DIN 4109, Tab. 8 vorgeschlagen, die dem dauernden Aufenthalt von Menschen dienen. Dies bezieht sich sowohl auf die ausnahmsweise zulässige Wohnnutzung für Betriebsleiter bzw. –inhaber sowie für Büroräume. Diese vorgeschlagenen Maßnahmen werden über textliche Festsetzungen im Bebauungsplan verbindlich gesichert (s. Kap. 4.8).

3.2.3 Elektromagnetische Felder (Hochspannungsleitung)

Innerhalb des Geltungsbereiches verläuft im Süden eine Hochspannungsfreileitung 110 kV der E.ON Netz GmbH. Die am 01.01.1997 in Kraft getretene 26. Verordnung zur Durchführung des Bundes-Immissionsschutzgesetzes (Verordnung über elektromagnetische Felder – 26. BImSchV) Grenzwerte für die elektrische Feldstärke und magnetische Flussdichte für Niederfrequenzanlagen (Hochspannungsfreileitungen) festgelegt, bei deren Einhaltung nach dem heutigen Kenntnisstand, über den international weitgehend Konsens besteht, eine gesundheitliche Beeinträchtigung des menschlichen Organismus ausgeschlossen werden. Nach Angabe des Betreibers werden diese Grenzwerte beim Betrieb der Hochspannungsleitung eingehalten, so dass bei der geplanten gewerblichen Nutzung innerhalb des Plangebietes keine Konflikte zu erwarten sind. Weitere Abstandsregelungen bezüglich des Immissionsschutzes bestehen hier nicht. Um dem Vorsorgegedanken Rechnung zu tragen, hat die Gemeinde bereits im Vorfeld bei der Entwicklung des Rahmenkonzepts Alternativen (Verkabelung der Leitung, geänderte Verkehrsstrasse) geprüft, um eine gewerbliche Nutzung innerhalb des Nahbereichs der Freileitung zu vermeiden.

Bei der Prüfung einer Verkabelung (unterirdische Verlegung) durch die E.ON wurde sowohl der durch das Plangebiet verlaufende Teilabschnitt von ca. 200 m als auch der weitere Verlauf durch evtl. langfristig zu entwickelnde Erweiterungsflächen in einer Gesamtlänge von ca. 800 m berechnet. Aus den einzelnen Posten (Planung, Demontage und Entsorgung, Kabelverlegung, Errichtung der Kabelendmasten etc.) ergibt sich eine grob geschätzte Endsumme von ca. 1.000.000 Euro. Angesichts der zu erwartenden hohen Kosten stellt diese Lösung aus wirtschaftlicher Sicht keine sinnvolle Alternative dar.

Weiterhin wurde geprüft, ob die Anordnung von gewerblichen Bauflächen und somit der Aufenthalt von Menschen unterhalb der Freileitungstrasse vermieden werden kann. In diesem Zusammenhang wurde eine Erschließungsalternative entwickelt, in der die Verkehrsstrasse unterhalb der Leitungstrasse verläuft. Diese Variante hat sich aus städtebaulicher Sicht als nicht sinnvoll erwiesen. So würden sich nach der notwendigen Anbindung im Einmündungsbereich der Königstraße eine starke Verschwenkung in Richtung Nordosten ergeben, so dass angesichts des zu erwartenden gewerblichen Verkehrsaufkommens keine leistungsfähige und sichere Erschließung gewährleistet wäre. Zudem würden sich hieraus keine attraktiven und gewerblich sinnvoll nutzbaren Grundstückszuschnitte ergeben.

Beide Varianten wurden, wie oben beschrieben, aus wirtschaftlichen und städtebaulichen Gründen als nicht sinnvoll erachtet. Eine alternative Nutzung unterhalb der Freileitungstrasse, z. B. als Grünfläche, wird aus wirtschaftlicher Sicht und im Sinne eines sparsamen Umgangs mit Grund und Boden nicht beabsichtigt.

3.2.4 Geruchsimmissionen

Unmittelbar westlich an das Plangebiet angrenzend befindet sich eine landwirtschaftliche Hofstelle, auf der in geringem Umfang Rinderhaltung (Mastbullen, Jungvieh, Mutterkühe) betrieben wird. In einem Pachtstall an der Raiffeisenstraße (ca. 120 m Entfernung) hält der gleiche Betrieb Mutterkühe. Hinsichtlich der hiervon ausgehenden, möglichen Geruchsimmissionen wurde seitens der Landwirtschaftskammer ein Immissionsschutzgutachten² zur Beurteilung der zu erwartenden Geruchsimmissionssituation vor Ort erstellt. Diese wurde entsprechend den Vorgaben der Geruchsimmissions-Richtlinie des Landes Niedersachsen (GIRL) in Form einer Ausbreitungsberechnung vorgenommen. Die emissionsrelevanten Daten der o. g. Anlagen bezüglich Viehhaltung und Stalltechnik wurden im Zuge einer Ortsbesichtigung ermittelt. Weitere, gemäß den Vorgaben der GIRL in einem Umkreis von 600 m zu beachtende Viehhaltungsanlagen, bestehen nicht.

Das entsprechend den Vorgaben der GIRL genutzte Programm (Austal2000G) berücksichtigt neben den Betriebsdaten auch weitere Faktoren (z. B. meteorologische Daten, Belästigungswirksamkeit unterschiedlicher Tierhaltungsverfahren). Die hierdurch ermittelten Geruchsstundenhäufigkeiten innerhalb des Plangebietes wurden mit den Immissionsgrenzwerten der GIRL für Gewerbegebiete von 15 % der Jahresstunden verglichen. Hieraus ergibt sich, dass die maximale Geruchsstundenhäufigkeit innerhalb des Geltungsbereiches des Bebauungsplanes Nr. 59 ausschließlich im Nahbereich des Hofes bei max. 2,3 % liegt, so dass der Grenzwert deutlich unterschritten wird. Im überwiegenden Teil des Geltungsbereiches herrschen Geruchsstundenhäufigkeiten von unter 1 % vor. Insofern ist von einer deutlichen Einhaltung der vorgegebenen Immissionsgrenzwerte der GIRL auszugehen. Die Belange des Immissions-

² LANDWIRTSCHAFTSKAMMER NIEDERSACHSEN: Immissionsschutzgutachten-Bauleitplanung der Gemeinde Rastede 43. Flächennutzungsplanänderung „Gewerbegebiet Leuchtenburg III“ und Bebauungsplan Nr. 59, Oldenburg, 11.12.2009

schutzes und auch die Belange der Landwirtschaft werden demnach ausreichend berücksichtigt.

3.3 Belange des Denkmalschutzes

Im Rahmen der Bauleitplanung sind gem. § 1 (6) Nr. 5 BauGB die Belange des Denkmalschutzes und der Denkmalpflege zu beachten. Unmittelbar aus dem Plangebiet sind nach derzeitigem Kenntnisstand seitens des Niedersächsischen Landesamtes für Denkmalpflege keine archäologischen Fundstellen bekannt. Im Rahmen einer im Vorfeld zur Bauleitplanung angeforderten Stellungnahme hatte das Landesamt darauf hingewiesen, dass der südliche Bereich des Plangebietes auf einem Sandrücken liegt und dementsprechend ein gewisses archäologisches Potenzial aufweist. Dementsprechend wurde im Februar 2009 eine Prospektion mittels Baggersuchschnitten auf diesen Flächen durchgeführt, in denen jedoch keine Hinweise auf archäologische Funde und Befunde ermittelt wurden.

Ferner wird nachrichtlich auf die Meldepflicht von ur- und frühgeschichtlichen Bodenfunden im Zuge von Bauausführungen hingewiesen: „Sollten bei den geplanten Bau- und Erdarbeiten ur- oder frühgeschichtliche Bodenfunde (das können u. a. sein: Tongefäßscherben, Holzkohleansammlungen, Schlacken sowie auffällige Bodenverfärbungen, u. Steinkonzentrationen, auch geringe Spuren solcher Funde) gemacht werden, sind diese gem. § 14 Abs. 1 des Nds. Denkmalschutzgesetzes (NDSchG) meldepflichtig und der zuständigen unteren Denkmalschutzbehörde oder dem niedersächsischen Landesamt für Denkmalpflege – Referat Archäologie – Stützpunkt Oldenburg, Ofener Straße 15, Tel.: 0441 / 7992120 unverzüglich zu melden. Meldepflichtig sind der Finder, der Leiter der Arbeiten oder der Unternehmer. Bodenfunde und Fundstellen sind nach § 14 Abs. 2 des NDSchG bis zum Ablauf von vier Werktagen nach der Anzeige unverändert zu lassen, bzw. für ihren Schutz ist Sorge zu tragen, wenn nicht die Denkmalschutzbehörde vorher die Fortsetzung der Arbeit gestattet.“

3.4 Altablagerungen / Kampfmittel

Im Rahmen des Altlastenprogrammes des Landes Niedersachsen haben die Landkreise gezielte Nachermittlungen über Altablagerungen innerhalb ihrer Grenzen durchgeführt und entsprechendes Datenmaterial gesammelt. Dieses wurde vom Niedersächsischen Landesamt für Wasser und Abfall (NLWA) bewertet. Hiernach liegen im Plangebiet keine Altablagerungen vor. Sollten allerdings bei den geplanten Bau- und Erdarbeiten Hinweise auf schädliche Bodenveränderungen i. S. des BBodSchG gefunden werden, so ist unverzüglich der Landkreis Ammerland - untere Bodenschutzbehörde – zu benachrichtigen.

Seitens der Zentralen Polizeidirektion – Dezernat 55 – Kampfmittelbeseitigungsdienst – wurde eine Auswertung der alliierten Luftbilder für das gesamte Plangebiet vorgenommen. Aus den Aufnahmen wird keine Bombardierung ersichtlich, so dass in Bezug auf Abwurfkampfmittel (Bomben) von dieser Seite keine Bedenken bestehen. Sollten jedoch bei Erdarbeiten andere Kampfmittel (Granaten, Panzerfäuse, Minen etc.) gefunden werden, so ist umgehend die zuständige Polizeidienststelle, das Ordnungsamt oder der Kampfmittelbeseitigungsdienst der Zentralen Polizeidirektion zu benachrichtigen.

4.0 INHALT DES BEBAUUNGSPLANES

4.1 Art der baulichen Nutzung

Zur Realisierung der eingangs beschriebenen Gewerbegebietserweiterung werden innerhalb des Geltungsbereiches Gewerbegebiete (GE) gem. § 8 Baunutzungsverord-

nung (BauNVO) festgesetzt. Entsprechend eines gesondert erstellten Gutachtens zur Einzelhandelsentwicklung³ werden für den Standort Leuchtenburg Einzelhandelsbetriebe der im Folgenden aufgeführten, zentren- und nahversorgungsrelevante Branchen als Gewerbebetriebe aller Art gem. § 8 (2) Nr. 1 BauGB gem. § 1 (5) i. V. m. 1 (9) BauGB ausgeschlossen. Innerhalb der Einzelhandelsbetriebe ist ein zentren- und nahversorgungsrelevantes Randsortiment auf max. 10 % der Gesamtverkaufsfläche zulässig.

Zentrenrelevante Branchen

- Bekleidung,
- Schuhe,
- Lederwaren,
- Sportartikel,
- Bücher,
- Schreibwaren,
- Spielwaren,
- Musikinstrumente,
- Hausrat, Glas, Porzellan, Keramik,
- Geschenkartikel,
- Foto, Film,
- Optik,
- Uhren und Schmuck,
- Heimtextilien, Kurzwaren,
- Unterhaltungselektronik (TV, HiFi, CD)/Neue Medien.

Nahversorgungsrelevante Branchen

- Lebensmittel,
- Reformwaren,
- Drogerieartikel,
- Parfümerieartikel,
- Schnittblumen,
- Zeitschriften.

Durch den Ausschluss dieser Branchen wird den Empfehlungen des o. g. Gutachtens zur Entwicklung des Standortes Leuchtenburg in der Peripherie der Ortslage gefolgt. Die Aussagen für die Gewerbegebiete Leuchtenburg I + II wurden hierbei zielführend auch für das geplante Gebiet übernommen. Zwar wird der Standort in dem Gutachten nur als bedingt geeignet für den Einzelhandel erachtet, angesichts der Vorprägung des Bereiches (u. a. Küchenmöbel und Büromaschinen, -einrichtungen, PC) hat sich die Gemeinde jedoch für eine Weiterentwicklung entschieden. Insgesamt soll eine Schwächung des Ortskerns durch die Ansiedlung dieser Verkaufsbranchen vermieden werden. Hierzu wurde im Rahmen des Gutachtens eine sogenannte „Rasteder Liste“ erstellt, die durch die entsprechenden Festsetzungen im Bebauungsplan verankert wird.

Zusätzlich werden die ausnahmsweise zugelassenen Vergnügungsstätten gem. § 9 (3) Nr. 3 BauNVO nicht Bestandteil des Bebauungsplanes (§ 1 (6) Nr. 1 BauNVO), da sich diese nicht in die angestrebte Gebietsstruktur einfügen würden.

Aus Gründen des Immissionsschutzes ist im Weiteren eine Gliederung des Gewerbegebietes nach der Art der Betriebe und Anlagen und deren Bedürfnissen und Eigenschaften gem. § 1 (4) Nr. 2 BauNVO notwendig. Zur Ermittlung der schalltechnischen Auswirkungen der geplanten Industrieentwicklung auf die umliegenden Siedlungsräume wurde eine schalltechnische Beurteilung mit einer Lärmkontingentierung des Pla-

³ CIMA: Einzelhandelsgutachten für die Gemeinde Rastede, Lübeck 2006

nungsraumes erstellt (s. Kap. 3.2.1). Die gutachterlich ermittelten flächenbezogenen Schallleistungspegel (FSP) werden im Bebauungsplan Nr. 59 verbindlich festgesetzt. Die für die Teilflächen TF1, 2 und 12 des Plangebietes festgesetzten FSP werden im Gutachten als typisch für eingeschränkte Gewerbegebiete klassifiziert, so dass im Bebauungsplan eine entsprechende Festsetzung als Gewerbegebiet mit Nutzungseinschränkungen (GEe) gem. § 8 BauNVO erfolgt. Entsprechend den Inhalten des Gutachtens werden folgende textliche Festsetzungen zur Einhaltung der FSP im Baugenehmigungsverfahren getroffen:

Innerhalb der Gewerbegebiete (GE) sowie der Gewerbegebiete mit Nutzungseinschränkungen (GEe) gem. § 8 BauNVO sind nur solche Betriebe und Anlagen zulässig, deren Schallemissionen je Quadratmeter Grundstücksfläche die in der Planzeichnung den jeweiligen Flächen zugeordneten flächenbezogenen Schallleistungspegel (FSP) in dB(A)/m² (Tag- und Nachtwert) nicht überschreiten.

Schallpegelminderungen, die bei konkreten Einzelvorhaben durch Abschirmmaßnahmen geplant werden, können in der Höhe des Schirmwertes in Bezug auf die relevanten Immissionsorte dem Wert des flächenbezogenen Schallleistungspegel zugerechnet werden. Für konkrete Gewerbeansiedlungen oder Veränderungen sind für die zu besiedelnden Teilflächen Einzelnachweise zu führen.

Die Anforderung gilt gemäß Lärmgutachten als erfüllt, wenn der Schallleistungspegel (LWA) der Anlage des Betriebes den dem Anlagen-/ Betriebsgrundstück entsprechenden zulässigen Schallleistungspegel (LWA_{zul}) nicht überschreitet. Der Nachweis über die Einhaltung des FSP ersetzt nicht die Beurteilung nach den Maßgaben der TA Lärm. Dabei ist: $LWA_{zul} = FSP + 10 \lg (F/F_0)$.

L _{WA, zul}	=	zulässiger Schallleistungspegel in dB(A)
FSP	=	Flächenbezogener Schallleistungspegel in dB(A)/m ²
F	=	Fläche des Anlagen-/Betriebsgrundstücks in m ²
F ₀	=	Bezugsfläche von 1 m ²

4.2 Maß der baulichen Nutzung

Das Maß der baulichen Nutzung wird über die Festsetzung einer Grundflächenzahl (GRZ) gem. § 16 (2) Nr. 1 BauNVO bestimmt. Zur Schaffung eines nutzungsgerechten Entwicklungsspielraumes für die angestrebte Gewerbeentwicklung und einen optimalen Ausnutzungsgrad im Sinne eines flächensparenden Umgangs mit Grund und Boden wird die Grundflächenzahl (GRZ) im Plangebiet auf 0,8 festgesetzt, wodurch die geltende Obergrenze des Maßes der baulichen Nutzung nach § 17 BauNVO ausgenutzt wird.

Zusätzlich wird zur Vermeidung von strukturuntypischen Höhenentwicklungen insbesondere im Ortsrandbereich die maximale Gebäudehöhe mit $GH \leq 12,00$ m festgesetzt (§ 18 BauNVO). Als oberer Bezugspunkt gilt hierbei die Gebäudekante. Unterer Bezugspunkt ist die Straßenoberkante (Fahrbahnmitte) der nächstgelegenen öffentlichen Erschließungsstraße.

4.3 Bauweise, überbaubare und nicht überbaubare Grundstücksflächen

Zur Schaffung von bedarfsgerechten Entwicklungsmöglichkeiten für eine gewerbetypische Gebäudestruktur wird im Plangebiet eine abweichende Bauweise (a) gem. § 22 (4) BauNVO festgesetzt. Demnach sind Gebäude zulässig wie in der offenen Bauweise (o) gem. § 22 (2) BauNVO, jedoch ohne Längenbegrenzung von 50,00 m. Die einzelnen Grenzabstände regeln sich nach der Niedersächsischen Bauordnung (NBauO).

Die überbaubaren und nicht überbaubaren Grundstücksflächen werden im Bebauungsplan durch die Festsetzung der Baugrenzen gem. § 23 (1) BauNVO so dimensioniert, dass den künftigen Gewerbebetrieben ein flexibler Gestaltungsspielraum für eine intensive Flächennutzung bereit gestellt wird. Auf diese Weise werden möglichst große, zusammenhängende Bauflächen zur Verwirklichung der angestrebten Nutzungen geschaffen. Entlang der Raiffeisenstraße sind entsprechend den Vorgaben des § 24 des Niedersächsischen Straßengesetzes (NStrG) keine Hochbauten in einem Abstand von bis zu 20,00 m, ausgehend von der Fahrbahnkante, zulässig. Dies wird durch die Festsetzung der Baugrenze in diesem Bereich gewährleistet. Zusätzlich wird innerhalb der straßenseitigen, nicht überbaubaren Grundstücksflächen entlang der Raiffeisenstraße die Anlage von Garagen gem. § 12 BauNVO und Nebengebäuden in Form von Gebäuden gem. § 14 BauNVO ausgeschlossen.

4.4 Verkehrsflächen

4.4.1 Straßenverkehrsflächen

Entsprechend dem unter Kap. 2.5 genannten städtebaulichen Entwicklungskonzept werden die im Geltungsbereich des Bebauungsplanes vorgesehenen Verkehrsflächen als Straßenverkehrsflächen gem. § 9 (1) Nr. 11 BauGB festgesetzt. Hierbei werden Gesamtbreiten von jeweils 10,00 m gesichert, in der die Anlage der notwendigen Erschließungsanlagen (Fahrbahn, Parkflächen, Trassen für Versorgungsleitungen etc.) ermöglicht wird. Die Stichstraßen enden in Wendeanlagen, die mit Radien von 12,5 m für die zu erwartenden gewerblichen Nutzfahrzeuge ausreichend dimensioniert sind. Der im Norden verlaufende Abschnitt des Stellmoorwegs wird in seinem Bestand gesichert.

Im Sinne einer möglichst konfliktfreien Erschließungssituation zur Vermeidung unnötiger Gefahrenschwerpunkte wird die Anbindung der Verkehrsflächen an dem vorgeprägten Einmündungsbereich der Königstraße in die Raiffeisenstraße (Landesstraße L 826) vorgesehen. Im Zuge eines Verkehrsgutachtens⁴ wurde vermittelt, dass zur Aufnahme des prognostizierten Verkehrsmengen eine Anpassung des Knotenpunktes erforderlich ist. Zur Sicherung eines reibungslosen und sicheren Verkehrsablaufes sind entsprechende Maßnahmen (z. B. Anlage eines Kreisverkehrsplatzes oder ausreichend dimensionierte Abbiegespuren) notwendig. Die für die nachfolgenden Fachplanungen notwendigen Flächen werden im Rahmen der verbindlichen Bauleitplanung über die Festsetzung als Verkehrsfläche planungsrechtlich gesichert. Der übrige Bereich der Raiffeisenstraße, der evtl. durch den Bau einer Abbiegespur in Anspruch genommen werden würde, wird bereits im Bebauungsplan Nr. 58 „Gewerbegebiet Leuchtenburg II“ als Verkehrsfläche dargestellt. Im Zuge der Ausführungsplanungen erfolgt eine Abstimmung mit dem zuständigen Straßenbaulastträger. Die notwendigen Vereinbarungen werden rechtzeitig getroffen.

4.4.2 Bereich ohne Ein- und Ausfahrt

Der Teilabschnitt der Landesstraße L 826 (Raiffeisenstraße), an der das Plangebiet liegt, befindet sich außerhalb der geschlossenen Ortschaft, so dass gem. § 24 NStrG eine direkte Erschließung der Grundstücke nicht zulässig ist. Dementsprechend erfolgt gem. § 9 (1) Nr. 11 BauGB die Festsetzung von Bereichen ohne Ein- und Ausfahrt entlang der Straße.

⁴ INGENIEURBÜRO DR. SCHWERDELM & TJARDES (IST): Verkehrstechnische Untersuchung zur Anbindung Bebauungsplan Nr. 59 an die L 826, Schortens, Dezember 2008

4.5 Versorgungsleitungen (oberirdisch)

Im Südosten des Plangebietes verläuft eine Hochspannungsleitung (überirdisch) 110 kV der E.ON Netz GmbH. Diese wird entsprechend in ihrem Verlauf übernommen und gem. § 5 (2) Nr. 4 BauGB als oberirdische Hauptversorgungsleitung dargestellt. Innerhalb des Freileitungsschutzbereiches in einem Abstand von 25 m, ausgehend von der Trassenmitte, sind in Abstimmung mit dem Betreiber entsprechende Sicherheitsabstände durch die Bauhöhen einzuhalten. Auf die Einhaltung der Schutzbestimmungen wird nachrichtlich in der Planzeichnung hingewiesen:

Innerhalb der im Bebauungsplan gekennzeichneten Freileitungsschutzbereiche der 110 kV Leitung sind alle Baumaßnahmen mit dem zuständigen Leitungsträger (E.ON Netz GmbH) abzustimmen. Innerhalb der Leitungsschutzbereiche sind die zulässigen Bauhöhen nach DIN EN 50341-1 und die zulässigen Arbeitshöhen nach DIN VDE 0105/10.97 zur Gewährleistung der VDE-gemäßen Sicherheitsabstände zu beachten. Im Zuge der einzelnen Baugenehmigungsverfahren müssen die Bauunterlagen (Lageplan und Bauzeichnung mit Angabe der Niveauhöhen) dem Leitungsträger zur Prüfung der Sicherheitsabstände vorgelegt werden. Das Gleiche gilt für die Anlagen von Straßen und Fahrwegen innerhalb der Leitungsschutzbereiche. Die angegebenen Bauhöhenbeschränkungen beziehen sich auf die Abstände zwischen Dach und Leitung und gelten jeweils für unterschiedliche Dachneigungen. Abhängig von der jeweiligen Leitungshöhe im Gebiet sowie der geplanten Dachform ergeben sich so unterschiedliche, zulässige Bauhöhen. Entsprechend den oben getroffenen Aussagen ist im jeweiligen Baugenehmigungsverfahren eine Abstimmung mit dem Leitungsträger erforderlich, in dem dann die konkret einzuhaltende Bauhöhe jeweils verbindlich festgelegt. Eine Festsetzung im Bebauungsplan ist demnach nicht sinnvoll und auch nicht erforderlich.

Abgrabungen an den Maststandorten dürfen nicht vorgenommen werden. Sollten innerhalb eines Sicherheitsabstandes von 10,0 m um einen Maststandort Abgrabungsarbeiten erforderlich werden, so sind diese mit dem Leitungsträger abzustimmen.

4.6 Wasserflächen / Flächen für die Wasserwirtschaft / Leitungsrecht

Innerhalb des Plangebietes befindet sich ein Regenwasserrückhaltebecken, das zur Aufnahme und Versickerung des anfallenden Oberflächenwassers aus dem südlich der Raiffeisenstraße liegenden Gewerbegebiet angelegt wurde. Diese Fläche wird im vorliegenden Bebauungsplan als Fläche für die Wasserwirtschaft gem. § 9 (1) Nr. 16 BauGB planungsrechtlich gesichert. Die umliegenden Flächen sind entsprechend den ursprünglich hierfür geltenden Vorgaben extensiv zu bewirtschaften (s. Kap. 2.8).

Im Rahmen eines Oberflächenentwässerungskonzeptes (Ingenieurbüro Börjes, Westerstede) hat sich ergeben, dass die o. g. Fläche zur Rückhaltung der zu erwartenden Niederschlagsmengen nicht ausreichend ist. Dementsprechend wird im Norden des Plangebietes ein weiterer Bereich in ausreichender Größe festgesetzt. Um die technische Anbindung sicherzustellen, wird zwischen der Planstraße und dem Stellmoorweg eine mit Leitungsrechten zu belastende Fläche gem. § 9 (1) Nr. 21 BauGB innerhalb des Gewerbegebietes (GE) festgesetzt.

Als Maßnahme zum Schutz von Natur und Landschaft (s. Kap. 2.8) ist das Regenrückhaltebecken naturnah auszubauen, die umliegenden Flächen sind entsprechend extensiv zu bewirtschaften. Die entlang des Stellmoorweges vorhandenen, prägenden Einzelgehölze sind zu erhalten und in die Planung einzubinden.

Entlang der westlichen Grenze des für die Regenrückhaltung vorgesehenen Bereiches verläuft das Gewässer II. Ordnung Nr. 37 des Entwässerungsverbandes Jade. Ausge-

hend hiervon, ist ein 10 m breiter Gewässerräumstreifen einzuhalten. Dies wird im Rahmen der konkreten Oberflächenentwässerungsplanung, die im Rahmen der Ausführungsplanung vorgelegt wird, in Abstimmung mit dem Entwässerungsverband berücksichtigt. Das Gewässer wird als Wasserfläche festgesetzt und somit planungsrechtlich gesichert.

4.7 Maßnahmen zum Schutz, zur Pflege und zur Entwicklung von Boden, Natur und Landschaft

Innerhalb des Geltungsbereiches des Bebauungsplanes werden zur Ableitung des anfallenden Niederschlagswassers Maßnahmen für die Wasserwirtschaft in Form von Regenrückhaltebecken erforderlich (s. Kap. 2.7). Das im zentralen Bereich des Plangebietes befindliche Becken wurde bereits im Rahmen von Kompensationsmaßnahmen für frühere Planungen naturnah ausgebaut, die umliegenden Flächen wurden extensiv bewirtschaftet. Zur weiteren planungsrechtlichen Absicherung der Kompensationsmaßnahmen erfolgt eine Festsetzung der Fläche gem. § 9 (1) Nr. 20 BauGB als Fläche für Maßnahmen zum Schutz, zur Pflege und zur Entwicklung von Boden, Natur und Landschaft. Zusätzlich wird die extensive Bewirtschaftung im Zuge einer textlichen Festsetzung für den als MF1 (Maßnahmenfläche 1) bezeichneten Bereich weiter konkretisiert.

Für das noch anzulegende Rückhaltebecken wurde ebenfalls auf der Fläche für die Wasserwirtschaft eine Festsetzung gem. § 9 (1) Nr. 24 BauGB gewählt. Neben der extensiven Bewirtschaftung der umliegenden Flächen (s.o.) wird hier über die textliche Festsetzung auch der naturnahe Ausbau gesichert. Die innerhalb der Fläche am Stellmoorweg liegenden Einzelgehölze sind im Rahmen der Ausführungsplanung zu berücksichtigen und zu erhalten.

Der im Rahmen der Eingriffsregelung ermittelte Kompensationsbedarf wird über Ersatzmaßnahmen auf externen Flächen geregelt, die im Flächenpool der Gemeinde bereitgestellt werden.

4.8 Vorkehrungen zum Schutz vor schädlichen Umwelteinwirkungen

Das Plangebiet liegt unmittelbar im Einwirkungsbereich der Raiffeisenstraße (Landesstraße L 826), von der Verkehrslärmimmissionen ausgehen. Diese wurden im Rahmen eines entsprechenden Gutachtens (s. Kap. 3.2.2) beurteilt. Hierbei hat sich herausgestellt, dass die anzuwendenden Orientierungswerte im Nahbereich der Straße überschritten werden. Dementsprechend wurden die relevanten Lärmpegelbereiche gem. DIN 4109 ermittelt.

Zum Schutz gesunder Wohn- und Arbeitsverhältnisse innerhalb der ermittelten Lärmpegelbereiche werden demnach innerhalb der überbaubaren Grundstücksflächen Flächen für Vorkehrungen zum Schutz vor schädlichen Umwelteinwirkungen i. S. des Bundes-Immissionsschutzgesetzes gem. § 9 (1) Nr. 24 BauGB festgesetzt. Hierin sind passive Schallschutzmaßnahmen in Form besonderer Anforderungen an die Außenbauteile von Gebäuden vorzunehmen. Konkret wird folgende textliche Festsetzung getroffen:

Innerhalb der festgesetzten Flächen für Vorkehrungen zum Schutz vor schädlichen Umwelteinwirkungen i. S. des Bundes-Immissionsschutzgesetzes gem. § 9 (1) Nr. 24 BauGB sind innerhalb der gekennzeichneten Lärmpegelbereiche III, IV und V bei der Errichtung oder baugenehmigungspflichtigen Änderung von Gebäuden, die dem gem. § 8 (3) Nr. 1 BauGB ausnahmsweise zulässigen Betriebsleiterwohnen oder dem dauernden Aufenthalt von Menschen dienen, die Mindestanforderungen an die Luftschall-

dämmung von den nach außen abschließenden Bauteilen von Aufenthaltsräumen der DIN 4109, Tabelle 8 einzuhalten.

4.9 Erhaltung von Einzelbäumen

Entlang des im Norden des Plangebietes verlaufenden Stellmoorwegs stehen prägende Einzelgehölze (Eichen, Birken), die zur Erhaltung des Siedlungs- und Landschaftsbildes zu erhalten sind. Dementsprechend werden die südlich entlang des Weges verlaufenden Einzelbäume gem. § 9 (1) Nr. 25b BauGB festgesetzt. Entsprechend der hierzu formulierten textlichen Festsetzung sind die Bäume in ihrem Bestand zu sichern und auf Dauer zu erhalten. Abgänge sind adäquat zu ersetzen. Die nördlich des Weges stehenden Gehölze befinden sich innerhalb einer Fläche zum Schutz, zur Pflege und zur Entwicklung von Natur und Landschaft (s. Kap. 4.7). Im Zuge der Anlage eines naturnahen Regenrückhaltebeckens sind die hier befindlichen Eichen bzw. Buchen in die Detailplanung zu integrieren. Insofern wird dem Erhalt des Alleecharakters über entsprechende Festsetzungen Rechnung getragen.

5.0 VERKEHRLICHE UND TECHNISCHE INFRASTRUKTUR

- **Verkehrerschließung**

Die verkehrliche Erschließung des Plangebietes erfolgt von Süden über die Raiffeisenstraße (Landesstraße L 826). Die innere Erschließung wird über die Festsetzung von Planstraßen gesichert. Im Weiteren sind bei der Entwicklung des Plangebietes die Belange des Straßenverkehrs zu berücksichtigen. Die notwendigen Abstände (Bauverbotszone) sowie das Verbot einer direkten Erschließung der Grundstücke entlang der Landesstraße L 826 (Raiffeisenstraße) außerhalb der geschlossenen Ortschaft werden über entsprechende Festsetzungen (Baugrenze, Ausschluss von Garagen und Nebenanlagen, Ein- und Ausfahrtsverbot) gesichert.

- **ÖPNV**

Das Plangebiet liegt im fußläufigen Einzugsbereich der Haltestelle „Leuchtenburg, Ostendorf“, welche von den Linien 370 und 334 bedient wird. Mit der Linie 370 ist das Planungsgebiet an den Hauptort Rastede sowie an die Gemeinden Wiefelstede und Bad Zwischenahn angebunden, was sich jedoch hauptsächlich auf die Schultage beschränkt. Die Linie 334 ist ebenfalls vorwiegend auf die Bedürfnisse der Schülerbeförderung ausgerichtet. Die nächsten Haltestellen von Regionallinien liegen zwischen 2 und 3 km entfernt (Linie 330 Wiefelstede-Oldenburg und Linie 340 Rastede-Oldenburg).

- **Gas- und Stromversorgung**

Die Gas- und Stromversorgung erfolgt über den Anschluss an die Versorgungsnetze der Energieversorgung Weser-Ems (EWE).

- **Schmutz- und Abwasserentsorgung**

Die Schmutz- und Abwasserentsorgung innerhalb des Plangebietes wird zentral über den Anschluss an das kommunale Leitungsnetz zur Kläranlage geregelt.

- **Wasserversorgung**

Die Versorgung des Plangebietes mit Trinkwasser wird durch den Oldenburgisch-Ostfriesischen Wasserverband (OOWV) gesichert.

- **Abfallbeseitigung**

Die Abfallentsorgung erfolgt durch den Landkreis Ammerland.

- **Oberflächenentwässerung**

Zur Regelung der Oberflächenentwässerung im Plangebiet wurde durch das Ingenieurbüro Börjes, Westerstede ein Entwässerungskonzept für den gesamten Gel-

tungsbereich des städtebaulichen Rahmenkonzept erstellt. Die für die Oberflächenentwässerung erforderlichen Anlagen (zweites Regenrückhaltebecken, Leitungsrecht) werden über entsprechende Festsetzungen planungsrechtlich abgesichert. Die Oberflächenentwässerungsplanung wird rechtzeitig vorgelegt und mit dem Entwässerungsverband Jade abgestimmt.

- **Fernmeldetechnische Versorgung**

Die fernmeldetechnische Versorgung des Bebauungsplangebietes erfolgt über die verschiedenen Telekommunikationsanbieter.

- **Sonderabfälle**

Sonderabfälle sind vom Abfallerzeuger einer ordnungsgemäßen Entsorgung zuzuführen.

- **Brandschutz**

Die Löschwasserversorgung innerhalb des Plangebietes wird gemäß den entsprechenden Anforderungen sichergestellt.

6.0 VERFAHRENSGRUNDLAGEN

6.1 Rechtsgrundlagen

Dem Bebauungsplan liegen zugrunde (in der jeweils aktuellen Fassung):

- BauGB (Baugesetzbuch),
- BauNVO (Verordnung über die bauliche Nutzung der Grundstücke: Baunutzungsverordnung),
- PlanzV (Verordnung über die Ausarbeitung der Bauleitpläne und die Darstellung des Planinhaltes: Planzeichenverordnung),
- NBauO (Niedersächsische Bauordnung)
- NNatG (Niedersächsisches Naturschutzgesetz),
- BNatSchG (Bundesnaturschutzgesetz),
- NGO (Niedersächsische Gemeindeordnung).
-

7.0 VERFAHRENSÜBERSICHT

7.1.1 Aufstellungsbeschluss

Der Verwaltungsausschuss der Gemeinde Rastede hat in seiner Sitzung am gem. § 2 BauGB den Beschluss zur Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. 59 „Gewerbegebiet Leuchtenburg III“ gefasst.

7.1.2 Beteiligung der Öffentlichkeit

Die Beteiligung der Bürger an der Bauleitplanung gem. § 3 (1) BauGB (öffentliche Darlegung der allgemeinen Ziele und Zwecke der Planung und Anhörung der Bürger) erfolgte bis zum Die Bekanntmachung hierzu erfolgte am durch die Tagespresse (Ammerländer Nachrichten, NWZ).

7.1.3 Öffentliche Auslegung

Die Begründung hat gem. § 3 (2) BauGB vom bis zusammen mit der Planzeichnung öffentlich ausgelegt.

Rastede,

.....

Bürgermeister

7.2 Planverfasser

Die Ausarbeitung des Bebauungsplanes Nr. 59 „Gewerbegebiet Leuchtenburg III“ erfolgte im Auftrag der Gemeinde Rastede vom Planungsbüro:

**Diekmann &
Mosebach** 
Regionalplanung
Stadt- und Landschaftsplanung
Entwicklungs- und Projektmanagement
*Oldenburger Straße 211 · 26180 Rastede
Telefon (0 44 02) 91 16-30
Telefax (0 44 02) 91 16-40*

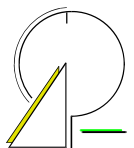
GEMEINDE RASTEDE Landkreis Ammerland

Bebauungsplan Nr. 59 „Gewerbegebiet Leuchtenburg III“

Öffentliche Auslegung und
Beteiligung der Behörden
(§ 3 (2) und 4 (2) BauGB)
und
Erneute Öffentliche Auslegung
und Beteiligung der Behörden
(§ 3 (2) und 4 (2) BauGB)

ABWÄGUNGSVORSCHLÄGE

01.02.2010



Träger öffentlicher Belange

von folgenden Stellen wurden keine Anregungen in der Stellungnahme während der 1. + 2. öffentlichen Auslegung vorgebracht:

	TÖB	1. öffentliche Auslegung, Stellungnahme vom	2. öffentliche Auslegung, Stellungnahme vom
1.	ExxonMobil Production Deutschland GmbH Riethorst 12 30659 Hannover	09.11.2009	28.12.2009
2.	Gasunie Deutschland Services GmbH Pelikanplatz 5 30177 Hannover	06.11.2009	06.01.2010
3.	Transpower Stromübertragungs GmbH Vor dem Nordwald 14 31275 Lehrte	10.11.2009	-
4.	E.ON Netz GmbH Betriebszentrum Lehrte – Leitungen Eisenbahnlängsweg 2a 31275 Lehrte	17.11.2009	-
5.	Oldenburgische Industrie- und Handelskammer (IHK) Moslestraße 6 26122 Oldenburg	01.12.2009	-
6.	Staatliches Gewerbeaufsichtsamt Oldenburg Theodor-Tantzen-Platz 8 26122 Oldenburg	-	12.01.2010

Träger öffentlicher Belange

von folgenden Stellen wurden Anregungen in der Stellungnahme zur 1. + 2. öffentlichen Auslegung vorgebracht:

	TÖB	1. öffentliche Auslegung, Stellungnahme vom	2. öffentliche Auslegung, Stellungnahme vom
1.	Landkreis Ammerland Ammerlandallee 12 26655 Westerstede	03.12.2009	27.01.2010
2.	Niedersächsische Landesbehörde für Straßenbau und Verkehr Geschäftsbereich Oldenburg Kaiserstraße 27 26122 Oldenburg	13.11.2009	07.01.2010
3.	Deutsche Telekom Netzproduktion GmbH Technische Infrastruktur Niederlassung Nordwest PTI 11 PB 2 Ammerländer Heerstraße 140 26129 Oldenburg	03.12.2009	-
4.	Kabel Deutschland Vertrieb & Service GmbH + Co. KG Bavinkstraße 23 26789 Leer	10.11.2009	21.01.2010
5.	Oldenburgisch-Ostfriesischer Wasserverband Georgstraße 4 26919 Brake	11.11.2009	13.01.2010
6.	Zweckverband Bremen / Niedersachsen Willy-Brandt-Platz 7 28215 Bremen	09.11.2009	-
7.	Landwirtschaftskammer Niedersachsen - Forstamt - Im Dreieck 12 26127 Oldenburg	25.11.2009	-
	Landwirtschaftskammer Niedersachsen - Bezirksstelle Oldenburg-Nord - Im Dreieck 12 26127 Oldenburg	-	18.01.2010
8.	Entwässerungsverband Jade Franz-Schubert-Straße 31 28919 Brake	27.11.2009	-

9.	Staatliches Gewerbeaufsichtsamt Oldenburg Theodor-Tantzen-Platz 8 26122 Oldenburg	03.12.2009	-
----	---	------------	---

Anregungen	Abwägungsvorschläge
Landkreis Ammerland Ammerlandallee 12 26655 Westerstede	
<p>Stellungnahme vom 03.12.2009 (1. öffentliche Auslegung) Die im Parallelverfahren zur vorbereitenden Bauleitplanung (43. Flächennutzungsplanänderung) von mir vorgebrachten Anregungen aus naturschutzfachlicher Sicht gelten sinngemäß auch für diese Planung.</p> <p>Ich bitte darum, die Schallimmissionsprognose zum Gewerbelärm zu überarbeiten, da die Orientierungswerte am IAP 11 von 40 dB (A) nachts (nicht 45 dB(A)) entgegen der Aussage unter Ziffer 6.1 (S. 19) rechnerisch nicht eingehalten werden. Soweit erforderlich, sind dann auch die immissionswirksamen flächenbezogenen Schallleistungspegel</p>	<p>Die Hinweise der im Parallelverfahren vorgebrachten Anregungen werden zur Kenntnis genommen. So wird die Eingriffsbilanzierung dahingehend angepasst, dass die Wallhecken nicht nochmalig bei der Kompensationsermittlung berücksichtigt werden und der Ausgleich beeinträchtigter Werte und Funktionen geschützter Wallhecken durch Neuanlage oder wallheckenfördernde Maßnahmen erfolgt. Die zu beseitigenden Wallhecken werden dabei bestimmten Wertstufen zugeordnet und der Ausgleich danach bemessen. Bei der besonders geschützten Art Sumpfschwertlilie wird von einem Erhalt und einer Schonung des vorhandenen Bestandes ausgegangen. Aus Vorsorgegründen wird jedoch, sollte der Bestand bei der Umsetzung der Planung gefährdet werden, die fachgerechte Entnahme und das Einsetzen in das geplante Regenrückhaltebecken aufgeführt. Eine Eingrünung des geplanten Gewerbegebietes findet im Norden und Westen durch den Erhalt der vorhandenen Gehölzbestände entlang des Stellmoorweges statt. Nach Osten wird von einer abschirmenden Eingrünung Abstand genommen, da zum einen keine wesentlichen Blickbeziehungen zwischen dem Gewerbegebiet und den vorhandenen Siedlungsstrukturen bestehen und zum anderen eine Anpflanzung erst in einigen Jahren den gewünschten Effekt auf das Landschaftsbild bzw. für Arten und Lebensgemeinschaften hätte. Da jedoch langfristig nach Osten Erweiterungsmöglichkeiten angedacht sind, würden dann die zu diesem Zeitpunkt voll funktionsfähigen Abpflanzungen wieder entfernt werden müssen. Aus naturschutzfachlicher Sicht ist eine Anpflanzung mit dem Wissen einer etwaigen zukünftigen Abholzung nicht zweckmäßig. Es wird daher keine Eingrünung vorgesehen. Weiterhin wird eine aktuelle Übersicht zu den fehlenden Kompensationseinheiten im Flächenpool dem Landkreis übersendet.</p> <p>Dem Hinweis wird gefolgt. Das Schallgutachten wurde entsprechend überarbeitet. Hieraus ergibt sich, dass zur Einhaltung der Orientierungswerte am IAP 11 eine geringfügige Verringerung des flächenbezogenen Schallleistungspegel für die Teilfläche TF 2 (45 dB(A)) statt 47,5 dB(A)) nachts festgesetzt wurde.</p>

Anregungen	Abwägungsvorschläge
<p>anzupassen.</p> <p>Das südlich mittige Gewerbegebiet mit einem immissionswirksamen flächenbezogenen Schallleistungspegel von nachts lediglich 47,5 dB(A) sollte m. E. ebenfalls als Gewerbegebiet mit Nutzungseinschränkungen festgesetzt werden. In der textlichen Festsetzung Nr. 3 sollte das Wort "immissionsbezogenen" durch das Wort "immissionswirksamen" ersetzt werden. Zu den Eingangsparametern der Schallimmissionsprognose zum Verkehrslärm verweise ich auf Ziffer 2 der Stellungnahme der Niedersächsischen Landesbehörde für Straßenbau und Verkehr vom 13.11.2009.</p> <p>Ich bitte darum, die Rechtsgrundlage in der textlichen Festsetzung Nr. 4 von "§ 8 (3) Nr. 1 BauGB" in "§ 8 (3) Nr. 1 BauNVO" abzuändern.</p> <p>Der Antrag auf Erteilung der wasserrechtlichen Erlaubnis/Genehmigung ist nach Abstimmung der Entwässerungsplanung mit dem Entwässerungsverband Jade bei meiner Unteren Wasserbehörde einzureichen.</p> <p>Aus der Begründung (Ziffer 5.0: Verkehrliche und technische Infrastruktur; ÖPNV) könnte geschlossen werden, dass es sich bei der Linie 370 um eine reguläre Regionallinie handelt. Diese Linie bedient die Strecke Rastede-Wiefelstede-Bad Zwischenahn aber nahezu ausschließlich nur an Schultagen. Auch diese Linie ist (wie die Linie 334) auf die Bedürfnisse der Schülerbeförderung ausgerichtet. Die weiter entfernt liegenden Haltestellen (2 und 3 km; s. meine Stellungnahme vom 08.10.2009) der regulären Regionallinien 330 und 340 sollten erwähnt werden.</p> <p>Stellungnahme vom 27.01.2010 (2. öffentliche Auslegung) Die Ersatzmaßnahmen sind meiner Unteren Naturschutzbehörde nach umfassender Abstimmung mit ihr vor Satzungsbeschluss nachzuweisen.</p> <p>Ich bitte darum, in der Verfahrensleiste den Maßstab der Planunterlage (1:2000 anstatt 1:1000) zu korrigieren, und empfehle, die nachrichtlichen Hinweise neu zu nummerieren und den letzten Hinweis der aktuellen Rechtslage (Änderung des § 24 Nds. Straßengesetz) anzupassen.</p>	<p>Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen. Gemäß der Gebietseinstufung von Gewerbegebieten bzw. eingeschränkten Gewerbegebieten nach KÖTTER (Flächenbezogene Schall-Leistungspegel und Bauleitplanung) entsprechend ihrer immissionswirksamen, flächenbezogenen Schallleistungspegel ist eine Festsetzung als Gewerbegebiet gebräuchlich. Hinsichtlich der oben beschriebenen Verringerung des Nachtwertes von 47,5 dB(A) auf 45 dB(A) erfolgt jedoch im Weiteren eine Festsetzung als Gewerbegebiet mit Nutzungseinschränkungen (GEE).</p> <p>Dem Hinweis wurde gefolgt.</p> <p>Dem Hinweis wird gefolgt. Der wasserrechtliche Antrag wird rechtzeitig im Rahmen der Ausführungsplanungen eingereicht werden.</p> <p>Die Hinweise zu weiteren Haltestellen des ÖPNV wurden in die Begründung aufgenommen.</p> <p>Der Hinweis wird befolgt, die Ersatzmaßnahmen werden nach Abstimmung mit der unteren Naturschutzbehörde vor Satzungsbeschluss nachgewiesen.</p> <p>Die Hinweise werden befolgt, die Unterlagen werden angepasst.</p>

Anregungen	Abwägungsvorschläge
<p>Meine Untere Denkmalschutzbehörde weist auf ein Baudenkmal und einige Bodenfundstellen südlich des Plangebietes hin (s. Anlage):</p> <p>Baurechtlich bestehen grundsätzlich keine Bedenken. In dem Plangebiet sind keine Baudenkmale und Bodenfundstellen registriert. Südlich der Raiffeisenstraße sind in der Nähe des Plangebietes ein Baudenkmal und einige Bodenfundstellen registriert, die als Anlage beigefügt wurden. Die Anlage der registrierten Bodenfundstellen ist jedoch nicht vollständig.</p>	<p>Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen. Die angegebenen Fundstellen befinden sich deutlich außerhalb des Plangebietes, so dass eine Berücksichtigung hier nicht erforderlich ist. Bereits im Vorfeld der Planung wurde auf Hinweis des Landesamtes für Denkmalpflege auf evtl. vorhandenes archäologisches Potenzial im südlichen Bereich des Plangebietes eine Prospektion mittels Baggersuchschnitten durchgeführt. Hinweise auf archäologische Funde oder Befunde wurden nicht ermittelt.</p>
<p>Niedersächsische Landesbehörde für Straßenbau und Verkehr Geschäftsbereich Oldenburg Kaiserstraße 27 26122 Oldenburg</p>	
<p>Stellungnahme vom 13.11.2009 (1. öffentliche Auslegung) Das Plangebiet o. g. Bauleitplanungen grenzt an die L 826 außerhalb einer festgesetzten Ortsdurchfahrt und soll über eine neue Gemeindestraße (Planstraße) an die L 826 angebunden werden. Die Belange der Nds. Landesbehörde für Straßenbau und Verkehr, Geschäftsbereich Oldenburg (NLStBV-OL) sind von den vorliegenden Bauleitplanungen betroffen.</p> <p>Folgendes ist zu den Entwürfen o. g. Bauleitplanungen und die nachfolgende Umsetzung des Bebauungsplanentwurfes zu beachten:</p> <p>1. Für die verkehrliche Erschließung des Bebauungsplangebietes Nr. 59 ist beabsichtigt, gegenüber der Einmündung der Königstraße, über die das Bebauungsplangebiet Nr. 58 erschlossen wird, eine Planstraße an die L 826 anzuschließen. Grundsätzliche Bedenken gegen den geplanten Knotenpunkt L 826/Königstraße/Planstraße bestehen nicht.</p> <p>Über die Knotenpunktsform hat im Januar 2009 auf Grundlage einer verkehrstechnischen Untersuchung des Büros IST, Schortens vom Dezember 2008 eine Besprechung zwischen der Gemeinde und der NLStBV-OL stattgefunden. Dabei wurde abgestimmt, dass die Erschließung des geplanten Gewerbegebietes über eine Kreuzung</p>	<p>Die Hinweise werden zur Kenntnis genommen. Im Rahmen der Bauleitplanung wurden ausreichende Flächen über die Festsetzung als öffentliche Verkehrsflächen gem. § 9 (1) Nr. 11 BauGB zur Anbindung des Plangebietes an die Kreisstraße gesichert. Hierin können unterschiedliche Anbindungsformen (Abbiegespur, Kreisverkehr) realisiert werden.</p>

Anregungen	Abwägungsvorschläge
<p>abzuwickeln ist, für die im Zuge der vorfahrtberechtigten L 826 auf dem westlichen Fahrbahnast ein Linksabbiegestreifen einzubauen ist (in der verkehrstechnischen Untersuchung unter Ziff. 2.4 beschrieben als Vorfahrtnoten). Für die Erschließung des Bebauungsplangebietes Nr. 58 wurde in die L 826 bereits ein Linksabbiegestreifen eingebaut.</p> <p>Sollte sich während oder nach Umsetzung der Bauleitplanung herausstellen, dass die dann entstandene Kreuzung nicht ausreichend leistungsfähig ist, ist unter Beteiligung der zuständigen Träger öffentlicher Belange eine der in der Untersuchung genannten weiteren Knotenpunktformen (Einbau einer Lichtsignalanlage, Anlage eines Kreisverkehrsplatzes) zu realisieren.</p> <p>Vor Baubeginn ist zwischen der Gemeinde und der NLStBV-OL eine Vereinbarung gem. § 34 (1) NStrG abzuschließen. Der NLStBV-OL ist hierfür ein Ausbauplan mit Kostenanschlag zur Überprüfung vorzulegen, der dann Bestandteil der abzuschließenden Vereinbarung wird. Nach Fertigstellung der Baumaßnahme sind dem Straßenbaulastträger gem. § 35 Abs. 3 NStrG die Mehrkosten für die Unterhaltung des Abbiegestreifens und des Einmündungsbereiches der neu hinzukommenden Straße zu erstatten. Der Ablösungsbetrag für die erforderliche Mehrunterhaltung entspricht ca. den Herstellungskosten der Maßnahme.</p> <p>Sämtliche Kosten für die zu einem späteren Zeitpunkt evtl. durchzuführenden weiteren Maßnahmen (Einbau einer Lichtsignalanlage oder Anlage eines Kreisverkehrsplatzes) sind ebenfalls von der Gemeinde zu übernehmen.</p> <p>2.</p> <p>Vom Verkehr auf der L 826 gehen Emissionen aus, die auf das Plangebiet einwirken. In der dem Bebauungsplanentwurf anliegenden Schallimmissionsprognose werden die Schallimmissionen, die durch den Verkehr auf der L 826 hervorgerufen werden, berücksichtigt. Zu den Eingangsparametern (vgl. Ziff. 5.4 der Schallimmissionsprognose) weise ich darauf hin, dass mit einem Prognosehorizont 2020 gerechnet wurde. Allgemein üblich ist ein Prognosezeitraum von 15 Jahren, d. h. ein Prognosehorizont 2025. In die Untersuchung wurde zudem die erwartete Verkehrsentwicklung aus dem Plangebiet nicht eingestellt. Hierzu verweise ich auf die verkehrstechnische Untersuchung des Büros IST,</p>	<p>Vor Baubeginn werden die notwendigen Vereinbarungen getroffen. Die Regelung der Kosten ist nicht Inhalt der Bauleitplanung.</p> <p>Dem Hinweis der Straßenverkehrsbehörde wird gefolgt. Die Schallimmissionsprognose wurde durch das Fachbüro (ted, Bremerhaven) um die veränderten Eingangsparameter (Prognosehorizont 2025, zusätzliche Verkehrsentwicklung aus dem Plangebiet) ergänzt. Die im Entwurf getroffenen Festsetzungen zum passiven Lärmschutz werden dementsprechend aktualisiert. Hieraus ergibt sich eine geringfügige Anpassung der bereits im Entwurf gem. § 9 (1) Nr. 24 BauGB festgesetzten Lärmpegelbereiche. Diesbezüglich wurden in der erneuten öffentlichen Auslegung seitens der NLSTBV-OL keine weiteren Hinweise vorgetragen.</p>

Anregungen	Abwägungsvorschläge
<p>Schortens von Dezember 2008.</p> <p>Ich bitte um schriftliche Benachrichtigung über die Abwägung meiner vorgetragenen Anregungen und Hinweise vor Veröffentlichung der Bauleitplanungen. Nach Abschluss des Verfahrens bitte ich unter Bezug auf Ziffer 38.2 der Verwaltungsvorschriften zum BauGB um Übersendung von zwei Ablichtungen der gültigen Bauleitplanungen einschließlich Begründung.</p> <p>Stellungnahme vom 07.01.2010 (2. öffentliche Auslegung) Das Plangebiet o. g. Bauleitplanungen grenzt an die L 826 außerhalb einer festgesetzten Ortsdurchfahrt und soll über eine neue Gemeindestraße (Planstraße) an die L 826 angebunden werden. Die Belange der Nds. Landesbehörde für Straßenbau und Verkehr, Geschäftsbereich Oldenburg (NLStBV-OL) sind von den vorliegenden Bauleitplanungen betroffen. Zur vorgesehenen verkehrlichen Erschließung des Plangebietes (Kap. 4.4.1-Straßenverkehrsflächen – der Begründung) ist Ziff. 1 meiner Stellungnahme vom 13.11.2009 im Rahmen der Beteiligung gem. § 4a Abs. 4 BauGB weiterhin gültig und zu beachten.</p> <p>Ich bitte um schriftliche Benachrichtigung über die Abwägung meiner vorgetragenen Anregungen und Hinweise vor Veröffentlichung der Bauleitplanungen. Nach Abschluss des Verfahrens bitte ich unter Bezug auf Ziffer 38.2 der Verwaltungsvorschriften zum BauGB um Übersendung von zwei Ablichtungen der gültigen Bauleitplanungen einschließlich Begründung.</p>	<p>Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen. Auf den Abwägungsvorschlag zu Ziffer 1 der Stellungnahme vom 13.11.2009 (s. o.) wird verwiesen.</p>
<p>Kabel Deutschland Vertrieb & Service GmbH + Co. KG Bavinkstraße 23 26789 Leer</p>	
<p>Stellungnahme vom 10.11.2009 (1. öffentliche Auslegung) Wir bedanken uns für Ihr Schreiben vom 04.11.09. Im Planbereich befinden sich Telekommunikationsanlagen unseres Unternehmens. Planzeug über die vorhandenen Anlagen können Sie bei unserer Web-Auskunft (Einstieg und Anmeldung unter: https://partner.kabeldeutschland.de/webauskunft/) kostenlos ausdrucken. Bzw. bei der Planauskunft in 54292 Trier, Zurmaiener Str. 175, unter der</p>	<p>Die Hinweise zur 1. und 2. öffentlichen Auslegung werden zur Kenntnis genommen und im Zuge der Ausführungsplanungen berücksichtigt.</p>

Anregungen	Abwägungsvorschläge
<p>E-Mail Adresse: planauskunft1@kabeldeutschland.de oder der Fax-Nr.: (089) 92 33 42 -11 80, anfordern.</p> <p>Wir weisen darauf hin, dass unsere Anlagen bei der Bauausführung zu schützen bzw. zu sichern sind, nicht überbaut und vorhandene Überdeckungen nicht verringert werden dürfen. Im Bereich der Anbindung der öffentlichen Verkehrsfläche könnte eine Umverlegung unserer Telekommunikationsanlagen erforderlich werden. Abschließend bitten wir Sie, Ihre bzw. die in Ihrer Dienststelle gespeicherte Adresse unserer zuständigen Planungsgruppe, von Jahnstraße 5, 26789 Leer, auf Bavinkstraße 23, 26789 Leer zu ändern.</p> <p>Stellungnahme vom 21.01.2010 (2. öffentliche Auslegung)</p> <p>Wir bedanken uns für Ihr Schreiben vom 18.12.09. Im Planbereich befinden sich Telekommunikationsanlagen unseres Unternehmens. Planzeug über die vorhandenen Anlagen können Sie bei unserer Web-Auskunft (Einstieg und Anmeldung unter: https://partner.kabeldeutschland.de/webauskunft/) kostenlos ausdrucken. Bzw. bei der Planauskunft in 54292 Trier, Zurmaiener Str. 175, unter der E-Mail Adresse: planauskunft1@kabeldeutschland.de oder der Fax-Nr.: (089) 92 33 42 -11 80, anfordern.</p> <p>Wir weisen darauf hin, dass unsere Anlagen bei der Bauausführung zu schützen bzw. zu sichern sind, nicht überbaut und vorhandene Überdeckungen nicht verringert werden dürfen. Sollte eine Umverlegung unserer Telekommunikationsanlagen erforderlich werden, benötigen wir mindestens drei Monate vor Baubeginn Ihren Auftrag, um eine Planung und Bauvorbereitung zu veranlassen sowie die notwendigen Arbeiten durchführen zu können. Eigene Maßnahmen der Kabel Deutschland Vertrieb und Service GmbH und Co.KG zur Erweiterung des Telekommunikationsnetzes sind im genannten Planbereich nicht vorgesehen.</p>	
<p>Oldenburgisch-Ostfriesischer Wasserverband Georgstraße 4 26919 Brake</p>	
<p>Stellungnahme vom 11.11.2009 (1. öffentliche Auslegung)</p> <p>In unserem Schreiben vom 22.09.2009 – T la – 851/09/He – haben wir</p>	<p>Die Hinweise des OOWV beziehen sich auf die Berücksichtigung</p>

Anregungen	Abwägungsvorschläge
<p>bereits eine Stellungnahme zum oben genannten Vorhaben abgegeben. Bedenken und Anregungen werden daher, soweit unsere damaligen Hinweise beachtet werden, nicht mehr vorgetragen.</p> <p>Stellungnahme vom 13.01.2010 (2. öffentliche Auslegung) → Gleich lautend wie oben.</p>	<p>vorhandener Hausanschlussleitungen sowie mögliche Erweiterungen des Versorgungsnetzes. Diese werden im Rahmen der Ausführungsplanungen berücksichtigt.</p>
<p>Zweckverband Bremen / Niedersachsen Willy-Brandt-Platz 7 28215 Bremen</p>	
<p>Stellungnahme vom 09.11.2009 (1. öffentliche Auslegung) Wir begrüßen die Aufnahme des öffentlichen Personennahverkehrs in Ihrer Begründung, möchten jedoch noch anbringen, dass die Linie 370 ebenfalls überwiegend auf die Belange der Schülerbeförderung ausgerichtet ist.</p>	<p>Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen.</p>
<p>Landwirtschaftskammer Niedersachsen - Forstamt Oldenburg - Im Dreieck 12 26127 Oldenburg</p>	
<p>Stellungnahme vom 25.11.2009 (1. öffentliche Auslegung) Bei der Durchsicht des Landschaftsökologischen Fachbeitrages fiel uns auf, dass die geplanten Kompensationsflächen für die o. g. Bauleitplanung in einem Gebiet liegen, in dem in den zurückliegenden Jahren bereits von unserer Seite große Flächen aufgeforstet wurden und auch aktuell beplant werden. Diese Flächen liegen nördlich des Stellmoorweges und liegen in unmittelbarer Nähe zu dem nördlichen Teil des Flächenpools. Wir regen an, auch diesen Teil mit standortgerechten heimischen Laubhölzern aufzuforsten, um mittelfristig einen größeren Laubwald zu etablieren, der nicht nur aus landschaftsökologischer Sicht vielfältige, positive Funktionen für den Natur- und Landschaftshaushalt wahrnimmt, sondern auch für die erholungssuchende Bevölkerung attraktiv sein wird. Eine solche Aufforstung wäre mit der Wertstufe 4-5 in eine Kompensationsrechnung einzubeziehen. Für die Planung und Durchführung einer solchen Maßnahme stehen wir selbstverständlich gerne zur Verfügung.</p>	<p>Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen. Die Fläche nördlich des Stellmoorwegs stellt sich zurzeit als Grünland dar. Entsprechend den Inhalten der Oberflächenentwässerungskonzeptes wird hier eine Fläche zur Regelung des Wasserabflusses „Regenrückhaltebecken“ festgesetzt. Diese ist zwar gem. § 9 (1) Nr. 20 BauGB (Maßnahmen zum Schutz, zur Pflege und zur Entwicklung von Natur, Boden und Landschaft) naturnah auszubauen, entsprechend ihrer Funktion für die Oberflächenentwässerung ist eine Aufforstung hier jedoch nicht möglich. An dem Entwicklungsziel „Naturnahes Regenrückhaltebecken mit umgebenden artenreichen Grünländern auf der dargestellten Fläche zum Schutz, zur Pflege und zur Entwicklung von Boden, Natur und Landschaft“ wird demnach festgehalten.</p>

Anregungen		Abwägungsvorschläge
Landwirtschaftskammer Niedersachsen - Bezirksstelle Oldenburg-Nord - Im Dreieck 12 26127 Oldenburg		
Stellungnahme vom 18.01.2010 (2. öffentliche Auslegung) Die Gemeinde Rastede beabsichtigt im Rahmen der 43. Flächennutzungsplanänderung in der Ortschaft Leuchtenburg Gewerbeflächen auszuweisen. Parallel hierzu soll der Bebauungsplan Nr. 59 aufgestellt werden. Westlich des Geltungsbereiches des Bebauungsplanes Nr. 59 befindet sich die Hofstelle des landwirtschaftlichen Betriebes Wilfried Wemken, Stellmoorstr. 12, 26180 Rastede. In dem Stallgebäude der Hofstelle Wemken wird im geringen Umfang Rindviehhaltung betrieben. Daneben betreibt der Landwirt Wemken an dem Standort Raiffeisenstr. 260, 26180 Rastede, Mutterkuhhaltung. Im Auftrage der Gemeinde Rastede wurde zur Prüfung der zu erwartenden Geruchsimmissions-situation auf Grundlage der Geruchsimmissions-Richtlinie Niedersachsen (GIRL) eine Ausbreitungsrechnung mit Datum vom 11.12.2009 erstellt. Die Ausbreitungsrechnung führte zu dem Ergebnis, dass innerhalb des Geltungsbereiches des Bebauungsplanes Nr. 59, die gemäß GIRL für ein Gewerbegebiet zulässige Geruchsstundenbelastung von 15 % der Jahresstunden deutlich eingehalten werden kann. Aus landwirtschaftlicher und immissionsschutzfachlicher Sicht bestehen gegen die Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. 59 keine Bedenken.		Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen.
Entwässerungsverband Jade Franz-Schubert-Straße 31 28919 Brake		
Stellungnahme vom 27.11.2009 (1. öffentliche Auslegung) Der Entwässerungsverband Jade hat gegen die o. g. Bauleitplanung aus wasserwirtschaftlicher Sicht keine Bedenken, wenn dem Verband ein prüffähiger Oberflächenentwässerungsplan vorgelegt wird. Im nord-		Der Hinweis wird befolgt. Im Rahmen der Aufstellung des Bebauungsplanes wurde dem Landkreis bereits ein hierzu erarbeitetes Oberflächenentwässerungskonzept vorgelegt, das für diesen

Anregungen	Abwägungsvorschläge
westlichen Abschnitt des geplanten Regenrückhaltebeckens verläuft das Verbandsgewässer III. Ordnung Wasserzug Nr. 37. In diesem Bereich ist bei der Planung ein mindestens 10,00 m breiter Räum-/Unterhaltungstreifen vorzusehen.	Planungsschritt ausreichend ist. Ein prüffähiger Oberflächenentwässerungsplan wird in Form des wasserrechtlichen Antrags im Zuge der Ausführungsplanungen bei der zuständigen Behörde des Landkreises eingereicht. In diesem Zusammenhang erfolgt eine Beteiligung bzw. Abstimmung mit dem Entwässerungsverband Jade auch hinsichtlich der Einhaltung des Gewässerräumstreifens.
Deutsche Telekom Netzproduktion GmbH Ammerländer Heerstraße 140 26129 Oldenburg	
Stellungnahme vom 03.12.2009 (1. öffentliche Auslegung) zur o. a. Planung haben wir bereits mit E-Mail vom 02.11.2009 Stellung genommen. Diese Stellungnahme gilt unverändert weiter. Stellungnahme vom 02.11.2009 Für den rechtzeitigen Ausbau des Telekommunikationsnetzes sowie die Koordinierung mit dem Straßenbau und den Baumaßnahmen der anderen Leitungsträger ist es notwendig, dass Beginn und Ablauf der Erschließungsmaßnahmen beim zuständigen Ressort Produktion Technische Infrastruktur Oldenburg, Ammerländer Heerstraße 140, 26129 Oldenburg, Tel. (0441) 234-5129 so früh wie möglich, mindestens 4 Wochen vor Baubeginn, schriftlich angezeigt werden. Diese Stellungnahme gilt sinngemäß auch für die 43. Änderung des Flächennutzungsplanes. Wir bitten unsere verspätet abgegebene Stellungnahme zu entschuldigen.	Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen und im Zuge der Ausführungsplanungen berücksichtigt.
Staatliches Gewerbeaufsichtsamt Oldenburg Theodor-Tantzen-Platz 8 26122 Oldenburg	
Stellungnahme vom 03.12.2009 (1. öffentliche Auslegung) Gegen den Bebauungsplan Nr. 59 „Gewerbegebiet Leuchtenburg III“ sind aus der Sicht des Staatlichen Gewerbeaufsichtsamtes Oldenburg nach wie vor die bereits in der Stellungnahme vom 08.10.2009 genannten	Der Hinweis wurde befolgt. Das Schallgutachten wurde nochmals geringfügig überarbeitet. Die Kontingentierung der Gewerbeflächen erfolgt weiterhin nach dem Verfahren „Flächenbezogene Schallleistungspegel

Anregungen	Abwägungsvorschläge
<p>Einwände zu erheben; hierzu weise ich auf Folgendes hin:</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. Sowohl in der Begründung des Bebauungsplanes als auch in der textlichen Festsetzung wird die Abkürzung IFSP verwendet. Diese steht allgemein für den Begriff „immissionswirksamer flächenbezogener Schallleistungspegel“. In der Festsetzung Nr. 3 wird jedoch die Abkürzung IFSP mit <u>immissionsbezogener flächenbezogener Schallleistungspegel</u> erklärt. 2. In den Abwägungsvorschlägen der Gem. Rastede zu meinen Einwänden in der Stellungnahme vom 08.10.2009 heißt es, dass im vorliegenden Fall die Kontingentierung der Gewerbeflächen nicht nach der DIN 45691 sondern nach dem vom ehemaligen NLO veröffentlichten Verfahren „Flächenbezogenen Schall-Leistungspegel und Bauleitplanung“ durchgeführt wurde. Dies entspricht auch der Berücksichtigung von Luftabsorption und Bodendämpfung im vorliegenden Schallschutzgutachten der TED vom 13.10.2009, Projekt Nr.: 09.002-5. Dann handelt es sich bei den Kontingentierungen im B-Plan 59 aber auch nicht um IFSP sondern um FSP (flächenbezogene Schallleistungspegel). 3. In den Abwägungsvorschlägen der Gem. Rastede zu meinen Einwänden heißt es weiter, dass das Verfahren „<i>Flächenbezogenen Schall-Leistungspegel und Bauleitplanung</i>“ die Ortsunabhängigkeit von Schallquellen in den einzelnen Teilflächen berücksichtige und daher dem Verfahren der DIN 45691 vorzuziehen wäre. Im o. g. Gutachten der TED vom 13.10.2009 heißt es dagegen auf Seite 13, oben: „Es ist darauf hinzuweisen, dass die dargestellten Flächeneinteilungen auf Grund der Abstände zu den Immissionsaufpunkten nicht den Bedingungen für ortsunabhängige Schallquellen gemäß dem Kontingentierungsverfahren /F1/ erfüllen.“ 4. Im o. g. Schallschutzgutachten werden aus den zunächst auf Seite 13 ermittelten „flächenbezogene Schallleistungspegel“ bei der textliche Festsetzung auf Seite 22 plötzlich „immissionswirksame flächenbezogenen Schallleistungspegel – IFSP“, obwohl das Verfahren zur Ermittlung von IFSP gar nicht angewendet wurde. <p>Im Ergebnis ist festzustellen, dass der Bebauungsplan i. V. m. dem</p>	<p>und Bauleitplanung“. Dies wird durch das Niedersächsische Ministerium für Umwelt und Klimaschutz als oberste Dienst- und Fachaufsicht der Gewerbeaufsichtsämter zur Konfliktbewältigung zwischen den konkurrierenden Nutzungen im Rahmen der Bauleitplanung akzeptiert. Ein entsprechender Erlass, der diese Vorgehensweise für das Land Niedersachsen empfiehlt, steht nach Auskunft des Ministeriums Anfang 2010 in Aussicht. Irritationen durch die Bezeichnung IFSP (immissionswirksamer flächenbezogener Schallleistungspegel) statt FSP (flächenbezogener Schallleistungspegel) wurden in der Überarbeitung des Gutachtens ausgeräumt, zukünftig werden ausschließlich FSP angegeben. Im Weiteren wird erläutert, dass die Kriterien der Ortsunabhängigkeit aus pragmatischen Gründen zum Teil nicht angewandt werden, da sich so Teilflächen <1000 m² für das Gewerbegebiet ergeben würden. Allerdings ist im konkreten Baugenehmigungsverfahren zum Einen der flächenbezogene Schallleistungspegel (FSP) nachzuweisen, zum Anderen die Beurteilung nach den Maßgaben der TA Lärm – Technische Anleitung zum Schutz gegen Lärm durchzuführen. Insofern wird für eine konkret geplante Anlage ein immissionsseitiger Nachweis (analog IFSP) geführt.</p> <p>In den Planunterlagen wurden die Planzeichnung, die textlichen Festsetzung zur Bestimmung der Emissionskontingente sowie die Begründung in Absprache mit dem Schallgutachter entsprechend angepasst und konkretisiert. Im Rahmen der 2. öffentlichen Auslegung wurden seitens des Gewerbeaufsichtsamtes keine Bedenken geäußert.</p>

Anregungen	Abwägungsvorschläge
<p>vorgelegten Gutachten und der gewählten Festsetzung die von ihm ausgelöste Lärmproblematik nicht hinreichend bewältigt.</p> <p>Aus meiner Sicht wird in der textlichen Festsetzung Nr. 3 nicht eindeutig definiert mit welcher geeigneten Methode die Bestimmung der Emissionskontingente erfolgt ist und wie die Einhaltung dieser Festsetzung vollzogen werden soll.</p> <p>Ich empfehle Ihnen daher diesbezüglich noch einmal Rücksprache mit dem Lärmgutachter zu halten.</p>	

Anregungen von Bürgern / Verbänden

von folgenden Bürgern / Verbänden wurden Anregungen in der Stellungnahme in der 1. + 2. öffentlichen Auslegung vorgebracht:

	Bürger, Verband	1. öffentliche Auslegung, Stellungnahme vom	2. öffentliche Auslegung, Stellungnahme vom
1.	Henning Cordsen Hainbuchenstraße 15 26180 Rastede	03.12.2009	26.01.2010
2.	NABU Rastede Mühlenstraße 116 26180 Rastede	-	24.01.2010

Anregungen von Bürgern / Verbänden	Abwägungsvorschläge
Henning Cordsen Hainbuchenstraße 15 26180 Rastede	
<p>Stellungnahme vom 03.12.2009 und 26.01.2010 (1.+2. öffentliche Auslegung)</p> <p>In der Gemeinde Rastede ging in den vergangenen Jahrzehnten ein erheblicher Verbrauch an naturnahen Flächen für Wohnungsbaugelände und zusätzliche Gewerbegebiete unterschiedlichster Art in Randlagen des Kernorts und verschiedener Ortsteile vorstatten. Es dürften hierdurch einige Hundert Hektar wertvollen Bodens endgültig versiegelt worden sein. In den ausgelegten Unterlagen weisen Sie mehrfach auf den Umstand hin, Rastede hätte als sogenanntes 'Mittelzentrum' besondere Funktionen in der Region wahrzunehmen. Das wird auch bei früheren Planungen ein „schlagendes Argument“ gewesen sein. Es ist aber andererseits nicht messbar. Ich jedoch frage mich: Hat meine Gemeinde qualitativ und quantitativ messbare Ziele bei derartigen Grundstücksangeboten? Bei einem jährlichen Durchschnittsverkauf von 4 ha (s.S. 8 in Niederschrift vom 26.10.09) allein für die Neuansiedlung von Gewerbebetrieben frage ich mich weiter, wo hat die Verwaltung vor das nächste Stück Natur zu vernichten, wenn in 4 – 5 Jahren Leuchtenburg III verkauft ist. Von Letzterem muss ausgegangen werden. Bei einem Planungszeitraum von aktuell nicht weniger als 10 Jahren (s. ebenda) sollten die nächsten Abschnitte zur „Erschließung“ eines Leuchtenburg IV etc. längst in Bearbeitung sein. Leuchtenburg IV deshalb, weil Sie diesen Ortsteil als gewerbliche Entwicklungsfläche (s. ebenda) ansehen. Dann würden in den nächsten 15 Jahren 60 ha ammerländischer Landschaft mit typischen Wallhecken und gesunden Flora- und Faunastrukturen unter gewerblich genutzten und versiegelten Flächen verloren gehen. Zusammen mit den heute in Rastede vorhandenen 190 ha Gewerbeflächen und dem neuen Industriegebiet AK OL Nord mit 20 ha werden es dann mindestens 270 ha sein, die der Natur entrissen worden sind, Wohnbauflächen nicht berücksichtigt. Da kann ich nur hoffen, dass sich vorher einige wesentliche Rahmenbedingungen ändern.</p> <p>Im Umweltbericht werden für bestimmte Schutzgüter erhebliche Auswirkungen bei einer Umsetzung der Planung erwartet. Mein Eindruck ist, dass alle diese Veränderungen und die gegenseitigen</p>	<p>Den Hinweisen wird widersprochen. Diese beziehen sich auf die grundsätzlichen Entwicklungsziele der Gemeinde – auch hinsichtlich gewerblicher Bauflächen, die im Rahmen des Verfahrens zur 43. Flächennutzungsplanänderung behandelt bzw. abgewogen werden. Gleiches gilt für die Stellungnahme zum Umweltbericht.</p>

Anregungen von Bürgern / Verbänden	Abwägungsvorschläge
<p>Wechselbeziehungen im Ökosystem des Plangebiets nur unzureichend gewürdigt werden. Durch noch nicht vollständig vorgetragene Ausgleichs- bzw. Ersatzmaßnahmen wird ein zeitliches Intervall entstehen, in dem sofort umgesetzte Zerstörungen allmählich gewachsener Strukturen anderenorts nur sukzessive nachwachsen bzw. sich neu entwickeln können. So wird es zumindest vorübergehend zu verstärkten Auswirkungen kommen. Aber auch die Tatsache, dass in der Gemeinde immer mehr Versiegelungen stattfinden, führt letztlich zu sich verstärkenden Auswirkungen, weil immer weniger Flächen für Ausgleichs- bzw. Ersatzmaßnahmen übrig bleiben. Offengeblieben ist m.E. die Frage, in welchen lokalen Bereichen des gemeindeeigenen Flächenpools der rechnerische Bedarf an Kompensation von 9,75 ha und 3,11 ha erfolgen soll. Hier erwarte ich eine exakte Bezeichnung. Unabhängig davon bitte ich weiter um eine Antwort auf die Frage, warum eine weitestgehende Überplanung (=Zerstörung) von für das Landschaftsbild wertgebenden Strukturen nur „erheblich“ und nicht „sehr erheblich“ sein soll. Im Landschaftsökologischen Fachbeitrag wird dargelegt, dass ein Teil des Plangebietes bereits als Kompensationsfläche dient bzw. als Wallhecke in der Vergangenheit neu angelegt wurde. Daraus folgt: Hierfür muss wiederum Ersatz nachgewiesen werden. Der bisherige Zweck dieser zu einem früheren Zeitpunkt im Plangebiet eingerichteten Maßnahmen wird damit ad absurdum geführt, weil sie sich in der Vergangenheit noch nicht genügend entwickeln konnten und nun bereits wieder verschwinden sollen. Weiterhin bringen Sie als Argument für die Erweiterung in Leuchtenburg u.a. die Vorbelastung an. Ich halte es für sehr fragwürdig, eine Ausweitung des GE-Gebietes aufgrund bestehender Vorbelastungen gleich welcher Art vorzunehmen. Gerade die Lage der zuletzt erschlossenen Gebiete Leuchtenburg I und II südlich der Raiffeisenstraße sprechen eher gegen die Ausweitung auf nördlich der Straße gelegene Flächen. Ein Aspekt bleibt m.E. trotz der Fülle an gutachterlichen Unterlagen völlig außen vor. Das Plangebiet ragt hinein in das Niedermoorgebiet Stellmoor. Abgesehen von gründungstechnisch schwierigen Bodenverhältnissen im nördlichen Teil des Plangebiets, die entsprechende Eingriffe in den darunterliegenden moorigen Untergrund zur Folge haben werden, ist auch die Tatsache zu berücksichtigen, dass in geringer Entfernung nördlich des Moores Sand abgebaut wird. Dieser Abbau hat ebenfalls negative Auswirkungen auf das Stellmoor. So verringert sich z.B. der Zufluss von Oberflächenwasser auf tieferliegende</p>	

Anregungen von Bürgern / Verbänden	Abwägungsvorschläge
<p>und durchlässigere Böden. Dem Moor droht damit Entzug von bislang zufließendem Wasser und Trockenheit mit weiteren ökologischen Folgen. Nach dem Bau der BAB 29 im Osten und dem laufenden Sandabbau im Nordwesten soll das Ökosystem Stellmoor nun im Süden und damit von einer dritten Seite durch meine Gemeinde erheblich beeinträchtigt werden. Ich wehre mich dagegen, dass das Stellmoor zu einer nicht überlebensfähigen Insel am Rande der Geest degradiert wird.</p> <p>Insbesondere im Norden und Süden des Kernorts Rastede ist Ihre Verwaltung dabei, unumkehrbare negative Veränderungen zu betreiben, deren Auswirkungen zum Teil noch gar nicht absehbar sind. Die Ortsteile Wahnbek/Ipwege/Loy und Leuchtenburg verlieren zunehmend an Attraktivität. Dabei stehen der Kommunalpolitik durchaus Möglichkeiten offen, durch geeignete Maßnahmen gegenzusteuern. So möchte ich vorschlagen, allen Grundstückseigentümern im gesamten Gemeindegebiet seitens der Gemeinde Unterstützung beim Anlegen von naturnahen Gärten und Grünflächen zu gewähren. Das muss nicht viel Geld kosten, sondern manchmal nur einen Hinweis auf entsprechende Projektangebote von Naturverbänden. So kann einem Rückzug der Artenvielfalt von Flora und Fauna wirksam entgegengewirkt werden. Eine Vernetzung dieser Art könnte also Sinn machen und letztlich nutzenstiftend sein. Auch zukünftig will z.B. ein Ortsverein Wahnbek noch mit seinen Radlergruppen durch eine intakte heimische Umgebung fahren können. Wenn aber wie zu befürchten bald in Leuchtenburg wie vorher schon anderswo weitere Baumreihen, Einzelbäume und Wallhecken samt Grünland verschwinden, heute noch pflanzengesäumte Gewässer durch Versiegelung eingedämmt werden oder in einem Kanal sozusagen abtauchen, wenn im Gegensatz zur Flora eine von Ihnen nur in geringem Umfang festgestellte und protokollierte Vielfalt der faunistischen Bestände „vergrämt und abgedrängt“ wird, werden touristische Gruppen bald ebenfalls einen Bogen um unseren Residenzort schlagen. Letztlich ist es das gesamte Landschaftsbild, welches die Attraktivität der Region in und um Rastede ausmacht. Die dem Laien willkürlich erscheinenden Bewertungen verschiedener Biotoptypen oder einer unvollständig erfassten Tierwelt in der gutachterlichen Begründung mögen dem Fachmann verständlich sein, den politisch Verantwortlichen zu einer gewissen Genugtuung für ihre Entscheidung verhelfen, aber für den Bürger sind sie nicht nachvollziehbar und damit kann er kein Vertrauen in</p>	

Anregungen von Bürgern / Verbänden		Abwägungsvorschläge
<p>Ihre Arbeit gewinnen.</p> <p>Wie soll es in Rastede weiter gehen? Das frage ich Sie, Herr Bürgermeister. Wann ist Schluss mit der Versiegelungspolitik? Immer nur zu antworten, dass eine nachfrageorientierte Planung erfolge, ist einfach viel zu kurz formuliert. Hier muss ein Punkt gesetzt werden. Was fehlt ist ein Gesamtkonzept zu jeglicher Ansiedlungspolitik in unserer Gemeinde. Setzen Sie sich und den Einwohnern Rastedes hierzu messbare Ziele! Der gesamte Ort muss für Bürger attraktiv bleiben, die an mehr als Wohnen und Arbeiten interessiert sind. Es ist zwar einerseits durchaus erfreulich, als Bürger Wohnen und Arbeiten räumlich eng aneinander binden zu können. Aber zu meinem Leben gehört noch mehr. Alle Flächenversiegelungen der vergangenen Jahrzehnte haben einerseits den heutigen Bewohnern zu lebenswertem Wohnraum und relativ sicheren Arbeitsplätzen verholfen. Andererseits muss gerade ungehemmter Flächenverbrauch verantwortungsbewusst handelnde Menschen in der Gemeindeverwaltung zum Nachdenken herausfordern. Ständige Einzelfallbetrachtungen der jeweiligen betroffenen Flächen, die überplant werden, tragen in ihrer Summe letztlich zu einer sukzessiven Vernichtung des Ökosystems im Rasteder Gemeindegebiet bei. Sie können nicht jeden zerstörerischen Eingriff in unsere Natur durch entsprechende Maßnahmen ausgleichen oder kompensieren.</p>		
<p>NABU Rastede Mühlenstraße 116 26180 Rastede</p>		
<p>Stellungnahme vom 24.01.2010 (2. öffentliche Auslegung) <u>Grundsätzliches</u> Schien es noch bis vor wenigen Jahren, wenn auch aus unterschiedlichen Ansätzen, in der Gemeinde Konsens zu sein, Eingriffe in Mooregebiete zu verhindern (als Beispiel mag die Verhinderung der Abtorfung weiter Teile des Hankhauser Moores gelten), so soll mit den o. g. Plänen erstmalig die Basis für den Eingriff in wenn auch nur geringe Teile eines degenerierten Niedermoores geschaffen werden. Das widerspricht nicht nur den Moorschutzbestrebnungen des Landes und der Naturschutzverbände, sondern auch den erklärten Zielen des Landkreises Ammerland, vorhandene (Rest-)Moore zu schützen und sogar wie im Falle des Fintlandsmoores zu renaturieren.</p>		<p>Die Hinweise werden zur Kenntnis genommen. Diese beziehen sich grundsätzlich auf die Inanspruchnahme von gewerblichen Bauflächen und werden demnach im Rahmen der 43. Flächennutzungsplanänderung abgewogen.</p>

Anregungen von Bürgern / Verbänden	Abwägungsvorschläge
<p>Zum anderen ist es schwer nachvollziehbar, erneut eine ländlich geprägte Fläche in ein Gewerbegebiet zu verwandeln, wenn im „Industriepark am Nordkreuz“ eine durch Kahlschlag entstandene 20 ha große Gewerbefläche bisher keinen sichtbaren gewerblichen Abnehmer gefunden hat. Auch dort wurde in den Begründungen für den Flächennutzungs- und Bebauungsplan von einem „anhaltend hohen Bedarf“ an Industrieflächen gesprochen, ähnlich wie jetzt für Leuchtenburg III in der Begründung zum Landschaftsökologischen Fachbeitrag von einer „aktuell anstehenden Nachfragesituation“ die Rede ist. Und das, obwohl die rechtliche Überprüfung über das wirksame Zustandekommen der Baupläne zum „Industriepark am Nordkreuz“ noch aussteht. Die Gemeinde täte u. E. gut daran, die diesbezügliche Entwicklung abzuwarten und nicht hektisch und offenbar ohne erkennbares Gesamtkonzept nach immer neuen, flächenfressenden, das Orts- und Landschaftsbild verunstaltenden Gewerbegebieten zu greifen. Den NABU Rastede erreichen immer wieder Anrufe von Bürgern dieser Gemeinde, die ihren Unmut wegen der fortschreitenden Urbanisierung Rastedes vortragen. Offenbar dringen diese Gedanken von Menschen mit anderem Naturverständnis und nicht auf kurzfristige Erfolge schielenden Einwohnern aber nicht bis zu den Parteien und ihren Entscheidungsträgern durch bzw. werden dort nicht gewichtet oder zur Kenntnis genommen. Sonst könnten Pläne wie diese nicht fast einmütig in den Entscheidungsgremien des Gemeinderates mitgetragen werden. Auch der Charakter Rastedes als Luftkurort gerät zunehmend unter Druck. Vergessen werden sollte nicht bei aller Gier nach neuen Gewerbebetrieben, dass ein großes Potenzial Rastedes gerade im Tourismusbereich liegt. Wie lange noch?</p> <p>Zum Flächennutzungsplan In den Erläuterungen zum Flächennutzungsplan werden sowohl in Pkt. 2.1.3 (Schutzgut Boden), Pkt. 2.1.6 (Schutzgut Landschaft) als auch in Pkt. 2.1.9 (Schutzgut Tiere und Pflanzen) die Auswirkungen auf die Schutzgüter als erheblich gewertet. Neben den nicht auszugleichenden Beeinträchtigungen in der zum Stellmoor offenen Landschaft sind es die irreparablen Schäden an der Tierwelt, die im folgenden Landschaftsökologischen Fachbeitrag behandelt und dort von uns bewertet werden.</p>	<p>Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen und im Rahmen der 43. Flächennutzungsplanänderung abgewogen.</p>

Anregungen von Bürgern / Verbänden	Abwägungsvorschläge
<p>Zum Landschaftsökologischen Fachbeitrag Wenn etwas im Zusammenhang mit der Planung lobende Erwähnung finden soll, so ist es der Landschaftsökologische Fachbeitrag des Planungsbüros Diekmann & Mosebach, der detailliert Auskunft über die vorhandenen Artengemeinschaften und Lebensräume gibt. Hier hat man offensichtlich aus Fehlern der Vergangenheit gelernt („Industriepark am Nordkreuz“). Der Beitrag kommt aber zu einem fehlerhaften Ergebnis, weil der Eingriff durch das geplante Vorhaben unzulässig ist. Wir begründen das wie folgt:</p> <p>Nach § 19 (3) BNatSchG ist die Zerstörung eines Biotops streng geschützter Arten, und zu diesen werden alle Vogelarten gezählt, nur zulässig, wenn zwingende Gründe des überwiegenden öffentlichen Interesses den Eingriff rechtfertigen. Das zwingende öffentliche Interesse kann im vorliegenden Fall aber nicht begründet werden. Es kann nicht im zwingenden öffentlichen Interesse sein, ein Gebiet mit Gebäuden und Straßen zu überplanen, wenn an anderer Stelle im Gemeindegebiet ein mit der (unzulässigen) Vernichtung von 10 ha Mischwald einhergehendes und noch mit erheblichen öffentlichen Mitteln herzurichtendes 20 ha großes Gewerbe-/Industriegebiet offenbar keine (erkennbaren) Abnehmer findet. Das kann auch nicht mit der Funktion Rastedes als Mittelzentrum und voraus schauender Gewerbepolitik erklärt und der Öffentlichkeit verkauft werden.</p>	<p>Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen. Die Gemeinde bleibt jedoch bei dem Ergebnis, dass das Vorhaben und die damit verbundenen Eingriffe in Natur und Landschaft zulässig sind (siehe unten).</p> <p>Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen. Es wird darauf hingewiesen, dass alle europäischen Vogelarten als besonders geschützt nach dem Naturschutzgesetz eingestuft werden. Streng geschützte Arten sind jedoch nur besonders geschützte Arten, die a) in Anhang A der Verordnung (EG) Nr. 338/97, b) in Anhang IV der Richtlinie 92/43/EWG, c) in einer Rechtsverordnung nach § 52 Abs. 2 BNatSchG aufgeführt sind. Damit fallen nur diejenigen Vogelarten unter einen strengen Schutz, die u. a. auch in der Anlage 1, Spalte 3 der BArtSchV als streng geschützte Art aufgeführt sind. Im Geltungsbereich handelt es sich dabei bei den Vogelarten um Kiebitz sowie Turmfalke.</p> <p>Die Gemeinde sieht es auf Basis der vorhandenen Kartierungen und Betrachtungen der Umweltauswirkungen unter Berücksichtigung des § 19 (3) BNatSchG nicht, dass Biotope für streng geschützte Arten, <u>die nicht ersetzbar sind (Wortlaut des Gesetzes)</u>, zerstört werden. Nicht ersetzbar bedeutet, dass das Biotop für die Population am dortigen Standort unentbehrlich ist und gleichartige bzw. die Funktion des zerstörten Biotops übernehmende Ausgleichsflächen nicht rechtzeitig geschaffen werden können. Die Nichtersetzbarkeit wäre offensichtlich gegeben, wenn eine lokale Population infolge des Eingriffs nicht mehr dauerhaft lebensfähig wäre und wirksame Ausweichhabitate nicht geschaffen werden können. Die überplanten Biotope streng geschützter Arten innerhalb des Plangebietes werden durch entsprechende Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen kompensiert. Das Vorhaben wird als zulässig nach § 19 BNatSchG eingestuft, da eine Kompensation der Eingriffe erfolgt und die Belange von Natur und Landschaft den anderen Belangen nicht vorrangig gegenüberstehen.</p>

Anregungen von Bürgern / Verbänden	Abwägungsvorschläge
<p>Selbst wenn man diese Hürde durch den § 19 BNatSchG ignorieren oder mit viel Wohlwollen überspringen und den Eingriff damit als zulässig betrachten wollte, wird die Hürde des § 42 BNatSchG für dieses Projekt unüberwindbar. Nach § 42 (1) Nr. 3 BNatSchG ist es verboten, Fortpflanzungs- oder Ruhestätten der wild lebenden Tiere der besonders geschützten Arten, also u. a. aller Vogelarten, aus der Natur zu entnehmen, zu beschädigen oder zu zerstören. Nach § 42 (5) BNatSchG käme diese Vorschrift des § 42 (1) Nr. 3 BNatSchG nur dann nicht zur Anwendung, d. h. ein Eingriff wäre zulässig, „soweit die ökologische Funktion der von dem Eingriff oder Vorhaben betroffenen Fortpflanzungs- oder Ruhestätten im räumlichen Zusammenhang weiterhin erfüllt wird. „Diese ökologische Funktion des Umfeldes im Stellmoor ist in dem Landschaftsökologischen Fachbeitrag als gegeben bezeichnet, aber nicht begründet worden. In der SAP heißt es dazu Zitat: <i>„In der unmittelbaren Umgebung befinden sich Bereiche, die eine gleichartige Struktur und Ausprägung aufweisen, wie die überplanten Gebiete. Der Verbotstatbestand gem. § 42 (1) Nr. 3 BNatSchG wird in Verbindung mit § 42 (5) BNatSchG demzufolge nicht erfüllt.“</i> und daraus wird im Fazit der Schluss gezogen: <i>„Es konnte im Folgenden im Rahmen der saP festgestellt werden, dass die Populationen der nachgewiesenen Arten des Anhangs IV der FFH-Richtlinie bzw. die europäischen Vogelarten durch die vorgesehenen Vermeidungsmaßnahmen in ihrem natürlichen Verbreitungsgebiet in einem günstigen Erhaltungszustand verweilen bzw. deren aktuelle Erhaltungszustände sich nicht verschlechtern werden. Es werden für die Vermeidung von Verbotstatbeständen adäquate Maßnahmen getroffen.“</i> Es fehlt aber jeglicher Beleg bzw. jegliche Untersuchung, die die These untermauern könnte, ob denn tatsächlich der verbleibende Lebensraum für die auf die freie Landschaft angewiesenen Brotvogelarten Kiebitz, Fasan und Turmfalke bzw. Fitis, Goldammer und Domgrasmücke (letztere im Zusammenhang mit Einzelbäumen/Sträuchern) geeignet ist, um erfolgreich brüten zu können. Nur dann ist der gesetzliche Tatbestand des „räumlichen Zusammenhangs“ erfüllt, wenn in den angrenzenden Flächen ebenfalls die o. g. Vogelarten in den/dem letzten Jahr(en) als Brutvögel nachweislich festgestellt wurden. Dem NABU Rastede liegen von dort keine eigenen Erhebungsdaten vor. Insofern kann der Nachweis der „gleichwertigen ökologischen Funktion des räumlichen Zusammenhangs“ nicht geführt werden.</p>	<p>Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen. Der Eingriff in Natur und Landschaft wird unter Berücksichtigung der oben dargelegten Gründe als zulässig angesehen. Bei der Prüfung des Verbotstatbestandes nach § 42 (1) Nr. 3 BNatSchG wird für die Fortpflanzungsstätten allein für die Rauchschwalbe die ökologische Funktion im räumlichen Zusammenhang überprüft, da bei den übrigen Vogelarten eine Baufeldfreimachung außerhalb der Brutzeit einen Verbotstatbestand verhindert. Die Rauchschwalbe wurde, wie auch im landschaftsökologischen Fachbeitrag dargelegt, in anderen Gebäuden im Plangebiet, die erhalten bleiben, angetroffen. Die ökologische Funktion im räumlichen Zusammenhang ist damit für die Rauchschwalbe gegeben.</p> <p>Die Prüfung des Verbotstatbestands nach § 42 (1) Nr. 3 BNatSchG wurde ebenfalls für die <u>Ruhestätten</u> durchgeführt. Der Begriff Ruhestätte umfasst die Orte, die für ruhende bzw. nicht aktive Einzeltiere oder Tiergruppen zwingend erforderlich sind. Sie dienen v. a. der Thermoregulation, der Rast, dem Schlaf oder der Erholung, der Zuflucht sowie der Winterruhe (gekürzt nach EU-Kommission 2007 zitiert in STMI Bayern 2007). Das Plangebiet jedoch weist keine dieser Strukturen auf, die nach der Definition der EU-Kommission für die angetroffenen Arten eine Ruhestätte darstellen könnten. Es wurde jedoch im Rahmen der artenschutzrechtlichen Prüfung der Begriff der Ruhestätte ausgeweitet und damit eine strengere Prüfung durchgeführt. So wurden z. B. Sträucher dem Begriff der Ruhestätte zugeordnet, die von Vögeln bspw. als Ansitz genutzt werden. Die Tiere sind in der Lage, bei Entfernung bspw. eines Gehölzes, das als Ansitzwarte dient, auf umliegende Gehölze auszuweichen. Auf u. a. Luftbildern ist zu erkennen, dass sich weitläufige Grünlandbereiche mit entsprechenden gleichartigen Gehölzstrukturen an das Plangebiet anschließen. Der Erhalt der ökologischen Funktion im räumlichen Zusammenhang ist daher gegeben. Wäre die Definition der EU-Kommission zu Grunde gelegt worden, wären keine Ruhestätten im Plangebiet konstatiert worden.</p>

Anregungen von Bürgern / Verbänden	Abwägungsvorschläge
<p>Für eine Zulässigkeit des Vorhabens blieben somit nur die Ausnahmeregelungen gem. § 43 BNatSchG. Als Ausnahmetatbestand käme ausschließlich Abs. 8 Nr. 5 in Betracht, der Ausnahmen „aus anderen zwingenden Gründen des überwiegenden öffentlichen Interesses einschließlich solcher sozialer oder wirtschaftlicher Art“ vorsieht. Ausnahmen sind danach aber nur zulässig wenn „zumutbare Alternativen nicht gegeben sind und sich der Erhaltungszustand der Populationen einer Art nicht verschlechtert...“. Zumutbare Alternativen sind aber durch Nutzung der leerstehenden Gewerbeflächen im Gewerbe-/Industriegebiet am Nordkreuz ausreichend gegeben. Zum anderen darf als allgemein bekannt vorausgesetzt werden, dass sich die Populationen unserer heimischen Wiesenvögel und damit auch der Kiebitze (wird im folgenden nur exemplarisch genannt) in den letzten Jahren/Jahrzehnten. dramatisch verschlechtert haben. Der Kiebitz, wird inzwischen in der Roten Liste Niedersachsens der gefährdeten Brutvogelarten Niedersachsens (6. Fassung) als „stark gefährdet“ eingestuft, der zweithöchsten Gefährdungskategorie (KRÜGER, Jahresberichte der Ornithologischen Arbeitsgemeinschaft (OAO) Oldenburg, Nr. 19, 2007).</p> <p>Eine wie auch immer geartete Kompensationsmaßnahme (noch dazu in anderem räumlichen Zusammenhang) kann dem Kiebitz den verlorenen artspezifischen Lebensraum nicht ersetzen. Der Versuch einer „Umsiedlung“ schlägt daher in aller Regel fehl. Aber auch die in der o. g. Roten Liste als gefährdet geltenden Vogelarten Rauchschwalbe und Gartenrotschwanz sowie die in der Vorwarnliste zur Roten Liste aufgeführten Haus- und Feldsperling, Star und Turmfalke sind neben den besonders geschützten Fledermausarten Breitflügel- und Zwergfledermaus sowie Großer Abendsegler, die das Plangebiet mindestens als Nahrungshabitat nutzen, nur die herausragenden Arten, die auf grund des Bebauungsplanes unter den nachfolgenden Baumaßnahmen ihre angestammten Brut- und Nahrungshabitate verlieren würden.</p> <p>Die drei im Gebiet festgestellten Fledermausarten sind zwar kartiert, die Untersuchung beschränkt sich aber nur auf den streng abgegrenzten Planbereich. Das ist i. d. R und auch hier nicht ausreichend. Insbesondere bei Fledermäusen ist der zu untersuchende Bereich</p>	<p>Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen. Es wird von Seiten der Gemeinde nicht gesehen, dass die Verbotstatbestände des § 42 BNatSchG erfüllt werden. Die Ausnahmeregelung nach § 43 BNatSchG ist für die Umsetzung der Planung daher nicht heranzuziehen. Dementsprechend erübrigt sich auch eine Alternativenprüfung, eine Begründung für einen Ausnahmetatbestand sowie eine Überprüfung der Erhaltungszustände betroffener Populationen.</p> <p>Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen. Die Kompensationsmaßnahmen im Kompensationsflächenpool der Gemeinde sehen die Extensivierung von Grünflächen vor. Auf diesen Extensivgrünländern wird der Ersatz für die überplanten Kiebitzbrutbereiche nach den gesetzlichen Vorgaben geleistet. Zusätzlich wird innerhalb des Geltungsbereiches im Norden extensives Grünland in den Randbereichen des vorgesehenen Regenrückhaltebeckens geschaffen, was eine Aufwertung dieses Bereich auch im Hinblick für die Attraktivität der Fläche für den Kiebitz mit sich bringt. Für die übrigen vom NABU aufgeführten Arten werden keine Beeinträchtigungen festgestellt.</p> <p>Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen. In Absprache mit dem Landkreis Ammerland wurde für das Plangebiet und seine unmittelbare Umgebung die Erhebung von Fledermäusen vereinbart. Es ist nicht Aufgabe einer Bauleitplanung flächendeckende Bestandserhebungen für</p>

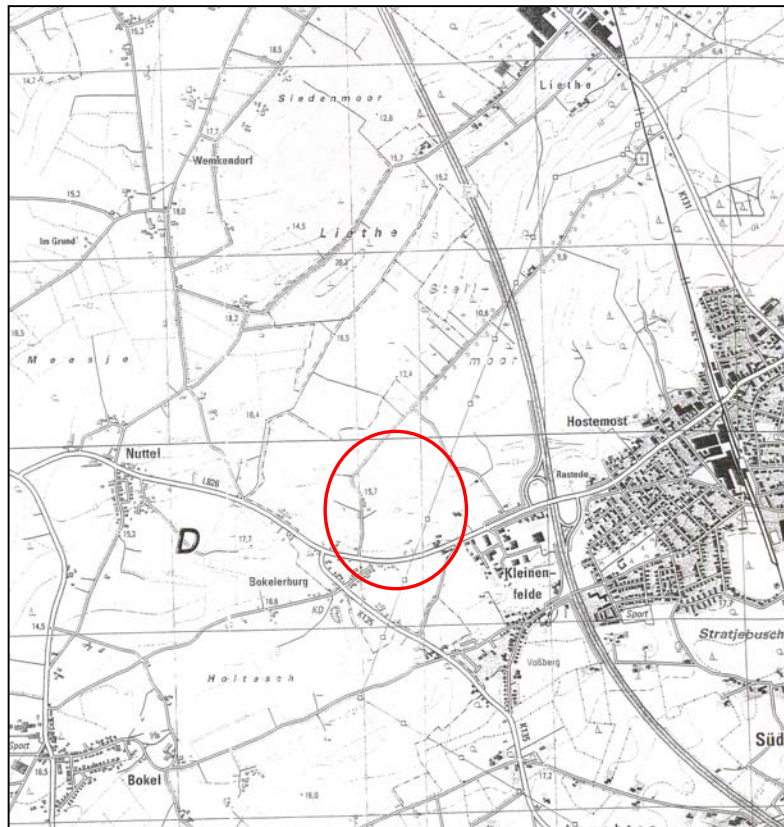
Anregungen von Bürgern / Verbänden	Abwägungsvorschläge
<p>deutlich auszudehnen, um die Wechselwirkungen zwischen der umliegenden freien Landschaft und dem Plangebiet zu ermitteln. Wichtig wäre z. B. festzustellen, wo sich im Umkreis zu der überplanten Fläche Weibchen-Wochenstuben befinden und wie sich die Nahrungssituation dort nach einer Bebauung entwickeln würde.</p> <p>Zusammenfassung Das Vorhaben ist unzulässig, da der Nachweis für „zwingende Gründe des überwiegenden öffentlichen Interesses“ gem. § 19 BNatSchG an der Zerstörung in erster Linie des Kiebitzbiotops nicht geführt werden kann, da an anderer Stelle ausreichend Gewerbeflächen zur Verfügung stehen. Selbst wenn man das zwingende öffentliche Interesse als gegeben ansehen wollte, ist die „Gleichwertigkeit der ökologischen Funktion des räumlichen Zusammenhangs“ als zwingende Voraussetzung des § 42 BNatSchG nicht nachgewiesen worden. Der Ausnahmetatbestand aus „anderen zwingenden Gründen des überwiegenden öffentlichen Interesses einschließlich solcher sozialer oder wirtschaftlicher Art“ gem. § 43 (8) Nr. 5 scheitert an den vorhandenen Alternativlösungen im 20 ha großen, auf Käufer wartenden Gewerbe-/Industriegebiet am Nordkreuz.</p>	<p>eine Art durchzuführen, für die es in einem Plangebiet oder dessen näheren Umgebung keine Verdachtsmomente für entsprechende Wertigkeiten gibt. Untersuchungen „ins Blaue hinein“ sind nicht veranlasst (vgl. BVerwG, Urteil vom 09.07.2008 – 9A 14/07 – Nordumgehung Bad Oeynhausen). Für Fledermäuse bedeutsam sind die Wallhecken und Baumwallhecken als Jagdgebiete. Während diese Bereiche von den Tieren genutzt werden, grenzen im Norden, Südwesten und Süden Felder an, die für diese Faunengruppe nicht von Bedeutung sind. Die durchgeführten Erfassungen werden für die Beurteilung der artenschutzrechtlichen Belange und für die Eingriffsbetrachtung als ausreichend angesehen.</p> <p>Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen. Wie oben bereits ausführlich dargestellt, wird der Eingriff gem. § 19 BNatSchG als zulässig angesehen. Es besteht aufgrund dessen keine Begründungsverpflichtung im Sinne des § 19 (3) BNatSchG. Der Erhalt der ökologischen Funktion im räumlichen Zusammenhang für das Verbot nach § 42 (1) Nr. 3 BNatSchG wurde für die Überplanung von Ruhestätten sowie die Überplanung der Fortpflanzungsstätte der Rauschwalbe dargestellt und erläutert. An den Aussagen der artenschutzrechtlichen Prüfung wird festgehalten. Es wird kein Verbotstatbestand erfüllt und es ist daher kein Ausnahmetatbestand einer Prüfung zu unterziehen.</p>

GEMEINDE RASTEDE

Landkreis Ammerland



Landschaftsökologischer Fachbeitrag zum Bebauungsplan Nr. 59 „Gewerbegebiet Leuchtenburg III“

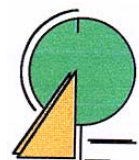


Entwurf

Stand: 14. Dezember 2009

Planungsbüro Diekmann & Mosebach

Oldenburger Straße 211 - 26180 Rastede
Tel.: 04402/911630 - Fax: 04402/911640
e-mail: info@diekmann-mosebach.de



INHALTSÜBERSICHT

1.0	VERANLASSUNG	1
2.0	BELANGE VON NATUR UND LANDSCHAFT	1
3.0	PLANERISCHE VORGABEN UND HINWEISE	2
3.1	Lage im Raum	2
3.2	Landschaftsprogramm	3
3.3	Landschaftsrahmenplan (LRP)	3
3.4	Schutzgebiete	3
3.5	Naturräumliche Standortverhältnisse	3
3.6	Landschaftsbild / Ortsbild	4
3.7	Vorbelastungen	4
4.0	LANDSCHAFTÖKOLOGISCHE BESTANDSAUFNAHME	5
4.1	Beschreibung der Biotoptypen des Plangebietes	5
4.2	Gefährdete und besonders geschützte Pflanzenarten	9
5.0	TIERÖKOLOGISCHE BESTANDSAUFNAHME	9
5.1	Datengrundlagen, Untersuchungsmethoden	11
5.2	Ergebnisse	12
5.2.1	Brutvögel	12
5.2.2	Fledermäuse	15
5.2.3	Lurche	17
5.2.4	Libellen	17
5.2.5	Heuschrecken	18
6.0	BILANZIERUNG	19
6.1	Bewertung der Biotoptypen	19
6.2	Bewertung der Fauna	21
6.3	Eingriffsumfang	24
6.4	Eingriffsbilanzierung	26
6.4.1	Flora	26
6.4.2	Fauna	28
7.0	VERMEIDUNG / MINIMIERUNG VON BEEINTRÄCHTIGUNGEN	29
8.0	MASSNAHMEN ZUR KOMPENSATION	30
8.1	Ausgleichsmaßnahmen	31
8.1.1	Anlage von naturnah gestalteten Regenrückhaltbecken mit Entwicklung der umliegenden Flächen als Extensivwiese (MF 2) (ca. 20.739 m²)	31
8.2	Ersatzmaßnahmen	33
9.0	VORSCHLÄGE ZU DEN TEXTLICHEN FESTSETZUNGEN	33
9.1	Hinweise	33
9.2	Vorgeschlagene textliche Festsetzungen	34

ANHANG

Spezielle artenschutzrechtliche Prüfung

ANLAGEN:

Karte 1: Bestandsplan: Biotoptypen, Nutzungen und gefährdete und besonders geschützte Pflanzen

Karte 2: Bestand Brutvögel, Fledermäuse und Lurche

Karte 3: Bestand Libellen und Heuschrecken

Karte 4: Planung

1.0 VERANLASSUNG

Die Gemeinde Rastede beabsichtigt, die gewerbliche Nutzung im Hauptort auszuweiten und stellt zu diesem Zweck den Bebauungsplan Nr. 59 „Gewerbegebiet Leuchtenburg III“ auf. Anlass der Planung ist es, ein ausreichendes und attraktives Angebot an gewerblichen Bauflächen auch hinsichtlich der aktuell anstehenden Nachfragesituation bereitzustellen. Dementsprechend wird der bereits gewerblich vorgeprägte Siedlungsbereich im Norden Rastedes um eine ca. 17,7 ha große Fläche erweitert. Der Geltungsbereich des Bebauungsplanes Nr. 59 schließt sich hierbei unmittelbar nördlich der Raiffeisenstraße an den Bebauungsplan Nr. 58 „Gewerbegebiet Leuchtenburg II“ an. Zur Sicherung einer für die gewerbliche Nutzung ausreichenden Verkehrsanbindung wird im Einmündungsbereich der Königstraße in die Raiffeisenstraße ein Teilbereich des Bebauungsplanes Nr. 59 überlagert.

Durch die Aufstellung des Bebauungsplanes wird durch die Ausweisung eines Gewerbegebietes eine bauliche Verdichtung in diesem Bereich ermöglicht. Adäquat der kommunalen Zielkonzeption sowie dem raumordnerischen Leitgedanken, vorhandene Siedlungsräume zu verdichten bzw. weiterzuentwickeln, so dass eine Inanspruchnahme von Freiflächen (Außenbereich) für die Bereitstellung neuer Bauflächen vermieden wird, erfolgt die Aufstellung des Bebauungsplanes mit dem konkreten Ziel, im Bereich von vorhandenen Siedlungsstrukturen Entwicklungsmöglichkeiten bereitzustellen.

In diesem Fachbeitrag zum Bebauungsplan Nr. 59 wird eine fachliche Abarbeitung der Belange von Natur und Landschaft inklusive der Eingriffsregelung erstellt. Weiterhin werden Maßnahmen zur Vermeidung und Minimierung von Beeinträchtigungen sowie Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen zur Kompensation der unvermeidbaren Eingriffe in Natur und Landschaft formuliert, die in den Bebauungsplan Nr. 59 übernommen werden.

Es erfolgt zusätzlich eine spezielle artenschutzrechtliche Prüfung (vgl. Anhang), in der die Belange des Artenschutzes abgearbeitet werden.

2.0 BELANGE VON NATUR UND LANDSCHAFT

In der Abwägung gemäß § 1 (7) BauGB sind in den Bauleitplänen die Belange des Umweltschutzes, des Naturschutzes und der Landschaftspflege gem. § 1 (6) Nr. 7 BauGB zu berücksichtigen (vgl. § 1a BauGB).

Sind aufgrund der Aufstellung, Änderung, Ergänzung oder Aufhebung von Bauleitplänen, Eingriffe in die Natur und Landschaft gemäß § 18 (1) BNatSchG zu erwarten, ist über die Vermeidung, den Ausgleich und den Ersatz nach den Vorschriften des Baugesetzbuches zu entscheiden (vgl. § 21 (1) BNatSchG).

Der Verursacher eines Eingriffs ist zu verpflichten, vermeidbare Beeinträchtigungen von Natur und Landschaft zu unterlassen sowie unvermeidbare Beeinträchtigungen durch Maßnahmen des Naturschutzes und der Landschaftspflege vorrangig auszugleichen (Ausgleichsmaßnahmen) oder in sonstiger Weise zu kompensieren (Ersatzmaßnahmen) (§ 19 (1) und (2) BNatSchG).

Die Gemeinde Rastede hat im Folgenden die Belange des Naturschutzes und der Landschaftspflege auf der Ebene der verbindlichen Bauleitplanung berücksichtigt. Eingriffe in den Naturhaushalt und das Landschaftsbild, die sich aus der Umsetzung der verbindlichen Bauleitplanung ergeben, sind dargestellt und bewertet. Für diejenigen

Eingriffe in Natur und Landschaft, die nicht im Sinne des BNatSchG und NNatG vermieden werden können, werden Maßnahmen zur Minimierung bzw. ausreichenden Kompensation dargestellt und festgelegt.

3.0 PLANERISCHE VORGABEN UND HINWEISE

3.1 Lage im Raum

Der räumliche Geltungsbereich des Bebauungsplans Nr. 59 „Gewerbegebiet Leuchtenburg III“ liegt im Ortsteil Leuchtenburg im Gebiet der Gemeinde Rastede, die verwaltungstechnisch dem Landkreis Ammerland zuzuordnen ist. Das Plangebiet befindet sich am westlichen Ortsrand von Rastede, westlich der A 29 Oldenburg - Wilhelmshaven und ist durch lockere Siedlungsstrukturen mit Gehölzen sowie landwirtschaftliche Nutzung gekennzeichnet.

Das Plangebiet (Geltungsbereich) lässt sich grob wie folgt abgrenzen:

- im Westen und Norden durch den Stellmoorweg,
- im Osten durch Grünländer und Grabenareale,
- im Süden durch die Raiffeisenstraße (L 826).

Die Lage des Planungsgebietes im räumlichen Bezug ist dem Kartenausschnitt auf dem Deckblatt zu entnehmen. Die genauere Abgrenzung des Plangebietes zeigt folgender Kartenausschnitt der Deutschen Grundkarte (DGK 5).

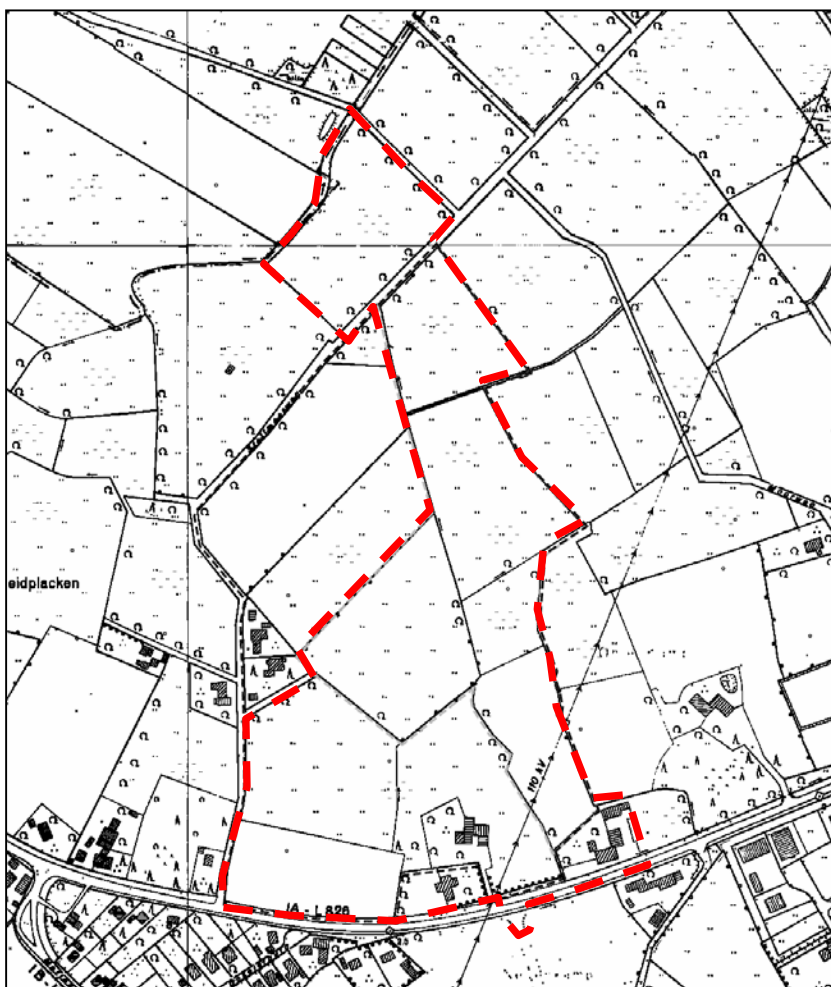


Abbildung 1: Lage des Plangebietes – Ausschnitt aus der DGK 5 (unmaßstäblich)

3.2 Landschaftsprogramm

Entsprechend der Einteilung des Niedersächsischen Landschaftsprogramms von 1989 befindet sich das Plangebiet in der Naturräumlichen Region Ems-Hunte-Geest und Dümmer-Geestniederung. Als vorrangig schutz- und entwicklungsbedürftig werden beispielsweise Eichenmischwälder, Weiden-Auwälder, Erlenbruchwälder und Bäche genannt. Als besonders schutz- und entwicklungsbedürftig gelten Buchenwälder, kleine Flüsse sowie nährstoffarme Feuchtwiesen und nährstoffreiches Feuchtgrünland. Schutzbedürftig, z. T. auch entwicklungsbedürftig sind Feuchtgebüsche, Gräben, Grünland mittlerer Standorte, Ruderalfluren und sonstige wildkrautreiche Sandäcker.

3.3 Landschaftsrahmenplan (LRP)

Der Landschaftsrahmenplan des Landkreises Ammerland liegt mit Stand von 1995 vor. Das Plangebiet sowie die nähere Umgebung wird durch gemischte Acker- und Grünlandflächen geprägt (Karte 1 – Landschafts- und Siedlungsstrukturen). Gemäß Karte 6 wird der Bereich als Wallheckengebiet mit hoher Dichte und mittlerer Vernetzung der Wallhecken dargestellt. Der Anteil geschädigter Wallhecken macht weniger als 30 % aus. Es handelt sich zudem ein Gebiet, in dem die Wallhecken gepflegt und erhalten werden sollen. Als Biotoptypen sind in Karte 5 landwirtschaftlich genutzte Areale mit einem unterschiedlichen Anteil an Acker- und Baumschulflächen dargestellt.

Die Bedeutung für Arten und Lebensgemeinschaften ist im zentralen Geltungsbereich mit Wertstufe 2 (von 4 möglichen Wertstufen) als mäßig eingeschränkt dargestellt. Die Randbereiche wurden mit Wertstufe 4 als stark eingeschränkt bewertet. Als charakteristische Merkmale des Landschaftsbildes in diesem Bereich ist der sehr geringe Waldanteil sowie die Baum- und Straucharmut bei teilweise großflächig vorhandenen Parzellen aufgeführt (Karte 8 – Vielfalt, Eigenart und Schönheit – gegenwärtiger Zustand), wobei es sich zusätzlich um ein Wallheckengebiet mit gut ausgeprägten Wallheckenstrukturen handelt.

Das vorherrschende Klima wird durch nahgelegenen Siedlungsbereiche als Stadtrandklima eingestuft (Karte 15 – Luft und Klima). Innerhalb des betrachteten Bereiches ist als Entwicklungsziel die Erhaltung der vorhandenen reliefbedingten Eigenart und der Erhalt und die Pflege von Wallhecken aufgeführt (Karte 16 – Entwicklungsziele und Maßnahmen).

3.4 Schutzgebiete

Innerhalb des Geltungsbereiches des Bebauungsplanes Nr. 59 befinden sich Wallhecken, die gemäß § 33 NNatG unter Schutz gestellt sind. Zudem ist im zentralen Plangebiet eine planungsrechtlich gesicherte Kompensationsfläche mit einer Größe von ca. 4,2095 ha vorhanden.

Es liegen keine weiteren faunistisch, vegetationskundlich oder historisch wertvollen Bereiche oder Vorkommen, die einen nationalen oder internationalen Schutzstatus bedingen, vor. Ferner bestehen keine ausgewiesenen oder geplanten Schutzgebiete nationalen/internationalen Rechts bzw. naturschutzfachlicher Programme.

3.5 Naturräumliche Standortverhältnisse

Das Plangebiet befindet sich in der naturräumlichen Einheit der Wiefelsteder Geestplatte. Es handelt sich um Bereich der grundwasserfernen Geest mit frischen, örtlich staunassen, meist steinigen, lehmigen Sandböden mit Lehm im Untergrund, örtlich

auch im Unterboden. Im Süden sind gemäß Landschaftsrahmenplan glazifluviale Ablagerungen mit Sand und Kies bzw. Grundmoränenbereiche vorhanden. Gemäß dem Kartenserver des Landesamtes für Bergbau, Energie und Geologie sind im südlichen Plangebiet als Bodentyp Gley-Podsole vorhanden, während im Norden ein Bereich mit Erd-Niedermoorböden in den Geltungsbereich hineinragt.

Echte Fließgewässer sind im Plangebiet nicht vorhanden. Entlang einiger Flurstücksgrenzen verlaufen Entwässerungsgräben, die zum Teil regelmäßig trocken fallen. Schwimm- oder Tauchblattpflanzen fehlen aus diesem Grunde.

Einziges Stillgewässer des Plangebietes ist ein Regenrückhaltebecken im Bereich des Flächenpools „Stellmoor“. In Teilbereichen weist dieses naturnahe Strukturen auf, der Ufersaum mit typischen Kennarten ist jedoch weitgehend nur sehr schmal ausgebildet.

Grundwasser hat eine wesentliche Bedeutung für die Leistungsfähigkeit des Naturhaushaltes, als Naturgut der Frischwasserversorgung und als Bestandteil grundwasser-geprägter Böden. Gemäß Landschaftsrahmenplan des Landkreises Ammerland beträgt die durchschnittliche Grundwasserneubildung im betrachteten Raum im Süden 300-400 mm/a (sehr hohe Grundwasserneubildung, sehr durchlässige Böden), während im Norden 100-200 mm/a gebildet werden, was in einem geringen Bereich liegt, da es sich um wenig durchlässige Böden handelt. Das Schutzpotenzial des Grundwassers wird generell als gering eingestuft.

Klimatisch ist der Untersuchungsraum vorwiegend atlantisch geprägt. Die Nähe zur Nordsee und die überwiegende Luftzufuhr aus westlichen Richtungen verursachen ein maritimes Klima, das sich durch relativ niedrige Temperaturschwankungen im Tages- und Jahresverlauf, eine hohe Luftfeuchtigkeit sowie häufige Bewölkung und Nebelbildung auszeichnet. Die Sommer sind daher mäßig warm und die Winter verhältnismäßig mild. Die Niederschläge verteilen sich gleichmäßig über das Jahr und erreichen 670 – 800 mm/a.

Das dargestellte Stadtrandklima innerhalb des Plangebietes wird durch eine lockere Bebauung und einen hohen Grünanteil mit Grünverbindungen zur freien Landschaft geprägt.

3.6 Landschaftsbild / Ortsbild

Das Landschaftsbild wird einerseits durch die weitläufigen intensiv genutzten Acker- und Grünlandbereiche und andererseits durch die entlang der Flurstücksgrenzen verlaufenden linearen Gehölzstrukturen gekennzeichnet. Im Süden und Norden sind teilweise prägende Einzelbäume bzw. Baumreihen vorhanden, die auf das Gebiet positiv wirken. Das Regenrückhaltebecken mit den umgebenden Wallhecken und den extensiv genutzten Bereichen bildet ein für das Landschaftsbild wichtiges Zentrum des Geltungsbereiches.

Negativ wirken sich die weitläufigen Ackerbereiche ohne strukturierende Strukturen aus sowie die südöstlich verlaufende Hochspannungsleitung, die als technogenes Element das Landschaftsbild anthropogen beeinträchtigt.

3.7 Vorbelastungen

Bereits heute unterliegt das Plangebiet Beeinträchtigungen, die zu einer Vorbelastung der Leistungsfähigkeit des Naturhaushaltes führen. Eine Beeinträchtigung besteht aufgrund der landwirtschaftlich genutzten Flächen innerhalb des Plangebietes sowie di-

rekt angrenzend. Durch die Nährstoff- und Pestizideinträge werden der Boden und das Oberflächen- und Grundwasser beeinflusst. Weiterhin geht von den angrenzenden Gewerbestrukturen eine gewisse Vorbelastung aus. Die vorhandenen Strommasten im Südosten beeinträchtigen zusätzlich visuell den Geltungsbereich.

4.0 LANDSCHAFTÖKOLOGISCHE BESTANDSAUFNAHME

Um Aussagen über den Zustand von Natur und Landschaft zu erhalten, wurde im Geltungsbereich sowie auf den angrenzenden Flächen eine Bestandsaufnahme der Naturlandschaft (Biotoptypenkartierung) im November 2008, die aufgrund der zwischenzeitlichen Erweiterung des Geltungsbereiches im August 2009 ergänzt wurde, durchgeführt.

Innerhalb des Plangebietes und dessen unmittelbaren Umgebung befinden sich Biotoptypen aus folgenden Gruppen (Zuordnung gemäß DRACHENFELS (2004) - Kartierschlüssel für Biotoptypen in Niedersachsen), die im Plan 1 – Bestand: Biotoptypen / Nutzung dargestellt sind:

4.1 Beschreibung der Biotoptypen des Plangebietes

Im Plangebiet und in der unmittelbaren Umgebung befinden sich Biotoptypen aus folgenden Gruppen (Zuordnung gemäß DRACHENFELS (2004) - Kartierschlüssel für Biotoptypen in Niedersachsen):

- Gehölze
- Gewässer
- Grünland
- Ackerbiotope
- Ruderalfluren
- Siedlungsbiotop/Verkehrsflächen

Das Plangebiet wird vorwiegend von landwirtschaftlichen Nutzflächen mit einigen Gehölzstrukturen eingenommen. Im zentralen Bereich liegt ein Gewässer, im Süden befinden sich Siedlungsbiotop.

Gehölze

Im Plangebiet sind einige Baumbestände und Hecken unterschiedlicher Ausprägung vorhanden. Die größte Dichte erreichen diese im zentralen Bereich sowie im Süden des Plangebietes.

Im Süden treten in erster Linie Einzelbäume bzw. Baumreihen (HB) im Bereich eines hier gelegenen Hausgartens sowie einer ehemaligen Hofstelle auf. Prägend sind insbesondere mehrere Stieleichen (*Quercus robur*), Buchen (*Fagus sylvatica*) und Linden (*Tilia spec.*) mit starkem bis sehr starkem Baumholz von ca. 0,4 bis 0,7 m im Durchmesser. Eine Stieleiche innerhalb einer hier gelegenen Ackerfläche erreicht einen Stammdurchmesser von fast 1,0 m. Des Weiteren stehen in diesem Bereich diverse Birken (*Betula pendula*), Fichten (*Picea spec.*), Kiefern (*Pinus sylvestris*), ein Ahorn (*Acer spec.*) und eine Vogelkirsche (*Prunus avium*) sowie weitere Stieleichen, Buchen und Linden mit Stammdurchmesser von 0,2 bis 0,4 m. Darüber hinaus sind einige Obstbäume vorhanden, die aufgrund der schweren Zugänglichkeit des Geländes nicht gesondert in der Bestandskarte dargestellt sind. In einem ruderalisierten Hausgarten haben sich zudem lokal Gebüsche (BR) aus Brombeeren (*Rubus fruticosus* agg.) und Holunder (*Sambucus nigra*) entwickelt.

Kennzeichnend für den im zentralen Bereich befindlichen Flächenpool „Stellmoor“ sind verschiedene Wallhecken. Innerhalb des Flächenpools wurden Wallhecken neu angelegt (HWN) und zum größten Teil mit standortheimischen Gehölzen wie z. B. Holunder, Hasel (*Corylus avellana*), Eberesche (*Sorbus aucuparia*), Schlehe (*Prunus spinosa*) und Hundsrose (*Rosa canina*) bepflanzt. Auf der Südseite und auf einer Teilstrecke im Osten wird der Bereich von Wallhecken mit altem Baumbestand (HWB) gesäumt. Die Wälle sind teils nur lückig bewachsen und (insbesondere im Osten) teils stark degradiert. Auf der Nordseite des Flächenpools verläuft eine Wallhecke mit Baum- und Strauchbestand (HWM). Diese geht im nordöstlichen Verlauf in eine lückige Strauchhecke (HFS) aus Holunder, Eberesche und Brombeere über. Den aus westlicher Richtung zum Flächenpool führenden Weg säumt eine Baumreihe aus vorwiegend alten Eichen sowie Birken und Kastanien (*Aesculus hippocastanum*) und es steht in diesem Bereich ein Einzelbaum einer Schwarzerle (*Alnus glutinosa*).

Entlang des nördlichen Abschnittes vom Stellmoorweg stehen beidseitig Baumhecken (HFB) aus Stieleichen und Birken. Prägend sind insbesondere die Stieleichen mit Stammdurchmesser von teils mehr als 0,5 m.

Im Südosten des Untersuchungsraumes verläuft an den Grenzen von Ackerflächen ein stark degradierter Wall, der weitgehend keinen Gehölzbestand (HWO) aufweist. Auf dem nördlichen Abschnitt dieses Walles zeugen lediglich zwei Stieleichen noch von der einstigen Hecke, der südliche Abschnitt ist als Baumwallhecke ausgeprägt. An der östlichen Plangebietsgrenze stehen teilweise Wallhecken-Reste mit teils mächtigen Stieleichen. Des Weiteren sind hier einige Einzelbäume von ebenfalls Stieleichen sowie Birken und Ebereschen vorhanden.

In der unmittelbaren Umgebung sind verschiedentlich weitere Gehölzbestände vorhanden. So verläuft an der Raiffeisenstraße parallel zur südlichen Plangebietsgrenze eine lückige Baumreihe aus vorwiegend Stieleichen mit schwachem Baumholz. In den westlich angrenzenden Siedlungsbereichen stehen eine Stieleiche und eine Buche mit sehr starkem Baumholz. Am Rande des hier gelegenen landwirtschaftlichen Betriebes verläuft eine degradierte Baumwallhecke mit Stieleichen und Birken.

Der vom Stellmoorweg nach Norden abzweigende Weg wird beidseitig von Strauch-Baumhecken (HFM) begleitet. Ein standortfremdes Feldgehölz aus vorwiegend Fichten (*Picea spec.*) befindet sich unmittelbar nördlich des Plangebietes.

Gewässer

Einziges Stillgewässer des Plangebietes ist ein Regenrückhaltebecken (SXS) im Bereich des Flächenpools „Stellmoor“. In Teilbereichen weist dieses naturnahe Strukturen auf, der Ufersaum mit typischen Kennarten ist jedoch weitgehend nur sehr schmal ausgebildet. An den Ufern dominiert Flatterbinse (*Juncus effusus*). Weiterhin finden sich in unterschiedlicher Dichte z. B. Blut-Weiderich (*Lythrum salicaria*), Wolfstrapp (*Lycopus europaeus*), Sumpf-Hornklee (*Lotus pedunculatus*), Sumpf-Kratzdistel (*Cirsium palustre*), Schilf (*Phragmites australis*) und Breitblättriger Rohrkolben (*Typha latifolia*). Im Südwesten hat sich ein Gehölzsaum aus Schwarzerlen ausgebildet. Kennzeichnende Wasserpflanze ist Schwimmendes Laichkraut (*Potamogeton natans*), das dichte Bestände bildet, teils ist Zwiebelbinse (*Juncus bulbosus*) verbreitet.

Echte Fließgewässer sind im Plangebiet nicht vorhanden. Entlang einiger Flurstücksgrenzen verlaufen Entwässerungsgräben (FGZ), die regelmäßig trocken fallen. Schwimm- oder Tauchblattpflanzen fehlen, da kein Dauerwasserkörper ausgebildet wird. Teils sind Feuchtezeiger wie z. B. Flatterbinse, Zottiges Weidenröschen (*Epilobium hirsutum*), Gemeiner Gilbweiderich (*Lysimachia vulgaris*), Kriechender Arznei-

Baldrian (*Valeriana procurrens*) oder Sumpf-Schafgarbe (*Achillea ptarmica*) vorhanden. Überwiegend sind Sohle und Böschungen grünlandartig bewachsen und an den Rändern sind Arten magerer Standorte verbreitet. Hierzu zählen z. B. Rotes Straußgras (*Agrostis capillaris*), Pfeifengras (*Molinia caerulea*) und Blutwurz (*Potentilla erecta*). In einem Graben südlich des Regenrückhaltebeckens steht auf einer Fläche von ca. 1-2 m² ein Bestand der besonders geschützten Sumpf-Schwertlilie (*Iris pseudacorus*).

An der nördlichen Plangebietsgrenze verläuft ein mehr als 2 m tief in das Gelände eingeschnittener Graben (FGR) mit Trapezprofil, der zum Zeitpunkt der Untersuchung nur wenig Wasser führte. Typische Wasserpflanzen konnten nicht nachgewiesen werden, teils bildet das Weiße Straußgras (*Agrostis stolonifera*) flutende Bestände. Am Ufer finden sich z. B. Flatterbinse (*Juncus effusus*), Gemeiner Gilbweiderich, die Böschungen werden teils von Arten nährstoffreicher Standorte wie Große Brennnessel (*Urtica dioica*) und Giersch (*Aegopodium podagraria*) eingenommen, teils sind Arten nährstoffärmerer Standorte verbreitet, zu denen z. B. Pfeifengras, Gemeine Schafgarbe (*Achillea millefolium*), Sumpf-Schafgarbe und Rot-Schwingel (*Festuca rubra*) zählen.

Grünland

Grünlandbiotope sind im zentralen und östlichen Bereich des Plangebietes verbreitet. Die im Osten gelegenen Grünländer sind artenarm ausgeprägt (GI). Sie werden überwiegend von Weidelgras (*Lolium perenne*), Gewöhnlichem Rispengras (*Poa trivialis*) und teils vom Wolligen Honiggras (*Holcus lanatus*) dominiert. Typisch sind auch weitere Süßgräser wie z. B. Wiesen-Lieschgras (*Phleum pratense*), Wiesen-Fuchsschwanz (*Alopecurus pratensis*) und Knäuelgras (*Dactylis glomerata*). An Kräutern finden sich Löwenzahn (*Taraxacum officinalis* agg.), Weißklee (*Trifolium repens*) und Kriechender Hahnenfuß (*Ranunculus repens*) sowie teilweise Taumel-Kälberkropf (*Chaerophyllum temulum*), Acker-Kratzdistel (*Cirsium arvense*) und Giersch als Störungszeiger. Arten mit geringeren Nährstoffansprüchen sind nur vereinzelt vorhanden. Die Nutzung der Flächen erfolgt als Mähwiese, teils werden sie mit Rindern beweidet.

Im Südwesten befindet sich am Stellmoorweg nördlich eines Maisackers eine Schafsweide. Diese wird ebenfalls von Süßgräsern dominiert und ist artenarm ausgeprägt.

Die Grünländer im zentralen Bereich des Plangebietes werden extensiv als Mähweiden genutzt. Teilweise sind die Flächen relativ artenarm, infolge der extensiven Nutzung konnten sich lokal auch Kennarten des mesophilen Grünlandes ausbreiten. Dominiert werden sie vorwiegend vom Wolligen Honiggras und lokal sind Störungszeiger wie Acker-Kratzdistel und Stumpfpflättriger Ampfer (*Rumex obtusifolius*) vorhanden. Hinzu treten in unterschiedlicher Dichte Arten mit geringeren Nährstoffansprüchen wie z. B. Rot-Schwingel, Rotes Straußgras, Großer Sauerampfer (*Rumex acetosa*), Wiesen-Schaumkraut (*Cardamine pratensis*) und Rasenschmiele (*Deschampsia cespitosa*). Nahe dem Regenrückhaltebecken finden sich vermehrt auch Feuchtezeiger wie Flatterbinse und Flutender Schwaden (*Glyceria fluitans*). Insgesamt betrachtet sind die Flächen dem artenarmen Extensivgrünland (GIE) zuzuordnen, lokal mit Ausprägungen sonstigen mesophilen Grünlandes (GMZ).

In der unmittelbaren Umgebung grenzen diverse weitere Grünlandflächen an. Diese sind überwiegend als artenarmes Intensivgrünland ausgeprägt. Nördlich des Regenrückhaltebeckens befindet sich eine offensichtlich relativ extensiv genutzte Fläche, die vom Wolligen Honiggras dominiert wird. Daneben sind sowohl einzelne Störungszeiger als auch Arten nährstoffärmerer Standorte vorhanden. Im Norden des Plangebietes grenzt ein weiteres extensiv genutztes Grünland mit Dominanz von Wolligem Honiggras an.

Ackerbiotope

Der Süden des Plangebietes wird vorwiegend von Ackerflächen eingenommen. Diese werden intensiv als Maisacker (Am) oder Getreideacker (Ag) genutzt. Aufgrund der intensiven Nutzung können sich nur wenige Arten der Segetalflora auf den Flächen entwickeln. Eine Teilfläche geringer Ausdehnung ist indes relativ feucht bis nass. In diesem Bereich konnte sich Flutender Schwaden (*Glyceria fluitans*) ausbreiten.

Nördlich der Stellmoorstraße befindet sich ein weiterer Acker mit Getreideanbau. Auf dem abgeernteten Getreideacker erfolgte eine Einsaat von Gründüngung.

In der unmittelbaren Umgebung grenzen im Nordwesten weitere Maisäcker an, im Südosten ein Getreideacker. Im Westen wurde am Rande eines Grünlandes eine Lagerfläche für Silage (EL) eingerichtet.

Ruderalfluren

Ruderalfluren treten im Plangebiet vorwiegend als Saumstrukturen der Wege und Straßen, entlang der Gräben oder an den Grenzen der Flurstücke auf. Diese sind aufgrund ihres kleinräumigen Auftretens nicht gesondert in der Bestandskarte dargestellt.

Im Süden des Plangebietes hat sich im Bereich eines ehemaligen Hausgartens eine halbruderal Gras- und Staudenflur (UH) etabliert. Diese setzt sich z. B. aus Großer Brennnessel, Knäuelgras, Rot-Schwingel und Weichem Honiggras (*Holcus mollis*) zusammen.

Siedlungsbiotope/Verkehrsflächen

Siedlungsbiotope sind im Plangebiet ausschließlich im Süden vorhanden. Hier befinden sich ein Wohnhaus mit Hausgarten (PH) und gewerblich genutzte Gebäude sowie Flächen mit Schotterdecke (TFK). Eine auf dem nördlich daran angrenzenden Gelände gelegene ehemalige Hofstelle ist stark verfallen. Beidseitig der Zuwegung zu diesem Gebäude sowie auf einer Teilstrecke entlang der südlich angrenzenden Raiffeisenstraße verläuft eine Buchenhecke (BZH), die regelmäßig geschnitten wird.

Im Südosten des Plangebietes befindet sich ein Gebäudekomplex (ONZ), der von teilversiegelten Flächen und Hausgartenbereichen sowie Siedlungsgehölzen (HS) umgeben ist. Weiterhin quert eine Hochspannungsleitung (OSZ) den Südosten des Betrachtungsraumes. Die Masten dieser Stromleitung stehen außerhalb der Plangebietsgrenzen.

Entlang der südlichen Plangebietsgrenze verläuft die Raiffeisenstraße (OVS), die auf der Nordseite von einem Radweg begleitet wird. Südlich der Straße liegen Gewerbeflächen (OG) und locker bebaute Einzelhausgebiete (OEL). Auf der Westseite wird das Plangebiet im südlichen Abschnitt vom asphaltierten Stellmoorweg begrenzt, der das Gebiet im nördlichen Bereich kreuzt und hier eine Schotterdecke besitzt.

Im westlich angrenzenden Bereich befinden sich einige Wohngebäude mit Hausgärten sowie ein landwirtschaftlicher Betrieb (OD). Zudem führt ein unbefestigter Weg (OVW) vom Stellmoorweg zu den im zentralen Bereich gelegenen Grünlandflächen. Ein weiterer unbefestigter Weg zweigt von der Raiffeisenstraße nach Norden ab und dient der Zuwegung zu den landwirtschaftlichen Nutzflächen. Im Norden verläuft ein Weg ohne befestigte Oberfläche am Rande des Getreideackers.

4.2 Gefährdete und besonders geschützte Pflanzenarten

Im Rahmen der Bestandserfassungen konnten im Untersuchungsgebiet zwei nach der Bundesartenschutzverordnung (BArtSchV) besonders geschützte Pflanzenarten nachgewiesen werden. Gemäß der Roten Liste (GARVE 2004) gefährdete Pflanzenarten wurden nicht festgestellt.

Tabelle 1: Liste der nachgewiesenen Pflanzenarten der Roten Liste der Farn- und Blütenpflanzen in Niedersachsen und Bremen (5. Fassung, Stand 01.03.2004) und der gemäß § 10 Abs. 2 Nr. 10 BNatSchG besonders geschützten Farn- und Blütenpflanzen

Abk.	Deutscher Name	Wissenschaftl. Name	Gefährdung	Schutz
la	Stechpalme	<i>Ilex aquifolium</i>	-	§
lp	Sumpf-Schwertlilie	<i>Iris pseudacorus</i>	-	§

Gefährdungskategorien: - = nicht gefährdet

Gesetzlicher Schutz: § = besonders geschützte Art gemäß § 10 Abs. 2 Nr. 10 BNatSchG

Ein Bestand von 1-2 m² der Sumpf-Schwertlilie befindet sich innerhalb eines regelmäßig trocken fallenden Grabens südlich vom Regenrückhaltebecken im zentralen Bereich des Plangebietes. Von der Stechpalme steht ein ca. 2 m großes Exemplar in einer Wallhecke südwestlich des Staugewässers sowie an der östlichen Plangebietsgrenze.

5.0 TIERÖKOLOGISCHE BESTANDSAUFNAHME

Nach Prüfung der für den Landschaftsrahmenplan (LRP) (1995) des Landkreises Ammerland für den Naturraum Wiefelsteder Geestplatte getroffenen Aussagen wurde im Jahr 2008 in Abstimmung mit dem Amt für Umwelt und Wasserwirtschaft bei besonderer Berücksichtigung der im Planungsraum für Tiere vorkommenden relevanten Lebensräume (Äcker, Grünländer, Baumreihen und Hecken, Gehölze im Bereich landwirtschaftlicher Anwesen) der Untersuchungsbedarf für die Fauna - wie folgt - festgelegt:

- (1.) Bestandsaufnahme für Brutvögel (Aves),
- (2.) Bestandsaufnahme für Fledermäuse (Chiroptera),
- (3.) Bestandsaufnahme für Lurche (Amphibia) im Rahmen der Brutvogelerhebungen,
- (4.) Potenzialansprache für Libellen (Odonata) anhand der Lebensraumstrukturen zzgl. eine einmalige Bestandserfassung,
- (5.) Potenzialansprache für Heuschrecken (Saltatoria) anhand der Lebensraumstrukturen zzgl. eine einmalige Bestandserfassung.

Die naturschutzfachlichen Hinweise zur Anwendung der Eingriffsregelung in der Bauleitplanung (BREUER 1994, 2006) machen u. a. eine Erfassung des Schutzgutes Arten und Lebensgemeinschaften erforderlich. Auf der Ebene von Flächennutzungs- und Bebauungsplan sind Informationen über die Vorkommen von Biotoptypen sowie von Pflanzen- und Tierarten notwendig.

In Bezug auf die Erfassung von Tierarten führt BREUER (1994) aus, dass die Festlegung von zu erfassenden Tierarten und Artengruppen jeweils für den Einzelfall vorzunehmen ist. Die Festlegung sollte zweckmäßigerweise biotoptypenbezogen entsprechend einer begrenzten Auswahl von Tierarten erfolgen, wobei grundsätzlich zwischen

sog. Standard-Artengruppen (z. B. Vögel, Amphibien, Libellen, Heuschrecken) und weiteren Artengruppen (u. a. Kleinsäuger, Fische, Laufkäfer) zu unterscheiden ist. Soweit möglich, sollten die Standard-Artengruppen in den als gut geeignet angegebenen Biotoptypen stets erfasst werden (Einzelheiten bei BREUER 1994).

Zu den abwägungsrelevanten Belangen für die Begründung des jeweiligen Planungsvorhabens gehören u. a. alle besonders geschützten, streng geschützten (gemäß Anhang IV der FFH-Richtlinie) oder vom Aussterben bedrohten Tierarten, da die Artenschutzbestimmungen nach § 42 Bundesnaturschutzgesetz (BNatSchG) in der Eingriffsregelung zu berücksichtigen sind. Zu überplanende Bereiche sind demnach in jedem Fall auf das Vorkommen solcher Arten hin zu untersuchen und in Hinblick auf ihre Bedeutung einzuschätzen. Von Belang sind allerdings nicht nur die durch die Artenschutzbestimmungen geschützten Tiere, sondern vielmehr alle Tierartenvorkommen, deren Kenntnis die Planungsentscheidung beeinflusst.

Vögel repräsentieren einen für landschaftsplanerische Aussagen wichtigen ökologischen Anspruchstyp, der sich folgendermaßen beschreiben lässt: Zahlreiche Arten haben einen großen Flächenanspruch, sie benötigen verschiedene Lebensraumqualitäten (Brutplatz, Nahrungsgebiet, Rastplatz) und sie weisen oft eine hohe Mobilität zwischen diesen jahreszeitlich getrennten Teillebensräumen auf. Der Einsatz von Vogelkartierungen soll daher unverzichtbar bei allen Zustandsbeurteilungen und Entwicklungsprognosen sowie bei der Beurteilung potenzieller raumwirksamer Planungen sein (SCHLUMPRECHT 1999).

Fledermäuse gehören zu den am stärksten bedrohten Tierartengruppen. Viele der in Niedersachsen heimischen Arten werden auf der Roten Liste der in Niedersachsen und Bremen gefährdeten Säugetierarten geführt. Die Notwendigkeit der Berücksichtigung von Fledermäusen im Rahmen von Eingriffsplanungen lässt sich aus den gesetzlichen Grundlagen ableiten. Darüber hinaus sind viele Fledermausarten geeignet, Funktionsbeziehungen zwischen verschiedenen Landschaftselementen aufzuzeigen. Auf diese Weise sollen sich Erkenntnisse in die Planung einbringen lassen, die nicht oder nur unzureichend über eine alleinige Betrachtung von Biotoptypen berücksichtigt werden (BRINKMANN 1998).

Lurche sind in Mitteleuropa mit einer überschaubaren Zahl von Arten vertreten. In Niedersachsen kommen 19 Arten vor (PODLOUCKY & FISCHER 1994). Der Kenntnisstand zu Ökologie und Verbreitung ist sehr gut. Die meisten Amphibien durchlaufen ihre Larvalentwicklung im Wasser und leben als Alttiere hauptsächlich an Land. Die terrestrischen Lebensräume vieler Arten gliedern sich in z. T. getrennte Sommer- und Winterquartiere. Lurche sind daher auf mehrere Lebensraumtypen angewiesen, zwischen denen sie jährlich wandern. Sie stellen ein Beziehungsgefüge zwischen den verschiedenen Biotopen her und haben einen hohen Raumanspruch. Aufgrund dieser umfassenden Lebensraumansprüche lassen sich Amphibien für naturschutzfachliche Planungen nicht durch andere Zeigerarten, wie z. B. Libellen, ersetzen (MÜNCH 1991, REINHARD 1992).

Gegenüber vielen anderen Wirbellosen ist der Kenntnisstand zur Ökologie der Libellen als relativ gut zu bezeichnen. Libellen sind durch ihre Larvenentwicklung an aquatische Lebensräume gebunden, benötigen jedoch für ihren Lebenszyklus auch bestimmte terrestrische Strukturen (z. B. Pflanzen als Substrate zur Eiablage). Die erwachsenen Tiere leben terrestrisch und werden häufig zur fachlichen Beurteilung und Bewertung von Still- und Fließgewässern erfasst.

Über die Habitatbindung der Heuschrecken liegen inzwischen umfassende Kenntnisse vor. Nach Köhler (zit. bei BRINKMANN 1998) besteht darüber Klarheit, dass die Habitatbindung der Saltatoria eine multifaktorielle Grundlage hat. Neben dem Mikroklima wird der Raumstruktur (Vegetation, Bodenfaktoren, Exposition) eine zentrale Bedeutung beigemessen. So sollen als Zeigerarten diejenigen Heuschrecken am besten geeignet sein, die enge Korrelationen zu einzelnen Faktoren aufweisen, für die sie als Indikatoren gelten können (vgl. BRINKMANN 1998).

5.1 Datengrundlagen, Untersuchungsmethoden

Die dieser Bearbeitung zugrunde liegenden Daten wurden mit standardisierten Methoden erfasst, wobei die Tiefenschärfe der Untersuchungen vor Beginn der Freilandarbeiten mit der Unteren Naturschutzbehörde des Landkreises Ammerland abgestimmt wurde. Die faunistischen Erhebungen wurden im Einzelnen - wie folgt - durchgeführt:

Brutvögel: Vom 03.03. bis 24.06.2009 wurde der Brutvogelbestand des Plangebietes im Rahmen einer sog. Siedlungsdichteuntersuchung erfasst. Siedlungsdichteuntersuchungen sind in der Ornithologie auch unter dem Synonym der Revierkartierung bekannt. Bei dieser Methode erfolgt eine flächendeckende punktgenaue Kartierung aller Vogelbeobachtungen unter besonderer Berücksichtigung bestimmter Revier anzeigender Merkmale (hier: aus den Kategorien Brutnachweis und Brutverdacht). Durch Überlappung der Karten der Individuenverteilungen aus mehreren Begehungen werden sog. Papierreviere ermittelt und die gewonnenen Revierangaben hinsichtlich der Arten, der Lage der Reviere und der Revierdichte ausgewertet (SÜDBECK et al. 2005).

In dem o. a. Zeitraum wurden 6 Bestandsaufnahmen in den sehr frühen Morgenstunden (= Zeit des intensivsten Vogelgesangs) durchgeführt. Die den Bestandsaufnahmen zugrunde liegenden Termine sind Plan-Nr. 2 zu entnehmen. Angesichts der im Gebiet zu erwartenden faunistischen Wertigkeiten wurden weiterführende Untersuchungen als nicht notwendig erachtet. Die Angaben zum Gefährdungsstatus der Vögel gehen für Niedersachsen auf KRÜGER & OLTMANNS (2007) und für Deutschland auf SÜDBECK et al. (2007) zurück.

Fledermäuse: Für den Nachweis von Fledermäusen existiert keine Universalmethode. Eine optische Erfassung von Fledermausarten lässt sich nur während der Abend- und Morgendämmerung oder durch das Anleuchten der Tiere mit starken Lampen durchführen. Ultraschallwandler transformieren Ultraschalllaute in den menschlichen Hörbereich. Sämtliche einheimischen Fledermausarten nutzen die Ultraschall-Echoortung, so dass sie im Prinzip alle mit der Detektormethode nachweisbar sind. Dennoch ergeben sich auch für diese Methode gewisse Einschränkungen durch die begrenzte Reichweite der Detektoren, die leisen Rufe bestimmter Arten (z. B. Langohren) und die dadurch bedingten eingeschränkten Bestimmungsmöglichkeiten. Darüber hinaus ist zu berücksichtigen, dass jede Methode für sich allein genommen selektiv ist (DENSE & RAHMEL 1999).

Im Rahmen dieser Bearbeitung wurden die Ortungslaute der Fledermäuse mit einem BAT-(Fledermaus)-Detektor vom Typ D 230 der Fa. Pettersson Elektronik im Gelände aufgenommen, zeitgedehnt auf Tonbandkassetten übertragen, gespeichert und anschließend über einen Referenzaufnahmenvergleich ausgewertet.

Mit dem Ultraschall-Detektor lassen sich Bereiche ermitteln, in denen Fledermäuse aktiv sind. Dabei wird zwischen Flugstraßen (= an mindestens 2 Terminen oder unterschiedlichen Nachtzeiten / Dämmerungsphasen die Beobachtung von wenigstens zwei Tieren, die zielgerichtet und ohne Jagdverhalten an einem bestimmten Punkt vorbei

fliegen) und Jagdgebieten (= Fläche, in der eine Fledermaus zweifelsfrei im Jagdflug beobachtet wurde) unterschieden.

Die Kontrolle erfolgte an 6 Terminen mit Beginn der Dämmerung in der ersten Nachthälfte (21.00-01.00 Uhr) an verschiedenen Stellen des Plangebietes. In diese Zeit fällt erfahrungsgemäß die größte Aktivität der Tiere. An den betreffenden Terminen herrschten optimale Erfassungsbedingungen vor (kein Niederschlag, geringe Luftbewegungen, Temperaturen im Allgemeinen >20 °C).

Lurche: Die Kartierung der Amphibienfauna erfolgte als halbquantitative Erfassung mit Reproduktionsnachweis. Daraus ergaben sich für das Frühjahr 2009 insgesamt 4 Erfassungsdurchgänge im Rahmen der Brutvogelbestandsaufnahmen.

Die flächendeckende Amphibiensuche erfolgte über Sichtbeobachtungen und durch stichprobenartiges Abkessern der Uferzonen im Bereich des Eu- und Supralitorals des Regenrückhaltebeckens. Neben der Erfassung von Laichgewässern wurden potenzielle Sommer- und Winterlebensräume verzeichnet.

Libellen: In Absprache mit dem Landkreis Ammerland wurde an einem Termin das im Plangebiet vorhandene Regenrückhaltebecken zum Vorkommen von Libellen abgesehen. Für die Mehrzahl der im Planungsraum vorkommenden Gräben wurde vorab davon ausgegangen, dass diese für Libellen vermutlich nicht von großer Bedeutung sind. Aus diesem Grund wurde eine einmalige Bestandserhebung, in deren Verlauf zugleich eine Potenzialansprache durchgeführt werden sollte, als ausreichend angesehen.

Der Nachweis der Libellen erfolgte über Sichtbeobachtungen und Kescherfänge der Imagines. Eine Beurteilung der Bodenständigkeit wurde mit der Beobachtung von Kopulationen (sog. Paarungsrädern), Eiablagen, frisch geschlüpften Tieren oder im Einzelfall durch kontinuierliche Revierflüge der Männchen festgestellt.

Heuschrecken: Wie für die Libellen wurde auch für die Heuschreckenfauna aufgrund der vorherrschenden Hauptlebensräume davon ausgegangen, dass das Plangebiet eine für diese Faunengruppe begrenzte Bedeutung aufweist. Daher erfolgte die Bestandsaufnahme im Verlauf einer einmaligen flächendeckenden Erhebung bei gleichzeitiger Ansprache der Vegetationsstrukturen als potenzielle Heuschreckenlebensräume für weitere Arten.

Der Nachweis der Heuschrecken wurde anhand ihrer artspezifischen Stridulationen sowie durch Streifnetzefänge mit einem Insektenkescher erbracht. Die gefangenen Tiere wurden nach der Bestimmung an ihren Fangorten wieder freigelassen.

Da die im Rahmen einjähriger Untersuchungen ermittelten Individuenzahlen von Libellen und Heuschrecken von Jahr zu Jahr starken Schwankungen unterliegen können und daher in einem nur begrenzten Maße aussagerelevant sind, bleiben die ermittelten Individuenzahlen für die vorliegende Bewertung unberücksichtigt.

5.2 Ergebnisse

5.2.1 Brutvögel

Von den 238 aktuell in Deutschland vorkommenden Brutvogelarten (BARTHEL 1993) wurden im Untersuchungsraum 31 Arten nachgewiesen (Tabelle 2). Dies entspricht 15,7 % der rezenten Brutvogelfauna Niedersachsens und des Landes Bremen (N = 197; vgl. KRÜGER & OLTMANNS 2007).

Im Ammerland wurden im Rahmen einer von 1986 bis 1988 kreisweit durchgeführten Brutvogelbestandserhebung 123 Vogelarten festgestellt (PLAISIER 1989). Davon traten seinerzeit 108 Arten regelmäßig und 10 Arten unregelmäßig brütend auf; für 5 Arten lagen keine gesicherten Brutnachweise vor. An der Zahl dieser ca. 118 Brutvogelarten stellen die Arten des Planungsraumes einen Anteil von 26,3 %.

Für die 31 im Untersuchungsraum nachgewiesenen Arten handelt es sich ausschließlich um Brutvögel, wie z. B. Amsel, Ringeltaube und Zilpzalp, die im Ammerland in den entsprechenden Lebensräumen verbreitet und stellenweise häufig sind. Mit dem Kiebitz (2 Brutpaare nördlich des Regenrückhaltebeckens) nistet im Untersuchungsraum eine für Grünlandbiotope charakteristische Spezies, deren landesweiten Bestände seit einigen Jahrzehnten eine deutlich regressive Entwicklung erkennen lassen (u. a. KRÜGER & SÜDBECK 2004).

Tabelle 2: Liste der im Jahr 2009 im Geltungsbereich des Bebauungsplanes Nr. 59 nachgewiesenen Brutvögel, Fledermäuse, Lurche, Libellen und Heuschrecken, deren Einstufung nach regionalisierten, landes- und bundesweiten Roten Listen sowie die nach § 10 Abs. 2 Nr. 10 BNatSchG besonders geschützten Arten (b) und nach § 10 Abs. 2 Nr. 11 BNatSchG streng geschützten Arten (s).

BRUTVÖGEL	AVES	RL T-W 2007	RL Nds 2007	RL D 2007	BNatSchG 2008
Fasan	<i>Phasianus colchicus</i>	/	/	/	b
Turmfalke	<i>Falco tinnunculus</i>	V	V	/	b/s
Kiebitz	<i>Vanellus vanellus</i>	3	3	2	b/s
Ringeltaube	<i>Columba palumbus</i>	/	/	/	b
Buntspecht	<i>Dendrocopos major</i>	/	/	/	b
Elster	<i>Pica pica</i>	/	/	/	b
Rabenkrähe	<i>Corvus c. corone</i>	/	/	/	b
Blaumeise	<i>Parus caeruleus</i>	/	/	/	b
Kohlmeise	<i>Parus major</i>	/	/	/	b
Rauchschnalze	<i>Hirundo rustica</i>	3	3	V	b
Fitislaubsänger	<i>Phylloscopus trochilus</i>	/	/	/	b
Zilpzalp	<i>Phylloscopus collybita</i>	/	/	/	b
Gelbspötter	<i>Hippolais icterina</i>	/	/	/	b
Mönchsgrasmücke	<i>Sylvia atricapilla</i>	/	/	/	b
Gartengrasmücke	<i>Sylvia borin</i>	/	/	/	b
Dorngrasmücke	<i>Sylvia communis</i>	/	/	/	b
Wintergoldhähnchen	<i>Regulus regulus</i>	/	/	/	b
Kleiber	<i>Sitta europaea</i>	/	/	/	b
Zaunkönig	<i>Troglodytes troglodytes</i>	/	/	/	b
Star	<i>Sturnus vulgaris</i>	V	V	/	b
Amsel	<i>Turdus merula</i>	/	/	/	b
Singdrossel	<i>Turdus philomelos</i>	/	/	/	b
Hausrotschwanz	<i>Phoenicurus ochruros</i>	/	/	/	b
Gartenrotschwanz	<i>Phoenicurus phoenicurus</i>	3	3	/	b
Heckenbraunelle	<i>Prunella modularis</i>	/	/	/	b
Haussperling	<i>Passer domesticus</i>	V	V	V	b
Feldsperling	<i>Passer montanus</i>	V	V	V	b
Bachstelze	<i>Motacilla alba</i>	/	/	/	b
Buchfink	<i>Fringilla coelebs</i>	/	/	/	b
Grünfink	<i>Carduelis chloris</i>	/	/	/	b
Goldammer	<i>Emberiza citrinella</i>	/	/	/	b

FLEDERMÄUSE	CHIROPTERA	RL T-W	RL Nds 2005	RL D 1998	BNatSchG 2008
Abendsegler	<i>Nyctalus noctula</i>	entf.	3	3	b/s
Zwergfledermaus	<i>Pipistrellus pipistrellus</i>	entf.	/	/	b/s
Breitflügelfledermaus	<i>Eptesicus serotinus</i>	entf.	2	V	b/s
LURCHE	AMPHIBIA	RL T-W	RL Nds 1994	RL D 1998	BNatSchG 2008
Erdkröte	<i>Bufo bufo</i>	entf.	/	/	b
LIBELLEN	ODONATA	RL T-W	RL Nds 1983	RL D 1998	BNatSchG 2008
Gemeine Binsenjungfer	<i>Lestes sponsa</i>	entf.	/	/	b
Große Pechlibelle	<i>Ischnura elegans</i>	entf.	/	/	b
Hufeisen-Azurjungfer	<i>Coenagrion puella</i>	entf.	/	/	b
Blaugrüne Mosaikjungfer	<i>Aeshna cyanea</i>	entf.	/	/	b
Vierfleck	<i>Libellula quadrimaculata</i>	entf.	/	/	b
Plattbauch	<i>Libellula depressa</i>	entf.	/	/	b
Gemeine Heidelibelle	<i>Sympetrum vulgatum</i>	entf.	/	/	b
HEUSCHRECKEN	SALTATORIA	RL T-W 2005	RL Nds 2005	RL D 1998	BNatSchG 2008
Grünes Heupferd	<i>Tettigonia viridissima</i>	/	/	/	—
Gemeine Dornschröcke	<i>Tetrix undulata</i>	/	/	/	—
Bunter Grashüpfer	<i>Omocestus viridulus</i>	/	/	/	—
Brauner Grashüpfer	<i>Chorthippus brunneus</i>	/	/	/	—
Weißrandiger Grashüpfer	<i>Chorthippus albomarginatus</i>	/	/	/	—

Es bedeutet

RL T-W bzw. Nds = Rote Liste der in der Naturräumlichen Region Tiefland-West sowie in Niedersachsen / Bremen gefährdeten Brutvögel, Fledermäuse, Lurche, Libellen und Heuschrecken (Angaben nach ALT-MÜLLER 1983, PODLOUCKY & FISCHER 1994, DENSE et al. 2005, GREIN 2005, KRÜGER & OLTMANN 2007), für Fledermäuse, Lurche u. Libellen regionalisierte Gefährdungseinstufung nicht verfügbar.

RL D = Rote Liste der gefährdeten Brutvögel, Fledermäuse, Lurche, Libellen und Heuschrecken Deutschlands (Angaben nach BEUTLER et al. 1998, BOYE et al. 1998, INGRISCH & KÖHLER 1998, OTT & PIPER 1998, SÜDBECK et al. 2007).

Gefährdungsgrade: 2 = stark gefährdet, 3 = gefährdet, V = Art der Vorwarnliste, / = nicht gefährdet, entf. = entfällt, da entsprechende Angaben nicht vorhanden sind, s. Text.

Das Singvogelartenspektrum setzt sich in erster Linie aus eurytopen Spezies zusammen; zumeist sind dies in geschlossenen Biotopen brütende Vögel mit einer großen ökologischen Amplitude im Bereich von Gehölzstandorten. Zu diesen gehören u. a. Amsel, Buchfink, Kohlmeise, Mönchsgrasmücke und Zilpzalp. Dagegen gelten der Gartenrotschwanz (ein Brutpaar am Stellmoorweg) als Bewohner von Parks und Grünanlagen mit altem Baumbestand und der bevorzugt in mehrschichtigen Laubgehölzen mit geringem Deckungsgrad nistende Gelbspötter als ausgesprochen stenotop. Hier ist auch der Kleiber einzuordnen, der Bäume mit rauer Borke bevorzugt und daher in den u. a. von Stieleichen gebildeten Baumwallhecken des Planungsraumes brütet.

Dorngrasmücke, Goldammer und Turmfalke stellen Faunenelemente der halboffenen bis offenen Agrarlandschaft dar. Alle drei Arten zeichnen sich durch eine deutliche Präferenz für spezielle Biotope aus, zu denen Einzelbüsche und Sträucher an Weg- und Grabenrändern (Dorngrasmücke), Baumreihen und Wallhecken (Goldammer) sowie Feldgehölze, Baumreihen und Hecken für den Turmfalken gehören.

Sieht man von den eurytopen Singvögeln sowie von der im Gebiet in den unterschiedlichsten Gehölzen nistenden Ringeltaube ab, die im Plangebiet allesamt hohe Siedlungsdichten erreichen, sind die stenotopen Brutvögel mit kleinen Beständen vertreten (Tabelle 3). Hier sind auch die in menschlichen Siedlungen brütenden Arten (sy-

nanthrope Spezies wie Hausrotschwanz, Rauchschwalbe) einzuordnen, für die Einzelpaare nur im Süden des Planungsraumes an den dort gelegenen Gebäuden (Wohnhaus, gewerblich genutzte Gebäude, ehemalige Hofstelle) verzeichnet wurden.

Für 8 ausgewählte Spezies wurden deren Reviere in der anliegenden Karte 2 dargestellt. Hierbei zeigt sich, dass die Hauptvorkommen auf die von Gehölzen durchsetzten Bereiche entfallen. Große Teile des Gebietes, insbesondere die von Feldern dominierten Bereiche, weisen keine Brutvögel auf.

Tabelle 3: Liste der im Geltungsbereich des Bebauungsplanes Nr. 59 nachgewiesenen Brutvögel.

BRUTVÖGEL	Σ BP	Nist-w.	BRUTVÖGEL	Σ BP	Nist-w.
Fasan, <i>Phasianus colchicus</i>	I	a	Wintergoldhähnchen, <i>Regulus regulus</i>	I	b
Turmfalke, <i>Falco tinnunculus</i>	*1	b	Kleiber, <i>Sitta europaea</i>	*5	b
Kiebitz, <i>Vanellus vanellus</i>	*2	a	Zaunkönig, <i>Troglodytes troglodytes</i>	III	a/b
Ringeltaube, <i>Columba palumbus</i>	IV	b	Star, <i>Sturnus vulgaris</i>	III	b/G
Buntspecht, <i>Dendrocopos major</i>	I	b	Amsel, <i>Turdus merula</i>	IV	b
Elster, <i>Pica pica</i>	I	b	Singdrossel, <i>Turdus philomelos</i>	III	b
Rabenkrähe, <i>Corvus c. corone</i>	I	b	Hausrotschwanz, <i>Phoenicurus ochruros</i>	I	G
Blaumeise, <i>Parus caeruleus</i>	III	b	Gartenrotschwanz, <i>Phoenicurus phoenicurus</i>	*1	b
Kohlmeise, <i>Parus major</i>	IV	b	Heckenbraunelle, <i>Prunella modularis</i>	III	b
Rauchschwalbe, <i>Hirundo rustica</i>	*3	G	Haussperling, <i>Passer domesticus</i>	I	G
Fitislaubsänger, <i>Phylloscopus trochilus</i>	III	a	Feldsperling, <i>Passer montanus</i>	I	b/G
Zilpzalp, <i>Phylloscopus collybita</i>	IV	a	Bachstelze, <i>Motacilla alba</i>	I	a
Gelbspötter, <i>Hippolais icterina</i>	*4	b	Buchfink, <i>Fringilla coelebs</i>	IV	b
Mönchsgasmücke, <i>Sylvia atricapilla</i>	IV	b	Grünfink, <i>Carduelis chloris</i>	II	b
Gartengasmücke, <i>Sylvia borin</i>	II	b	Goldammer, <i>Emberiza citrinella</i>	*5	a
Dorngrasmücke, <i>Sylvia communis</i>	*7	b			

Es bedeuten:

Σ BP = absolute Zahl der Brut- / Revierpaare (in arabischen Zahlen) bzw. geschätzte Häufigkeitsklassen (in römischen Zahlen), wobei I = 1-5 Brutpaare (BP), II = 6-10, III = 11-20 und IV = > 20 BP bedeuten; Nistweise: a = Nest auf oder in geringer Höhe über dem Erdboden, b = Nest in höheren Straten; G = Gebäudebrüter, * = Arten, deren Reviere in der anliegenden Verbreitungskarte dargestellt wurden.

Die hier beschriebene Verteilung, wonach Gehölzbewohner im Plangebiet dominieren, zeigt sich auch an dem Verhältnis der Bodenbrüter zu den in höheren Straten nistenden Vögeln. Gegenüber den Bodenbrütern, die ihre Nester am oder in geringer Höhe über dem Erdboden anlegen und hier mit 19,3 % (N = 6) vertreten sind, entfällt auf die in höheren Straten siedelnden Arten ein Anteil von 61,4 % (N = 19). Die an / in Gebäuden brütenden Vögel inkl. derjenigen Arten mit unspezifischer Nistweise sind mit 6 Arten (19,3 %) vertreten.

5.2.2 Fledermäuse

Für das Ammerland steht keine kreisweit aktuelle Übersicht zu Vorkommen und Verbreitung dieser Faunengruppe zur Verfügung. Im Vergleich zu den aus anderen nordwestdeutschen Landkreisen (Oldenburg, Vechta) und dem Bundesland Bremen bekannten Artenzahlen und Artenspektren dürften im Ammerland ca. 10 bis 12 (14?) Fledermausarten heimisch sein.

Im Rahmen dieser Bearbeitung wurden Abendsegler, Zwerg- und Breitflügelfledermaus und damit ca. 25 % der Fledermausfauna dieses Landkreises erfasst, für die zusammen 32 Detektornachweise und 11 Sichtbeobachtungen (3 Abendsegler, 6 Zwergfledermäuse und 2 Breitflügelfledermäuse) vorliegen. Die Grunddaten der Detektornachweise sind in Tabelle 4 dargestellt. Danach ist die Zwergfledermaus die mit dem Detektor am häufigsten nachgewiesene Spezies, gefolgt von der Breitflügelfledermaus und dem Abendsegler.

Tabelle 4: Beobachtungshäufigkeit (Detektornachweise) und jahreszeitliches Auftreten der im Jahr 2009 im Geltungsbereich des Bebauungsplanes Nr. 59 nachgewiesenen Fledermäuse.

Fledermäuse / Termine	30.04.	28.05.	25.06.	29.07.	28.08.	22.09.	Σ
Abendsegler <i>Nyctalus noctula</i>	1	5	0	0	0	0	6
Zwergfledermaus <i>Pipistrellus pipistrellus</i>	2	2	2	2	3	3	14
Breitflügelfledermaus <i>Eptesicus serotinus</i>	4	1	1	2	1	3	12
Σ	7	8	3	4	4	6	32

Der Abendsegler ist eine Fledermaus, die in großen Höhen nach Beuteinsekten jagt und in relativ großer Geschwindigkeit weite Strecken zurücklegen kann. Im Plangebiet wurde der Abendsegler im zeitigen Frühjahr nur als Überflieger nördlich des Regenrückhaltebeckens nachgewiesen. Die Beobachtungsumstände, wonach in der Folgezeit keine Abendsegler mehr registriert wurden, deuten darauf hin, dass diese Art im Plangebiet nicht bodenständig ist.

Die Fundorte der Zwergfledermaus verteilen sich auf die von Gehölzen durchsetzten Bereiche des Untersuchungsgebietes, insbesondere auf die zentral gelegenen Grünländer. Hier wurden vor allen Dingen die Hecken und übrigen Gehölze von dieser Art abgeflogen. Darüber hinaus ließ sich die Zwergfledermaus an den im Süden gelegenen Gebäuden feststellen, wo die meisten Nachweise auf die dort befindlichen Baumbestände entfallen. Nördlich des Stellmoorweges fliegt die Zwergfledermaus die an der östlichen Untersuchungsgebietsgrenze vorhandenen Birkenbestände ab.

Von der Zwergfledermaus werden Wohngebiete, darunter auch Großstädte, und deren Umgebung besiedelt; in der strukturierten Landschaft soll sie fast überall vertreten sein (SKIBA 2003). Als weitere Lebensräume nennt dieser Autor aufgelockerte Waldränder, Wege mit Strauch- und Baumbegrenzungen sowie Flüsse, Seen, Teiche, Brücken und Straßenlampen. Die Zwergfledermaus dürfte im Ammerland in nahezu allen von Gehölzen durchsetzten Bereichen häufig sein, unabhängig davon, ob diese im freien Landschaftsraum liegen oder eine räumliche Anbindung an Siedlungsbereiche aufweisen.

Für die Breitflügelfledermaus liegen Nachweise aus den folgenden Bereichen vor: Birkenreihe am Stellmoorweg, Wallhecken und Baumwallhecken im Einzugsbereich des Regenrückhaltebeckens und schließlich die im Süden im Bereich der Gebäude vorkommenden Baumbestände. Für die nördlich der L 826 verlaufende Gebietsgrenze, insoweit sie das Plangebiet berührt, liegen keine Nachweise für Breitflügelfledermäuse vor; hier wurde nur einmal die Zwergfledermaus registriert, die in den übrigen Bereichen oftmals gemeinsam mit der Breitflügelfledermaus vorkommt. Aufgrund der in diesen 3 Teilbereichen konstatierten weitgehend identischen Aktivitäten konnte für die

Breitflügelfledermaus kein Schwerpunktraum ausgemacht werden. Da im Bereich der Felder keine Breitflügelfledermäuse angetroffen wurden, wird hier davon ausgegangen, dass in diesen Bereichen auch keine Jagdhabitats existieren.

Die Breitflügelfledermaus wird als Charakterart des nordwestdeutschen Tieflandes eingestuft. Neben der Zwergfledermaus ist sie die am häufigsten nachgewiesene Fledermausart. Die Breitflügelfledermaus ist vorwiegend eine Hausfledermaus, die im menschlichen Siedlungsraum mit Parks, Gärten, Wiesen und Scherrasen sowie in den Randlagen von Großstädten vorkommt (SKIBA 2003); sie dürfte auch im Ammerland weit verbreitet sein.

Für die Prüfung des Untersuchungsgebietes als Lebensraum für Fledermäuse werden in Anbetracht der hohen Ackeranteile in die weitere Betrachtung keine weiteren Arten einbezogen. Für Fledermäuse allgemein günstig ist neben einem hohen Laubwaldanteil ein Wechsel von lichten, alten Beständen mit jüngeren Waldflächen höherer Stammzahldichte und vereinzelter Verjüngungshorsten. Dadurch ergibt sich eine gegenüber reinen Altersklassenwäldern vertikale Strukturierung, die vor allem für kleinräumig jagende Arten interessant ist. Wichtige Jagdhabitats in Wäldern sind außerdem Seen und Teiche, kleinere Tümpel, Bach- und Flussläufe, Lichtungen und Waldwiesen sowie stufige, südexponierte Waldränder. Derartige Strukturen sind im Planungsraum nicht ausgebildet.

5.2.3 Lurche

Das einzige Lurchvorkommen des Plangebietes betrifft eine sehr kleine Population der Erdkröte in dem zentral gelegenen Regenrückhaltebecken (Plan - Nr. 2), was durch Laichschnüre vom 03.04.2009 belegt ist. Aufgrund der vorgefundenen Fortpflanzungsprodukte wurde ein ca. 12 adulte Kröten umfassender Bestand ermittelt. Da im Verlauf des Junis keine Larven (Kaulquappen) mehr im Gewässer angetroffen wurden, ist davon auszugehen, dass zu diesem Zeitpunkt die Metamorphose abgeschlossen war. In den in Gewässernähe gelegenen Grünländern wurden gegen Ende Juli einzelne diesjährige Jungkröten in ihren Sommerlebensräumen gesichtet.

Das Regenrückhaltebecken weist in Teilbereichen naturnahe Strukturen auf, der Uferaum ist mit typischen Pflanzenarten jedoch weitgehend nur sehr schmal ausgebildet. Sommerlebensräume in Form von Grünländern sind in unmittelbarer Nähe in ausreichender Zahl und Größe vorhanden und die in der Umgebung vorhandenen Baumwallhecken und übrigen Gehölze dürften für die Erdkröte geeignete Winterhabitats darstellen.

Weitere Amphibienvorkommen sind für den Untersuchungsraum nicht bekannt. Entlang einiger Flurstücksgrenzen verlaufen Entwässerungsgräben, die regelmäßig trocken fallen. Schwimm- oder Tauchblattpflanzen fehlen, da ein Dauerwasserkörper nicht vorhanden ist. Zudem fehlen naturnah gestaltete, terrassenförmige Ufer. Insgesamt sind die meisten Gräben aufgrund der vorherrschenden ökologischen Bedingungen für Amphibien als pessimal einzustufen, weshalb sie zurzeit keine potenziellen Laichgewässer darstellen. Daher werden für die Prüfung des Untersuchungsraumes als Lebensraum für Lurche auch keine weiteren Arten in Betracht gezogen.

5.2.4 Libellen

Im Rahmen einer einmaligen Bestandserhebung in den für Libellen relevanten Lebensräumen konnten insgesamt 7 Arten mit zusammen 117 Individuen nachgewiesen werden (Tabelle 2). Darin eingeschlossen sind auch die Zufallsnachweise aus Bestandsaufnahmen für die übrigen Tiergruppen.

Den Angaben von PAULUS et al. (1991) zufolge wurden bis Anfang der 90er Jahre für den Kreis Ammerland 39 Spezies gemeldet. Für die Bundesrepublik Deutschland werden 80 Arten (OTT & PIPER 1998) und für Niedersachsen 60 Spezies (vgl. ALTMÜLLER 1983) verzeichnet. Das Arteninventar des Plangebietes entspricht somit 11,7 % der für Niedersachsen und 18 % der für das Ammerland verzeichneten Libellenarten.

Hauptlebensraum für Libellen ist das zentral gelegene, von Grünland eingefasste Regenrückhaltebecken, an dem sämtliche 7 Spezies registriert wurden. Dagegen sind die Gräben des Untersuchungsgebietes entweder überhaupt nicht oder nur sporadisch von dieser Tiergruppe besiedelt. Zwar wurden im Bereich der Gräben 6 Spezies nachgewiesen, es ist jedoch unsicher, ob diese dort auch bodenständig sind. So gesehen ist die Verbreitung der Libellenfauna im Plangebiet uneinheitlich. Für die Großlibellen ist zu berücksichtigen, dass sich die erwachsenen Tiere nicht ständig an einem Gewässer aufhalten, sondern sogar überwiegend fernab der Gewässer fliegen und diese nur zur Paarung und / oder Eiablage aufsuchen. Da Libellen somit auch abseits der Gewässer geeignete Jagd- und Rasthabitate aufsuchen, kann nicht ausgeschlossen werden, dass es sich um zugeflogene Exemplare von außerhalb des Planungsraumes gelegenen Gewässern gehandelt hat.

Sämtliche erfassten Libellenarten sind als eurytop zu bezeichnen und daher an den meisten Gewässertypen des Ammerlandes verbreitet und häufig. Sie besiedeln sowohl Stillgewässer als auch langsam fließende Gewässer wie Gräben, Bächen und Tiefs. Habitatspezialisten sind nicht vorhanden.

Die häufigsten Arten sind die Große Pechlibelle mit 37 Individuen, die Gemeine Heide-libelle mit 19 Tieren und der Plattbauch mit 15 Exemplaren. Für alle übrigen Arten liegen die ermittelten Individuenzahlen deutlich unter diesen Werten. Für die Prüfung des Untersuchungsgebietes als Lebensraum für Libellen werden aufgrund der hier beschriebenen Gewässersituation keine weiteren Arten als potenzielle Kolonisten in Betracht gezogen.

5.2.5 Heuschrecken

Im Rahmen dieser Bearbeitung wurden insgesamt 5 Arten erfasst (Tabelle 2). Dies entspricht 6,25 % des Artenbestandes der BRD (N = 80, vgl. INGRISCH & KÖHLER 1998) bzw. 10,6 % der in Niedersachsen und Bremen bodenständigen Heuschrecken (N = 47, exkl. synanthrope Arten, vgl. GREIN 2005).

Nach der Zahl der im Ammerland vorkommenden Spezies (N = 17, vgl. RITZAU 1989) dürfte das vorliegende Artenspektrum 29,4 % der Saltatorienfauna dieses Landkreises ausmachen.

Das Artenspektrum des Plangebietes setzt sich ausschließlich aus Graslandbewohnern mit im Norddeutschen Tiefland weiter Verbreitung zusammen (u. a. RITZAU 1989, GREIN 2005). Die meisten dieser Arten sind imstande, die unterschiedlichsten Biotope zu besiedeln. Lebensraumspezialisten wurden nicht nachgewiesen und sind hier auch nicht zu erwarten.

Die Säume entlang der Flurstücksgrenzen im Bereich der Grünländer stellen die wichtigsten Heuschreckenlebensräume dar. Weite Teile des Untersuchungsraumes, wie die im Norden und Süden gelegenen Äcker und die zentralen Teile der Grünländer, sind von Heuschrecken nicht besiedelt. Hier ist lediglich das Grüne Heupferd imstande, derartige Extrembiotope zu besiedeln; die Art kommt, wie dem anliegenden Plan - Nr. 3 zu entnehmen ist, auch auf den Privatgrundstücken im Süden des Gebietes vor.

In den Außenbereichen konzentrieren sich die wesentlichen Heuschreckenvorkommen auf die Flächen in der näheren und weiteren Umgebung des Regenrückhaltebeckens. Hier sind alle 5 Spezies vertreten, wobei vornehmlich die Randstreifen besiedelt sind. Je nach Exposition und Mikroklima finden sich stets dieselben Artengemeinschaften wieder, die vom Braunen und vom Weißrandigen Grashüpfer dominiert werden. Dagegen ließ sich der Buntbäuchige Grashüpfer an nur 3 Standorten nachweisen und für die ebenfalls als eingeschränkt hygrophil geltende Gemeine Dornschröcke liegt ein Nachweis für den Nahbereich des Regenrückhaltebeckens vor.

Für das vorliegende Planungsvorhaben wird davon ausgegangen, dass die Mehrzahl der im Gebiet vorkommenden Arten erfasst wurde. Im Gegensatz zu den auf dem Boden lebenden Heuschrecken ist die Gemeine Eichenschrecke (*Meconema thalassinum*) auf das Vorhandensein von Bäumen angewiesen, auf denen sie ganzjährig lebt. Die Eichenschrecke ist auf der Geest keine seltene Erscheinung und angesichts der zahlreich vorhandenen Baumwallhecken im Plangebiet auch zu erwarten.

6.0 BILANZIERUNG

6.1 Bewertung der Biotoptypen

Zur Ermittlung des Eingriffes in Natur und Landschaft wird das Bilanzierungsmodell des niedersächsischen Städtetages von 2006 (Arbeitshilfe zur Ermittlung von Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen in der Bauleitplanung) angewendet.

In diesem Modell werden Eingriffsflächenwert und Kompensationsflächenwert ermittelt und gegenübergestellt. Zur Berechnung des Eingriffsflächenwertes werden zunächst Wertfaktoren für die vorhandenen Biotoptypen vergeben und mit der Größe der Fläche multipliziert. Analog werden die Wertfaktoren der Biotoptypen der Planungsfläche mit der Flächengröße multipliziert und anschließend wird die Differenz der beiden Werte gebildet.

Es werden 6 Wertfaktoren unterschieden:

Wertfaktor	Beispiele Biotoptypen
5 = sehr hohe Bedeutung	naturnaher Wald; geschütztes Biotop (NNatG)
4 = hohe Bedeutung	Baum-Wallhecke
3 = mittlere Bedeutung	Strauch-Baumhecke
2 = geringe Bedeutung	Intensiv-Grünland
1 = sehr geringe Bedeutung	Acker
0 = weitgehend ohne Bedeutung	versiegelte Fläche

In der Liste II des Bilanzierungsmodells (Übersicht über die Biotoptypen in Niedersachsen) sind den einzelnen Biotoptypen entsprechende Wertfaktoren zugeordnet. Für die im Plangebiet vorhandenen bzw. geplanten Biotope ergeben sich folgende Wertstufen:

Biotoptyp	Wertfaktor	Anmerkungen
Naturnahes Stillgewässer mit umgebender Extensivwiese [SO, GM]	4	Hohe Bedeutung für Arten und Lebensgemeinschaften durch enge Verzahnung von aquatischen und terrestrischen Bereichen
Einzelbäume, Sträucher [HB, BE]	3	Gehölzbestände aus einheimischen Arten mit Biotop- und Vernetzungsfunktion

Biotoptyp	Wertfaktor	Anmerkungen
Baumhecke / Baum-Strauchhecke [HFM/ HFS]	3	Gehölzbestände mit Biotop- und Vernetzungsfunktion
Halbruderaler Gras- und Staudenflur / Ruderalgebüsch [UH/BR]		Bestände mit Biotop- und Vernetzungsfunktion
Sonstiges (naturfernes) Stau- gewässer [SXS]	3	Bedeutung für Arten und Lebensgemeinschaften
Artenarmes Extensivgrünland [GIE]	2	mäßige Bedeutung für Arten und Lebensgemeinschaften
Artenarmes Intensivgrünland [GI]	2	mäßige Bedeutung für Arten und Lebensgemeinschaften
Sonstiger Graben [FG]	2	mäßige Bedeutung für Arten und Lebensgemeinschaften
Siedlungsgehölz [HS]	2	mäßige Bedeutung für Arten und Lebensgemeinschaften
Ziergebüsch /-hecke [BZ]	2	mäßige Bedeutung für Arten und Lebensgemeinschaften
Geschotterte Fläche [TFK]	1	geringe Bedeutung für Arten und Lebensgemeinschaften
Acker [A]	1	geringe Bedeutung für Arten und Lebensgemeinschaften
Planungsrechtlich freigeräumte Fläche [A*]	1	geringe Bedeutung für Arten und Lebensgemeinschaften
Grünfläche, Straßenbegleitgrün [GR]	1	geringe Bedeutung für Arten und Lebensgemeinschaften
Vollständig versiegelte Fläche (Straßen, Gebäude) [OVS, OVW, X]	0	keine Biotopfunktion

Bezüglich der Wallheckenbewertung wurde in Abstimmung mit der unteren Naturschutzbehörde die Weisung der Nds. Umweltministerium vom 03.11.2006 beachtet. So sind beeinträchtigte Werte und Funktionen geschützter Wallhecken durch Neuanlage oder wallheckenfördernde Maßnahmen auszugleichen. Weiterhin sind zu beseitigende Wallhecken bestimmten Wertstufen zuzuordnen und der Ausgleich danach zu bemessen. Ein Erfordernis, Wallhecken in der Kompensationsbilanzierung als sogenannte planungsrechtlich freigeräumte Fläche mit einem Wertfaktor nochmalig zu berücksichtigen, besteht nicht. Demzufolge sind die vorhandenen Wallhecken folgenden Wertfaktoren zuzuordnen:

Baum-Wallhecke guter Ausprägung [HWB]	4	Von besonderer bis allgemeiner Bedeutung
Strauch-Baum-Wallhecke guter Ausprägung [HWM]	4	Von besonderer bis allgemeiner Bedeutung
Degradierete Wallhecke [HWO, HWB-, HWM-]	3	Von allgemeiner Bedeutung
Neuangelegte Wallhecke [HWN]	3	Von allgemeiner Bedeutung

6.2 Bewertung der Fauna

Brutvögel

Das hier angewandte Verfahren zur Bewertung von Vogelbrutgebieten in Niedersachsen wurde von der Staatlichen Vogelschutzwarte / NLWKN entwickelt (WILMS et al. 1997). Es wird über den regionalen Gefährdungsgrad, die Brutpaarzahlen und die Artenzahl die avifaunistische Bedeutung einer Fläche anhand eines differenzierten Punktsystems ermittelt. Neben diesen Parametern spielt der Flächenfaktor, d. h. die Größe des Untersuchungsraumes, bei der Bewertung eine bedeutende Rolle.

Die Anwendung dieses Verfahrens stellt sich - wie folgt - dar:

- Ermittlung der Höchstzahlen der letzten 5 Jahre der im Gebiet vorkommenden Brutvogelarten (bei einjährigen Untersuchungen gehen die Brutbestände des betreffenden Jahres in die Berechnung ein),
- Zuordnung von Punktwerten für jede Vogelart entsprechend der Anzahl der Brutpaare und ihrer Gefährdung nach den Roten Listen für Deutschland, Niedersachsen oder der jeweiligen Rote Liste-Region,
- Ermittlung des Flächenfaktors (Flächenfaktor = Größe des Gebietes in km², mind. jedoch 1,0),
- Division der Gesamtpunktzahlen durch den Flächenfaktor zur Berechnung der Endwerte,
- Bestimmung der Bedeutung des zu bewertenden Gebietes über die Einstufung der Endwerte anhand der ermittelten Mindestpunktzahlen:
 - ab 4 Punkten lokale Bedeutung (Naturraum),
 - ab 9 Punkten regionale Bedeutung (Rote Liste-Region),
 - ab 16 Punkten landesweite Bedeutung (Niedersachsen),
 - ab 25 Punkten nationale Bedeutung (Deutschland).

Bewertungsgrundlage für diese Berechnung ist die aktuelle landesweit / regional gültige Rote Liste der im Bestand gefährdeten Brutvogelarten (KRÜGER & OLTMANNS 2007). Es sind ausschließlich die durch das NLWKN definierten Kriterien (Brutnachweis/Brutverdacht) zu berücksichtigen, während Brutzeitfeststellungen eliminiert werden. Maßgebend für die Bewertung ist aufgrund der unterschiedlichen landes- und bundesweiten Gefährdungseinstufung einzelner Arten die jeweils höchste Gefährdung.

Da die Größe eines Vogelbestandes stets auch von der Größe der zugrunde liegenden Bearbeitungsfläche abhängt, wird ein Flächenfaktor in die Bewertung einbezogen (s. o.). Dieser Faktor entspricht der Größe des Gebietes in km², jedoch mindestens 1,0, um nicht sehr kleine Flächen, in denen in erheblichem Ausmaß mit Randeffekten zu rechnen ist, über zu bewerten.

Für diese Bewertung wurden alle die den freien Landschaftsraum besiedelnden gefährdeten Vogelarten und damit das gesamte eingriffsspezifische Konfliktpotenzial berücksichtigt. Arten der Vorwarnliste bleiben bei diesem Verfahren unberücksichtigt.

Nach dem für das Jahr 2009 vorliegenden Brutvogelbestand ergibt sich für den Untersuchungsraum die folgende Einstufung:

Größe: 0,177 km² = < 1 km²

Anzahl Rote Liste-Arten: 2 (exkl. Rauchschwalbe als Gebäudebrüter)

Anzahl Reviere Rote Liste-Arten: 3

Addierter Punktwert: 2,8

Flächenfaktor: 1

Errechneter Punktwert: 2,8

Bewertung: Vogelbrutgebiet mit weniger als lokaler Bedeutung

Unter Zugrundelegung der aktuellen bundesdeutschen Roten Liste der gefährdeten Brutvögel (SÜDBECK et al. 2007) wird trotz der höheren Gefährdungseinstufung des Kiebitz (RL 2 anstatt RL 3) keine höhere Wertstufe erreicht.

Fledermäuse

Im Gegensatz zu den Vögeln existiert für die Bewertung von Landschaftsräumen mit Hilfe von fledermauskundlichen Daten bislang kein einheitliches Bewertungsverfahren, das sich hinlänglich bewährt hat. So lässt sich im Rahmen von Bestandsaufnahmen aus dem jeweils vorliegenden Datenmaterial (hier: Summe der Beobachtungszahlen) nur indirekt auf die Zahl der in einem Gebiet tatsächlich vorkommenden Fledermäuse schließen. Die Daten werden entsprechend als Beobachtungshäufigkeiten angegeben. Insofern umfassen die einzelnen Populationen im Allgemeinen mehr Individuen als es die Beobachtungshäufigkeiten vermuten lassen.

Bei dem hier angewendeten, von Bremer Fledermauskundlern entwickelten Bewertungsverfahren wird der Index aus der Summe der Kontakte durch die Summe der Beobachtungsstunden, in der Fledermauskontakte möglich gewesen wären, gebildet (L. Bach, pers. Mitt.).

Für das Plangebiet wurde der folgende Wert errechnet: 21 Beobachtungsstunden dividiert durch 32 Detektornachweise ergibt mit Bezug zu der gesamten Untersuchungsfläche eine durchschnittliche Erfassungsrate von 40 Minuten.

Tabelle 5: Aktivitätsindizes von Fledermäusen auf der Grundlage von Detektornachweisen und deren tierökologische Bedeutung, s. Text.

Fledermauskontakt bei Detektorerfassung aller Arten	Aktivitäts- index	Wertstufen
durchschnittlich alle 10 Minuten	> 5,9	sehr hohe Bedeutung
durchschnittlich alle 15 Minuten	3,6 - 5,9	hohe Bedeutung
durchschnittlich alle 20 Minuten	2,6 - 3,5	mittlere Bedeutung
durchschnittlich alle 30 Minuten	1,6 - 2,5	geringe bis mittlere Bedeutung
durchschnittlich alle 60 Minuten	< 1,6	geringe Bedeutung

Dieser Index wird in das Verhältnis zu Erfahrungswerten von Nachweishäufigkeiten mit Fledermäusen in norddeutschen Landschaften gesetzt (Tabelle 5).

Der ermittelte Index von 1,6 (bis 2,5) weist den Untersuchungsraum als ein Gebiet mit geringer Bedeutung (= Wertstufe 4 von insgesamt 5 Wertstufen) für Fledermäuse aus.

Dabei bezieht sich diese Wertstufe ausschließlich auf die an den insgesamt 6 Terminen erbrachten Detektornachweise, Sichtbeobachtungen bleiben bei diesem Verfahren unberücksichtigt.

Der in Leuchtenburg gelegene Untersuchungsraum befindet sich in einem Areal mit geringer landschaftsräumlicher Diversität. Im zentralen Bereich existiert ein naturnahes Stillgewässer, das von Grünländern eingerahmt wird und in der Umgebung kommen unterschiedlich große Gehölz- und Gebüschbestände vor. Für Fledermäuse bedeutsam sind dabei die Wallhecken und Baumwallhecken als Jagdgebiete. Während diese

Bereiche von den Tieren genutzt werden, grenzen im Norden, Südwesten und Süden Felder an, die für diese Faunengruppe nicht von Bedeutung sind.

Amphibien

In das aktuelle Verfahren zur Bewertung von Amphibienlebensstätten fließen die Kategorien Artenzahl, Reproduktion sowie Gefährdungskategorie nach niedersächsischer Roter Liste und Populationsgröße ein. Ganz ähnlich wie bei den Brutvögeln ergibt sich die Bedeutung eines Gebietes aus Punktwerten.

Der Punktwert setzt sich aus den folgenden Einzelpunkten zusammen: Pro nachgewiesener Art ein Punkt, für den Nachweis der Reproduktion einer Art (Eier, Larven oder Jungtiere) zusätzlich je ein Punkt und je nach vorgefundener Populationsgröße (und Gefährdung) zusätzlich Punkte pro Art gemäß der von FISCHER & PODLOUCKY (2000) vorgenommenen Definition von Bestandsgrößen bei Amphibien.

Die Punktsumme aller Arten eines Gebietes entscheidet anhand von Schwellenwerten, ob ein Gebiet für Amphibien von landesweiter Bedeutung ist. Ab 14 Punkten weist ein Gebiet eine landesweite Bedeutung für Amphibien auf. Für Amphibienvorkommen mit weniger als 14 Punkten wurden keine Bewertungskriterien definiert.

Nach dem aktuellen Bewertungsverfahren werden die folgenden vier Bedeutungsstufen von Amphibienbeständen in Abhängigkeit von Bestandsgröße und Gefährdungsgrad (FISCHER & PODLOUCKY 2000) unterschieden:

- Vorkommen mit herausragender Bedeutung für den Naturschutz (in Niedersachsen),
- Vorkommen mit besonders hoher Bedeutung für den Naturschutz,
- Vorkommen mit hoher Bedeutung für den Naturschutz,
- Vorkommen mit Bedeutung für den Naturschutz.

Auf der Grundlage der für Niedersachsen aktuellen Roten Liste (PODLOUCKY & FISCHER 1994) wird kleinen Amphibienbeständen ein Punkt zugewiesen und mittlere Populationen erhalten drei Punkte, während für große bzw. sehr große Populationen neun bzw. 12 Punkte vergeben werden.

Für die im Untersuchungsraum nachgewiesene Erdkröte handelt es sich um einen kleinen Bestand, dessen Grenzwert bei maximal 100 Individuen liegt (Definition nach FISCHER & PODLOUCKY 2000). Mittlere Bestände der Erdkröte umfassen 101-300 Tiere, große Populationen 301-1.000 und sehr große Populationen mehr als 1.000 Individuen.

Für die in Leuchtenburg nachgewiesene Erdkröte wird davon ausgegangen, dass sie sich im Untersuchungsgebiet fortpflanzt, was durch Laichschnüre, Larven und durch Jungkröten belegt ist.

Im Einzelnen erreicht die Erdkröte 3 Punkte. Für den Nachweis der Art wird ein Punkt, für die Bestandsgrößen (hier: kleiner Bestand) ein Punkt und für den Nachweis der Reproduktion nochmals ein Punkt vergeben. In der Addition ergibt dies eine Summe von 3 Punkten.

Damit ist das Amphibienvorkommen im Untersuchungsraum für den Naturschutz von grundlegender Bedeutung, jedoch nicht von hoher, besonders hoher oder von herausragender Bedeutung.

Libellen

Für die Bewertung der Libellenfauna werden die Artenvielfalt und das Vorkommen gefährdeter Arten berücksichtigt. Eine hohe Artenzahl weist in der Regel auf günstige physikalisch-chemische Bedingungen und strukturelle Faktoren eines Gewässers hin. Für die gefährdeten Libellen handelt es sich im Allgemeinen um stenöke Vertreter, die an bestimmte Lebensraumparameter gebunden sind und daher auf Veränderungen ihrer Lebensräume empfindlich reagieren können.

Von den dieser Bewertung zugrunde liegenden 5 Wertstufen zeichnen sich die Wertstufen I bis III durch das Vorkommen von über 15 Arten oder mindestens einer vom Aussterben bedrohten oder einer stark gefährdeten Art (Wertstufe I), durch das Vorkommen von 10-15 Arten oder wenigstens einer gefährdeten Art (Wertstufe II) bzw. durch das Vorkommen von 5-9 ungefährdeten Arten (Wertstufe III) aus. Die Wertstufe IV ist durch das Vorkommen von 1-4 Arten charakterisiert und unter die Bewertungskategorie V fallen alle Gebiete ohne Libellennachweis.

Entsprechend dieser Klassifizierung sind die Libellenvorkommen im Bereich des Regenrückhaltebeckens in die Kategorie 3 einzuordnen. Die Mehrzahl der in der Umgebung dieses Gewässers vorhandenen Gräben weist demgegenüber eine sehr geringe bis überhaupt keine Bedeutung auf.

Danach stellt das Rückhaltebecken mit 7 Spezies, unter denen sich keine landesweit gefährdeten Arten befinden, für diese Faunengruppe keinen bedeutenden Lebensraum dar. Die Libellenfauna setzt sich ausschließlich aus eurytopen Arten zusammen. Die meisten Gräben sind nicht von Libellen besiedelt.

Heuschrecken

Für die Beurteilung der Lebensräume von Heuschrecken wird hier ein vom NLWKN entwickeltes Verfahren zugrunde gelegt, wonach der Gefährdungsgrad (Rote Liste) der einzelnen Heuschreckenarten die Grundlage darstellt. Ungefährdete Arten erhalten 0,25 Punkte, potenziell gefährdete Heuschrecken 0,5 Punkte usw.; die Gesamtpunktzahl für ein Gebiet ist durch Addition zu bilden. Während die Gesamtzahl der in einem Untersuchungsgebiet festgestellten Heuschreckenarten in die Berechnung eingeht, bleiben quantitative Angaben (Abundanzen, Größe der Populationen) unberücksichtigt.

Flächen mit 3,0 und mehr Punkten weisen landesweite Bedeutung auf und Gebiete mit 2,0 bis 2,75 Punkten sind von regionaler Bedeutung (auf Kreisebene für Heuschrecken schutzwürdiger Bereich). Für die unteren Ränge wurden keine Wertstufen definiert.

Für das Plangebiet ergibt sich bei 5 ungefährdeten Arten ein Gesamtpunktwert von 1,25. Damit weist der Untersuchungsraum aus naturschutzfachlicher Sicht für die Heuschreckenfauna zwar eine grundlegende, jedoch keine hohe, besonders hohe oder gar herausragende Bedeutung auf. Im Plangebiet sind keine Arten vertreten, die vermutlich nicht auch in der Umgebung siedeln; Arten mit ganz speziellen Lebensraumanforderungen sind nicht vorhanden.

6.3 Eingriffsumfang

Mit der Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. 59 „Gewerbegebiet Leuchtenburg III“ wird die Festsetzung von Gewerbegebieten mit Nutzungseinschränkungen hinsichtlich Immissionen sowie von Planstraßen und Flächen zum Schutz, zur Pflege und zur Entwicklung von Boden, Natur und Landschaft getroffen. Es werden dadurch vorwiegend Ackerflächen, intensiv genutzte Grünlandbereiche sowie Einzelbäume und -sträucher überplant. Weiterhin befinden sich Wallhecken und eine Kompensationsfläche inner-

halb des Plangebietes. Der gesamte Geltungsbereich umfasst eine Größe von ca. 17,7 ha.

Die innerhalb des Geltungsbereiches gemäß Aussage des Landkreises befindlichen planungsrechtlich festgesetzten Kompensationsflächen in einer Größenordnung von 4,2095 ha (vgl. Abbildung) stellen ein Planungshemmnis dar und sind bei Überplanung flächengleich zu verlagern, d. h. andernorts in gleicher Größe wieder herzustellen und zu sichern. In der aktuellen Planung wird lediglich der zentrale Bereich mit dem naturnah angelegten Regenrückhaltebecken und den angrenzenden Strukturen auf einer Fläche von ca. 1,0971 ha durch die Festsetzung als Fläche zum Schutz, zur Pflege und zur Entwicklung von Boden, Natur und Landschaft gem. § 9 (1) Nr. 20 BauGB (MF1) festgesetzt.

Weiterhin befinden sich innerhalb des Geltungsbereiches Wallhecken, welche z. T. durch Kompensationsverpflichtungen neu angelegt worden sind. Ca. 141 m Wallhecken können durch die Lage innerhalb der Fläche zum Schutz, zur Pflege und zur Entwicklung von Boden, Natur und Landschaft gem. § 9 (1) Nr. 20 BauGB (MF1) dauerhaft gesichert werden. Insgesamt werden durch die vorliegende Planung Wallhecken mit einer Länge von ca. 806 m überplant. Die neuangelegten Wallhecken sowie die degradierten Wallheckenbereiche, die mit einem Wertfaktor von 3 bewertet worden sind, sind in einem Verhältnis von 1:1 zu kompensieren. Dies bedeutet, dass insgesamt 763 m Wallhecke mit dem Wertfaktor 3 längengleich zu kompensieren sind. Weiterhin wird ein Wallheckenabschnitt mit der Wertstufe 4 (intakter Wallheckenabschnitt) überplant. Hier ist ein Kompensationserfordernis von 1:2 vorzusehen, so dass für diesen Abschnitt 78 m Kompensation anzusetzen sind. Insgesamt ist bei Durchführung der Planung für Wallheckenneuanlagen bzw. wallheckenfördernden Maßnahmen auf einer Länge von 841 m zu sorgen.

Die Grundflächenzahl für die ausgewiesene Gewerbegebiete ist mit GRZ 0,8 festgelegt. Eine Überschreitung ist gemäß § 19 (4) BauNVO nicht zulässig. Somit ergibt sich eine maximal mögliche Versiegelung von 80 %. Die Fläche, die für die Gewerbenutzung vorbereitet wird, umfasst eine Größe von ca. 13,4 ha, wobei davon ausgegangen wird, dass die verlassene Hofstelle aufgegeben und die beiden Gebäude, die direkt an die Raiffeisenstraße grenzen, in ihrem Bestand und Ausprägung erhalten bleiben. Es wird demzufolge eine Neuversiegelung von ca. 9,7 ha im Rahmen der Eingriffsbilanzierung zugrunde gelegt. Die unversiegelten Flächen werden als artenarme Grünflächen betrachtet.



Abbildung 2: Lage und Ausdehnung der planungsrechtlich gebundenen Kompensationsfläche sowie der vorhandenen Wallhecken im Plangebiet

Für die Erschließung sind von Süden kommend Planstraßen mit Anschluss an die Raiffeisenstraße vorgesehen. Die geplanten Straßenzüge werden mit einem angenommenen Versiegelungsgrad von 90 % in die Eingriffsbilanzierung aufgenommen, was einer Fläche von ca. 1,24 ha entspricht. Die übrigen 10 % werden als artenarmes Straßenbegleitgrün betrachtet.

Weiterhin wird im Norden auf einer Fläche von ca. 2,16 ha eine Fläche zum Schutz, zur Pflege und zur Entwicklung von Boden, Natur und Landschaft gem. § 9 (1) Nr. 20 BauGB (MF2) festgesetzt. Innerhalb dieser Fläche ist gemäß Entwässerungsplanung ein naturnahes Regenrückhaltebecken mit extensiv genutzten Umgebungsflächen zu entwickeln. Die vorhandenen Gehölzbestände sind dabei zu erhalten.

6.4 Eingriffsbilanzierung

6.4.1 Flora

Entsprechend dem Niedersächsischen Naturschutzgesetz §§ 7 bis 12 (Eingriffsregelung) muss ein unvermeidbarer zulässiger Eingriff in die Leistungsfähigkeit des Naturhaushaltes und das Landschaftsbild durch geeignete Maßnahmen kompensiert werden.

Die Eingriffsbilanzierung erfolgt mit dem Bilanzierungsmodell des niedersächsischen Städtetages von 2006 (Arbeitshilfe zur Ermittlung von Ausgleichs- und Ersatzmaß-

nahmen in der Bauleitplanung). Der Eingriffsumfang wird dabei durch einen Flächenwert ausgedrückt, der sich nach folgender Formel errechnet:

- a) Flächenwert des Ist-Zustandes: $\text{Größe der Eingriffsfläche in m}^2 \times \text{Wertfaktor des vorhandenen Biotop-typs}$
- b) Flächenwert des Planungszustandes: $\text{Größe der Planungsfläche in m}^2 \times \text{Wertfaktor des geplanten Biotoptyps}$
- c) $\text{Flächenwert des Planungszustandes}$
 $- \text{Flächenwert des Ist-Zustandes}$
 $= \text{Flächenwert des Eingriffs (Maß für die Beeinträchtigung)}$

Mit Hilfe dieses Wertes wird die Bilanzierung von Eingriff und Kompensation ermöglicht. Berechnung des Flächenwertes des Eingriffs:

Ist-Zustand				Planung			
Biotoptyp	Fläche (m ²)	Wertfaktor	Flächenwert	Biotoptyp	Fläche (m ²)	Wertfaktor	Flächenwert
HBE**	1.072	3	3.216	HBE**	400	3	1.200
HWB- * ¹	491	3	1.473	HWB- * ¹	491	3	1.473
HWN * ¹	210	3	630	HWN * ¹	210	3	630
HWB / HWB-HWN* ²	4.073	0	0	SO / GM* ⁶	20.739	4	82.956
BE	30	3	90	HFB * ⁷	851	3	2.553
HFS	487	3	1.461	HFS * ⁸	487	3	1.461
HFB	1.461	3	4.383	SXS	5.464	3	16.392
SXS* ³	5.464	3	16.392	GIE * ⁹	4.319	2	8.638
UH / BR	3.772	3	11.316	FG	273	2	546
GIE	4.319	2	8.638	HS	196	2	392
GI	38.917	2	77.834	TFK / PH	3.319	1	3.319
FG	273	2	546	X (GE) * ¹⁰	96.370	0	0
HS	196	2	392	GR (GE) * ¹¹	24.090	1	24.090
BZH	487	2	974	X (Planstraße) * ¹²	12.428	0	0
TFK / PH	3.319	1	3.319	GR * ¹³	1.381	1	1.381
A	75.185	1	75.185	X	6.172	0	0
A * ⁴	28.290	1	28.290				
OVS	2.788	0	0				
OVW	231	0	0				
X * ⁵	6.797	0	0				
Flächenwert Ist-Zustand			234.139	Flächenwert Planungs-Zustand			145.031

- ** Gemäß dem angewendeten Bilanzierungsmodell (Arbeitshilfe zur Ermittlung von Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen in der Bauleitplanung) werden Einzelbäume zusätzlich zur Grundfläche erfasst. Weiterhin sind vorhandene Einzelbäume zusätzlich zur Grundfläche nach der vorhandenen Kronenrauffläche zu bestimmen. Dieser Flächenwert ist dem Wert der Grundfläche zuzuzählen. Aus diesem Grund ist bei einem Vorhandensein von Einzelbäumen die Gesamtfläche größer als die Geltungsreichsgröße. Die Größe des Geltungsbereiches ergibt sich indem die Flächen der Einzelbäume von der Gesamtfläche abgezogen werden
- *1 Die vorhandenen Walhecken innerhalb der Maßnahmenfläche MF1 bleiben in ihrer Ausprägung erhalten.
- *2 Die überplanten Wallhecken außerhalb der Maßnahmenfläche MF1 werden separat ausgeglichen und dadurch in der Eingriffsbilanzierung nicht weiter betrachtet. Der Vollständigkeit halber sind sie jedoch mit aufgeführt und mit dem Wertfaktor 0 belegt.
- *3 Das vorhandene Regenrückhaltebecken weist in Teilbereichen naturnahe Strukturen auf und wird daher mit dem Wertfaktor 3 belegt.
- *4 Die planungsrechtlich gebundene Kompensationsflächen werden in einem Verhältnis von 1:1 verlagert und die freigeräumte Fläche mit dem Wertfaktor 1 in der Bilanzierung berücksichtigt.
- *5 Vorhandene versiegelte Bereiche nördlich der Raiffeisenstraße.
- *6 Das vorgesehene Regenrückhaltebecken und die geplanten Extensivwiesenbereiche in der Fläche zum Schutz, zur Pflege und zur Entwicklung von Boden, Natur und Landschaft gem. § 9 (1) Nr. 20 BauGB (MF2) werden durch die hohe Bedeutung für Arten und Lebensgemeinschaften aufgrund der engen Verzahnung von terrestrischen und aquatischen Bereichen mit dem Wertfaktor 4 belegt.
- *7 Im Bereich der Fläche zum Schutz, zur Pflege und zur Entwicklung von Boden, Natur und Landschaft gem. § 9 (1) Nr. 20 BauGB (MF2) bleiben die vorhandenen Gehölzbestände erhalten.
- *8 Im Bereich der Fläche zum Schutz, zur Pflege und zur Entwicklung von Boden, Natur und Landschaft gem. § 9 (1) Nr. 20 BauGB (MF1) bleiben die vorhandenen Gehölzbestände erhalten.
- *9 Die Grünlandbereiche in der Fläche zum Schutz, zur Pflege und zur Entwicklung von Boden, Natur und Landschaft gem. § 9 (1) Nr. 20 BauGB (MF1) bleiben erhalten.
- *10 Vollständig versiegelte Fläche der Gewerbegebiete (GE) (GRZ 0,8).
- *11 Die unversiegelten Bereiche der Gewerbegebiete werden als artenarme Grünflächen mit dem Wertfaktor 1 bewertet.
- *12 Der Versiegelungsgrad der Planstraßen beträgt 90 %.
- *13 Die unversiegelten Bereiche der Planstraßen werden als artenarmes Straßenbegleitgrün mit dem Wertfaktor 1 bewertet.

Flächenwert Planung	=	145.031
- Flächenwert Ist-Zustand	=	234.139
= Flächenwert des Eingriffs	=	- 89.108=> < 0

Es ergibt sich somit ein Flächenwert von – 89.108 für den Eingriff in Natur und Landschaft, der kompensiert werden muss. Dies entspricht einer Flächengröße von ca. 8,9 ha bei Aufwertung um einen Wertfaktor. Bei einer Aufwertung der potenziellen Kompensationsflächen um zwei Wertfaktoren, wie es im Allgemeinen durch entsprechende Maßnahmenkonzepte möglich ist, ergibt sich ein Bedarf von ca. **4,45 ha** Kompensationsbedarf auf externen Flächen.

Es ergibt sich zusätzlich zu dem Eingriffsflächenwert die Verlagerung der im Ursprungsplan vorhandenen Kompensationsfläche mit einer Größe von ca. 3,11 ha sowie die Kompensation von ca. 841 m Wallhecke.

Die im Rahmen der Biotoptypenkartierung erfassten besonders geschützten Pflanzenarten ist eine Überplanung der einzelnen Stechpalme auf dem Teilbereich der Wallhecke nicht vermeidbar. Im Rahmen der Kompensation für die überplanten Wallhecken sollte bei der Neubepflanzung von Wallhecken auch die Pflanzenart Stechpalme vorgesehen werden.

6.4.2 Fauna

Für eine Bewertung möglicher Beeinträchtigungen ist vorab zu klären, was eine Beeinträchtigung aus ornithologischer Sicht ist. Mit der Überplanung von Landschaftsteilen

sind die Vogellebensräume dann beeinträchtigt, wenn sie von den Tieren nicht mehr oder in dem bisher genutzten Maße genutzt werden können. Für Vögel ist daraus zu folgern, dass Brut- und Nahrungshabitate aufgrund deren Entwertung verloren gehen werden.

Eine erhebliche Beeinträchtigung liegt also dann vor, wenn ein Brut- oder Nahrungsgebiet von den Vögeln nicht mehr in dem Maße genutzt werden kann, wie dies ohne den Bau eines Gewerbegebietes der Fall gewesen wäre.

Für das vorliegende Planungsvorhaben wird davon ausgegangen, dass die für Brutvögel bedeutsamen Grünländer in ihrer gegenwärtigen Ausprägung nicht erhalten bleiben. Eine Verdrängung / Vergrämung der im zentralen Bereich siedelnden 2 Kiebitz-Brutpaare ist daher nicht auszuschließen. Dieser Eingriff ist mit einem Kompensationsbedarf von zusammen 2,0 ha zu kompensieren, da von einer durchschnittlichen Reviergröße von 1 ha auszugehen ist.

Eine zusätzliche Kompensation für das Schutzgut Fledermäuse ist nicht erforderlich. Dies wird damit begründet, dass das Untersuchungsgebiet für diese Faunengruppe lediglich den kleineren Teil eines größeren Lebensraumkomplexes darstellt. Aus diesem Grund werden die Tiere in der Umgebung des Planungsraumes geeignete Lebensmöglichkeiten vorfinden, zumal wichtige Elemente wie das Regenrückhaltebecken sowie die südlichen bebauten Bereiche mit den Gehölzstrukturen erhalten bleiben.

Für die Amphibien wird es keine Eingriffserheblichkeit geben, da das vorhandene Regenrückhaltebecken, das als Lebensraum der angetroffenen Population dient, erhalten bleibt. Dies sowie die angrenzenden Flächen weisen lediglich eine geringe Bedeutung für Libellen und Heuschrecken auf, so dass hier keine Erheblichkeit durch die Umsetzung der Planung für diese Tiergruppen prognostiziert werden kann, die Kompensationsmaßnahmen erforderlich macht.

7.0 VERMEIDUNG / MINIMIERUNG VON BEEINTRÄCHTIGUNGEN

Gemäß § 19 (1) BNatSchG sowie § 8 NNatG dürfen Eingriffe die Leistungsfähigkeit des Naturhaushaltes und des Landschaftsbildes nicht mehr als unbedingt notwendig beeinträchtigen. Zur Vermeidung bzw. Verminderung von Beeinträchtigungen des Naturhaushaltes und des Landschaftsbildes werden folgende planerische Aussagen getroffen:

- Der Eingriff betrifft relativ wertarme Biotope.
- Erhalt und Sicherung der im Plangebiet befindlichen Gehölz- und Gewässerstrukturen sowie Schonung des Standortes der Sumpf-Schwertlilie als besonders geschützte Art.
- Größtmöglicher Erhalt und Sicherung der im Plangebiet befindlichen wertvollen Wallheckenstrukturen.
- Rodung der Gehölze (potenzielle Brutstätten in der Zeit von Anfang Oktober bis Ende Februar gem. § 37 (3) NNatG sowie Abriss der Gebäude außerhalb der Brutzeit (d. h. nicht in der Zeit zwischen 01. März und 15. Juni). Baufeldfreimachung außerhalb der Brutzeit.
- Durch den Einsatz von Geräten nach dem neusten Stand der Technik werden Störungen vermindert.

- Während der Bauarbeiten ist darauf zu achten, dass die angrenzenden und vorhandenen Gehölze und Einzelbäume nicht mehr als notwendig beeinträchtigt werden (z. B. durch Baufahrzeuge). Zur Vermeidung von Schäden sind deshalb Schutzmaßnahmen gem. RAS-LP 4 und DIN 18920 vorzusehen.
- Die überplanten Gebäude sind vor Beginn der Abrissmaßnahme aus Vorsorgegründen fledermauskundlich zu untersuchen. Die Gebäude sind auf Fledermausvorkommen, möglichen Quartieren und Brutplätzen hin zu überprüfen. Es sei an dieser Stelle noch einmal ausdrücklich darauf hingewiesen, dass die faunistischen Untersuchungen keine Hinweise auf mögliche Fledermausquartiere ergab. Davon unbeachtet soll jedoch vor Abriss der Gebäude sicher gestellt werden, dass sich keine Fledermäuse innerhalb bzw. an den Gebäuden befinden. Es wird vorgeschlagen, eine ökologische Baubegleitung bzw. einen Fledermauskundigen in die Abrissarbeiten einzubeziehen.

Bei der Überprüfung sollten insbesondere die Dachböden, Gebäudeöffnungen, jegliche Spalten und Vorsprünge der Außenwände besonders begutachtet werden. Es sollte eine Kontrolle am Tag (Totfunde, Kotsuren, etc.) und eine Kontrolle zur Abenddämmerung (Ausflugbeobachtungen von Fledermäusen) vorgenommen werden.

In dem Fall dass Quartiere an den Gebäuden nachgewiesen werden, muss mit dem Beginn der Abrissarbeiten der Nutzungszeitraum der entsprechenden Arten (z.B. Sommerquartier bei Fledermäusen) abgewartet werden. Der Nutzungszeitraum ist artspezifisch zu unterscheiden. Kann der Nutzungszeitraum nicht abgewartet werden, sollte in Abstimmung mit der unteren Naturschutzbehörde ggf. eine Evakuierung der Fledermäuse vorgenommen werden.

- Richtige Standortwahl und flächensparender Umgang im Rahmen der Ausführungsplanung. Vorsehen von Baumschutzmaßnahmen im Bereich der zu erhaltenden Gehölze.
- Um den Eingriff in den Wasserhaushalt so gering wie möglich zu halten, sollte das Niederschlagswasser so lange wie möglich im Gebiet verbleiben. Dazu sollte das Regenwasser von Dachflächen und Flächen anderer Nutzung, von denen kein Eintrag von Schadstoffen ausgeht, nach Möglichkeit auf dem Grundstück verbleiben (versickern - sofern möglich).
- Zur Verminderung der Beeinträchtigungen, die aus der Versiegelung von Flächen resultieren, sind Stellflächen und sonstige zu befestigende Flächen möglichst mit luft- und wasserdurchlässigen Materialien (Schotterrasen, Rasengittersteine o.ä.) zu erstellen.
- Der Schutz des Oberbodens (§ 202 BauGB) sowie bei Erdarbeiten die ATV DIN 18300 bzw. 18320 und DIN 18915 sind zu beachten.
- Es sind die relevanten Richtlinien zu Stäuben, Lärm und sonstigen Immissionen einzuhalten.

8.0 MASSNAHMEN ZUR KOMPENSATION

Der Verursacher eines Eingriffs ist zu verpflichten, vermeidbare Beeinträchtigungen von Natur und Landschaft zu unterlassen sowie unvermeidbare Beeinträchtigungen

durch Maßnahmen des Naturhaushaltes und der Landschaftspflege vorrangig auszugleichen (Ausgleichsmaßnahmen) oder in sonstiger Weise zu kompensieren (Ersatzmaßnahmen). Ausgeglichen (Ausgleichsmaßnahmen) ist eine Beeinträchtigung, wenn und sobald die beeinträchtigten Funktionen des Naturhaushaltes wiederhergestellt sind und das Landschaftsbild landschaftsgerecht wiederhergestellt oder neu gestaltet ist. In sonstiger Weise kompensiert (Ersatzmaßnahmen) ist eine Beeinträchtigung, wenn und sobald die beeinträchtigten Funktionen des Naturhaushaltes in gleichwertiger Weise ersetzt sind oder das Landschaftsbild landschaftsgerecht neu gestaltet ist. ... (§ 19 (1) und (2) BNatSchG)

Obwohl durch die Aufstellung des Bebauungsplanes selbst nicht in den Naturhaushalt und das Landschaftsbild eingegriffen werden kann, sondern nur durch seine Realisierung, ist die Eingriffsregelung dennoch von Bedeutung, da nur bei ihrer Beachtung eine ordnungsgemäße Abwägung aller öffentlichen und privaten Belange möglich ist.

8.1 Ausgleichsmaßnahmen

Für die mit der Realisierung des Bebauungsplanes verbundenen Beeinträchtigungen der Leistungsfähigkeit des Naturhaushaltes und des Landschaftsbildes sind folgende Kompensationsmaßnahmen durchzuführen:

8.1.1 Anlage von naturnah gestalteten Regenrückhaltbecken mit Entwicklung der umliegenden Flächen als Extensivwiese (MF 2) (ca. 20.739 m²)

Das im Bereich der Maßnahmenfläche MF 2 erforderliche Regenrückhaltebecken ist naturnah herzurichten. Die Uferlinie ist geschwungen zu gestalten, die Böschungsneigungen sind im Verhältnis von mindestens 1:3 und flacher zu modellieren. Die Gewässer sollen sich überwiegend in freier Sukzession entwickeln. Schonende Pflegemaßnahmen, wie gelegentliche Mahd und Räumung des Gewässers sind nicht abträglich und von Zeit zu Zeit notwendig, um die Funktion zur Regenrückhaltung zu gewährleisten. Im Böschungsbereich und der Gewässersohle werden sich z. B. Röhrichte, Seggenrieder und feuchte Staudenfluren einstellen. Auch ist das Aufschlagen von Weiden und ggf. Erlen zu erwarten und es können sich in der Folge Sumpfgebüsche entwickeln. Mit der Herstellung naturnaher Gewässer entstehen aquatische Lebensräume für eine Vielzahl von Lebensgemeinschaften. Neben Schwimm- und Tauchblattpflanzen entstehen Habitate für verschiedene Faunengruppen. Insbesondere Amphibien und Libellen können sich ansiedeln und auf Dauer etablieren.

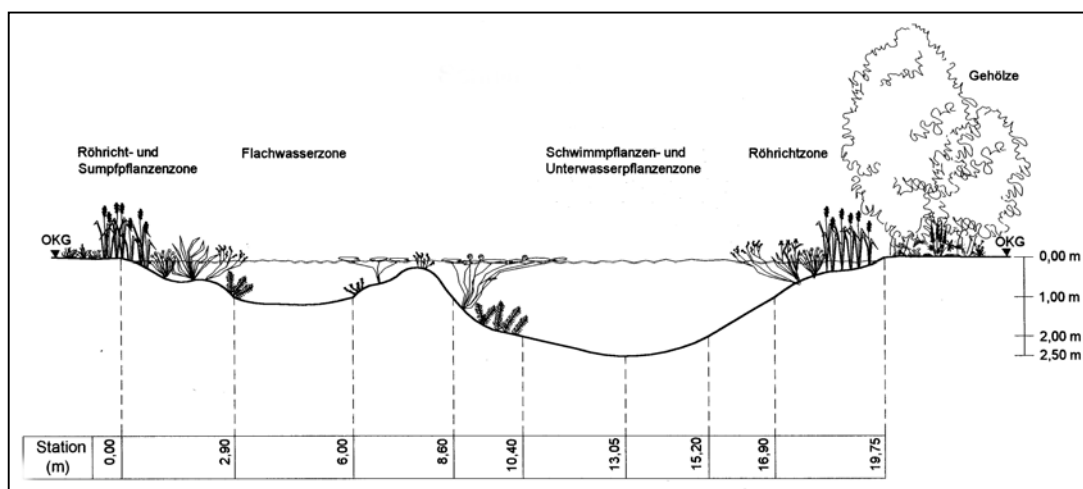


Abbildung 3: Gewässerquerschnitt eines naturnahen Regenrückhaltebeckens (schematisch)

Nachfolgend ist eine Auswahl möglicher Wasser- und Uferpflanzen für die naturnahe Gestaltung des Gewässers dargestellt:

Röhrichtzone:

Kalmus	(<i>Acorus calamus</i>)
Kleiner Rohrkolben	(<i>Thypha minima</i>)
Schilfrohr	(<i>Phragmites communis</i>)
Sumpfbirse	(<i>Eleocharis palustris</i>)
Sumpfdotterblume	(<i>Caltha palustris</i>)
Teichschachtelhalm	(<i>Equisetum fluviatile</i>)

Sumpfpflanzenzone:

Froschlöffel	(<i>Alisma plantago aquatica</i>)
Hechtkraut	(<i>Pontederia cordata</i>)
Pfeilkraut	(<i>Sagittaria sagittifolia</i>)
Sumpfergussmeinnicht	(<i>Myosotis palustris</i>)
Wassermintze	(<i>Mentha aquatica</i>)
Wasserschwertlilie	(<i>Iris pseudacorus</i>)

Schwimmpflanzen- und Unterwasserpflanzenzone:

Ähren-Tausendblatt	(<i>Myriophyllum spicatum</i>)
Froschbiss	(<i>Hydrocharis morsus-ranae</i>)
Krebsschere	(<i>Stratiotes aloides</i>)
Seekanne	(<i>Nymphoides peltata</i>)
Gelbe Teichmummel	(<i>Nuphar lutea</i>)
Wasserhahnenfuss	(<i>Ranunculus aquatilis</i>)
Weißer Seerosen	(<i>Nymphaea alba</i>)

Die Bereiche, die sich angrenzend an das Regenrückhaltebecken befinden sind mit folgenden Bewirtschaftungsauflagen als Extensivwiese artenreich zu entwickeln. In Absprache mit der unteren Naturschutzbehörde des Landkreises Ammerland sind Anpassung der Auflagen möglich.

Nutzungsauflagen:

- Die Fläche ist ausschließlich als Dauergrünland zu nutzen.
- Umbruch, Neuansaat sind nicht zulässig.
- Die Fläche ist ausschließlich als Wiese zu nutzen.
- Es dürfen nicht mehr als 2 Schnitte pro Kalenderjahr durchgeführt werden. Der Schnitt darf nur von innen nach außen oder von einer zur anderen Seite durchgeführt werden.
- Das gesamte Mähgut ist abzufahren. Liegenlassen von Mähgut im Schwad ist unzulässig.
- In der Zeit vom 1. Januar bis zum 15. Juni eines Jahres darf keine Mahd stattfinden.
- Die Fläche muss jährlich bewirtschaftet werden und "kurzrasig" in den Winter gehen.
- Eine Düngung der Fläche ist mit 30 kg Stickstoff pro ha und Jahr zulässig, dabei ist ein Abstand von 10 m zu Gewässern einzuhalten
- In der Zeit vom 01. März bis 15. Juni eines jeden Jahres sind jegliche maschinelle Arbeiten (z.B. Walzen, Schleppen) auf der Fläche unzulässig.
- In der Zeit vom 01. März bis 15. Juni eines jeden Jahres ist jegliches Aufbringen von Düngemitteln auf die Fläche unzulässig.
- Jegliches Aufbringen von Pflanzenschutzmitteln ist unzulässig.
- Jegliche Einrichtung zusätzlicher Entwässerungseinrichtungen ist unzulässig.

- Über die Unterhaltung hinausgehende Aufreinigung bestehender Entwässerungseinrichtungen (Gräben, Grütten etc.) ist unzulässig. Grabenaushub ist unverzüglich einzuschlichten.
- Veränderungen der Bodengestalt durch Verfüllen, Einplanieren etc. sind unzulässig.
- Unberührt hiervon ist die ordnungsgemäße Unterhaltung von Flächenzufahrten und Überfahrten.
- Die Errichtung von Mieten, die Lagerung von Silage sowie die Lagerung von Heuballen und das Abstellen von Geräten ist unzulässig.
- Das Aufkommen von Gehölzbeständen ist zu unterbinden.

8.2 Ersatzmaßnahmen

Die mit der Realisierung des Bebauungsplanes verbundenen unvermeidbaren Beeinträchtigungen können nicht vollständig über Ausgleichsmaßnahmen gemäß § 19 (2) BNatSchG kompensiert werden, so dass Ersatzmaßnahmen erforderlich sind. Wie bei der Eingriffsbilanzierung in Kap. 6.4 ermittelt, bleibt trotz der ökologischen Festsetzungen im Bebauungsplan Nr. 59 ein Kompensationsbedarf von ca. 8,9 ha bzw. von 89.108 Werteinheiten.

Die Gemeinde Rastede verfügt über Poolflächen, die für Ersatzmaßnahmen zur Verfügung stehen. Entsprechend werden ca. 89.108 Werteinheiten zur vollständigen Kompensation der Eingriffe im Flächenpool umgesetzt. Auf den Flächen werden durch entsprechende Extensivierungsmaßnahmen ebenfalls attraktive Bereiche für Wiesenvögel geschaffen, so dass auch die erforderliche Kompensation für die beiden verdrängten Kiebitzpaare gesichert ist.

Zusätzlich dazu ist eine Fläche von ca. 3,11 ha durch die Verlagerung der planungsrechtlich gebundenen Kompensationsflächen festzusetzen.

Die Kompensation von ca. 841 m Wallhecke wird im Rahmen des Wallheckenschutzprogramms der unteren Naturschutzbehörde des Landkreises Ammerland gesichert. Die Gemeinde Rastede wird zu diesem Zweck mit der Naturschutzstiftung Ammerland eine vertragliche monetäre Regelung treffen, durch welche die Wallhecken über die Stiftung kompensiert werden können. Es sollte bei der Neubepflanzung von Wallhecken auch die Pflanzenart Stechpalme vorgesehen werden.

9.0 VORSCHLÄGE ZU DEN TEXTLICHEN FESTSETZUNGEN

9.1 Hinweise

Das Bundesnaturschutzgesetz und das Niedersächsische Naturschutzgesetz bilden den Rahmen für die Durchsetzung der Belange des Naturschutzes und der Landschaftspflege auch im Bereich von Ortslagen und Ortsrandlagen. Ihre Vorgaben sind in der Bauleitplanung durch eine ausreichende Berücksichtigung dieser Belange umzusetzen.

Der Bebauungsplan bietet gemäß Baugesetzbuch (BauGB) nach § 9 Abs. 1 eine Anzahl von Festsetzungsmöglichkeiten. Die in diesem Fachbeitrag formulierten Inhalte, Planungen und Entwicklungen sollen als Festsetzungen nach § 9 BauGB in die Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. 59 „Gewerbegebiet Leuchtenburg III“ einfließen und übernommen werden.

9.2 Vorgeschlagene textliche Festsetzungen

Insbesondere sind folgende Inhalte zu beachten:

1. Innerhalb der mit MF1 bezeichneten, gem. § 9 (1) Nr. 24 BauGB festgesetzten Flächen zum Schutz, zur Pflege und zur Entwicklung von Boden, Natur und Landschaft sind das vorhandene Regenrückhaltebecken (RRB) und die umliegenden Flächen naturnah zu entwickeln bzw. zu erhalten.
2. Innerhalb der mit MF2 bezeichneten, gem. § 9 (1) Nr. 24 BauGB festgesetzten Flächen zum Schutz, zur Pflege und zur Entwicklung von Boden, Natur und Landschaft ist das geplante Regenrückhaltebecken (RRB) naturnah herzustellen, die umliegenden Flächen sind als Extensivwiese zu entwickeln. Die vorhandenen Gehölze am Stellmoorweg sind hierbei zu erhalten.
3. Die innerhalb des Geltungsbereiches festgesetzten Einzelgehölze sind gem. § 9 (1) Nr. 25b BauGB zu schützen und auf Dauer zu erhalten. Abgänge sind adäquat zu ersetzen.
4. Der landschaftsökologische Fachbeitrag zum Bebauungsplan Nr. 59 „Gewerbegebiet Leuchtenburg III“ ist Bestandteil der Begründung zum Bebauungsplan Nr. 59 „Gewerbegebiet Leuchtenburg III“.

ANHANG

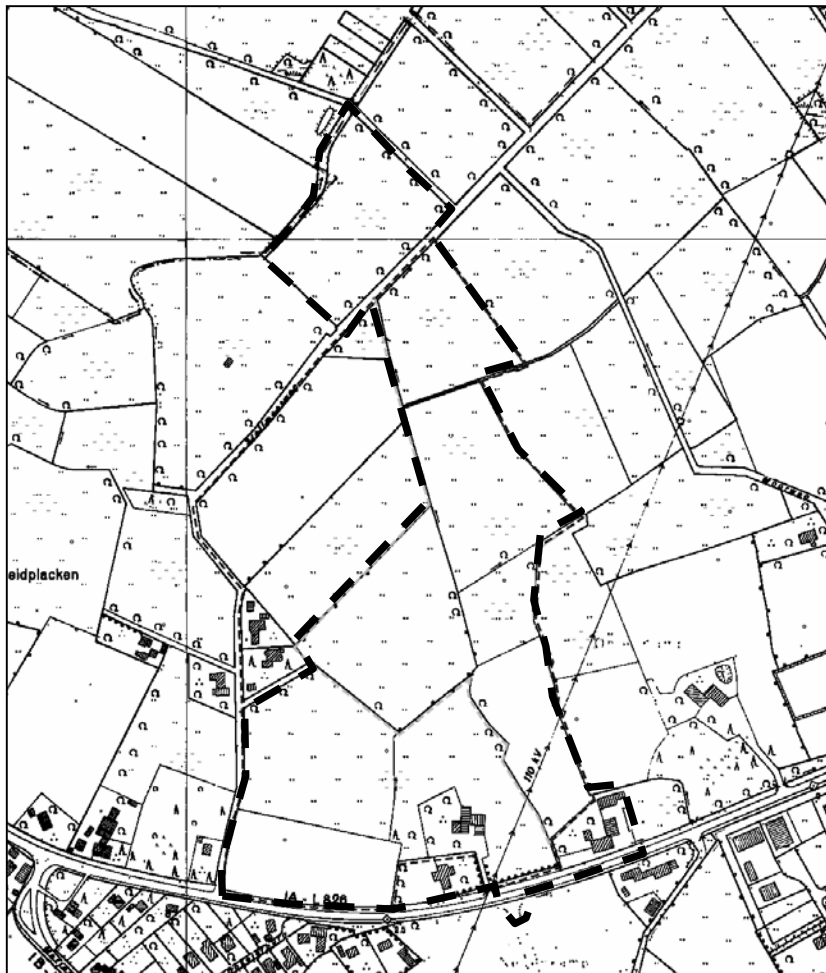
Spezielle artenschutzrechtliche Prüfung

GEMEINDE RASTEDE

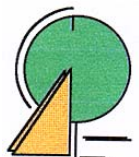
Landkreis Ammerland



Spezielle artenschutzrechtliche Prüfung zum Bebauungsplan Nr. 59 „Gewerbegebiet Leuchtenburg III“



14. Dezember 2009



INHALTSÜBERSICHT

1.0	EINLEITUNG	1
1.1	Anlass und Aufgabenstellung	1
1.2	Hinweise zur speziellen artenschutzrechtlichen Prüfung	1
1.2.1	Zielsetzungen	1
1.2.2	Rechtliche Grundlagen	1
1.2.3	Methodisches Vorgehen und Begriffsbestimmungen	3
1.3	Untersuchungsrelevantes Artenspektrum	4
1.4	Datengrundlagen	5
2.0	PROJEKTBEZOGENE WIRKFAKTOREN	5
2.1.1	Baubedingte Wirkfaktoren / Wirkprozesse	5
2.1.2	Anlagenbedingte Wirkfaktoren / Wirkprozesse	6
2.1.3	Betriebsbedingte Wirkfaktoren / Wirkprozesse	6
2.2	Vorkehrungen zur Vermeidung	6
3.0	BESTAND UND BETROFFENHEIT DER BESONDERS GESCHÜTZTEN UND STRENG GESCHÜTZTEN ARTEN	8
3.1	Bestand und Betroffenheit von Biotopen streng geschützter Arten	8
3.2	Bestand und Betroffenheit der Arten nach Anhang IV der FFH-Richtlinie	8
3.2.1	Pflanzenarten nach Anhang IV der FFH-Richtlinie	8
3.2.2	Tierarten des Anhang IV der FFH-Richtlinie	9
3.2.2.1	Säugetiere	9
3.2.2.2	Reptilien	14
3.2.2.3	Amphibien	14
3.2.2.4	Insekten	15
3.3	Bestand und Betroffenheit der Arten nach Vogelschutzrichtlinie	15
4.0	FAZIT	18
5.0	LITERATUR	19

1.0 EINLEITUNG

1.1 Anlass und Aufgabenstellung

Die Gemeinde Rastede beabsichtigt, die gewerbliche Nutzung im Hauptort auszuweiten und stellt zu diesem Zweck den Bebauungsplan Nr. 59 „Gewerbegebiet Leuchtenburg III“ auf. Anlass der Planung ist es, ein ausreichendes und attraktives Angebot an gewerblichen Bauflächen auch hinsichtlich der aktuell anstehenden Nachfragesituation bereitzustellen. Dementsprechend wird der bereits gewerblich vorgeprägte Siedlungsbereich im Norden Rastedes um eine ca. 17,7 ha große Fläche erweitert. Der Geltungsbereich des Bebauungsplanes Nr. 59 schließt sich hierbei unmittelbar nördlich der Raiffeisenstraße an den Bebauungsplan Nr. 58 „Gewerbegebiet Leuchtenburg II“ an.

Durch die Aufstellung des Bebauungsplanes wird durch die Ausweisung eines Gewerbegebietes eine bauliche Verdichtung in diesem Bereich ermöglicht. Adäquat der kommunalen Zielkonzeption sowie dem raumordnerischen Leitgedanken, vorhandene Siedlungsräume zu verdichten bzw. weiterzuentwickeln, so dass eine Inanspruchnahme von Freiflächen (Außenbereich) für die Bereitstellung neuer Bauflächen vermieden wird, erfolgt die Aufstellung des Bebauungsplanes mit dem konkreten Ziel, im Bereich von vorhandenen Siedlungsstrukturen Entwicklungsmöglichkeiten bereitzustellen.

Im Plangebiet finden sich gemäß der im Rahmen des landschaftsökologischen Fachbeitrages zum Bebauungsplan Nr. 59 durchgeführten faunistischen Bestandsaufnahme besonders oder streng geschützte Tier- und Pflanzenarten gemäß § 10 Abs. 2 Nr. 10 und 11 BNatSchG. Das Vorkommen dieser Arten stellt zum gegenwärtigen Zeitpunkt ein Planungshemmnis für den Satzungsbeschluss des Bebauungsplanes Nr. 59 dar. Es ist somit ein Nachweis zu erbringen, dass die Vorschriften des europäischen Artenschutzrechtes eingehalten werden. Dieser Nachweis soll nun im Rahmen dieser vorliegenden speziellen artenschutzrechtlichen Prüfung erbracht werden.

1.2 Hinweise zur speziellen artenschutzrechtlichen Prüfung

1.2.1 Zielsetzungen

In der vorliegenden speziellen artenschutzrechtlichen Prüfung (im Folgenden kurz **saP** genannt) werden die artenschutzrechtlichen Verbotstatbestände nach § 42 BNatSchG, die durch das Vorhaben erfüllt werden können, bezüglich der gemeinschaftsrechtlich geschützten Arten (alle europäischen Vogelarten, Arten des Anhangs IV FFH-Richtlinie) ermittelt und dargestellt.

Werden die oben beschriebenen Verbotstatbestände erfüllt, wird im Weiteren geprüft, ob die naturschutzrechtlichen Voraussetzungen für eine Ausnahme von den Verbotsbeständen nach § 42 BNatSchG gegeben sind (Ausnahmen nach § 43 BNatSchG).

Das zu untersuchende Artenspektrum umfasst hier die Arten, die im Untersuchungsraum durch Bestandserfassung nachgewiesen wurden.

1.2.2 Rechtliche Grundlagen

Im Folgenden wird ein kurzer Überblick über die in der saP zu berücksichtigenden rechtlichen Rahmenbedingungen gegeben. Der textliche Inhalt ist u. a. der „Hinweise zur Aufstellung der naturschutzfachlichen Angaben zur speziellen artenschutzrechtlichen Prüfung (saP)“ des Bayerischen Staatsministeriums vom 08.01.2008 sowie den Hinweisen der LANA (Länderarbeitsgemeinschaft Naturschutz, Landschaftspflege und

Erholung) zur Anwendung des europäischen Artenschutzrechts bei der Zulassung von Vorhaben und bei Planungen (LANA 2006) entnommen.

Die generellen artenschutzrechtlichen Verbotstatbestände des § 42 Abs. 1 BNatSchG sind folgendermaßen gefasst:

"Es ist verboten,

- 1. wild lebenden Tieren der besonders geschützten Arten nachzustellen, sie zu fangen, zu verletzen oder zu töten oder ihre Entwicklungsformen aus der Natur zu entnehmen, zu beschädigen oder zu zerstören,*
- 2. wild lebende Tiere der streng geschützten Arten und der europäischen Vogelarten während der Fortpflanzungs-, Aufzucht-, Mauser-, Überwinterungs- und Wanderungszeiten erheblich zu stören; eine erhebliche Störung liegt vor, wenn sich durch die Störung der Erhaltungszustand der lokalen Population einer Art verschlechtert,*
- 3. Fortpflanzungs- oder Ruhestätten der wild lebenden Tiere der besonders geschützten Arten aus der Natur zu entnehmen, zu beschädigen oder zu zerstören,*
- 4. wild lebende Pflanzen der besonders geschützten Arten oder ihre Entwicklungsformen aus der Natur zu entnehmen, sie oder ihre Standorte zu beschädigen oder zu zerstören*
(Zugriffsverbote)."

Diese Verbote werden um den für Eingriffsvorhaben relevanten neuen Absatz 5 des § 42 BNatSchG ergänzt, mit dem bestehende und von der Europäischen Kommission anerkannte Spielräume bei der Auslegung der artenschutzrechtlichen Vorschriften der FFH-Richtlinie genutzt und rechtlich abgesichert werden, um akzeptable und im Vollzug praktikable Ergebnisse bei der Anwendung der Verbotsbestimmungen des Absatzes 1 zu erzielen:

- 5. Für nach § 19 zulässige Eingriffe in Natur und Landschaft sowie nach den Vorschriften des Baugesetzbuches zulässige Vorhaben im Sinne des § 21 Abs. 2 Satz 1 gelten die Zugriffs-, Besitz- und Vermarktungsverbote nach Maßgabe von Satz 2 bis 7. Sind in Anhang IVa der Richtlinie 92/43/EWG aufgeführte Tierarten oder europäische Vogelarten betroffen, liegt ein Verstoß gegen das Verbot des Absatzes 1 Nr. 3 und im Hinblick auf damit verbundene unvermeidbare Beeinträchtigungen wild lebender Tiere auch gegen das Verbot des Absatzes 1 Nr. 1 nicht vor, soweit die ökologische Funktion der von dem Eingriff oder Vorhaben betroffenen Fortpflanzungs- oder Ruhestätten im räumlichen Zusammenhang weiterhin erfüllt wird. Soweit erforderlich, können auch vorgezogene Ausgleichsmaßnahmen festgesetzt werden. Für Standorte wild lebender Pflanzen der in Anhang IVb der Richtlinie 92/43/EWG aufgeführten Arten gelten die Sätze 2 und 3 entsprechend. Sind andere besonders geschützte Arten betroffen, liegt bei Handlungen zur Durchführung eines Eingriffs oder Vorhabens ein Verstoß gegen die Zugriffs-, Besitz- und Vermarktungsverbote nicht vor. Die Zugriffs- und Besitzverbote gelten nicht für Handlungen zur Vorbereitung einer Umweltverträglichkeitsprüfung.*

Entsprechend obigem Abs. 5 gelten die artenschutzrechtlichen Verbote bei nach § 19 BNatSchG zulässigen Eingriffen in Natur und Landschaft sowie nach den Vorschriften des Baugesetzbuches zulässigen Vorhaben im Sinne des § 21 Abs. 2 Satz 1 nur für die in Anhang IV der FFH-RL aufgeführte Tier- und Pflanzenarten sowie für die Europäischen Vogelarten.

Bezüglich der **Tierarten** nach Anhang IV a) FFH-RL sowie der Europäischen Vogelarten nach Art. 1 VRL ergibt sich somit aus § 42 Abs.1, Nr. 1 bis 3 i.V.m. Abs. 5 BNatSchG für nach § 19 BNatSchG zulässige Eingriffe folgende Verbote:

- **Zugriffsverbot (§ 42 Abs. 1 Nr. 1 BNatSchG):** Nachstellen, Fangen Verletzen oder Töten von Tieren bzw. Entnahme, Beschädigung oder Zerstörung ihrer Entwicklungsformen.
- **Schädigungsverbot (§ 42 Abs. 1 Nr. 3 i.V.m. Abs. 5 BNatSchG):** Beschädigung oder Zerstörung von Fortpflanzungs- und Ruhestätten und damit verbundene vermeidbare Verletzung oder Tötung von Tieren oder ihrer Entwicklungsformen. Abweichend davon liegt ein Verbot nicht vor, wenn die ökologische Funktion der von dem Eingriff oder Vorhaben betroffenen Fortpflanzungs- oder Ruhestätten im räumlichen Zusammenhang gewahrt wird.
- **Störungsverbot (§ 42 Abs. 1 Nr. 2 BNatSchG):** Erhebliches Stören von Tieren während der Fortpflanzungs-, Aufzucht-, Mauser-, Überwinterungs- und Wanderungszeiten. Abweichend davon liegt ein Verbot nicht vor, wenn die Störung zu keiner Verschlechterung des Erhaltungszustandes der lokalen Population führt.

Bezüglich der **Pflanzenarten** nach Anhang IV b) FFH-RL ergibt sich aus § 42 Abs.1 Nr. 4 i.V.m. Abs. 5 BNatSchG für nach § 19 BNatSchG zulässige Eingriffe folgendes Verbot:

- **Schädigungsverbot:** Beschädigen oder Zerstören von Standorten wild lebender Pflanzen oder damit im Zusammenhang stehendes vermeidbares Beschädigen oder Zerstören von Exemplaren wild lebender Pflanzen bzw. ihrer Entwicklungsformen. Abweichend davon liegt ein Verbot nicht vor, wenn die ökologische Funktion des von dem Eingriff oder Vorhaben betroffenen Standorts im räumlichen Zusammenhang gewahrt wird.

Werden diese Verbotstatbestände nach § 42 Abs. 1 i.V.m. Abs. 5 BNatSchG bezüglich der gemeinschaftsrechtlich geschützten Arten erfüllt, müssen die Ausnahmevoraussetzungen des **§ 43 Abs. 8 BNatSchG** erfüllt sein.

So müssen einschlägige Ausnahmevoraussetzungen nachgewiesen werden:

- zumutbare Alternativen [die zu keinen oder geringeren Beeinträchtigungen der relevanten Arten führen] sind nicht gegeben,
- zwingende Gründe des überwiegenden öffentlichen Interesses, einschließlich solcher sozialer oder wirtschaftlicher Art liegen vor oder im Interesse der Gesundheit des Menschen, der öffentlichen Sicherheit, einschließlich der Landesverteidigung und des Schutzes der Zivilbevölkerung, oder der maßgeblich günstigen Auswirkungen auf die Umwelt,
- der Erhaltungszustand der Populationen der betroffenen Arten verschlechtert sich nicht und
- bezüglich der Arten des Anhangs IV FFH-RL bleibt der günstige Erhaltungszustand der Populationen der Art gewahrt.

1.2.3 Methodisches Vorgehen und Begriffsbestimmungen

Die nachfolgend dargestellten Prüfschritte werden in Anlehnung der „Hinweise zur Aufstellung der naturschutzfachlichen Angaben zur speziellen artenschutzrechtlichen Prüfung (saP)“ vom 08. 01. 2008 Gz. IID2-4022.2-001/05 (BAYERISCHES STAATSMINISTERIUM DES INNEREN – ABT. STRAßEN- UND BRÜCKENBAU 2008) sowie den Hinweisen der LANA (Länderarbeitsgemeinschaft Naturschutz, Landschaftspflege und Erholung) zur Anwendung des europäischen Artenschutzes bei der Zulassung von Vorhaben und bei Planungen (LANA 2006) entnommen bzw. abgeleitet.

In einem ersten Arbeitsschritt erfolgt die Darstellung der Wirkfaktoren, die von dem Vorhaben ausgehen und Auswirkungen auf die im Planungsraum vorkommenden besonders bzw. streng geschützten Arten nach BNatSchG haben können, weiterhin wer-

den Möglichkeiten zur Vermeidung und Minimierung von Beeinträchtigungen aufgeführt. Anschließend erfolgt eine Einschätzung der Auswirkungen der Wirkfaktoren unter Berücksichtigung der Vermeidungs- und Minimierungsmaßnahmen.

In einem weiteren Arbeitsschritt erfolgt die tabellarische Zusammenfassung der besonders bzw. streng geschützten Tier- und Pflanzenarten, die in dem Untersuchungsraum nachgewiesen wurden. Bei der Beurteilung, ob artenschutzrechtliche Verbotstatbestände erfüllt sind, werden die genannten Vorkehrungen zur Vermeidung und Minimierung von Beeinträchtigungen mit einbezogen.

Sind Verbotstatbestände einschlägig, erfolgt eine Prüfung, ob die naturschutzfachlichen Voraussetzungen für eine Ausnahme von den Verboten gem. § 43 Abs. 8 BNatSchG gegeben sind.

Die Abgrenzung des Untersuchungs- bzw. Betrachtungsraumes erfolgt vorhabenbezogen und hat sich somit daran zu orientieren, dass alle entscheidungserheblichen Auswirkungen der geplanten Gewerbegebiete ausreichend erfasst werden können. Entsprechend den prognostizierten Auswirkungen und Beeinträchtigungen auf die einzelnen betroffenen Arten wird für die saP der Untersuchungsraum des landschaftsökologischen Fachbeitrages, der gleichbedeutend mit dem Geltungsbereich des Bebauungsplanes Nr. 59 ist, herangezogen.

1.3 Untersuchungsrelevantes Artenspektrum

Im Rahmen der saP sind alle im Untersuchungsraum vorkommenden Arten zu berücksichtigen. Dies sind:

- die Arten des Anhangs IV der FFH-Richtlinie,
- die europäischen Vogelarten entsprechend Art. 1 VRL.

Darüber hinaus sind nach nationalem Recht eine Vielzahl von Arten „besonders geschützt“ (alle streng geschützten Arten nach nationalem Recht sind eine Teilmenge der besonders geschützten Arten und werden dementsprechend gleich behandelt). **Diese sind nicht Gegenstand der saP.** Für diese Arten gelten nach § 42 Abs. 5 Satz 5 BNatSchG die Verbote des Absatzes 1 nicht, sofern ein nach § 19 BNatSchG zulässiger Eingriff vorliegt. Die Zulässigkeit des Eingriffs in Bezug auf die nicht ausgleichbare Zerstörung von Biotopen streng geschützter Pflanzen und Tiere wird dazu in der vorliegenden artenschutzrechtlichen Betrachtung mitgeprüft (vgl. Kap. 3.0).

Dies bedeutet jedoch bei einem nach § 19 BNatSchG zulässigen Eingriff nicht, dass das national geschützte Artenspektrum bei der naturschutzfachlichen Bewertung völlig außer Betracht bleibt. Die Eingriffsregelung als naturschutzrechtliche Auffangregelung hat mit ihrer Eingriffsdefinition und Folgenbewältigungskaskade einen umfassenden Ansatz, der auch den Artenschutz insgesamt und damit auch diese Arten als Teil des Naturhaushaltes erfasst (§ 18 Abs. 1 i. V. m. § 2 Abs. 1 Nr. 9 BNatSchG). Grundsätzlich werden dabei über vorhandene Biotopstrukturen und Leitarten Rückschlüsse auf die nach allgemeinen Erfahrungswerten vorhandenen Tier- und Pflanzenarten gezogen. Eine über diesen indikatorischen Ansatz hinausgehende exemplarbezogene vollständige Erfassung aller Tier- und Pflanzenarten wäre angesichts der hier zu berücksichtigenden Artenzahl weder erforderlich noch verhältnismäßig (vgl. hierzu auch BVerwG, Beschluss v. 21.2.97, Az. 4 B 177.96). Sofern sich dabei schutzwürdige Artvorkommen wie beispielsweise Arten der Roten Liste ergeben, die im Rahmen des indikatorischen Ansatzes nicht ausreichend erfasst werden, können diese im Einzelfall vertieft betrachtet werden.

1.4 Datengrundlagen

Nach Prüfung der für den Landschaftsrahmenplan (LRP) (1995) des Landkreises Ammerland für den Naturraum Wiefelsteder Geestplatte getroffenen Aussagen wurde im Jahr 2008 in Abstimmung mit dem Amt für Umwelt und Wasserwirtschaft bei besonderer Berücksichtigung der im Planungsraum für Tiere vorkommenden relevanten Lebensräume (Äcker, Grünländer, Baumreihen und Hecken, Gehölze im Bereich landwirtschaftlicher Anwesen) der Untersuchungsbedarf für die Fauna - wie folgt - festgelegt:

- (1.) Bestandsaufnahme für Brutvögel (Aves),
- (2.) Bestandsaufnahme für Fledermäuse (Chiroptera),
- (3.) Bestandsaufnahme für Lurche (Amphibia) im Rahmen der Brutvogelerhebungen,
- (4.) Potenzialansprache für Libellen (Odonata) anhand der Lebensraumstrukturen zzgl. einer einmaligen Bestandserfassung,
- (5.) Potenzialansprache für Heuschrecken (Saltatoria) anhand der Lebensraumstrukturen zzgl. einer einmaligen Bestandserfassung.

Die detaillierten Ergebnisse der faunistischen Untersuchungen sind dem Landschaftsökologischen Fachbeitrag zu entnehmen.

Mit Bearbeitungsbeginn wurde ferner eine Bestandsaufnahme der Biotoptypen / Nutzungen im Jahre 2008/2009 im Geltungsbereich durchgeführt. Darüber hinaus wurden während der Biotoptypenkartierung Standorte von Arten der Bundesartenschutzverordnung dokumentiert. Da keine detaillierten pflanzensoziologischen Aufnahmen durchgeführt wurden, sind weitere Einzelstandorte besonders geschützter Pflanzen jedoch nicht auszuschließen.

2.0 PROJEKTBEZOGENE WIRKFAKTOREN

Durch das Planvorhaben entstehen Beeinträchtigungen auf die zu untersuchenden Schutzgüter. Auslöser dieser Beeinträchtigungen sind vorhabensbedingte Wirkfaktoren. In Tabelle 1 bis Tabelle 3 werden die wichtigsten Wirkfaktoren zusammengestellt, die Beeinträchtigungen und Störungen der streng bzw. besonders geschützten Tier- und Pflanzenarten verursachen können.

2.1.1 Baubedingte Wirkfaktoren / Wirkprozesse

Wirkfaktoren	Potenzielle Auswirkungen auf die einzelnen Arten
Baustelleneinrichtung, Herstellung von Lagerplätzen und provisorischen Zufahrten,	Vorhandene Vegetationsbestände und Lebensräume für Tiere werden durch Maschineneinsatz und Übererdung zerstört.
Baubedingte Arbeitsstreifen	Es kann zu Bodenverdichtungen kommen, die zu einer veränderten Lebensraumqualität (Standortbedingungen) für Pflanzen und Tieren führen können.
Schadstoffeinträge durch Baumaterialien und Baumaschinen	Stellen eine potenzielle Gefährdung der Lebensraumqualität für Pflanzen und Tiere dar. Durch Materialien und Maschinen, die dem neuesten Stand der Technik entsprechen, wird diese potenzielle Gefährdung minimiert.
Temporäre Lärmbelastung durch Baustellenbetrieb	Es werden keine Auswirkungen auf Pflanzenarten erwartet. Für die Fauna kann dies zu einer zeitweiligen (temporären) Beunruhigung führen.

2.1.2 Anlagenbedingte Wirkfaktoren / Wirkprozesse

Wirkfaktoren	Potenzielle Auswirkungen auf die einzelnen Arten
Versiegelung bisher unversiegelter Flächen durch die Anlage der Gewerbegebiete	Vorhandene Vegetationsbestände und Lebensräume für Tiere werden überplant.
Zerschneidungseffekte (Barrierewirkungen und Flächenzerschneidungen)	Biotopverbundwirkungen werden beeinträchtigt. Infolge von Zerschneidungen aber auch randlichen Beeinträchtigungen werden Räume verengt, was einen Funktionsverlust des Lebensraumes für Pflanzen und Tiere bedeuten kann. Entstehung von Barrieren für die Ausbreitung von Pflanzen- und Tierarten.

2.1.3 Betriebsbedingte Wirkfaktoren / Wirkprozesse

Wirkfaktoren	Potenzielle Auswirkungen auf die einzelnen Arten
Schadstoffeinträge	Schädigungen von Pflanzen und Tieren wie Störungen des Stoffwechsels oder Vergiftungseffekte können durch Schadstoffemissionen entstehen. Es wird jedoch davon ausgegangen, dass sich die Emissionen im Rahmen der gesetzlichen Vorgaben bewegen. Somit werden keine Auswirkungen auf Pflanzen und Tiere erwartet.
Betriebsbedingte Verlärmung (Fahrzeugverkehr, Gewerbelärm)	Es werden keine Auswirkungen auf Pflanzenarten erwartet. Für die Fauna kann dies zu einer Beunruhigung führen.
Betriebsbedingte Zerschneidungseffekte	Hiervon sind insbesondere durch Unfallgefahr, Unfalltod Tierarten mit hoher Mobilität und der Nutzung unterschiedlicher Teillebensräume (wie z. B. Amphibien) betroffen; durch Unfalltod sind auch Tiere gefährdet, die bei Blendung verharren oder auf die der warme Straßenkörper einen anziehenden Effekt ausübt (wie z. B. Igel oder Insekten).
Optische Beeinträchtigungen (Fahrzeugbewegungen, Lichteffekte, Reflexionen)	Es werden keine Auswirkungen auf Pflanzenarten erwartet. Es entstehen Beeinträchtigungen von Tieren durch Beunruhigungen, stöempfindliche Arten können mit Meidung, Flucht oder Abwanderung reagieren.

2.2 Vorkehrungen zur Vermeidung

Um Gefährdungen von besonders und streng geschützten Arten nach BNatSchG zu vermeiden oder zu mindern, werden folgende Vorkehrungen zur Vermeidung- und Minimierung im Rahmen der Planung einbezogen. Die Ermittlung der Verbotstatbestände erfolgt unter Berücksichtigung dieser Vorkehrungen.

Vorkehrungen zur Vermeidung von Beeinträchtigungen setzen am Projektvorhaben an. Sie führen dazu, dass Projektwirkungen entweder vollständig unterbleiben oder soweit abgemildert werden, dass - auch individuenbezogen - keine erhebliche Einwirkung auf geschützte Arten erfolgt.

Werden trotz der Durchführung von Vorkehrungen zur Vermeidung Verbotstatbestände erfüllt, so dienen Kompensationsmaßnahmen dem Erhalt des derzeitigen (günstigen) Erhaltungszustandes der betroffenen Art. Diese Maßnahmen müssen aus den spezifischen Empfindlichkeiten und ökologischen Erfordernissen der jeweiligen betroffenen Art bzw. Population abgeleitet werden, d. h. sie sind an der jeweiligen Art und an die Funktionalität auszurichten. Auch hinsichtlich der zeitlichen Komponente ist zu beach-

ten, dass keine Zeitlücke (time-lag) entsteht, in der eine irreversible Schwächung der Population zu befürchten ist. Kompensationsmaßnahmen dienen in der saP zum Nachweis, dass die naturschutzfachlichen Voraussetzungen (Nachweis des Verweilens im derzeitigen [günstigen] Erhaltungszustand) vorliegen.

Folgende Maßnahmen zur Vermeidung von Beeinträchtigungen sind im Rahmen der Projektplanung zu beachten, um Gefährdungen von Tier- und Pflanzenarten nach § 10 BNatSchG zu vermeiden oder zu mindern

➤ **Jahreszeitliche Festlegung der Bauzeiten**

Rodung der Gehölze (potenzielle Brutstätten in der Zeit von Anfang Oktober bis Ende Februar gem. § 37 (3) NNatG sowie Abriss der Gebäude außerhalb der Brutzeit (d. h. nicht in der Zeit zwischen 01. März und 15. Juni). Baufeldfreimachung außerhalb der Brutzeit.

➤ **Vermeidung von Lärm / Reduzierung von Lichtquellen**

Durch den Einsatz von Geräten nach dem neusten Stand der Technik werden Störungen vermindert.

➤ **Schutz von Gehölzen**

Während der Bauarbeiten ist darauf zu achten, dass die angrenzenden und vorhandenen Gehölze und Einzelbäume nicht mehr als notwendig beeinträchtigt werden (z. B. durch Baufahrzeuge). Zur Vermeidung von Schäden sind deshalb Schutzmaßnahmen gem. RAS-LP 4 und DIN 18920 vorzusehen.

➤ **Abriss der Gebäude nach fledermauskundlicher Erfassung**

Die überplanten Gebäude sind vor Beginn der Abrissmaßnahme aus Vorsorgegründen fledermauskundlich zu untersuchen. Die Gebäude sind auf Fledermausvorkommen, möglichen Quartieren und Brutplätzen hin zu überprüfen. Es sei an dieser Stelle noch einmal ausdrücklich darauf hingewiesen, dass die faunistischen Untersuchungen keine Hinweise auf mögliche Fledermausquartiere ergab. Davon unbeachtet soll jedoch vor Abriss der Gebäude sicher gestellt werden, dass sich keine Fledermäuse innerhalb bzw. an den Gebäuden befinden. Es wird vorgeschlagen, eine ökologische Baubegleitung bzw. einen Fledermauskundigen in die Abrissarbeiten einzubeziehen.

Bei der Überprüfung sollten insbesondere die Dachböden, Gebäudeöffnungen, jegliche Spalten und Vorsprünge der Außenwände besonders begutachtet werden. Es sollte eine Kontrolle am Tag (Totfunde, Kotsuren, etc.) und eine Kontrolle zur Abenddämmerung (Ausflugbeobachtungen von Fledermäusen) vorgenommen werden.

In dem Fall dass Quartiere an den Gebäuden nachgewiesen werden, muss mit dem Beginn der Abrissarbeiten der Nutzungszeitraum der entsprechenden Arten (z.B. Sommerquartier bei Fledermäusen) abgewartet werden. Der Nutzungszeitraum ist artspezifisch zu unterscheiden. Kann der Nutzungszeitraum nicht abgewartet werden, sollte in Abstimmung mit der unteren Naturschutzbehörde ggf. eine Evakuierung der Fledermäuse vorgenommen werden.

➤ **Erhalt prägender Baumbestände (pot. Brutstätten) sowie von Gewässern (pot. Brutstätten)**

Richtige Standortwahl und flächensparender Umgang im Rahmen der Ausführungsplanung. Vorsehen von Baumschutzmaßnahmen im Bereich der zu erhaltenden Gehölze.

3.0 BESTAND UND BETROFFENHEIT DER BESONDERS GESCHÜTZTEN UND STRENG GESCHÜTZTEN ARTEN

3.1 Bestand und Betroffenheit von Biotopen streng geschützter Arten

Gemäß den Vorgaben des § 19 BNatSchG darf ein Eingriff nicht zugelassen oder durchgeführt werden, wenn die Beeinträchtigungen nicht zu vermeiden oder nicht in angemessener Frist auszugleichen oder in sonstiger Weise zu kompensieren sind und die Belange des Naturschutzes und der Landschaftspflege bei der Abwägung aller Anforderungen an Natur und Landschaft anderen Belangen im Range vorgehen. Werden als Folge des Eingriffs Biotope zerstört, die für dort wild lebende Tiere und wild wachsende Pflanzen der streng geschützten Arten nicht ersetzbar sind, ist der Eingriff nur zulässig, wenn er aus zwingenden Gründen des überwiegenden öffentlichen Interesses gerechtfertigt ist.

Im Rahmen der Bauleitplanung werden umfangreiche Vermeidungsmaßnahmen festgesetzt. Beeinträchtigungen, die unvermeidbar sind, können durch Ausgleichs- und Kompensationsmaßnahmen für die im Rahmen der Eingriffsregelung ermittelten Eingriffe in Natur und Landschaft innerhalb angemessener Frist ausgeglichen werden. Im Rahmen der Ermittlung der Umweltauswirkungen auf die verschiedenen Schutzgüter konnte nicht ermittelt werden, dass die Belange von Natur und Landschaft den anderen Belangen im Range vorgehen.

Für die im Plangebiet und der näheren Umgebung ermittelten streng geschützten Arten handelt es sich nur um die Fledermausarten der FFH-Richtlinie sowie um die Vogelarten Kiebitz und Turmfalke, auf deren Betroffenheiten in den folgenden Kapiteln detailliert eingegangen wird. Vorweg genommen ist zu bestätigen, dass keine Biotope / Lebensstätten durch das Vorhaben zerstört werden, die für die streng geschützten Arten nicht ersetzbar sind.

Demzufolge kann bei der Berücksichtigung der Vorgaben des § 19 BNatSchG konstatiert werden, dass es sich bei dem hier betrachteten Vorhaben um einen nach § 19 BNatSchG zulässigen Eingriff handelt.

3.2 Bestand und Betroffenheit der Arten nach Anhang IV der FFH-Richtlinie

3.2.1 Pflanzenarten nach Anhang IV der FFH-Richtlinie

Im Plangebiet des Landschaftsökologischen Fachbeitrages wurde eine Bestandserfassung in Form einer Biotoptypenkartierung durchgeführt. Im Rahmen dieser Kartierungen aus dem Jahr 2008/2009 sind besonders geschützte Arten mit aufgenommen und separat beschrieben und dargestellt worden.

Als Ergebnis dieser Bestanderfassungen konnten im betrachteten Bereich keine Pflanzenarten nach Anhang IV der FFH-Richtlinie (FFH-RL) festgestellt werden. Im Rahmen der Eingriffsregelung werden die national besonders geschützten Arten Stechpalme (*Ilex aquifolium*) und Sumpf-Schwertlilie (*Iris pseudacorus*) entsprechend berücksichtigt.

3.2.2 Tierarten des Anhang IV der FFH-Richtlinie

3.2.2.1 Säugetiere

Im Rahmen der Kartierungen im großräumigen Untersuchungsgebiet, wurden Fledermäuse nachgewiesen. Die nachgewiesenen Fledermäuse sind Arten gemäß Anlage IV der FFH-Richtlinie und der damit verbundenen Aufnahme durch den § 10 BNatSchG streng geschützt sowie zählen zu den besonders geschützten Arten nach nationalem Recht (Bundes-Artenschutzverordnung).

Im Rahmen dieser Bearbeitung wurden Abendsegler, Zwerg- und Breitflügelfledermaus und damit ca. 25 % der Fledermausfauna dieses Landkreises erfasst, für die zusammen 32 Detektornachweise und 11 Sichtbeobachtungen (3 Abendsegler, 6 Zwergfledermäuse und 2 Breitflügelfledermäuse) vorliegen. Danach ist die Zwergfledermaus die mit dem Detektor am häufigsten nachgewiesene Spezies, gefolgt von der Breitflügelfledermaus und dem Abendsegler.

Bei der Erfassung dieser Tiergruppe hat sich gezeigt, dass der Abendsegler nur im zeitigen Frühjahr als Überflieger nördlich des Regenrückhaltebeckens nachgewiesen werden konnte. Der Abendsegler ist eine Fledermaus, die in großen Höhen nach Beutetiere jagt und in relativ großer Geschwindigkeit weite Strecken zurücklegen kann. Die Beobachtungsumstände, wonach in der Folgezeit keine Abendsegler mehr registriert wurden, deuten darauf hin, dass diese Art im Plangebiet nicht bodenständig ist. Demzufolge wird diese Art bei der Überprüfung der artenschutzrechtlichen Verbotstatbestände im Weiteren nicht betrachtet.

Vorkommen weiterer Säugetierarten gemäß § 10 BNatSchG im Plangebiet sind derzeit nicht bekannt, so dass im Folgenden ausschließlich folgende nachgewiesene Säugetierarten betrachtet werden:

Tab. 1: Übersicht der im Untersuchungsraum festgestellten Fledermausarten

Betroffene Arten	Schutzstatus	RL Nds.	RL D.	EHZ ABR	Bestandsnachweis
Zwergfledermaus (<i>Pipistrellus pipistrellus</i>)	Anhang IV FFH-Richtlinie streng geschützt nach BNatSchG	3	D	FV	Nachweis
Breitflügelfledermaus (<i>Eptesicus serotinus</i>)	Anhang IV FFH-Richtlinie streng geschützt nach BNatSchG	2	V	U1	Nachweis

RL Nds.: Rote Liste der in Niedersachsen und Bremen gefährdeten Fledermausarten Stand: 2005

Gefährdungsgrade: 2 = stark gefährdet, 3 = gefährdet

RL D.: Rote Liste der Säugetiere Deutschlands Stand: 1998

Gefährdungsgrade: 2 = stark gefährdet, 3 = gefährdet, V = Art der Vorwarnliste, D = Datenlage defizitär

EHZ / ABR: Erhaltungszustand gemäß „Nationaler Bericht 2007 gemäß FFH-Richtlinie

= atlantische biogeographische Region – FV = günstig (favourable) – U1 = ungünstig - unzureichend (unfavourable – inadequate)

Nachfolgende Abbildung stellt die Verteilung der Fledermausaktivitäten innerhalb des Untersuchungsraumes dar (vgl. auch Plan-Nr. 2 des Landschaftsökologischen Fachbeitrages).

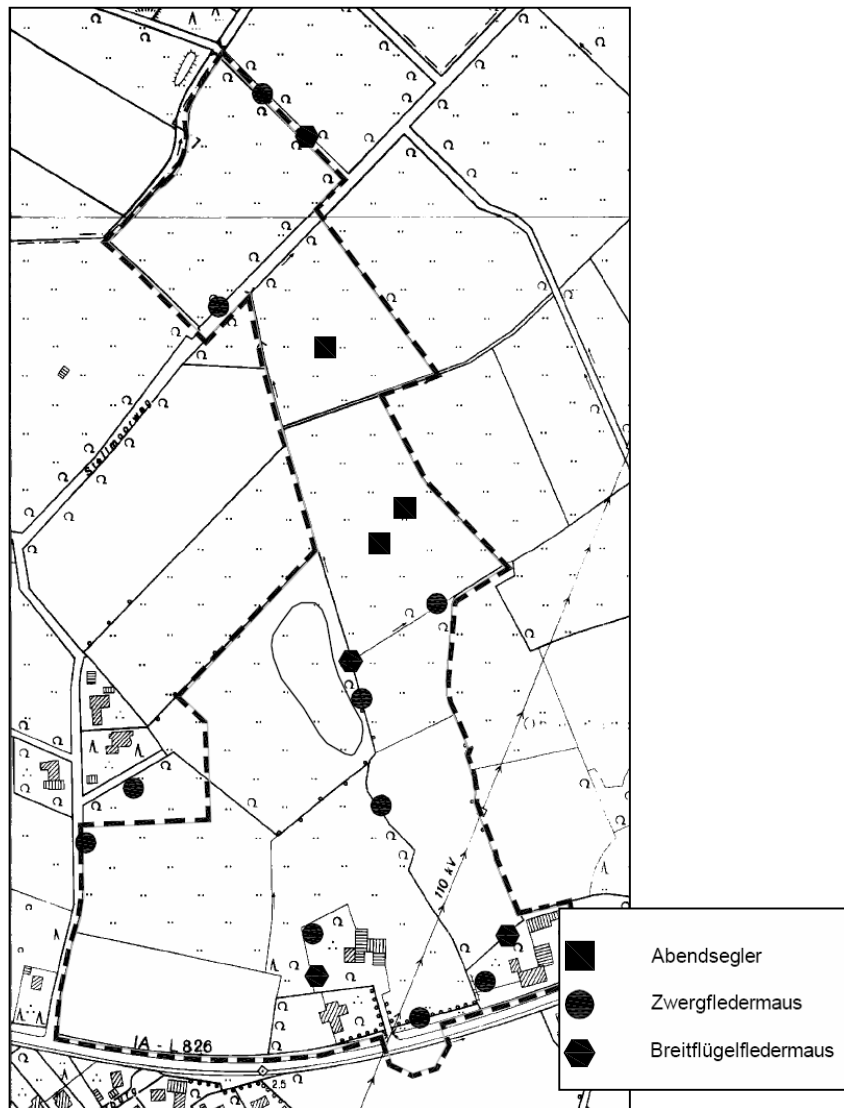


Abbildung 1: Nachweise (Detektornachweise sowie Sichtungen) von Fledermäusen im Untersuchungsraum

Der in Leuchtenburg gelegene Untersuchungsraum befindet sich in einem Areal mit geringer landschaftsräumlicher Diversität. Im zentralen Bereich existiert ein naturnahes Stillgewässer, das von Grünländern eingerahmt wird und in der Umgebung kommen unterschiedlich große Gehölz- und Gebüschbestände vor. Für Fledermäuse bedeutsam sind dabei die Wallhecken und Baumwallhecken als Jagdgebiete. Während diese Bereiche von den Tieren genutzt werden, grenzen im Norden, Südwesten und Süden Felder an, die für diese Faunengruppe nicht von Bedeutung sind.

Der Gesamttraum hat für diese Gruppe eine geringe Bedeutung. Es kann jedoch aufgrund der vorhandenen Strukturen nicht gänzlich ausgeschlossen werden, dass sich in den Gehölzen Sommerquartiere befinden bzw. die vorhandenen Gebäude ebenfalls als Quartiere genutzt werden, wobei davon ausgegangen wird, dass lediglich eine verlassene Hofstelle abgerissen wird.

Betroffenheit der Säugetierarten

Zwergfledermaus (*Pipistrellus pipistrellus*)

☒ FFH-Anhang IV – Art

☐ Europäische Vogelart

1 Grundinformationen:

Rote-Liste Status Deutschland: D
Rote-Liste Status Niedersachsen: 3
Art im UG: ☒ nachgewiesen

☐ potenziell möglich

Erhaltungszustand der Art auf Ebene der atlantischen Biogeographischen Region:
☒ günstig

☐ ungünstig – unzureichend

☐ ungünstig -schlecht

Die Art ist häufig und besitzt eine weite Verbreitung. Sie wird oftmals in Großstädten nachgewiesen. Als Wochenstuben bevorzugen Zwergfledermäuse Hohlräume an oder in Gebäuden. Als Habitate dienen aber ebenso Parks, Alleen, Obstgärten, Gartenanlagen und Wäldern. Als Tagesquartieren dienen den Fledermäusen wiederum vorwiegend Hohlräume oder Spalten an oder in Gebäuden. Weiterhin können Hohlräume alter Bäume als Tagesquartiere genutzt werden. Je nachdem, welche Quartiere Fledermäuse im Sommer bevorzugen, lassen sie sich grob in 2 Gruppen, den Haus- und Waldfledermäusen, einteilen. Hausfledermäuse haben es mit der Zeit gelernt, die Vorteile menschlicher Siedlungen und Gebäude für sich zu nutzen (= synanthrope Arten). Waldfledermäuse beziehen im allgemeinen Baumhöhlen, aber auch in Vogelnist- und Fledermauskästen, ihr Quartier. Die Zwergfledermaus ist somit als Hausfledermaus einzustufen. Nach den durchschnittlichen Migrations(= Wander)leistungen gehören die im Plangebiet vorkommenden Fledermausarten zu den Mittelstreckenwanderern.

Lokale Population:

Mit insgesamt 14 Kontakten ist die Zwergfledermaus die am häufigsten vertretene Art im Untersuchungsgebiet. Die Art war im Plangebiet dauerhaft mit gleicher Aktivität präsent. Die Fundorte der Zwergfledermaus verteilen sich auf die von Gehölzen durchsetzten Bereiche des Untersuchungsgebietes, insbesondere auf die zentral gelegenen Grünländer. Hier wurden vor allen Dingen die Hecken und übrigen Gehölze von dieser Art abgeflogen. Darüber hinaus ließ sich die Zwergfledermaus an den im Süden gelegenen Gebäuden feststellen, wo die meisten Nachweise auf die dort befindlichen Baumbestände entfallen. Nördlich des Stellmoorweges fliegt die Zwergfledermaus die an der östlichen Untersuchungsgebietsgrenze vorhandenen Birkenbestände ab.

Die Zwergfledermaus dürfte im Ammerland in nahezu allen von Gehölzen durchsetzten Bereichen häufig sein, unabhängig davon, ob diese im freien Landschaftsraum liegen oder eine räumliche Anbindung an Siedlungsbereiche aufweisen.

Der **Erhaltungszustand der lokalen Population** wird demnach bewertet mit:

☐ hervorragend (A)

☒ gut (B)

☐ mittel – schlecht (C)

2.1 Prognose der Zugriffsverbote nach § 42 Abs. 1 Nr. 1 BNatSchG sowie der Schädigungsverbote nach Nr. 3 i.V.m. Abs. 5 BNatSchG

Für die betroffene Art konnte kein konkreter Quartiernachweis erbracht werden. Es kann aufgrund der Häufigkeit der Kontakte im Bereich der Gehölze im Süden des Plangebietes davon ausgegangen werden, dass die Gehölze als Sommertagesquartiere genutzt werden. Es ist daher die Entfernung der Gehölze außerhalb der Sommerzeit notwendig, um die Tötung oder Beschädigung von Individuen zu verhindern. Da es sich um eine temporäre Ruhestätte handelt, verstößt eine Entfernung der Gehölze außerhalb der Nutzungszeit nicht gegen den § 42 (1) Nr. 3 BNatSchG.

Hinsichtlich der Nutzung der Gebäude als Quartier kann keine konkrete Aussage getroffen werden. Es ist daher nicht vollständig auszuschließen, dass sich innerhalb des durch das Vorhaben überplanten Gebäudes (aufgegebene Hofstelle) Quartiere befinden. Aufgrund dessen ist, um einen Verbotstatbestand zu umgehen, vor Abriss des Hauses ein konkretes Absuchen des Gebäudes nach Kotspuren und / oder verendeten Individuen erforderlich. Das Gebäude ist erst abzureißen, nachdem ausgeschlossen werden kann, dass sich Fledermäuse innerhalb oder an dem Gebäude befinden. Die Zwergfledermaus ist eine Art, die das Quartier wechselt, so dass der Abriss von Gebäuden mit potenziellen Habitaten keinen unnatürlichen Vorgang bedingt.

Das Töten von Tieren kann über das allgemeine Lebensrisiko hinausgehend ausgeschlossen werden, da die Wahrscheinlichkeit einer bau- oder betriebsbedingten Kollision mit Fahrzeugen gering ist. Gebäude werden von Fledermäusen umflogen und stellen daher kein zusätzliches Risiko dar.

- ☒ Konfliktvermeidende Maßnahmen:
- Entfernung der Gehölze im Winterhalbjahr
 - Erhalt prägender Gehölzbereiche
 - Abriss des Gebäudes nach vorheriger fledermauskundlicher Untersuchung
- ☐ CEF-Maßnahmen erforderlich:

Schadigungsverbot ist erfüllt: ☐ ja ☒ nein

Prognose des Störungsverbotes nach § 42 Abs. 1 Nr. 2 BNatSchG

Durch die Umsetzung der Planung kommt es zu einer Veränderung der Lebensraumbedingungen für die Arten. Da keine konkreten Wohn- und Fortpflanzungsstätten innerhalb des Plangebietes festgestellt werden konnten bzw. potenzielle Stätten dieser Art entfernt werden, ist eine Störung dieser Art während der genannten sensiblen Zeiten nicht zu erwarten. Sollte es zu dennoch zu Vergrämungen von Tieren in benachbarten Sommerquartieren durch betriebsbedingte Verlärmungen kommen, so ist eine Verschlechterung des Erhaltungszustandes der Population nicht zu prognostizieren, da es ausreichend gleichwertige Ausweichhabitate in der unmittelbaren Umgebung gibt, die genutzt werden können. Eine Störung während der Jagdnutzung hat keine erhebliche Störung der Art zur Folge.

Ein Verbotstatbestand gem. § 42 Abs. 1 Nr. 2 BNatSchG kann nicht konstatiert werden.

- ☐ Konfliktvermeidende Maßnahmen:
- ☐ CEF-Maßnahmen erforderlich:

Schadigungsverbot ist erfüllt: ☐ ja ☒ nein

Breitflügelfledermaus (*Eptesicus serotinus*)☒ FFH-Anhang IV – Art☐ Europäische Vogelart**1 Grundinformationen:****Rote-Liste Status Deutschland: V****Rote-Liste Status Niedersachsen: 2****Art im UG:** ☒ nachgewiesen☐ potenziell möglich**Erhaltungszustand** der Art auf Ebene der atlantischen Biogeographischen Region:☐ günstig☒ ungünstig – unzureichend☐ ungünstig -schlecht

Neben der Zwergfledermaus ist die Breitflügelfledermaus die in Niedersachsen am häufigsten nachgewiesene Fledermausart. Als Wochenstuben bevorzugen Breitflügelfledermäuse Hohlräume an oder in Gebäuden. Als Habitate dienen aber ebenso Parks, Alleen, Obstgärten, Gartenanlagen und Wäldern. Als Tagesquartieren dienen den Fledermäusen wiederum vorwiegend Hohlräume oder Spalten an oder in Gebäuden. Weiterhin können Hohlräume alter Bäume als Tagesquartiere genutzt werden. Die Breitflügelfledermaus ist als Hausfledermaus einzustufen. Nach den durchschnittlichen Migrations(= Wander)leistungen gehört die vorkommende Fledermausart zu den Mittelstreckenwanderern.

Lokale Population:

Für die Breitflügelfledermaus liegen insgesamt 12 Nachweise aus den folgenden Bereichen vor: Birkenreihe am Stellmoorweg, Wallhecken und Baumwallhecken im Einzugsbereich des Regenrückhaltebeckens und schließlich die im Süden im Bereich der Gebäude vorkommenden Baumbestände. Aufgrund der in diesen 3 Teilbereichen konstatierten weitgehend identischen Aktivitäten konnte für die Breitflügelfledermaus kein Schwerpunkttraum ausgemacht werden. Da im Bereich der Felder keine Breitflügelfledermäuse angetroffen wurden, wird hier davon ausgegangen, dass in diesen Bereichen auch keine Jagdhabitate existieren.

Die Breitflügelfledermaus wird als Charakterart des nordwestdeutschen Tieflandes eingestuft. Neben der Zwergfledermaus ist sie die am häufigsten nachgewiesene Fledermausart; sie dürfte auch im Ammerland weit verbreitet sein.

Der **Erhaltungszustand** der lokalen Population wird demnach bewertet mit:☐ hervorragend (A)☒ gut (B)☐ mittel – schlecht (C)**2.1 Prognose der Zugriffsverbote nach § 42 Abs. 1 Nr. 1 BNatSchG sowie der Schädigungsverbote nach Nr. 3 i.V.m. Abs. 5 BNatSchG**

Für die betroffene Art konnte kein konkreter Quartiernachweis erbracht werden. Da jedoch einige Fledermauskontakte stattgefunden haben, ist nicht auszuschließen, dass sich innerhalb oder an dem durch das Vorhaben überplanten Gebäude auch Quartiere befinden. Potenziell ist dies aufgrund der Strukturen möglich. Aufgrund dessen ist, um einen Verbotstatbestand zu umgehen, vor Abriss des Hauses ein konkretes Absuchen des Gebäudes nach Kotsuren und / oder verendeten Individuen erforderlich. Das Gebäude sind erst abzureißen, nachdem ausgeschlossen werden kann, dass sich Fledermäuse innerhalb oder an dem Gebäude befinden.

Es kann zudem aufgrund der Häufigkeit der Kontakte im Bereich der Gehölze davon ausgegangen werden, dass die Gehölze als Sommertagesquartiere genutzt werden. Es ist daher die Entfernung der Gehölze außerhalb der Sommerzeit notwendig, um die Tötung oder Beschädigung von Individuen zu verhindern. Da es sich um eine temporäre Ruhestätte handelt, verstößt eine Entfernung der Gehölze außerhalb der Nutzungszeit nicht gegen den § 42 (1) Nr. 3 BNatSchG.

Das Töten von Tieren kann über das allgemeine Lebensrisiko hinausgehend ausgeschlossen werden, da die Wahrscheinlichkeit einer bau- oder betriebsbedingten Kollision mit Fahrzeugen gering ist. Gebäude werden von Fledermäusen umflogen und stellen daher kein zusätzliches Risiko dar.

☐ Konfliktvermeidende Maßnahmen:

- Entfernung der Gehölze im Winterhalbjahr
- Erhalt prägender Gehölzbereiche

- Abriss der Gebäude nach vorheriger fledermauskundlicher Untersuchung

☐ CEF-Maßnahmen erforderlich:**Schädigungsverbot ist erfüllt:** ☐ ja ☒ nein

2.2 Prognose des Störungsverbot nach § 42 Abs. 1 Nr. 2 BNatSchG

Durch die Umsetzung der Planung kommt es zu einer Veränderung der Lebensraumbedingungen für die Arten. Da keine konkreten Wohn- und Fortpflanzungsstätten innerhalb des Plangebietes festgestellt werden konnten bzw. potenzielle Stätten dieser Art entfernt werden, ist eine Störung dieser Art während der genannten sensiblen Zeiten nicht zu erwarten. Sollte es zu dennoch zu Vergrämungen von Tieren in benachbarten Sommerquartieren durch betriebsbedingte Verlärmungen kommen, so ist eine Verschlechterung des Erhaltungszustandes der Population nicht zu prognostizieren, da es ausreichend gleichwertige Ausweichhabitate in der unmittelbaren Umgebung gibt, die genutzt werden können. Eine Störung während der Jagdnutzung hat keine erhebliche Störung der Art zur Folge.

Ein Verbotstatbestand gem. § 42 Abs. 1 Nr. 2 BNatSchG kann nicht konstatiert werden.

☐ Konfliktvermeidende Maßnahmen:

☐ CEF-Maßnahmen erforderlich:

Schädigungsverbot ist erfüllt: ☐ ja ☒ nein

3.2.2.2 Reptilien

Zu den in Niedersachsen einheimischen Reptilien zählen u. a. Eidechsen und Schlangen. Reptilien sind wechselwarme Tiere, deren Körpertemperatur in hohem Maße von der Umgebungstemperatur abhängt. Sie regeln ihre Körpertemperatur durch gezieltes Aufsuchen von Sonnenplätzen oder beschatteten Bereichen. Zur Fortpflanzung legen die meisten Reptilien ihre Eier in selbstgegrabene Erdlöcher. Die Erbrütung der Eier erfolgt anschließend durch die Sonne.

Aufgrund der strengen Kälte sowie der knappen Nahrung halten diese Tiere Winterruhe in Verstecken wie Wurzelbereichen von Bäumen o. ä. Kleinere Reptilien wie z. B. Eidechsen ernähren sich hauptsächlich von Insekten und Würmern etc.. Heimische Schlangenarten ernähren sich von Amphibien, Fischen und von Kleinsäugetern.

Im Geltungsbereich des Bebauungsplanes sind keine Vorkommen von Reptilienarten bekannt. Auch bietet der Planungsraum und die unmittelbar angrenzenden Bereiche keine bevorzugten Lebens-, Fortpflanzungs- und Nahrungsräume für Reptilien, daher können projektbezogene Auswirkungen auf diese Artengruppe ausgeschlossen werden. Die Verbotstatbestände gemäß § 42 Abs. 1 Nr. 1, Nr. 2 und Nr. 3 BNatSchG sind **nicht** einschlägig.

3.2.2.3 Amphibien

Im Rahmen der Bestandserfassungen wurden u. a. die Faunengruppe Amphibien untersucht. Zu den in Niedersachsen einheimischen Amphibienarten zählen u. a. Molche, Kröten und Unken. Das Leben der Amphibien ist eng an das Wasser gebunden. Jedes Frühjahr müssen sie zum Ablegen ihrer Eier (Laich) Laichgewässer aufsuchen. Ihre erste Lebensphase verbringen die Amphibien im Wasser als Larve oder Kaulquappe. Nach der Metamorphose ihres Körpers beginnt ihr Landleben. Anschließend kehren sie meist nur zur Fortpflanzung ins Wasser zurück.

Aufgrund ihrer wasserdurchlässigen und kaum verhornten Haut sind sie zeitlebens an Feuchtbiootope gebunden. Auch Amphibien sind wie Reptilien wechselwarme Tiere, deren Körpertemperatur in hohem Maße von der Umgebungstemperatur abhängt. Kälte und knappe Nahrung zwingen Lurche zur Winterruhe. Für die Überwinterung werden Verstecke wie z. B. Wurzelbereiche von Bäumen oder Erdlöcher aufgesucht. Amphibien ernähren sich hauptsächlich von Würmern, Schnecken und Insekten.

Im Rahmen der Erfassungen im Untersuchungsraum konnte nur die Erdkröte (*Bufo bufo*) nachgewiesen werden. Es handelt sich dabei nicht um eine Amphibienart nach Anhang IV der FFH-Richtlinie, sondern nur um eine nach BArtSchV besonders geschützte Art, die im Rahmen der Eingriffsbilanzierung im Landschaftsökologischen Fachbeitrag berücksichtigt wird. Eine artenschutzrechtliche Prüfung ist für die Art nicht erforderlich.

3.2.2.4 Insekten

Für den Planungsraum konnten keine Libellen oder Heuschrecken des Anhangs IV der FFH-Richtlinie nachgewiesen werden. Aufgrund der Strukturen und Nutzungen im Plangebiet wird ein Vorkommen von weiteren Insektenarten gemäß Anhang IV der FFH-Richtlinie zum gegenwärtigen Kenntnisstand ausgeschlossen.

3.3 Bestand und Betroffenheit der Arten nach Vogelschutzrichtlinie

Bei den 31 im Untersuchungsraum nachgewiesenen Arten handelt es sich ausschließlich um Brutvögel, wie z. B. Amsel, Ringeltaube und Zilpzalp, die im Ammerland in den entsprechenden Lebensräumen verbreitet und stellenweise häufig sind. Mit dem Kiebitz (2 Brutpaare nördlich des Regenrückhaltebeckens) nistet im Untersuchungsraum eine für Grünlandbiotope charakteristische Spezies, deren landesweite Bestände seit einigen Jahrzehnten eine deutlich regressive Entwicklung erkennen lassen (u. a. KRÜGER & SÜDBECK 2004).

Alle vorkommenden Vogelarten sind besonders geschützt, zusätzlich dazu sind Turmfalke und Kiebitz durch die Bundes-Artenschutzverordnung als streng geschützt eingestuft.

Tab. 2: Liste der nachgewiesenen Vogelarten im Untersuchungsraum

BRUTVÖGEL	Σ BP	Nist- w.	BRUTVÖGEL	Σ BP	Nist- w.
Fasan, <i>Phasianus colchicus</i>	I	a	Wintergoldhähnchen, <i>Regulus regulus</i>	I	b
Turmfalke, <i>Falco tinnunculus</i>	*1	b	Kleiber, <i>Sitta europaea</i>	*5	b
Kiebitz, <i>Vanellus vanellus</i>	*2	a	Zaunkönig, <i>Troglodytes troglodytes</i>	III	a/b
Ringeltaube, <i>Columba palumbus</i>	IV	b	Star, <i>Sturnus vulgaris</i>	III	b/G
Buntspecht, <i>Dendrocopos major</i>	I	b	Amsel, <i>Turdus merula</i>	IV	b
Elster, <i>Pica pica</i>	I	b	Singdrossel, <i>Turdus philomelos</i>	III	b
Rabenkrähe, <i>Corvus c. corone</i>	I	b	Hausrotschwanz, <i>Phoenicurus ochruros</i>	I	G
Blaumeise, <i>Parus caeruleus</i>	III	b	Gartenrotschwanz, <i>Phoenicurus phoenicurus</i>	*1	b
Kohlmeise, <i>Parus major</i>	IV	b	Heckenbraunelle, <i>Prunella modularis</i>	III	b
Rauchschwalbe, <i>Hirundo rustica</i>	*3	G	Hausperling, <i>Passer domesticus</i>	I	G
Fitislaubsänger, <i>Phylloscopus trochilus</i>	III	a	Feldsperling, <i>Passer montanus</i>	I	b/G
Zilpzalp, <i>Phylloscopus collybita</i>	IV	a	Bachstelze, <i>Motacilla alba</i>	I	a
Gelbspötter, <i>Hippolais icterina</i>	*4	b	Buchfink, <i>Fringilla coelebs</i>	IV	b
Mönchsgrasmücke, <i>Sylvia atricapilla</i>	IV	b	Grünfink, <i>Carduelis chloris</i>	II	b
Gartengrasmücke, <i>Sylvia borin</i>	II	b	Goldammer, <i>Emberiza citrinella</i>	*5	a
Dorngrasmücke, <i>Sylvia communis</i>	*7	b			

Es bedeuten:

Σ BP = absolute Zahl der Brut- / Revierpaare (in arabischen Zahlen) bzw. geschätzte Häufigkeitsklassen (in römischen Zahlen), wobei I = 1-5 Brutpaare (BP), II = 6-10, III = 11-20 und IV = > 20 BP bedeuten; Nistweise: a = Nest auf oder in geringer Höhe über dem Erdboden, b = Nest in höheren Straten; G = Gebäudebrüter, * = Arten, deren Reviere in der anliegenden Verbreitungskarte dargestellt wurden.

Die hier beschriebene Verteilung, wonach Gehölzbewohner im Plangebiet dominieren, zeigt sich auch an dem Verhältnis der Bodenbrüter zu den in höheren Straten nistenden Vögeln. Gegenüber den Bodenbrütern, die ihre Nester am oder in geringer Höhe

über dem Erdboden anlegen und hier mit 19,3 % (N = 6) vertreten sind, entfällt auf die in höheren Straten siedelnden Arten ein Anteil von 61,4 % (N = 19). Die an / in Gebäuden brütenden Vögel inkl. derjenigen Arten mit unspezifischer Nistweise sind mit 6 Arten (19,3 %) vertreten.

Betroffenheit der Vogelarten

Zugriffsverbot (§ 42 Abs. 1 Nr. 1 BNatSchG): *Nachstellen, Fangen Verletzen oder Töten von Tieren bzw. Entnahme, Beschädigung oder Zerstörung ihrer Entwicklungsformen.*

Hinsichtlich der Überprüfung des Zugriffsverbotes gem. § 42 (1) Nr. 1 BNatSchG ist für sämtliche vorkommende Vogelarten zu konstatieren, dass es nicht zu baubedingten Tötungen kommen wird. Es werden durch die Vermeidungsmaßnahme der Baufeldfreimachung außerhalb der Brutzeit der Arten baubedingte Tötungen von Individuen der Arten (v. a. Nestlingen) oder die Zerstörung von Gelegen / Eiern vermieden.

Mögliche Tötungen von Individuen durch betriebsbedingte Kollisionen mit Fahrzeugen vom bspw. Zulieferverkehr oder mit Gebäuden gehen nicht über das allgemeine Lebensrisiko hinaus und stellen daher keinen Verbotstatbestand dar.

Bei dem Untersuchungsraum handelt es sich um eine standort- und strukturtypische Nutzung ohne erhöhte punktuelle oder flächige Nutzungshäufigkeit von bestimmten Vogelarten. Den Bereich Leuchtenburg queren keine traditionellen Flugrouten bzw. besonders stark frequentierte Jagdgebiete von Vögeln, so dass eine signifikante Erhöhung von Kollisionen und einer damit verbundene Mortalität auszuschließen ist.

Der Verbotstatbestand gem. § 42 (1) Nr. 1 BNatSchG wird demzufolge nicht erfüllt.

Störungsverbot (§ 42 Abs. 1 Nr. 2 BNatSchG): *Erhebliches Stören von Tieren während der Fortpflanzungs-, Aufzucht-, Mauser-, Überwinterungs- und Wanderungszeiten. Abweichend davon liegt ein Verbot nicht vor, wenn die Störung zu keiner Verschlechterung des Erhaltungszustandes der lokalen Population führt.*

Die Störung von Vögeln durch bau- oder betriebsbedingten Lärm und / oder andere Immissionen in für die Tiere sensiblen Zeiten kann nicht gänzlich ausgeschlossen werden, da Gebäude- und Gehölzstrukturen, die potenzielle zukünftige Lebensstätten sind, im Plangebiet bzw. in dessen näherer Umgebung verbleiben und genutzt werden können.

Das Störungsverbot nach § 42 (1) Nr. 2 BNatSchG während der sensiblen Zeiten der Vögel stellt nur in dem Fall einen Verbotstatbestand dar, in dem eine erhebliche Störung verursacht wird. Eine Erheblichkeit ist gemäß Bundesnaturschutzgesetz gegeben, wenn durch die Störung der Erhaltungszustand der lokalen Population verschlechtert wird. Die lokale Population kann definiert werden als (Teil-)Habitate und Aktivitätsbereiche von Individuen einer Art, die in einem für die Lebensraumsprüche der Art ausreichend räumlich-funktionalen Zusammenhang stehen. Der Erhaltungszustand einer Population kann sich aufgrund einer Störung in folgenden beispielhaften, nicht abschließend aufgelisteten Situationen verschlechtern:

- Aufgabe eines Neststandortes mit Eiern / Nestlingen und dadurch bedingte geringere Reproduktion
- Aufgabe der Jungvogelfütterung und dadurch bedingte geringere Reproduktion
- Maskierung von Revier- und Paarungskommunikation durch Lärm und dadurch bedingte Verringerung des Paarungserfolges (= verringerte Reproduktion)

- Erhöhter Stress und dadurch bedingte erhöhte Mortalität innerhalb der Population während sensibler Zeiten

In Bezug auf das Störungsverbot während der Fortpflanzungs-, Aufzucht-, Mauser-, Überwinterungs- und Wanderzeiten lassen sich bau- und betriebsbedingte Störungen in Form von bspw. Lärmimmissionen nicht ganzjährig vermeiden. Störungen während sensibler Zeiten sind daher möglich, werden allerdings im folgenden differenzierter betrachtet.

Es ist davon auszugehen, dass Störungen während der Mauserzeit nicht zu einer Verschlechterung des Erhaltungszustandes der lokalen Populationen der erfassten Arten führen. Dies hängt damit zusammen, dass es nur zu einer Verschlechterung käme, wenn das Individuum während der Mauserzeit durch die Störung zu Tode käme und es so eine Erhöhung der Mortalität in der Population gäbe. Dies ist aufgrund der Art des Vorhabens auszuschließen, da bei einer Störsituation die betreffende Vogelart sich entfernen könnte. Vollmausern, die eine vollständige Flugunfähigkeit bedingen, werden von keiner der auftretenden Arten durchgeführt. Es handelt sich ferner nicht um einen traditionellen Mauserplatz einer Art.

Weiterhin sind erhebliche Störungen während Überwinterungs- und Wanderzeiten auszuschließen. Arten, die während des Winters innerhalb des Planungsgebietes oder in dessen Umgebung vorkommen, könnten durch Verkehrslärm und / oder visuelle Effekte in dieser Zeit aufgescheucht werden. Damit diese Störung zu einer Verschlechterung des Erhaltungszustandes der Population führt, müsste dieses Individuum direkt oder indirekt durch das Aufscheuchen zu Tode kommen bzw. so geschwächt werden, dass es sich in der Folgezeit nicht mehr reproduzieren kann. Dies ist aufgrund der Art des Vorhabens auszuschließen. Vögel sind in der Regel an Siedlungslärm gewöhnt und suchen ihre persönlichen Sicherheitsabstände auf, so dass es zu keinen ungewöhnlichen Scheueffekten für die Arten kommt, die Individuen schwächen oder töten könnten.

Für sämtliche Gebäudebrüter ist ebenfalls ein Störungstatbestand auszuschließen, da sich die Tiere bereits unmittelbar entlang der Raiffeisenstraße mit entsprechend aktuell vorhandener Geräuschkulisse angesiedelt haben. Die Toleranz gegenüber Lärm ist bei diesen Arten höher.

So werden im folgenden Störungen, die während der Fortpflanzungs- und Aufzuchtzeit auf die Vögel wirken können, überprüft.

Zunächst ist davon auszugehen, dass bei vollständiger Umsetzung der Planung nur noch wenige Brutmöglichkeiten innerhalb des Geltungsbereiches direkt vorhanden sind. Die Vögel, die zukünftig innerhalb des Plangebietes auf den Maßnahmenflächen bzw. in der unmittelbaren Umgebung brüten, werden durch betriebsbedingten Lärm bzw. optische Einflüsse nicht erheblich gestört werden, da sie einen artspezifischen Abstand einhalten werden, bei dem eine Störung ausgeschlossen ist. Alle vorhandenen Arten sind in der Lage jede Brutperiode einen neuen Brutplatz zu besetzen, so dass ein Ausweichen möglich ist, zumal in der unmittelbaren Umgebung gleichwertige Strukturen vorhanden sind. Horst- oder Höhlenbewohner, die auf einen bestimmten Nistplatz angewiesen sind und weniger Ausweichmöglichkeiten haben, sind im Plangebiet nicht vorhanden.

Baubedingte Störungen während der Fortpflanzungs- und Aufzuchtzeit werden durch die Baufeldfreimachung außerhalb der Brutzeit ausgeschlossen.

Der Verbotstatbestand gem. § 42 (1) Nr. 2 BNatSchG wird demzufolge nicht erfüllt.

Schädigungsverbot (§ 42 Abs. 1 Nr. 3 i.V.m. Abs. 5 BNatSchG): *Beschädigung oder Zerstörung von Fortpflanzungs- und Ruhestätten und damit verbundene vermeidbare Verletzung oder Tötung von Tieren oder ihrer Entwicklungsformen. Abweichend davon liegt ein Verbot nicht vor, wenn die ökologische Funktion der von dem Eingriff oder Vorhaben betroffenen Fortpflanzungs- oder Ruhestätten im räumlichen Zusammenhang gewahrt wird.*

Durch die Planung bzw. die Umsetzung der Planung kommt es zur Entfernung von Gehölz- und Gebäudestrukturen bzw. dem Verlust von Lebensraum durch bspw. Versiegelung im Plangebiet. Dadurch kommt es auch zu einem Verlust von potenziellen Fortpflanzungsstätten.

Sämtliche im Plangebiet festgestellten brütenden Arten nutzen jedes Jahr ein andere Fortpflanzungsstätte, d. h. sie bauen jedes Jahr ein neues Nest in einem dafür geeigneten Baum / Strauch bzw. auf dem Boden. Es handelt sich daher nur um temporäre Fortpflanzungsstätten, die außerhalb der Brutzeit nicht als solche zu sehen sind. Eine Entfernung der Gehölze bzw. eine Baufeldfreimachung außerhalb der Brutzeit bedingt daher keinen Verbotstatbestand. Die Rauchschnalbe als Gebäudebrüter nutzt auch das DRK-Gebäude an der Raiffeisenstraße als Brutplatz, so dass die ökologische Funktion im räumlichen Zusammenhang erhalten bleibt.

Das Plangebiet mit seinen Strukturen wird jedoch auch von den Vögeln in verschiedenen Situationen als Ruhestätten genutzt, so dass u. a. bei der Entfernung der Gehölze Ruhestätten beschädigt oder zerstört und ggf. sogar Individuen getötet oder beschädigt werden könnten.

Gemäß § 42 (5) BNatSchG liegt ein Verbot der Entfernung / Beschädigung von Fortpflanzungs- / Ruhestätten bzw. der Tötung / Beschädigung von Individuen in Verbindung mit der Entfernung / Beschädigung von Fortpflanzungs- / Ruhestätten nicht vor, wenn es sich um einen nach § 19 BNatSchG zulässigen Eingriff handelt und die ökologische Funktion der von dem Vorhaben betroffenen Fortpflanzungs- und Ruhestätten im räumlichen Zusammenhang weiterhin erfüllt bleibt.

Die ökologische Funktion für Fortpflanzungs- und Ruhestätten von gehölz- und bodenbrütenden Arten im räumlichen Zusammenhang bleibt auch nach der Umsetzung der vorliegenden Planung erhalten. In der unmittelbaren Umgebung befinden sich Bereiche, die eine gleichartige Struktur und Ausprägung aufweisen, wie die überplanten Gebiete.

Der Verbotstatbestand gem. § 42 (1) Nr. 3 BNatSchG wird in Verbindung mit § 42 (5) BNatSchG demzufolge nicht erfüllt.

4.0 FAZIT

In der vorliegenden saP wurden die artenschutzrechtlichen Verbotstatbestände nach § 42 BNatSchG, die durch das Vorhaben erfüllt werden können, bezüglich der gemeinschaftsrechtlich geschützten Arten (alle europäischen Vogelarten, Arten des Anhangs IV FFH-Richtlinie) ermittelt und dargestellt.

Das zu untersuchende Artenspektrum umfasste die Arten, die im Untersuchungsraum durch Bestandserfassung nachgewiesen wurden.

Es konnte im Folgenden im Rahmen der saP festgestellt werden, dass die Populationen der nachgewiesenen Arten des Anhangs IV der FFH-Richtlinie bzw. die europäischen Vogelarten durch die vorgesehenen Vermeidungsmaßnahmen in ihrem natürli-

chen Verbreitungsgebiet in einem günstigen Erhaltungszustand verweilen bzw. deren aktuelle Erhaltungszustände sich nicht verschlechtern werden. Es werden für die Vermeidung von Verbotstatbeständen adäquate Maßnahmen getroffen. CEF-Maßnahmen sind durch die Umgehung und Vermeidung von Verbotstatbestände nicht erforderlich.

5.0 LITERATUR

BARTHEL, P. H. (1993): Artenliste der Vögel Deutschlands. - J. Orn. 134: 113-135.

BAUER, H.-G., P. BERTHOLD, P. BOYE, W. KNIEF, P. SÜDBECK & K. WITT (2002): Rote Liste der Brutvögel Deutschlands. 3. überarbeitete Fassung, 08.05.2002. - Ber. Vogelschutz 39: 13-60.

BAYERISCHES STAATSMINISTERIUM DES INNEREN – ABT. STRAßEN- UND BRÜCKENBAU (2008): Hinweise zur Aufstellung der naturschutzfachlichen Angaben zur speziellen artenschutzrechtlichen Prüfung (saP)

BLAB, J. (1986): Biologie, Ökologie und Schutz von Amphibien. - Kilda-V., Greven.

BLAB, J. (1993): Grundlagen des Biotopschutzes für Tiere. - Kilda-V., Greven.

BRINKMANN, R. (1998): Berücksichtigung faunistisch-tierökologischer Belange in der Landschaftsplanung. - Inform.d. Naturschutz Niedersachs. 18: 57-128.

DAHL, H.-J., R. ALTMÜLLER, E. GARVE, W. KAUFMANN, P. SÜDBECK & E. BIERHALS (2000): Artenschutz. - In: DAHL, H.-J., M. NIEKISCH, U. RIEDL & V. SCHERFOSE (eds.): Arten-, Biotop- und Landschaftsschutz. - Economica-V., Heidelberg: 1-172.

DIETZ, C., HELVERSEN v., O. & I. HOLZ (2007): Handbuch der Fledermäuse Europas und Nordwestafrika. Biologie, Kennzeichen, Gefährdung. Franckh-Kosmos Verlag, Stuttgart.

FISCHER, C. & R. PODLOUCKY (1997): Berücksichtigung von Amphibien bei naturschutzrelevanten Planungen - Bedeutung und methodische Mindeststandards. - In: HENLE, K. & M. VEITH (eds.): Naturschutzrelevante Methoden der Feldherpetologie. - Mertensiella 7: 261-278.

FLADE, M. (1994): Die Brutvogelgemeinschaften Mittel- und Norddeutschlands. - IHW-V., Eiching.

GARVE, E. (2004): Rote Liste und Florenliste der Farn- und Blütenpflanzen in Niedersachsen und Bremen, 5. Fassung vom 1.3.2004. - Inform.d. Naturschutz Niedersachs. 24 Jg. Nr. 1, S. 1-76, Hildesheim

GEBHARD, J. (1985): Unsere Fledermäuse. - Naturhistor. Museum Basel. - Basel.

GÜNTHER, R. & A. GEIGER (1996): Erdkröte - *Bufo bufo* (LINNAEUS, 1758). - In: GÜNTHER, R. (ed.): Die Amphibien und Reptilien Deutschlands. - Fischer-V., Stuttgart: 274-302.

GÜNTHER, R. (Hrsg.) (1996): Die Amphibien und Reptilien Deutschland. Jena - Stuttgart

HECKENROTH, H. (1991): Rote Liste der in Niedersachsen und Bremen gefährdeten Säugetierarten – Übersicht (1. Fassung, Stand: 01.01.1991) mit Liste der in Niedersachsen und Bremen nachgewiesenen Säugetierarten seit Beginn der Zeitrechnung. - Naturschutz Landschaftspfl. Niedersachs. 26: 161-164.

HECKENROTH, H. (1995): Übersicht über die Brutvögel in Niedersachsen und Bremen und Rote Liste der in Niedersachsen und Bremen gefährdeten Brutvogelarten. - Inform.d. Naturschutz Niedersachs. 15: 1-16.

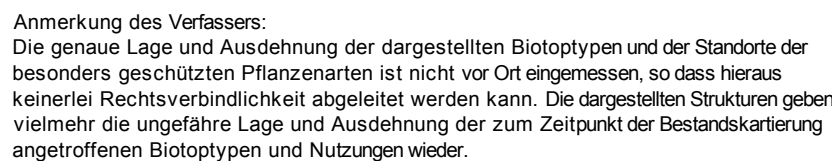
HECKENROTH, H., B. POTT & S. WIELERT (1988): Zur Verbreitung der Fledermäuse in Niedersachsen von 1976 bis 1986 mit Statusangaben ab 1981. - Naturschutz Landschaftspfl. Niedersachs. 8: 137-162.

- KURTZE, W. (1982): Beobachtungen zur Flugaktivität und Ernährung der Breitflügelfledermaus *Eptesicus serotinus* (SCHREBER). - Drosera `82: 39-46.
- KURTZE, W. (1991): Die Breitflügelfledermaus *Eptesicus serotinus* in Nordniedersachsen. - Naturschutz Landschaftspfl. Niedersachs. 26: 63-94.
- LANA (2006): Hinweise der LANA (Länderarbeitsgemeinschaft Naturschutz, Landschaftspflege und Erholung) zur Anwendung des europäischen Artenschutzrechts bei der Zulassung von Vorhaben und bei Planungen – beschlossen auf der 93. LANA- Sitzung am 29.05.2006
- LIMPENS, H. G. J. A. & A. ROSCHEN (1994): Bestimmung der mitteleuropäischen Fledermausarten anhand ihrer Rufe. - NABU Projektgruppe „Fledermauserfassung Niedersachsen“. - Bremervörde: 1-47 und Bestimmungskassette.
- PLAISIER, F. (1989): Zur Brutvogelfauna des Landkreises Ammerland. - Oldb. Jb. 89: 303-323.
- PODLOUCKY, R. & C. FISCHER (1994): Rote Liste der gefährdeten Amphibien und Reptilien in Niedersachsen und Bremen. - Inform.d. Naturschutz Niedersachs. 14 : 109-120.
- RICHARZ, K. & A. LIMBRUNNER (1999): Fledermäuse. Fliegende Koblode der Luft. - Franckh-Kosmos-V., Stuttgart.
- SCHACHERER, A. (2001): Das Niedersächsische Pflanzenarten-Erfassungsprogramm. - Inform.d. Naturschutz Niedersachs. 21. Jg. Nr. 5 - Supplement Pflanzen, S. 1-20, Hildesheim
- SKIBA, R. (2003): Europäische Fledermäuse. – Westarp-Wissenschafts-V., Hohenwarsleben.
- SÜDBECK, P. & D. WENDT (2002): Rote Liste der in Niedersachsen und Bremen gefährdeten Brutvögel. 6. Fassung, Stand 2002. - Inform.d. Naturschutz Niedersachs. 22: 243-278.

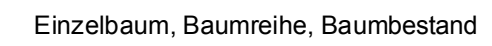
ANLAGEN

- **Karte 1: Bestandsplan: Biotoptypen, Nutzungen und gefährdete / besonders geschützte Pflanzen**
- **Karte 2: Bestand Brutvögel, Fledermäuse und Lurche**
- **Karte 3: Bestand Libellen und Heuschrecken**
- **Karte 4: Planung**

Bestand: Biotoptypen / Nutzungen und gefährdete / besonders geschützte Pflanzenarten



Anlage 5 zu Vorlage 2010/011



[Biotypenkürzel nach « Kartierschlüssel für Biotypen in Niedersachsen » (Drachenfels, Hannover 2004)]

BE	Einzelstrauch
BR	Ruderalgebüsch
HB	Einzelbaum, Baumreihe
HFB	Baumhecke
HFM	Strauch-Baumhecke
HFS	Strauchhecke
HN	Naturnahes Feldgehölz
HX	Standortfremdes Feldgehölz
HWB	Baum-Wallhecke
HWM	Strauch-Baum-Wallhecke
HWN	Neu angelegte Wallhecke
HWO	Gehölzfreier Wall
Zusätze	- = schlechte Ausprägung: lückiger Gehölzbestand, degraderter Wall

FGR	Nährstoffreicher Graben
FGZ	Sonstiger Graben
SXS	Sonstiges Staugewässer

GI	Artenarmes Grünland
GIE	Artenarmes Extensivgrünland
GMZ	Sonstiges mesophiles Grünland

Ag	Getreideacker
Am	Maisacker
EL	Landwirtschaftliche Lagerfläche

UH	Halbruderale Gras- und Staudenflur
----	------------------------------------

BZH	Zierhecke
GRT	Tritrasen
HS	Siedlungsgehölz
OEL	Locker bebautes Einzel- und Reihenhausgebiet
OD	Landwirtschaftlicher Betrieb
OG	Gewerbegebiet
ONZ	Sonstiger Gebäudekomplex
OSZ	Sonstige Versorgungsanlage (Hochspannungsleitung)
OVS	Straße
OVW	Weg, Zusatz u = unbefestigt
PH	Hausgarten
TFK	Fläche mit Schotterdecke

Liste der nachgewiesenen Pflanzenarten der Roten Liste der Farn- und Blütenpflanzen in Niedersachsen und Bremen (5. Fassung, Stand 01.03.2004) und der gemäß § 10 Abs. 2 Nr. 10 BNatSchG besonders geschützten Farn- und Blütenpflanzen:

<u>Abk.</u>	<u>Deutscher Name</u>	<u>Wissenschaftl. Name</u>	<u>Gefährdung</u>	<u>Schutz</u>
la	Stechpalme	<i>Ilex aquifolium</i>	-	§
lp	Sumpf-Schwertlilie	<i>Iris pseudacorus</i>	-	§

Gesetzlicher Schutz: § = besonders geschützte Art gemäß § 10 Abs. 2 Nr. 10 BNatSchG

Deckung in m²: I = < 1 m², II = 1 - 5 m²

Ah	Ahorn	<i>Acer</i> spp.
Bi	Birke	<i>Betula pendula</i>
Bu	Buche	<i>Fagus sylvatica</i>
Br	Brombeere	<i>Rubus fruticosus</i> agg.
Eb	Eberesche	<i>Sorbus aucuparia</i>
Ei	Stieleiche	<i>Quercus robur</i>
Er	Schwarzerle	<i>Alnus glutinosa</i>
Es	Esche	<i>Fraxinus excelsior</i>
Fb	Faulbaum	<i>Frangula alnus</i>
Fi	Fichte	<i>Pinus</i> spec.
Hb	Hainbuche	<i>Carpinus betulus</i>
Ho	Holunder	<i>Sambucus nigra</i>
Ka	Kastanie	<i>Aesculus hippocastanum</i>
Ki	Kiefer	<i>Pinus sylvestris</i>
Li	Linde	<i>Tilia</i> spec.
Rb	Robinie	<i>Robinia pseudacorus</i>
Ts	Späte Traubenkirsche	<i>Prunus serotina</i>
Vk	Vogelkirsche	<i>Prunus avium</i>

Die Darstellung der Wallhecken wurde teilweise aus dem Kataster des Landkreises Ammerland übernommen.

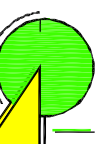


**Landschaftsökologischer Fachbeitrag zum
Bebauungsplan Nr. 59 "Gewerbegebiet Leuchtenburg III "**

Planart: Bestand: Biotoptypen / Nutzungen und gefährdete / besonders geschützte Pflanzenarten

Maßstab 1 : 2.000	Projekt: 09-1097		Datum	Unterschrift
		Bearbeitet:	09.2009	Fittje
	Plan-Nr. 1	Gezeichnet:	10.2009	Bode
		Geprüft:	10.2009	Diekmann

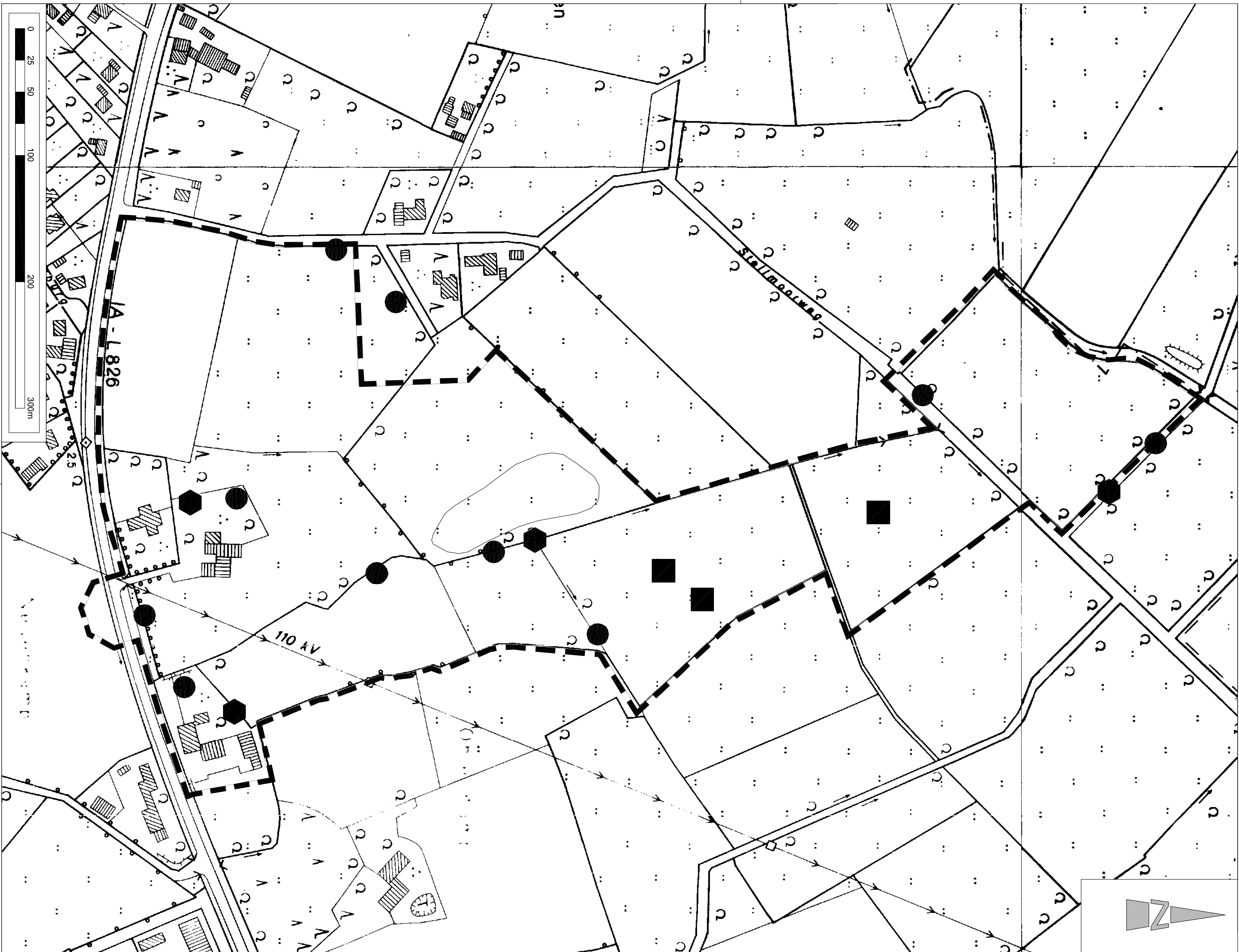
Diekmann & Mosebach Regionalplanung , Stadt- und Landschaftsplanung
Entwicklungs- und Projektmanagement



Gemeinde Rastede

Landschaftsökologischer Fachbeitrag zum Bebauungsplan Nr. 59 "Gewerbegebiet Leuchtenburg III"

Bestand: Brutvögel, Fledermäuse und Lurche



Planzeichenerklärung

 Geltungsbereich des Landschaftsökologischen Fachbeitrages

Ausgewählte Brutvögel im Untersuchungsgebiet

Deutscher Name	Wissensch. Name	RL T-W 2007	RL Nds. 2007	RL D § 10 BNatSchG 2008
Bg Dorngrasmücke	<i>Sylvia communis</i>	/	/	/
G Goldammer	<i>Emberiza citrinella</i>	/	/	/
Gp Gelbspötter	<i>Hippolais icterina</i>	/	/	b
Gr Gartenschwanz	<i>Phoenicurus phoenicurus</i>	3	3	/
Ki Kleblitz	<i>Vanelus vanellus</i>	3	3	2
Kl Kleiber	<i>Sitta europaea</i>	/	/	/
R Rauchschnäbel	<i>Hirundo rustica</i>	3	3	V
Tt Turmfalke	<i>Falco tinnunculus</i>	V	V	/

Die verschiedenen Symbole repräsentieren jeweils ein Revier-/Brutpaar der betreffenden Art.

RL T-W: Rote Liste der in der naturräumlichen Region Tiefernd-West gefährdeten Brutvogelarten.

Stand: 2007

Gefährdungsgrade: 3 = gefährdet V = Art der Vorwarnliste / = nicht gefährdet

RL Nds: Rote Liste der in Niedersachsen und Bremen gefährdeten Brutvogelarten.

Stand: 2007

Gefährdungsgrade: 3 = gefährdet V = Art der Vorwarnliste / = nicht gefährdet

RL D: Rote Liste der Brutvögel Deutschlands.

Stand: 2007

Gefährdungsgrade: 2 = stark gefährdet V = Art der Vorwarnliste / = nicht gefährdet

BNatSchG: Bundesnaturschutzgesetz.

Stand: 2008

b = besonders geschützte Art gemäß § 10 Abs. 2 Nr. 10 BNatSchG




s = streng geschützte Art gemäß § 10 Abs. 2 Nr. 11 BNatSchG

Quelle: Erhebungen des Planungsbüros Diekmann & Mosebach am 03.03., 03.04., 05.05., 27.05., 11.06. und 24.06.2009

Fundort - Nachweise von Lurchen im Untersuchungsgebiet

Deutscher Name	Wissensch. Name	RL Nds. 1994	RL D 1998	§ 10 BNatSchG 2008
Erdkröte	<i>Bufo bufo</i>	/	/	b

Fundort-Nachweise von Fledermäusen im Untersuchungsgebiet

	RL Nds. 2005	RL D 1998	§ 10 BNatSchG 2008
 Abendsegler		3	3
 Zwergfledermaus		/	/
 Breitflügeliedermaus		2	V

Die dargestellten Symbole markieren Fundort-Nachweise von Fledermäusen (s. Text).

RL Nds: Rote Liste der in Niedersachsen und Bremen gefährdeten Säugetierarten.

Stand: 2005

Gefährdungsgrade: 2 = stark gefährdet 3 = gefährdet / = nicht gefährdet

RL D: Rote Liste der Säugetiere Deutschlands.

Stand: 1998

Gefährdungsgrade: 3 = gefährdet V = Art der Vorwarnliste / = nicht gefährdet

BNatSchG: Bundesnaturschutzgesetz.

Stand: 2008

b = besonders geschützte Art gemäß § 10 Abs. 2 Nr. 10 BNatSchG

s = streng geschützte Art gemäß § 10 Abs. 2 Nr. 11 BNatSchG

Quelle: Erhebungen des Planungsbüros Diekmann & Mosebach am 30.04., 28.05., 25.06., 29.07., 28.08. und 22.09.2009

GEMEINDE RASTEDE



Landschaftsökologischer Fachbeitrag zum Bebauungsplan Nr. 59 "Gewerbegebiet Leuchtenburg III "

Planart: Bestand: Brutvögel, Fledermäuse und Lurche

Maßstab	Projekt: 09-1097	Datum	Unterschrift
1 : 2.000	Plan-Nr. 2	Bearbeitet: 10.2009 Gezeichnet: 10.2009 Geprüft: 10.2009	Plaisier Bode Diekmann

Diekmann & Mosebach Regionalplanung , Stadt- und Landschaftsplanung
Entwicklungs- und Projektmanagement

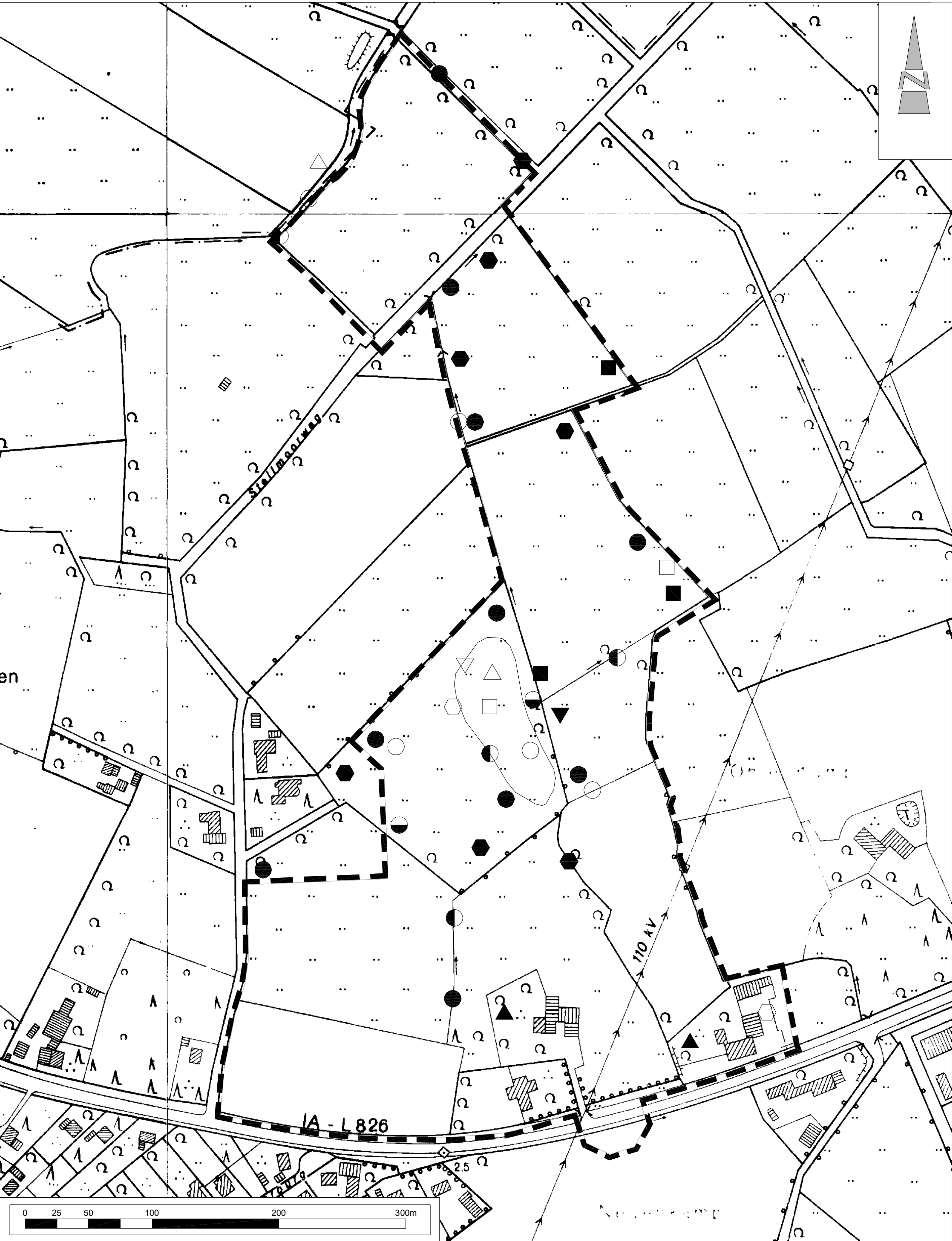
Odenburger Straße 211 26180 Rastede Tel. (04402) 91 16 30 Fax 91 16 40




Gemeinde Rastede

Landschaftsökologischer Fachbeitrag zum Bebauungsplan Nr. 59 "Gewerbegebiet Leuchtenburg III"





Bestand: Libellen und Heuschrecken



Planzeichenerklärung

 Geltungsbereich des Landschaftsökologischen Fachbeitrages

Fundort-Nachweise von Libellen im Untersuchungsgebiet

	Deutscher Name	Wissensch. Name	RL Nds 1983	RL D 1998	§ 10 BNatSchG 2008
	Gemeine Binsenjungfer	<i>Lestes sponsa</i>	/	/	b
	Große Pechlibelle	<i>Ischnura elegans</i>	/	/	b
	Hufeisen-Mosaikjungfer	<i>Coenagrion puella</i>	/	/	b
	Blaugrüne Mosaikjungfer	<i>Aeshna cyanea</i>	/	/	b
	Vierfleck	<i>Libellula quadrimaculata</i>	/	/	b
	Plattbauch	<i>Libellula depressa</i>	/	/	b
	Gemeine Heidelibelle	<i>Sympetrum vulgatum</i>	/	/	b






RL Nds: Rote Liste der in Niedersachsen und Bremen gefährdeten Libellen.
Stand: 1983
Gefährdungsgrad: / = nicht gefährdet

RL D: Rote Liste der in der Bundesrepublik Deutschland gefährdeten Libellen.
Stand: 1998
Gefährdungsgrad: / = nicht gefährdet

BNatSchG: Bundesnaturschutzgesetz.
Stand: 2008
b = besonders geschützte Art gemäß § 10 Abs. 2 Nr. 10 BNatSchG

Quelle: Erhebungen des Planungsbüros Diekmann & Mosebach am 27.07.2009

Fundort - Nachweise von Heuschrecken im Untersuchungsgebiet

	Deutscher Name	Wissensch. Name	RL T-W 2005	RL Nds. 2005	RL D 1998
	Grünes Heupferd	<i>Tettigonia viridissima</i>	/	/	3
	Gemeine Domschrecke	<i>Tetrix undulata</i>	/	/	/
	Bunter Grashüpfer	<i>Omocestus viridulus</i>	/	/	/
	Brauner Grashüpfer	<i>Chorthippus brunneus</i>	/	/	/
	Weißrandiger Grashüpfer	<i>Chorthippus albomarginatus</i>	/	/	/

RL T-W: Rote Liste der in der naturräumlichen Region Tiefland-West gefährdeten Heuschrecken.
Stand: 2005
Gefährdungsgrad: / = nicht gefährdet

RL Nds: Rote Liste der in Niedersachsen und Bremen gefährdeten Heuschrecken.
Stand: 2005
Gefährdungsgrad: / = nicht gefährdet

RL D: Rote Liste der in der Bundesrepublik Deutschland gefährdeten Heuschrecken.
Stand: 1998
Gefährdungsgrad: / = nicht gefährdet

Quelle: Erhebungen des Planungsbüros Diekmann & Mosebach am 17.08.2009

GEMEINDE RASTEDE



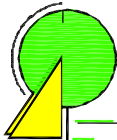
Landschaftsökologischer Fachbeitrag zum Bebauungsplan Nr. 59 "Gewerbegebiet Leuchtenburg III"

Planart: Bestand: Libellen und Heuschrecken

Maßstab 1 : 2.000	Projekt: 09-1097 Plan-Nr. 3		Datum	Unterschrift
		Bearbeitet:	10.2009	Plaisier
		Gezeichnet:	10.2009	Bode
		Geprüft:	10.2009	Diekmann

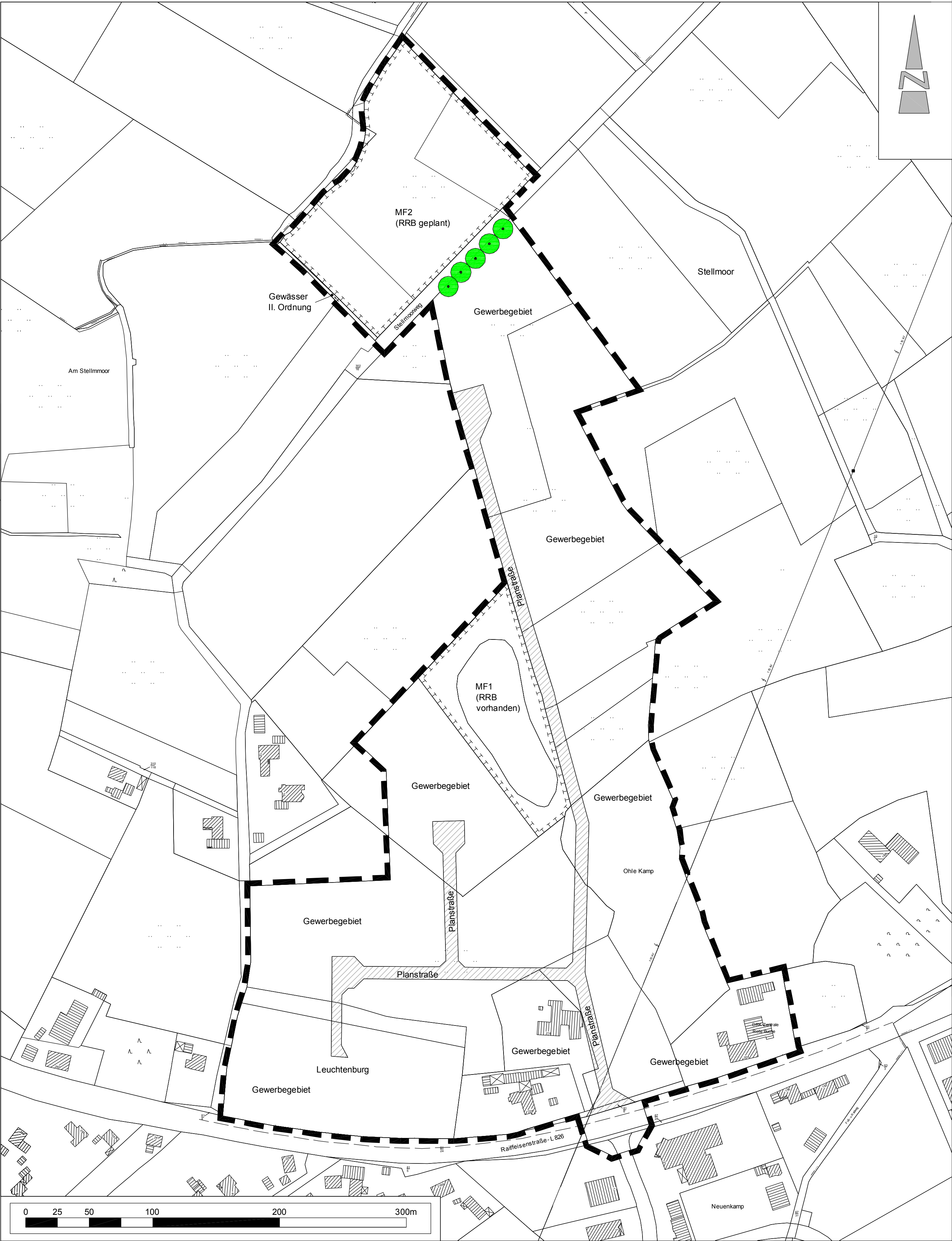
Diekmann & Mosebach Regionalplanung , Stadt- und Landschaftsplanung
Entwicklungs- und Projektmanagement

Oldenburger Straße 211 26180 Rastede Tel. (04402) 91 16 30 Fax 91 16 40



Gemeinde Rastede

Landschaftsökologischer Fachbeitrag zum Bebauungsplan Nr. 59 "Gewerbegebiet Leuchtenburg III" Planung



Planzeichenerklärung

-
- Geltungsbereich des Landschaftsökologischen Fachbeitrages
-
- Festgesetzte Einzelbäume (gem. § 9 (1) Nr. 25b BauGB)

Fläche für Maßnahmen zum Schutz, zur Pflege und zur Entwicklung von Boden, Natur und Landschaft gem. § 9 (1) Nr. 20 BauGB (Maßnahmenfläche)

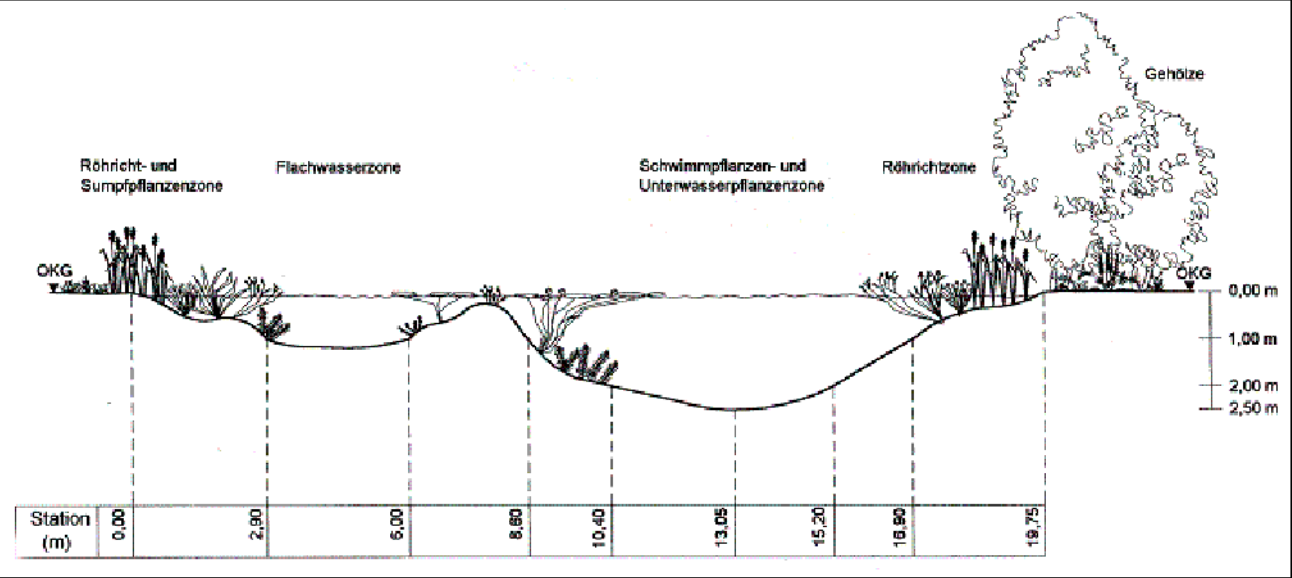
Maßnahmenfläche 1 (MF 1)
Das vorhandene Regenrückhaltebecken (RRB) und die umliegenden Flächen sind naturnah zu entwickeln bzw. zu erhalten.

Maßnahmenfläche 2 (MF 2)
Das geplante Regenrückhaltebecken (RRB) naturnah herzustellen, die umliegenden Flächen sind als Extensivwiese zu entwickeln. Die vorhandenen Gehölze am Stellmoorweg sind hierbei zu erhalten.

Nachfolgend ist eine Auswahl möglicher Wasser- und Uferpflanzen für die naturnahe Gestaltung des Gewässers dargestellt:

Röhrichtzone :	
Kalmus	(<i>Acorus calamus</i>)
Kleiner Rohrkolben	(<i>Thypha minima</i>)
Schilfrohr	(<i>Phragmites communis</i>)
Sumpfbirse	(<i>Eleocharis palustris</i>)
Sumpfdotterblume	(<i>Caltha palustris</i>)
Teichschachtelhalm	(<i>Equisetum fluviatile</i>)
Sumpfpflanzenzone :	
Froschlöffel	(<i>Alisma plantago aquatica</i>)
Hechtkraut	(<i>Pontederia cordata</i>)
Pfeilkraut	(<i>Sagittaria sagittifolia</i>)
Sumpfgigssmeinnicht	(<i>Myosotis palustris</i>)
Wasserminze	(<i>Mentha aquatica</i>)
Wasserschwertlilie	(<i>Iris pseudacorus</i>)
Schwimmpflanzen- und Unterwasserpflanzenzone:	
Ähren-Tausendblatt	(<i>Myriophyllum spicatum</i>)
Froschbiss	(<i>Hydrocharis morsus-ranae</i>)
Krebsschere	(<i>Stratiotes aloides</i>)
Seekanne	(<i>Nymphoides peltata</i>)
Gelbe Teichmummel	(<i>Nuphar lutea</i>)
Wasserhahnenfuss	(<i>Ranunculus aquatilis</i>)
Weißer Seerosen	(<i>Nymphaea alba</i>)

Gewässerquerschnitt eines naturnahen Regenrückhaltebeckens (beispielhaft)



GEMEINDE RASTEDE

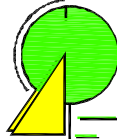
Landschaftsökologischer Fachbeitrag zum Bebauungsplan Nr. 59 "Gewerbegebiet Leuchtenburg III "

Planart: Planung

Maßstab 1 : 2.000	Projekt: 09-1097 Plan-Nr. 4		Datum	Unterschrift
		Bearbeitet:	10.2009	Plaisier
		Gezeichnet:	10.2009	Bode
		Geprüft:	10.2009	Diekmann

Diekmann & Mosebach Regionalplanung , Stadt- und Landschaftsplanung
Entwicklungs- und Projektmanagement

Oldenburger Straße 211 26180 Rastede Tel. (04402) 91 16 30 Fax 91 16 40



GEMEINDE RASTEDE

VERKEHRSTECHNISCHE UNTERSUCHUNG ZUR ANBINDUNG BEBAUUNGSPLAN NR. 59 AN DIE L 826

Auftraggeber: Gemeinde Rastede
Sophienstraße 27
26180 Rastede

Auftragnehmer:



Ingenieurbüro
Dr. Schwerdhelm
& Tjardes GbR
Beratende Ingenieure

Nordfrost-Ring 21
26419 Schortens
Tel.: 0 44 61 / 75 91 - 0
Fax: 0 44 61 / 75 91 - 75

Projektbearbeitung: Karin Osterthun
Andrea Mehnert
Dipl.-Ing. Stefan Möhlmann
Dr.- Ing. Rainer Schwerdhelm

Aufgestellt im: Dezember 2008

1 Einleitung

1.1 Situation

Die Gemeinde Rastede beabsichtigt nördlich des vorhandenen Gewerbegebietes Leuchtenburg, welches über den Ring der Königstraße erschlossen wird, ein weiteres Gewerbegebiet (Bebauungsplan Nr. 59) mit einer Fläche von etwa 20 ha zu erschließen.

1.2 Aufgabenstellung

Es ist zu prüfen, wie die Anbindung dieses neuen Gewerbegebietes an die L 826 ausgestaltet werden muss, um einen reibungslosen Verkehrsablauf zu gewährleisten.

1.3 Untersuchungsgebiet

Untersuchungsgebiet ist der Bereich der zukünftigen Anbindung des geplanten Gewerbegebietes an die L 826 (Anlagen 1 und 2).

1.4 Untersuchungsmethodik

Auf die aktuell erhobene Knotenstrombelastung des Knotenpunktes L 826 / Königstraße wird die durch eine Verkehrserzeugungsberechnung ermittelte Verkehrsstärke aus dem neuen Gewerbegebiet addiert und um einen Zuschlag für die allgemeine Verkehrsentwicklung erweitert.

Mit Hilfe dieser maßgebenden Verkehrsbelastung wird geprüft, welche Knotenpunktsform in der Lage ist, diese Verkehre mit zumutbaren Wartezeiten durchzuleiten.

1.5 Unterlagen

Für diese Untersuchung standen die folgenden Unterlagen zur Verfügung:

- entfällt -

2 Ergebnisse

2.1 Verkehrserhebungen

Die vorhandene Belastung des Knotenstromes L 826 / Königstraße wurde am 25.11.2008 in der Zeit von 15.00 – 19.00 Uhr erhoben. Die Ergebnisse dieser Zählung finden sich in den Anlagen 3.1 – 3.3.

Die maßgebende Hauptverkehrszeit stellte sich zwischen 16.00 und 17.00 Uhr ein.

2.2 Verkehrserzeugung

Um eine Verkehrserzeugung für das neu zu erschließende Gewerbegebiet zu berechnen, wurde angenommen, dass die flächenbezogene Verkehrserzeugung des neuen Gewerbegebietes genauso groß ist wie diejenige des schon vorhandenen Gewerbegebietes an der Königstraße. Hierbei wurde berücksichtigt, dass das Gewerbegebiet an der Königstraße zur Zeit nur zu etwa 70 % ausgelastet ist und eine Fläche von 18 ha aufweist.

Unter Berücksichtigung der noch nicht genutzten Flächen im Bereich der Königstraße, ergeben sich bei Volllastung des neuen Gewerbegebietes in der Hauptverkehrszeit 79 Ziel- und 72 Quelfahrten.

2.3 Maßgebende Belastung

Wird zusätzlich zu der berechneten Volllastung beider Gewerbegebiete eine allgemeine Verkehrszunahme bis zum Jahr 2020 von 10 % angenommen, so ergibt sich der in Anlage 3.4 gezeigte Knotenstrom, welcher als maßgebender zukünftiger Lastfall anzusehen ist.

2.4 Mögliche Formen des Knotenpunktausbaus

Vorfahrtknoten

Zur Berechnung der sich ergebenden Wartezeiten eines Vorfahrtknotens in der zukünftigen maßgebenden Hauptverkehrszeit wurde mit Hilfe des Programms KNOSIMO die Spitzenstunde in 30 Durchläufen instationär simuliert und die sich ergebenden Wartezeiten als Mittelwerte berechnet.

Wird das neue Gewerbegebiet an den vorhandenen Knotenpunkt angeschlossen, ohne dass weitere Aufstellspuren gebaut werden, so ergibt sich für die von Norden kommenden Linkseinbieger und Geradeausfahrer eine mittlere Verlustzeit von fast einer Minute, was zur einer Einstufung dieses Knotenpunktarmes in die Qualitätsstufe E führt und so nicht umgesetzt werden sollte (Anlage 4.1).

Wird die neu zu errichtende Anbindung mit einer Aufstellspur für Linkseinbieger mit einer Länge von fünf Kfz (Anlage 4.2) oder zehn Kfz (Anlage 4.3) realisiert, so ergibt sich in beiden Fällen für die Linkseinbieger immer noch eine Qualitätsstufe E.

Eine einfache vorfahrtgeregelte Anbindung des neuen Gewerbegebietes kann daher nur für eine kurze Übergangszeit hingenommen werden, wenn nicht unzumutbar lange Wartezeiten für die Linkseinbieger in Kauf genommen werden sollen.

Lichtsignalanlage

Die Berechnung einer Lichtsignalanlage für die zukünftige maßgebende Hauptverkehrszeit wurde unter der Maßgabe durchgeführt, dass die Linksabbieger gesichert geführt werden. Es ergibt sich, dass eine Umlaufzeit von 90 Sekunden realisiert werden kann. Voraussetzung ist die Schaffung einer Linksabbiegespur für die aus Richtung Westen kommenden in das neue Gewerbegebiet abbiegenden Fahrzeuge. Diese neue Linksabbiegespur sollte einen Aufstellbereich von mindestens 18 m aufweisen.

Die Äste der Hauptrichtung erreichen so die Qualitätsstufe A und B, während die Nebenrichtungen der Qualitätsstufe C zugeordnet werden (Anlage 5.1).

Wird auf eine gesicherte Führung der Linksabbieger verzichtet (Anlage 5.2), so lassen sich wesentlich günstigere Wartezeiten erreichen, so dass die Hauptrichtung der Qualitätsstufe A und die Nebenrichtung der Qualitätsstufe B zugeordnet werden kann. Die Umlaufzeit kann auf diese Weise auf etwa 60 s reduziert werden.

Kreisverkehrsplatz

Die Berechnungsergebnisse für einen Kreisverkehrsplatz befinden sich in der Anlage 6.

Es zeigt sich, dass ein Kreisverkehrsplatz in der zukünftigen Hauptverkehrszeit auf allen Ästen die Qualitätsstufe A und damit ausreichende Leistungsreserven zeigt.

3 Empfehlung

Ein vorfahrtgeregelter vierarmiger Knotenpunkt kann an der hier betrachteten Stelle lediglich als kurze Übergangslösung realisiert werden. Langfristig sollte er nicht beibehalten werden.

Ein Kreisverkehrsplatz und auch eine Lichtsignalanlage können die in Zukunft anfallenden Verkehre in der Hauptverkehrszeit gut über den Knotenpunkt leiten. Eine Lichtsignalanlage dürfte bezüglich der Investitionskosten günstiger sein als der Bau eines Kreisverkehrsplatzes, während der Kreisverkehrsplatz in der Summe bessere Reisezeiten bei Betrachtung dieses Knotenpunktes zeigt.

Zur Entscheidungsfindung, ob nun ein Kreisverkehrsplatz oder eine Lichtsignalanlage installiert werden soll, können auch Gesichtspunkte wie Gestaltungsmöglichkeiten, Investitionskosten oder die durchgehende Verkehre auf der Landesstraße herangezogen werden.

Vor dem Hintergrund der Leichtigkeit des Verkehrs und der Unfallkostensumme wäre ein Kreisverkehrsplatz vorzuziehen.

Bei einem Vergleich der Qualitätsstufen der verschiedenen Lösungsmöglichkeiten darf nicht übersehen werden, dass die Wartezeiten für gleiche Qualitätsstufen bei den verschiedenen Knotenpunktformen im HBS 01/05 unterschiedlich definiert sind:

	Vorfahrtknoten	Lichtsignalanlage
QSV A	$\leq 10 \text{ s}$	$\leq 20 \text{ s}$
QSV B	$\leq 20 \text{ s}$	$\leq 35 \text{ s}$
QSV C	$\leq 30 \text{ s}$	$\leq 50 \text{ s}$

Tabelle1: Qualitätsstufen des Verkehrsablaufes nach dem HBS 01/05 für den Kfz-Verkehr (nicht koordinierte Zufahrten bei der LSA)

4 Zusammenfassung

Anhand einer aktuellen Knotenstromzählung und einer Berechnung der zu erwartenden Verkehrsmengen wurde geprüft, wie der Knotenpunkt zur Anbindung des neuen Gewerbegebietes Leuchtenburg gestaltet werden kann, um die zukünftig anfallenden Verkehre durchzuleiten.

Es zeigte sich, dass ein Kreisverkehrsplatz oder eine Lichtsignalanlage hierfür geeignet sind, von der Realisierung eines vorfahrtgeregelten Knotens allerdings Abstand genommen werden muss.

Schortens, im Dezember 2008

Dr.-Ing. R. Schwerdhelm

Dipl.-Ing. R. Tjardes

INHALTSVERZEICHNIS

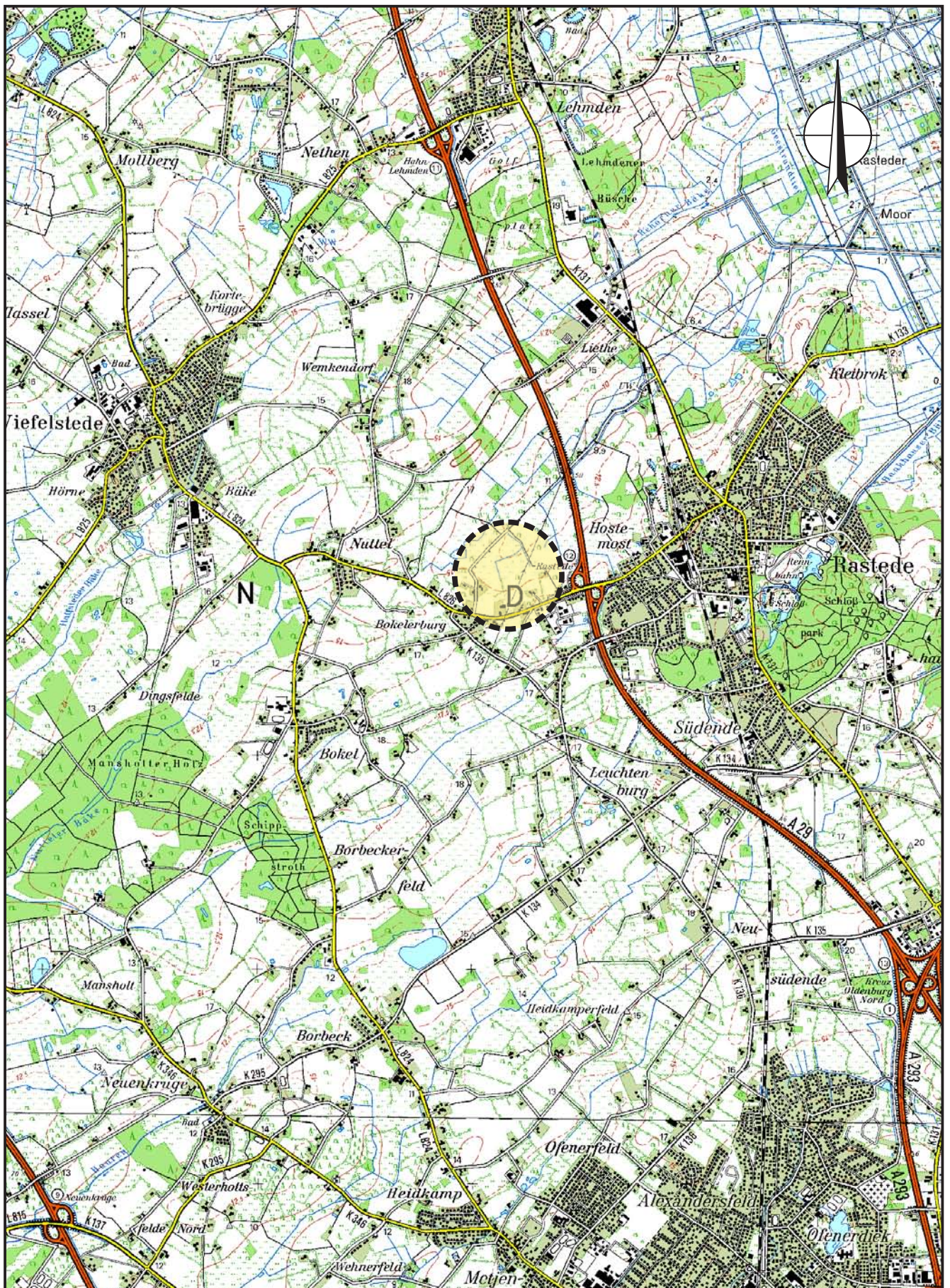
1	EINLEITUNG	1
1.1	Situation.....	1
1.2	Aufgabenstellung	1
1.3	Untersuchungsgebiet	1
1.4	Untersuchungsmethodik	1
1.5	Unterlagen.....	1
2	ERGEBNISSE	1
2.1	Verkehrserhebungen.....	1
2.2	Verkehrserzeugung	2
2.3	Maßgebende Belastung	2
2.4	Mögliche Formen des Knotenpunktausbaus	2
3	EMPFEHLUNG.....	3
4	ZUSAMMENFASSUNG.....	4

TABELLENVERZEICHNIS

Tabelle 1: Qualitätsstufen des Verkehrsablaufes nach dem HBS 01/05 für den Kfz-Verkehr (nicht koordinierte Zufahrten bei der LSA).....	4
--	---

Anlagen

Anlage 1	Übersichtskarte	M. 1 :	50.000
Anlage 2	Übersichtslageplan		
Anlage 3	Knotenstrombelastung		
Anlage 3.1	Knotenstromzählung 15.00 – 19.00 Uhr		
Anlage 3.2	Knotenstromzählung 15.00 – 19.00 Uhr, Tabelle		
Anlage 3.3	Knotenstromzählung Hauptverkehrszeit		
Anlage 3.4	Maßgebende Verkehrsbelastung		
Anlage 4	Berechnungen Vorfahrtknoten		
Anlage 4.1	Anbindung ohne Aufstellspuren		
Anlage 4.2	Anbindung mit Aufstellspur für fünf Kfz		
Anlage 4.3	Anbindung mit Aufstellspur für zehn Kfz		
Anlage 5.1	Berechnung Signalanlage	Blatt 1 – 3	
Anlage 5.2	Berechnung Signalanlage	Blatt 1 – 3	
Anlage 6	Berechnung Kreisverkehrsplatz		



**Gemeinde Rastede: Verkehrstechnische Untersuchung zur Anbindung
Bebauungsplan Nr. 59 an die L 826**

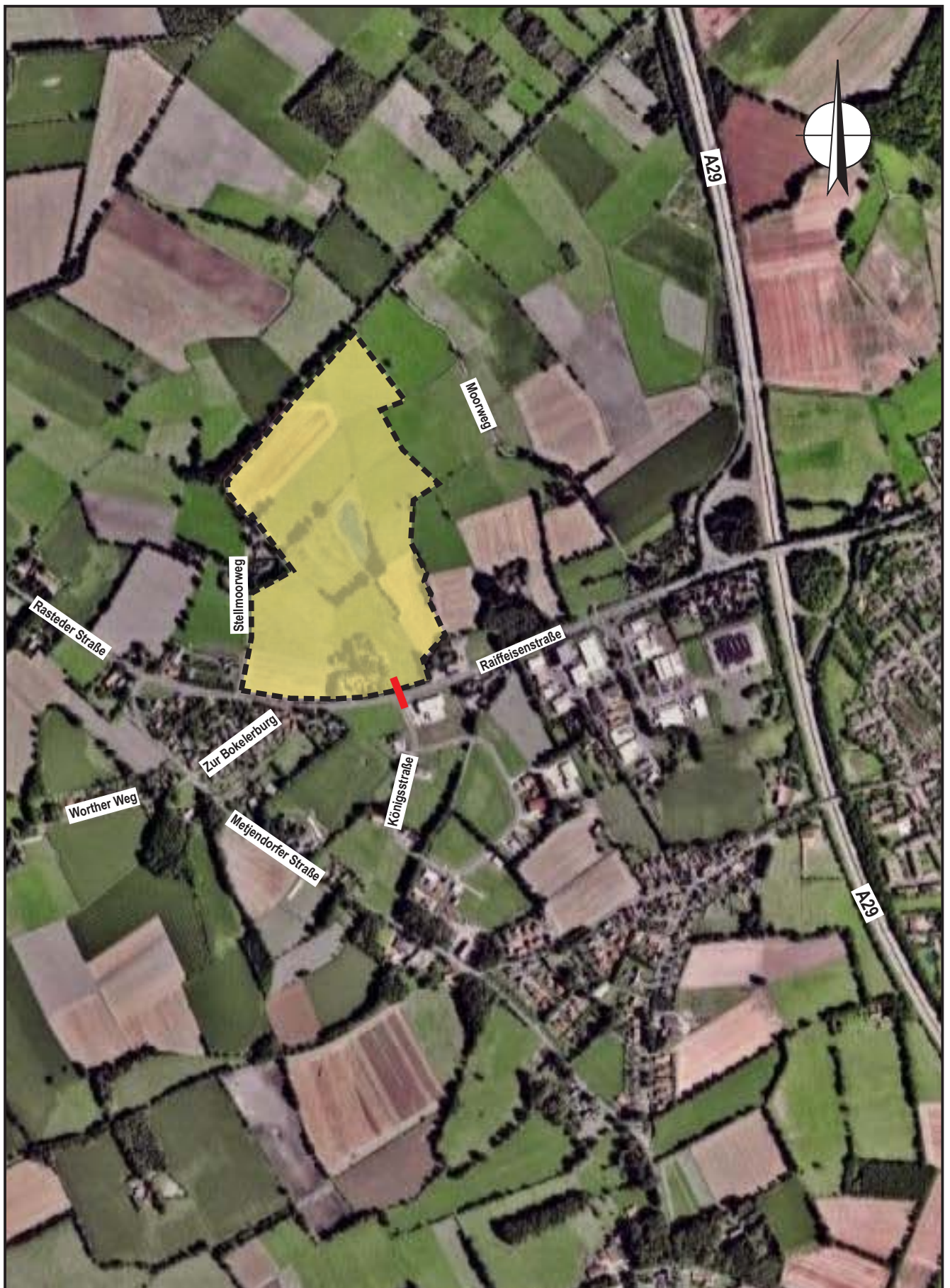


Ingenieurbüro
Dr. Schwerdhelm
& Tjardes GbR
Beratende Ingenieure

**Übersichtskarte
M. 1:50.000**

Datum: 08.12.08

Anlage 1



**Gemeinde Rastede: Verkehrstechnische Untersuchung zur Anbindung
Bebauungsplan Nr. 59 an die L 826**



Ingenieurbüro
Dr. Schwerdhelm
& Tjardes GbR
Beratende Ingenieure

Übersichtslageplan

Datum: 08.12.08

Anlage 2

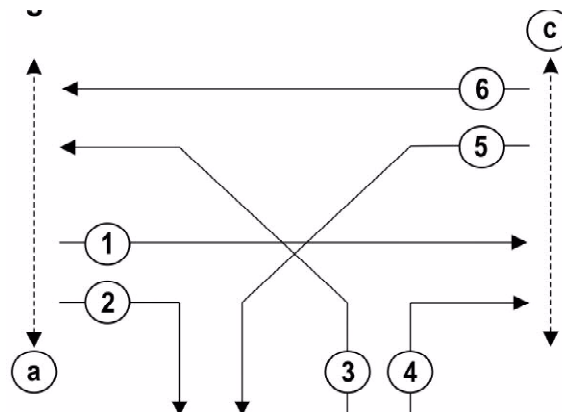


Raiffeisenstraße (L826), West

1266	1215	8
	51	2

1169	1104	4
	65	2

		2
--	--	---



Raiffeisenstraße (L826), Ost

2		
8	1215	1303
0	88	

4	1104	1230
0	126	

65	88
2	0
153	

51	126
2	0
177	

Königstraße

1104	Kfz/4h
2	Rad/4h
2	Querungen/4h (Fuß und Rad)

Gemeinde Rastede: Verkehrstechnische Untersuchung zur Anbindung BP Nr. 59 an die L 826



Ingenieurbüro
Dr. Schwerdhelm
& Tjardes GbR
Beratende Ingenieure

Knotenstrombelastung L826 / Königstraße

Di. 25.11.2008, 15.00 - 19.00 Uhr

Datum: 01.12.2008

Anlage 3.1



Ingenieurbüro
Dr. Schwerdt
& Tjardes GbR
Beratende Ingenieure

Knotenstromzählung
am Di., 25.11.2008, 15.00 - 17.00 Uhr
Zählstelle 1-6

Datum : 17.12.08
Anlage 3.2

Gemeinde Rastede: Verkehrstechnische Untersuchung zur Anbindung
Bebauungsplan Nr. 59 an die L 826

Knoten:

L826 / Königstraße

Datum: 25.11.2008

Wetter: bewölkt, regnerisch

	Raiffeisenstraße (L826), West							Königstraße						Raiffeisenstraße (L826), Ost							
Zeit:	Zählstelle: 1			Zählstelle: 2			Qa	Zählstelle: 3			Zählstelle: 4			Zählstelle: 5			Zählstelle: 6			Qc	
	Pkw	Lkw	Rad	Pkw	Lkw	Rad	Rad + Fuß	Pkw	Lkw	Rad	Pkw	Lkw	Rad	Pkw	Lkw	Rad	Pkw	Lkw	Rad	Rad + Fuß	
15.00-	55	7	0	6	1	0	0	3	1	0	12	1	0	3	0	0	79	2	0	0	
15.15-	67	5	0	6	0	0	0	1	0	0	4	0	0	2	0	0	67	2	0	0	
15.30-	77	1	0	3	0	0	0	1	0	0	5	0	0	6	0	0	61	2	2	0	
15.45-	69	1	1	6	0	0	1	2	0	1	8	0	0	6	0	0	79	0	0	0	
16.00-	78	1	0	5	0	0	1	0	0	0	8	0	0	6	1	0	92	2	1	0	
16.15-	80	1	0	2	0	0	0	4	0	0	5	0	0	11	0	0	96	2	0	0	
16.30-	70	3	0	11	0	0	0	4	0	0	14	0	0	10	0	0	90	4	0	1	
16.45-	83	4	0	3	0	0	0	4	0	1	11	0	0	6	0	0	87	1	0	0	
17.00-	62	1	1	4	0	0	0	8	0	0	14	1	0	3	0	0	81	0	1	1	
17.15-	73	1	0	5	0	0	0	4	0	0	16	0	0	7	0	0	98	2	2	0	
17.30-	83	2	1	5	0	0	0	4	0	0	8	0	0	7	0	0	73	0	0	0	
17.45-	67	0	0	2	0	0	0	4	0	0	8	0	0	6	0	0	85	0	0	0	
18.00-	62	2	0	1	0	0	0	5	0	0	3	0	0	4	0	0	51	0	0	0	
18.15-	58	0	0	0	0	0	0	2	0	0	3	0	0	2	0	0	62	0	1	0	
18.30-	49	1	1	2	0	0	0	2	0	0	2	0	0	5	0	0	52	1	1	0	
18.45-	41	0	0	3	0	2	0	2	0	0	3	0	0	3	0	0	44	0	0	0	
Σ	1074	30	4	64	1	2	2	50	1	2	124	2	0	87	1	0	1197	18	8	2	
Σ _{Kfz} ; %-LKW-Anteil	1104	2,7 %		65	1,5 %		2	51	2,0 %		126	1,6 %		88	1,1 %		1215	1,5 %		2	
Σ _{Pkw-E} :	1134			66				52			128			89			1233				

Q = Querverkehrsstörungen durch Fußgänger und Radfahrer

Spitzenstunde:

16.00-	78	1	0	5	0	0	1	0	0	0	8	0	0	6	1	0	92	2	1	0
16.15-	80	1	0	2	0	0	0	4	0	0	5	0	0	11	0	0	96	2	0	0
16.30-	70	3	0	11	0	0	0	4	0	0	14	0	0	10	0	0	90	4	0	1
16.45-	83	4	0	3	0	0	0	4	0	1	11	0	0	6	0	0	87	1	0	0
Σ	311	9	0	21	0	0	1	12	0	1	38	0	0	33	1	0	365	9	1	1
Σ _{Kfz} ; %-LKW-Anteil	320	2,8 %		21	0,0 %		1	12	0,0 %		38	0,0 %		34	2,9 %		374	2,4 %		1
Σ _{Pkw-E} :	329			21				12			38			35			383			

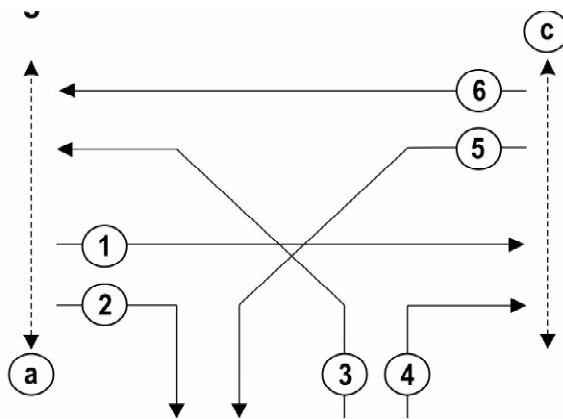


Raiffeisenstraße (L826), West

386	374	1
	12	1

341	320	0
	21	0

		1
--	--	---



Raiffeisenstraße (L826), Ost

1		
1	374	408
0	34	

0	320	358
0	38	

21	34
0	0
55	

12	38
1	0
50	

Königstraße

12	Kfz/h
1	Rad/h
1	Querungen/h (Fuß und Rad)

Gemeinde Rastede: Verkehrstechnische Untersuchung zur Anbindung BP Nr. 59 an die L 826



Ingenieurbüro
Dr. Schwerdhelm
& Tjardes GbR
Beratende Ingenieure

Knotenstrombelastung L826 / Königstraße

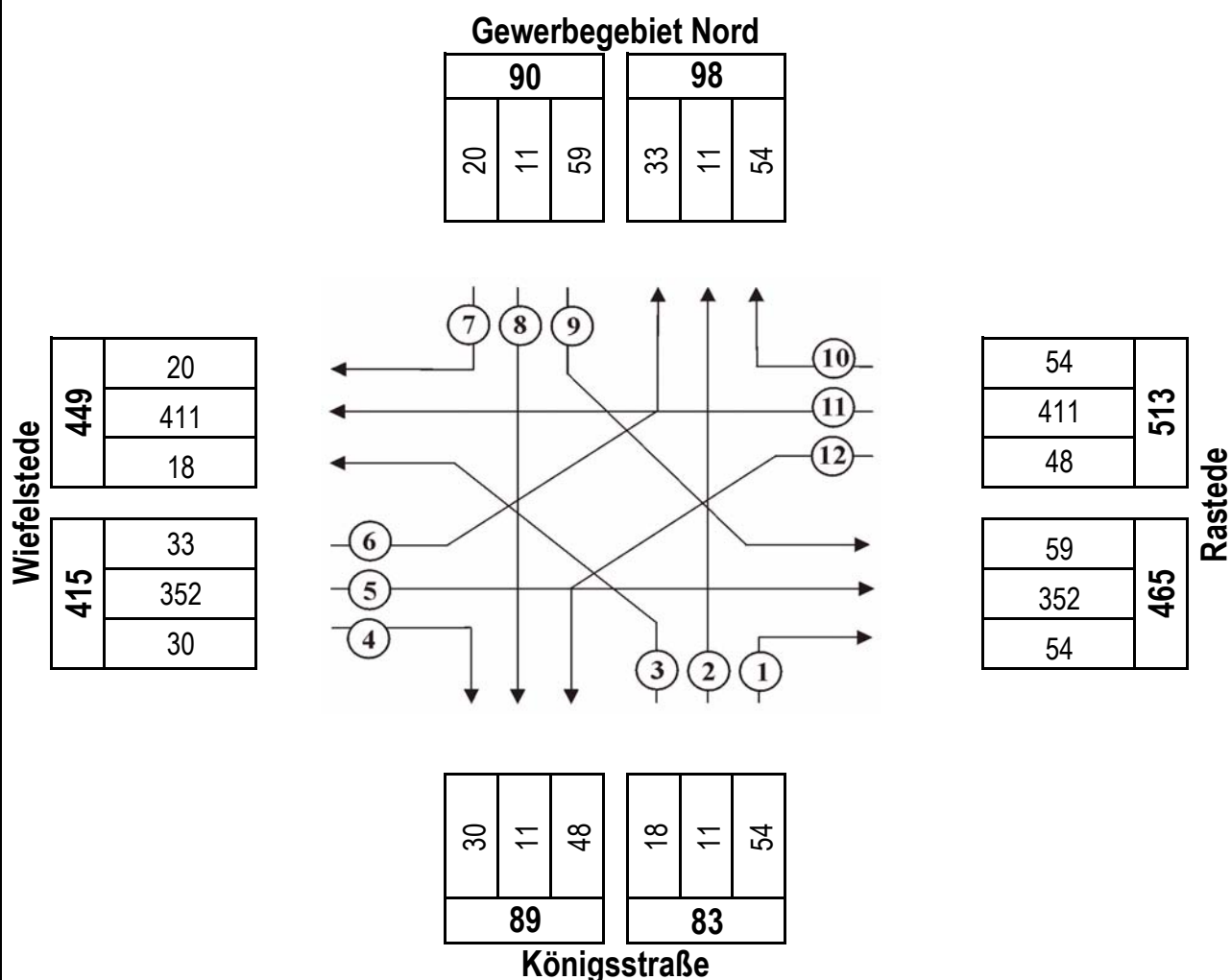
Spitzenstunde, Do. 25.11.2008, 16.00 - 17.00 Uhr

Datum: 01.12.2008

Anlage 3.3

Knoten: L 826 / Königsstraße / Neue Anbindung

Spitzenstunde Prognose 2020



① = Zählstelle

Anzahl Kfz

Gemeinde Rastede: Verkehrstechnische Untersuchung zur Anbindung BP Nr. 59 an die L 826



Ingenieurbüro
Dr. Schwerdhelm
& Tjardes GbR
Beratende Ingenieure

Knotenstrombelastung
Kfz/h, Spitzenstunde, Prognose 2020

Datum: 02.12.2008

Anlage 3.4

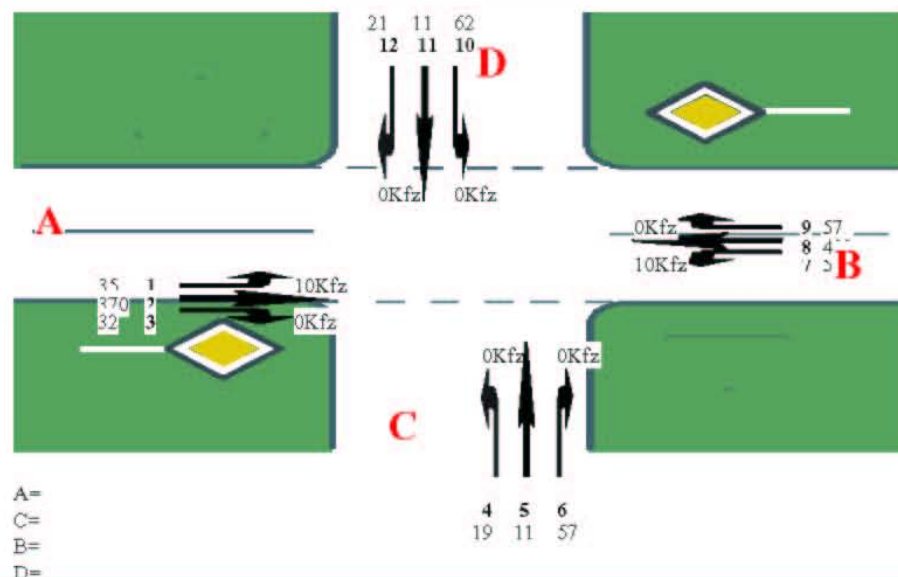
Übersicht von 07:00 bis 08:00

Knotenpunktbezeichnung : Vorlage

Kreuzung

Name der Datei : F:\Daten\IST\Projekte\651-700\0684\Knosirro\2008-12-02-Prognose.EIN

Übersicht von 07:00 bis 08:00															
Strom	VZ ges	VZ mitt	VZ 85%	VZ max	RS mitt	RS 85%	RS 95%	RS max	H ges	H mitt	H max	Fz. ang.	Fz. abg.	Fz. wart.	QSV [-]
	[min]	[sec]	[sec]	[sec]	[Pkw -E]	[Pkw -E]	[Pkw -E]	[Pkw -E]	[-]	[-]	[-]	[Pkw -E]	[Pkw -E]	[Pkw -E]	[-]
1	8,9	14,7	19,0	68,5	0,1	0	1	3	39	1,1	3	37	37	0	A
2	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0	0	0	0	0,0	0	361	361	0	A
3	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0	0	0	0	0,0	0	32	32	0	A
4	10,3	35,2	61,0	170,6	0,1	0	1	3	24	1,3	4	18	18	0	C
5	5,7	28,9	56,0	163,0	0,1	0	1	3	14	1,2	4	12	12	0	C
6	21,5	21,4	31,0	177,9	0,2	1	1	7	85	1,4	7	60	59	1	B
7	11,0	13,4	17,0	52,9	0,1	0	1	4	53	1,1	4	49	49	0	A
8	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0	0	0	0	0,0	0	443	443	0	A
9	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0	0	0	0	0,0	0	61	61	0	A
10	63,4	58,7	113,0	337,5	0,9	2	4	9	139	2,1	11	65	63	2	E
11	11,2	54,8	111,0	270,0	0,2	0	1	4	29	2,4	12	12	12	0	E
12	12,5	37,4	65,0	222,9	0,2	0	1	3	39	2,0	9	20	19	1	C
Sum	144,5	7,4		337,5	0,2			9		0,4	12	1170			
Übersicht von 07:00 bis 08:00															



Ingenieurbüro Dr. Schwerdhelm & Tjardes

26419 Schortens

Bearbeiter : SM

09.12.2008 14:48:02

**Gemeinde Rastede: Verkehrstechnische Untersuchung zur Anbindung
Bebauungsplan Nr. 59 an die L 826**



Ingenieurbüro
Dr. Schwerdhelm
& Tjardes GbR
Beratende Ingenieure

**Anbindung ohne
Aufstellspuren**

Datum: 08.12.08

Anlage 4.1

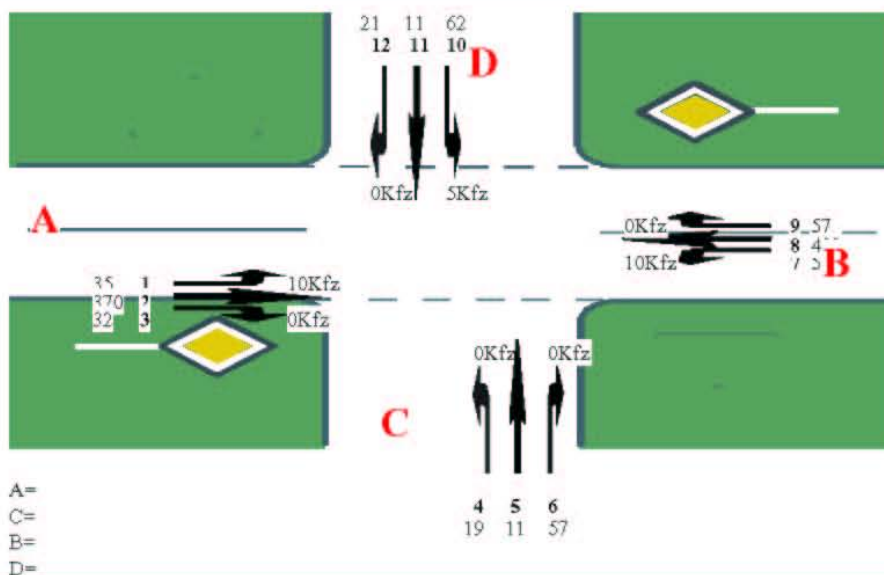
Übersicht von 07:00 bis 08:00

Knotenpunktbezeichnung : Vorlage

Kreuzung

Name der Datei : F:\Daten\IST\Projekte\651-700\0684\Knosirro\2008-12-02-Prognose-Spur-D

Übersicht von 07:00 bis 08:00															
Strom	VZ ges	VZ mitt	VZ 85%	VZ max	RS mitt	RS 85%	RS 95%	RS max	H ges	H mitt	H max	Fz. ang.	Fz. abg.	Fz. wart.	QSV [-]
	[min]	[sec]	[sec]	[sec]	[Pkw -E]	[Pkw -E]	[Pkw -E]	[Pkw -E]	[-]	[-]	[-]	[Pkw -E]	[Pkw -E]	[Pkw -E]	[-]
1	8,7	14,2	19,0	69,0	0,1	0	1	2	38	1,1	2	37	37	0	A
2	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0	0	0	0	0,0	0	361	361	0	A
3	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0	0	0	0	0,0	0	32	32	0	A
4	9,9	33,8	55,0	266,4	0,1	0	1	4	25	1,4	6	18	18	0	C
5	6,0	30,6	53,0	183,9	0,1	0	1	3	14	1,2	6	12	12	0	C
6	21,0	20,9	28,0	255,4	0,2	0	1	6	82	1,4	6	60	59	1	B
7	10,8	13,1	16,0	41,8	0,1	0	1	2	52	1,1	2	49	49	0	A
8	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0	0	0	0	0,0	0	443	443	0	A
9	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0	0	0	0	0,0	0	61	61	0	A
10	63,2	58,5	114,0	479,3	0,9	2	4	10	122	1,9	10	65	64	1	E
11	6,6	32,0	50,0	237,1	0,1	0	1	3	15	1,2	3	12	12	0	C
12	7,0	21,1	27,0	258,4	0,1	0	1	2	23	1,1	5	20	20	0	B
Sum	133,1	6,8		479,3	0,1			10		0,3	10	1170			



Ingenieurbüro Dr. Schwerdhelm & Tjardes 26419 Schortens

Bearbeiter : SM

09.12.2008 14:50:15

Gemeinde Rastede: Verkehrstechnische Untersuchung zur Anbindung
Bebauungsplan Nr. 59 an die L 826



Ingenieurbüro
Dr. Schwerdhelm
& Tjardes GbR
Beratende Ingenieure

Anbindung mit Aufstellspur
für fünf Kfz

Datum: 08.12.08

Anlage 4.2

Übersicht von 07:00 bis 08:00

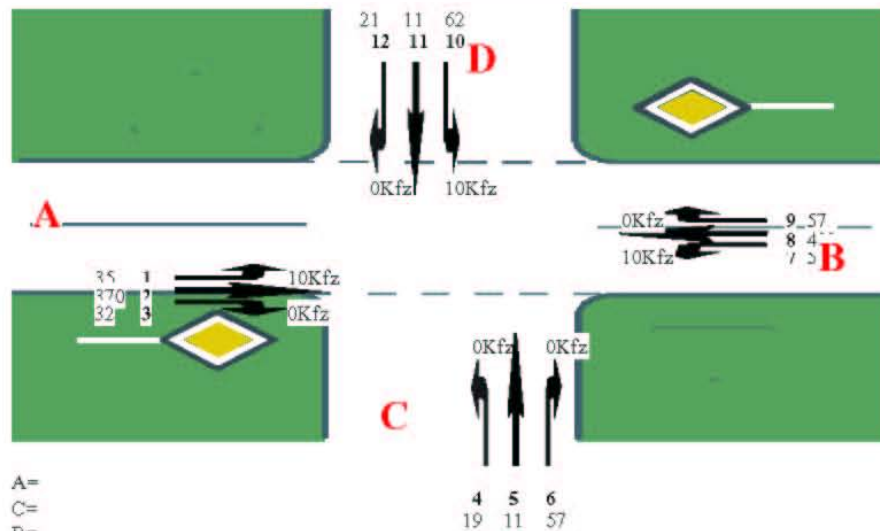
Knotenpunktbezeichnung : Vorlage

Kreuzung

Name der Datei

: F:\Daten\IST\Projekte\651-700\0684\Knosirro\2008-12-02-Prognose-Spur-N

Übersicht von 07:00 bis 08:00															
Strom	VZ ges	VZ mitt	VZ 85%	VZ max	RS mitt	RS 85%	RS 95%	RS max	H ges	H mitt	H max	Fz. ang.	Fz. abg.	Fz. wart.	QSV [-]
	[min]	[sec]	[sec]	[sec]	[Pkw -E]	[Pkw -E]	[Pkw -E]	[Pkw -E]	[-]	[-]	[-]	[Pkw -E]	[Pkw -E]	[Pkw -E]	[-]
1	8,6	14,2	19,0	69,0	0,1	0	1	2	38	1,0	2	37	37	0	A
2	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0	0	0	0	0,0	0	361	361	0	A
3	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0	0	0	0	0,0	0	32	32	0	A
4	13,5	46,3	59,0	481,4	0,2	0	1	5	28	1,6	13	18	18	0	D
5	8,5	43,1	80,0	364,2	0,1	0	1	4	19	1,6	12	12	12	0	D
6	34,7	34,6	41,0	473,6	0,4	1	3	12	107	1,8	18	60	59	1	C
7	10,9	13,3	17,0	41,6	0,1	0	1	2	52	1,1	2	49	49	0	A
8	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0	0	0	0	0,0	0	443	443	0	A
9	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0	0	0	0	0,0	0	61	61	0	A
10	80,6	74,6	140,0	543,6	1,2	3	5	16	131	2,0	10	65	62	3	E
11	5,4	26,5	41,0	181,1	0,1	0	1	3	14	1,1	3	12	12	0	B
12	6,6	19,9	27,0	235,4	0,1	0	1	4	22	1,1	4	20	20	0	B
Sum	168,9	8,7		543,6	0,2			16		0,3	18	1170			



A=
C=
B=
D=

Ingenieurbüro Dr. Schwerdhelm & Tjardes

26419 Schortens

Bearbeiter : SM

09.12.2008 14:49:47

**Gemeinde Rastede: Verkehrstechnische Untersuchung zur Anbindung
Bebauungsplan Nr. 59 an die L 826**



Ingenieurbüro
Dr. Schwerdhelm
& Tjardes GbR
Beratende Ingenieure

**Anbindung mit Aufstellspur
für zehn Kfz**

Datum: 08.12.08

Anlage 4.3

Formblatt 1		Knotenpunkt mit Lichtsignalanlage																																																																																																																																																																																																																																																									
Ausgangsdaten																																																																																																																																																																																																																																																											
Projekt:	3 - Phasen; U = 90 s			Stadt:	Rastede																																																																																																																																																																																																																																																						
Knotenpunkt:	Raiffeisenstraße / Königsstraße / nördliches Gewerbegebiet			Datum:	3.12.2008																																																																																																																																																																																																																																																						
Zeitraum:	Prognosebelastung 2020			Bearbeiter:	sm																																																																																																																																																																																																																																																						
				Bemerkungen:																																																																																																																																																																																																																																																							
<table border="1"> <thead> <tr> <th colspan="12">Fahrstreifen</th> <th rowspan="2">Bemerkungen</th> </tr> <tr> <th>Nr.</th> <th>Signal</th> <th>$q_{\text{maßg}}$</th> <th>$q_{\text{s, st}}$</th> <th>SV</th> <th>f_1</th> <th>Bez.</th> <th>f_2</th> <th>Bez.</th> <th>q_s</th> <th>b</th> <th>g_{gew}</th> </tr> <tr> <th></th> <th>[-]</th> <th>[Kfz/h]</th> <th>[Kfz/h]</th> <th>[%]</th> <th>[-]</th> <th>[-]</th> <th>[-]</th> <th>[-]</th> <th>[Kfz/h]</th> <th>[-]</th> <th>[-]</th> <th></th> </tr> </thead> <tbody> <tr><td>1</td><td>K11</td><td>90</td><td>2000</td><td>5</td><td>0,976</td><td>SV</td><td>1,00</td><td></td><td>1916</td><td>0,0470</td><td></td><td>Misch-FS</td></tr> <tr><td>2</td><td>K12</td><td></td><td></td><td></td><td></td><td></td><td></td><td></td><td></td><td></td><td></td><td></td></tr> <tr><td>3</td><td>K13</td><td></td><td></td><td></td><td></td><td></td><td></td><td></td><td></td><td></td><td></td><td></td></tr> <tr><td>4</td><td>K21</td><td>83</td><td>2000</td><td>5</td><td>0,964</td><td>SV</td><td>1,00</td><td></td><td>1856</td><td>0,0447</td><td></td><td>Misch-FS</td></tr> <tr><td>5</td><td>K22</td><td></td><td></td><td></td><td></td><td></td><td></td><td></td><td></td><td></td><td></td><td></td></tr> <tr><td>6</td><td>K23</td><td></td><td></td><td></td><td></td><td></td><td></td><td></td><td></td><td></td><td></td><td></td></tr> <tr><td>7</td><td>K31</td><td>465</td><td>2000</td><td>5</td><td>0,964</td><td>SV</td><td>1,00</td><td></td><td>1928</td><td>0,2412</td><td></td><td>Misch-FS</td></tr> <tr><td>8</td><td>K32</td><td></td><td></td><td></td><td></td><td></td><td></td><td></td><td></td><td></td><td></td><td></td></tr> <tr><td>9</td><td>K33</td><td>48</td><td>2000</td><td>5</td><td>0,981</td><td>SV</td><td>1,00</td><td></td><td>1962</td><td>0,0245</td><td></td><td></td></tr> <tr><td>10</td><td>K41</td><td>382</td><td>2000</td><td>5</td><td>0,932</td><td>SV</td><td>1,00</td><td></td><td>1864</td><td>0,2049</td><td></td><td>Misch-FS</td></tr> <tr><td>11</td><td>K42</td><td></td><td></td><td></td><td></td><td></td><td></td><td></td><td></td><td></td><td></td><td></td></tr> <tr><td>12</td><td>K43</td><td>33</td><td>2000</td><td>5</td><td>0,932</td><td>SV</td><td>1,00</td><td></td><td>1864</td><td>0,0177</td><td></td><td></td></tr> <tr><td>13</td><td></td><td></td><td></td><td></td><td></td><td></td><td></td><td></td><td></td><td></td><td></td><td></td></tr> <tr><td>14</td><td></td><td></td><td></td><td></td><td></td><td></td><td></td><td></td><td></td><td></td><td></td><td></td></tr> <tr><td>15</td><td></td><td></td><td></td><td></td><td></td><td></td><td></td><td></td><td></td><td></td><td></td><td></td></tr> <tr><td>16</td><td></td><td></td><td></td><td></td><td></td><td></td><td></td><td></td><td></td><td></td><td></td><td></td></tr> </tbody> </table>						Fahrstreifen												Bemerkungen	Nr.	Signal	$q_{\text{maßg}}$	$q_{\text{s, st}}$	SV	f_1	Bez.	f_2	Bez.	q_s	b	g_{gew}		[-]	[Kfz/h]	[Kfz/h]	[%]	[-]	[-]	[-]	[-]	[Kfz/h]	[-]	[-]		1	K11	90	2000	5	0,976	SV	1,00		1916	0,0470		Misch-FS	2	K12												3	K13												4	K21	83	2000	5	0,964	SV	1,00		1856	0,0447		Misch-FS	5	K22												6	K23												7	K31	465	2000	5	0,964	SV	1,00		1928	0,2412		Misch-FS	8	K32												9	K33	48	2000	5	0,981	SV	1,00		1962	0,0245			10	K41	382	2000	5	0,932	SV	1,00		1864	0,2049		Misch-FS	11	K42												12	K43	33	2000	5	0,932	SV	1,00		1864	0,0177			13													14													15													16												
Fahrstreifen												Bemerkungen																																																																																																																																																																																																																																															
Nr.	Signal	$q_{\text{maßg}}$	$q_{\text{s, st}}$	SV	f_1	Bez.	f_2	Bez.	q_s	b	g_{gew}																																																																																																																																																																																																																																																
	[-]	[Kfz/h]	[Kfz/h]	[%]	[-]	[-]	[-]	[-]	[Kfz/h]	[-]	[-]																																																																																																																																																																																																																																																
1	K11	90	2000	5	0,976	SV	1,00		1916	0,0470		Misch-FS																																																																																																																																																																																																																																															
2	K12																																																																																																																																																																																																																																																										
3	K13																																																																																																																																																																																																																																																										
4	K21	83	2000	5	0,964	SV	1,00		1856	0,0447		Misch-FS																																																																																																																																																																																																																																															
5	K22																																																																																																																																																																																																																																																										
6	K23																																																																																																																																																																																																																																																										
7	K31	465	2000	5	0,964	SV	1,00		1928	0,2412		Misch-FS																																																																																																																																																																																																																																															
8	K32																																																																																																																																																																																																																																																										
9	K33	48	2000	5	0,981	SV	1,00		1962	0,0245																																																																																																																																																																																																																																																	
10	K41	382	2000	5	0,932	SV	1,00		1864	0,2049		Misch-FS																																																																																																																																																																																																																																															
11	K42																																																																																																																																																																																																																																																										
12	K43	33	2000	5	0,932	SV	1,00		1864	0,0177																																																																																																																																																																																																																																																	
13																																																																																																																																																																																																																																																											
14																																																																																																																																																																																																																																																											
15																																																																																																																																																																																																																																																											
16																																																																																																																																																																																																																																																											
<p> $B = 0,4931$ $T_z = 17 \text{ s}$ $t_{\text{Uopt}} = 60 \text{ s}$ $t_{\text{Ugew}} = 90 \text{ s}$ </p>																																																																																																																																																																																																																																																											

**Gemeinde Rastede: Verkehrstechnische Untersuchung zur Anbindung
Bebauungsplan Nr. 59 an die L 826**



Ingenieurbüro
Dr. Schwerdhelm
& Tjardes GbR
Beratende Ingenieure

**Berechnung Signalanlage
Ausgangsdaten**

Datum: 08.12.08

Anlage 5.1.1

Formblatt 2		Knotenpunkt mit Lichtsignalanlage												
Berechnung der Freigabezeiten im Kraftfahrzeugverkehr														
Projekt:	3 - Phasen; U = 90 s										Stadt:	Rastede		
Knotenpunkt:	Raiffeisenstraße / Königsstraße / nördliches Gewerbegebiet										Datum:	3.12.2008		
Zeitabschnitt:	Prognosebelastung 2020										Bearbeiter:	sm		
B= 0,4931		T _Z = 17 s		t _{Uopt} = 60 s		t _{Ugew} = 90 s								
Nr.	Signal [-]	maßg. in Ph.	q _{maßg} [Kfz/h]	m [Kfz/h]	q _s [Kfz/h]	t _B [s/Fz]	b _{maßg} [-]	g _{gew} [-]	t _{Ferf} [s]	t _{Fberech} [s]	t _{Fgew} [s]	Bemerkungen		
1	K11	Ph 3	90	2,25	1916	1,88	0,047		4,2	7,0	7			
2	K12													
3	K13													
4	K21		83	2,08	1856	1,94			4,0		7	Ph 3		
5	K22													
6	K23													
7	K31	Ph 1	465	11,63	1928	1,87	0,241		21,7	35,7	36			
8	K32													
9	K33		48	1,20	1962	1,83			2,2		36	Ph 1		
10	K41	Ph 2	382	9,55	1864	1,93	0,205		18,4	30,3	30			
11	K42													
12	K43		33	0,83	1864	1,93			1,6		30	Ph 2		
13														
14														
15														
16														

Verlustzeiten:		
Phase 1	T _{V1-2} =	5 s
Phase 2	T _{V2-3} =	6 s
Phase 3	T _{V3-4} =	6 s
Phase 4	T _{V4-1} =	s
Summe	T _V =	17 s

Kontrolle:

Nr.	Phase	t _{Fgew}
1	Ph 3	7,0
2	0,0	0,0
3	0,0	0,0
4		
5	0,0	0,0
6	0,0	0,0
7	Ph 1	36,0
8	0,0	0,0
9		
10	Ph 2	30,0

Nr.	Phase	t _{Fgew}
11	0,0	0,0
12		
13		
14		
15		
16		
>		73,0
TV:		17,0
Umlaufzeit:		90,0

**Gemeinde Rastede: Verkehrstechnische Untersuchung zur Anbindung
Bebauungsplan Nr. 59 an die L 826**



Ingenieurbüro
Dr. Schwerdhelm
& Tjardes GbR
Beratende Ingenieure

**Berechnung Signalanlage Freigabe-
zeiten im Kraftfahrzeugverkehr**

Datum: 08.12.08

Anlage 5.1.2

Formblatt 3		Knotenpunkte mit Lichtsignalanlage																															
		a) Nachweis der Verkehrsqualität im Kraftfahrzeugverkehr																															
Projekt:	3 - Phasen; U = 90 s												Stadt:	Rastede																			
Knotenpunkt:	Raiffeisenstraße / Königsstraße / nördliches Gewerbegebiet												Datum:	3.12.2008																			
Zeitraum:	Prognosebelastung 2020												Bearbeiter:	sm																			
$t_{U_{\text{Gew}}} =$		90 s		$T =$		60 min																											
Nr.	Signal	t_f	f	t_s	q	m	q_s	t_b	n_c	C	g	N_{GE}	n_H	h	S	N_{RE}	I_{Stau}	w	QSV														
		[s]	[-]	[s]	[Kfz/h]	[Kfz]	[Kfz/h]	[s/Kfz]	[Kfz]	[Kfz/h]	[-]	[Kfz]	[Kfz]	[%]	[%]	[Kfz]	[m]	[s]	[-]														
1	K11	7	0,078	83	90	2,3	1916	1,88	3,7	149	0,604	0,0	2,2	0,97	95	4,5	27,1	40,2	C														
2	K12																																
3	K13																																
4	K21	7	0,078	83	83	2,1	1856	1,94	3,6	144	0,575	0,0	2,0	0,97	0	1,0	5,9	40,1	C														
5	K22																																
6	K23																																
7	K31	36	0,400	54	465	11,6	1928	1,87	19,3	771	0,603	0,0	9,2	0,79	0	5,2	31,3	21,3	B														
8	K32																																
9	K33	36	0,400	54	48	1,2	1962	1,83	19,6	785	0,061	0,0	0,7	0,62	0	0,2	0,9	16,6	A														
10	K41	30	0,333	60	382	9,6	1864	1,93	15,5	621	0,615	0,0	8,0	0,84	0	4,7	28,1	25,2	B														
11	K42																																
12	K43	30	0,333	60	33	0,8	1864	1,93	15,5	621	0,053	0,0	0,6	0,68	0	0,1	0,3	20,4	B														
13																																	
14																																	
15																																	
16																																	
		$q_K =$				1101 Kfz/h				$C_K =$				3092 Kfz/h				$g =$				0,565				$g_{\text{max}g} =$				0,608			

**Gemeinde Rastede: Verkehrstechnische Untersuchung zur Anbindung
Bebauungsplan Nr. 59 an die L 826**



Ingenieurbüro
Dr. Schwerdhelm
& Tjardes GbR
Beratende Ingenieure

**Berechnung Signalanlage
Nachweis der Verkehrsqualität
im Kraftfahrzeugverkehr**

Datum: 08.12.08

Anlage 5.1.3

Formblatt 1		Knotenpunkt mit Lichtsignalanlage											
		Ausgangsdaten											
Projekt:	2 - Phasen	Stadt:	Rastede										
Knotenpunkt:	Raiffeisenstraße / Königsstraße / nördliches Gewerbegebiet	Datum:	3.12.2008										
Zeitabschnitt:	Prognosebelastung 2020	Bearbeiter:	sm										
		Bemerkungen:											
Fahrstreifen													
Nr.	Signal [-]	$q_{\text{maßg}}$ [Kfz/h]	$q_{\text{S, st}}$ [Kfz/h]	SV [%]	f_1 [-]	Bez. [-]	f_2 [-]	Bez. [-]	q_s [Kfz/h]	b [-]	g_{gew} [-]		Bemerkungen [-]
1	K11	90	2000	5	0,976	SV	1,00		1916	0,0470			Misch-FS
2	K12												
3	K13												
4	K21	83	2000	5	0,964	SV	1,00		1856	0,0447			Misch-FS
5	K22												
6	K23												
7	K31	465	2000	5	0,964	SV	1,00		1928	0,2412			Misch-FS
8	K32												
9	K33	48	2000	5	0,981	SV	1,00		1962	0,0245			
10	K41	382	2000	5	0,932	SV	1,00		1864	0,2049			Misch-FS
11	K42												
12	K43	33	2000	5	0,932	SV	1,00		1864	0,0177			
13													
14													
15													
16													
<div style="display: flex; justify-content: space-between; align-items: flex-end;"> B= 0,2882 T_z= 12 s t_{Uopt}= 32 s t_{Ugew}= 60 s </div>													

**Gemeinde Rastede: Verkehrstechnische Untersuchung zur Anbindung
Bebauungsplan Nr. 59 an die L 826**



Ingenieurbüro
Dr. Schwerdhelm
& Tjardes GbR
Beratende Ingenieure

**Berechnung Signalanlage
Ausgangsdaten**

Datum: 08.12.08

Anlage 5.2.1

Formblatt 2		Knotenpunkt mit Lichtsignalanlage										
Berechnung der Freigabezeiten im Kraftfahrzeugverkehr												
Projekt:	2 - Phasen										Stadt:	Rastede
Knotenpunkt:	Raiffeisenstraße / Königsstraße / nördliches Gewerbegebiet										Datum:	3.12.2008
Zeitraum:	Prognosebelastung 2020										Bearbeiter:	sm
B= 0,2882 T _Z = 12 s t _{Uopt} = 32 s t _{Ugew} = 60 s												
Nr.	Signal [-]	maßg. in Ph.	q _{maßg} [Kfz/h]	m [Kfz/h]	q _s [Kfz/h]	t _B [s/Fz]	b _{maßg} [-]	g _{gew} [-]	t _{Ferf} [s]	t _{Fberech} [s]	t _{Fgew} [s]	Bemerkungen
1	K11	Ph 2	90	1,50	1916	1,88	0,047		2,8	7,8	8	
2	K12											
3	K13											
4	K21		83	1,38	1856	1,94			2,7		8	Ph 2
5	K22											
6	K23											
7	K31	Ph 1	465	7,75	1928	1,87	0,241		14,5	40,2	40	
8	K32											
9	K33		48	0,80	1962	1,83			1,5		40	Ph 1
10	K41		382	6,37	1864	1,93			12,3		40	Ph 1
11	K42											
12	K43		33	0,55	1864	1,93			1,1		40	Ph 1
13												
14												
15												
16												

Verlustzeiten:		
Phase 1	T _{V1-2} =	6 s
Phase 2	T _{V2-3} =	6 s
Phase 3	T _{V3-4} =	s
Phase 4	T _{V4-1} =	s
Summe	T _V =	12 s

Kontrolle:

Nr.	Phase	t _{Fgew}
1	Ph 2	8,0
2	0,0	0,0
3	0,0	0,0
4		
5	0,0	0,0
6	0,0	0,0
7	Ph 1	40,0
8	0,0	0,0
9		
10		

Nr.	Phase	t _{Fgew}
11	0,0	0,0
12		
13		
14		
15		
16		
Σ		48,0
TV:		12,0
Umlaufzeit:		60,0

**Gemeinde Rastede: Verkehrstechnische Untersuchung zur Anbindung
Bebauungsplan Nr. 59 an die L 826**



Ingenieurbüro
Dr. Schwerdhelm
& Tjardes GbR
Beratende Ingenieure

**Berechnung Signalanlage Freigabe-
zeiten im Kraftfahrzeugverkehr**

Datum: 08.12.08

Anlage 5.2.2

Formblatt 3		Knotenpunkte mit Lichtsignalanlage																	
a) Nachweis der Verkehrsqualität im Kraftfahrzeugverkehr																			
Projekt:		2 - Phasen										Stadt:		Rastede					
Knotenpunkt:		Raiffeisenstraße / Königsstraße / nördliches Gewerbegebiet										Datum:		3.12.2008					
Zeitabschnitt:		Prognosebelastung 2020										Bearbeiter:		sm					
$t_{U_{gew}} = 60 \text{ s}$ $T = 60 \text{ min}$																			
Nr.	Signal	t_f	f	t_s	q	m	q_s	t_b	n_c	C	g	N_{GE}	n_H	h	S	N_{RE}	l_{Stau}	w	QSV
		[s]	[-]	[s]	[Kfz/h]	[Kfz]	[Kfz/h]	[s/Kfz]	[Kfz]	[Kfz/h]	[-]	[Kfz]	[Kfz]	[%]	[%]	[Kfz]	[m]	[s]	[-]
1	K11	8	0,133	52	90	1,5	1916	1,88	4,3	255	0,352	0,0	1,4	0,91	95	3,2	19,4	23,6	B
2	K12																		
3	K13																		
4	K21	8	0,133	52	83	1,4	1856	1,94	4,1	247	0,335	0,0	1,3	0,91	0	0,5	2,8	23,6	B
5	K22																		
6	K23																		
7	K31	40	0,667	20	465	7,8	1928	1,87	21,4	1285	0,362	0,0	3,4	0,44	0	1,5	9,1	4,4	A
8	K32																		
9	K33	40	0,667	20	48	0,8	1962	1,83	21,8	1308	0,037	0,0	0,3	0,34	0	-0,1	-0,5	3,4	A
10	K41	40	0,667	20	382	6,4	1864	1,93	20,7	1243	0,307	0,0	2,7	0,42	0	1,2	6,9	4,2	A
11	K42																		
12	K43	40	0,667	20	33	0,6	1864	1,93	20,7	1243	0,027	0,0	0,2	0,34	0	-0,1	-0,6	3,4	A
13																			
14																			
15																			
16																			
$q_K = 1101 \text{ Kfz/h}$ $C_K = 5582 \text{ Kfz/h}$ $g = 0,316$ $g_{maßg} = 0,360$																			

**Gemeinde Rastede: Verkehrstechnische Untersuchung zur Anbindung
Bebauungsplan Nr. 59 an die L 826**



Ingenieurbüro
Dr. Schwerdhelm
& Tjardes GbR
Beratende Ingenieure

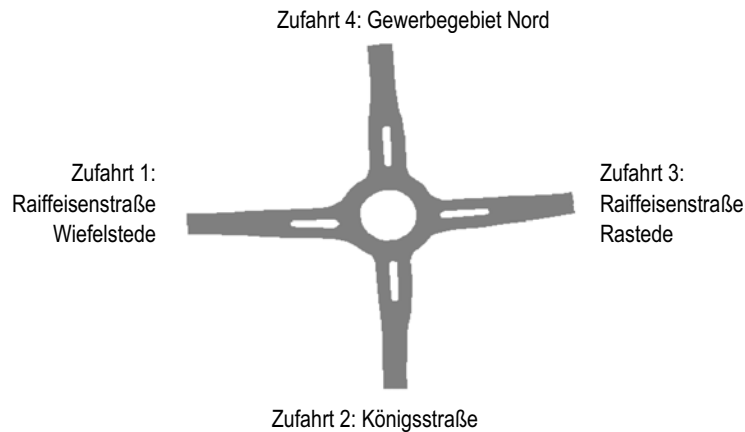
**Berechnung Signalanlage
Nachweis der Verkehrsqualität
im Kraftfahrzeugverkehr**

Datum: 08.12.08

Anlage 5.2.3

Vierarmiger Kreisverkehrsplatz, 1/1-Anlage

(je 1 Fahrstreifen in Zu- und Abfahrt)



Belastungsmatrix [PKWE/h]

Ist-Zustand	Ausfahrt				Prognose 2020	Ausfahrt			
	1	2	3	4		1	2	3	4
Einfahrt	1	27	320	30	Einfahrt	1	30	352	33
	2	16	49	10		2	18	54	11
	3	374	44	49		3	411	48	54
	4	18	10	54		4	20	11	59

Prognosefaktor: 1,1

Nachweis der Verkehrsqualität

Ist-Zustand	M	C	N	Cres	g	tW	QSV
	[PKWE/h]	[PKWE/h]	[PKWE/h]	[PKWE/h]	[-]	[s]	[-]
Einfahrt	1	108	1144	377	767	0,33	4,69
	2	404	892	75	817	0,08	4,41
	3	56	1191	467	724	0,39	4,98
	4	434	868	82	786	0,09	4,58

Prognose 2020	M	C	N	Cres	g	tW	QSV
	[PKWE/h]	[PKWE/h]	[PKWE/h]	[PKWE/h]	[-]	[s]	[-]
Einfahrt	1	119	1135	415	720	0,37	5,00
	2	444	859	83	777	0,10	4,63
	3	62	1186	514	672	0,43	5,36
	4	477	833	90	742	0,11	4,85

QSV: Qualitätsstufe des Verkehrsablaufs (auf Grundlage der mittleren Wartezeit tW)

- A Die Wartezeiten sind sehr gering.
- B Die Wartezeiten sind gering.
- C Die Wartezeiten sind spürbar.
- D Für einzelne Fahrzeuge können die Wartezeiten hohe Werte annehmen.
- E Die Wartezeiten nehmen sehr große und stark streuende Werte an. Die Kapazität wird erreicht.
- F Der Knotenpunkt ist überlastet.

Gemeinde Rastede: Verkehrstechnische Untersuchung zur Anbindung Bebauungsplan Nr. 59 an die L 826



Ingenieurbüro
Dr. Schwerdhelm
& Tjardes GbR
Beratende Ingenieure

Berechnung Kreisverkehrsplatz

Datum: 08.12.08

Anlage 6

B e s c h l u s s v o r l a g e

Vorlage-Nr.: 2010/007

freigegeben am 19.01.2010

GB 3

Sachbearbeiter/in: Kerstin Haye

Datum: 19.01.2010

Straßenbenennung im Gewerbegebiet Leuchtenburg (B-Plan-Nr. 59)

Beratungsfolge:

<u>Status</u>	<u>Datum</u>	<u>Gremium</u>
Ö	08.02.2010	Ausschuss für Bau, Planung, Umwelt und Straßen
N	02.03.2010	Verwaltungsausschuss
Ö	02.03.2010	Rat

Beschlussvorschlag:

Die im Rahmen des Gewerbegebietes Leuchtenburg III (BPlan Nr. 59) neu geplante Erschließungsstraße erhält den Namen „Bürgermeister-Brötje-Straße“.

Sach- und Rechtslage:

Für das Gewerbegebiet Leuchtenburg III (BPlan Nr. 59) wird eine neue Erschließungsstraße geplant, für die eine Straßenbenennung erforderlich ist (Anlage1).

Wie aus der Anlage 1 ersichtlich, besteht die Erschließungsstraße aus einer längeren Planstraße mit zwei kleineren Abzweigungen. Aus vermarktungsstrategischen Gründen wird verwaltungsseitig vorgeschlagen, nur eine Straßenbezeichnung für das Gewerbegebiet zu verwenden, damit aufgrund der bereits angrenzenden Gewerbegebiete ein höherer Wiedererkennungswert für die dort anzusiedelnden Betriebe gewährleistet ist.

Vorgeschlagen wird als Straßenbezeichnung „Bürgermeister-Brötje-Straße“, um damit den ehemaligen Bürgermeister Karl-Heinz Brötje, der vor allem einen besonderen Bezug zum Ortsteil Leuchtenburg (u. a. Wohnsitz) hatte, zu ehren.

Karl-Heinz Brötje (1925 – 2001) gehörte dem Rat der Gemeinde Rastede von 1969 – 1991 an. In der Zeit von 1976 bis 1990 war er Bürgermeister.

Während dieser langen Phase der kommunalpolitischen Tätigkeit hat er maßgeblich die strukturelle Entwicklung der Gemeinde mitbestimmt. Wichtige Entscheidungen der Gemeinde in den Bereichen der Siedlungs-, Verkehrs- und Schulpolitik fielen in diesen Zeitraum.

1990 wurde ihm das Bundesverdienstkreuz verliehen und 1991 die Ehrenmitgliedschaft des Rates der Gemeinde Rastede zuerkannt.

Um unter anderem Verwechslungen mit der „August-Brötje-Straße“ zu vermeiden, wird hier die Bezeichnung „Bürgermeister-Brötje-Straße“ vorgeschlagen.

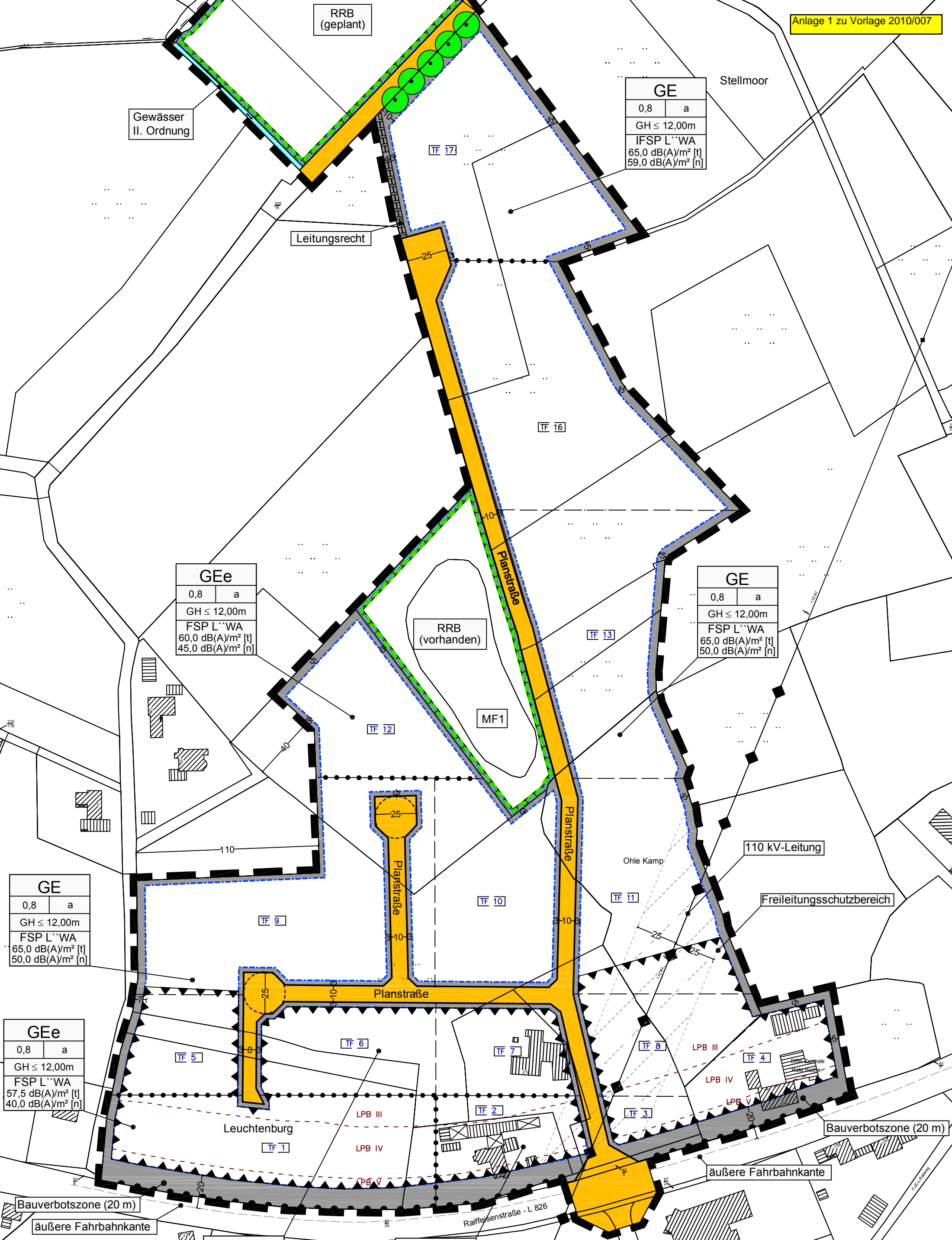
Die Umsetzung dieses Vorschlages würde die Überlegungen fortsetzen, Personen, die sich um die Gemeinde Rastede besonders verdient gemacht haben, mit einer Straßenbenennung besonders zu würdigen.

Finanzielle Auswirkungen:

Keine.

Anlagen:

1. Lageplan



Mitteilungs v o r l a g e

Vorlage-Nr.: 2010/001

freigegeben am 06.01.2010

Stab

Sachbearbeiter/in: Nicole ter Harzeborg

Datum: 06.01.2010

Haushalt 2009- Über- und außerplanmäßige Ausgaben

Beratungsfolge:

<u>Status</u>	<u>Datum</u>	<u>Gremium</u>
N	02.03.2010	Verwaltungsausschuss
Ö	02.03.2010	Rat

Beschlussvorschlag:

Der Rat nimmt Kenntnis von den in der Anlage aufgeführten über- und außerplanmäßigen Ausgaben in Höhe von jeweils ab 5.000,00 € und von der Übertragung von Mitteln aus dem Ergebnishaushalt in den Finanzhaushalt.

Sach- und Rechtslage:

In der Anlage sind die seit dem 01.01.2009 angefallenen über- und außerplanmäßigen Ausgaben aufgeführt. Die große Zahl von überplanmäßigen Auszahlungen ist dadurch entstanden, dass bei der Haushaltsplanung die neuen Wertgrenzen (nicht mehr 420 Euro, sondern jetzt 150 Euro) zwischen Ergebnishaushalt und Investitionen nicht ausreichend berücksichtigt wurden und wegen des fehlenden Deckungsvermerkes für die Übertragung von Mitteln vom Ergebnishaushalt in den Finanzhaushalt rechtlich die Genehmigungspflicht entstanden ist.

Bei den über- und außerplanmäßigen Ausgaben im Ergebnis- und Finanzhaushalt und bei den Mittelverschiebungen zwischen den Haushalten ist eine Deckung der Beträge durch verschiedene Sachkonten in anderen Budgets im Haushaltsjahr 2009 (Minderaufwendungen oder Mehrerträge) vorhanden.

Finanzielle Auswirkungen:

- keine -

Anlagen:

Übersicht der über- und außerplanmäßigen Ausgaben ab 01.01.2009 Ausgaben in Höhe von jeweils ab 5.000,00 € und von der Übertragung von Mitteln aus dem Ergebnishaushalt in den Finanzhaushalt.

Übersicht der über- und außerplanmäßigen Ausgaben ab 01.01.2009

Anlage 1 zu Vorlage 2010/001

Verschiebung von Mittel innerhalb des Ergebnishaushaltes (über 5.000 €)

Lfd. Nr.	Datum	Teil-H.	Produkt	Kosten-stelle	ISP-Element	Bezeichnung	Budget - Bezeichnung	Budget - Schlüssel	Sach-konto	Betrag	Begründung der Verschiebungen
1	23.03.2009	TH4_01	P1.04.02.111600.000	entfällt	entfällt	Zentrale Gebäude-wirtschaft	Liegenschaften, Gebäude u. Grundstücke	410000	421100	31.365,00 €	Bei der Mittelanmeldung im letzten Jahr für 2009 wurden fälschlicherweise Mittel im Investitions-HH eingeplant, obwohl diese im Ergebnis-HH benötigt werden.
2	26.08.2009	TH4_01	P1.04.02.522000	entfällt	entfällt	Wohnbauförderung	Wohnbauförderung	410500	427122	64.820,00 €	Aufwendungen für die verkaufsreife Herstellung von Grundstücken dürfen nicht aus dem investiven Bereich bezahlt werden. Im Ergebnishaushalt waren hierfür keine Mittel eingeplant.
3	04.12.2009	diverse	diverse	diverse	entfällt	Dienstaufwendungen AN	diverse	diverse	401200	36.635,08 €	Umbuchung der Leistungsorientierten Bezahlung (LOB) 2009
4	17.12.2009	TH5_01	P1.05.01.111240.000	9315400050	entfällt	Personalkosten	Soziale Einrichtungen	510400	401200	10.000,00 €	Aufgrund geringerer Unterbringungsfälle als kalkuliert, werden geringere Benutzungsgebühren erzielt. Dadurch reduziert sich das planerische Ausgabevolumen.
5	23.12.2009	TH3_01	P1.02.111230.000	entfällt	entfällt	EDV-Kosten	Personal und Organisation	310000	427119	6.445,04 €	Um die Kosten für die Schulung FM-Tools (Gebäudeinformationssystem) abzudecken, stehen nicht mehr genügend Mittel zur Verfügung. Die Mittel wurden versehentlich im Investitionshaushalt anstatt im Ergebnishaushalt veranschlagt. (Investitionskosten siehe Zeile 6 der Tabelle Mittelverschiebung vom Ergebnishaushalt in den Finanzaushalt. Die Vormerkungsschnittstelle siehe Zeile 20 der Tabelle Mittelverschiebung innerhalb des Finanzaushaltes. Die Realisierung des Barcode-basierten Anordnungs-/ Zahlungs- und Buchungswesens siehe Zeile 33 der Tabelle Mittelverschiebung innerhalb des Finanzaushaltes)
6	23.12.2009	TH5_011	P1.05.01.365900.002	9365920000	entfällt	Diakonisches Werk Wahnbeck	Kindertageseinrichtungen	511150	431800	45.000,00 €	Gemäß VA-Beschluß vom 02.06.2009 (Vorlage 2009/160) ist wegen der Einrichtung einer Hort-Gruppe und Ausdehnung der Nachmittagsgruppe ein höherer Zuschussbedarf als geplant angefallen.
7	29.12.2009	TH5_11	P1.05.01.365900.010	9365999000	entfällt	Personalkosten	Kindertageseinrichtungen	511150	401200	50.000,00 €	Infolge von einer vermehrten Anzahl von Krankheitsvertretungen ist ein höherer Personalaufwand als geplant angefallen.

Verschiebung von Mitteln aus den Ergebnishaushalt in den Finanzhaushalt

Lfd. Nr.	Datum	Teil-H.	Produkt	Kosten-stelle	ISP-Element	Bezeichnung	Budget - Bezeichnung	Budget - Schlüssel	Sachkonto	Betrag	Begründung der Verschiebungen
1	15.05.2009	TH5_021	entfällt	entfällt	I1.000053.510	Sapo GS Loy (Schulbudget)	schulische Aufgaben	53	783110	1.000,00 €	Mittelverschiebung innerhalb des Schulbudgets: Die Investitionsgrenze von 150 € erlaubt keine eindeutige Planungsabgrenzung zwischen Ergebnishaushalt und Investition. Die im Ergebnishaushalt veranschlagten Haushaltsmittel sind in den Investitionshaushalt zu verschieben. Es handelt sich um die Anschaffung von mehreren Gegenstände mit einen Anschaffungspreis von 150 € - 1000 €.
2	24.06.2009	TH5_022	entfällt	entfällt	I1.000386.510	Jugendtreff u. Jugendräume	Heimat- u. Kulturpflege	386	783110	2.499,00 €	Da das Geld im Ergebnishaushalt eingeplant wurde und es sich bei der Anschaffung um eine Investition handelt, muss das Geld in den Finanzhaushalt verschoben werden.
3	24.06.2009	TH5_022	entfällt	entfällt	I1.000409.500	Heimat- u. sonstige Kulturpflege	Heimat- u. Kulturpflege	409	787100	5.000,00 €	Der Zuschuss für die Arkadenspirale wurde im Ergebnishaushalt eingeplant und muss jetzt richtigerweise in den Finanzhaushalt verschoben werden, da es sich hierbei um eine Investition handelt.
4	06.07.2009	TH3_01	entfällt	entfällt	I1.000431.510	Org. u. Einrichtung für die gesamte Verwaltung	Personal u. Organisation	431		4.500,00 €	Da die Gemeinde Rastede das Gemälde "Ellernteich" zum Preis von 4.500,-- € erworben hat, muss der Betrag vom Ergebnishaushalt "Kultur u. Bücherei" als Investitionsauszahlung in den Finanzhaushalt "Personal u. Organisation" übertragen werden.
5	20.07.2009	TH5_02	entfällt	entfällt	I1.000162.510	Ortsfeuerwehr Loy-Barghorn	Öffentl. Ordnung, Brandschutz	162	783120	75,26 €	Ein Meldeempfänger für die FW Loy ist erforderlich.
6	04.08.2009	TH3_01	entfällt	entfällt	I1.000379.510	Gebäudeinformationssystem (Software)	Personal u. Organisation Gebäudeinformationssystem (Software)	379	783120	2.630,06 €	Für die Einführung (Anschaffung u. Einrichtung) der Software "FM-Tools" (Gebäudeinformationssystem) reichen die eingeplanten Mittel nicht aus. An der GS Hahn-Lehmden wird der Teilbereich Keller in diesem Jahr aus zeitlichen Gründen nicht mehr saniert. (Schulungskosten siehe Zeile 7 der Mittelverschiebung innerhalb des Ergebnishaushaltes).
7	31.08.2009	TH5_021	entfällt	entfällt	I1.000182.510	Sapo Schule am Voßbarg	Schulische Aufgaben	182	783120	96,41 €	Mittelverschiebung innerhalb des Schulbudgets: Die Investitionsgrenze von 150 € erlaubt keine eindeutige Planungsabgrenzung zwischen Ergebnishaushalt und Investition. Die im Ergebnishaushalt veranschlagten Haushaltsmittel sind in den Investitionshaushalt zu verschieben.

8	08.09.2009	TH5_021	entfällt	entfällt	I1.000035.510	Sapo GS Feldbreite	Schulische Aufgaben	35	783120	390,96 €	Mittelverschiebung innerhalb des Schulbudgets: Die Investitionsgrenze von 150 € erlaubt keine eindeutige Planungsabgrenzung zwischen Ergebnishaushalt und Investition. Die im Ergebnishaushalt veranschlagten Haushaltsmittel sind in den Investitionshaushalt zu verschieben.
9	08.09.2009	TH5_021	entfällt	entfällt	I1.000052.510	Sapo 2009 oSb GS Loy	Schulische Aufgaben	52	783120	1.400,00 €	Die Anschaffung von zwei Glasvitrinen war nicht eingeplant. Die Mittel zur Deckung können aus der Unterhaltung der baul. Anlagen genommen werden.
10	15.09.2009	TH5_023	entfällt	entfällt	I1.000575.500	Umbau Sportplatz Mühlenstraße	Sport- und Bolzplätze	575	787300	650,00 €	Für die Vorbereitung der Baumaßnahme "Umbau Sportplatz Mühlenstraße" fallen bereits Kosten an (hier: Baugrunderkundung).
11	16.09.2009	TH5_021	entfällt	entfällt	I1.000615.510	2009 Sapo (oSb) GS Feldbreite	Schulische Aufgaben	615	783110	1.097,00 €	Die Kosten für eine Toranlage (Schloßstr., Zufahrt zur Mehrzweckhalle) müssen aufgrund der Höhe des Betrages aus dem Investitionshaushalt bezahlt werden.
12	16.09.2009	TH5_021	entfällt	entfällt	I1.000035.510	Sapo GS Feldbreite	Schulische Aufgaben	35	783120	493,00 €	Mittelverschiebung innerhalb des Schulbudgets: Die Investitionsgrenze von 150 € erlaubt keine eindeutige Planungsabgrenzung zwischen Ergebnishaushalt und Investition. Die im Ergebnishaushalt veranschlagten Haushaltsmittel sind in den Investitionshaushalt zu verschieben.
13	28.09.2009	TH5_021	entfällt	entfällt	I1.000170.510	Sapo KGS	Schulische Aufgaben	170	783120	86,95 €	Mittelverschiebung innerhalb des Schulbudgets. Die Investitionsgrenze von 150 € erlaubt keine eindeutige Planungsabgrenzung zwischen Ergebnishaushalt und Investition.
14	29.10.2009	TH5_021	entfällt	entfällt	I1.000061.510	Sapo 2009 o.SB KGS Wilhelmstraße	Schulische Aufgaben	61	783110	394,58 €	Mittelverschiebung innerhalb des Schulbudgets: Die Investitionsgrenze von 150 € erlaubt keine eindeutige Planungsabgrenzung zwischen Ergebnishaushalt und Investition. Die im Ergebnishaushalt veranschlagten Haushaltsmittel sind in den Investitionshaushalt zu verschieben.
15	29.10.2009	TH5_021	entfällt	entfällt	I1.000419.500	KP II, San. Altbau trakt Bahnhofstraße	Gesamtschule Gebäude Wilhelmstraße	419	787100	2.968,00 €	Erhöhung der Abrechnungskosten durch Sanierung des Giebelgesimses und umfangreichere Nachputzarbeiten. Für die Sanierung der Unterverteilungen und Beleuchtung werden die Auftragssummen unterschritten, so dass hier die Mittel zur Deckung zur Verfügung stehen.
16	10.11.2009	TH5_021	entfällt	entfällt	I1.000182.510	Sapo Schule am Voßbarg	Schulische Aufgaben	182	783120	367,11 €	Mittelverschiebung innerhalb des Schulbudgets: Die Investitionsgrenze von 150 € erlaubt keine eindeutige Planungsabgrenzung zwischen Ergebnishaushalt und Investition. Die im Ergebnishaushalt veranschlagten Haushaltsmittel sind in den Investitionshaushalt zu verschieben.

17	17.11.2009	TH5_021	entfällt	entfällt	I1.000052.510	Sapo 2009 oSb GS Loy	Schulische Aufgaben	52	783120	818,00 €	Ein Pflanzbeet auf dem Grundstück der GS Loy hat eine Abdeckung aus Holz erhalten und kann nun als Sitzbank genutzt werden. Die Herstellungskosten waren nicht im Sammelposten Sapo eingeplant, können aber durch Mittel aus der Unterhaltung des sonstigen unbewegl. Vermögens beglichen werden.
18	17.11.2009	TH5_021	entfällt	entfällt	I1.000053.510	Sapo GS Loy (Schulbudget)	Schulische Aufgaben	53	783110	187,95 €	Die Haushaltsmittel sind im Ergebnishaushalt veranschlagt. Wegen der Wertgrenze für Investitionen ist aber eine Verschiebung in den Investitionsbereich erforderlich.
19	20.11.2009	TH_021	entfällt	entfällt	I1.000057.510	Sapo GS Wahnbek (Schulbudget)	Schulische Aufgaben	57	783120	233,00 €	Die Anschaffung eines Nass-/Trockensaugers für die GS Wahnbek wurde versehentlich aus dem Schulbudget bezahlt. Der Rechnungsbetrag muss nun von den Mitteln für die Gebäudereinigung in das Schulbudget verschoben werden.
20	25.11.2009	TH5_021	entfällt	entfällt	I1.000057.510	SaPo 2009 GS Wahnbek (Schulbudget)	Schulische Aufgaben	57	783110	2.810,16 €	Mittelverschiebung innerhalb des Schulbudgets: Die Investitionsgrenze von 150 € erlaubt keine eindeutige Planungsabgrenzung zwischen Ergebnishaushalt und Investition. Die im Ergebnishaushalt veranschlagten Haushaltsmittel sind in den Investitionshaushalt zu verschieben. Es handelt sich um die Anschaffung von mehreren Gegenstände mit einen Anschaffungspreis von 150 € -1000 €.
21	25.11.2009	TH5_021	entfällt	entfällt	I1.000182.510	Sapo Schule am Voßbarg	Schulische Aufgaben	182	783120	0,60 €	Mittelverschiebung innerhalb des Schulbudgets: Die Investitionsgrenze von 150 € erlaubt keine eindeutige Planungsabgrenzung zwischen Ergebnishaushalt und Investition. Die im Ergebnishaushalt veranschlagten Haushaltsmittel sind in den Investitionshaushalt zu verschieben.
22	02.12.2009	TH3_01	entfällt	entfällt	I1.000406.510	Sapo EDV	Organisation und Einrichtungen für die gesamte Verwaltung	406	783120	6.895,00 €	Es wurden 14 WEB NKR Lizenzen gegen 7 SAP Lizenzen getauscht, da zusätzliche Lizenzen für SAP erforderlich waren. Der Differenzbetrag muss überplanmäßig bereitgestellt werden.
23	30.11.2009	TH5_021	entfällt	entfällt	I1.000626.510	Großbildleinwand (KGS)	Schulische Aufgaben	626	783120	6.146,35 €	Zur Vervollständigung der Aula für die Nutzung durch das Fach "Darstellendes Spiel" der KGS wurde eine festinstallierte Leinwand notwendig.
24	27.11.2009	TH5_023	entfällt	entfällt	I1.000620.510	Profilbuchstaben Logo Mehrzweckhalle	Mehrzweckhalle Feldbreite	620	787300	10.000,00 €	Die Ausgaben für die Profilbuchstaben für das Logo an der Mehrzweckhalle sind unvorhergesehen und daher nicht im Investitionshaushalt eingeplant gewesen.
25	27.11.2009	TH5_023	entfällt	entfällt	I1.000212.500	Modernisierung Fassade Eingangsbereich	Sporthalle Kleibrok	212	787100	450,00 €	Die Mittel reichen für die Modernisierung der Fassade der Sporthalle Kleibrok nicht aus. Zur Deckung können Mittel aus der baulichen Unterhaltung genutzt werden.

26	07.12.2009	TH5_021	entfällt	entfällt	I1.000170.510	KGS SaPo	Schulische Aufgaben	170	783120	346,00 €	Mittelverschiebung innerhalb des Schulbudgets: Die Investitionsgrenze von 150 € erlaubt keine eindeutige Planungsabgrenzung zwischen Ergebnishaushalt und Investition. Die im Ergebnishaushalt veranschlagten Haushaltsmittel sind in den Investitionshaushalt zu verschieben.
27	07.12.2009	TH5_021	entfällt	entfällt	I1.000053.510	Sapo GS Loy (Schulbudget)	Schulische Aufgaben	53	783110	385,81 €	Mittelverschiebung innerhalb des Schulbudgets: Die Investitionsgrenze von 150 € erlaubt keine eindeutige Planungsabgrenzung zwischen Ergebnishaushalt und Investition. Die im Ergebnishaushalt veranschlagten Haushaltsmittel sind in den Investitionshaushalt zu verschieben.
28	03.12.2009	TH5_021	entfällt	entfällt	I1.000061.510	KGS Sapo (o.SB)	Schulische Aufgaben	61	783110	1.660,05 €	Mittelverschiebung innerhalb des Schulbudgets: Die Investitionsgrenze von 150 € erlaubt keine eindeutige Planungsabgrenzung zwischen Ergebnishaushalt und Investition. Die im Ergebnishaushalt veranschlagten Haushaltsmittel sind in den Investitionshaushalt zu verschieben. Es handelt sich um die Anschaffung von mehreren Gegenstände mit einen Anschaffungspreis von 150 € -1000 €.
29	07.12.2009	TH5_021	entfällt	entfällt	I1.000061.510	KGS Sapo (o.SB)	Schulische Aufgaben	61	783120	2.686,48 €	Auf Grund neuer Vorgaben für das Fach Physik (Gymnasialer Zweig) ist für den 10. Jahrgang das Themengebiet "Energieübertragung in Kreisprozessen" vorgesehen. Hierfür mussten nicht eingeplante Neuanschaffungen getätigt werden.
30	14.12.2009	TH5_021	entfällt	entfällt	I1.000170.510	KGS Sapo (Schulbudget)	Schulische Aufgaben	170	783120	180,00 €	Mittelverschiebung innerhalb des Schulbudgets: Die doppelte Wertgrenze von 150 € wurde bei der Veranschlagung nicht berücksichtigt. Die im Ergebnishaushalt veranschlagten Haushaltsmittel sind in den Investitionshaushalt zu verschieben. Es handelt sich um die Anschaffung eines Lernprogrammes (Deutsch 7-9 SL).
31	14.12.2009	TH5_021	entfällt	entfällt	I1.000170.510	KGS Sapo (Schulbudget)	Schulische Aufgaben	170	783120	442,09 €	Mittelverschiebung innerhalb des Schulbudgets: Die doppelte Wertgrenze von 150 € wurde bei der Veranschlagung nicht berücksichtigt. Die im Ergebnishaushalt veranschlagten Haushaltsmittel sind in den Investitionshaushalt zu verschieben. Es handelt sich um die Anschaffung eines Bibliotheken-Programms.

32	14.12.2009	TH5_021	entfällt	entfällt	I1.000170.510	KGS Sapo (Schulbudget)	Schulische Aufgaben	170	783120	477,80 €	Mittelverschiebung innerhalb des Schulbudgets: Die doppische Wertgrenze von 150 € wurde bei der Veranschlagung nicht berücksichtigt. Die im Ergebnishaushalt veranschlagten Haushaltsmittel sind in den Investitionshaushalt zu verschieben. Es handelt sich um die Anschaffung eines Moderationskoffers.
33	07.12.2009	TH5_021	entfällt	entfällt	I1.000170.511	KGS Sapo (Schulbudget)	Schulische Aufgaben	171	783120	759,24 €	Mittelverschiebung innerhalb des Schulbudgets: Die Investitionsgrenze von 150 € erlaubt keine eindeutige Planungsabgrenzung zwischen Ergebnishaushalt und Investition. Die im Ergebnishaushalt veranschlagten Haushaltsmittel sind in den Investitionshaushalt zu verschieben.
34	07.12.2009	TH5_021	entfällt	entfällt	I1.000631.510	SaPo; Anschaffung v. Papiercontainern	Investition Schulische Aufgaben	631	783110	1.428,00 €	An der Schule Feldbreite haben Unbekannte nacheinander insgesamt drei Papiercontainer durch Brandlegung zerstört. Die Container wurden durch die Fa. Bohmann jeweils ersetzt. Der Rechnungsbetrag über 1428 € (3x476 €) muss nun beglichen werden. Der Schaden wurde später durch die Versicherung beglichen (erstattet).
35	08.12.2009	TH5_022	entfällt	entfällt	I1.000090.510	Jugendtreff Villa Hartmann u. Jugendräume	Kultur u. Bücherei	90	783120	1889,61	Die doppische Wertgrenze von 150 € wurde bei der Veranschlagung nicht berücksichtigt. Die im Ergebnishaushalt veranschlagten Haushaltsmittel sind in den Investitionshaushalt zu verschieben. Es handelt sich um die Anschaffung von Stühlen und einem Tisch für die Jugendpflege.
36	10.12.2009	TH5_021	entfällt	entfällt	I1.000170.510	KGS Sapo (Schulbudget)	Schulische Aufgaben	170	783120	3107,97	Mittelverschiebung innerhalb des Schulbudgets: Die doppische Wertgrenze von 150 € wurde bei der Veranschlagung nicht berücksichtigt. Die im Ergebnishaushalt veranschlagten Haushaltsmittel sind in den Investitionshaushalt zu verschieben. Es handelt sich um eine Anschaffung für das Schüler Netzwerk (Systembetreuung).
37	11.12.2009	TH5_021	entfällt	entfällt	I1.000170.510	KGS Sapo (Schulbudget)	Schulische Aufgaben	170	783120	377,85	Mittelverschiebung innerhalb des Schulbudgets: Die doppische Wertgrenze von 150 € wurde bei der Veranschlagung nicht berücksichtigt. Die im Ergebnishaushalt veranschlagten Haushaltsmittel sind in den Investitionshaushalt zu verschieben. Es handelt sich um eine Anschaffung von zwei Langwandtafeln jeweils über 150 €.
38	16.12.2009	TH5_021	entfällt	entfällt	I1.000632.510	Grundschule Leuchtenburg	Schulische Aufgaben	632	783120	250,00 €	Die doppische Wertgrenze von 150 € wurde bei der Veranschlagung nicht berücksichtigt. Die im Ergebnishaushalt veranschlagten Haushaltsmittel sind in den Investitionshaushalt zu verschieben. Es handelt sich um eine Anschaffung von einer Schubkarre.

39	23.12.2009	TH5_021	entfällt	entfällt	I1.000044.510	SaPo Gs Kleibrok	Schulische Aufgaben	44	783120	77,70 €	Mittelverschiebung innerhalb des Schulbudgets: Die doppische Wertgrenze von 150 € wurde bei der Veranschlagung nicht berücksichtigt. Die im Ergebnishaushalt veranschlagten Haushaltsmittel sind in den Investitionshaushalt zu verschieben. Es handelt sich um eine Anschaffung eines Camcorders.
40	23.12.2009	TH5_01	entfällt	entfällt	I1.000640.510	1 Messestand Grundmodul Seniorenbei-rat	Beirat f. Senioren u. Behinderte	640	783120	668,34 €	Überplanmäßige Anschaffung eines Messestand - Grundmoduls für den Seniorenbeirat.
41	22.12.2009	TH5_021	entfällt	entfällt	I1.000182.510	SaPo Schule am Voßbarg (SB)	Schulische Aufgaben	182	783120	1.433,69 €	Mittelverschiebung innerhalb des Schulbudgets: Die doppische Wertgrenze von 150 € wurde bei der Veranschlagung nicht berücksichtigt. Die im Ergebnishaushalt veranschlagten Haushaltsmittel sind in den Investitionshaushalt zu verschieben. Es handelt sich um eine Anschaffung von einer Nähmaschine, einer Pumpe und eines Computers.
42	22.12.2009	TH5_021	entfällt	entfällt	I1.000636.510	Sammelposten (Gebäude)	Schulische Aufgaben	636	783120	630,00 €	Anschaffung einer nicht veranschlagten Eckdusche für die Hausmeisterwohnung.
43	22.12.2009	TH_021	entfällt	entfällt	I1.000633.510	Rasenmäher Sabo 54 Vario	Schulische Aufgaben	633	783110	1.200,00 €	Anschaffung eines nicht veranschlagten Rasenmähers.
44	22.12.2009	TH3_03	entfällt	entfällt	I1.000366.525	Zuschuss 2009 priv. Unternehmen	Wirtschaftsförderung	366	783110	6.830,00 €	Die Beiträge der Gemeinde Rastede zur Kofinanzierung des KMU-Förderprogrammes sind im Jahr 2009 höher ausgefallen als geplant. Eine Deckung kann durch Schlüsselzuweisungen erfolgen.
45	22.12.2009	TH3_03	entfällt	entfällt	I1.000634.510	SaPo 2009; Wirtschaftsförderung	Wirtschaftsförderung	634	783120	304,64 €	Für die Anschaffung neuer Alutafeln im Aufsteller Gewerbegebiet Königsstraße sind keine Mittel eingeplant worden.
46	23.12.2009	TH5_021	entfällt	entfällt	I1.000642.510	KGS; Farblaserdrucker	Schulische Aufgaben	642	783110	1.719,00 €	Anschaffung eines nicht veranschlagten Farblaserdruckers.
47	23.12.2009	TH5_021	entfällt	entfällt	I1.000641.510	KGS; Menschenkicker	Schulische Aufgaben	641	783110	2.339,00 €	Anschaffung eines nicht veranschlagten Menschenkickers (Sportgerät).
48	23.12.2009	TH5_021	entfällt	entfällt	I1.000643.510	KGS; Multifunktionsgerät	Schulische Aufgaben	643	783110	3.602,00 €	Anschaffung eines nicht veranschlagten Multifunktionsgerätes.
49	23.12.2009	TH5_022	entfällt	entfällt	I1.000090.510	SaPo 2009; Jugendtreff u. Jugendräume	Kultur u. Bücherei	90	783120	478,00 €	Die doppische Wertgrenze von 150 € wurde bei der Veranschlagung nicht berücksichtigt. Die im Ergebnishaushalt veranschlagten Haushaltsmittel sind in den Investitionshaushalt zu verschieben. Es handelt sich um die Anschaffung von einem Fernseher und einem Esstisch.
50	23.12.2009	TH5_022	entfällt	entfällt	I1.000386.510	Ferienpass-Software; Jugendtreff u. Jugendräume	Kultur u. Bücherei	386	783110	1.511,30 €	Anschaffung von nicht veranschlagten Modulen für das Ferienprogramm.
51	23.12.2009	TH5_021	entfällt	entfällt	I1.000052.510	SaPo 2009 (oSB); GS Loy	Schulische Aufgaben	52	783120	880,00 €	Anschaffung von einer nicht veranschlagten Lamellenanlage.

Verschiebung von Mittel innerhalb des Finanzhaushaltes (über 5.000 €)

Lfd. Nr.	Datum	Teil-H.	Produkt	Kosten-stelle	ISP-Element	Bezeichnung	Budget - Bezeichnung	Budget - Schlüssel	Sachkonto	Betrag	Begründung der Verschiebungen
1	07.07.2009	TH4_01	entfällt	entfällt	I1.000420.525	Zuschuss Kleingartenparzellen Buschweg	Liegenschaften	420		40.000,00 €	Der Zuschuss für die Kleingartenparzellen wurde statt im "Teilhaushalt "Liegenschaften" im Teilhaushalt "Gemeindestraßen" veranschlagt.
2	13.06.2009	TH6-01	entfällt	entfällt	I1.000416.525	Zuschuss Turnierplatz (Resi GmbH)		416	781700	116.230,01 €	Da bei einem Zuschuss kein Gemeindeeigenes Vermögen beschafft wird, musste ein neues I-PSP-Element mit entsprechender Endung (525=Zuschüsse) angelegt und die Mittel übertragen werden.
3	15.06.2009	TH6_01	entfällt	entfällt	I1.000255.500	P+R Anlage Bahnhof II (Ecke Schloßstr.)	Gemeindestraßen	541100	787200	9.000,00 €	Für die Erweiterung der P+R-Anlage am Bahnhof müssen Mittel zur Verfügung gestellt werden. Die Deckung erfolgt aus nicht benötigten Mitteln der Baumaßnahme "Ausbau Peterstraße".
4	30.06.2009	TH6_01	entfällt	entfällt	I1.000433.500	Herrichtung Kleingartengelände (Wege)	Gemeindestraßen	541100		200.000,00 €	Es erfolgte eine genaue Zuordnung der außerplanmäßig bereitgestellten Haushaltsmittel für das Projekt Herrichtung Kleingartengelände Buschweg. Mittel waren zunächst bei einem anderen I-PSP-Element bereitgestellt worden. Dementsprechend mussten ein weiteres I-PSP-Element angelegt und die Mittel übertragen werden.
5	14.07.2009	TH5_02	entfällt	entfällt	I1.000434.500	Parkplatzerweiterung FW Wahnbek		434	787200	20.000,00 €	Die Mittel für die Parkplatzweiterung wurden bei dem I-PSP-Element für die Baumaßnahme BPl. 63 F - Hohe Brink mit angemeldet. Es ist dafür jedoch ein eigenes I-PSP-Element einzurichten Die Mittel müssen entsprechend übertragen werden.
6	20.07.2009	TH6-01	entfällt	entfällt	I1.000443.500	Buswendeschleife Feldbreite	Gemeindestraßen	541100	787200	5.000,00 €	Für die Planung der Buswendeschleife werden gemäß VA-Beschluss vom 23.06.09 die fehlenden HH-Mittel bereit gestellt.
7	11.08.2009	TH3_01	entfällt	entfällt	I1.000149.500	Sicherheitslichtanlage	Investitionen Pers./Org.	149	787100	9.600,00 €	Bei der Mittelplanung konnten die Mittel nicht berechnet werden.
8	11.08.2009	TH4_01	entfällt	entfällt	I1.000347.500	Objekt Bplan 78 A Ankauf	Wohnbauförderung	347	782100	25.610,00 €	Das Flurstück 242 der Flur 12 musste gekauft werden. Die Verzugszinsen und Prozesskosten sind nicht im Haushalt 2009 eingeplant. Die Kosten für den Kaufpreis und Grunderwerbssteuer übersteigen die geplanten Mittel.
9	11.08.2009	TH6_01	entfällt	entfällt	I1.000214.500	Neubau Rechengebäude	Schmutzwasserbeseitigung	214		6.500,00 €	Haushaltsmittel für den Neubau des Rechengebäudes (Planung) wurden erst für 2010 angemeldet. Die Maßnahme soll in 2009 bereits beginnen. Für den Zulaufbereich mit Förderschnecken wurden in 2009 genügend Haushaltsmittel angemeldet. Hiervon können 6500,00 € bereitgestellt werden, um den Auftrag an das Ing.-Büro vergeben zu können.

10	11.08.2009	TH4_01	entfällt	entfällt	I1.000346.500	Objekt Bpan 63 F, Ankauf einschl. Werbung	Wohnbauförderung	346	782100	12.000,00 €	Für den Ankauf wurden für den Haushalt 2009 keine Mittel eingeplant. Es sind noch Kosten für die Vermessung des Baugebietes entstanden.
11	17.08.2009	TH6_01	entfällt	entfällt	I1.000574.500	PW Schulstr. (11) - Erneuerung masch. Teil	Erneuerung von Pumpwerken	258	783110	7.000,00 €	Die Pumpe im PW Schulstr. musste aufgrund eines mechanischen Defektes sofort ausgetauscht werden. Die fehlenden Haushaltsmittel können aus den nicht mehr benötigten Mitteln für Grundstücksanschlüsse zur Verfügung gestellt werden.
12	18.08.2009	TH3_01	entfällt	entfällt	I1.000412.500	Parkplatzerweiterung Rathaus	Investitionen Pers./Org.	412	787200	31.000,00 €	Das bei der Maßnahme "Anbau Feuerwehrgerätehaus" nicht mehr benötigte Geld kann zur Deckung der fehlenden Haushaltsmittel bei der Parkplatzerweiterung genutzt werden. Die Mehreinnahmen aus den Grundstücksverkäufen des Bebauungsplanes 63 F können bei der Maßnahme "Parkplatzerweiterung Rathaus" zur Verfügung gestellt werden.
13	21.08.2009	TH5_023	entfällt	entfällt	I1.000572.510	Aluminiumtreppe Tribüne	Inv. Sport, Sport u. Bäder	572		5.220,00 €	Es waren im Inv.-Bereich keine Mittel eingeplant.
14	04.09.2009	TH6_01	entfällt	entfällt	I1.000395.500	Umbau Pendlerparkplatz	Umbau Pendlerparkplatz Schafjückenweg	395	787200	19.500,00 €	Durch nicht vorhersehbare Arbeiten sind Mehrkosten entstanden. Die Mittel beim Industriegebiet werden in 2009 nicht in voller Höhe benötigt.
15	05.10.2009	TH5_023	entfällt	entfällt	I1.000618.500	Tresenanlage Schwimmmeisterraum	Hallenbad	618	783110	8.100,00 €	Im Zuge der Neugestaltung der Kabinen und Duschen wurde auch der Schwimmmeisterraum renoviert. Für die Anschaffung einer neuen Tresenanlage in dem Schwimmmeisterraum (Aufsichtsraum) ist nun ein eigenständiges IPSP-Element angelegt worden. Mittel zur Deckung stehen im IPSP-Element "Duschen" zur Verfügung.
16	20.10.2009	TH5_011	entfällt	entfällt	I1.000251.500	Neubau Krippe	Neubau Krippe	251	787100	10.000,00 €	Für den Neubau der Kindertagesstätte Feldbreite sind Mittel bei dem IPSP-Element "KP II, Kiga/Hort" bereitgestellt worden, jedoch keine Mittel bei der Krippe. Für die Krippe sind jedoch bereits Rechnungen zu begleichen und die angemeldeten Mittel (20.000,-- €) sind bereits aufgebraucht. Daher werden zunächst 10.000,-- € zur Krippe übertragen.
17	21.10.2009	TH5_011	entfällt	entfällt	I1.000251.500	Neubau Krippe	Neubau Krippe	251	787100	59.000,00 €	Für den Neubau der Kindertagesstätte Feldbreite sind Mittel bei dem IPSP-Element "KP II, Kiga/Hort" bereitgestellt worden, jedoch keine Mittel bei der Krippe. Lt. Berechnungen werden zusätzlich zu denen im HH veranschlagt 20.000 € zur Deckung noch insgesamt 69.000 € benötigt. 10.000 € wurden bereits vom Kiga/Hort zur Krippe übertragen.
18	22.10.2009	TH6_01	entfällt	entfällt	I1.000417.525	Zuschuss Kögel-Willms-Platz (Resi GmbH)	Zuschuss Kögel-Willms-Platz (Resi GmbH)	417	787200	75.000,00 €	Mittel für den Kögel-Willms-Platz wurden zunächst für die Erschließung des B-Planes 63 f benötigt und sollten im HH 2009 wieder bereitgestellt werden. Dieses wurde versäumt.

19	02.12.2009	TH5_02	entfällt	entfällt	I1.00017.510	Sammelposten Brandschutz allg.	Allg. Ordnung; Brandschutz	17		14.400,00 €	Die Mittel für die Beschaffung von 60 Einsatzjacken für die Atemschutzgeräteträger (versch. OFW) wurden zunächst im Ergebnis-haushalt veranschlagt. Da der Preis pro Jacke 205 € beträgt, ist eine Veranschlagung im Investitionshaushalt erforderlich. Zur Deckung stehen hier nicht benötigte Mittel für Digital-funkgeräte für die Fahrzeuge zur Verfügung.
20	11.12.2009	TH3_01	entfällt	entfällt	I1.000379.510	Gebäudeinformationssystem	Organisation und Einrichtung f. die gesamte Verwaltung	379	783110	10134,83	Die zeitnahe Einrichtung der EDV-Grundkomponente für das Gebäudeinformationssystem "FM-Tools" hat es ermöglicht, die angestrebte Ausbaustufe (Vormerkungsschnittstelle) vorzuziehen. Die für einen späteren Zeitpunkt eingeplanten Haushaltsmittel werden somit zeitnah benötigt. (Realisierung des Barcode-basierten Anordnungs-/Zahlungs- und Buchungswesens siehe Zeile 33).
21	01.12.2009	TH6_01	entfällt	entfällt	I1.000219.500	Brücke zur Jade	Brücke zur Jade	219	787200	30.000,00 €	Die Baukosten für den Ersatz der Brücke Zur Jade fallen wegen gestiegener Materialkosten höher aus.
22	17.12.2009	TH5_021	entfällt	entfällt	I1.000353.520	KSBK Beiträge	Invest. Schulische Aufgaben	353	788230	22.427,06 €	Bei der Haushaltsplanung für das Jahr 2009 wurden nicht ausreichende Mittel für die KSBK angemeldet/geplant.
23	23.12.2009	TH5_021	entfällt	entfällt	I1.000257.500	Neubau Sportfläche Feldbreite	Invest. Schulische Aufgaben	257	787200	60.000,00 €	Bei den Herstellungskosten für die Schulsportanlage wurden die Mittel für die Räumung der Fläche bei dem I-PSP-Element "Herrichtung Kleingartengelände" veranschlagt. Die Räumung muss allerdings als dem I-PSP-Element gezahlt und die Mittel somit übertragen werden. Für die Schulsportanlage waren keine Mittel für das Haushaltsjahr 2009 veranschlagt. Die Ermächtigung setzt sich aus einem Haushaltsrest (45.740,96 €) sowie aus den überplanmäßige bereitgestellten Mittel (20.000 € und diese 60.000 €) zusammen.
24	23.12.2009	TH5_011	entfällt	entfällt	I1.000251.500	Neubau Krippe	Invest. Förd. Kind. in Kita usw.	251	787100	7.500,00 €	Im investiven Bereich waren nicht genügend Mittel eingeplant, um eine Abschlagsrechnung (Zimmerarbeiten Krippe Feldbreite) in voller Höhe zubegeichen.
25	22.12.2009	TH6_01	entfällt	entfällt	I1.000625.510	Verkehrszeichenkataster (Software)	Invest. Bauen u. Verkehr	625	783110	13.100,00 €	Für die Restzahlung der Software stehen nicht mehr genügend Mittel zur Verfügung.
26	22.12.2009	TH6_01	entfällt	entfällt	I1.000635.500	Gehweg Loyerweg; BBPl. 79 B, 2. BA	Invest. Bauen u. Verkehr; Gemeindestraßen	635	787200	70.000,00 €	Für die Errichtung eines Fußweges am Loyerweg (Ratsbeschuß vom 23.06.2009; Vorlage 2009/110) waren keine Mittel eingeplant, da die Ausführung der Maßnahme zum Zeitpunkt der Mittelanmeldungen noch nicht bekannt war.
27	22.12.2009	TH6_01	entfällt	entfällt	I1.000382.500	BBPL. 75; Im Göhlen; Straßenbau, 3. BA	Invest. Bauen u. Verkehr; Gemeindestraßen	382	787200	12.102,48 €	Für die Herstellung eines Stichweges im ehem. Kleingarten-Gelände (Ratsbeschuß vom 23.06.2009; Vorlage 2009/110) waren keine Mittel eingeplant. Die übertragenen Haushaltsreste reichen nicht aus, um die gesamten Herstellungskosten zu decken.

28	22.12.2009	TH6_01	entfällt	entfällt	I1.000382.500	BBPL. 75 B; Im Göhlen; Straßenbau, 3. BA	Invest. Bauen u. Verkehr; Gemeindestraßen	382	787200	15.000,00 €	Mit dem Endausbau soll bereits im Jahr 2009 begonnen werden. Bei der Mittelanmeldung war dies noch nicht geplant.
29	22.12.2009	TH6_01	entfällt	entfällt	I1.000332.500	Schloßstr./August-Brötje-Str.	Invest. Bauen u. Verkehr; Gemeindestraßen	332	787200	40.931,25 €	Bei der Mittelanmeldung für das Jahr 2009 war noch unklar, ob die Deutsche Bahn die Maßnahme im Jahr 2009 durchführt. Es wurden somit keine Mittel eingeplant.
30	22.12.2009	TH3_03	entfällt	entfällt	I1.000638.525	Zuschuss Werbetafeln 2009	Invest. Wirtschaftsförderung	638	783110	39.974,26 €	Der Zuschuss für die Residenzort Rastede GmbH für Werbetafeln ist bei der Haushaltplanung 2009 nicht berücksichtigt worden.
31	22.12.2009	TH3_03	entfällt	entfällt	I1.000637.525	Zuschuss Programm "Belebung Innenstädte"	Invest. Wirtschaftsförderung	637	783110	62.000,00 €	Gemäß VA-Beschluss vom 08.10.2009 beteiligt sich die Gemeinde Rastede an der Maßnahme mit 62.000 €. Entsprechende Mittel wurden bei der Haushaltsplanung für das Jahr 2009 nicht berücksichtigt.
32	23.12.2009	TH4_01	entfällt	entfällt	I1.000639.500	Erwerb von Wohnbauflächen	Invest. Wohnbauförderung	639		35.000,00 €	Die erforderlich werdenden Ausgaben für den Erwerb von Wohnbauflächen in dem Bereich Wahnbeck waren im Jahr 2009 nicht geplant.
33	23.12.2009	TH3_01	entfällt	entfällt	I1.000379.510	Gebäudeinformationssystem	Invest. Organisation und Einrichtung f. die gesamte Verwaltung	379	783110	30.000,00 €	Gemäß VA-Beschluss vom 27.10.2009 (Vorlage 2009/ 190) werden die EDV-technischen Voraussetzungen für die Abwicklung des Barcode-basierten Anordnungs-/ Zahlungs- und Buchungswesens für die Software "FM-Tools" (Gebäudeinformationssystem) zu schaffen. (Vormerkungsschnittstelle siehe Zeile 20).

Kreditaufnahme 2009

Lfd. Nr.	Datum	Teil-H.	Produkt	Kosten-stelle	ISP-Element	Bezeichnung	Budget - Bezeichnung	Budget - Schlüssel	Sachkonto	Betrag	Begründung der Verschiebungen
1	12.01.2010	TH3_02	P1.03.03.611000.000	entfällt	entfällt	Steuern, allgemeine Zuweisungen, allgemeine Umlagen	Finanzwirtschaft	320100	792600	1.032.925,88 €	Gemäß VA-Beschluss vom 15.12.2009 (Mitteilungsvorlage 2009/ 233) wurde der außerordentlichen Tilgung eines für 2009 zur Umschuldung vorgesehenen Kredites mit der Restschuld von 1.032.925,88 € zugestimmt.

Mitteilungsvorlage

Vorlage-Nr.: 2010/002

freigegeben am 06.01.2010

Stab

Sachbearbeiter/in: Nicole ter Harzeborg

Datum: 06.01.2010

Haushalt 2009- Über- und außerplanmäßige Ausgaben (Jahresrechnung)

Beratungsfolge:

<u>Status</u>	<u>Datum</u>	<u>Gremium</u>
N	02.03.2010	Verwaltungsausschuss
Ö	02.03.2010	Rat

Beschlussvorschlag:

Der Verwaltungsausschuss und der Rat nehmen Kenntnis von den in der Anlage aufgeführten über- und außerplanmäßigen Ausgaben in Höhe von jeweils unter 5.000,00 €

Sach- und Rechtslage:

In der Anlage sind die seit dem 01.01.2009 angefallenen über- und außerplanmäßigen Ausgaben in Höhe von jeweils unter 5.000,00 € aufgeführt. Es ist davon auszugehen, dass bei der Rückstellungsbildung im Rahmen der Jahresabschlussarbeiten noch weitere über- und außerplanmäßige Aufwendungen für die Periode 2009 entstehen können. Eine weitere Information darüber erfolgt zu gegebener Zeit.

Bei den über- und außerplanmäßigen Ausgaben im Ergebnis- und Finanzhaushalt zwischen den Haushalten ist eine Deckung der Beträge durch verschiedene Sachkonten in anderen Budgets im Haushaltsjahr 2009 (Minderaufwendungen oder Mehrerträge) vorhanden.

Finanzielle Auswirkungen:

- keine -

Anlagen:

Übersicht der über- und außerplanmäßigen Ausgaben ab 01.01.2009 Ausgaben in Höhe von jeweils unter 5.000,00 €

Übersicht der über- und außerplanmäßigen Ausgaben ab 01.01.2009

Anlage 1 zu Vorlage 2010/002

Verschiebung von Mittel innerhalb des Ergebnishaushaltes (unter 5.000 €)

Lfd. Nr.	Datum	Teil-H.	Produkt	Kostenstelle	ISP-Element	Bezeichnung	Budget - Bezeichnung	Budget - Schlüssel	Sachkonto	Betrag	Begründung der Verschiebungen
1	23.03.2009	TH5_021	P1.05.02.211600.002	entfällt	entfällt	Grundschule Wahnbek (Schulbudget)	Schulische Aufgaben	521000	422200	306,00 €	Aufgrund veränderter Wertgrenzen bei der Doppik - können Teilbeträge der inzwischen eingegangenen Rechnungen nicht mehr aus dem Investitionshaushalt bezahlt werden.
2	23.03.2009	TH5_021	P1.05.02.218000.003	entfällt	entfällt	Gesamtschulen (Schulbudget)	Schulische Aufgaben	521000	422200	2.872,75 €	Aufgrund veränderter Wertgrenzen bei der Doppik - können Teilbeträge der inzwischen eingegangenen Rechnungen nicht mehr aus dem Investitionsshalt bezahlt werden.
3	09.04.2009	TH6_01	P1.06.00.551100	entfällt	entfällt	Öffentliches Grün/Landschaftsbau	Grün-, Friedh., Best.Wesen	610500	421200	500,00 €	Die Mittel im Budget 610500 sind verbraucht. Zur Begleichung der Schlussrechnung für die Durchforstung im Schloßpark fehlen 500 €. Diese Mittel sind im Budget Straßen (610400) abkömmlich.
4	15.06.2009	TH3_03	P1.03.01.571000	entfällt	entfällt	Wirtschaftsförderung	Wirtschaftsförderung, allgem. Einrichtungen	330000	442100	800,00 €	Augrund der Beteiligung an einem Wirtschaftsförderungsprojekt (ERIP) reichen die vorgesehenen Mittel nicht aus.
5	13.08.2009	TH3_03	P1.03.01.571000	entfällt	entfällt	Wirtschaftsförderung	Wirtschaftsförderung, allgem. Einrichtungen	330000	427100	800,00 €	Der vom Landkreis für 2008 nachträglich angeforderte Beitrag zum Wirtschaftsfördernetzwerk i.H. von 800,00 € war in der Haushaltsplanung für 2009 nicht vorgesehen. Ausreichende Mittel sind im Budget Gemeindeorgane vorhanden.
6	26.08.2009	TH3_03	P1.03.01.571000	entfällt	entfällt	Wirtschaftsförderung	Wirtschaftsförderung, allgem. Einrichtungen	330000	427122	1.600,00 €	Aufwendungen für die verkaufsreife Herstellung von Grundstücken dürfen nicht mehr aus dem investiven Bereich bezahlt werden. Im Ergebnishaushalt waren hierfür keine Mittel eingeplant.
7	03.09.2009	TH3_01	P1.03.02.111230	entfällt	entfällt	Org. u. Einr. für die gesamte Verwaltung	Personal u. Organisation	310000		1.808,76 €	Die Kosten für die Haftpflicht-/Unfallversicherung (KSA-Umlage) waren höher als eingeplant. Für die Deckung stehen Minderausgaben bei der Dienst- und Schutzkleidung zur Verfügung.
8	16.09.2009	TH5_021	P1.05.02.211200.002	entfällt	entfällt	Grundschule Hahn-Lehmden (Schulbudget), Kosten der EDV	Schulische Aufgaben	521000	427119	226,00 €	Im Zuge der Bauarbeiten waren die Computer abgebaut worden und mussten nun wieder eingerichtet u. installiert werden.

9	16.09.2009	TH5_01	P1.05.01.315500	entfällt	entfällt	Soz. Einricht. für Aussiedler u. Ausländer	Soziale Einrichtungen	510400		3.600,00 €	Aufgrund geringerer Unterbringungsfälle als angenommen werden geringere Einnahmen als angenommen erzielt. Dadurch verringerte sich das planerische Ausgabevolumen.
10	18.09.2009	TH3_01	P1.03.02.111230	entfällt	entfällt	Org. u. Einr. für die gesamte Verwaltung	Personal u. Organisation	310000	422200	1.000,00 €	Die Kosten für 40 Besucherstühle im Rathaus in Höhe von insgesamt 5.236,00 € sind nicht im Haushaltsplan 2009 enthalten. Ausreichende Mittel stehen im Budget Liegenschaften, Gebäude u. Grundstücke zur Verfügung durch Einsparungen bei den Reinigungskosten Turnhalle Feldbreite (2.500 €) und bei den Kosten für Unterhaltung baul. Anlagen Turnhallen Wilhelmstraße (1.000 €) u. Wahnbek (1.800 €).
11	18.09.2009	TH3_01	P1.03.02.111230	entfällt	entfällt	Org. u. Einr. für die gesamte Verwaltung	Personal u. Organisation	310000	422200	2.500,00 €	Die Kosten für 40 Besucherstühle im Rathaus in Höhe von insgesamt 5.236,00 € sind nicht im Haushaltsplan 2009 enthalten. Ausreichende Mittel stehen im Budget Liegenschaften, Gebäude u. Grundstücke zur Verfügung durch Einsparungen bei den Reinigungskosten Turnhalle Feldbreite (2.500 €) und bei den Kosten für Unterhaltung baul. Anlagen Turnhallen Wilhelmstraße (1.000 €) u. Wahnbek (1.800 €).
	18.09.2009	TH3_01	P1.03.02.111230	entfällt	entfällt	Org. u. Einr. für die gesamte Verwaltung	Personal u. Organisation	310000	422200	1.800,00 €	
	02.10.2009	TH3_01	P1.03.02.111230	entfällt	entfällt	Org. u. Einr. für die gesamte Verwaltung	Personal u. Organisation	310000	422200	1.500,00 €	
12	22.10.2009	TH5_021	P1.05.02.218000.003	entfällt	entfällt	KGS Schulbudget	Schulische Aufgaben	521000	422200	426,02 €	Mittelverschiebung innerhalb des Schul-Budgets: Die im Ergebnishaushalt veranschlagten Haushaltsmittel sind in den Investitionshaushalt zu verschieben.
13	22.10.2009	TH5_021	P1.05.02.218000.003	entfällt	entfällt	KGS Schulbudget	Schulische Aufgaben	521000	422200	95,08 €	Mittelverschiebung innerhalb des Schul-Budgets: Die im Ergebnishaushalt veranschlagten Haushaltsmittel sind in den Investitionshaushalt zu verschieben.
14	22.10.2009	TH5_021	P1.05.02.218000.003	entfällt	entfällt	KGS Schulbudget	Schulische Aufgaben	521000	422200	157,13 €	Mittelverschiebung innerhalb des Schul-Budgets: Die im Ergebnishaushalt veranschlagten Haushaltsmittel sind in den Investitionshaushalt zu verschieben.
15	09.12.2009	TH5_01	P1.05.01.313300	entfällt	entfällt	ASylbLG	Soziale Einrichtungen	510300	433920	4.000,00 €	Vermehrte stationelle Hilfefälle
16	14.12.2009	TH5_021	P1.05.02.128000	entfällt	entfällt	Katastrophensch hutz	Allg. Ordnung, Brandschutz	520000	422200	2.500,00 €	Aufgrund der außerplanmäßigen Verteilung von Katastrophenschutz-Broschüren wurde die für die Beschaffung von Feldbetten vorgesehenen Haushaltsmittel bereits ausgegeben. Jetzt werden noch Mittel für die geplanten Feldbetten benötigt.

Verschiebung von Mittel innerhalb des Finanzhaushaltes (unter 5.000 €)

Lfd. Nr.	Datum	Teil-H.	Produkt	Kostenstelle	ISP-Element	Bezeichnung	Budget - Bezeichnung	Budget - Schlüssel	Sachkonto	Betrag	Begründung der Verschiebungen
1	13.02.2009	TH5_22	entfällt	entfällt	I1.000400.500	Erwerb Grundstück (DGH Bekhausen)	Kultur und Bücherei	400	782100	1.900,00 €	Die Verwaltung hat im Haushalt 2009 nur 13.800 € für das im Rahmen der Zwangsversteigerung erworbene Grundstück DGH Bekhausen eingeplant. Die Gesamtkosten belaufen sich auf 15.417 €
2	11.05.2009	TH4_01	entfällt	entfällt	I1.000402.500	Erwerb von Gemeindestraßen	Liegenschaften, Gemeindestraßen, Grundstücke	402	782100	1.500,00 €	Ankauf von Straßenflächen in Wahnbek "Am Turm" und Eichendorffstraße. Die Mittel sind nicht im Haushalt 2009 veranschlagt worden.
3	25.05.2009	TH4_01	entfällt	entfällt	I1.000401.500	Erwerb von Grundstücken	Liegenschaften	401	782100	3.950,36 €	Die Kosten für die Vermessungsarbeiten und Übernahme in das Liegenschaftskataster sind im Haushaltsjahr 2009 nicht eingeplant worden.
4	06.07.2009	TH5_021	entfällt	entfällt	I1.000170.510	Sapo KGS	Schulische Aufgaben	170	783110	2.130,10 €	Der Cafeteriabetrieb in der KGS Feldbreite benötigt 10 Tische für den Mittagstisch. Das zunächst geplante Kontingent reicht nicht aus.
5	09.07.2009	TH6_01	entfällt	entfällt	I1.000336.500	Sandkontor SAB u. Grunderwerb	Sandkontor SAB u. Grunderwerb	336	787200	400,00 €	Es wurde eine nachträgliche Avifaunistische Aufnahme im Bereich Bekhauser Esch vorgenommen (es gab vorher keine Betretungserlaubnis). Die fehlenden Mittel werden aus den nicht benötigten Haushaltsmitteln aus der Maßnahme "Ausbau Peterstraße" zur Verfügung gestellt.
6	14.07.2009	TH6_01	entfällt	entfällt	I1.000258.500	PW Loyerberg (15)	Erneuerung von Pumpwerken	258	787200	750,00 €	Die Material-/Lohnkosten sind höher als erwartet ausgefallen. Deckung erfolgt aus I-PSP Grundstücksanschlüsse.
7	14.07.2009	TH6_01	entfällt	entfällt	I1.000258.500.00	PW Fasanenstr. (5)	Erneuerung von Pumpwerken	258	787200	65,00 €	Die Material-/Lohnkosten sind höher als erwartet ausgefallen. Deckung erfolgt aus I-PSP Grundstücksanschlüsse.
8	14.07.2009	TH6_01	entfällt	entfällt	I1.000258.500.00	PW Am Nordpol	Erneuerung von Pumpwerken	258	787200	65,00 €	Die Material-/Lohnkosten sind höher als erwartet ausgefallen. Die fehlenden Mittel können aus I-PSP Grundstücksanschlüsse bereitgestellt werden.
9	20.07.2009	TH6_01	entfällt	entfällt	I1.000395.500	Umbau Pendlerparkplatz Schafjückenweg	Umbau Pendlerparkplatz Schafjückenweg	895	787200	421,00 €	Beim Umbau des Pendlerparkplatzes sind Mehrkosten wegen der Auflagen aus der Kreuzungsvereinbarung entstanden. Dieser Aufwand steht im Zusammenhang mit der Erschließung des Industriegebietes AK OL Nord. Die Mittel können aus der Erschließungsmaßnahme zur Verfügung gestellt werden.

10	11.08.2009	TH3_01	entfällt	entfällt	11.000002.500	Brandschutztüren	Investitionen Pers./Organisation	2	787100	1.664,51 €	Bei der Beantragung der HH-Reste aus 2008 wurden die Mittel für ein falsches PSP-Element beantragt. Die tatsächliche Auszahlung des HH-Restes erfolgt aber nicht aus der Maßnahme "Fahrstuhl", sondern aus dem PSP-Element "Brandschutztüren". Die Mittel müssen dort verfügbar gemacht werden.
11	11.08.2009	TH3_01	entfällt	entfällt	11.000002.500	Brandschutztüren	Investitionen Pers./Organisation	2	787100	4.743,00 €	Bei der Beantragung der HH-Reste aus 2008 wurde versehentlich vergessen, das PSP-Element der Brandschutztüren bei der Mittelverteilung zu berücksichtigen. Daher ist dort nun kein Geld aus dem HH-Rest verfügbar und die überschüssigen Mittel aus dem PSP-Element "Fahrstuhl" müssen verschoben werden.
12	24.03.2009	TH4_01	entfällt	entfällt	11.000344.500	Objekt Bplan 63 E Ankauf	Wohnbauförderung	344	782100	250,00 €	Für den Bebauungsplan 63 E wurden keine Mittel angemeldet.
13	24.03.2009	TH4_01	entfällt	entfällt	11.000346.500	Objekt Bplan 63 F Ankauf	Wohnbauförderung	346	782100	972,66 €	Für das Baugebiet 63 F wurden keine Mittel für den Ankauf angemeldet. Es sind aber noch Vermessungskosten aufgrund einer Änderung entstanden.
14	28.04.2009	TH5_02	entfällt	entfällt	11.000144.510	Atemschutzgeräte	Allgem. Ordnung, Brandschutz	144	783110	445,76 €	Die Kosten für die Atemschutzgeräte waren höher als eingeplant. Für die Deckung stehen Minderausgaben für das Plasmaschneidegerät zur Verfügung.
15	11.08.2009	TH5_02	entfällt	entfällt	11.000154.510	Atemschutzgeräte	Allgem. Ordnung, Brandschutz	154	783110	222,88 €	Die Kosten für die Atemschutzgeräte waren höher als eingeplant. Für die Deckung stehen Minderausgaben für das Plasmaschneidegerät zur Verfügung.
16	23.04.2009	TH5_021	entfällt	entfällt	11.000397.510	Elektroheißluftdämpfer	Schulische Aufgaben	397	783110	83,00 €	Montagekosten für Elektroheißluftdämpfer in der Mensa.
17	28.04.2009	TH5_021	entfällt	entfällt	11.000242.510	Sammelposten (oSb) -KGS Rastede	Schulische Aufgaben	242	783110	29,00 €	Aufgrund nicht eingehaltener Skontofristen zu Beginn des Jahres fehlen nunmehr Mittel beim angegebenen I-PSP-Element 11.000242.510.
18	11.08.2009	TH6_01	entfällt	entfällt	11.000404.510	Verkehrsmengen-Analysegeräten	Gemeindestraßen	404	783110	3.500,00 €	Zusätzliche Mittel für die Software des Viacountgerätes werden benötigt.
19	04.05.2009	TH4_01	entfällt	entfällt	11.000344.500	Objekt Bplan 63 E, Ankauf einschl. Werbung	Wohnbauförderung	344	782100	1.200,00 €	Aufgrund der Teilung eines Baugrundstücks sind noch Vermessungskosten entstanden.
20	25.05.2009	TH4_01	entfällt	entfällt	11.000344.500	Objekt Bplan 63 E, Ankauf einschl. Werbung	Wohnbauförderung	344	782100	410,37 €	Aufgrund der Teilung eines Baugrundstücks sind noch Vermessungskosten entstanden.

21	21.08.2009	TH4_01	entfällt	entfällt	I1.000344.500	Ankauf Bplan 63 E	Wohnbauförderung	344		125,19 €	Die Ankaufkosten für den Bplan 63 E sind insgesamt höher ausgefallen als im Haushalt veranschlagt.
22	03.09.2009	TH5_021	entfällt	entfällt	I1.000061.510	Sammelposten (oSb) -KGS Rastede	Schulische Aufgaben	61	787100	550,00 €	Beim Umbau des Hörsaales sind Anschaffungen notwendig geworden, die nicht eingeplant waren. Die notwendigen Mittel können aus Einsparungen beim Projekt "Zweiter Rettungsweg" genommen werden.
23	10.09.2009	TH6_01	entfällt	entfällt	I.1000333.500	SAB Meeheitsweg	Gemeindestraßen	541100	787200	1.320,91 €	Bei der Baumaßnahme Ausbau Meenheitsweg gab es nicht vorhersehbare Mehrkosten. Beim Ausbau Peterstraße stehen nicht benötigte Mittel zur Verfügung, da das Ausschreibungsergebnis günstiger als die Kostenschätzung war.
24	09.09.2009	TH3_01	entfällt	entfällt	I1.000007.510	Sapo 2009 Org. u.Einr. (inventar)	Org. u. Einricht. f. d. g. Verwaltung (Rathaus)	7	783120	751,00 €	Im Zuge der Rathausrenovierung wurde eine neue Seitenwandtafel für Veröffentlichungen des Bereiches "Bauen u. Verkehr" angeschafft. Übrige Mittel aus dem I-PSP-Element "Fahrstuhl" werden nun zur Deckung im Sammelkosten "Inventar" benötigt.
25	09.09.2009	TH5_02	entfällt	entfällt	I1.000162.510	Sammelposten Ofw Loy-Barghorn	Allgem. Ordnung, Brandschutz	162		290,36 €	Für eine unvorhersehbare Ersatzbeschaffung eines analogen Funkgerätes waren keine Mittel eingeplant. Da die Anschaffung von Digitalfunkgeräten verschoben wurde, werden diese eingeplanten Mittel nicht benötigt.
26	23.09.2009	TH4_01	entfällt	entfällt	I1.000401.500	Erwerb von Grundstücken	Zentrale Gebäudewirtschaft	401		1.300,00 €	Das Pumpwerk "An der Brücke" steht auf Privatgrund. Grunddienstbarkeiten wurden seinerzeit nicht eingetragen. Mittel sind für solche Dinge im Haushalt nicht eingeplant gewesen.
27	05.10.2009	TH5_021	entfällt	entfällt	I1.000441.510	KP II Medienausstattung Sfl Voßbarg	Schulische Aufgaben	441	783110	206,62 €	Nach Absprache mit dem Land Nds. und der Schulleitung der KGS werden der Schule am Voßbarg von der KGS 206,62 € zur Anschaffung eines Activeboards zur Verfügung gestellt.
28	13.10.2009	TH5_01	entfällt	entfällt	I1.000080.510	Schrank für Oase	Kiga Mühlenstraße	80		252,92 €	Bei I-PSP I1.000080.510 sind 1.100,-- € für den Schrank für die Oase im Kiga Mühlenstraße eingeplant worden. Der Schrank kostet 1.352,92 €.
29	13.10.2009	TH6_01	entfällt	entfällt	I1.000430.500	Druckrohrleitung Butjadinger Str. (49970006P1-49970006P2)		430		1.742,67 €	Erstattung der Kosten für die Übernahme eines Kanals, soweit er sich im öffentlichen Bereich befindet.
30	29.10.2009	TH5_011	entfällt	entfällt	I1.000415.500	KP II, Herrichtung Räume Kiga	Kiga Mühlenstraße	415	787100	2.096,00 €	Bei der Raumvergrößerung (Werken) sind die Kosten höher ausgefallen als geplant.

31	29.10.2009	TH5_021	entfällt	entfällt	I1.000442.510	KP II, Medienausstattung KGS Rastede	Schulische Aufgaben	442		13,96 €	Die buchhalterische Haushaltsermächtigung der KGS lag geringfügig unter dem Investitionsvolumen des Bewilligungsbescheides des Ministeriums. Die nun zu verschiebenden Mittel aus Minderausgaben des KP II Medienausstattung liegen zwar oberhalb der Haushaltsermächtigung, aber innerhalb der bewilligten Investitionssumme des Landes.
32	29.10.2009	TH5_021	entfällt	entfällt	I1.000442.510	KP II, Medienausstattung KGS Rastede	Schulische Aufgaben	442		59,00 €	Die buchhalterische Haushaltsermächtigung der KGS lag geringfügig unter dem Investitionsvolumen des Bewilligungsbescheides des Ministeriums. Die nun zu verschiebenden Mittel aus Minderausgaben des KP II Medienausstattung liegen zwar oberhalb der Haushaltsermächtigung, aber innerhalb der bewilligten Investitionssumme des Landes.
33	10.11.2009	TH5_023	entfällt	entfällt	I1.000098.510	Sapo 2009 Hallenbad	Hallenbad	98	783120	2.050,00 €	Im Zuge der Sanierungsmaßnahmen wurde die Personalküche im Hallenbad saniert.
34	25.11.2009	TH5_23	entfällt	entfällt	I1.000621.510	Küchenzeile (unten) Hallenbad	Hallenbad	621	783110	1.250,00 €	Im Zuge der Sanierungsmaßnahmen wurde auch die Personalküche im Hallenbad erneuert. Das Geld dafür wurde fälschlicherweise im I-PSP-Element für die Tresenanlage zur Verfügung gestellt und muss daher umgebucht werden (hier für die untere Küchenzeile).
35	02.12.2009	TH5_23	entfällt	entfällt	I1.000630.500	Sanierung Sportplatz Hahn-Lehmde	Sport- und Bolzplätze	630	787200	860,00 €	Die letzte Leistungsphase "Objektbetreuung und Dokumentation" konnte erst nach Ablauf der Gewährleistungszeit abgerechnet werden. Mittel wurden hierfür nicht im HH eingestellt.
36	10.12.2009	TH5_011	entfällt	entfällt	I1.000089.510	Spielgerät - Balancier	Kindertageseinrichtungen	89	783110	186,68 €	Die Montage des Affenwald-Elementes ist teurer ausgefallen als geplant, da zusätzliche Innenstäbe zur besseren Stabilität befestigt werden mussten.
37	18.12.2009	TH6_01	entfällt	entfällt	I1.000426.500	Deckenprogramm (Alter Lehmder Weg)	Gemeindestraßen	426	787200	4.425,75 €	Im Zuge der Maßnahme stellte sich heraus, dass mehr Flächen behandelt werden mussten als in der Ausschreibung geplant waren.
38	17.12.2009	TH6_01	entfällt	entfällt	I1.000423.500	Straßenausbau BBPI 75 (Kleingartengelande)	Gemeindestraßen	423	787200	3.203,49 €	Auf dem Gebiet liegender Bauschutt musste vor dem Verkauf der Grundstücke beseitigt werden. Bei der Mittelanmeldung waren diese Kosten nicht vorhersehbar.
39	21.12.2009	TH5_023	entfällt	entfällt	I1.000098.510	Sammelposten 2009	Hallenbad	98	783120	1.155,00 €	Für die unvorhergesehene Reparatur des Kassenautomates waren nicht genügend Mittel eingeplant.

40	22.12.2009	TH6_01	entfällt	entfällt	11.000384.500	Eichendorffstr. (SAB)	Gemeindestraße n	384	787200	1.656,84 €	Durch die benötigte Sicherung der Versorgungsleitungen (Mehraufwand) bei der Herstellung der Straße sind Mehrkosten entstanden.
41	18.12.2009	TH6_01	entfällt	entfällt	11.000390.500	Eichendorffstr. (SAB)	Gemeindestraße n	390	787200	0,07 €	Durch die benötigte Sicherung der Versorgungsleitungen (Mehraufwand) bei der Herstellung der Straße sind Mehrkosten entstanden.
42	22.12.2009	TH5_023	entfällt	entfällt	11.000098.510	Sammelposten 2009	Hallenbad	98	783120	120,00 €	Für den Kauf einer Plisseeanlage waren nicht genügend Haushaltsmittel eingeplant.
43	23.12.2009	TH3_03	entfällt	entfällt	11.000363.525	Zuschuss Schmutzwasser beitrag in Gew. Geb. 2009	Wirtschaftsförde rung	363		2.881,00 €	Da im Jahr 2009 mehr Gewerbeflächen verkauft wurden, sind auch mehr Zuschüsse zum Schmutzwasserbeitrag zu zahlen.
44	23.12.2009	TH4_01	entfällt	entfällt	11.000348.500.00	BBPl. 79, Ankauf 2. BA	Wohnbauförderu ng	348	532100	3.500,00 €	Für die Erstellung eines Gehweges am Loyer Weg ist es notwendig eine Kleinfläche zu erwerben. Mittel waren dafür nicht eingeplant.

B e s c h l u s s v o r l a g e**Vorlage-Nr.: 2010/025**

freigegeben am 27.01.2010

Stab

Sachbearbeiter/in: Dudek

Datum: 27.01.2010**Haushaltssatzung und Haushaltsplan 2010****Beratungsfolge:**

<u>Status</u>	<u>Datum</u>	<u>Gremium</u>
Ö	09.02.2010	Finanz- und Wirtschaftsausschuss
Ö	16.02.2010	Ausschuss für Bau, Planung, Umwelt und Straßen
N	02.03.2010	Verwaltungsausschuss
Ö	02.03.2010	Rat

Beschlussvorschlag:

1. Die Haushaltssatzung der Gemeinde Rastede für das Haushaltsjahr 2010 wird beschlossen.
2. Der Haushaltsplan 2010 wird mit einem festgesetzten Haushaltsvolumen

im Ergebnishaushalt

bei den Erträgen mit	23.953.212 Euro
bei den Aufwendungen mit	23.953.212 Euro

im Finanzhaushalt

bei den Einzahlungen aus laufender. Verwaltung	21.711.628 Euro
bei den Auszahlungen aus laufender Verwaltung	21.339.182 Euro
bei den Einzahlungen aus Investitionen	3.932.435 Euro
bei den Auszahlungen aus Investitionen	8.995.399 Euro
bei den Einzahlungen aus Finanzierungstätigkeit	5.100.000 Euro
bei den Auszahlungen aus Finanzierungstätigkeit	360.000 Euro

beschlossen.

3. Das Investitionsprogramm 2009 bis 2013 wird beschlossen.
4. Die Finanzplanung 2009 bis 2013 wird zur Kenntnis genommen.
5. Der Stellenplan für das Haushaltsjahr 2010 wird beschlossen.

Sach- und Rechtslage:

Es wird Bezug genommen auf die Vorlage 2009/150A. Mit dieser Vorlage hatte die Verwaltung bereits eine abschließende Haushaltsplanung zur Entscheidung vorgelegt. In der Sitzung des Finanz- und Wirtschaftsausschusses am 24.11.2009 ist darauf hingewiesen worden, dass die Haushaltsplanung aufgrund der schlechteren Daten für den Finanzausgleich und aufgrund der Absicht des Landkreises, die Kreisumlage anzuheben, komplett neu überarbeitet werden musste.

Aus der nachfolgenden Tabelle ist zu ersehen, dass sich durch die Veränderung der Kreisumlage und den neuen Daten zum Finanzausgleich für den Haushalt eine zusätzliche Belastung von 826.844 Euro ergeben hat. Wo sich konkret diese Veränderungen eingestellt haben, ist in der nachstehenden Aufstellung in der rechten Spalte zu ersehen.

Produkt: P1.03.03.611000.000
Steuern, allgemeine Zuweisungen, allgemeine Umlagen

Allgemeine Deckungsmittel		2009		2010		veranschlagte
Sachkonto		Ansatz	Ergebnis (voraussichtlich)	Ansatz alt	Ansatz neu	Änderungen
301100	Grundsteuer A	140.000,00	134.841,62	138.000,00	138.000,00	0,00
301200	Grundsteuer B	2.150.000,00	2.195.041,67	2.245.000,00	2.245.000,00	0,00
301300	Gewerbsteuer	5.600.000,00	5.549.735,56	5.900.000,00	5.600.000,00	-300.000,00
302100	Einkommensteuerbet.	5.150.000,00	5.175.902,00	4.300.000,00	4.500.000,00	200.000,00
302200	Umsatzsteuerbet.	401.500,00	421.619,00	421.600,00	421.600,00	0,00
303100	Vergnügungssteuer	22.000,00	23.847,00	23.500,00	23.500,00	0,00
303200	Hundesteuer	52.000,00	52.629,93	53.000,00	53.000,00	0,00
311100	Schlüsselzuweisungen	2.180.900,00	3.404.792,00	3.256.061,00	2.540.926,00	-715.135,00
313100	Zusch. übertr. WK	327.227,00	346.285,75	337.596,00	336.797,00	-799,00
	Summe	16.023.627,00	17.304.694,53	16.674.757,00	15.858.823,00	

434100	Gewerbsteuerumlage	1.210.400,00	-1.163.386,00	1.332.258,00	1.282.581,00	-49.677,00
437200	Kreisumlage	5.379.500,00	-5.735.560,00	5.402.277,00	5.462.864,00	*) 60.587,00
	Summe	6.589.900,00	-6.898.946,00	6.734.535,00	6.745.445,00	
	Saldo	9.433.727,00	24.203.640,53	9.940.222,00	9.113.378,00	

Neue Belastung nach 1. Entwurf: 826.844,00

*) Die Anhebung der Kreisumlage um einen Prozentpunkt belastet die Gemeinde mit ca. 150.000 Euro. Tatsächlich wird in dieser Tabelle nur eine Belastung von 60.587 Euro ausgewiesen. Das liegt daran, dass die Schlüsselzuweisungen und die Kreisumlage eine Wechselwirkung haben. Wenn die Schlüsselzuweisungen sinken, reduziert sich auch die Kreisumlage. Im Zeitpunkt, als die Verwaltung die Politik über die Auswirkungen der Kreisumlagenanhebung informiert hat, war noch nicht bekannt, dass die Schlüsselzuweisungen so stark einbrechen. Die Belastung für den gemeindlichen Haushalt findet sich deshalb jetzt also bei der Kreisumlage und bei den Schlüsselzuweisungen.

Das neue Defizit in Höhe von 826.844 Euro musste in der Haushaltsplanung im Ergebnis in voller Höhe ausgeglichen werden, weil der mit Vorlage 2009/150A vorgelegte Haushaltsplan keine „Reserven“ enthielt, die zum neuerlichen Ausgleich hätten verwendet werden können. Soweit größere Baumaßnahmen als Unterhaltungsmaßnahmen im Ergebnishaushalt als Aufwand veranschlagt waren, wurden diese als Investitionen in den Finanzhaushalt – Bereich Investitionen – übernommen, wenn es noch für vertretbar gehalten wurde, nicht nur Unterhaltung, sondern auch eine Gebäudewertverbesserung in die Baumaßnahme zu integrieren. Die übrigen Veränderungen ergeben sich schwerpunktmäßig aus der nachstehenden Aufstellung; die Änderungen im Einzelnen können den Anlagen fünf bis acht entnommen werden.

Hauptbereiche der Einsparungen und Einnahmekorrekturen

Aufwendungen			Einsparsumme	
	Dienstaufw. AN	P1.05.01.312900	39.200	Einsparung Stelle Arbeitslosenvermittlung durch Landkreisbesetzung
421200	Unterh.so.unbew.V	P1.06.00.541100.001	170.000	
	Dienstaufw. AN	P1.06.00.541100.001	41.400	Streichung "Deckenprogramm", Programm "Glatte Gehwege" (Sachkosten)
	Unterhaltung Gebäude insgesamt		457.100	
	Unterhaltung Grundstücke insgesamt		40.540	Streichung "Deckenprogramm", Programm "Glatte Gehwege"
Ergebnis:			790.240	

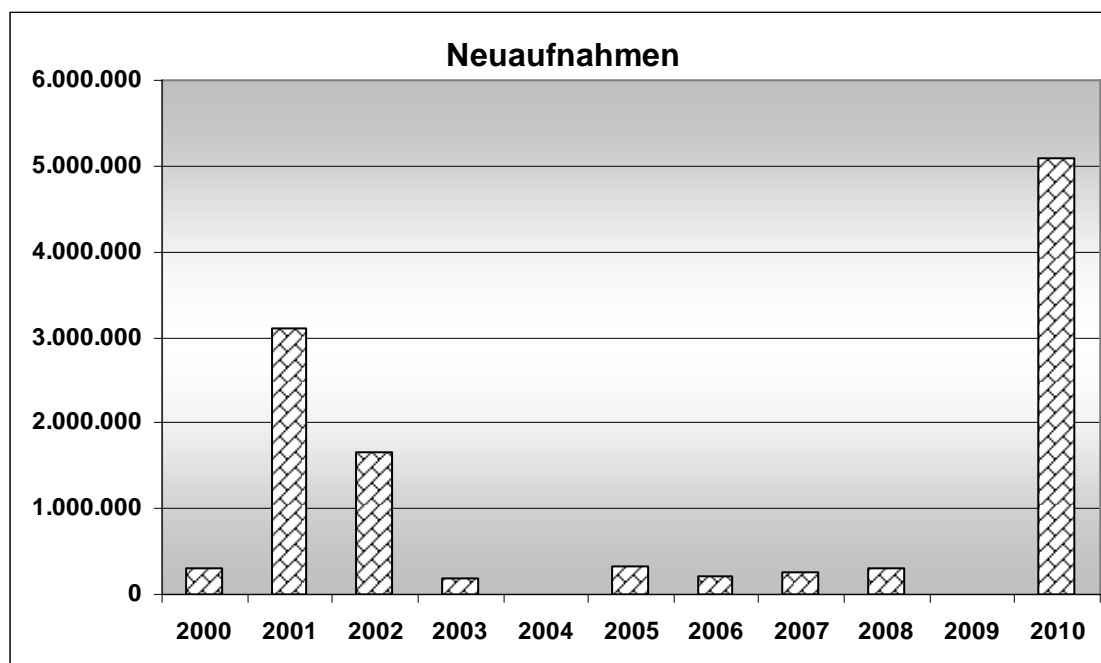
Nicht nur „Streichung“, sondern teilweise auch Übertragung in den Investitionsbereich, siehe oben.

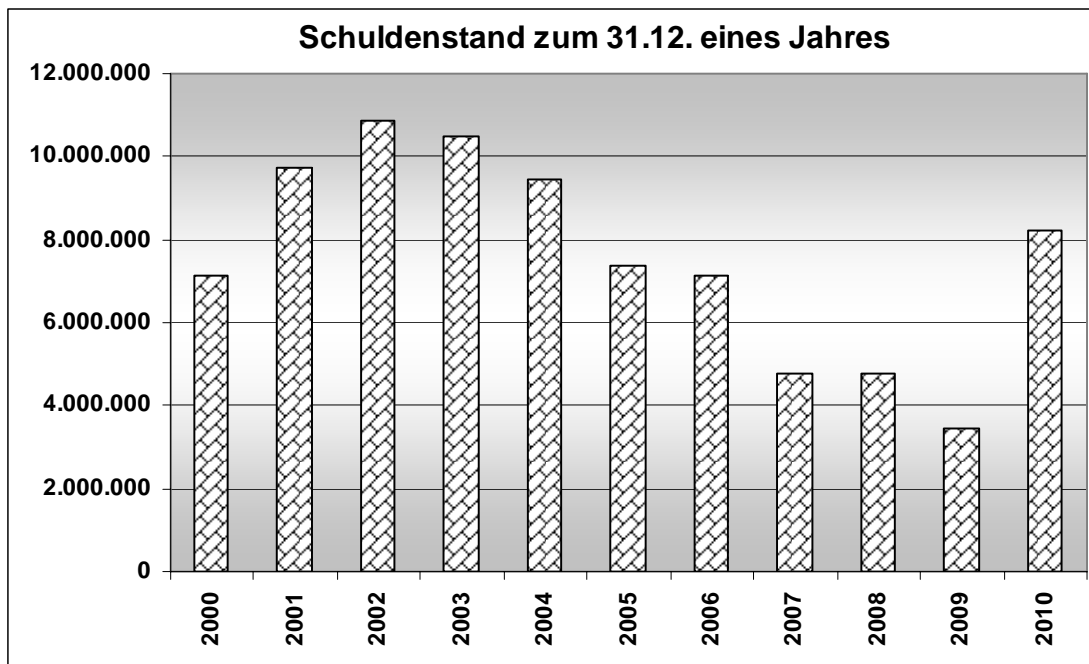
Damit sind die gesetzlichen und verordnungsrechtlichen Anforderungen an den Haushalt erfüllt:

- Der Ergebnishaushalt ist in Erträgen und Aufwendungen ausgeglichen. Er weist einen Überschuss in Höhe von 405.173 Euro aus.
- Der Bereich laufende Verwaltung des Finanzhaushaltes weist einen Überschuss, in Höhe von 372.446 Euro aus. Die ordentliche Tilgung ist mit 360.000 Euro veranschlagt, sodass der Bereich laufende Verwaltung des Finanzhaushaltes planmäßig einerseits die ordentliche Tilgung decken kann und andererseits einen Überschuss für Investitionen in Höhe von 12.446 Euro erwirtschaftet.

Außerdem wurde das Ziel erreicht, die Steuerhebesätze nicht anzuheben.

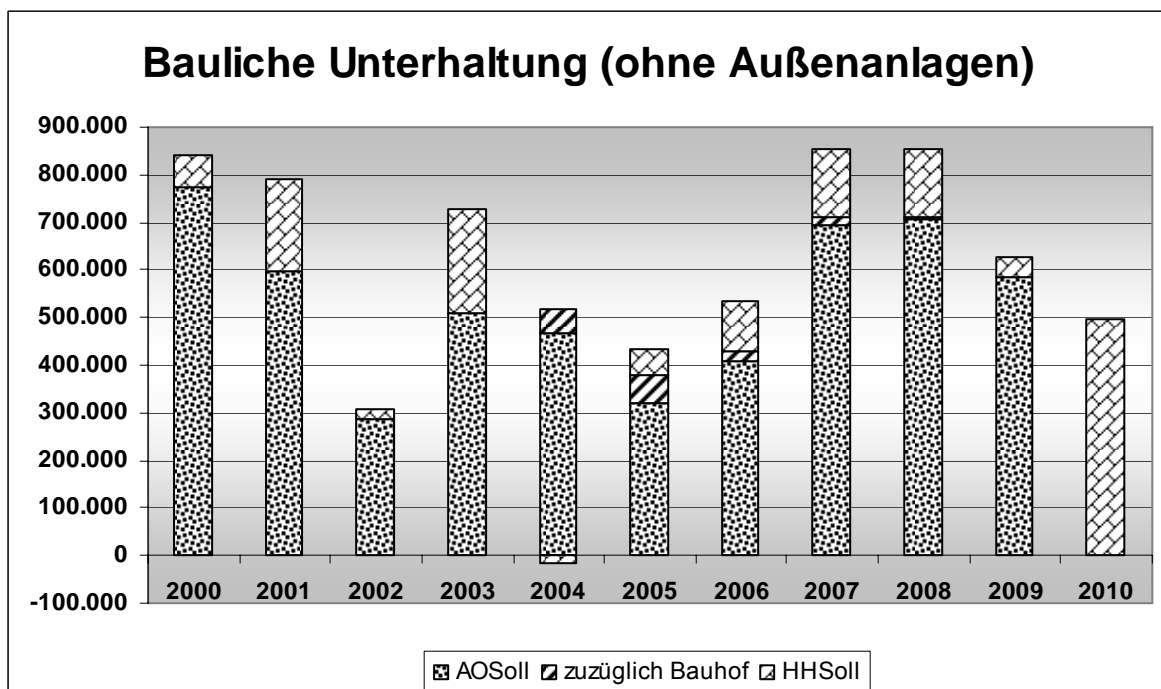
Trotz Übertragung von Baumaßnahmen aus dem Ergebnishaushalt in den Bereich Investitionen ergibt sich keine Erhöhung der Kreditaufnahme gegenüber dem ersten Haushaltsplanentwurf. Die ursprünglich veranschlagten 5,4 Mio. Euro wurden auf 5,1 Mio. Euro reduziert. Dies liegt insbesondere daran, dass in größerem Umfang Grundstücke verkauft werden können und auch bei Baumaßnahmen geringere Kosten veranschlagt werden konnten.

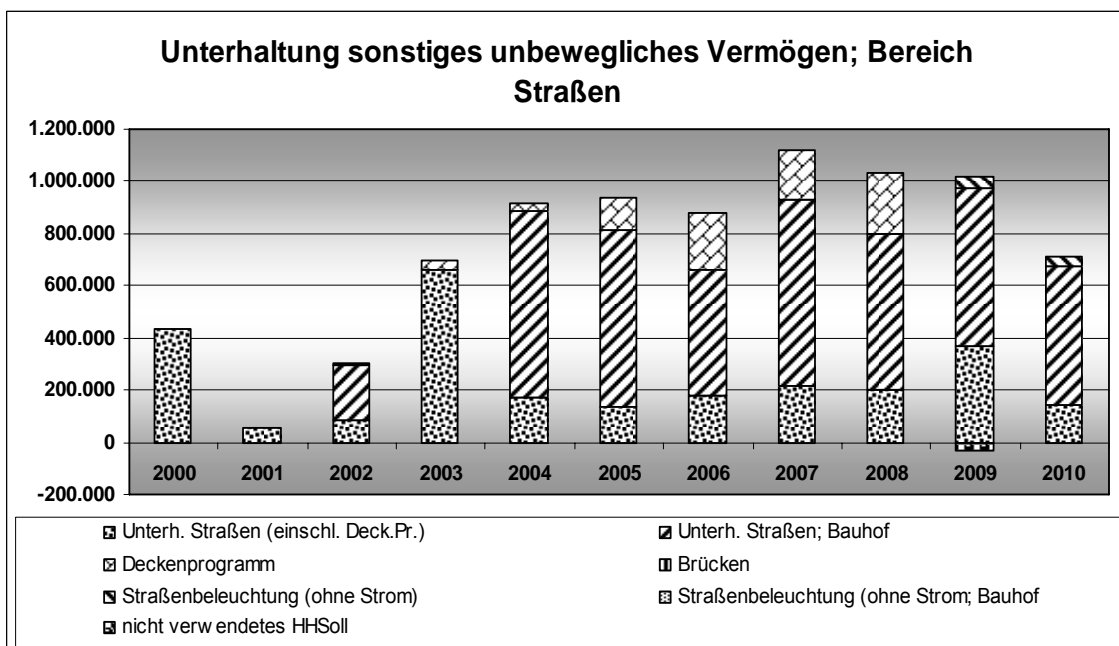
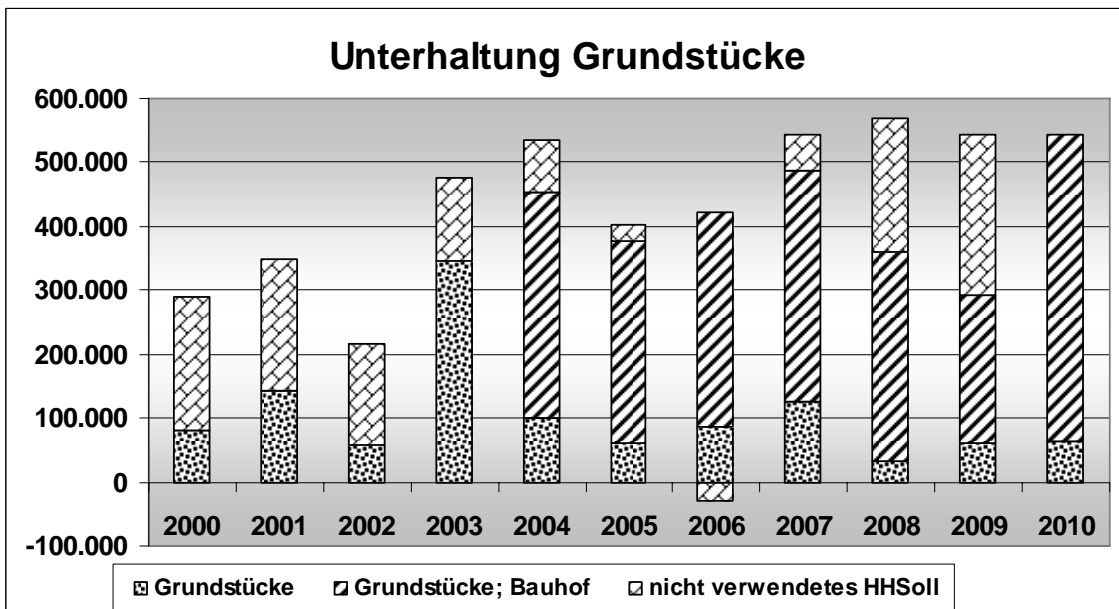
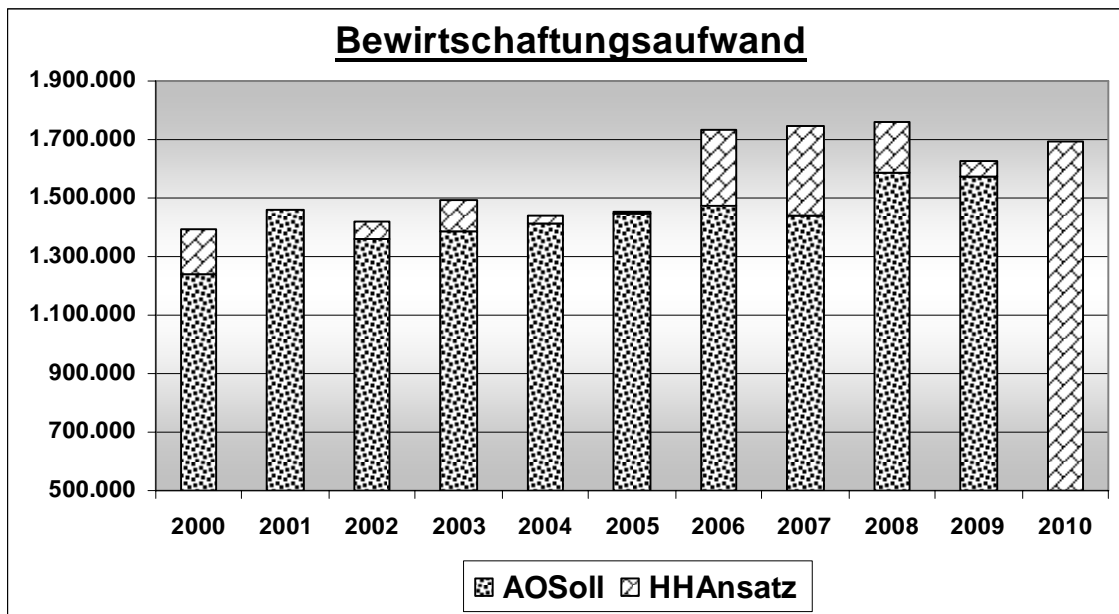


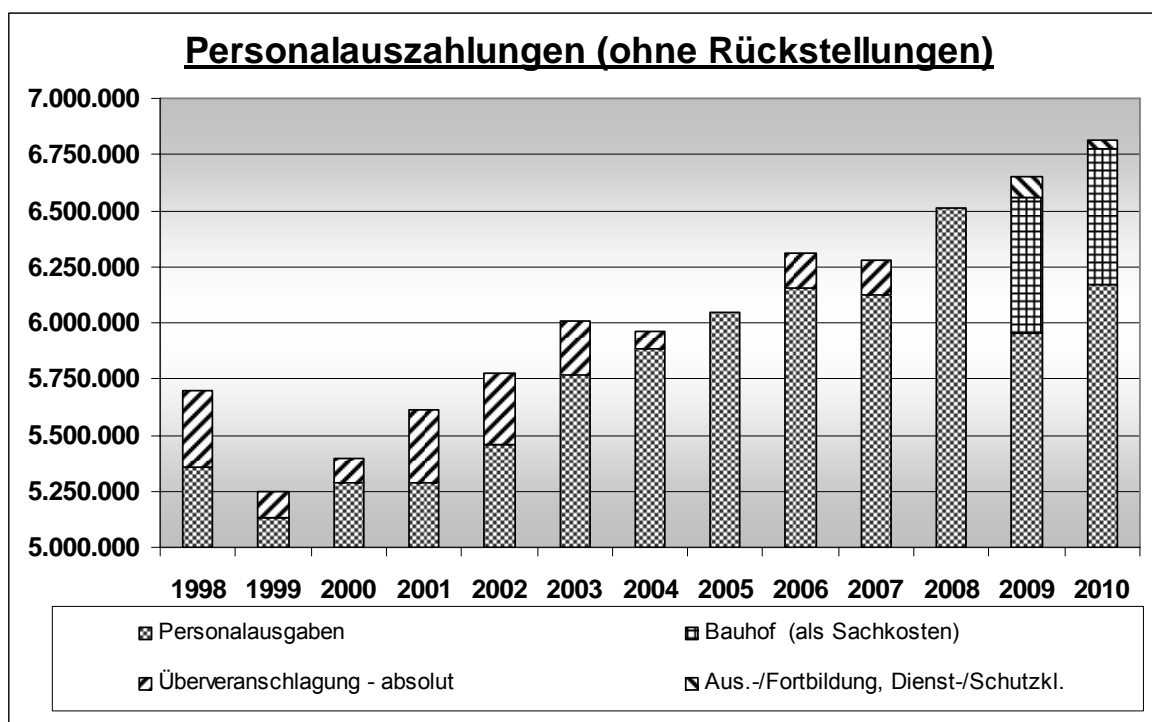
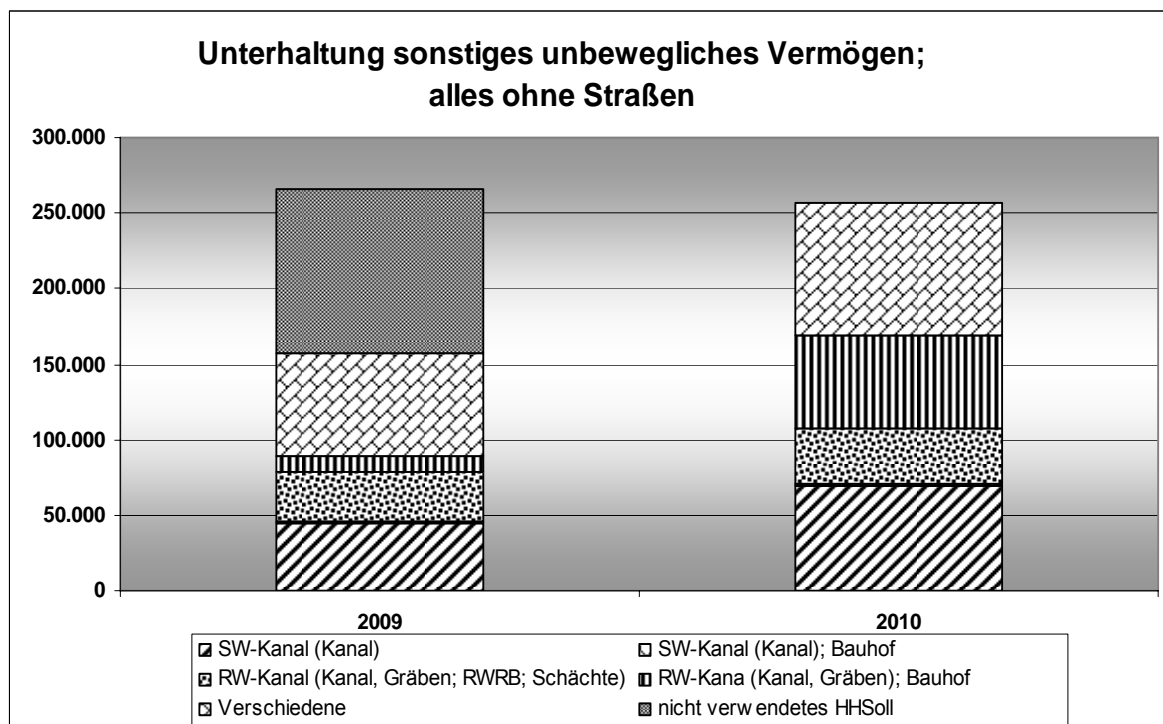


Die neue Belastung für den Haushalt 2010 konnte im Wesentlichen nur durch planerische Ausgabendisziplin aufgefangen werden. Wie so oft sind es insbesondere die Unterhaltungsmaßnahmen, die von den Ausgabenkürzungen betroffen sind. Die Verwaltung ist sich bewusst darüber, dass ein ungebremses Kürzen dieser Aufwandsarten nicht möglich ist, wenn man Wertverluste mit Sonderabschreibungen vermeiden will.

Grafisch sehen die Planungen in Schwerpunktbereichen wie folgt aus. Die nachstehenden Grafiken betrachten ausschließlich die Liquiditätsentwicklung und berücksichtigen das Ergebnis des Finanzhaushaltes 2009. Größere Änderungen werden für die Finanzrechnung allerdings nicht erwartet.







Wie sich die Haushaltsplanung 2010 umsetzen lässt, muss abgewartet und kritisch beobachtet werden. Mit relativen Ungenauigkeiten behaftet ist insbesondere die Einnahmeentwicklung.

Mindestens genauso wichtig ist ein Ausblick auf die Haushaltsplanung 2011. Der Haushaltsausgleich für den Haushalt 2010 wurde im Grunde „nur“ durch Ausgabenkürzung erreicht. Strukturelle Veränderungen konnten dabei noch nicht umgesetzt werden.

Ausblickend auf die kommenden Jahre wird es darauf ankommen, strukturelle Überlegungen anzustellen und umzusetzen, um dauerhaft einen ausgeglichenen Haushalt aufstellen zu können. Fragen der Standards werden dabei eine Rolle spielen. Genauso kritisch wird die Einnahmeseite zu prüfen sein.

Die Verwaltung legt Wert auf die Feststellung, dass – ohne es offiziell so zu bezeichnen oder beschließen zu lassen – sich die Gemeinde in einem Konsolidierungsprozess befindet. Berücksichtigt man die Ausgangsplanungen für den Haushalt 2010 und das Ergebnis, so ist festzustellen, dass in erheblichem Maße Ausgabendisziplin ausgeübt wurde. Anhand eines Vergleichs der Planungszahlen aus den verschiedenen Planungsphasen lässt sich dokumentieren, wo es Veränderungen und sehr erhebliche Anstrengungen gegeben hat, den Haushaltsausgleich zu erzielen.

Finanzielle Auswirkungen:

Siehe Sach- und Rechtslage

Anlagen:

- Anlage 1 – Haushaltssatzung
- Anlage 2 – Gesamthaushalt (Ergebnis- und Finanzhaushalt)
- Anlage 3 – Investitionsprogramm 2010
- Anlage 4 – Investitionsprogramm 2010 – Änderungen
- Anlage 5 – Änderungen Bereich Produkte
- Anlage 6 – Änderungen Bereich Kostenstelle
- Anlage 7 – Liegenschaften Gebäude komplett
- Anlage 8 – Liegenschaften Grundstücke komplett
- Anlage 9 – Erläuterungen zum Stellenplan und Stellenplanübersicht
- Anlage 10 – Stellenplan

Haushaltssatzung der Gemeinde Rastede für das Haushaltsjahr 2010

Aufgrund des § 84 der Niedersächsischen Gemeindeordnung hat der Rat der Gemeinde Rastede in der Sitzung am 02.03.2010 folgende Haushaltssatzung beschlossen:

§ 1

Der Haushaltsplan für das Haushaltsjahr 2010 wird

1. im **Ergebnishaushalt**

mit dem jeweiligen Gesamtbetrag

1.1 der ordentlichen Erträge auf	23.953.212 Euro
1.2 der ordentlichen Aufwendungen auf	23.953.212 Euro
1.3 der außerordentlichen Erträge	0 Euro
1.4 der außerordentlichen Aufwendung auf	0 Euro

2. im **Finanzhaushalt**

mit dem jeweiligen Gesamtbetrag

2.1 der Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	21.711.628 Euro
2.2 der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	21.339.182 Euro
2.3 der Einzahlungen für Investitionstätigkeit	3.932.435 Euro
2.4 der Auszahlungen für Investitionstätigkeit	8.995.399 Euro
2.5 der Einzahlungen für Finanzierungstätigkeit	5.100.000 Euro
2.6 der Auszahlungen für Finanzierungstätigkeit	360.000 Euro

festgesetzt.

Nachrichtlich : Gesamtbetrag

- der Einzahlungen des Finanzhaushaltes	30.744.063 Euro
- der Auszahlungen des Finanzhaushaltes	30.694.581 Euro

1 a

Der Wirtschaftsplan des Optimierten Regiebetriebes Bauhof der Gemeinde Rastede für das Wirtschaftsjahr 2010 wird

im **Erfolgsplan**

in der Einnahme auf	1.326.910 Euro
in der Ausgaben auf	1.326.910 Euro

im **Vermögensplan**

in der Einnahme auf	437.500 Euro
in der Ausgaben auf	437.500 Euro

festgesetzt.

§ 2

Der Gesamtbetrag der vorgesehenen Kreditaufnahmen für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen (Kreditermächtigung) wird auf 5.100.000 Euro festgesetzt.

§ 2 a

Der Gesamtbetrag der vorgesehenen Kreditaufnahmen für Investitionen im Vermögensplan des Optimierten Regiebetriebes Bauhof der Gemeinde Rastede wird auf 0 Euro festgesetzt.

§ 3

Der Gesamtbetrag der Verpflichtungsermächtigungen wird auf 0 Euro festgesetzt.

§ 3 a

Der Gesamtbetrag der Verpflichtungsermächtigungen des Optimierten Regiebetriebes Bauhof der Gemeinde Rastede wird auf 0 Euro festgesetzt.

§ 4

Der Höchstbetrag, bis zu dem im Haushaltsjahr 2010 Liquiditätskredite zur rechtzeitigen Leistung von Auszahlungen in Anspruch genommen werden dürfen, wird auf 1.500.000 Euro festgesetzt.

§ 5

Die Steuersätze (Hebesätze) für die Realsteuern werden für das Haushaltsjahr 2010. wie folgt festgesetzt :

1. Grundsteuer

1.1 für die land- und forstwirtschaftlichen Betriebe (Grundsteuer A)	280 v. H.
1.2 für die Grundstücke (Grundsteuer B)	300 v. H.

2. Gewerbesteuer	310 v. H.
------------------	-----------

Rastede, den 02.03.2010

Decker
Bürgermeister

Haushaltsplan 2010

Ergebnishaushalt

Erträge und Aufwendungen	Ergebnis 2008 – Euro –	Ansatz 2009 – Euro –	Ansatz 2010 – Euro –	Ansatz 2011 – Euro –	Ansatz 2012 – Euro –	Ansatz 2013 – Euro –
Ordentliche Erträge						
01. Steuern und ähnliche Abgaben		-13.515.500	-12.981.100	-13.364.400	-14.014.800	-14.399.600
02. Zuwendungen u. allgemeine Umlagen		-3.763.500	-4.219.573	-5.011.750	-5.016.750	-5.021.750
03. Auflösungserträge aus Sonderposten		-1.110.665	-1.550.229	-1.545.965	-1.545.965	-1.545.965
04. sonstige Transfererträge	0,00	-180.000	-184.500	-184.500	-184.500	-184.500
05. öffentlich-rechtliche Entgelte		-2.968.129	-2.933.079	-2.860.735	-2.860.735	-2.860.735
06. privatrechtliche Entgelte		-532.007	-1.406.950	-990.600	-918.600	-584.600
07. Kostenerstattungen und Kostenumlagen	0,00	-713.450	-684.900	-667.600	-656.600	-667.600
08. Zinsen und ähnliche Finanzerträge		-141.100	-55.781	-78.388	-77.977	-77.544
09. aktivierte Eigenleistung						
10. Bestandsveränderungen			441.000	361.000	380.000	275.000
11. sonstige ordentliche Erträge	0,00	-365.250	-378.100	-378.800	-378.800	-378.800
12.= Summe ordentliche Erträge	0,00	-23.289.601	-23.953.212	-24.721.738	-25.274.727	-25.446.094
Ordentliche Aufwendungen						
13. Aufwendungen für aktives Personal		5.802.695	6.239.076	6.434.000	6.423.000	6.400.700
14. Aufwendungen für Versorgung			6			
15. Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	0,00	5.714.422	5.292.817	4.466.392	4.420.072	4.454.492
16. Abschreibungen		2.079.363	2.138.046	2.138.046	2.138.046	2.138.046
17. Zinsen und ähnliche Aufwendungen		310.000	265.000	430.200	523.200	511.600
18. Transferaufwendungen	0,00	8.121.300	8.391.745	8.759.300	8.739.300	8.759.300
19. sonstige ordentliche Aufwendungen		1.235.211	1.221.349	1.223.127	1.214.427	1.218.627
20. Überschuss gem. § 15 Abs. 5 GemHKVO		26.610	405.173	1.270.673	1.816.682	1.963.329
21.= Summe ordentliche Aufwendungen	0,00	23.289.601	23.953.212	24.721.738	25.274.727	25.446.094
abzüglich Überschuss gem. § 15 Abs. 5 GemHKVO		26.610	405.173	1.270.673	1.816.682	1.963.329
22. ordentliches Ergebnis	0,00	-26.610	-405.173	-1.270.673	-1.816.682	-1.963.329
23. außerordentliche Erträge		-1.200	0			
24. außerordentliche Aufwendungen	0,00	0				
25. Überschuss gem. § 15 Abs. 6 GemHKVO		1.200				
26. Summe aus Zeile 24 und 25	0,00	1.200				
abzüglich Überschuss gem. § 15 Abs. 6 GemHKVO		1.200				
27. außerordentliches Ergebnis	0,00	-1.200	0			
28. Jahresergebnis	0,00	-27.810	-405.173	-1.270.673	-1.816.682	-1.963.329

29. Summe der Jahresfehlbeträge aus Vorjahren gem. § 2 Abs. 6 GemHKVO						
Fortgeschriebenes Jahresergebnis	0,00	-27.810	-405.173	-1.270.673	-1.816.682	-1.963.329

Finanzhaushalt

Einzahlungen und Auszahlungen	Ergebnis 2008 – Euro –	Ansatz 2009 – Euro –	Ansatz 2010 – Euro –	Ansatz 2011 – Euro –	Ansatz 2012 – Euro –	Ansatz 2013 – Euro –
Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit						
01. Steuern und ähnliche Abgaben		-13.515.500	-12.981.100	-13.364.400	-14.014.800	-14.399.600
02. Zuwendungen und allgemeine Umlagen		-3.763.500	-4.219.573	-5.011.750	-5.016.750	-5.021.750
03. sonstige Transfereinzahlungen		-180.000	-184.500	-184.500	-184.500	-184.500
04. öffentlich-rechtliche Entgelte		-2.968.129	-2.933.079	-2.860.735	-2.860.735	-2.860.735
05. privatrechtliche Entgelte		-533.207	-186.950	-3.600	-3.600	-3.600
06. Kostenerstattungen und Kostenumlagen		-713.450	-684.900	-667.600	-656.600	-667.600
07. Zinsen und ähnliche Einzahlungen		-141.100	-55.781	-78.388	-77.977	-77.544
08. Einzahl. aus d. Veräußerung geringwert. Vermögensgegenstände						
09. sonstige haushaltswirksame Einzahlungen		-505.584	-465.745	-460.700	-460.700	-460.700
10. = Summe der Einzahlungen aus lfd. Verwaltungstätigkeit		-22.320.470	-21.711.628	-22.631.673	-23.275.662	-23.676.029
Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit						
11. Auszahlungen für aktives Personal		5.831.467	6.084.900	6.284.000	6.273.000	6.250.700
12. Auszahlungen für Versorgung			6			
13. Auszahl. f. Sach- u. Dienstl. u. GVG		5.701.822	5.292.517	4.466.392	4.420.072	4.454.492
14. Zinsen und ähnliche Auszahlungen		310.000	265.000	430.200	523.200	511.600
15. Transferauszahlungen		8.121.300	8.391.745	8.759.300	8.739.300	8.759.300
16. sonstige haushaltswirksame Auszahlungen		1.457.988	1.305.014	1.299.027	1.290.327	1.294.527
17. = Summe der Auszahlungen aus lfd. Verwaltungstätigkeit		21.422.577	21.339.182	21.238.919	21.245.899	21.270.619
18. Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit		-897.893	-372.446	-1.392.754	-2.029.763	-2.405.410
Einzahlungen für Investitionstätigkeit						
19. Zuwendungen für Investitionstätigkeit		-288.700	-1.482.092	-77.700	-43.400	-6.400
20. Beiträge u.ä. Entgelte für Investitionstätigkeit		-1.502.322	-733.500	-259.000	-979.000	-199.000
21. Veräußerung von Sachvermögen		-1.282.500	-1.709.000	-1.089.300	-1.080.600	-746.700
22. Veräußerung von Finanzvermögensanlagen						
23. sonstige Investitionstätigkeit		-10.000	-7.843	-8.235	-8.647	-9.079
24. = Summe der Einzahlungen für Investitionstätigkeit		-3.083.522	-3.932.435	-1.404.235	-1.721.647	-961.179
Auszahlungen für						

Investitionstätigkeiten						
25. Erwerb von Grundstücken und Gebäuden		5.741.000	851.900	785.200	200	2.000
26. Baumaßnahmen		6.491.577	7.399.100	2.709.100	880.000	440.000
27. Erwerb von beweglichen Sachvermögen		341.487	397.299	356.020	431.250	129.520
28. Erwerb von Finanzvermögensanlagen						
29. Aktivierbare Zuwendungen		323.800	280.100	118.300	59.800	59.800
30. Sonstige Investitionstätigkeit		44.600	67.000	67.000	67.000	201.000
31. = Summe der Auszahlungen für Investitionstätigkeit		12.942.464	8.995.399	3.985.620	1.438.250	698.320
32. Saldo aus Investitionstätigkeit		9.858.942	5.062.964	2.581.385	-283.397	-262.859
33. Finanzierungsmittel-Überschuss/-Fehlbetrag		8.961.049	4.690.518	1.188.631	-2.313.160	-2.668.269
Ein-, Auszahlungen aus Finanzierungstätigkeit						
34. Einzahlungen; Aufnahme von Krediten und inneren Darlehen für Investitionstätigkeit		-8.690.100	-5.100.000	-2.978.723		
35. Auszahlungen; Tilgung von Krediten und Rückzahlung von inneren Darlehen für Investitionstätigkeit		1.416.600	360.000	1.779.123	450.200	430.500
36. Saldo aus Finanzierungstätigkeit		-7.273.500	-4.740.000	-1.199.600	450.200	430.500
37. Summe der Salden aus Zeile 33 und 36		1.687.549	-49.482	-10.969	-1.862.960	-2.237.769
38. voraussichtl. Bestand an Zahlungsmitteln am Anfang des Haushaltsjahres			-370.000	-419.482	-430.451	-2.293.411
39. voraussichtl. Bestand an Zahlungsmitteln am Ende des Haushaltsjahres		1.687.549	-419.482	-430.451	-2.293.411	-4.531.180

Investitionsprogramm 2010

Planungsjahre			Haushaltsreste	2010	2011		2012		2013		Nr. I-PSP-Element
				Plan	Plan	VE	Plan	VE	Plan	VE	
P1.01.00.1111	TH1_01	Gemeindeorgane	110000	2010 Zuschuss EDV-Ausstattung Ratsmitglieder	1.500						I1.000010.525
				2011 Zuschuss EDV-Ausstattung Ratsmitglieder	10.000						I1.000012.525
				2012 Zuschuss EDV-Ausstattung Ratsmitglieder			1.500				I1.000013.525
				2013 Zuschuss EDV-Ausstattung Ratsmitglieder					1.500		I1.0000444.525
P1.03.02.1112	TH3_01	Organisation und Einrichtungen für die gesamte Verwaltung	310000	2010 Sammelposten Inventar	5.000						I1.000014.510
				2009 Sammelposten Inventar	900,10						I1.000007.510
				2011 Sammelposten Inventar		10.000					I1.000015.510
				2012 Sammelposten Inventar			10.000				I1.000016.510
				2013 Sammelposten Inventar					10.000		I1.000445.510
				Gebäudeinformationssystem (Software)	30.000,00						I1.000379.510
				Windows-Server-Software							I1.000587.510
				Ersatz-Novell-Server							I1.000588.510
				AutoCAD-Software	2.500						I1.000589.510
				Parkplatzerweiterung Rathaus	153,46						I1.000412.500
				Objekt: Sanierung Rathaus							
				- Fahrstuhl	19.972,67						I1.000001.500
				- Sicherheitslichtanlage	3.464,17						I1.000149.500
				- Brandschutztüren	10.621,56						I1.000002.500
P1.03.01.5710	TH3_03	Wirtschaftsförderung	330000	Objekt: Gewerbegebiet nördlich Raiffeisenstraße							
				- Ankauf Flächen	70.000	0					I1.000284.510
				Objekt: Gewerbegebiet Wahnbek							
				- Ankauf Flächen							I1.000285.510
				Verkauf Gewerbeflächen (allgemein) 2010	-165.000						I1.000289.565
				Verkauf Gewerbeflächen (allgemein) 2011		-165.000					I1.000290.565
				Verkauf Gewerbeflächen (allgemein) 2012			-165.000				I1.000292.565
				Verkauf Gewerbeflächen (allgemein) 2013					-165.000		I1.000590.565
				Stand Schild Gewerbe-Industriegebiet AK OL-Nord							I1.000581.510
				Stand Schild Gewerbegeb. Leuchtenburg III		7.500					I1.000582.510
				Zuschuss Schmutzwasserbeitrag in Gewerbegebieten 2010	21.000						I1.000364.525

Investitionsprogramm 2010

--	--	--

P1.04.02.1116	TH4_01	Liegenschaften
---------------	--------	----------------

P1.04.02.5220	TH4_01	Wohnbauförderung
---------------	--------	------------------

Planungsjahre	Haushaltsreste	2010	2011		2012		2013		Nr. I-PSP-Element
		Plan	Plan	VE	Plan	VE	Plan	VE	
Zuschuss Schmutzwasserbeitrag in Gewerbegebieten 2011			21.000						I1.000365.525
Zuschuss Schmutzwasserbeitrag in Gewerbegebieten 2012					21.000				I1.000484.525
Zuschuss Schmutzwasserbeitrag in Gewerbegebieten 2013							21.000		I1.000485.525
Zuschuss "Belebung Innenstädte 2008"	4.000,00								I1.000637.525
Zuschuss an private Unternehmen 2010		20.000							I1.000367.525
Zuschuss an private Unternehmen 2011			20.000						I1.000368.525
Zuschuss an private Unternehmen 2012					20.000				I1.000486.525
Zuschuss an private Unternehmen 2013							20.000		I1.000487.525
Ankauf Flächen, Gew.geb. Tannenkrugstr.									I1.003001.510
410000	Verkauf von sonst. Grundstücken	-310.000	-100		-100		-100		I1.000377.565
	Erwerb von Grundstücken	300	100		100		1.000		I1.000401.500
	Erwerb von Straßengrundstücken	100	100		100		1.000		I1.000402.500
	Zuschuss Kleingartenparzellen Buschweg								I1.000420.525
410500	Objekt: BPlan 80								
	- Ankauf								
	- Verkauf	-60.700	0		0		0		I1.000345.565
	Objekt: BPlan 63 F								
	- Ankauf								I1.000346.500
	- Verkauf	-347.000	-258.400		-213.200		-59.700		I1.000346.565
	Objekt: BPlan 79								
	- Ankauf (1.BA)								I1.000348.500.001
	- Verkauf (1.BA)	-161.000	-111.200		-122.500		-49.200		I1.000348.565.001
	- Ankauf (2.BA)								I1.000348.500.002
	- Verkauf (2.BA)	-246.000	-143.800		-105.700		-49.200		I1.000348.565.002
	- Ankauf (3.BA)	96.500							I1.000348.500
	- Verkauf (3.BA)	-404.800	-404.800		-404.800		-104.000		I1.000348.565
	- Ankauf (4.BA)	685.000							I1.000348.500.003
	- Verkauf (4.BA)						-147.600		I1.000348.565.003
	Objekt: BPlan 78 B								
	- Ankauf		555.000						I1.000349.500
	- Verkauf		0		-69.300		-69.300		I1.000349.565
	Objekt: BPlan 84								
	- Ankauf		230.000						I1.000350.500
	- Verkauf						-102.600		I1.000350.565
	Objekt: BPlan 79								
	- Ankauf (1.BA) (einschl. Verk.Werbung)	443.139,92							I1.000348.500.001
	Objekt: Bplan Havelstr.- Ankauf	35.000,00							I1.000639.500

Investitionsprogramm 2010

Planungsjahre			Haushaltsreste	2010	2011		2012		2013		Nr. I-PSP-Element
				Plan	Plan	VE	Plan	VE	Plan	VE	
P1.05.01.3651	TH5_011	KiGa Loy	511150	2010 Sammelposten		1.400					11.000069.510
				2011 Sammelposten			1.250				11.000070.510
				2012 Sammelposten				1.250			11.000071.510
				2013 Sammelposten					1.000		11.000446.510
				Anschaffung Trampolin			4.000	0		0	11.000509.510
				Anschaffung Wackelbrücke			3.000	0		0	11.000510.510
				Anschaffung Kinderspielküche							11.000493.510
				Anschaffung Wäschetrockner							11.000494.510
				Anschaffung Waschmaschine							11.000495.510
				Beschaffung eines Gerätehauses als Ersatz für die abgängige Hütte			8.000				11.000558.510
P1.05.01.3652	TH5_011	KiGa Marienstraße	511150	2010 Sammelposten		1.450					11.000073.510
				2011 Sammelposten			1.370				11.000074.510
				2012 Sammelposten				1.400			11.000075.510
				2013 Sammelposten					3.200		11.000447.510
				Anschaffung Balancierbalken				1.400			11.000511.510
				Anschaffung einer Geschirrspülmaschine			1.200				11.000491.510
P1.05.01.3653	TH5_011	KiGa Mühlenstraße	511150	2010 Sammelposten		3.700					11.000077.510
				2011 Sammelposten			5.850				11.000078.510
				2012 Sammelposten				4.800			11.000079.510
				2013 Sammelposten					4.570		11.000448.510
				Schrank für die Oase							11.000080.510
				Anschaffung Spielgerät (Wackeltier)		1.500	0	0		0	11.000498.510
				Anschaffung Spielgerät (Reckstange)		3.000	0	0		0	11.000499.510
				Anschaffung Vogelnechtschaukel			4.500	0		0	11.000508.510
				Zaunanlage (Erweiterung Spielplatz)			0	10.000		0	11.000507.510
				Anschaffung einer Geschirrspülmaschine			1.300				11.000505.510
				Objrkt: KP II, Herrichtung Räume Kiga Mühlenstr.							
				- KP II, Herrichtung Räume Kiga Mühlenstr.							11.000415.500
				- KP II, Zuschuss Herrich. Räume Kiga Mühl.							11.000415.555
P1.05.01.3654	TH5_011	KiGa Neusüdende	511150	2010 Sammelposten		1.500					11.000082.510
				2011 Sammelposten			1.500				11.000083.510
				2012 Sammelposten				1.500			11.000084.510
				2013 Sammelposten					1.500		11.000449.510
P1.05.01.3655	TH5_011	KiGa Voßbarg (einschl. Gymnastikraum)	511150	2010 Sammelposten		3.300					11.000086.510
				2011 Sammelposten			2.650				11.000087.510
				2012 Sammelposten				2.500			11.000088.510
				2013 Sammelposten					2.350		11.000450.510
				Anschaffung Bausteinweichböden (Set)		1.800					11.000492.510
				Anschaffung einer Geschirrspülmaschine				1.500			11.000496.510

Investitionsprogramm 2010

Planungsjahre			Haushaltsreste	2010	2011		2012		2013		Nr. I-PSP-Element
				Plan	Plan	VE	Plan	VE	Plan	VE	
P1.05.01.3656	TH5_011	Kiga Feldbreite	2010 Sammelposten		35.200						I1.000560.510
			2011 Sammelposten			2.000					I1.000561.510
			2012 Sammelposten				2.000				I1.000562.510
			2013 Sammelposten						2.000		I1.000563.510
			Objekt: KP II, Neubau Parkplatz Kiga/ Hort Feldbr.								
			- KP II, Neubau Parkplatz Kiga/ Hort	50.944,78							I1.000414.500
			- KP II, Zuschuss Parkplatz Kiga/ Hort Feldbr.								I1.000414.555
			Objekt: KP II, Neubau Kiga/ Hort Feldbreite								
			- KP II, Neubau Kiga/ Hort Feldbreite		1.050.000						I1.000413.500
			- KP II, Zuschuss Neubau Kiga/Hort Feldbr.		-426.950						I1.000413.555
P1.05.01.3657	TH5_011	Hort Feldbreite	2010 Sammelposten		16.100						I1.000564.510
			2011 Sammelposten			1.500					I1.000565.510
			2012 Sammelposten				1.500				I1.000566.510
			2013 Sammelposten						1.500		I1.000567.510
P1.05.01.3659000.001	TH5_011	Diakonisches Werk Hahn-Lehmden	Zuschuss Krippe Anbau Ruheraum/Behindertentoilette (Krippe)			50.000					I1.000591.525
			Zuschuss Krippe Anbau Ruheraum/Behindertentoilette (Land)			-44.000					I1.000592.555
			Zuschuss an Diak. Wahnb., Erweiterung	17.640,88							I1.000399.525
			Zuschuss an Diak. Wahnbek, Ersatz Spielgerät		8.000						I1.000596.525
P1.05.01.3659	TH5_011	Krippe Feldbreite	Objekt: Neubau Krippe								
			- Neubau Krippe		525.000						I1.000251.500
			- Zuschuss Neubau Krippe (Landkreis)		-76.600						I1.000251.555.001
			- Zuschuss Neubau Krippe (Land)		-390.000						I1.000251.555
			2010 Sammelposten		37.200						I1.000568.510
			2011 Sammelposten			2.000					I1.000569.510
			2012 Sammelposten				2.000				I1.000570.510
			2013 Sammelposten						2.000		I1.000571.510
P1.05.02.1261	TH5_02	Brandschutz; ohne Einzelfeuerwehr	2010 Sammelposten		18.000						I1.000538.510
			- Löschwasserstelle (Brunnen) Loy	6.000,00							I1.000342.500
				2.796,50							
P1.05.02.1262	TH5_02	Ortsfeuerwehr Rastede	2010 Sammelposten		5.900						I1.000019.510
			2011 Sammelposten			9.500					I1.000020.510
			2012 Sammelposten				9.500				I1.000021.510
			2013 Sammelposten						9.500		I1.000451.510
			1 Atemschutzgerät		1.400						I1.000533.510
			1 Wärmebildkamera			7.200					I1.000593.510
			1 Stabilisierungssystem für PKW		2.400						I1.000594.510
			Feuerwehrfahrzeug (Gerätewagen Logistik)				180.000				I1.000146.510

Investitionsprogramm 2010

Planungsjahre	Haushaltsreste	2010	2011		2012		2013		Nr. I-PSP-Element
		Plan	Plan	VE	Plan	VE	Plan	VE	
2010 Sammelposten		3.100							11.000023.510
2011 Sammelposten			5.800						11.000024.510
2012 Sammelposten					5.800				11.000025.510
2013 Sammelposten							5.800		11.000452.510
Anschaffung Gerätewagen		90.000							11.000535.510
2 Atemschutzgeräte		2.800							11.000536.510
1 Übungspuppe		1.500							11.000595.510
2010 Sammelposten		3.200							11.000026.510
2011 Sammelposten			5.000						11.000027.510
2012 Sammelposten					5.000				11.000028.510
2013 Sammelposten							5.000		11.000453.510
Beschaffung Wasserwerfer (BV)		3.600							11.000528.510
Tragkraftspritze			12.000						11.000159.510
2 Atemschutzgeräte		1.900							11.000532.510
Umbau Gerätewagen zum Tragkraftspr.-Fz.		8.000							11.000541.510
2010 Sammelposten		3.000							11.000540.510
2010 Sammelposten		6.100							11.000029.510
2011 Sammelposten			8.800						11.000030.510
2012 Sammelposten					8.800				11.000031.510
2013 Sammelposten							8.800		11.000454.510
Anschaffung Elektro-Druckbelüfter		3.000							11.000530.510
Schneidgerät Lukas S 530		4.300							11.000529.510
3 Atemschutzgeräte		4.200							11.000531.510
2010 Sammelposten		6.000							11.000032.510
2011 Sammelposten			7.800						11.000033.510
2012 Sammelposten					7.800				11.000034.510
2013 Sammelposten							7.800		11.000455.510
2010 Sammelposten		1.700							11.000539.510
Tragkraftspritze							12.000		11.000534.510
KSBK 2010									
- Kreisschulbaukasse-Beiträge 2010		67.000							11.000353.520
KSBK 2011									
- Kreisschulbaukasse-Beiträge 2011			67.000						11.000354.520
KSBK 2012									
- Kreisschulbaukasse-Beiträge 2012					67.000				11.000355.520
KSBK 2013									
- Kreisschulbaukasse-Beiträge 2013							67.000		11.000356.520

Investitionsprogramm 2010

P1.05.02.2111	TH5_021	Grundschule Feldbreite (ohne Schulbudget)
P1.05.02.2111	TH5_021	Grundschule Feldbreite (Schulbudget)

P1.05.02.2112	TH5_021	Grundschule Hahn-Lehmden (ohne Schulbudget)
P1.05.02.2112	TH5_021	Grundschule Hahn-Lehmden (Schulbudget)
P1.05.02.211200.002		
P1.05.02.2113	TH5_021	Grundschule Kleibrok (ohne Schulbudget)
P1.05.02.2113	TH5_021	Grundschule Kleibrok (Schulbudget)

Planungsjahre	Haushaltsreste	2010	2011		2012		2013		Nr. I-PSP-Element
		Plan	Plan	VE	Plan	VE	Plan	VE	
Objekt KP II, Medienausstatt. GS Feldbreite									I1.000440.510
- KP II, Medienausstatt. GS Feldbreite									
- KP II, Zusch. Medienausstatt.GS Feld.									I1.000440.555
2010 Sammelposten		500							I1.000542.510
2010 Sammelposten (Schulbudget)		1.000							I1.000036.510
2011 Sammelposten (Schulbudget)			1.000						I1.000037.510
2012 Sammelposten (Schulbudget)					1.000				I1.000038.510
2013 Sammelposten (Schulbudget)							1.000		I1.000456.510
Brandschutz und Strom	32.632,87	125.000	185.000		110.000				I1.000229.500
Zuschuss Brandschutz und Strom GS Hahn-Lehmden									I1.000229.555
Objekt KP II, Energetische Maßnahmen									
- KP II, Energetische Maßnahmen		175.000							I1.000617.500
- KP II, Zuschuss Energetische Maßnahmen		-27.542							I1.000617.555
Objekt KP II, Medienausstatt. Hahn- Lehmden									I1.000436.510
- KP II, Medienausstatt. Hahn- Lehmden									
- KP II, Zusch. Medienausstatt. Hahn-Lehmden									I1.000436.555
2010 Sammelposten (Schulbudget)		2.500							I1.000040.510
2011 Sammelposten (Schulbudget)			1.000						I1.000041.510
2012 Sammelposten (Schulbudget)					1.000				I1.000042.510
2013 Sammelposten (Schulbudget)							1.000		I1.000457.510
2009 Sammelposten (Schulbudget)	538,64								I1.000039.510
2010 Sammelposten		6.000							I1.000527.510
Anschaffung Trampolin			2.800						I1.000503.510
Sonnenschutzanlage Klassen 1 und 3	2.000,00								I1.000239.500
Sanierung von zwei Klassenräumen	1.200,00								I1.000231.500
Objekt KP II, Medienausstatt. Kleibrok									I1.000435.510
- KP II, Medienausstatt. Kleibrok									
- KP II, Zusch. Medienausstatt. Kleibrok									I1.000435.555
2010 Sammelposten (Schulbudget)		1.000							I1.000045.510
2011 Sammelposten (Schulbudget)			1.000						I1.000046.510
2012 Sammelposten (Schulbudget)					1.000				I1.000047.510
2013 Sammelposten (Schulbudget)							1.000		I1.000458.510

Investitionsprogramm 2010

Investitionsprogramm 2010			Planungsjahre	Haushaltsreste	2010	2011		2012		2013		Nr.		
					Plan	Plan	VE	Plan	VE	Plan	VE	I-PSP-Element		
P1.05.02.2114	TH5_021	Grundschule Leuchtenburg (ohne Schulbudget)		Objekt KP II, Medienausstatt. Leuchtenburg										
				- KP II, Medienausstatt. Leuchtenburg									I1.000439.510	
				- KP II, Zusch. Medienausstatt. Leuchtenburg									I1.000439.555	
P1.05.02.2114	TH5_021	Grundschule Leuchtenburg (Schulbudget)	521000	2010 Sammelposten (Schulbudget)	1.000							I1.000049.510		
				2011 Sammelposten (Schulbudget)		1.000						I1.000050.510		
				2012 Sammelposten (Schulbudget)				1.000				I1.000051.510		
				2013 Sammelposten (Schulbudget)						1.000		I1.000459.510		
				2009 Sammelposten (Schulbudget)	279,11							I1.000048.510		
P1.05.02.2115	TH5_021	Grundschule Loy (ohne Schulbudget)	521000	Objekt KP II, Medienausstatt. Loy										
				- KP II, Medienausstatt. Loy										I1.000438.510
				- KP II, Zusch. Medienausstatt. Loy										I1.000438.555
				GS Loy, Blockhaus Mellum, 4x4m (Spielh.)										I1.000374.510
P1.05.02.2115	TH5_021	Grundschule Loy (Schulbudget)	521000	2010 Sammelposten (Schulbudget)	1.000							I1.000054.510		
				2011 Sammelposten (Schulbudget)		1.000							I1.000055.510	
				2012 Sammelposten (Schulbudget)				1.000					I1.000056.510	
				2013 Sammelposten (Schulbudget)						1.000			I1.000460.510	
P1.05.02.2116	TH5_021	Grundschule Wahnbek (ohne Schulbudget)	521000	Errichtung eines Pavillons		4.500		0		0		I1.000497.500		
				Sonnenschutzanlage (3 Räume)									I1.000502.500	
				Sonnenschutz für Räume 21,22 und Klassen räume Ostseite		20.000							I1.000612.500	
				Objekt KP II, Medienausstatt. Wahnbek										
				- KP II, Medienausstatt. Wahnbek										I1.000437.510
		- KP II, Zusch. Medienausstatt. Wahnbek									I1.000437.555			
P1.05.02.2116	TH5_021	Grundschule Wahnbek (Schulbudget)	521000	2010 Sammelposten (Schulbudget)	1.000							I1.000058.510		
				2011 Sammelposten (Schulbudget)		1.000							I1.000059.510	
				2012 Sammelposten (Schulbudget)				1.000					I1.000060.510	
				2013 Sammelposten (Schulbudget)						1.000			I1.000461.510	

Investitionsprogramm 2010

Planungsjahre	Haushaltsreste	2010	2011		2012		2013		Nr. I-PSP-Element
		Plan	Plan	VE	Plan	VE	Plan	VE	

P1.05.02.2180	TH5_021	Gesamtschulen Gebäude Wilhelmstraße (ohne Schulbudget)	521000	2010 Sammelposten		26.000							I1.000062.510
				2011 Sammelposten			12.000						I1.000063.510
				Geschirrspülmaschine, Hobart, Mod.FXS-70N									I1.000378.510
				2012 Sammelposten				12.000					I1.000064.510
				2013 Sammelposten (Schulbudget)						12.000			I1.000462.510
				2009 Sammelposten	2.686,48								I1.000061.510
				Objekt KP II, San. Altbautrakt Bahnhofstr.(KGS)									
				- KP II, San. Altbautrakt Bahnhofstr.(KGS)									I1.000419.500
				- KP II, Zusch.San. Altbautrakt Bahnhofstr									I1.000419.555
				Umbau und Erweiterung Musikbereich (R. 179-182)		39.000							
				Fenstersanierung mit Werverbesserung Altbau		50.000							
				Komplettsanierung Räume 108,108.1,208,208.1		30.000							
P1.05.02.2180	TH5_021	Gesamtschulen Gebäude Feldbreite (ohne Schulbudget)	521000	Planungskosten Energiekonzept		30.000	200.000		200.000		200.000		
				- Einbau Sonnenschutzanlage (Gebäude Feldbreite)		86.000							I1.000241.500
				- Zuschuss KSBK Einbau Sonnenschutzanlage		-12.000							I1.000241.555
				Objekt: KP II, Neubau Schulsportfläche Feldbr.									
				- KP II, Neubau Schulsportfläche Feldbr.	102.983,21	870.000							I1.000257.500
				- KP II, Zusch. Schulsportfläche Feldbr.									I1.000257.555
				Objekt 2 Containerklassen									
				- Aufstellung 2 Containerklassen in 2008	5.569,20								I1.000240.510
				Schulsportfläche Feldbreite, Anschaffungen über 1000 €			5.000						I1.000597.510
				Sportplatz Feldbreite Neubau WC- Gebäude mit Geräteräumen			50.000						I1.000614.500
				- Zuschuss KSBK Neubau WC- Gebäude			-16.600						
				- Zuschuss KSBK Neubau Schulsportfläche Feldbreite		-265.000							I1.000257.555.001
				2010 Sammelposten		1.000							I1.000513.510
				Objekt KP II, Beachvolleyballfeld Feldbreite									
				- KP II, Neubau Beachvolleyballfeld Feldb.									I1.000408.500
				- KP II,Zusch. Beachvolleyballfeld Feldbr.									I1.000408.555
				Objekt KP II, San. Heizungsanlage KGS-Feldbr.									
				- KP II, San. Heizungsanlage KGS- Feldbr.									I1.000418.500
				- KP II, Zusch. San. Heizungsanl.KGS-Feld.		-45.000							I1.000418.555

Planungsjahre	Haushaltsreste	2010		2011		2012		2013		Nr. I-PSP-Element
		Plan	VE	Plan	VE	Plan	VE	Plan	VE	

P1.05.02.2180	TH5_021	Gesamtschulen (Schulbudget)
---------------	---------	--------------------------------

[illegible]

Investitionsprogramm 2010

Planungsjahre	Haushaltsreste	2010	2011		2012		2013		Nr. I-PSP-Element
		Plan	Plan	VE	Plan	VE	Plan	VE	

P1.05.02.2210	TH5_021	Förderschulen (ohne Schulbudget)	521000	Objekt KP II, Medienausstatt. SfL Voßbarg														
				- KP II, Medienausstatt. SfL Voßbarg														11.000441.510
				- KP II, Zusch. Medienausstatt. SfL Voßbarg														11.000441.555
				2010 Zuschuss (Gebäude) Edeweicht GE-Bereich		32.500												11.000537.525
				2010 Zuschuss (auf Sapo) Schulbeteiligung Edeweicht GE-Bereich		1.000												11.000247.525
				2011 Zuschuss (auf Sapo) Schulbeteiligung Edeweicht GE-Bereich			5.000											11.000248.525
				2012 Zuschuss (auf Sapo) Schulbeteiligung Edeweicht GE-Bereich					5.000									11.000249.525
				2013 Zuschuss (auf Sapo) Schulbeteiligung Edeweicht GE-Bereich									5.000					11.000512.525
P1.05.02.2210	TH5_021	Förderschulen (Schulbudget)	521000	Objekt Sammelposten 2010														
				- 2010 Sammelposten Schulbeteiligung LK für 2009		-500												11.000183.555
				- 2010 Sammelposten Schulbeteiligung Gem.Wiefelstede für 2009		-100												11.000184.555
				Objekt Sammelposten 2010														
				- 2010 Sammelposten (Schulbudget)		7.000												11.000185.510
				- 2011 Sammelposten Schulbeteiligung LK für 2010			-3.500											11.000186.555
				- 2011 Sammelposten Schulbeteiligung Gem.Wiefelstede für 2010			-600											11.000187.555
				Objekt Sammelposten 2010														
				- 2011 Sammelposten (Schulbudget)			1.000											11.000188.510
				- 2012 Sammelposten Schulbeteiligung LK für 2011					-500									11.000189.555
				- 2012 Sammelposten Schulbeteiligung Gem.Wiefelstede für 2011					-100									11.000190.555
				Objekt Sammelposten 2011														
				- 2012 Sammelposten (Schulbudget)					1.000									11.000191.510
				- 2013 Sammelposten Schulbeteiligung LK für 2012									-500					11.000524..555
				- 2013 Sammelposten Schulbeteiligung Gem.Wiefelstede für 2012										-100				11.000525..555
				Objekt Sammelposten 2013														
				- 2013 Sammelposten (Schulbudget)										1.000				11.000526.510

Planungsjahre	Haushaltsreste	2010	2011		2012		2013		Nr. I-PSP-Element
		Plan	Plan	VE	Plan	VE	Plan	VE	

P1.05.02.2521	TH5_022	Archiv	522000	2010 Sammelposten		500						11.000065.510
				2011 Sammelposten			500					11.000066.510
				2012 Sammelposten				500				11.000067.510
				2013 Sammelposten						500		11.000464.510
P1.05.02.2620	TH5_022	Musikpflege		2010 invest. Zuschuss		5.500						11.000197.525
				2011 invest. Zuschuss			5.500					11.000198.525
				2012 invest. Zuschuss				5.500				11.000199.525
				2013 invest. Zuschuss						5.500		11.000488.525
				2009 invest. Zuschuss		9.600,00						11.000196.525
P1.05.02.2720	TH5_022	Büchereien (Schulbüchereien Zuordnung zur Schule)	522000	2010 Sammelposten		1.000						11.000193.510
				2011 Sammelposten			1.000					11.000194.510
				2012 Sammelposten				1.000				11.000195.510
				2013 Sammelposten						1.000		11.000465.510
P1.05.02.2811	TH5_022	Heimat- und sonstige Kulturpflege	522000	2010 invest. Zuschuss		800						11.000201.525
				Zuschuss KKR für Abwasserkanäle Palais		20.000						11.000598.525
				2011 invest. Zuschuss			800					11.000202.525
				2012 invest. Zuschuss				800				11.000203.525
				2013 invest. Zuschuss						800		11.000489.525
P1.05.02.3661	TH5_022	Jugendtreff Villa Hartmann und Jugendräume	522000	2010 Sammelposten		2.800						11.000091.510
				2011 Sammelposten			1.000					11.000092.510
				2012 Sammelposten				1.000				11.000093.510
				2013 Sammelposten						1.000		11.000466.510
				Anschaffung Spielgerät			3.000					11.000504.510
				S-cOFP Ferienpass (Software)		1.600						11.000386.510
P1.05.02.5732	TH5_022	Dorfgemeinschaftshäuser 3)		2010 Sammelposten		2.000						11.000221.510
				2011 Sammelposten			2.000					11.000222.510
				2012 Sammelposten				2.000				11.000223.510
				2013 Sammelposten						2.000		11.000467.510
P1.05.02.4210	TH5_023	Förderung des Sports	523010	2010 invest. Zuschuss		6.000						11.000205.525
				2010 invest. Zuschuss; Schützenverein Leuchtenburg, elektronische Schussauswertung								11.000599.525
				2010 invest. Zuschuss; Schützenverein Hahn, elektronische Schussauswertung		9.800						11.054501.525
				2011 invest. Zuschuss			6.000					11.000206.525
				2012 invest. Zuschuss				6.000				11.000207.525
				2013 invest. Zuschuss						6.000		11.000490.525
				Zuschuss SV Hahn/ Ausbau Meenheitsweg 01.02.2010		42.000						11.000235.525

Investitionsprogramm 2010

[illegible]

Investitionsprogramm 2010

			Planungsjahre	Haushaltsreste	2010	2011		2012		2013		Nr.
					Plan	Plan	VE	Plan	VE	Plan	VE	I-PSP-Element
				- Baumaßnahme Sportplatz Rastede (1xKunstrasen, 1xRasen)	30.000	400.000		500.000				11.000575.500
				- Zuschuss Sportplatz Rastede				-37.000				11.000575.555
P1.05.02.4243	TH5_023	Sporthallen (soweit nicht nachfolgender Einzelsporthalle)	523200	2010 Sammelposten	1.000							11.000108.510
				2011 Sammelposten		1.000						11.000109.510
				2012 Sammelposten				1.000				11.000110.510
				2013 Sammelposten						1.000		11.000471.510
P1.05.02.4243	TH5_023	Sporthalle Kleibrok	523200	2010 Sammelposten	1.000							11.000112.510
				2011 Sammelposten		1.000						11.000113.510
				2012 Sammelposten				1.000				11.000114.510
				2013 Sammelposten						1.000		11.000472.510
P1.05.02.4243	TH5_023	Sporthalle Hahn-Lehmde	523200	2010 Sammelposten	1.000							11.000116.510
				2011 Sammelposten		1.000						11.000117.510
				2012 Sammelposten				1.000				11.000118.510
				2013 Sammelposten						1.000		11.000473.510
P1.05.02.4243	TH5_023	Sporthalle Wahnbek	523200	2010 Sammelposten	1.000							11.000120.510
				2011 Sammelposten		1.000						11.000121.510
				2012 Sammelposten				1.000				11.000122.510
				2013 Sammelposten						1.000		11.000474.510
P1.05.02.4243	TH5_023	Sportraum Loy	523200	2010 Sammelposten	1.000							11.000124.510
				2011 Sammelposten		1.000						11.000125.510
				2012 Sammelposten				1.000				11.000126.510
				2013 Sammelposten						1.000		11.000475.510
P1.05.02.4243	TH5_023	Turnhalle Feldbreite	523200	2010 Sammelposten	5.000							11.000128.510
				2011 Sammelposten		1.000						11.000129.510
				2012 Sammelposten				1.000				11.000130.510
				2013 Sammelposten						1.000		11.000476.510
				Ersatzbau der Turnhalle Feldbreite	377.910,78	1.000.000						11.000213.500
P1.05.02.4243	TH5_023	Mehrzweckhalle Feldbreite	523200	2010 Sammelposten	2.000							11.000132.510
				2011 Sammelposten		2.000						11.000133.510
				2012 Sammelposten				2.000				11.000134.510
				2013 Sammelposten						2.000		11.000477.510
				Einbau von 3 Oberlichtern mit Funktionserweiterung	90.000							
P1.05.02.4243	TH5_023	Turnhalle Wilhelmstraße	523200	2010 Sammelposten	1.000							11.000136.510
				2011 Sammelposten		1.000						11.000137.510
				2012 Sammelposten				1.000				11.000138.510
				2013 Sammelposten						1.000		11.000478.510

Investitionsprogramm 2010

Planungsjahre	Haushaltsreste	2010	2011		2012		2013		Nr. I-PSP-Element
		Plan	Plan	VE	Plan	VE	Plan	VE	

[illegible]

--	--	--

[illegible]

Investitionsprogramm 2010

Planungsjahre				Haushaltsreste		2010	2011		2012		2013		Nr. I-PSP-Element
						Plan	Plan	VE	Plan	VE	Plan	VE	
P1.06.00.5382	TH6_01	Niederschlagswasser	610300	Grundstücksanschlüsse (nur		20.000							I1.000291.500.001
				Anschlußstutzen 2010									
				Grundstücksanschlüsse (nur			20.000						I1.000291.500.002
				Anschlußstutzen 2011									
				Grundstücksanschlüsse (nur					20.000				I1.000291.500.003
				Anschlußstutzen 2012									
				Grundstücksanschlüsse (nur							20.000		I1.000291.500.004
				Anschlußstutzen 2013									
				NW-Beiträge 2010		-37.000							I1.000305.550
				NW-Beiträge 2011			-34.000						I1.000306.550
				NW-Beiträge 2012					-34.000				I1.000482.550
				NW-Beiträge 2013							-34.000		I1.000483.550
				Objekt: BBPl. 75									
				(Kleingartengelände); Im Göhlen									
				- RW-Kanal		1.000							I1.000422.500
				Objekt: BPl. 80, Fünfhäuserweg									
				- Einzahlungen aus Verkauf		-500							I1.000293.565
				Hausanschlusschächte; RW									
				Objekt: BPlan 63 f; Hohe Brink									
				- RW-Kanal	8.796,75	1.000							I1.000310.500
				- Einzahlungen aus Verkauf		-500							I1.000297.565.001
				Hausanschlusschächte; RW 2010									
				- Einzahlungen aus Verkauf									I1.000297.565.002
				Hausanschlusschächte; RW 2011									
				Objekt BPl. 86; Gewerbegebiet AK									
				OI Nord									
				- RW-Kanal	12.909,30	155.000							I1.000307.500
				- Einzahlungen aus Verkauf			-500						I1.000298.565.002
				Hausanschlusschächte; RW 2011									
				Objekt: BPl. 79; südlich Schlosspark									
				- RW-Kanal	1.867,79	150.000							I1.000389.500
				Objekt: BPl. 78 b; Nethener Weg									
				- RW-Kanal			67.000						I1.000577.500
				Objekt: BPlan 59 - Gewerbegebiet									
				Leuchtenburg III									
				- RW-Kanal + Schächte	22.781,52	236.500							I1.000311.500
				- Einzahlungen aus dem Verkauf		-5.500							I1.000608.565
				von Hausanschlussschächten; RW									
				2010									
				- Erwerb Grundstück für RWRB,									I1.071901.510
				BPl. 59									
				Objekt: Erneuerung RW-Kanal									
				- RW-Kanal: Schützenhofstraße	1.485,23		450.000						I1.000313.500
				- Gartenstraße; 46005118-		10.500							I1.000550.500
				46005119									
				- Gartenstraße; 46005118.1-		11.100							I1.000551.500
				46005118									
				- Gartenstraße; 46005118.2-		22.800							I1.000552.500
				46005118.1									
				- Gartenstraße; 46005096-		5.100							I1.000553.500
				46005095									
				- Gartenstraße; 46005095-Garten1		13.500							I1.000554.500

Investitionsprogramm 2010

[illegible]

Investitionsprogramm 2010

[illegible]

Investitionsprogramm 2010

Planungsjahre			Haushaltsreste	2010	2011		2012		2013		Nr.
				Plan	Plan	VE	Plan	VE	Plan	VE	
P1.06.00.5411	TH6_01	Brücken	610400	Brücke zur Jade	97.379,80	0					11.000219.500
P1.06.00.5452	TH6_01	Straßenbeleuchtung	610400	Objekt: Erneuerung Straßenbeleuchtung							
				- Kleibroker Straße	36.000						11.000282.500.004
				- Mühlenstr.	0	39.000					11.000609.500
				- Wilhelmshavener Str.	0	33.500					11.000610.500
				- Ringstr.	0	5.100					11.000611.500
P1.06.00.5470	TH6_01	ÖPNV	610400	Zughalt Hahn-Lehmden (Planung)	5.709,65						11.000428.500
P1.06.00.5510	TH6_01	Öffentliches Grün/Landschaftsbau	610500	Zuschuss Turnierplatz (Resi. GmbH)	78.727,91	12.000					11.000416.525
				Rückfluss Kredit Bauhof	2.484.184,59	5.070.807	2.589.620	-274.750	-253.780		
						-7.843,00	-8.235,00	-8.647,00	-9.079,00		
					5.062.964,00	2.581.385,00		-283.397,00	-262.859,00		

Investitionsprogramm 2010

Änderungen

P1.03.02.1112 30.000	TH3_01	Organisation und Einrichtungen für die gesamte Verwaltung	310000	Windows-Server-Software	2.500	0	-2.500									
				Ersatz-Novell-Server	5.000	0	-5.000									
				AutoCAD-Software	10.000	2.500	-7.500									
P1.04.02.1116 00.000	TH4_01	Liegenschaften	410000	Verkauf von sonst. Grundstücken	-100	-310.000	-309.900	-100			-100				-100	
				Erwerb von Grundstücken	100	300	200	100			100				1.000	
P1.05.01.3656 00.000	TH5_011	Kiga Feldbreite	511150	- KP II, Neubau Kiga/ Hort Feldbreite	870.000	1.050.000	180.000									
				- KP II, Zuschuss Neubau Kiga/Hort Feldbr.	-353.500	-426.950	-73.450									
P1.05.01.3659 00.008	TH5_011	Krippe Feldbreite		- Neubau Krippe	750.000	525.000	-225.000									
P1.05.02.2112 00.001	TH5_021	Grundschule Hahn-Lehmden (ohne Schulbudget)	521000	- KP II, Zuschuss Energetische Maßnahmen	-116.000	-27.542	88.458									
P1.05.02.2180 00.001	TH5_021	Gesamtschulen Gebäude Wilhelmstraße (ohne Schulbudget)	521000	Umbau und Erweiterung Musikbereich (R. 179-182)		39.000	39.000									
				Fenstersanierung mit Werverbesserung Altbau		50.000	50.000									
				Komplettsanierung Räume 108,108.1,208,208.1		30.000	30.000									
				Planungskosten Energiekonzept		30.000	30.000	200.000			200.000				200.000	
P1.05.02.2180 00.002	TH5_021	Gesamtschulen Gebäude Feldbreite (ohne Schulbudget)	521000	- Einbau Sonnenschutzanlage (Gebäude Feldbreite)	36.000	86.000	50.000									
P1.05.02.4210 00.000	TH5_023	Förderung des Sports	523010	2010 invest. Zuschuss; Schützenverein Leuchtenburg, elektronische Schussauswertung	9.600	9.800	200									
P1.05.02.4243 00.007	TH5_023	Mehrzweckhalle Feldbreite	523200	Einbau von 3 Oberlichtern mit Funktionserweiterung		90.000	90.000									

-65.492

Mittelanmeldungen in den Bereichen Produkte

Kostenarten		Produkte	Ansatz 2009	Ansatz 2010	neu 2010	Veränderung	Ansatz 2011	Ansatz 2012	Ansatz 2013
Erträge									
Allgemeine Einrichtungen und Unternehmen (einschl. Beteiligungen)									
365100	Gewinnnant.verb.U.u.	P1.03.01.573100	23.100,00-	28.000-	0,00	28.000	28.000-	28.000-	28.000-
Steuern, allgemeine Zuweisungen, allgemeine Umlagen									
301300	Gewerbesteuer	P1.03.03.611000	5.600.000,00-	5.900.000-	-5.600.000,00	300.000	5.900.000-	6.200.000-	6.300.000-
302100	Gemeindeant.EST	P1.03.03.611000	5.150.000,00-	4.300.000-	-4.500.000,00	200.000-	4.569.000-	4.908.800-	5.183.000-
311100	Schlüsselzuw.Land	P1.03.03.611000	2.180.900,00-	3.256.061-	-2.568.080,00	687.981	3.410.000-	3.410.000-	3.410.000-
313100	Sonst.allg.Zuw.Land	P1.03.03.611000	327.200,00-	337.596-	-336.178,00	1.418	333.000-	338.000-	343.000-
Sonstige allgemeine Finanzwirtschaft									
361700	Zinsen KredInst.	P1.03.03.612000	50.000,00-	5.000-	-10.000,00	5.000-	5.000-	5.000-	5.000-
Verwaltung der Grundsicherung für Arbeitssuchende									
348200	Erstattung Gemeinden	P1.05.01.312900	346.000,00-	370.000-	-350.000,00	20.000	370.000-	370.000-	370.000-
Sonstige Jugendarbeit (ohne Einrichtungen)									
314200	Zuw.lfd.v.Gem	P1.05.01.362500	25.000,00-	25.000-	-30.000,00	5.000-			
348800	Erstattung übr.Ber	P1.05.01.362500	15.000,00-	15.000-	-20.000,00	5.000-	15.000-	15.000-	15.000-
Ordnungsangelegenheiten									
331100	Verwaltungsgebühren	P1.05.02.122100	15.000,00-	12.000-	-13.500,00	1.500-	12.000-	12.000-	12.000-
331110	Genehmigungsgeb.	P1.05.02.122100		4.000-	-7.000,00	3.000-	4.000-	4.000-	4.000-
Standesamt und Personenstandswesen									
331100	Verwaltungsgebühren	P1.05.02.122200	15.000,00-	15.000,00-	-22.000,00	7.000-	15.000,00-	15.000,00-	15.000,00-
Meldeangelegenheiten									
331100	Verwaltungsgebühren	P1.05.02.122400	60.000,00-	65.000-	-70.000,00	5.000-	65.000-	65.000-	65.000-
Gesamtschulen Gebäude Wilhelmstraße (ohne Schulbudget)									
341100	Mieten u. Pachten	P1.05.02.218000.001	100,00-	100-	700,00	800	100-	100-	100-
Büchereien (Schulbüchereien Zuordnung zur Schule)									
332100	Benutzungsgeb. u.ä.	P1.05.02.272000	10.000,00-	10.000-	-11.000,00	1.000-	10.000-	10.000-	10.000-
Öffentliches Grün/Landschaftsbau									
342100	Ertr. aus Verkauf	P1.06.00.551100		15.000-	-11.000,00	4.000	10.000-	10.000-	10.000-
Bauhof									
348400	Erstattung s.öff.Ber	P1.06.00.573300.000	15.000,00-	15.000-	-42.500,00	27.500-	15.000,00-	15.000,00-	15.000,00-

Mittelanmeldungen in den Bereichen Produkte

Kostenarten		Produkte	Ansatz 2009	Ansatz 2010	neu 2010	Veränderung	Ansatz 2011	Ansatz 2012	Ansatz 2013
Aufwendungen									
Wirtschaftsförderung									
422200	Erwerb geringw.Verm.	P1.03.01.571000		5.000	2.000,00	3.000-	5.000	5.000	5.000
427100	Bes.Verw./Betr.aufw	P1.03.01.571000	5.000,00	13.000	10.000,00	3.000-	20.000	20.000	20.000
Allgemeine Einrichtungen und Unternehmen (einschl. Beteiligungen)									
427100	Bes.Verw./Betr.aufw	P1.03.01.573100	30.000,00	10.000	4.000,00	6.000-	15.000	10.000	10.000
431700	Zusch. an priv. Unt.	P1.03.01.573100	260.200,00	232.000	240.000,00	8.000	256.600	256.600	256.600
Organisation und Einrichtungen für die gesamte Verwaltung									
422200	Erwerb geringw.Verm.	P1.03.02.111230	1.500,00	17.000	8.000,00	9.000-	20.600	20.600	13.800
427100	Bes.Verw./Betr.aufw	P1.03.02.111230	6.400,00	18.000	16.000,00	2.000-	20.000	20.000	20.000
427119	Kosten d. EDV	P1.03.02.111230	145.500,00	138.100	141.100,00	3.000	130.000	130.000	130.000
443100	Bürobedarf	P1.03.02.111230	40.700,00	38.000	36.000,00	2.000-	41.300	41.300	41.300
443105	Bücher/Zeitschr.	P1.03.02.111230		12.000	10.000,00	2.000-	15.000	15.000	15.000
443106	Post/Fernm.-Post	P1.03.02.111230	30.900,00	32.000	30.000,00	2.000-	32.000	32.000	32.000
443108	Öffentl. Bekanntm.	P1.03.02.111230		3.000	2.000,00	1.000-	4.000	4.000	4.000
Finanzverwaltung und Rechnungsprüfung									
426110	Aus-u.Fortbildk.	P1.03.03.111500	7.100,00		3.000,00	3.000			
443109	Gerichts/ähnl.Kost.	P1.03.03.111500	47.200,00	43.000	45.500,00	2.500	45.000	45.000	45.000
Steuern, allgemeine Zuweisungen, allgemeine Umlagen									
434100	GewerbeSt-Umlage	P1.03.03.611000	1.160.400,00	1.332.258	1.351.290,00	19.032	1.373.200	1.373.200	1.373.200
437200	Allg.Uml.Gemeinde	P1.03.03.611000	5.379.500,00	5.402.277	5.472.151,24	69.874	5.680.000	5.680.000	5.680.000
Verwaltung der Sozialhilfe (ohne Verwaltung der Einrichtungen)									
443109	Gerichts/ähnl.Kost.	P1.05.01.311900	1.500,00	1.500	0,00		1.500	1.500	1.500
Verwaltung der Grundsicherung für Arbeitssuchende									
401200	Dienstaufw. AN	P1.05.01.312900	304.000,00	304.000	271.000,00	33.000-			
402200	Beitr.Vers. AN	P1.05.01.312900	21.397,00	21.500	19.100,00	2.400-			
403200	Sozialvers. AN	P1.05.01.312900	61.663,00	62.300	58.500,00	3.800-			
443109	Gerichts/ähnl.Kost.	P1.05.01.312900	3.000,00	3.000	0,00		3.000	3.000	3.000
Anderes soziale Einrichtungen (auch AlRa)									
431800	Zusch. an übrige B.	P1.05.01.315600	4.200,00	3.800	3.300,00	500-	4.200	4.200	4.200
Sonstige Jugendarbeit (ohne Einrichtungen)									
422200	Erwerb geringw.Verm.	P1.05.01.362500			3.000,00	3.000			
425100	Haltung von Fahrzeugen	P1.05.01.362500		2.500,00	2.000,00	500-			
427100	Bes.Verw./Betr.aufw	P1.05.01.362500		9.500,00	2.000,00	7.500-			
427121	Ausst.u. Verantst.	P1.05.01.362500		34.000,00	31.000,00	3.000-			
Meldeangelegenheiten									
427100	Bes.Verw./Betr.aufw	P1.05.02.122400	400,00	200	4.200,00	4.000	200	200	200
Ortsfeuerwehr Rastede									
422200	Erwerb geringw.Verm.	P1.05.02.126200.001	2.600,00	2.200	1.800,00	400-	2.200	2.200	2.200
Ortsfeuerwehr Hahn									
422200	Erwerb geringw.Verm.	P1.05.02.126200.002	1.300,00	800	750,00	50-	800	800	800
Ortsfeuerwehr Loy-Barghorn									
422200	Erwerb geringw.Verm.	P1.05.02.126200.005	300,00	2.200	1.500,00	700-	2.200	2.200	2.200
Ortsfeuerwehr Neusüdende									
422200	Erwerb geringw.Verm.	P1.05.02.126200.006	320,00	700	500,00	200-	700	700	700
Katastrophenschutz									
422200	Erwerb geringw.Verm.	P1.05.02.128000		3.000	1.000,00	2.000-	3.000	3.000	3.000
Grundschule Feldbreite (ohne Schulbudget)									
422200	Erwerb geringw.Verm.	P1.05.02.211100.001		1.000	800,00	200-	1.000	1.000	1.000

Mittelanmeldungen in den Bereichen Produkte

Kostenarten		Produkte	Ansatz 2009	Ansatz 2010	neu 2010	Veränderung	Ansatz 2011	Ansatz 2012	Ansatz 2013
Grundschule Hahn-Lehmden (ohne Schulbudget)									
422200	Erwerb geringw.Verm.	P1.05.02.211200.001		1.000	800,00	200-	1.000	1.000	1.000
Grundschule Kleibrok (ohne Schulbudget)									
422200	Erwerb geringw.Verm.	P1.05.02.211300.001		1.000	800,00	200-	1.000	1.000	1.000
Grundschule Leuchtenburg (ohne Schulbudget)									
422200	Erwerb geringw.Verm.	P1.05.02.211400.001		1.000	800,00	200-	1.000	1.000	1.000
Grundschule Loy (ohne Schulbudget)									
422200	Erwerb geringw.Verm.	P1.05.02.211500.001		1.000	800,00	200-	1.000	1.000	1.000
Grundschule Wahnbek (ohne Schulbudget)									
422200	Erwerb geringw.Verm.	P1.05.02.211600.001		1.000	800,00	200-	1.000	1.000	1.000
Gesamtschulen (Schulbudget)									
427100	Bes.Verw./Betr.aufw	P1.05.02.218000.003	42.300,00	43.100	40.000,00	3.100-	43.100	43.100	43.100
Förderschulen (ohne Schulbudget)									
422200	Erwerb geringw.Verm.	P1.05.02.221000.001		1.000	800,00	200-	1.000	1.000	1.000
445200	E.Gem/Gemverb.LK	P1.05.02.221000.001	3.000,00	3.000	0,00		3.000	3.000	3.000
445210	E.Gem/Gemverb.GW	P1.05.02.221000.001		3.000	0,00		3.000	3.000	3.000
Musikschulen									
431800	Zusch. an übrige B.	P1.05.02.263000	25.000,00	15.000	13.000,00	2.000-	25.000	25.000	25.000
Büchereien (Schulbüchereien Zuordnung zur Schule)									
442100	Ehrenamtl./So.Tät.	P1.05.02.272000	2.000,00	2.000	1.000,00	1.000-	2.000	2.000	2.000
443100	Bürobedarf	P1.05.02.272000	3.000,00	3.000	2.500,00	500-	3.000	3.000	3.000
Kinderspielflächen (nicht Schulen, Kindergärten und Bad)									
422100	Unterh.bew.Verm	P1.06.00.366200	25.000,00	17.000	12.000,00	5.000-	25.000	25.000	25.000
Räumliche Planung und Entwicklungsmaßnahmen									
427100	Bes.Verw./Betr.aufw	P1.06.00.511000	90.700,00	36.000	19.500,00	16.500-	61.000	61.000	61.000
427118	Gutachten,US,Mess.	P1.06.00.511000		10.000	2.000,00	8.000-	15.000	15.000	15.000
443110	Sonst. Gesch.ausg.	P1.06.00.511000		3.000	2.000,00	1.000-	3.000	3.000	3.000
Gemeindestraßen									
401200		P1.06.00.541100.001		92.200	57.800,00	34.400-			
402200		P1.06.00.541100.001		6.400	4.200,00	2.200-			
403200		P1.06.00.541100.001		18.600	11.800,00	6.800-			
421200	Unterh.so.unbew.V	P1.06.00.541100.001	264.000,00	315.000	145.000,00	170.000-	370.000	370.000	370.000
421210	Bauh.U.so.unbew.V	P1.06.00.541100.001	650.400,00	530.000	530.000,00		610.000	610.000	610.000
422200	Erwerb geringw.Verm.	P1.06.00.541100.001	1.000,00	4.000	1.000,00	3.000-	4.000	4.000	4.000
443109	Gerichts/ähnl.Kost.	P1.06.00.541100.001	4.200,00	4.200,00	2.000,00	2.200-	4.200,00	4.200,00	4.200,00
444100	Steuern,Vers.,Schad	P1.06.00.541100.001		22	0,00	22-			
Straßenbeleuchtung									
421200	Unterh.so.unbew.V	P1.06.00.545200	60.000,00	60.000	35.000,00	25.000-	60.000	60.000	60.000
ÖPNV									
421200	Unterh.so.unbew.V	P1.06.00.547000		15.500	12.000,00	3.500-	20.000	20.000	20.000
Öffentliches Grün/Landschaftsbau									
421110	Unterh.Grundst.	P1.06.00.551100		15.000	16.000,00	1.000	25.000	25.000	25.000
421200	Unterh.so.unbew.V	P1.06.00.551100	15.000,00	2.000	0,00		2.000	2.000	2.000
Naturschutz und Landschaftspflege									
421110	Unterh.Grundst.	P1.06.00.554000	150.000,00	20.000	5.000,00	15.000-	50.000	50.000	50.000

Schlüsse	Ispalte	Produkte	Kostenstelle	Ansatz 2009	Ansatz 2010	2010 neu	Veränderung	Ansatz 2011	Ansatz 2012	Ansatz 2013
Erträge										
9315400001 Obdachlosenangelegenheiten; angem.eig.Wohn.										
332100	Benutzungsgeb. u.ä.		9315400002	12.500,00-	40.000-	35.000-	5.000	40.000-	40.000-	40.000-
9365400000 KiGa Neusüdende										
314100	Zuw.lfd.Land		9365400000		68.000-	85.100-	17.100-	68.000-	68.000-	68.000-
332100	Benutzungsgeb. u.ä.		9365400000	28.200,00-	25.700-	38.400-	12.700-	25.700-	25.700-	25.700-
9365500000 KiGa Voßb/Gymn-r.										
332100	Benutzungsgeb. u.ä.		9365500000	73.000,00-	68.800-	70.000-	1.200-	68.800-	68.800-	68.800-

Aufwendungen

9315400002 Obdachlosenangelegenheiten; angem.fremd. Wohn										
423100	Mieten und Pachten		9315400002		52.000	42.000	10.000-	52.000	52.000	52.000
9365100000 KiGa Loy										
442910	Schülerbeförd.-k.		9365100000	11.300,00	11.300	10.000	1.300-	11.300	11.300	11.300
9365200000 KiGa Marienstraße										
442910	Schülerbeförd.-k.		9365200000	6.200,00	5.000	2.500	2.500-	5.000	5.000	5.000
9365400000 KiGa Neusüdende										
427100	Bes.Verw./Betr.aufw		9365400000	1.800,00	3.500	7.900	4.400	3.500	3.500	3.500
442910	Schülerbeförd.-k.		9365400000	8.600,00	10.500	6.000	4.500-	10.500	10.500	10.500
9538200001 Rohrnetz (NW)										
421200	Unterh.so.unbew.V		9538200001	50.000,00	30.000	25.000	5.000-	50.000	50.000	50.000
9538200002 Gräben (Unterh.)										
421200	Unterh.so.unbew.V		9538200002	5.000,00	5.000,00	4.000,00	1.000-	5.000,00	5.000,00	5.000,00

Mittelanmeldungen für das Produkt

P1.04.02.111600.000

Bereich Gebäude

1

2

3

4

5

6

7

8

9

10

*) mit Warmmiete

			Produkt	P1.03.02.111230.000		P1.04.02.111600.000							
			Bezeichnung	Organisation und Einrichtung		Liegenschaftsverw.							
			Kostenstelle	9111123001	9111123002	9111160001	9111160002	9111160003	9111160004	9111160005	9111160006	9111160007	9111160008
			Bezeichnung	Rathaus	Gerätelager-Rathaus	KVHS - Baumgartenstr. 10	Marktplatzgebäude	Whs-Schlossstr. 29	Geräteraum (32,85)-Schlossstr. 29	Lager/Garage (68,99)-Schlossstr. 29	Blockhütte (33,12)-Schlossstr. 29	Whs Wapelstr. 15 - 15 a	Nebengeb.Nr. 2 (Whs Wapelstr. 15 - 15 a)
Grupp	Bezeichnung	Kostenart/ErgHH	FinHH	Planwert	Planwert	Planwert	Planwert	Planwert	Planwert	Planwert	Planwert	Planwert	Planwert
	Erträge aus der Auflösung von Sonderposten aus Zuwendungen; Bund	316100		0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	Erträge aus der Auflösung von Sonderposten aus Zuwendungen; Land	316110		0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	Erträge aus der Auflösung von Sonderposten aus Zuwendungen; Gem./GemVerb.	316120		0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	Erträge aus der Auflösung von Sonderposten aus Zuwendungen; übriger Bereich	316180		0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	Mieten und Pachten	341100	641100	0,00	0,00	-20.000,00	-3.800,00	-4.800,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
164	Erstattungen vom sonstigen öffentlichen Bereich	348400	648400	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
167	Erstattungen private Unternehmen	348700	648700	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	Erträge aus internen Leistungsbeziehungen - zentrale Liegenschaftsverwaltung	381120		-78.824,00	-30,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	Summe ordentliche Erträge (ohne Zeile i.L.V. zentr. Lieg.)			0,00	0,00	-20.000,00	-3.800,00	-4.800,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00

Mittelanmeldungen für das Produkt

P1.04.02.111600.000

Bereich Gebäude

1

2

3

4

5

6

7

8

9

10

*) mit Warmmiete

			Produkt	P1.03.02.111230.000		P1.04.02.111600.000							
			Bezeichnung	Organisation und Einrichtung		Liegenschaftsverw.							
			Kostenstelle	9111123001	9111123002	9111160001	9111160002	9111160003	9111160004	9111160005	9111160006	9111160007	9111160008
			Bezeichnung	Rathaus	Gerätelager- Rathaus	KVHS - Baumgartenst- r.10	Marktplatzgeb- äude	Whs- Schlossstr. 29	Geräteraum (32,85)- Schlossstr. 29	Lager/Garage (68,99)- Schlossstr. 29	Blockhütte (33,12)- Schlossstr. 29	Whs Wapelstr. 15 - 15 a	Nebengeb.Nr. 2 (Whs Wapelstr. 15 - 15 a)
Grupp	Bezeichnung	Kostenart/ ErgHH	FinHH	Planwert	Planwert	Planwert	Planwert	Planwert	Planwert	Planwert	Planwert	Planwert	Planwert
S/Gr. 50	Unterhaltung der baulichen Anlagen	421100	721100	10.200,00	0,00	1.500,00	1.000,00	1.000,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
S/ Gr. 52	Unterhaltung des beweglichen Vermögens	422100	722100	1.850,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	Erwerb geringwertiger Vermögensgegenstände bis 150 Euro ohne Umsatzsteuer	422200	722200	700,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
S/Gr. 53	Mieten und Pachten	423100	723100	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
S/Gr. 54	Strom	424110	724110	8.500,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
S/Gr. 54	Heizung (Gas-, Oel-, Elektroheizung)	424120	724120	11.000,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
S/Gr. 54	Frischwasser	424130	724130	350,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
S/Gr. 54	Abgaben (Müll, Abwasserbeseitigung, Straßenreinigung, Kaminreinigung Entwässerungsverband, usw.)	424140	724140	100,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
S/Gr. 54	Reinigung (auch Reinigung v. Bürowäsche, Vorhängen) Ungezieferbekämpfung	424150	724150	11.500,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
S/Gr. 54	Versicherungen	424160	724160	3.000,00	0,00	350,00	60,00	20,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
S/Gr. 57-638	Bes. Verw./Betriebsaufwand; Strom	427101	727101	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
S/Gr. 57-638	Bes. Verw./Betriebsaufwand; Heizung (Gas-, Oel-, Elektroheizung)	427102	727102	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
S/Gr. 57-638	Bes. Verw./Betriebsaufwand; Frischwasser	427103	727103	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
S/Gr. 57-638	Bes. Verw./Betriebsaufwand; Kosten der Wasseraufbereitung	427113	727113	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	Post- und Fernmeldegebühren - Telefon	443107	743107	8.700,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
S/Gr. 670-678	Kostenanteile auf Grund Vertrag oder öffentl.rechtl. Vereinbarung an übrige Bereiche	445800	745800	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	Abschreibungen auf Gebäude	471130		4.446,00	23,00	1.437,00	142,00	146,00	78,00	11,00	153,00	228,00	35,00
	ordentliche Aufwendungen:			60.346,00	23,00	3.287,00	1.202,00	1.166,00	78,00	11,00	153,00	228,00	35,00
	Saldo:			60.346,00	23,00	-16.713,00	-2.598,00	-3.634,00	78,00	11,00	153,00	228,00	35,00

Mittelanmeldungen für das Produkt

P1.04.02.111600.000

Bereich Gebäude

11

12

13

14

15

16

17

18

19

20

*) mit Warmmiete

Kameral

Grupp

Produkt													
Bezeichnung													
Kostenstelle		9111160009	9111160010	9111160011	9111160050	9111160051	9111160052	9111160012	9111160013	9111160014	9111160015		
Bezeichnung		Whs Emsstr.2 u. Wapelstr.13 (ein Geb.)	Whs Emstr. 4 u. Jadestr.10 (ein Geb.)	Nebengeb.Nr. 1 zwischen Wapel- /Emsstr.	Whs Mühlenstr. 58 (kein Betriebsgeb.)	Holzgerätesc huppen- Mühlenstr.58	Clubh. Mühlenstr. 44	Garagenanlag e- Beethovenstr.	Garagenanlag e-Am Stratjebusch	Sozialstation mit Kinderkrippe Rastede	Clubh. Modellflugpl. Möwe, Spohler Str.		
Grupp	Bezeichnung	Kostenart/ ErgHH	FinHH	Planwert	Planwert	Planwert	Planwert	Planwert	Planwert	Planwert	Planwert	Planwert	Planwert
	Erträge aus der Auflösung von Sonderposten aus Zuwendungen; Bund	316100		0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	Erträge aus der Auflösung von Sonderposten aus Zuwendungen; Land	316110		0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	Erträge aus der Auflösung von Sonderposten aus Zuwendungen; Gem./GemVerb.	316120		0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	Erträge aus der Auflösung von Sonderposten aus Zuwendungen; übriger Bereich	316180		0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	Mieten und Pachten	341100	641100	-1.700,00	-1.400,00	-300,00	0,00	0,00	-1.700,00	-1.500,00	-1.400,00	-12.000,00	-150,00
164	Erstattungen vom sonstigen öffentlichen Bereich	348400	648400	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
167	Erstattungen private Unternehmen	348700	648700	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	Erträge aus internen Leistungsbeziehungen - zentrale Liegenschaftsverwaltung	381120		0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	Summe ordentliche Erträge (ohne Zeile i.LV. zentr. Lieg.)			-1.700,00	-1.400,00	-300,00	0,00	0,00	-1.700,00	-1.500,00	-1.400,00	-12.000,00	-150,00

Mittelanmeldungen für das Produkt

P1.04.02.111600.000

Bereich Gebäude

11

12

13

14

15

16

17

18

19

20

*) mit Warmmiete

Produkt													
Bezeichnung													
Kostenstelle				9111160009	9111160010	9111160011	9111160050	9111160051	9111160052	9111160012	9111160013	9111160014	9111160015
Bezeichnung				Whs Emsstr.2 u. Wapelstr.13 (ein Geb.)	Whs Emstr. 4 u. Jadestr.10 (ein Geb.)	Nebengeb.Nr. 1 zwischen Wapel- /Emsstr.	Whs Mühlenstr. 58 (kein Betriebsgeb.)	Holzgerätesc huppen- Mühlenstr.58	Clubh. Mühlenstr. 44	Garagenanlag e- Beethovenstr.	Garagenanlag e-Am Stratjebusch	Sozialstation mit Kinderkrippe Rastede	Clubh. Modellflugpl. Möwe, Spohler Str.
Grupp	Bezeichnung	Kostenart/ ErgHH	FinHH	Planwert	Planwert	Planwert	Planwert	Planwert	Planwert	Planwert	Planwert	Planwert	Planwert
S/Gr. 50	Unterhaltung der baulichen Anlagen	421100	721100	0,00	0,00	0,00	1.000,00	0,00	0,00	200,00	200,00	500,00	0,00
S/ Gr. 52	Unterhaltung des beweglichen Vermögens	422100	722100	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	Erwerb geringwertiger Vermögensgegenstände bis 150 Euro ohne Umsatzsteuer	422200	722200	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
S/Gr. 53	Mieten und Pachten	423100	723100	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
S/Gr. 54	Strom	424110	724110	240,00	1.700,00	0,00	170,00	0,00	0,00	0,00	0,00	1.200,00	0,00
S/Gr. 54	Heizung (Gas-, Oel-, Elektroheizung)	424120	724120	0,00	0,00	0,00	165,00	0,00	0,00	0,00	0,00	2.310,00	0,00
S/Gr. 54	Frischwasser	424130	724130	1.600,00	0,00	0,00	100,00	0,00	0,00	0,00	0,00	150,00	0,00
S/Gr. 54	Abgaben (Müll, Abwasserbeseitigung, Straßenreinigung, Kaminreinigung Entwässerungsverband, usw.)	424140	724140	60,00	60,00	0,00	50,00	0,00	0,00	0,00	0,00	80,00	0,00
S/Gr. 54	Reinigung (auch Reinigung v. Bürowäsche, Vorhängen) Ungezieferbekämpfung	424150	724150	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
S/Gr. 54	Versicherungen	424160	724160	250,00	300,00	0,00	120,00	0,00	180,00	10,00	10,00	230,00	30,00
S/Gr. 57-638	Bes. Verw./Betriebsaufwand; Strom	427101	727101	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
S/Gr. 57-638	Bes. Verw./Betriebsaufwand; Heizung (Gas-, Oel-, Elektroheizung)	427102	727102	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
S/Gr. 57-638	Bes. Verw./Betriebsaufwand; Frischwasser	427103	727103	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
S/Gr. 57-638	Bes. Verw./Betriebsaufwand; Kosten der Wasseraufbereitung	427113	727113	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	Post- und Fernmeldegebühren - Telefon	443107	743107	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
S/Gr. 670-678	Kostenanteile auf Grund Vertrag oder öffentl.rechtl. Vereinbarung an übrige Bereiche	445800	745800	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	Abschreibungen auf Gebäude	471130		682,00	682,00	81,00	137,00	43,00	0,00	33,00	33,00	3.664,00	0,00
	ordentliche Aufwendungen:			2.832,00	2.742,00	81,00	1.742,00	43,00	180,00	243,00	243,00	8.134,00	30,00
	Saldo:			1.132,00	1.342,00	-219,00	1.742,00	43,00	-1.520,00	-1.257,00	-1.157,00	-3.866,00	-120,00

Mittelanmeldungen für das Produkt

P1.04.02.111600.000

Bereich Gebäude

21

22

23

24

25

26

27

28

29

30

*) mit Warmmiete

			Bezeichnung						Ortsfeuerwehr Rastede			Ortsfeuerwehr Hahn	
			Kostenstelle	9111160016	9111160017	9111160018	9111160019	9111160099	91112621001	91112621002	91112621003	91112622001	91112622002
Kameral									FW- Gerätehaus Rastede mit Wohnung		Geräteschupp en-FW Rastede	FW- Gerätehaus Hahn	
			Bezeichnung	Lagerhaus 1, Spohler Str.	Lagerhaus 2, Spohler Str.	Sozialstation; Geräteschupp en I (Holz)	Sozialstation; Geräteschupp en II (Holz)	Auffangpositi on					Anbau (offen)- FW Hahn
Grupp	Bezeichnung	Kostenart/ ErgHH	FinHH	Planwert	Planwert	Planwert	Planwert	Planwert	Planwert	Planwert	Planwert	Planwert	Planwert
	Erträge aus der Auflösung von Sonderposten aus Zuwendungen; Bund	316100		0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	Erträge aus der Auflösung von Sonderposten aus Zuwendungen; Land	316110		0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	-285,00	0,00
	Erträge aus der Auflösung von Sonderposten aus Zuwendungen; Gem./GemVerb.	316120		0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	Erträge aus der Auflösung von Sonderposten aus Zuwendungen; übriger Bereich	316180		0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	Mieten und Pachten	341100	641100		0,00	0,00	0,00	0,00	-120,00	-6.000,00	0,00	0,00	0,00
164	Erstattungen vom sonstigen öffentlichen Bereich	348400	648400	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
167	Erstattungen private Unternehmen	348700	648700	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	Erträge aus internen Leistungsbeziehungen - zentrale Liegenschaftsverwaltung	381120		0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	-17.226,00	-40,00	-76,00	-9.893,00	-522,00
	Summe ordentliche Erträge (ohne Zeile i.L.V. zentr. Lieg.)			0,00	0,00	0,00	0,00	-120,00	-6.000,00	0,00	0,00	-285,00	0,00

Mittelanmeldungen für das Produkt

P1.04.02.111600.000

Bereich Gebäude

21

22

23

24

25

26

27

28

29

30

*) mit Warmmiete

Produkt				P1.05.02.126200.001					P1.05.02.126200.002				
Bezeichnung				Ortsfeuerwehr Rastede					Ortsfeuerwehr Hahn				
Kostenstelle				9111160016	9111160017	9111160018	9111160019	9111160099	9112621001	9112621002	9112621003	9112622001	9112622002
Bezeichnung				Lagerhaus 1, Spohler Str.	Lagerhaus 2, Spohler Str.	Sozialstation; Geräteschuppen I (Holz)	Sozialstation; Geräteschuppen II (Holz)	Auffangposition	FW- Gerätehaus Rastede mit Wohnung	Fertigarage- FW Rastede	Geräteschuppen-FW Rastede	FW- Gerätehaus Hahn	Anbau (offen)- FW Hahn
Grupp	Bezeichnung	Kostenart/ ErgHH	FinHH	Planwert	Planwert	Planwert	Planwert	Planwert	Planwert	Planwert	Planwert	Planwert	Planwert
S/Gr. 50	Unterhaltung der baulichen Anlagen	421100	721100	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	4.500,00	0,00	0,00	1.400,00	0,00
S/ Gr. 52	Unterhaltung des beweglichen Vermögens	422100	722100	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	Erwerb geringwertiger Vermögensgegenstände bis 150 Euro ohne Umsatzsteuer	422200	722200	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
S/Gr. 53	Mieten und Pachten	423100	723100	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
S/Gr. 54	Strom	424110	724110	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	1.200,00	0,00	0,00	750,00	0,00
S/Gr. 54	Heizung (Gas-, Oel-, Elektroheizung)	424120	724120	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	2.420,00	0,00	0,00	1.650,00	0,00
S/Gr. 54	Frischwasser	424130	724130	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	200,00	0,00	0,00	60,00	0,00
S/Gr. 54	Abgaben (Müll, Abwasserbeseitigung, Straßenreinigung, Kaminreinigung Entwässerungsverband, usw.)	424140	724140	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	80,00	0,00	0,00	80,00	0,00
S/Gr. 54	Reinigung (auch Reinigung v. Bürowäsche, Vorhängen) Ungezieferbekämpfung	424150	724150	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
S/Gr. 54	Versicherungen	424160	724160	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	410,00	0,00	0,00	310,00	0,00
S/Gr. 57-638	Bes. Verw./Betriebsaufwand; Strom	427101	727101	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
S/Gr. 57-638	Bes. Verw./Betriebsaufwand; Heizung (Gas-, Oel-, Elektroheizung)	427102	727102	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
S/Gr. 57-638	Bes. Verw./Betriebsaufwand; Frischwasser	427103	727103	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
S/Gr. 57-638	Bes. Verw./Betriebsaufwand; Kosten der Wasseraufbereitung	427113	727113	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	Post- und Fernmeldegebühren - Telefon	443107	743107	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	50,00	0,00	0,00	0,00	0,00
S/Gr. 670-678	Kostenanteile auf Grund Vertrag oder öffentl.rechtl. Vereinbarung an übrige Bereiche	445800	745800	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	650,00	0,00	0,00	350,00	0,00
	Abschreibungen auf Gebäude	471130		0,00	0,00	117,00	117,00	0,00	8.271,00	31,00	58,00	3.192,00	400,00
	ordentliche Aufwendungen:			0,00	0,00	117,00	117,00	0,00	17.781,00	31,00	58,00	7.792,00	400,00
	Saldo:			0,00	0,00	117,00	117,00	-120,00	11.781,00	31,00	58,00	7.507,00	400,00

Mittelanmeldungen für das Produkt

P1.04.02.111600.000

Bereich Gebäude

31

32

33

34

35

36

37

38

39

40

*) mit Warmmiete

Kameral

Grupp

Produkt		P1.05.02.1262	P1.05.02.1262	P1.05.02.126200.005		P1.05.02.1262	P1.05.02.126200.007		P1.05.02.211100.001	
Bezeichnung		OFW Ipw.-Wa	OFW Ipwegen	Ortsfeuerwehr Loy-Barghorn		OFW Neusüd	Ortsfeuerwehr Südbäke		GS Feldbreite	
Kostenstelle	9112622003	9112623001	9112624001	9112625001	9112625002	9112626001	9112627001	9112627002	9121110001	9121110002
		FW-Gerätehaus Ipwege-Wahnbe	FW-Gerätehaus Ipwegermoor	FW-Gerätehaus Loy-Barghorn	Garage-FW Loy-Barghorn	FW-Gerätehaus Neusüdende	FW-Gerätehaus Südbäke	Hist.Spritzenh aus-FW Südbäke		Fahrradstand-GS Feldbreite
Bezeichnung	Fertigarage-FW Hahn								GS Feldbreite	
FinHH	Planwert	Planwert	Planwert	Planwert	Planwert	Planwert	Planwert	Planwert	Planwert	Planwert
	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	0,00	0,00	-28,00	-344,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	0,00	-682,00	-95,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	0,00	0,00	-19,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
641100	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
648400	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
648700	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	-37,00	-10.352,00	-4.135,00	-6.507,00	0,00	-6.159,00	-6.455,00	-51,00	-94.008,00	-110,00
zentr. Lieg.)	0,00	-682,00	-142,00	-344,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00

Mittelanmeldungen für das Produkt

P1.04.02.111600.000

Bereich Gebäude

31

32

33

34

35

36

37

38

39

40

*) mit Warmmiete

			Bezeichnung		OFW Ipw.-Wa	OFW Ipwege	Ortsfeuerwehr Loy-Barghorn	OFW Neusüd	Ortsfeuerwehr Südbäke	GS Feldbreite			
			Kostenstelle	9112622003	9112623001	9112624001	9112625001	9112625002	9112626001	9112627001	9112627002	9121110001	9121110002
Kameral					FW- Gerätehaus Ipwege- Wahnbeke	FW- Gerätehaus Ipwegermoor	FW- Gerätehaus Loy-Barghorn	Garage-FW Loy-Barghorn	FW- Gerätehaus Neusüdende	FW- Gerätehaus Südbäke	Hist.Spritzenh aus-FW Südbäke		Fahrradstand- GS Feldbreite
			Bezeichnung	Fertigarage- FW Hahn								GS Feldbreite	GS Feldbreite
Grupp	Bezeichnung	Kostenart/ ErgHH	FinHH	Planwert	Planwert	Planwert	Planwert	Planwert	Planwert	Planwert	Planwert	Planwert	Planwert
S/Gr. 50	Unterhaltung der baulichen Anlagen	421100	721100	0,00	1.300,00	800,00	1.300,00	0,00	1.300,00	1.800,00	0,00	25.000,00	0,00
S/ Gr. 52	Unterhaltung des beweglichen Vermögens	422100	722100	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	800,00	0,00
	Erwerb geringwertiger Vermögensgegenstände bis 150 Euro ohne Umsatzsteuer	422200	722200	0,00	1.500,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	200,00	0,00
S/Gr. 53	Mieten und Pachten	423100	723100	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
S/Gr. 54	Strom	424110	724110	0,00	450,00	330,00	350,00	0,00	300,00	550,00	0,00	4.700,00	0,00
S/Gr. 54	Heizung (Gas-, Oel-, Elektroheizung)	424120	724120	0,00	2.310,00	1.650,00	1.760,00	0,00	1.380,00	1.870,00	0,00	8.500,00	0,00
S/Gr. 54	Frischwasser	424130	724130	0,00	80,00	60,00	0,00	0,00	70,00	110,00	0,00	450,00	0,00
S/Gr. 54	Abgaben (Müll, Abwasserbeseitigung, Straßenreinigung, Kaminreinigung Entwässerungsverband, usw.)	424140	724140	0,00	80,00	80,00	80,00	0,00	80,00	80,00	0,00	250,00	0,00
S/Gr. 54	Reinigung (auch Reinigung v. Bürowäsche,Vorhängen) Ungezieferbekämpfung	424150	724150	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	22.650,00	0,00
S/Gr. 54	Versicherungen	424160	724160	0,00	230,00	120,00	230,00	0,00	450,00	450,00	0,00	1.250,00	0,00
S/Gr. 57-638	Bes. Verw./Betriebsaufwand; Strom	427101	727101	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
S/Gr. 57-638	Bes. Verw./Betriebsaufwand; Heizung (Gas-, Oel-, Elektroheizung)	427102	727102	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
S/Gr. 57-638	Bes. Verw./Betriebsaufwand; Frischwasser	427103	727103	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
S/Gr. 57-638	Bes. Verw./Betriebsaufwand; Kosten der Wasseraufbereitung	427113	727113	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	Post- und Fernmeldegebühren - Telefon	443107	743107	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	600,00	0,00
S/Gr. 670-678	Kostenanteile auf Grund Vertrag oder öffentl.rechtl. Vereinbarung an übrige Bereiche	445800	745800	0,00	350,00	0,00	350,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	Abschreibungen auf Gebäude	471130		28,00	2.147,00	234,00	1.175,00	0,00	1.135,00	82,00	39,00	7.570,00	84,00
	ordentliche Aufwendungen:			28,00	8.447,00	3.274,00	5.245,00	0,00	4.715,00	4.942,00	39,00	71.970,00	84,00
	Saldo:			28,00	7.765,00	3.132,00	4.901,00	0,00	4.715,00	4.942,00	39,00	71.970,00	84,00

Mittelanmeldungen für das Produkt

P1.04.02.111600.000

Bereich Gebäude

41

42

43

44

45

46

47

48

49

50

*) mit Warmmiete

			Produkt	P1.05.02.211200.001				P1.05.02.2113	P1.05.02.2114	P1.05.02.211500.001		P1.05.02.211600.001	
			Bezeichnung	Grundschule Hahn-Lehmden				GS Kleibrok	GS Leuchtenb	GS Loy	GS Loy Blockh	GS Wahnbek	
			Kostenstelle	9121110003	9121120001	9121120002	9121120003	9121130001	9121140001	9121150001	9121150002	9121160001	9121160002
			Bezeichnung	GS Feldbreite, Geräteschuppen (Holz)	GS Hahn-Lehmden mit 2 Wohnungen	Fahrradstand-GS Hahn-Lehmden	GS Hahn-Lehmden, Pavillion (Holz)	GS Kleibrok	GS Leuchtenburg	GS Loy	GS Loy Blockhaus	GS Wahnbek mit Wohnung	Fahrradstand-GS Wahnbek
Grupp	Bezeichnung	Kostenart/ ErgHH	FinHH	Planwert	Planwert	Planwert	Planwert	Planwert	Planwert	Planwert	Planwert	Planwert	Planwert
	Erträge aus der Auflösung von Sonderposten aus Zuwendungen; Bund	316100		0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	Erträge aus der Auflösung von Sonderposten aus Zuwendungen; Land	316110		0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	Erträge aus der Auflösung von Sonderposten aus Zuwendungen; Gem./GemVerb.	316120		0,00	-637,00	0,00	0,00	-580,00	0,00	-199,00	0,00	-2.694,00	0,00
	Erträge aus der Auflösung von Sonderposten aus Zuwendungen; übriger Bereich	316180		0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	Mieten und Pachten	341100	641100	0,00	-10.000,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	-4.900,00	0,00
164	Erstattungen vom sonstigen öffentlichen Bereich	348400	648400	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
167	Erstattungen private Unternehmen	348700	648700	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	Erträge aus internen Leistungsbeziehungen - zentrale Liegenschaftsverwaltung	381120		0,00	-79.350,00	-260,00	-299,00	-95.872,00	-33.044,00	-52.092,00	0,00	-117.184,00	-13.342,00
	Summe ordentliche Erträge (ohne Zeile i.L.V. zentr. Lieg.)			0,00	-10.637,00	0,00	0,00	-580,00	0,00	-199,00	0,00	-7.594,00	0,00

Mittelanmeldungen für das Produkt

P1.04.02.111600.000

Bereich Gebäude

41

42

43

44

45

46

47

48

49

50

*) mit Warmmiete

Kameral				Produkt	P1.05.02.211200.001			P1.05.02.2113	P1.05.02.2114	P1.05.02.211500.001		P1.05.02.211600.001	
				Bezeichnung	Grundschule Hahn-Lehmden			GS Kleibrok	GS Leuchtenb	GS Loy	GS Loy Block	GS Wahnbek	
				Kostenstelle	9121110003	9121120001	9121120002	9121120003	9121130001	9121140001	9121150001	9121150002	9121160001 9121160002
				Bezeichnung	GS Feldbreite, Geräteschuppen (Holz)	GS Hahn-Lehmden mit 2 Wohnungen	Fahrradstand-GS Hahn-Lehmden	GS Hahn-Lehmden, Pavillion (Holz)	GS Kleibrok	GS Leuchtenburg	GS Loy	GS Loy Blockhaus	GS Wahnbek mit Wohnung Fahrradstand-GS Wahnbek
Grupp	Bezeichnung	Kostenart/ ErgHH	FinHH	Planwert	Planwert	Planwert	Planwert	Planwert	Planwert	Planwert	Planwert	Planwert	Planwert
S/Gr. 50	Unterhaltung der baulichen Anlagen	421100	721100	0,00	11.100,00	0,00	0,00	10.600,00	5.900,00	10.000,00	Röttgers/Witte	36.200,00	10.000,00
S/ Gr. 52	Unterhaltung des beweglichen Vermögens	422100	722100	0,00	600,00	0,00	0,00	450,00	300,00	400,00	0,00	400,00	0,00
	Erwerb geringwertiger Vermögensgegenstände bis 150 Euro ohne Umsatzsteuer	422200	722200	0,00	100,00	0,00	0,00	150,00	100,00	100,00	0,00	200,00	0,00
S/Gr. 53	Mieten und Pachten	423100	723100	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
S/Gr. 54	Strom	424110	724110	0,00	6.000,00	0,00	0,00	5.940,00	1.200,00	2.300,00	0,00	11.500,00	0,00
S/Gr. 54	Heizung (Gas-, Oel-, Elektroheizung)	424120	724120	0,00	17.600,00	0,00	0,00	17.600,00	5.830,00	11.550,00	0,00	8.800,00	0,00
S/Gr. 54	Frischwasser	424130	724130	0,00	400,00	0,00	0,00	600,00	350,00	350,00	0,00	400,00	0,00
S/Gr. 54	Abgaben (Müll, Abwasserbeseitigung, Straßenreinigung, Kaminreinigung Entwässerungsverband, usw.)	424140	724140	0,00	100,00	0,00	0,00	100,00	100,00	100,00	0,00	200,00	0,00
S/Gr. 54	Reinigung (auch Reinigung v. Bürowäsche, Vorhängen) Ungezieferbekämpfung	424150	724150	0,00	22.600,00	0,00	0,00	24.250,00	7.800,00	12.350,00	0,00	27.250,00	0,00
S/Gr. 54	Versicherungen	424160	724160	0,00	2.200,00	0,00	0,00	1.900,00	630,00	850,00	0,00	1.750,00	0,00
S/Gr. 57-638	Bes. Verw./Betriebsaufwand; Strom	427101	727101	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
S/Gr. 57-638	Bes. Verw./Betriebsaufwand; Heizung (Gas-, Oel-, Elektroheizung)	427102	727102	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
S/Gr. 57-638	Bes. Verw./Betriebsaufwand; Frischwasser	427103	727103	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
S/Gr. 57-638	Bes. Verw./Betriebsaufwand; Kosten der Wasseraufbereitung	427113	727113	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	Post- und Fernmeldegebühren - Telefon	443107	743107	0,00	400,00	0,00	0,00	300,00	600,00	350,00	0,00	850,00	0,00
S/Gr. 670-678	Kostenanteile auf Grund Vertrag oder öffentl.rechtl. Vereinbarung an übrige Bereiche	445800	745800	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	Abschreibungen auf Gebäude	471130		0,00	7.792,00	199,00	229,00	11.951,00	2.488,00	1.683,00	0,00	7.977,00	214,00
	ordentliche Aufwendungen:			0,00	68.892,00	199,00	229,00	73.841,00	25.298,00	40.033,00	0,00	95.527,00	10.214,00
	Saldo:			0,00	58.255,00	199,00	229,00	73.261,00	25.298,00	39.834,00	0,00	87.933,00	10.214,00

Mittelanmeldungen für das Produkt

P1.04.02.111600.000

Bereich Gebäude

51

52

53

54

55

56

57

58

59

60

*) mit Warmmiete

Kameral	Grupp	Bezeichnung	Kostenart/ ErgHH	FinHH	P1.05.02.218000.001			P1.05.02.218000.002				P1.05.02.221000.001		
					Produkt			Produkt				Produkt		
					Bezeichnung			Bezeichnung				Bezeichnung		
					Kostenstelle			Kostenstelle				Kostenstelle		
					9121800001	9121800002	9121800003	9121810001	9121810002	9121810003	9121810004	9122100001	9122100002	9122100003
						Holzschuppen mit Carport- KGS	Holzpavillon- KGS	Geb. Feldbreite- KGS	Fahrradstand- Geb.Feldbreit e-KGS	Blockbohlenh ütte- Geb.Feldbreit e-KGS	2 Containerklas sen Geb. Feldbreite KGS	Schule f. Lernbehindert e mit Wohnung	Holzschuppen chule f. Lernbehindert e	Klinkergeräte schuppen- Schule f. Lernbeh.
					Bezeichnung	KGS								
					Planwert	Planwert	Planwert	Planwert	Planwert	Planwert	Planwert	Planwert	Planwert	Planwert
		Erträge aus der Auflösung von Sonderposten aus Zuwendungen; Bund	316100		-233,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
		Erträge aus der Auflösung von Sonderposten aus Zuwendungen; Land	316110		-8.272,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
		Erträge aus der Auflösung von Sonderposten aus Zuwendungen; Gem./GemVerb.	316120		-41.034,00	0,00	0,00	-16.910,00	0,00	0,00	0,00	-5.381,00	0,00	0,00
		Erträge aus der Auflösung von Sonderposten aus Zuwendungen; übriger Bereich	316180		0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
		Mieten und Pachten	341100	641100	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
164		Erstattungen vom sonstigen öffentlichen Bereich	348400	648400	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
167		Erstattungen private Unternehmen	348700	648700	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
		Erträge aus internen Leistungsbeziehungen - zentrale Liegenschaftsverwaltung	381120		-429.353,00	-227,00	0,00	-133.308,00	-321,00	-64,00	0,00	-133.217,00	-188,00	-12,00
		Summe ordentliche Erträge (ohne Zeile i.L.V. zentr. Lieg.)			-49.539,00	0,00	0,00	-16.910,00	0,00	0,00	0,00	-5.381,00	0,00	0,00

Mittelanmeldungen für das Produkt

P1.04.02.11600.000

Bereich Gebäude

51

52

53

54

55

56

57

58

59

60

*) mit Warmmiete

				P1.05.02.218000.001			P1.05.02.218000.002				P1.05.02.221000.001		
Produkt				KGS Wilhelmstraße			KGS Feldbreite				Fördersch. Voßbarg		
Bezeichnung				KGS			KGS				KGS		
Kostenstelle				9121800001	9121800002	9121800003	9121810001	9121810002	9121810003	9121810004	9122100001	9122100002	9122100003
Bezeichnung				KGS	Holzschuppen mit Carport-KGS	Holzpavillon-KGS	Geb. Feldbreite-KGS	Fahrradstand-Geb. Feldbreite-KGS	Blockbohlenhütte-Geb. Feldbreite-KGS	2 Containerklassen Geb. Feldbreite KGS	Schule f. Lernbehinderte mit Wohnung	Holzschuppenchule f. Lernbehinderte	Klinkergeräteschuppen-Schule f. Lernbeh.
Grupp	Bezeichnung	Kostenart/ ErgHH	FinHH	Planwert	Planwert	Planwert	Planwert	Planwert	Planwert	Planwert	Planwert	Planwert	Planwert
S/Gr. 50	Unterhaltung der baulichen Anlagen	421100	721100	44.000,00	0,00	0,00	18.400,00	0,00	0,00	0,00	30.000,00	0,00	0,00
S/ Gr. 52	Unterhaltung des beweglichen Vermögens	422100	722100	1.000,00	0,00	0,00	1.200,00	0,00	0,00	0,00	500,00	0,00	0,00
	Erwerb geringwertiger Vermögensgegenstände bis 150 Euro ohne Umsatzsteuer	422200	722200	300,00	0,00	0,00	1.250,00	0,00	0,00	0,00	200,00	0,00	0,00
S/Gr. 53	Mieten und Pachten	423100	723100	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
S/Gr. 54	Strom	424110	724110	39.000,00	0,00	0,00	12.300,00	0,00	0,00	0,00	5.800,00	0,00	0,00
S/Gr. 54	Heizung (Gas-, Oel-, Elektroheizung)	424120	724120	78.100,00	0,00	0,00	23.000,00	0,00	0,00	0,00	24.420,00	0,00	0,00
S/Gr. 54	Frischwasser	424130	724130	1.800,00	0,00	0,00	1.000,00	0,00	0,00	0,00	600,00	0,00	0,00
S/Gr. 54	Abgaben (Müll, Abwasserbeseitigung, Straßenreinigung, Kaminreinigung Entwässerungsverband, usw.)	424140	724140	400,00	0,00	0,00	150,00	0,00	0,00	0,00	150,00	0,00	0,00
S/Gr. 54	Reinigung (auch Reinigung v. Bürowäsche, Vorhängen) Ungezieferbekämpfung	424150	724150	113.250,00	0,00	0,00	40.450,00	0,00	0,00	0,00	28.400,00	0,00	0,00
S/Gr. 54	Versicherungen	424160	724160	15.000,00	0,00	0,00	2.850,00	0,00	0,00	0,00	2.350,00	0,00	0,00
S/Gr. 57-638	Bes. Verw./Betriebsaufwand; Strom	427101	727101	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
S/Gr. 57-638	Bes. Verw./Betriebsaufwand; Heizung (Gas-, Oel-, Elektroheizung)	427102	727102	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
S/Gr. 57-638	Bes. Verw./Betriebsaufwand; Frischwasser	427103	727103	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
S/Gr. 57-638	Bes. Verw./Betriebsaufwand; Kosten der Wasseraufbereitung	427113	727113	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	Post- und Fernmeldegebühren - Telefon	443107	743107	4.850,00	0,00	0,00	1.230,00	0,00	0,00	0,00	850,00	0,00	0,00
S/Gr. 670-678	Kostenanteile auf Grund Vertrag oder öffentl.rechtl. Vereinbarung an übrige Bereiche	445800	745800	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	Abschreibungen auf Gebäude	471130		68.928,00	174,00	0,00	13.173,00	246,00	49,00	0,00	12.837,00	144,00	9,00
	ordentliche Aufwendungen:			366.628,00	174,00	0,00	115.003,00	246,00	49,00	0,00	106.107,00	144,00	9,00
	Saldo:			317.089,00	174,00	0,00	98.093,00	246,00	49,00	0,00	100.726,00	144,00	9,00

Mittelanmeldungen für das Produkt

P1.04.02.111600.000

Bereich Gebäude

61

62

63

64

65

66

67

68

69

70

*) mit Warmmiete

Kameral			Produkt		P1.05.02.2720	P1.05.02.2811	P1.05.02.2812	P1.05.01.315400.000					
			Bezeichnung		Bücherei	Heimat- und s	Palais	Soziale Einrichtungen Wohnungslose					
			Kostenstelle	9122100004	9127200070	9128110050	9128120070	9131540001	9131540002	9131540003	9131540004	9131540005	9131540006
			Bezeichnung	Gartenhäusch en (Holz, rot)	Bücherei - Villa Wächter	Ehrenmal Hahn	Palais	Tannenkrugsi edl.41 A-E	Nebengebäud e Nr. 3	Tannenkrugsi edl.43 A-E	Nebengebäud e Nr. 2	Tannenkrugsi edl.45 A-E	Nebengebäud e Nr. 1
Grupp	Bezeichnung	Kostenart/ ErgHH	FinHH	Planwert	Planwert	Planwert	Planwert	Planwert	Planwert	Planwert	Planwert	Planwert	Planwert
	Erträge aus der Auflösung von Sonderposten aus Zuwendungen; Bund	316100		0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	Erträge aus der Auflösung von Sonderposten aus Zuwendungen; Land	316110		0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	Erträge aus der Auflösung von Sonderposten aus Zuwendungen; Gem./GemVerb.	316120		0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	Erträge aus der Auflösung von Sonderposten aus Zuwendungen; übriger Bereich	316180		0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	Mieten und Pachten	341100	641100	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	-3.600,00	0,00	0,00	0,00
164	Erstattungen vom sonstigen öffentlichen Bereich	348400	648400	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
167	Erstattungen private Unternehmen	348700	648700	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	Erträge aus internen Leistungsbeziehungen - zentrale Liegenschaftsverwaltung	381120		-12,00	-46.605,00	-5,00	-1.293,00	-10.843,00	-9,00	-2.658,00	-9,00	-6.569,00	-54,00
	Summe ordentliche Erträge (ohne Zeile i.L.V. zentr. Lieg.)			0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	-3.600,00	0,00	0,00	0,00

Mittelanmeldungen für das Produkt

P1.04.02.111600.000

Bereich Gebäude

61

62

63

64

65

66

67

68

69

70

*) mit Warmmiete

				P1.05.02.2720 P1.05.02.2811 P1.05.02.2812 P1.05.01.315400.000									
Produkt													
Bezeichnung				Bücherei Heimat- und Palais Soziale Einrichtungen Wohnungslose									
Kostenstelle				9122100004	9127200070	9128110050	9128120070	9131540001	9131540002	9131540003	9131540004	9131540005	9131540006
Bezeichnung				Gartenhäuschen (Holz, rot)	Bücherei - Villa Wächter	Ehrenmal Hahn	Palais	Tannenkrugsi edl.41 A-E	Nebengebäude Nr. 3	Tannenkrugsi edl.43 A-E	Nebengebäude Nr. 2	Tannenkrugsi edl.45 A-E	Nebengebäude Nr. 1
Grupp	Bezeichnung	Kostenart/ ErgHH	FinHH	Planwert	Planwert	Planwert	Planwert	Planwert	Planwert	Planwert	Planwert	Planwert	Planwert
S/Gr. 50	Unterhaltung der baulichen Anlagen	421100	721100	0,00	1.100,00	0,00	0,00	1.000,00	0,00	1.000,00	0,00	1.000,00	0,00
S/ Gr. 52	Unterhaltung des beweglichen Vermögens	422100	722100	0,00	150,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	Erwerb geringwertiger Vermögensgegenstände bis 150 Euro ohne Umsatzsteuer	422200	722200	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
S/Gr. 53	Mieten und Pachten	423100	723100	0,00	21.000,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
S/Gr. 54	Strom	424110	724110	0,00	2.200,00	0,00	0,00	6.050,00	0,00	2.550,00	0,00	2.550,00	0,00
S/Gr. 54	Heizung (Gas-, Oel-, Elektroheizung)	424120	724120	0,00	5.280,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
S/Gr. 54	Frischwasser	424130	724130	0,00	0,00	0,00	0,00	1.000,00	0,00	1.000,00	0,00	1.000,00	0,00
S/Gr. 54	Abgaben (Müll, Abwasserbeseitigung, Straßenreinigung, Kaminreinigung Entwässerungsverband, usw.)	424140	724140	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
S/Gr. 54	Reinigung (auch Reinigung v. Bürowäsche, Vorhängen) Ungezieferbekämpfung	424150	724150	0,00	4.750,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
S/Gr. 54	Versicherungen	424160	724160	0,00	400,00	0,00	640,00	20,00	0,00	10,00	0,00	250,00	0,00
S/Gr. 57-638	Bes. Verw./Betriebsaufwand; Strom	427101	727101	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
S/Gr. 57-638	Bes. Verw./Betriebsaufwand; Heizung (Gas-, Oel-, Elektroheizung)	427102	727102	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
S/Gr. 57-638	Bes. Verw./Betriebsaufwand; Frischwasser	427103	727103	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
S/Gr. 57-638	Bes. Verw./Betriebsaufwand; Kosten der Wasseraufbereitung	427113	727113	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	Post- und Fernmeldegebühren - Telefon	443107	743107	0,00	800,00	0,00	350,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
S/Gr. 670-678	Kostenanteile auf Grund Vertrag oder öffentl.rechtl. Vereinbarung an übrige Bereiche	445800	745800	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	Abschreibungen auf Gebäude	471130		9,00	0,00	4,00	0,00	231,00	7,00	231,00	7,00	229,00	41,00
	ordentliche Aufwendungen:			9,00	35.680,00	4,00	990,00	8.301,00	7,00	4.791,00	7,00	5.029,00	41,00
	Saldo:			9,00	35.680,00	4,00	990,00	8.301,00	7,00	1.191,00	7,00	5.029,00	41,00

Mittelanmeldungen für das Produkt

P1.04.02.111600.000

Bereich Gebäude

71

72

73

74

75

76

77

78

79

80

*) mit Warmmiete

			Produkt	P1.05.01.365100.000				P1.05.01.365200.000		P1.05.01.365300.000			
			Bezeichnung	KiGa Loy				KiGa Marienstraße		KiGa Mühlenstraße			
			Kostenstelle	9131540007	9136510001	9136510002	9136510003	9136520001	9136520002	9136530001	9136530002	9136530003	9136530004
			Bezeichnung	Tannenkrugsi edl.47 A-E	KiGa Loy	Geräteschupp en Nr.1(7,20)- KiGa Loy	Geräteschupp en Nr.2 (38,73)-KiGa Loy	KiGa Marienstr. mit Wohnung	Holzgerätesc huppen (29,87)-KiGa Marienstr.	KiGa Mühlenstraße	Holzgerätesc huppen (24,64)-KiGA Mühlenstr.	Holzgerätesc huppen (15,00)-KiGA Mühlenstr.	Geräteschupp en (Holz) im Sandkasten
Grupp	Bezeichnung	Kostenart/ ErgHH	FinHH	Planwert	Planwert	Planwert	Planwert	Planwert	Planwert	Planwert	Planwert	Planwert	Planwert
	Erträge aus der Auflösung von Sonderposten aus Zuwendungen; Bund	316100		0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	Erträge aus der Auflösung von Sonderposten aus Zuwendungen; Land	316110		-910,00	-1.421,00	0,00	0,00	-1.384,00	0,00	-358,00	0,00	0,00	0,00
	Erträge aus der Auflösung von Sonderposten aus Zuwendungen; Gem./GemVerb.	316120		0,00	-1.421,00	0,00	0,00	0,00	0,00	-693,00	0,00	0,00	0,00
	Erträge aus der Auflösung von Sonderposten aus Zuwendungen; übriger Bereich	316180		0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	Mieten und Pachten	341100	641100	0,00	0,00	0,00	0,00	-4.300,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
164	Erstattungen vom sonstigen öffentlichen Bereich	348400	648400	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
167	Erstattungen private Unternehmen	348700	648700	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	Erträge aus internen Leistungsbeziehungen - zentrale Liegenschaftsverwaltung	381120		-17.521,00	-29.986,00	-116,00	-22,00	-24.950,00	-317,00	-40.000,00	-200,00	-74,00	-132,00
	Summe ordentliche Erträge (ohne Zeile i.LV. zentr. Lieg.)			-910,00	-2.842,00	0,00	0,00	-5.684,00	0,00	-1.051,00	0,00	0,00	0,00

Mittelanmeldungen für das Produkt

P1.04.02.111600.000

Bereich Gebäude

71

72

73

74

75

76

77

78

79

80

*) mit Warmmiete

				P1.05.01.365100.000				P1.05.01.365200.000		P1.05.01.365300.000			
Produkt													
Bezeichnung				KiGa Loy				KiGa Marienstraße		KiGa Mühlenstraße			
Kostenstelle				9131540007	9136510001	9136510002	9136510003	9136520001	9136520002	9136530001	9136530002	9136530003	9136530004
Bezeichnung				Tannenkrugsi edl.47 A-E	KiGa Loy	Geräteschupp en Nr.1(7,20)- KiGa Loy	Geräteschupp en Nr.2 (38,73)-KiGa Loy	KiGa Marienstr. mit Wohnung	Holzgerätesc huppen (29,87)-KiGa Marienstr.	KiGa Mühlenstraße	Holzgerätesc huppen (24,64)-KiGa Mühlenstr.	Holzgerätesc huppen (15,00)-KiGa Mühlenstr.	Geräteschupp en (Holz) im Sandkasten
Grupp	Bezeichnung	Kostenart/ ErgHH	FinHH	Planwert	Planwert	Planwert	Planwert	Planwert	Planwert	Planwert	Planwert	Planwert	Planwert
S/Gr. 50	Unterhaltung der baulichen Anlagen	421100	721100	2.600,00	4.400,00	0,00	0,00	4.100,00	0,00	8.400,00	0,00	0,00	0,00
S/ Gr. 52	Unterhaltung des beweglichen Vermögens	422100	722100	0,00	200,00	0,00	0,00	150,00	0,00	200,00	0,00	0,00	0,00
	Erwerb geringwertiger Vermögensgegenstände bis 150 Euro ohne Umsatzsteuer	422200	722200	0,00	100,00	0,00	0,00	100,00	0,00	100,00	0,00	0,00	0,00
S/Gr. 53	Mieten und Pachten	423100	723100	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
S/Gr. 54	Strom	424110	724110	2.550,00	1.320,00	0,00	0,00	1.100,00	0,00	2.500,00	0,00	0,00	0,00
S/Gr. 54	Heizung (Gas-, Oel-, Elektroheizung)	424120	724120	5.060,00	4.290,00	0,00	0,00	2.970,00	0,00	7.700,00	0,00	0,00	0,00
S/Gr. 54	Frischwasser	424130	724130	1.000,00	150,00	0,00	0,00	150,00	0,00	400,00	0,00	0,00	0,00
S/Gr. 54	Abgaben (Müll, Abwasserbeseitigung, Straßenreinigung, Kaminreinigung Entwässerungsverband, usw.)	424140	724140	150,00	100,00	0,00	0,00	150,00	0,00	100,00	0,00	0,00	0,00
S/Gr. 54	Reinigung (auch Reinigung v. Bürowäsche, Vorhängen) Ungezieferbekämpfung	424150	724150	0,00	6.350,00	0,00	0,00	5.700,00	0,00	8.300,00	0,00	0,00	0,00
S/Gr. 54	Versicherungen	424160	724160	20,00	340,00	0,00	0,00	360,00	0,00	600,00	0,00	0,00	0,00
S/Gr. 57-638	Bes. Verw./Betriebsaufwand; Strom	427101	727101	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
S/Gr. 57-638	Bes. Verw./Betriebsaufwand; Heizung (Gas-, Oel-, Elektroheizung)	427102	727102	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
S/Gr. 57-638	Bes. Verw./Betriebsaufwand; Frischwasser	427103	727103	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
S/Gr. 57-638	Bes. Verw./Betriebsaufwand; Kosten der Wasseraufbereitung	427113	727113	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	Post- und Fernmeldegebühren - Telefon	443107	743107	0,00	500,00	0,00	0,00	950,00	0,00	750,00	0,00	0,00	0,00
S/Gr. 670-678	Kostenanteile auf Grund Vertrag oder öffentl.rechtl. Vereinbarung an übrige Bereiche	445800	745800	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	Abschreibungen auf Gebäude	471130		2.730,00	7.382,00	89,00	17,00	7.723,00	243,00	2.378,00	153,00	57,00	101,00
	ordentliche Aufwendungen:			14.110,00	25.132,00	89,00	17,00	23.453,00	243,00	31.428,00	153,00	57,00	101,00
	Saldo:			13.200,00	22.290,00	89,00	17,00	17.769,00	243,00	30.377,00	153,00	57,00	101,00

Mittelanmeldungen für das Produkt

P1.04.02.111600.000

Bereich Gebäude

81

82

83

84

85

86

87

88

89

90

*) mit Warmmiete

			KiGa Neusüdende				KiGa Voßbarg (einschl. Gym)		KiGa Feldbreite	Spielkreis Delfshausen			
			Kostenstelle	9136540001	9136540002	9136540003	9136550001	9136550002	9136560001	9136590201	9136590202	9136590203	9136590204
Kameral				KiGa Neusüdende mit Wohnung	Geräteschuppen Nr. 1 (151,80)-KiGa Neus.	Geräteschuppen Nr. 2 (15,40)- KiGa Neus.	KiGa Voßbarg mit Wohnung	Fertigarage KiGA-Voßbarg	KiGa Feldbreite	Spielkreis Delfshausen mit Wohnung	Bauwagen-Spielkreis Delfshausen	Holzgeräteschuppen Nr.1(16,92) Spielk. Delfsh.	Holzgeräteschuppen Nr.2 (6,31) Spielk. Delfsh.
	Bezeichnung		Bezeichnung										
Grupp	Bezeichnung	Kostenart/ ErgHH	FinHH	Planwert	Planwert	Planwert	Planwert	Planwert	Planwert	Planwert	Planwert	Planwert	Planwert
	Erträge aus der Auflösung von Sonderposten aus Zuwendungen; Bund	316100		0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	Erträge aus der Auflösung von Sonderposten aus Zuwendungen; Land	316110		0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	Erträge aus der Auflösung von Sonderposten aus Zuwendungen; Gem./GemVerb.	316120		0,00	0,00	0,00	-1.705,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	Erträge aus der Auflösung von Sonderposten aus Zuwendungen; übriger Bereich	316180		0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	Mieten und Pachten	341100	641100	-4.200,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
164	Erstattungen vom sonstigen öffentlichen Bereich	348400	648400	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
167	Erstattungen private Unternehmen	348700	648700	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	Erträge aus internen Leistungsbeziehungen - zentrale Liegenschaftsverwaltung	381120		-10.588,00	0,00	-51,00	-26.584,00	-14,00	-11.691,00	-7.994,00	0,00	-47,00	-17,00
	Summe ordentliche Erträge (ohne Zeile i.LV. zentr. Lieg.)			-4.200,00	0,00	0,00	-1.705,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00

Mittelanmeldungen für das Produkt

P1.04.02.111600.000

Bereich Gebäude

81

82

83

84

85

86

87

88

89

90

*) mit Warmmiete

Kameral

Produkt				P1.05.01.365400.000			P1.05.01.365500.000		P1.05.01.365600.000	P1.05.01.365900.003			
Bezeichnung				KiGa Neusüden			KiGa Voßbarg (einschl. Gym)		KiGa Feldbreite	Spielkreis Delfshausen			
Kostenstelle				9136540001	9136540002	9136540003	9136550001	9136550002	9136560001	9136590201	9136590202	9136590203	9136590204
Bezeichnung				KiGa Neusüden mit Wohnung	Geräteschuppen Nr. 1 (151,80)-KiGa Neus.	Geräteschuppen Nr. 2 (15,40)- KiGa Neus.	KiGa Voßbarg mit Wohnung	Fertigarage KiGA-Voßbarg	KiGa Feldbreite	Spielkreis Delfshausen mit Wohnung	Bauwagen-Spielkreis Delfshausen	Holzgeräteschuppen Nr.1(16,92) Spiel. Delfsh.	Holzgeräteschuppen Nr.2 (6,31) Spiel. Delfsh.
Grupp	Bezeichnung	Kostenart/ ErgHH	FinHH	Planwert	Planwert	Planwert	Planwert	Planwert	Planwert	Planwert	Planwert	Planwert	Planwert
S/Gr. 50	Unterhaltung der baulichen Anlagen	421100	721100	1.400,00	0,00	0,00	3.500,00	0,00	0,00	1.000,00	0,00	0,00	0,00
S/ Gr. 52	Unterhaltung des beweglichen Vermögens	422100	722100	0,00	0,00	0,00	200,00	0,00	0,00	100,00	0,00	0,00	0,00
	Erwerb geringwertiger Vermögensgegenstände bis 150 Euro ohne Umsatzsteuer	422200	722200	100,00	0,00	0,00	100,00	0,00	100,00	50,00	0,00	0,00	0,00
S/Gr. 53	Mieten und Pachten	423100	723100	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
S/Gr. 54	Strom	424110	724110	700,00	0,00	0,00	850,00	0,00	1.250,00	550,00	0,00	0,00	0,00
S/Gr. 54	Heizung (Gas-, Oel-, Elektroheizung)	424120	724120	3.630,00	0,00	0,00	4.950,00	0,00	3.850,00	3.960,00	0,00	0,00	0,00
S/Gr. 54	Frischwasser	424130	724130	200,00	0,00	0,00	180,00	0,00	200,00	110,00	0,00	0,00	0,00
S/Gr. 54	Abgaben (Müll, Abwasserbeseitigung, Straßenreinigung, Kaminreinigung Entwässerungsverband, usw.)	424140	724140	50,00	0,00	0,00	100,00	0,00	50,00	100,00	0,00	0,00	0,00
S/Gr. 54	Reinigung (auch Reinigung v. Bürowäsche, Vorhängen) Ungezieferbekämpfung	424150	724150	3.900,00	0,00	0,00	8.400,00	0,00	2.900,00	0,00	0,00	0,00	0,00
S/Gr. 54	Versicherungen	424160	724160	360,00	0,00	0,00	400,00	0,00	300,00	250,00	0,00	0,00	0,00
S/Gr. 57-638	Bes. Verw./Betriebsaufwand; Strom	427101	727101	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
S/Gr. 57-638	Bes. Verw./Betriebsaufwand; Heizung (Gas-, Oel-, Elektroheizung)	427102	727102	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
S/Gr. 57-638	Bes. Verw./Betriebsaufwand; Frischwasser	427103	727103	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
S/Gr. 57-638	Bes. Verw./Betriebsaufwand; Kosten der Wasseraufbereitung	427113	727113	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	Post- und Fernmeldegebühren - Telefon	443107	743107	380,00	0,00	0,00	730,00	0,00	300,00	0,00	0,00	0,00	0,00
S/Gr. 670-678	Kostenanteile auf Grund Vertrag oder öffentl.rechtl. Vereinbarung an übrige Bereiche	445800	745800	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	Abschreibungen auf Gebäude	471130		601,00	0,00	39,00	2.247,00	11,00	0,00	0,00	0,00	36,00	13,00
	ordentliche Aufwendungen:			11.321,00	0,00	39,00	21.657,00	11,00	8.950,00	6.120,00	0,00	36,00	13,00
	Saldo:			7.121,00	0,00	39,00	19.952,00	11,00	8.950,00	6.120,00	0,00	36,00	13,00

Mittelanmeldungen für das Produkt

P1.04.02.111600.000

Bereich Gebäude

91

92

93

94

95

96

97

98

99

100

*) mit Warmmiete

Kameral

Grupp

Netto-Veranschlagung													
Produkt	P1.05.01.365900.008	P1.05.01.365900.009	P1.05.02.366100.000	P1.05.02.424100.001	P1.05.02.424100.002								
Bezeichnung	Spielkreis Ras	Krippe Felbrei	Hort Feldbreite	Jugendtreff Villa Hartmann u	Freibad Rastede	Badeanstalt Hahn							
Kostenstelle	9136590401	9136590801	9136590901	9136610001	9136610002	9142411050	9142411051	9142411052	9142412001	9142412002			
Bezeichnung	Spielkreis Ras	Krippe Felbrei	Hort Feldbreite	Jugendtreff Villa Hartmann	Jugendtreff Delfshausen	Funktionsgebäude	Aufsichtsturm	Technikgebäude (Kinderbereich)	Betriebswohnhaus	Sanitärgebäude (Campingplatz)			
Grupp	Bezeichnung	Kostenart/ ErgHH	FinHH	Planwert	Planwert	Planwert	Planwert	Planwert	Planwert	Planwert	Planwert	Planwert	Planwert
	Erträge aus der Auflösung von Sonderposten aus Zuwendungen; Bund	316100		0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	Erträge aus der Auflösung von Sonderposten aus Zuwendungen; Land	316110		0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	Erträge aus der Auflösung von Sonderposten aus Zuwendungen; Gem./GemVerb.	316120		0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	-3.840,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	Erträge aus der Auflösung von Sonderposten aus Zuwendungen; übriger Bereich	316180		0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	Mieten und Pachten	341100	641100	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	-2.000,00	0,00	0,00	-7.100,00	0,00
164	Erstattungen vom sonstigen öffentlichen Bereich	348400	648400	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
167	Erstattungen private Unternehmen	348700	648700	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	Erträge aus internen Leistungsbeziehungen - zentrale Liegenschaftsverwaltung	381120		0,00	0,00	-1.306,00	-13.663,00	-427,00	-173.130,00	-4,00	-12.557,00	0,00	-856,00
	Summe ordentliche Erträge (ohne Zeile i.L.V. zentr. Lieg.)			0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	-5.840,00	0,00	0,00	-7.100,00	0,00

Mittelanmeldungen für das Produkt

P1.04.02.111600.000

Bereich Gebäude

91

92

93

94

95

96

97

98

99

100

*) mit Warmmiete

				Netto-Veranschlagung									
				Produkt	P1.05.01.365900.008	P1.05.01.365900.009	P1.05.02.366100.000	P1.05.02.424100.001				P1.05.02.424100.002	
				Bezeichnung	Spielkreis Ras	Krippe Felbrei	Hort Feldbreite	Jugendtreff Villa Hartmann u	Freibad Rastede				Badeanstalt Hahn
				Kostenstelle	9136590401	9136590801	9136590901	9136610001	9136610002	9142411050	9142411051	9142411052	9142412001 9142412002
				Bezeichnung	Spielkreis Ras	Krippe Felbrei	Hort Feldbreite	Jugendtreff Villa Hartmann	Jugendtreff Delfshausen	Funktionsgebäude	Aufsichsturm	Technikgebäude (Kinderbereich)	Betriebswohnhaus Sanitärgebäude (Campingplatz)
Grupp	Bezeichnung	Kostenart/ ErgHH	FinHH	Planwert	Planwert	Planwert	Planwert	Planwert	Planwert	Planwert	Planwert	Planwert	Planwert
S/Gr. 50	Unterhaltung der baulichen Anlagen	421100	721100	0,00	0,00	0,00	2.200,00	300,00	43.000,00	0,00	0,00	1.000,00	0,00
S/ Gr. 52	Unterhaltung des beweglichen Vermögens	422100	722100	0,00	0,00	0,00	300,00	0,00	250,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	Erwerb geringwertiger Vermögensgegenstände bis 150 Euro ohne Umsatzsteuer	422200	722200	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
S/Gr. 53	Mieten und Pachten	423100	723100	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
S/Gr. 54	Strom	424110	724110	0,00	0,00	0,00	1.000,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
S/Gr. 54	Heizung (Gas-, Oel-, Elektroheizung)	424120	724120	0,00	0,00	0,00	4.400,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
S/Gr. 54	Frischwasser	424130	724130	0,00	0,00	0,00	70,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
S/Gr. 54	Abgaben (Müll, Abwasserbeseitigung, Straßenreinigung, Kaminreinigung Entwässerungsverband, usw.)	424140	724140	0,00	0,00	0,00	100,00	0,00	300,00	0,00	0,00	0,00	0,00
S/Gr. 54	Reinigung (auch Reinigung v. Bürowäsche, Vorhängen) Ungezieferbekämpfung	424150	724150	0,00	0,00	1.000,00	500,00	0,00	6.000,00	0,00	0,00	0,00	0,00
S/Gr. 54	Versicherungen	424160	724160	0,00	0,00	0,00	210,00	0,00	1.300,00	0,00	0,00	0,00	0,00
S/Gr. 57-638	Bes. Verw./Betriebsaufwand; Strom	427101	727101	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	22.000,00	0,00	0,00	0,00	0,00
S/Gr. 57-638	Bes. Verw./Betriebsaufwand; Heizung (Gas-, Oel-, Elektroheizung)	427102	727102	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	36.300,00	0,00	0,00	0,00	0,00
S/Gr. 57-638	Bes. Verw./Betriebsaufwand; Frischwasser	427103	727103	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	12.000,00	0,00	0,00	0,00	0,00
S/Gr. 57-638	Bes. Verw./Betriebsaufwand; Kosten der Wasseraufbereitung	427113	727113	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	13.000,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	Post- und Fernmeldegebühren - Telefon	443107	743107	0,00	0,00	0,00	1.680,00	0,00	750,00	0,00	0,00	0,00	0,00
S/Gr. 670-678	Kostenanteile auf Grund Vertrag oder öffentl.rechtl. Vereinbarung an übrige Bereiche	445800	745800	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	Abschreibungen auf Gebäude	471130		0,00	0,00	0,00	0,00	27,00	2.115,00	3,00	9.613,00	375,00	655,00
	ordentliche Aufwendungen:			0,00	0,00	1.000,00	10.460,00	327,00	137.015,00	3,00	9.613,00	1.375,00	655,00
	Saldo:			0,00	0,00	1.000,00	10.460,00	327,00	131.175,00	3,00	9.613,00	-5.725,00	655,00

Mittelanmeldungen für das Produkt

P1.04.02.111600.000

Bereich Gebäude

101

102

103

104

105

106

107

108

109

110

*) mit Warmmiete

Kameral

Grupp

Netto-Veranschlagung

Produkt			P1.05.02.424100.003		P1.05.02.424200.001		P1.05.02.4242	P1.05.02.4242	P1.05.02.424200.005	
Bezeichnung			Hallenbad		Sport- und Bolzplätze		Sportplatz Mü	Sportplatz Leh	Sportplatz Wahnbe (oben u	
Kostenstelle	9142412003	9142412004	9142413001	9142413002	9142421001	9142421002	9142422001	9142424001	9142425001	9142425002
Bezeichnung	Umkleidegebäude am Naturbad	Grillhütte - Naturbad	Hallenbad mit Cafeteria u. Sauna	Außensauna - Hallenbad	Sport- und Bolzplätze		Sportplatzgeb. Mühlenstr.	Sportplatzgeb. Lehmden Lerchenstraße	Sportplatzgeb. Wahnbe (Vereinshaus)	Umkleidegeb. Sportplatz Wahnbe
FinHH	Planwert	Planwert	Planwert	Planwert	Planwert	Planwert	Planwert		Planwert	Planwert
	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	0,00	0,00	-19.904,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	0,00	0,00	-14.507,00	0,00	0,00	0,00	-527,00	-663,00	-837,00	-837,00
	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
641100	0,00	0,00	-13.800,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
648400	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
648700	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	-398,00	0,00	-428.257,00	-1.318,00	-1.972,00	-1.567,00	-25.319,00	-10.883,00	-4.957,00	-20.395,00
zentr. Lieg.)	0,00	0,00	-48.211,00	0,00	0,00	0,00	-527,00	-663,00	-837,00	-837,00

*) mit Warmmiete

			Bezeichnung			Hallenbad		Sport- und Bolzplätze		Sportplatz Mü	Sportplatz Leh	Sportplatz Wahnbek (oben un	
			Kostenstelle	9142412003	9142412004	9142413001	9142413002	9142421001	9142421002	9142422001	9142424001	9142425001	9142425002
Kameral													
			Bezeichnung	Umkleidegebäude am Naturbad	Grillhütte - Naturbad	Hallenbad mit Cafeteria u.Sauna	Außensauna - Hallenbad	Sport- und Bolzplätze		Sportplatzgebäude Mühlenstr.	Sportplatzgebäude Lehmden Lerchenstraße	Sportplatzgebäude Wahnbek (Vereinshaus)	Umkleidegebäude Sportplatz Wahnbek
Grupp	Bezeichnung	Kostenart/ ErgHH	FinHH	Planwert	Planwert	Planwert	Planwert	Planwert	Planwert	Planwert		Planwert	Planwert
S/Gr. 50	Unterhaltung der baulichen Anlagen	421100	721100	0,00	0,00	42.700,00	0,00	0,00	0,00	3.300,00	2.350,00	1.000,00	2.000,00
S/ Gr. 52	Unterhaltung des beweglichen Vermögens	422100	722100	0,00	0,00	500,00	0,00	0,00	0,00	300,00	150,00	0,00	200,00
	Erwerb geringwertiger Vermögensgegenstände bis 150 Euro ohne Umsatzsteuer	422200	722200	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
S/Gr. 53	Mieten und Pachten	423100	723100	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
S/Gr. 54	Strom	424110	724110	0,00	0,00	0,00	0,00	850,00	0,00	2.100,00	680,00	0,00	4.800,00
S/Gr. 54	Heizung (Gas-, Oel-, Elektroheizung)	424120	724120	0,00	0,00	0,00	0,00	500,00	0,00	6.380,00	1.320,00	0,00	3.630,00
S/Gr. 54	Frischwasser	424130	724130	0,00	0,00	0,00	0,00	60,00	0,00	350,00	180,00	0,00	440,00
S/Gr. 54	Abgaben (Müll, Abwasserbeseitigung, Straßenreinigung, Kaminreinigung Entwässerungsverband, usw.)	424140	724140	0,00	0,00	300,00	0,00	50,00	0,00	50,00	50,00	0,00	50,00
S/Gr. 54	Reinigung (auch Reinigung v. Bürowäsche,Vorhängen) Ungezieferbekämpfung	424150	724150	0,00	0,00	67.350,00	0,00	20,00	0,00	3.050,00	50,00	0,00	50,00
S/Gr. 54	Versicherungen	424160	724160	0,00	0,00	5.600,00	0,00	30,00	0,00	340,00	60,00	0,00	360,00
S/Gr. 57-638	Bes. Verw./Betriebsaufwand; Strom	427101	727101	0,00	0,00	60.500,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
S/Gr. 57-638	Bes. Verw./Betriebsaufwand; Heizung (Gas-, Oel-, Elektroheizung)	427102	727102	0,00	0,00	93.500,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
S/Gr. 57-638	Bes. Verw./Betriebsaufwand; Frischwasser	427103	727103	0,00	0,00	14.000,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
S/Gr. 57-638	Bes. Verw./Betriebsaufwand; Kosten der Wasseraufbereitung	427113	727113	0,00	0,00	18.000,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	Post- und Fernmeldegebühren - Telefon	443107	743107	0,00	0,00	1.350,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
S/Gr. 670-678	Kostenanteile auf Grund Vertrag oder öffentl.rechtl. Vereinbarung an übrige Bereiche	445800	745800	0,00	0,00	132,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	Abreibungen auf Gebäude	471130		305,00	0,00	60.840,00	1.009,00	0,00	1.200,00	3.917,00	3.999,00	3.436,00	4.725,00
	ordentliche Aufwendungen:			305,00	0,00	364.772,00	1.009,00	1.510,00	1.200,00	19.787,00	8.839,00	4.436,00	16.255,00
	Saldo:			305,00	0,00	316.561,00	1.009,00	1.510,00	1.200,00	19.260,00	8.176,00	3.599,00	15.418,00

Mittelanmeldungen für das Produkt

P1.04.02.111600.000

Bereich Gebäude

111

112

113

114

115

116

117

118

119

120

*) mit Warmmiete

Kameral

Grupp

Produkt	P1.05.02.424200.006		P1.05.02.4242	P1.05.02.424200.008		P1.05.02.4243	P1.05.02.4243	P1.05.02.4243	P1.05.02.4243	P1.05.02.4243
Bezeichnung	Sportplatz Loy		Sportplatz NN	Sportplatz Nethen		Sporthalle Kle	Sporthalle Hah	Sporthalle Wa	Sportraum Loy	Turnhalle Feld
Kostenstelle	9142426001	9142426002	9142427001	9142428001	9142428002	9142432001	9142433001	9142434001	9142435001	9142436001
Bezeichnung	Sportplatzgeb . Loy (Clubhaus)	Gerätehaus - Sportplatz Loy	Sportplatz NN	Sportplatzgeb . Nethen (Vereinsheim)	Garagenanlag e-Sportplatz Nethen	Sporthalle Kleibrok	Sporthalle Hahn-Lehmden	Sporthalle Wahnbek	Sportraum Loy	Turnhalle Feldbreite
FinHH	Planwert	Planwert	Planwert	Planwert	Planwert	Planwert	Planwert	Planwert	Planwert	Planwert
	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	-559,00	0,00	0,00	0,00	0,00	-881,00	0,00	-2.841,00	-1.336,00	0,00
	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
641100	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
648400	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
648700	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	-4.811,00	-34,00	0,00	-3.208,00	-712,00	-43.927,00	-85.890,00	-86.586,00	-6.065,00	-16.819,00
zentr. Lieg.)	-559,00	0,00	0,00	0,00	0,00	-881,00	0,00	-2.841,00	-1.336,00	0,00

Mittelanmeldungen für das Produkt

P1.04.02.111600.000

Bereich Gebäude

111

112

113

114

115

116

117

118

119

120

*) mit Warmmiete

			Bezeichnung	Sportplatz Loy		Sportplatz NN	Sportplatz Nethen		Sporthalle Kle	Sporthalle Ha	Sporthalle Wa	Sportraum Loy	Turnhalle Feld
			Kostenstelle	9142426001	9142426002	9142427001	9142428001	9142428002	9142432001	9142433001	9142434001	9142435001	9142436001
Kameral													
			Bezeichnung	Sportplatzgeb . Loy (Clubhaus)	Gerätehaus - Sportplatz Loy	Sportplatz NN	Sportplatzgeb . Nethen (Vereinsheim)	Garagenanlag e-Sportplatz Nethen	Sporthalle Kleibrok	Sporthalle Hahn- Lehmden	Sporthalle Wahnbek	Sportraum Loy	Turnhalle Feldbreite
Grupp	Bezeichnung	Kostenart/ ErgHH	FinHH	Planwert	Planwert	Planwert	Planwert	Planwert	Planwert	Planwert	Planwert	Planwert	Planwert
S/Gr. 50	Unterhaltung der baulichen Anlagen	421100	721100	0,00	0,00	0,00	1.000,00	500,00	10.000,00	11.000,00	12.900,00	1.500,00	0,00
S/ Gr. 52	Unterhaltung des beweglichen Vermögens	422100	722100	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	200,00	300,00	300,00	0,00	0,00
	Erwerb geringwertiger Vermögensgegenstände bis 150 Euro ohne Umsatzsteuer	422200	722200	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
S/Gr. 53	Mieten und Pachten	423100	723100	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
S/Gr. 54	Strom	424110	724110	2.700,00	0,00	0,00	400,00	0,00	2.800,00	4.200,00	7.700,00	0,00	1.400,00
S/Gr. 54	Heizung (Gas-, Oel-, Elektroheizung)	424120	724120	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	9.350,00	11.000,00	6.050,00	0,00	2.970,00
S/Gr. 54	Frischwasser	424130	724130	0,00	0,00	0,00	150,00	0,00	250,00	300,00	480,00	0,00	0,00
S/Gr. 54	Abgaben (Müll, Abwasserbeseitigung, Straßenreinigung, Kaminreinigung Entwässerungsverband, usw.)	424140	724140	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	100,00	100,00	100,00	0,00	0,00
S/Gr. 54	Reinigung (auch Reinigung v. Bürowäsche,Vorhängen) Ungezieferbekämpfung	424150	724150	20,00	0,00	0,00	20,00	0,00	7.550,00	11.250,00	11.600,00	0,00	6.550,00
S/Gr. 54	Versicherungen	424160	724160	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	870,00	2.400,00	1.580,00	0,00	250,00
S/Gr. 57-638	Bes. Verw./Betriebsaufwand; Strom	427101	727101	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
S/Gr. 57-638	Bes. Verw./Betriebsaufwand; Heizung (Gas-, Oel-, Elektroheizung)	427102	727102	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
S/Gr. 57-638	Bes. Verw./Betriebsaufwand; Frischwasser	427103	727103	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
S/Gr. 57-638	Bes. Verw./Betriebsaufwand; Kosten der Wasseraufbereitung	427113	727113	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	Post- und Fernmeldegebühren - Telefon	443107	743107	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
S/Gr. 670-678	Kostenanteile auf Grund Vertrag oder öffentl.rechtl. Vereinbarung an übrige Bereiche	445800	745800	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	Abschreibungen auf Gebäude	471130		1.391,00	26,00	0,00	886,00	45,00	3.184,00	25.205,00	27.753,00	4.166,00	1.706,00
	ordentliche Aufwendungen:			4.111,00	26,00	0,00	2.456,00	545,00	34.304,00	65.755,00	68.463,00	5.666,00	12.876,00
	Saldo:			3.552,00	26,00	0,00	2.456,00	545,00	33.423,00	65.755,00	65.622,00	4.330,00	12.876,00

Mittelanmeldungen für das Produkt

P1.04.02.111600.000

Bereich Gebäude

121

122

123

124

125

126

127

128

129

130

*) mit Warmmiete

Kameral

Grupp

Produkt	P1.05.02.4243	P1.05.02.4243	P1.06.00.5470	P1.06.00.538100.001			P1.06.00.551100.000		P1.05.02.571100	
Bezeichnung	Mehrzweckha	Turnhalle Wilh	ÖPNV	SW Zentrale Einrichtung			Öffentliches Grün/Landschaft		Dorfgemeinschaftshäuser	
Kostenstelle	9142437001	9142438001	9154700001	9153810001	9153811201	9153812001	9155110070	9155110050	9157323001	9157323002
		Turnhalle								
Bezeichnung	Mehrzweckha	Wilhelmstraß	Bushaltestelle	Betriebsgeb.	Pumpwerke	Fäkalschlam	Meldestelle	Umkleidegeb.	DGH	DGH Nethen
	lle Feldbreite	e	n	Klärwerk		mannahme	Rennplatz	Rennplatz	Wapeldorf	
FinHH	Planwert	Planwert	Planwert	Planwert	Planwert	Planwert	Planwert	Planwert	Planwert	Planwert
	-4.091,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	-4.091,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	-11.580,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	-428,00	-167,00	0,00
	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
641100	0,00	-180,00	0,00	-2.400,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	-6.700,00
648400	-2.000,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
648700	-600,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	-207.412,00	-17.806,00	0,00	0,00	0,00	0,00	-192,00	-959,00	-3.003,00	-10.059,00
zentr. Lieg.)	-22.362,00	-180,00	0,00	-2.400,00	0,00	0,00	0,00	-428,00	-167,00	-6.700,00

Mittelanmeldungen für das Produkt

P1.04.02.11600.000

Bereich Gebäude

121

122

123

124

125

126

127

128

129

130

*) mit Warmmiete

				Produkt	P1.05.02.4243	P1.05.02.4243	P1.06.00.5470	P1.06.00.538100.001			P1.06.00.551100.000		P1.05.02.571100	
				Bezeichnung	Mehrzweckha	Turnhalle Wilh	ÖPNV	SW Zentrale Einrichtung			Öffentliches Grün/Landschaft		Dorfgemeinschaftshäuser	
				Kostenstelle	9142437001	9142438001	9154700001	9153810001	9153811201	9153812001	9155110070	9155110050	9157323001	9157323002
				Bezeichnung	Mehrzweckha	Turnhalle	Bushaltestelle	Betriebsgeb.	Pumpwerke	Fäkalschlam	Meldestelle	Umkleidegeb.	DGH	DGH
					lle Feldbreite	Wilhelmstraß	n	Klärwerk		mannahme	Rennplatz	Rennplatz	Wapeldorf	Nethen
Grupp	Bezeichnung	Kostenart/ ErgHH	FinHH	Planwert	Planwert	Planwert	Planwert	Planwert	Planwert	Planwert	Planwert	Planwert	Planwert	Planwert
S/Gr. 50	Unterhaltung der baulichen Anlagen	421100	721100	39.300,00	3.550,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	1.000,00	2.500,00
S/ Gr. 52	Unterhaltung des beweglichen Vermögens	422100	722100	1.000,00	100,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	Erwerb geringwertiger Vermögensgegenstände bis 150 Euro ohne Umsatzsteuer	422200	722200	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	100,00
S/Gr. 53	Mieten und Pachten	423100	723100	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
S/Gr. 54	Strom	424110	724110	16.300,00	500,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	1.600,00
S/Gr. 54	Heizung (Gas-, Oel-, Elektroheizung)	424120	724120	33.000,00	5.610,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	7.700,00
S/Gr. 54	Frischwasser	424130	724130	1.900,00	100,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	250,00
S/Gr. 54	Abgaben (Müll, Abwasserbeseitigung, Straßenreinigung, Kaminreinigung Entwässerungsverband, usw.)	424140	724140	100,00	100,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	100,00
S/Gr. 54	Reinigung (auch Reinigung v. Bürowäsche, Vorhängen) Ungezieferbekämpfung	424150	724150	44.450,00	3.450,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	600,00	150,00
S/Gr. 54	Versicherungen	424160	724160	4.200,00	160,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	20,00	0,00	60,00	430,00
S/Gr. 57-638	Bes. Verw./Betriebsaufwand; Strom	427101	727101	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
S/Gr. 57-638	Bes. Verw./Betriebsaufwand; Heizung (Gas-, Oel-, Elektroheizung)	427102	727102	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
S/Gr. 57-638	Bes. Verw./Betriebsaufwand; Frischwasser	427103	727103	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
S/Gr. 57-638	Bes. Verw./Betriebsaufwand; Kosten der Wasseraufbereitung	427113	727113	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	Post- und Fernmeldegebühren - Telefon	443107	743107	230,00	200,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
S/Gr. 670-678	Kostenanteile auf Grund Vertrag oder öffentl.rechtl. Vereinbarung an übrige Bereiche	445800	745800	240,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	Abschreibungen auf Gebäude	471130		35.189,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	127,00	1.062,00	767,00	0,00
	ordentliche Aufwendungen:			175.909,00	13.770,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	147,00	1.062,00	2.427,00	12.830,00
	Saldo:			153.547,00	13.590,00	0,00	-2.400,00	0,00	0,00	0,00	147,00	634,00	2.260,00	6.130,00

Mittelanmeldungen für das Produkt

P1.04.02.111600.000

Bereich Gebäude

131

132

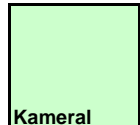
133

134

135

136

*) mit Warmmiete



Grupp	Bezeichnung	Kostenart/ ErgHH	FinHH	Planwert	Planwert	Planwert	Planwert	Planwert	Planwert
	Erträge aus der Auflösung von Sonderposten aus Zuwendungen; Bund	316100		0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	Erträge aus der Auflösung von Sonderposten aus Zuwendungen; Land	316110		0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	Erträge aus der Auflösung von Sonderposten aus Zuwendungen; Gem./GemVerb.	316120		0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	Erträge aus der Auflösung von Sonderposten aus Zuwendungen; übriger Bereich	316180		0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	Mieten und Pachten	341100	641100	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
164	Erstattungen vom sonstigen öffentlichen Bereich	348400	648400	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
167	Erstattungen private Unternehmen	348700	648700	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	Erträge aus internen Leistungsbeziehungen - zentrale Liegenschaftsverwaltung	381120		-142,00	-8.528,00	-1.881,00	-7.125,00	-7.306,00	-1.541,00
	Summe ordentliche Erträge (ohne Zeile i.L.V. zentr. Lieg.)			0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00

Produkt	P1.05.02.573200.004					
Bezeichnung	Öffentl. Toiletten					
Kostenstelle	9157323003	9157323050	9157323070	9157320001	9157320002	9157320003
Bezeichnung	Geräteschuppen - DGH Nethen	DGH Bekhausen	DGH Südbäke	WC-Gebäude Marktplatz	WC-Gebäude Kirche	WC-Gebäude Rennplatz

Mittelanmeldungen für das Produkt

P1.04.02.111600.000

Bereich Gebäude

131

132

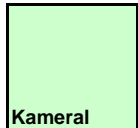
133

134

135

136

*) mit Warmmiete




Grupp	Bezeichnung	Kostenart/ ErgHH	FinHH	Planwert	Planwert	Planwert	Planwert	Planwert	Planwert
S/Gr. 50	Unterhaltung der baulichen Anlagen	421100	721100	0,00	1.700,00	1.000,00	3.000,00	3.500,00	0,00
S/ Gr. 52	Unterhaltung des beweglichen Vermögens	422100	722100	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	Erwerb geringwertiger Vermögensgegenstände bis 150 Euro ohne Umsatzsteuer	422200	722200	0,00	100,00	0,00	0,00	0,00	0,00
S/Gr. 53	Mieten und Pachten	423100	723100	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
S/Gr. 54	Strom	424110	724110	0,00	300,00	100,00	0,00	230,00	0,00
S/Gr. 54	Heizung (Gas-, Oel-, Elektroheizung)	424120	724120	0,00	1.100,00	110,00	605,00	330,00	0,00
S/Gr. 54	Frischwasser	424130	724130	0,00	250,00	50,00	100,00	130,00	0,00
S/Gr. 54	Abgaben (Müll, Abwasserbeseitigung, Straßenreinigung, Kaminreinigung Entwässerungsverband, usw.)	424140	724140	0,00	100,00	100,00	50,00	50,00	0,00
S/Gr. 54	Reinigung (auch Reinigung v. Bürowäsche, Vorhängen) Ungezieferbekämpfung	424150	724150	0,00	100,00	50,00	1.300,00	1.300,00	1.070,00
S/Gr. 54	Versicherungen	424160	724160	0,00	140,00	30,00	30,00	20,00	110,00
S/Gr. 57-638	Bes. Verw./Betriebsaufwand; Strom	427101	727101	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
S/Gr. 57-638	Bes. Verw./Betriebsaufwand; Heizung (Gas-, Oel-, Elektroheizung)	427102	727102	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
S/Gr. 57-638	Bes. Verw./Betriebsaufwand; Frischwasser	427103	727103	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
S/Gr. 57-638	Bes. Verw./Betriebsaufwand; Kosten der Wasseraufbereitung	427113	727113	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	Post- und Fernmeldegebühren - Telefon	443107	743107	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
S/Gr. 670-678	Kostenanteile auf Grund Vertrag oder öffentl.rechtl. Vereinbarung an übrige Bereiche	445800	745800	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	Abschreibungen auf Gebäude	471130		109,00	2.739,00	0,00	370,00	33,00	0,00
	ordentliche Aufwendungen:			109,00	6.529,00	1.440,00	5.455,00	5.593,00	1.180,00
	Saldo:			109,00	6.529,00	1.440,00	5.455,00	5.593,00	1.180,00

Produkt	P1.05.02.573200.004					
Bezeichnung	Öffentl. Toiletten					
Kostenstelle	9157323003	9157323050	9157323070	9157320001	9157320002	9157320003
Bezeichnung	Geräteschuppen - DGH Nethen	DGH Bekhausen	DGH Südbäke	WC-Gebäude Marktplatz	WC-Gebäude Kirche	WC-Gebäude Rennplatz

[illegible]

Bereich Grundstücke

9

[illegible]

Mittelanmeldungen für das Produkt

P1.04.02.111600.000

Bereich Grundstücke

1

2

3

4

5

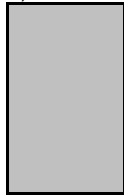
6

7

8

9

*) mit Warmmiete



Kameral

Produkt		P1.03.02.111230.000	P1.04.02.111600.000									
Bezeichnung		Organisation und Einrichtungen für die gesamte Verwaltung	Liegenschaftsverw.									
Kostenstelle		9211123001	9211160001	9211160002	9211160003					9211160007		
Bezeichnung		Rathaus	KVHS - Baumgartenstr.10	Marktplatzgebäude	Whs-Schlossstr. 29	Geräteraum (32,85)-Schlossstr. 29	Lager/Garage (68,99)-Schlossstr. 29	Blockhütte (33,12)-Schlossstr. 29	Whs Wapelstr.15 - 15 a	Nebengeb.Nr. 2 (Whs Wapelstr.15 - 15 a)		
Grupp	Bezeichnung	Kostenart/ ErgHH	FinHH	Planwert	Planwert	Planwert	Planwert	Planwert	Planwert	Planwert	Planwert	Planwert
S/Gr. 57-638	Besondere Verwaltungs- und Betriebsaufwendungen - sonstige	427100	727100	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	Abschreibungen auf Gebäude	471130		0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	Abschreibungen auf Maschinen und technische Anlagen	471150		0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	Abschreibungen auf Betriebs- und Geschäftsausstattung	471170		0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
ordentliche Aufwendungen:				7.150,00	300,00	6.920,00	270,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
Saldo:				6.150,00	300,00	6.920,00	270,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00

Mittelanmeldungen für das Produkt

P1.04.02.111600.000

Bereich Grundstücke

10

11

12

13

14

15

16

17

18

19

*) mit Warmmiete

Produkt

Bezeichnung

Kostenstelle

9211160009

9211160010

Bezeichnung

Whs Emsstr.2
u.
Wapelstr.13
(ein Geb.)Whs Emstr. 4
u. Jadestr.10
(ein Geb.)Nebengeb.Nr.
1 zwischen
Wapel-
/Emsstr.

9211160020

9211160030

9211160050

9211160051

9211160052

Allgemeines
Grundvermö-
genVergebene
Erbbaugrunds-
tückeWhs
Mühlenstr. 58
(kein
Betriebsgeb.)Holzgerätesc
huppen-
Mühlenstr.58Clubh.
Mühlenstr. 44

Kameral

Grupp

Bezeichnung

Kostenart/
ErgHH

FinHH

Planwert

Planwert

Planwert

Planwert

Planwert

Planwert

Planwert

Planwert

Planwert

Planwert

Zuw. u. Zusch.; Land

314110

614110

0,00

0,00

0,00

0,00

0,00

0,00

0,00

0,00

0,00

0,00

Erträge aus der
Auflösung von
Sonderposten aus
Zuwendungen;
Gem./GemVerb.

316120

0,00

0,00

0,00

0,00

0,00

0,00

0,00

0,00

0,00

0,00

Mieten und Pachten

341100

641100

0,00

0,00

0,00

0,00

0,00

-18.000,00

0,00

0,00

0,00

0,00

Erbbauszinsen

341110

641110

0,00

0,00

0,00

0,00

0,00

0,00

-34.900,00

0,00

0,00

0,00

162

Erstattungen von
Gemeinden und
Gemeindeverbände

348200

648200

0,00

0,00

0,00

0,00

0,00

0,00

0,00

0,00

0,00

0,00

Erträge aus internen
Leistungsbeziehung-
en - zentrale
Liegenschaftsverwal-
tung

381121

0,00

0,00

0,00

0,00

0,00

0,00

0,00

0,00

0,00

0,00

Summe ordentliche Erträge (ohne Zeile i.LV. zentr.)

0,00

0,00

0,00

0,00

0,00

-18.000,00

-34.900,00

0,00

0,00

0,00

S/Gr. 50

Unterhaltung der
baulichen Anlagen

421100

721100

0,00

0,00

0,00

0,00

0,00

0,00

0,00

0,00

0,00

0,00

S/Gr. 50

Unterhaltung der
Grundstücke

421110

721110

0,00

0,00

0,00

0,00

0,00

0,00

0,00

0,00

0,00

0,00

S/Gr. 50

Bauhof: Unterhaltung
der Grundstücke

421111

721111

0,00

0,00

0,00

0,00

0,00

0,00

0,00

0,00

0,00

0,00

S/Gr. 51

Unterhaltung des
sonstigen
unbeweglichen
Vermögens

421200

721200

0,00

0,00

0,00

0,00

0,00

0,00

0,00

0,00

0,00

0,00

921160052

Clubh. Mühlenstr. 44

[illegible]

*) mit Warmmiete



Kameral

Produkt													
Bezeichnung													
Kostenstelle		9211160009	9211160010						9211160020	9211160030	9211160050	9211160051	9211160052
Bezeichnung		Whs Emsstr.2 u. Wapelstr.13 (ein Geb.)	Whs Emstr. 4 u. Jadestr.10 (ein Geb.)	Nebengeb.Nr. 1 zwischen Wapel-/Emsstr.					Allgemeines Grundvermögen	Vergebene Erbbaugrundstücke	Whs Mühlenstr. 58 (kein Betriebsgeb.)	Holzgeräteschuppen-Mühlenstr.58	Clubh. Mühlenstr. 44
Grupp	Bezeichnung	Kostenart/ ErgHH	FinHH	Planwert	Planwert	Planwert	Planwert	Planwert	Planwert	Planwert	Planwert	Planwert	Planwert
S/Gr. 57-638	Besondere Verwaltungs- und Betriebsaufwendungen - sonstige	427100	727100	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	Abschreibungen auf Gebäude	471130		0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	Abschreibungen auf Maschinen und technische Anlagen	471150		0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	Abschreibungen auf Betriebs- und Geschäftsausstattung	471170		0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	ordentliche Aufwendungen:			2.420,00	530,00	0,00	0,00	0,00	26.000,00	0,00	210,00	0,00	0,00
Saldo:				2.420,00	530,00	0,00	0,00	0,00	8.000,00	-34.900,00	210,00	0,00	0,00

Kameral

[illegible]

[illegible]

Mittelanmeldungen für das Produkt

P1.04.02.111600.000

Bereich Grundstücke

20

21

22

23

24

25

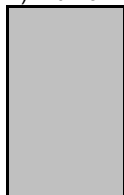
26

27

28

29

*) mit Warmmiete



Kameral

Produkt											P1.05.02.1261	P1.05.02.1262
Bezeichnung											Brandschutz	OFW Rastede
Kostenstelle	9211160012	9211160013	9211160014	9211160015	9211160016	9211160017	9211160018	9211160019	9211160099	9212610001	9212621001	
Bezeichnung	Garagenanlage-Beethovenstr.	Garagenanlage-Am Stratjebusch	Sozialstation mit Kinderkrippe Rastede	Clubh. Modellflugpl. Möwe, Spohler Str.	Lagerhaus 1, Spohler Str.	Lagerhaus 2, Spohler Str.	Rennplatz	Auffangposition		Brandschutz; hier: Feuerlöscheinrichtungen	OFW Rastede	
Grupp	Bezeichnung	Kostenart/ ErgHH	FinHH	Planwert	Planwert	Planwert	Planwert	Planwert	Planwert	Planwert	Planwert	Planwert
S/Gr. 57-638	Besondere Verwaltungs- und Betriebsaufwendungen - sonstige	427100	727100	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	Abschreibungen auf Gebäude	471130		0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	Abschreibungen auf Maschinen und technische Anlagen	471150		0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	3.346,00	0,00
	Abschreibungen auf Betriebs- und Geschäftsausstattung	471170		0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	ordentliche Aufwendungen:			70,00	20,00	1.000,00	0,00	0,00	0,00	0,00	560,00	8.046,00
	Saldo:			70,00	20,00	1.000,00	0,00	0,00	0,00	0,00	560,00	890,00

[illegible]

Mittelanmeldungen für das Produkt

P1.04.02.111600.000

Bereich Grundstücke

30

31

32

33

34

35

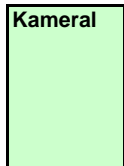
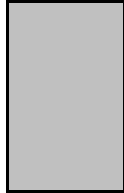
36

37

38

39

*) mit Warmmiete



Grupp	Bezeichnung	Kostenart/ ErgHH	FinHH	Planwert	Planwert	Planwert	Planwert	Planwert	Planwert	Planwert	Planwert	Planwert	Planwert
S/Gr. 51	Bauhof: Unterhaltung des sonstigen unbeweglichen Vermögens	421210	721210	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
S/ Gr. 52	Unterhaltung des beweglichen Vermögens	422100	722100	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	1.800,00	4.400,00	1.100,00
S/Gr. 53	Mieten und Pachten	423100	723100	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	Erbbauszinsen	423110	723110	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
S/Gr. 54	Frischwasser	424130	724130	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
S/Gr. 54	Abgaben (Müll, Abwasserbeseitigung, Straßenreinigung, Kaminreinigung Entwässerungsverband, usw.)	424140	724140	230,00	270,00	80,00	90,00	120,00	150,00	20,00	3.850,00	2.730,00	2.000,00
	Haltung von Fahrzeugen	425100	725100	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
S/Gr. 57- 638	Bes. Verw./Betriebsaufwand; Strom	427101	727101	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
S/Gr. 57- 638	Bes. Verw./Betriebsaufwand; Frischwasser	427103	727103	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	Bauhof; Unterhaltung des beweglichen Vermögens	422110	722110	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	500,00	880,00	820,00

Mittelanmeldungen für das Produkt

P1.04.02.111600.000

Bereich Grundstücke

30

31

32

33

34

35

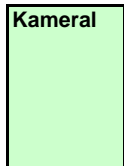
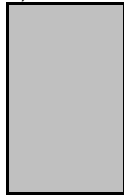
36

37

38

39

*) mit Warmmiete



Produkt	P1.05.02.1262	P1.05.02.1262	P1.05.02.1262	P1.05.02.1262	P1.05.02.1262	P1.05.02.126200.007		P1.05.02.2111	P1.05.02.2112	P1.05.02.2113	
Bezeichnung	Ortsfeuerwehr Hahn	OFW Ipw.-Wahnb.	OFW Ipwegermoor	OFW Loy-Barghorn	OFW Neusüdende	OFW Südbäke		GS Feldbreite	Grundschule Hahn-Lehmden	GS Kleibrok	
	Kostenstelle	9212622001	9212623001	9212624001	9212625001	9212626001	9212627001	9212627002	9221110001	9221120001	9221130001
	Bezeichnung	Ortsfeuerwehr Hahn	OFW Ipw.-Wahnb.	OFW Ipwegermoor	OFW Loy-Barghorn	OFW Neusüdende	OFW Südbäke	Hist. Spritzenhaus OFV Südbäke	GS Feldbreite	Grundschule Hahn-Lehmden	GS Kleibrok
FinHH	Planwert	Planwert	Planwert	Planwert	Planwert	Planwert	Planwert	Planwert	Planwert	Planwert	Planwert
	727100	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
		184,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
		0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
		0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
		1.514,00	770,00	80,00	290,00	120,00	650,00	20,00	13.590,00	10.720,00	7.480,00
		1.514,00	770,00	80,00	290,00	120,00	650,00	20,00	13.590,00	10.720,00	7.480,00

[illegible]

Mittelanmeldungen für das Produkt

P1.04.02.111600.000

Bereich Grundstücke

40

41

42

43

44

45

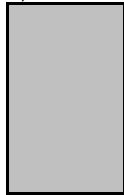
46

47

48

49

*) mit Warmmiete



Kameral

Produkt	P1.05.02.2114	P1.05.02.2115	P1.05.02.2116	P1.05.02.2180	P1.05.02.2180	P1.05.02.2210	P1.05.02.2720	P1.05.02.2811	P1.05.02.2812	P1.05.01.3154
Bezeichnung	GS Leuchtenburg	GS Loy	GS Wahnbek	KGS Wilhelmstraße	KGS Felbreite	F�rdersch. Voßbarg	Bücherei	Heimat- und sonstige Kulturpflege	Palais	Soziale Einrichtungen Wohnungslos e
	Kostenstelle	9221140001	9221150001	9221160001	9221800001	9221810001	9222100001	9227200070	9228110050	9228120070
Bezeichnung	GS Leuchtenburg	GS Loy	GS Wahnbek	KGS Wilhelmstraße	KGS Felbreite	F�rdersch. Voßbarg	Bücherei	Ehremal Hahn	Palais	Soziale Einrichtungen Wohnungslos e
FinHH	Planwert	Planwert	Planwert	Planwert	Planwert	Planwert	Planwert	Planwert	Planwert	Planwert
721210	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
722100	1.100,00	200,00	800,00	1.400,00	2.800,00	1.800,00	0,00	0,00	0,00	0,00
723100	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	900,00	0,00
723110	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
724130	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
724140	940,00	1.870,00	2.770,00	13.700,00	3.100,00	2.930,00	0,00	0,00	0,00	5.000,00
725100	500,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
727101	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
727103	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
722110	0,00	500,00	480,00	1.510,00	550,00	550,00	0,00	0,00	0,00	0,00

Mittelanmeldungen für das Produkt

P1.04.02.111600.000

Bereich Grundstücke

40

41

42

43

44

45

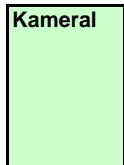
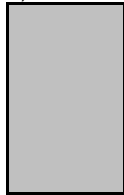
46

47

48

49

*) mit Warmmiete



Grupp	Bezeichnung	Kostenart/ ErgHH	FinHH	Planwert	Planwert	Planwert	Planwert	Planwert	Planwert	Planwert	Planwert	Planwert	Planwert
S/Gr. 57-638	Besondere Verwaltungs- und Betriebsaufwendungen - sonstige	427100	727100	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	Abschreibungen auf Gebäude	471130		0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	Abschreibungen auf Maschinen und technische Anlagen	471150		0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	Abschreibungen auf Betriebs- und Geschäftsausstattung	471170		640,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	ordentliche Aufwendungen:			6.930,00	4.730,00	6.880,00	16.960,00	18.010,00	9.280,00	0,00	0,00	3.020,00	8.490,00
	Saldo:			6.930,00	4.730,00	6.880,00	16.960,00	18.010,00	9.280,00	0,00	0,00	2.120,00	8.490,00

Kameral	
---------	--

[illegible]

Mittelanmeldungen für das Produkt

P1.04.02.111600.000

Bereich Grundstücke

50

51

52

53

54

55

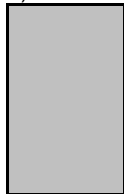
56

57

58

59

*) mit Warmmiete



Kameral

Netto-Veranschlagt												
Produkt	P1.05.01.3651	P1.05.01.3652	P1.05.01.3653	P1.05.01.3654	P1.05.01.3655	P1.05.01.3656	P1.05.01.3657	P1.05.01.3658	P1.05.02.3661	100.000	P1.05.02.4241	
Bezeichnung	KiGa Loy	KiGa Marienstraße	KiGa Mühlenstraße	KiGa Neusüdende	KiGa Voßbarg (einschl. Gymnastikraum)	KiGa Feldbreite	Spielkreis Delfshausen	Jugendtreff Villa Hartmann und Jugendräume	Freibad Rastede			
Kostenstelle	9236510001	9236520001	9236530001	9236540001	9236550001	9236560001	9236590201	9236610001	9236610002	9242411050		
Bezeichnung	KiGa Loy	KiGa Marienstraße	KiGa Mühlenstraße	KiGa Neusüdende	KiGa Voßbarg (einschl. Gymnastikraum)	KiGa Feldbreite	Spielkreis Delfshausen	Jugendtreff Villa Hartmann und Jugendräume	Jugendtreff Delfshausen	Freibad Rastede		
Grupp	Bezeichnung	Kostenart/ ErgHH	FinHH	Planwert	Planwert	Planwert	Planwert	Planwert	Planwert	Planwert	Planwert	Planwert
S/Gr. 51	Bauhof: Unterhaltung des sonstigen unbeweglichen Vermögens	421210	721210	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
S/ Gr. 52	Unterhaltung des beweglichen Vermögens	422100	722100	2.100,00	2.000,00	1.200,00	500,00	1.700,00	1.100,00	1.100,00	0,00	4.100,00
S/Gr. 53	Mieten und Pachten	423100	723100	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	Erbbauszinsen	423110	723110	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
S/Gr. 54	Frischwasser	424130	724130	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
S/Gr. 54	Abgaben (Müll, Abwasserbeseitigung, Straßenreinigung, Kaminreinigung Entwässerungsverband, usw.)	424140	724140	1.050,00	1.220,00	3.480,00	1.460,00	550,00	1.570,00	190,00	320,00	1.850,00
	Haltung von Fahrzeugen	425100	725100	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
S/Gr. 57-638	Bes. Verw./Betriebsaufwand; Strom	427101	727101	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
S/Gr. 57-638	Bes. Verw./Betriebsaufwand; Frischwasser	427103	727103	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	Bauhof; Unterhaltung des beweglichen Vermögens	422110	722110	870,00	1.080,00	0,00	660,00	500,00	230,00	600,00	0,00	480,00

Mittelanmeldungen für das Produkt

P1.04.02.111600.000

Bereich Grundstücke

50

51

52

53

54

55

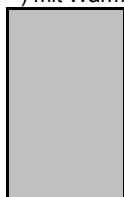
56

57

58

59

*) mit Warmmiete



Kameral

Netto-Veranschlagt												
Produkt	P1.05.01.3651	P1.05.01.3652	P1.05.01.3653	P1.05.01.3654	P1.05.01.3655	P1.05.01.3656	P1.05.01.3658	P1.05.02.366100.000	P1.05.02.4241			
Bezeichnung	KiGa Loy	KiGa Marienstraße	KiGa Mühlenstraße	KiGa Neusüdende	KiGa Voßbarg (einschl. Gymnastikraum)	KiGa Feldbreite	Spielkreis Delfshausen	Jugendtreff Villa Hartmann und Jugendräume	Freibad Rastede			
Kostenstelle	9236510001	9236520001	9236530001	9236540001	9236550001	9236560001	9236590201	9236610001	9236610002	9242411050		
Bezeichnung	KiGa Loy	KiGa Marienstraße	KiGa Mühlenstraße	KiGa Neusüdende	KiGa Voßbarg (einschl. Gymnastikraum)	KiGa Feldbreite	Spielkreis Delfshausen	Jugendtreff Villa Hartmann und Jugendräume	Jugendtreff Delfshausen	Freibad Rastede		
Grupp	Bezeichnung	Kostenart/ ErgHH	FinHH	Planwert	Planwert	Planwert	Planwert	Planwert	Planwert	Planwert	Planwert	Planwert
S/Gr. 57-638	Besondere Verwaltungs- und Betriebsaufwendungen - sonstige	427100	727100	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	18.000,00
	Abschreibungen auf Gebäude	471130		0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	Abschreibungen auf Maschinen und technische Anlagen	471150		0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	Abschreibungen auf Betriebs- und Geschäftsausstattung	471170		0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	669,00	0,00	0,00	14.029,00
	ordentliche Aufwendungen:			8.790,00	7.200,00	6.780,00	4.580,00	4.100,00	4.850,00	7.329,00	320,00	48.499,00
Saldo:				8.790,00	7.200,00	6.780,00	4.580,00	4.100,00	4.850,00	7.329,00	320,00	46.307,00

Mittelanmeldungen für das Produkt

P1.04.02.11600.000

Bereich Grundstücke

60

61

62

63

64

65

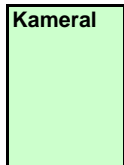
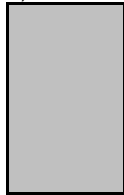
66

67

68

69

*) mit Warmmiete



			Schlagung		Netto-Veranschlagung								
Produkt			P1.05.02.4241	P1.05.02.4241	P1.05.02.4242	P1.05.02.4242	P1.05.02.4242	P1.05.02.4242	P1.05.02.4242	P1.05.02.4242	P1.05.02.4242	P1.05.02.4242	P1.05.02.4242
Bezeichnung			Badeanstalt Hahn	Hallenbad	Sport- und Bolzplätze	Sportplatz Mühlenstraße	Sportplatz Kleibrok	Sportplatz Lehmden Lerchenstraße	Sportplatz Wahnbek (oben und unten)	Sportplatz Loy	Sportplatz NN	Sportplatz Nethen	
Kostenstelle			9242412001	9242413001	9242421001	9242422001	9242423001	9242424001	9242425001	9242426001	9242427001	9242428001	
Bezeichnung			Badeanstalt Hahn	Hallenbad	Sport- und Bolzplätze	Sportplatz Mühlenstraße	Sportplatz Kleibrok	Sportplatz Lehmden Lerchenstraße	Sportplatz Wahnbek (oben und unten)	Sportplatz Loy	Sportplatz NN	Sportplatz Nethen	
Grupp	Bezeichnung	Kostenart/ ErgHH	FinHH	Planwert	Planwert	Planwert	Planwert	Planwert	Planwert	Planwert	Planwert	Planwert	Planwert
	Zuw. u. Zusch.; Land	314110	614110	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	Erträge aus der Auflösung von Sonderposten aus Zuwendungen; Gem./GemVerb.	316120		0,00	0,00	0,00	-5.225,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	Mieten und Pachten	341100	641100	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	Erbbauszinsen	341110	641110	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
162	Erstattungen von Gemeinden und Gemeindeverbände	348200	648200	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	Erträge aus internen Leistungsbeziehungen - zentrale Liegenschaftsverwaltung	381121		-7.647,00	-54.396,00	-5.927,00	-38.132,00	-20.978,00	-27.351,00	-57.602,00	-31.223,00	-2.805,00	-18.124,00
	Summe ordentliche Erträge (ohne Zeile i.L.V. zentr.			0,00	0,00	0,00	-5.225,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
S/Gr. 50	Unterhaltung der baulichen Anlagen	421100	721100	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
S/Gr. 50	Unterhaltung der Grundstücke	421110	721110	0,00	1.700,00	4.800,00	600,00	600,00	3.000,00	600,00	600,00	600,00	600,00
S/Gr. 50	Bauhof: Unterhaltung der Grundstücke	421111	721111	0,00	1.500,00	0,00	22.280,00	15.000,00	18.160,00	40.000,00	25.000,00	0,00	12.580,00
S/Gr. 51	Unterhaltung des sonstigen unbeweglichen Vermögens	421200	721200	0,00	0,00	0,00	0,00	1.500,00	0,00	2.000,00	0,00	1.000,00	1.000,00

[illegible]

Mittelanmeldungen für das Produkt

P1.04.02.111600.000

Bereich Grundstücke

60

61

62

63

64

65

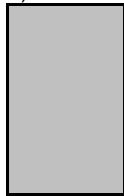
66

67

68

69

*) mit Warmmiete



Kameral

			Planung	Netto-Veranschlagung									
Produkt			P1.05.02.4241	P1.05.02.4241	P1.05.02.4242	P1.05.02.4242	P1.05.02.4242	P1.05.02.4242	P1.05.02.4242	P1.05.02.4242	P1.05.02.4242	P1.05.02.4242	P1.05.02.4242
Bezeichnung			Badeanstalt Hahn	Hallenbad	Sport- und Bolzplätze	Sportplatz Mühlenstraße	Sportplatz Kleibrok	Sportplatz Lehmden Lerchenstraße	Sportplatz Wahnbek (oben und unten)	Sportplatz Loy	Sportplatz NN	Sportplatz Nethen	
Kostenstelle			9242412001	9242413001	9242421001	9242422001	9242423001	9242424001	9242425001	9242426001	9242427001	9242428001	
Bezeichnung			Badeanstalt Hahn	Hallenbad	Sport- und Bolzplätze	Sportplatz Mühlenstraße	Sportplatz Kleibrok	Sportplatz Lehmden Lerchenstraße	Sportplatz Wahnbek (oben und unten)	Sportplatz Loy	Sportplatz NN	Sportplatz Nethen	
Grupp	Bezeichnung	Kostenart/ ErgHH	FinHH	Planwert	Planwert	Planwert	Planwert	Planwert	Planwert	Planwert	Planwert	Planwert	Planwert
S/Gr. 57-638	Besondere Verwaltungs- und Betriebsaufwendungen - sonstige	427100	727100	0,00	39.000,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	Abschreibungen auf Gebäude	471130		0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	376,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	Abschreibungen auf Maschinen und technische Anlagen	471150		0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	Abschreibungen auf Betriebs- und Geschäftsausstattung	471170		0,00	0,00	0,00	11.619,00	0,00	0,00	2.779,00	0,00	0,00	0,00
	ordentliche Aufwendungen:			6.270,00	44.600,00	4.860,00	35.549,00	17.200,00	22.426,00	47.229,00	25.600,00	2.300,00	14.860,00
Saldo:				6.270,00	44.600,00	4.860,00	30.324,00	17.200,00	22.426,00	47.229,00	25.600,00	2.300,00	14.860,00

Mittelanmeldungen für das Produkt

P1.04.02.111600.000

Bereich Grundstücke

70

71

72

73

74

75

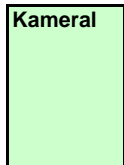
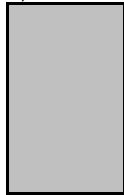
76

77

78

79

*) mit Warmmiete




Grupp	Bezeichnung	Kostenart/ ErgHH	FinHH	Planwert	Planwert	Planwert	Planwert	Planwert	Planwert	Planwert	Planwert	Planwert	Planwert
	Zuw. u. Zusch.; Land	314110	614110	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	Erträge aus der Auflösung von Sonderposten aus Zuwendungen; Gem./GemVerb.	316120		0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	Mieten und Pachten	341100	641100	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	-1.900,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	Erbbauszinsen	341110	641110	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
162	Erstattungen von Gemeinden und Gemeindeverbände	348200	648200	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	Erträge aus internen Leistungsbeziehungen - zentrale Liegenschaftsverwaltung	381121		-549,00	-768,00	-1.366,00	-7.196,00	-317,00	-2.125,00	-610,00	-7.318,00	-3.293,00	0,00
	Summe ordentliche Erträge (ohne Zeile i.L.V. zentr.			0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	-1.900,00	0,00	0,00	0,00	0,00
S/Gr. 50	Unterhaltung der baulichen Anlagen	421100	721100	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
S/Gr. 50	Unterhaltung der Grundstücke	421110	721110	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
S/Gr. 50	Bauhof: Unterhaltung der Grundstücke	421111	721111	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	6.000,00	0,00	0,00
S/Gr. 51	Unterhaltung des sonstigen unbeweglichen Vermögens	421200	721200	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00

Produkt	P1.05.02.424 300.002	P1.05.02.424 300.003	P1.05.02.424 300.004	P1.05.02.424 300.007	P1.05.02.424 300.008	P1.06.00.5411	P1.06.00.366 200.000	02.522000.000		P1.06.00.5381
Bezeichnung	Sporthalle Kleibrok	Sporthalle Hahn- Lehmden	Sporthalle Wahnbek	Mehrzweckha lle Feldbreite	Turnhalle Wilhelmstraß e	Straßen	Kinderspielplä tze	Wohnbauförd erung	Vorräte Wohnbaufläc hen	SW Zentrale Einrichtung
Kostenstelle	9242432001	9242433001	9242434001	9242437001	9142438001	9254110000	9236620001	9252200001	9252200002	9253810001

Bereich Grundstücke

79



Kameral	
---------	--

[illegible]

Mittelanmeldungen für das Produkt

P1.04.02.111600.000

Bereich Grundstücke

70

71

72

73

74

75

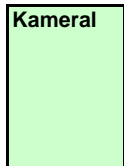
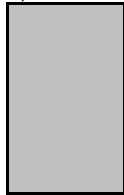
76

77

78

79

*) mit Warmmiete



Produkt	P1.05.02.424 300.002	P1.05.02.424 300.003	P1.05.02.424 300.004	P1.05.02.424 300.007	P1.05.02.424 300.008	P1.06.00.5411	P1.06.00.366 200.000	02.522000.000		P1.06.00.5381
Bezeichnung	Sporthalle Kleibrok	Sporthalle Hahn- Lehmden	Sporthalle Wahnbek	Mehrzweckha lle Feldbreite	Turnhalle Wilhelmstraß e	Straßen	Kinderspielplä tze	Wohnbauförd erung	Vorräte Wohnbaufläc hen	SW Zentrale Einrichtung
	Kostenstelle	9242432001	9242433001	9242434001	9242437001	9142438001	9254110000	9236620001	9252200001	9252200002
Bezeichnung	Sporthalle Kleibrok	Sporthalle Hahn- Lehmden	Sporthalle Wahnbek	Mehrzweckha lle Feldbreite	Turnhalle Wilhelmstraß e	Straßen	Kinderspielplä tze	Unterhaltung von Wohnbaufläc hen	Vorräte Wohnbaufläc hen	SW Zentrale Einrichtung
FinHH	Planwert	Planwert	Planwert	Planwert	Planwert	Planwert	Planwert	Planwert	Planwert	Planwert
727100	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	450,00	630,00	1.120,00	5.900,00	260,00	3.300,00	500,00	6.000,00	2.700,00	0,00
	450,00	630,00	1.120,00	5.900,00	260,00	1.400,00	500,00	6.000,00	2.700,00	0,00

Bereich Grundstücke

89

Schloßpark

Kameral	
---------	--

[illegible]

Bereich Grundstücke

89

9255110070

Schloßpark

*) mit Warmmiete

[illegible]

Mittelanmeldungen für das Produkt

P1.04.02.111600.000

Bereich Grundstücke

80

81

82

83

84

85

86

87

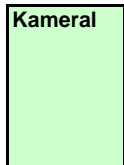
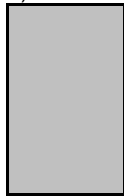
88

89

9255110070

Schloßpark

*) mit Warmmiete



Produkt			P1.06.00.5470	P1.06.00.5511	100.000			P1.05.02.5530	P1.06.00.5540	P1.06.00.5550	P1.03.01.5731	P1.05.02.571100	
Bezeichnung			ÖPNV	Öffentl. Grün/ Landschaftsb au				Friedhofs- und Bestattungsw esen; Ehrenfriedhöf e	Natur- und Landschaftss chutz, Kompensatio nsflächen	Land- und Forstwirtschaft; Wirtschaftsw ege	Allgemeine Einrichtungen und Unternehmen (einschl. Beteiligungen)	DGH Wapeldorf	DGH Nethen
Kostenstelle			9254700000	9255110000	9255110070	9255110071	9255300070	9255400001	9255500001	9255500001	9257313001	9257313002	
Bezeichnung			ÖPNV	Öffentl. Grün/ Landschaftsb au	Schlosspark			Friedhofs- und Bestattungsw esen; Ehrenfriedhöf e	Natur- und Landschaftss chutz, Kompensatio nsflächen	Land- und Forstwirtschaft; Wirtschaftsw ege	Unterhaltung von Gewerbefläch en	DGH Wapeldorf	DGH Nethen
Grupp	Bezeichnung	Kostenart/ ErgHH	FinHH	Planwert	Planwert	Planwert	Planwert	Planwert	Planwert	Planwert	Planwert	Planwert	Planwert
S/Gr. 57- 638	Besondere Verwaltungs- und Betriebsaufwendunge n - sonstige	427100	727100	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	Abschreibungen auf Gebäude	471130		0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	Abschreibungen auf Maschinen und technische Anlagen	471150		0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	Abschreibungen auf Betriebs- und Geschäftsausstattung	471170		0,00	5.215,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	ordentliche Aufwendungen:			17.300,00	24.055,00	53.650,00	131.720,00	4.700,00	450,00	0,00	0,00	0,00	4.550,00
Saldo:				17.300,00	23.765,00	53.650,00	129.720,00	-100,00	-50,00	0,00	0,00	0,00	4.550,00

Mittelanmeldungen für das Produkt

P1.04.02.111600.000

Bereich Grundstücke

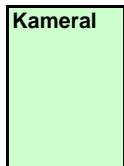
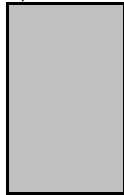
90

91

92

93

*) mit Warmmiete



Produkt			P1.05.02.573200.004				
			Bezeichnung	DGH Bekhausen	DGH Südbäke	Öffentl. Toiletten	
			Kostenstelle	9257313050	9257313070	9257320001	9257320002
			Bezeichnung	DGH Bekhausen	DGH Südbäke	WC-Gebäude Marktplatz	WC-Gebäude Kirche
Grupp	Bezeichnung	Kostenart/ ErgHH	FinHH	Planwert	Planwert	Planwert	Planwert
	Zuw. u. Zusch.; Land	314110	614110	0,00	0,00	0,00	0,00
	Erträge aus der Auflösung von Sonderposten aus Zuwendungen; Gem./GemVerb.	316120		0,00	0,00	0,00	0,00
	Mieten und Pachten	341100	641100	0,00	0,00	0,00	0,00
	Erbbauszinsen	341110	641110	0,00	0,00	0,00	0,00
162	Erstattungen von Gemeinden und Gemeindeverbände	348200	648200	0,00	0,00	0,00	0,00
	Erträge aus internen Leistungsbeziehungen - zentrale Liegenschaftsverwaltung	381121		-976,00	-549,00	-549,00	-805,00
	Summe ordentliche Erträge (ohne Zeile i.LV. zentr.			0,00	0,00	0,00	0,00
S/Gr. 50	Unterhaltung der baulichen Anlagen	421100	721100	500,00	0,00	0,00	0,00
S/Gr. 50	Unterhaltung der Grundstücke	421110	721110	0,00	0,00	0,00	0,00
S/Gr. 50	Bauhof: Unterhaltung der Grundstücke	421111	721111	0,00	0,00	250,00	250,00
S/Gr. 51	Unterhaltung des sonstigen unbeweglichen Vermögens	421200	721200	0,00	0,00	0,00	0,00

-1.000,00

-7.759,00

-23.300,00

-34.900,00

-4.800,00

-833.184,00

-71.759,00

2.100,00

23.600,00

435.660,00

8.300,00

Mittelanmeldungen für das Produkt

P1.04.02.11600.000

Bereich Grundstücke

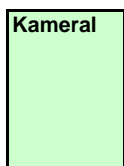
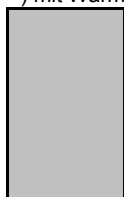
90

91

92

93

*) mit Warmmiete



Produkt			P1.05.02.573200.004	
	DGH Bekhausen	DGH Südbäke	Öffentl. Toiletten	
Bezeichnung				
Kostenstelle	9257313050	9257313070	9257320001	9257320002
Bezeichnung	DGH Bekhausen	DGH Südbäke	WC-Gebäude Marktplatz	WC-Gebäude Kirche
FinHH	Planwert	Planwert	Planwert	Planwert
721210	0,00	0,00	0,00	0,00
722100	0,00	0,00	0,00	0,00
723100	0,00	0,00	0,00	0,00
723110	0,00	0,00	0,00	0,00
724130	0,00	0,00	0,00	0,00
724140	300,00	450,00	200,00	410,00
725100	0,00	0,00	0,00	0,00
727101	0,00	0,00	0,00	0,00
727103	0,00	0,00	0,00	0,00
722110	0,00	0,00	0,00	0,00

2.100,00

29.200,00

32.300,00

2.000,00

550,00

86.780,00

500,00

5.300,00

100,00

12.560,00

Mittelanmeldungen für das Produkt

P1.04.02.111600.000

Bereich Grundstücke

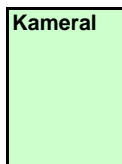
90

91

92

93

*) mit Warmmiete



Produkt			P1.05.02.573200.004	
Bezeichnung	DGH Bekhausen	DGH Südbäke	Öffentl. Toiletten	
	9257313050	9257313070	9257320001	9257320002
	DGH Bekhausen	DGH Südbäke	WC-Gebäude Marktplatz	WC-Gebäude Kirche
FinHH	Planwert	Planwert	Planwert	Planwert
727100	0,00	0,00	0,00	0,00
	0,00	0,00	0,00	0,00
	0,00	0,00	0,00	0,00
	0,00	0,00	0,00	0,00
	800,00	450,00	450,00	660,00
	800,00	450,00	450,00	660,00

57.000,00

560,00

3.346,00

34.951,00

736.907,00

665.148,00

Erläuterungen zum Stellenplan

Im Stellenplan für das Haushaltsjahr 2010 wurden strukturelle Veränderungen, die Auswirkungen auf die stellenplanmäßige Darstellung haben, entsprechend berücksichtigt.

In Teilen machten organisatorische Veränderungen bei den hiervon betroffenen Stellen bzw. Stellenanteilen Anpassungen erforderlich.

Die Gesamtzahl der bislang ausgewiesenen Planstellen (Beamte) und sonstiger Stellen der Tarifbeschäftigten hat sich nur in geringfügigem Maße erhöht. Im Wesentlichen erfolgten - nach entsprechender Beschlussfassung durch die politischen Gremien - Teilstundenaufstockungen im Bereich des Kindergartenwesens. Einzelheiten hierzu sind den nachfolgenden Anmerkungen zu entnehmen, die sich auf die jeweiligen Gliederungsnummern beziehen.

Nachrichtlich wird darauf hingewiesen, dass die stellenplanerische Darstellungsweise der Planstellen für Laufbahnbeamte neuen beamtenrechtlichen Gegebenheiten anzupassen ist. Hintergrund ist die verfassungsrechtliche Neuordnung der beamtenrechtlichen Zuständigkeiten in den Bereichen des Laufbahn-, Beihilfe-, Besoldungs- und Versorgungsrechtes, die im Zuge der Föderalismusreform nunmehr in die ausschließliche Gesetzgebungskompetenz der Länder übergegangen sind. Mit Wirkung vom 01.04.2009 hat der niedersächsische Gesetzgeber von seinen neuen Regelungsbefugnissen insbesondere im Bereich des Laufbahnrechts Gebrauch gemacht. Hier ist eine komplette Neustrukturierung der bisherigen Laufbahnen und Laufbahngruppen vorgenommen worden, die einen entsprechenden Anpassungsbedarf bei der stellenplanerischen Darstellung erforderlich macht. Wesentliche Auswirkungen auf die Stellenplansystematik hat dies indes nicht.

Gleiches gilt für den zum 01.11.2009 wirksam gewordenen Tarifabschluss für den Bereich des Sozial- und Erziehungsdienstes. Ergebnis der Verhandlungen ist u. a. die Schaffung einer eigenständigen Eingruppierungssystematik einschließlich neuer gebildeter Tabellenentgeltwerte. Im Unterschied zu den bisherigen nach den Entgeltgruppen 1 bis 15 ausgewiesenen Tabellenentgeltwerten umfasst die Vergütungsstruktur für den Bereich des Sozial- und Erziehungsdienstes die Entgeltgruppen S 2 bis S 18. Dies wurde in den Stellenplanübersichten entsprechend berücksichtigt.

Stellenplan Beschäftigte

Gliederungsnummer 303

Die zum Jahresbeginn 2009 erfolgte Einrichtung einer zentralen Buchhaltung zur Wahrnehmung sämtlicher Buchungsvorgänge wurde personell bislang im Gesamtumfang einer Vollzeitstelle wahrgenommen (siehe hierzu auch Ausführungen zum Stellenplan 2009 – Anlage 6 zur Vorlage 2008/139B, Anmerkung zur Gliederungsnummer 303). Faktisch wurden die anfallenden Aufgabenstellungen durch eine Teilzeitstelle mit 20 Wochenstunden sowie einer befristeten Hilfs- und Unterstützungskraft wahrgenommen. Die Inanspruchnahme einer zweijährigen Elternzeit wie auch das von vornherein befristete Beschäftigungsverhältnis der Hilfs- und Unterstützungskraft ermöglichten es, nach dem Bestehen der Prüfung zum Verwaltungs-

fachangestellten im Juni 2009 einen ehemaligen Auszubildenden der Gemeinde Rastede als Vollzeitbeschäftigten mit der Wahrnehmung des zentralen Buchungsgeschäftes zu betrauen.

Gliederungsnummer 303

Die Umsetzung des Neuen Kommunalen Haushaltsrechtes (NKR) bedingt eine neue Finanzsystematik unter veränderten Arbeitsabläufen, die ebenso stellenbezogene Anpassungen erforderlich machen. Dabei hat es sich organisatorisch als Ziel fördernd erwiesen, die anlagenbuchhalterischen Zuständigkeiten an klar definierter Stelle bzw. auf einem Arbeitsplatz gebündelt und dauerhaft wahrnehmen zu lassen. Die neu konzipierte Stelle bedingt eine Aufwertung (Entgeltgruppe 8).

Gliederungsnummer 303

Die zeitliche Auslastung der derzeit im Fachbereich Haushalt und Finanzen tätigen Bediensteten gestattet es nicht, noch offene Projektarbeiten ohne weiter personelle Unterstützung planungsgemäß umzusetzen. Dies betrifft im Wesentlichen die Übernahme des aufgenommenen und erfassten Vermögens in das EDV-System SAP, die Erstellung der ersten Eröffnungsbilanz, die Forcierung der Kostenrechnung sowie die Organisation der regelmäßigen Kostenrechnungsbuchungen, die Formulierung von Produktbeschreibungen, Zielen und Kennzahlen sowie der Aufbau des gesetzgeberisch vorgeschriebenen Berichtswesens gegenüber Verwaltung und Politik. Die selbständige Mit- und Zuarbeit erfordert die dauerhafte Installierung einer Vollzeitstelle auf Sachbearbeiterebene (Entgeltgruppe 6). Im Gegenzug wird eine zurzeit temporär im Finanzverwaltungsbereich mit 19,5 Wochenstunden beschäftigte Verwaltungskraft nicht mehr benötigt.

Gliederungsnummer 5022

Vor dem Hintergrund der seinerzeit angestrebten Maßnahmen zur Haushaltskonsolidierung hat sich eine Mitarbeiterin bereit erklärt, die arbeitsvertragliche Arbeitszeit zu reduzieren. Die befristete Stundenreduzierung wäre grundsätzlich am 30.09.2009 ausgelaufen. Die Verwaltung hat im Anschluss hieran eine Fortführung der Stundenreduzierung mit 32 Wochenstunden für weitere zwei Jahre vereinbart. Im Rahmen des zur Verfügung stehenden Budgets wird, anstatt sich externer Dienstleistungs- / Honorarkräfte zu bedienen, weiterhin eine Vollzeitstelle ausgewiesen. Der Differenzstundenanteil von 32 und 39 Stunden, mithin 7 Stunden, steht somit zur befristeten Stundenübertragung an eine andere Bedienstete zur Verfügung.

Gliederungsnummer 5021

Die Gemeinde Rastede konnte für das Haushaltsjahr 2009 Fördermittel des Landes Niedersachsen aus dem so genannten Fond „zur Stärkung der Hauptschule“ beanspruchen. Um den Ausbau weiterer ganztagspezifischer Bildungsangebote im Hauptschulbereich der KGS voran zu treiben, konnte mit den Landeszuwendungen eine sozialpädagogische Fachkraftstelle mit 19 Wochenstunden eingerichtet und vollumfänglich finanziert werden. Da die entsprechenden Fördermittel sehr wahrscheinlich ebenso 2010 zur Verfügung stehen, wird die Stelle aus haushaltsrechtlichen Erfordernissen heraus im Stellenplan 2010 ausgewiesen.

Gliederungsnummer 5011

Um die Aufnahme aller angemeldeten Ganztagskinder zu gewährleisten, ist mit Beschlussfassung des Verwaltungsausschusses (Vorlage 2008/106) eine vorhandene Kleingruppe in eine Regelgruppe umgewandelt worden. Den erhöhten Anmeldezahlen für die Ganztagskinder-

betreuung zu Beginn des ersten Quartals 2009 konnte dadurch erfolgreich begegnet werden, indem eine Zweitkraft mit 9,5 Wochenstunden befristet eingestellt wurde.

Gliederungsnummer 5011

Durch den Neubau einer Kindertagesstätte in Rastede, Feldbreite, sollen eine zeitgerechte räumliche Ausstattung für den Betrieb des Kindergartens Neusüdende, 30 neue Krippenplätze und die Voraussetzungen für die Schaffung einer Hortgruppe im Hauptort geschaffen werden. Dem vorgelegten Raumprogramm für den Neubau einer Kindertagesstätte in Rastede, Feldbreite, umfassend einen dreigruppigen Kindergarten, eine zweigruppige Kinderkrippe und einen eingruppigen Hort, hat der Verwaltungsausschuss (Vorlage 2009/080) in seiner Sitzung am 02.06.2009 zugestimmt. Für die Abdeckung zusätzlicher Betreuungszeiten für die Ganztagsbetreuung sowie der Einrichtung eines in der Trägerschaft der Gemeinde Rastede liegenden Hortes sind die stellenplanmäßigen Voraussetzungen zu schaffen. Für die Nachmittagsbetreuungszeiten wäre dies durch zwei Teilzeitkräfte mit jeweils 24 Wochenstunden sicherzustellen sowie im selben Umfang von zwei Kräften für die Hortbetreuung. Ebenso ist in diesem Zuge eine Erhöhung der Arbeitszeit der bereits eingesetzten Küchenhilfe um 5 Wochenstunden erforderlich.

Gliederungsnummer 5011

Zusätzliche Vertretungstätigkeiten in den gemeindeeigenen Kindertagesstätten wurden bislang von einer mit 10 Wochenstunden, kindergartenübergreifend eingesetzten Springerkraft wahrgenommen. Wegen krankheitsbedingter Ausfallzeiten musste diese Kraft in den letzten Jahren verstärkt zusätzliche Dienste im Wege der Mehrarbeit abdecken. Unter Berücksichtigung der in den letzten Jahren erfolgten Stundenaufstockungen (maßgeblich bedingt durch den Ausbau der Ganztagsbetreuung und Sonderdiensten) sollen für das Haushaltsjahr 2010 fünf zusätzliche Wochenstunden für derartige Einsatzzeiten berücksichtigt werden, die einer neu einzustellenden Springerkraft zu übertragen sind. Dem Vertretungsbedarf kann so mit einem höheren Maß an Flexibilität begegnet werden. Zudem soll durch diese Maßnahme die Anhäufung von Mehrarbeitsstunden bei der anderen Springerkraft vermieden werden.

Gliederungsnummer 601

Nachdem eine für den Tiefbaubereich eingesetzte technische Angestellte einen Arbeitgeberwechsel vollzogen hat, ist für die von vornherein projektbefristete Stelle keine Nachbesetzung vorgesehen.

Gliederungsnummer 601

Die mit der Auflegung des Gehwegeprogramms beschlossenen Maßnahmen werden im Haushaltsjahr 2010 weitestgehend abgeschlossen sein, so dass das Programm planmäßig ausläuft. Die hiervon betroffenen zwei Stellen im Umfang von jeweils 30 Wochenstunden werden mit kw-Vermerken (künftig wegfallend) versehen.

Finanzielle Auswirkungen:

Bereits mit der Vorlage zur Haushaltssatzung und zum Haushaltsplan 2010 (Vorlage 2009/150) erfolgte der Hinweis, dass sich gegenüber dem Haushaltsjahr 2009 nicht unerhebliche Mehraufwendungen im Bereich der Personalkostenanteile ergeben. Wegen der umfangreichen Abhandlungen in der zitierten Vorlage zum Bereich der Personalkostenanteile wird an dieser Stelle hierauf verwiesen – ergänzende Ausführungen und Darstellungen erfolgen im Rahmen der Haushaltsberatungen.

Teil A: Beamte

Lfd.Nr.	Laufbahngruppen und Amtsbezeichnung	Bes.-Gruppe	Zahl der Stellen im Haushaltsjahr 2010 insgesamt	Zahl der Stellen im Vorjahr				Vermerke, Erläuterungen
				insgesamt	davon am 30.06.2009			
					tatsächlich besetzt		nicht besetzt	
					mit Beamten	mit Beschäftigten		
1	2	3	4	5	6	7	8	9

I. Gemeindeverwaltung

Beamte auf Zeit								
1	Bürgermeister	B 3	1		1			
2	Erster Gemeinderat	B 2	1		1			
Laufbahngruppe 2*								
3	Gemeindeoberamtsrat	A 13	1		1			
4	Gemeindeamtmann/frau	A 11	2		1	1		1x20 Std.
5	Gemeindeoberinspektor	A 10	1		1			
6	Gemeindeinspektorin	A 9	1				1	1x20 Std.; Elternzeit bis 27.02.2011
Laufbahngruppe 1**								
7	Gemeindeobersekretärin	A 7	2		2			1x20 Std.; 1xA6 - Elternzeit bis 03.09.2011
Stellen insgesamt								
			9	8	7	1	1	

* erfasst sind Beamtinnen und Beamte i. S. von § 15 Abs. 3 NBesG

** erfasst sind Beamtinnen und Beamte i. S. von § 15 Abs. 2 NBesG

II. Sondervermögen mit Sonderrechnung, Unternehmen und Einrichtungen

Aufführung jedes Sondervermögens, Unternehmens und jeder Einrichtung (§ 102 Abs. 1, § 108 Abs. 3 NGO) für sich. Die spaltenweise Aufteilung der Übersicht bleibt unberührt.								
	entfällt							

Stellenplan 2010
Teil B: Beschäftigte

Lfd. Nr.	Funktionsbezeichnung	Entgeltgruppe*, Sonder tarif	Zahl der Stellen im Haushaltsjahr 2010	Zahl der Stellen im Vorjahr			Vermerke, Erläuterungen
				insgesamt	davon am 30.06.2009 tatsächlich besetzt	nicht besetzt	
1	2	3	4	5	6	7	8

Beschäftigte TVöD

1	Bauingenieur	E 12	1	1	1	-	
2	Verwaltungsangestellte	E 12	2	2	2	-	
3	Verwaltungsangestellte	E 10	1	1	1	-	
4	Systemadministrator	E 10	1	1	1	-	
5	Bauingenieur/in	E 10	3	4	3	1	
6	Kindergartenleiterin	E 10	1	1	1	-	ATZ
7	Kindergartenleiterin	E 9	2	2	2	-	1x24,31 Std., 1x32,41 Std.
8	Bibliothekarin	E 9	1	1	1	-	
9	Jugendpflegerin	E 9	2	2	2	-	
10	Sozialpädagogin	E 9	1	1	1	-	1x19 Std.
11	stv. Kindergartenleiterin	E 9	1	1	1	-	1x24,31 Std.
12	Verwaltungsangestellte/r	E 9	5	5	5	-	
13	Kindergartenleiterin	E 9	2	2	2	-	1x36,97 Std., 1xATZ-Blockmodell
14	Technische/r Angestellte	E 9	3	3	3	-	
15	stv. Kindergartenleiterin	E 9	1	1	1	-	1x36,5 Std.
16	Leiter der Kläranlage	E 9	1	1	1	-	
17	Heilpädagogin	E 8	1	1	1	-	1x32 Std.
18	stv. Kindergartenleiterin	E 8	1	1	1	-	1x29,88 Std.
19	Erzieherin	E 8	18	18	18	-	1x14,68 Std., 1x20,26 Std., 1x23,8 Std., 2x24 Std., 2x24,31 Std., 1x27,85 Std., 1x29 Std., 1x29,37 Std., 2x31,9 Std., 2x32,41 Std., 1x33 Std.
20	Verwaltungsangestellte/r	E 8	12	11	11	-	1x19,5 Std.
21	Schwimmerin	E 8	2	2	2	-	
22	Verwaltungsangestellte/r	E 6	9	8	8	-	1x5 Std., 2x19,5 Std., 1x25,32 Std., 1x30 Std.
23	Bibliotheksassistentin	E 6	2	2	2	-	2x19,5 Std., 1xATZ
24	Hausmeister	E 6	2	2	2	-	
25	Gemeindearbeiter	E 6	2	2	2	-	1x35 Std.
26	Erzieherin	E 6	7	5	5	-	2x 24 Std., 1x26,5 Std., 1x29 Std., 1x29,37 Std., 1x31,9 Std., 1x31,9 Std.
27	Kinderpflegerin	E 6	1	1	1	-	1x29,37 Std.
28	Kinderpflegerin	E 5	16	14	14	-	1x5 Std. (Springer), 1x10,13 Std., 1x24 Std., 1x24,31 Std., 2x26,5 Std., 1x27,5 Std., 2x29 Std., 1x31,5 Std., 1x31,9 Std., 1x33,93 Std.
29	pädagogische Fachkraft	E 5	1	1	1	-	1x10 Std.
30	Schwimmermeisterin	E 5	2	2	2	-	
31	Gemeindearbeiter	E 5	7	7	7	-	1x32,41 Std.
32	Hausmeister	E 5	3	3	3	-	
33	Verwaltungsangestellte/r	E 5	18	18	18	-	1x1,26 Std., 1x7 Std., 5x19,5 Std., 2x23,5 Std., 1x34 Std., 1x ATZ
34	Schulsekretärin	E 5	10	10	10	-	1x5 Std., 1x12,15 Std., 2x12,66 Std., 1x13,16 Std., 1x14,69 Std., 1x15,19 Std., 1x29,58 Std., 1x22,79 Std.
35	Gemeindearbeiter	E 4	10	10	10	-	
36	Kinderpflegerin	E 3	2	2	2	-	1x9,5 Std., 1x29,5 Std.
37	Hausmeister	E 3	1	1	1	-	
38	Gemeindearbeiter	E 3	2	2	2	-	2x30,39 Std.
39	Platzwart	E 20	2	3	3	-	1x1 Std., 1x7 Std.
40	Hausmeistergehilfe/in, Küchenhilfe Kindergärten	E 20	10	10	10	-	2x4 Std., 1x5 Std., 1x7 Std., 1x7,5 Std., 1x8 Std., 2x9 Std., 2x15 Std.
41	Hausmeistergehilfe/in, Küchenhilfe Kindergärten	E 2	5	5	5	-	1x2,5 Std., 1x10 Std., 2x10 Std., 1x15 Std.
42	Reinigungskräfte	E 2	2	2	2	-	1x22,28 Std., 1x22,79 Std., 1xATZ
43	Büchereiverwalterin	E 2	4	4	4	-	1x6 Std., 3x6,08 Std.
44	Hausmeistergehilfe/in, Küchenhilfe Kindergärten	E 1	1	1	1	-	1x20 Std.
45	Reinigungskraft im Innenbereich	E 1	1	2	2	-	1x22,28 Std.
46	Hausmeister	Pauschale	1	1	1	-	1x4,38 Std.
47	Freistellung Personalrat		1	1	1	-	1x4 Std.

*Für den Bereich des Sozial- und Erziehungsdienst erfolgt folgende Zuordnung zu den Entgeltgruppen der Entgelttabelle S

S 18 = E 12	S 10 = E 9
S 17 = E 11	S 9 = E 9
S 16 = E 10	S 8 = E 8 / E 9
S 15 = E 10	S 7 = E 8
S 14 = neu	S 6 = E 7 / E 8
S 13 = E 9	S 5 = E 6 / E 8
S 12 = E 9	S 4 = E 5 / E 6
S 11 = E 9	S 3 = E 3 / E 5
	S 2 = neu

Stellenplan 2010

Anhang: Dienstkräfte in der Ausbildungszeit

I. Nachwuchskräfte und informatorisch beschäftigte Dienstkräfte

Lfd. Nr.	Bezeichnung	Art des Entgeltes	vorgesehen im Haushaltsjahr 2010	beschäftigt im Vorjahr am 01.10.2009	Erläuterungen
1	2	3	4	5	6
1	Verwaltung Verwaltungsfachangestellte/r	Ausbildungsentgelt	6	4	
2	Bäder Fachangestellte/r für Bäderbetriebe	Ausbildungsentgelt	1	-	
3	Kläranlagen Fachkraft für Abwassertechnik	Ausbildungsentgelt	1	1	
	Stellen insgesamt		8	5	

Stellenübersichten 2010

Teil A: Aufteilung nach der Verwaltungsgliederung

I. Beamte

Glieder. Nr.	Teilhaushalte, Produktbereiche, Organisationseinheiten	Beamte auf Zeit		Laufbahngruppe 2*					Laufbahngruppe 1**				Vermerke, Erläuterungen
		B3	B2	A 13	A 12	A 11	A 10	A 9	A 9	A 8	A 7	A 6	
101	Gemeindeorgane Bürgermeister	1											Aufwandsentschädigung
	Stabstelle Wirtschafts- förderung u. Finanzen												
301	Verwaltungsleitung Erster Gemeinderat Gemeindeinspektorin		1					1					Aufwandsentschädigung 1x20 Std.; Elternzeit bis 27.02.2011
302	Personal u. Organisation Gemeindeoberinspektor						1						
303	Haushalt u. Finanzen Gemeindeoberamtsrat			1									
	Geschäftsbereich Zentrale Gebäudewirtschaft												
402	Liegenschaftswesen Gemeindeobersekretärin										1		A6; Elternzeit bis ggf. Elternzeit
	Geschäftsbereich Bürgerdienste												
502	Öfftl. Ordnung, Schule, Sport Kultur u. Jugend Gemeindeobersekretärin										1		1x20 Std.
601	Geschäftsbereich Bauen und Verkehr Gemeindeamtsfrau Gemeindeamtmann					1 1							1x20 Std. Sonderübersicht Teil B

II. Beschäftigte

Stabstelle Wirtschaftsförderung u. Finanzen

und Finanzen

Geschäftsbereich 1	
--------------------	--

Zentrale Gebäudewirtschaft

Geschäftsbereich 2	
--------------------	--

[illegible][illegible]

Stellenübersichten 2010

Teil A: Aufteilung nach der Verwaltungsgliederung

II. Beschäftigte

Glieder. Nr.	Teilhaushalte, Produktbereiche, Organisationseinheiten	Entgeltgruppen*														Pauschale	Vermerke, Erläuterungen
		E 12	E 11	E 10	E 9	E 8	E 7	E 6	E 5	E 4	E 3	E 2	Ü	E 2	E 1		
5022	Bücherei																
	Bibliothekarin				1												
	B-Angestellte							2									2x19,5 Std., 1xATZ-Blockmodell
	Angestellte												4				1x6 Std., 3x6,08 Std.
501	Sozialamt																
	VA				3												
	VA					7											
	VA							1									1x19,5 Std.
5011	Familienservicebüro																
	VA								1								1x10 Std.
5022	Jugendpflege																
	Jugendpfleger				2												
5011	Kindergarten Rastede																
	Leiterin			1													ATZ-Blockmodell
	stv. Leiterin				1												1x24,31 Std.
	Erzieherin					7											1x23,8 Std., 1x24 Std., 1x24,31 Std., 1x11,5 Std., 1x29,37 Std.
	Erzieherin								2								1x29,37 Std., 1x31,5 Std.
	Kinderpfleger/in									4							1x26,5 Std., 1x27,5 Std.
	Küchenhilfe														1		1x20 Std.
5011	Kindergarten Voßbarg																
	Leiterin				1												1x32,41 Std.
	stv. Leiterin				1												1x36,5 Std.
	Erzieherin					6											1x14,68 Std., 1x24 Std., 1x24,31 Std., 1x27,85 Std., 1x28 Std., 1x29 Std.
	Kinderpfleger								2								1x26,5 Std., 2x29 Std.
	Kinderpfleger										2						1x9,5 Std., 1x29,5 Std.
	Küchenhilfe													1			1x10 Std.
5011	Kindergarten Neusüdende (Feldbreite)																
	Leiterin				1												1x24,31 Std.
	stv. Leiterin					1											1x29,88 Std.
	Erzieherin					3											1x32,41 Std., 1x31,9 Std., 1x20,26 Std.
	Erzieherin								2								2x24 Std.
	Kinderpfleger									5							1x31,9 Std., 3x24 Std., 1x24,31 Std.
	Küchenhilfe													1			1x10,13 Std. + 5 Std.
5011	Kindergarten Loy																
	Leiterin				1												1x36,97 Std. (ATZ-Blockmodell)
	Heilpädagogin					1											1x33 Std.
	Erzieherin					1											1x31,9 Std.
	Erzieherin								2								1x31,9 Std., 1x26,5 Std.
	Kinderpflegerin								1								29,37 Std.
	Kinderpfleger									1							1x5 Std., 1x10,13 Std.
	Küchenhilfe													1			1x10,13 Std.
5011	Kindergarten Marienstr.																
	Leiterin				1												
	Heilpädagogin u.stv. Leiterin					1											1x32 Std.
	Erzieherin					1											1x32,41 Std.
	Erzieherin								1								1x29 Std.
	Kinderpfleger									3							1x33,93 Std, 1x31,5 Std., 1x29 Std.
	Küchenhilfe													1			1x10,13 Std.
5023	Freibad Rastede																
	Schwimmmeister					1											
	Schwimmmeistergh.								1								
5023	Hallenbad																
	Schwimmmeister					1											
	Schwimmmeistergh.								1								
502	Toilettenanlagen																
	Schließdienste													1			1x2,5 Std.

Geschäftsbereich 3

Bauen und Verkehr

601	Leitung																	
	TA	1																
	Bauverwaltung, Tiefbau																	
	TA				1													1x9 Std.
	VA								2									1x19,5 Std.
	GA										2							2x30,39 Std. - kw
	Sportplätze																	
	Platzwart																	weggefallen
	Kläranlage																	
	Abwassermeister				1													
	GA							2										1x35 Std.
	GA								1									
602	Bauhof																	
	TA				2													
	GA								6									1x32,41 Std.
	GA									6								

*Für den Bereich des Sozial- und Erziehungsdienst erfolgt folgende Zuordnung zu den Entgeltgruppen der Entgelttabelle S

S 18 = E 12	S 10 = E 9
S 17 = E 11	S 9 = E 9
S 16 = E 10	S 8 = E 8 / E 9
S 15 = E 10	S 7 = E 8
S 14 = neu	S 6 = E 6 / E 8
S 13 = E 9	S 5 = E 6 / E 8
S 12 = E 9	S 4 = E 5 / E 6
S 11 = E 9	S 3 = E 3 / E 5
	S 2 = neu

Teil B: Übersicht über die Planstellen der Beamten, die mit Beschäftigten besetzt sind

Lfd. Nr.	Funktions- bezeichnung	Entgeltgruppe	Bes.Gr. der Planstelle	Lfd. Nr. in Teil A Unterteil I	auf der Stelle geführt		Bemerkungen
					seit	bis voraus- sichtlich	
1	2	3	4	5	6	7	8
1	Verw.Ang.	E 10	A 11	Gliederungsnr. 601	01.05.2009	30.04.2010	

insgesamt 1 Beschäftigte